REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 329 · 8.4.1991

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 53 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. ak in der DDR abgewickelt?
2. Prozeß gegen drei DuisburgerInnen: Wer sich verteidigt, ist Terrorist
3. Pyrrhussieg der albanischen Kommunisten?
4. Spendenaufruf - Spendenergebnis
5. Dresden: Das Ende einer Partie - Martin Kraus
6. "Wir sind völlig allein geblieben." Stimmen aus Kurdistan/Irak
7. Ein paar Tage in Freiheit ... Berichte aus den umkämpften Gebieten in Kurdistan/Irak
8. Solidarität mit dem Aufstand in Kurdistan
9. Alles redet von Verhandlungen - Israel handelt
10. Krieg Jetzt ... Frieden später. Die israelische Protestbewegung und der Golfkrieg
11. Dokumentation: Die andere israelische Linke
12. Syrien und die Neuordnung des Nahen Ostens (Teil II) - Dietrich Schulze-Marmeling
13. 10 Jahre nach der Zerstörung von Osirak. Der Reaktor brennt - Applaus!
14. Der Krieg ums Öl und die "Neue Weltordnung". Einige Nachbetrachtungen zum Krieg am Golf
15. Über den C-Waffen-Krieg in Vietnam. "Völkermord verjährt nicht." Von Robert Gatermann
16. Dokumentation: Offener Brief an die Abgeordneten des Bundestages
17. Aktivitäten gegen "out of area"- Einsätze der Bundeswehr
18. Experten-Hearing "Deutsche an die Front?"
19. Warum Berufsheere tödlich sind - Carl Chung
20. Warum Wehrpflicht tödlich ist. Eine Antwort auf Carl Chung von André Brie
21. Israel, die deutsche Linke und der KB
22. Moral und Pragmatismus - Anmerkungen zur Frage deutscher Waffenlieferungen an Israel
23. In Sachen Deutschland gegen Israel: Linker Selbstfreispruch ?
24. Henryk reitet wieder
25. Antisemitismus in der Sowjetunion. Auswirkungen der Auswanderungswelle auf Israel
26. Doppelherrschaft vor dem Zerfall?
27. Privatisierung in der CSFR - Alles unter den Hammer - Hannes Hofbauer
28. Wo bleibt der Vertrag mit Polen?
29. Schuldenerlaß für Polen
30. UdSSR: Die Auseinandersetzung um die Wolga-Republik
31. "Wir haben lange auf diesen Tag gewartet." Englische Polizei erfolterte Geständnisse - sechs Iren nach 16 Jahren freigesprochen
32. DDR-"Altlast": VietnamesInnen
33. Sinti und Roma nicht erwünscht! Baden-Württemberg schiebt gnadenlos ab
34. Kein § 218 in Ost und West! (Aufruf zum Frauenratschlag)
35. Mit freier Liebe und Humanismus die Welt retten: Psychosekten und die Linken
36. Verteidiger wirft das Handtuch: Prozeß gegen Neo-Nazi Polacek ausgesetzt
37. Die "Neue Rechte" in der SPD - Peter Kratz
38. Historikerstreit Teil II: Von der "Kulturnation" zur "alten Reichs-Figur"
39. PSI: Vom Staatssozialismus zur Staatspartei. Die restriktiven Qualitäten der italienischen Sozialisten
40. Vom Winde verweht. In aller Stille tritt die SEW von der politischen Bühne ab
41. Quo vadis, Minderheit?
42. Minderheit - diskutierend
43. Verwunderlich. - Betr.: Keine Angst vor dem Abgrund (AK 328)

44. Radikale Linke - Wie weiter?
45. Gramsci über die Hegemonie des Proletariats
46. Das Leben des Antonio Gramsci (Teil 2)
47. Ein verkannter Arbeiterschriftsteller. Veranstaltungsreihe des Willi-Bredel-Instituts
48. Kirchenwende oder Wendekirche? (Buchbesprechung)
49. "Wenn die Mauern zu sprechen beginnen ..." Graffiti in Palästina - Irmgard Schrand
50. Kein §218 in Ost und West
51. KALENDER
52. Israel und die Linke
53. Solidarität mit dem Aufstand in Kurdistan

1. ak in der DDR abgewickelt?

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:51

Liebe ak-LeserInnen in der (ex-)DDR!

Einige von Euch werden von dieser Ausgabe an den ak nicht mehr in der gewohnten Weise an einem Kiosk erhalten (haben). Wir konnten den Vertrieb des ak's in der (ex-)DDR über die Kioske nicht mehr aufrechterhalten, da nun auch das Postzeitungsvertriebsamt den Folgen der Wiedervereinigung zum Opfer gefallen ist. Es darf nun aus rechtlichen Gründen keine Presseerzeugnisse mehr vertreiben, denn dies ist in der freien Marktwirtschaft Angelegenheit der Privatwirtschaft, in diesem Falle der privaten Grossisten.

Wir suchen schon seit einiger Zeit nach neuen und bezahlbaren Vertriebsmöglichkeiten auf dem Gebiet der (ex-)DDR. Aber bisher waren diese Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt, zumal es von Hamburg aus auch schwierig ist, die Gegebenheiten vor Ort zu erkunden.

Für private Grossisten ist der Vertrieb des ak nicht besonders lukrativ, denn die verkaufte Auflage liegt bisher im gesamten Gebiet der bisherigen DDR bei ca. 700. Die Grundgebühr, die diese für die Aufnahme in ihr Vertriebsnetz verlangen würden, stände für uns in keinem rechenbaren Verhältnis zu den zu erwartenden Erlösen.

Was tun?

Unsere Vertriebsstruktur im Westen lebt davon, daß es ein Netz von Buchläden und Menschen gibt, die sich um den Vertrieb und den Verkauf des ak's kümmern. Das hat mehrere Vorteile. Zum einen ist es ein relativ kostengünstiges Vertriebssystem, zum anderen fördert es den Austausch zwischen LeserInnen und MacherInnen des ak's.

So ein Netz bräuchten wir auch in der (ex-)DDR. Deshalb möchten wir Euch um Unterstützung bei dem Aufbau eines solchen Vertriebsnetzes bitten. Es gibt sicher Buchläden oder andere Verkaufsstellen, wo der ak noch nicht bekannt und noch nicht verkauft wird. Solche Adressen brauchen wir, um uns an die Betreiber dieser Läden wenden zu können, denn leider war es nie möglich, über das Postvertriebsamt eine Liste der Kioske zu erhalten, über die ak's vertrieben wurden. Also teilt uns bitte auch die Adressen von Kiosken mit, in denen Ihr den ak gesehen habt, er nun aber verschwunden ist.

Auch auf Veranstaltungen, Demos usw. könnte der ak präsent sein. Wenn Ihr also von Möglichkeiten wißt, den ak bekannt zu machen oder ihn zu verkaufen, laßt es uns bitte wissen.

Wir versenden gern Probeexemplare, um jede Form der Werbung zu unterstützen.

2. Prozeß gegen drei DuisburgerInnen: Wer sich verteidigt, ist Terrorist

Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:31

Dürfen Angeklagte vor Gericht sich politisch verteidigen, dürfen sie ihre Haltung politisch begründen - oder erfüllen sie damit den Tatbestand der Werbung bzw. "fortgesetzten mitgliedschaftlichen Betätigung" für eine "terroristische Vereinigung"? Diese Frage steht im Mittelpunkt eines seit dem 18. März wieder aufgenommenen Verfahrens vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht. Angeklagt sind die DuisburgerInnen Barbara Perau, Norbert Hofmeier und Thomas Thoene. Sie sitzen seit viereinhalb Jahren in Untersuchungshaft. 1989 wurden sie wegen eines Anschlages auf eine BGS-Kaserne und wegen Mitgliedschaft in der RAF zu zehn bzw. neun Jahren Knast verurteilt.

Die konkreten Indizien gegen die Angeklagten waren damals äußerst bescheiden. Ein zentraler Punkt war der angebliche Fund der Kopie (!) eines Bekennerschreibens zum Anschlag in ihrer Wohnung. Der einzige Zeuge für diesen - von den Angeklagten bestrittenen - Fund ist ein Beamter der politischen Polizei (pikanterweise mittlerweile in U- Haft, weil er 20 Jahre für die Stasi gearbeitet haben soll). Weiter wurden Handschuhe mit nicht näher definierbaren Chlorat-Anhaftungen und eine Bombenbastelanleitung gefunden. Eine Zeugin, die Bärbel Perau nach einer manipulierten Gegenüberstellung als die blonde Frau identifizierte, die sich wenige Monate vor dem Anschlag am BGS-Gelände aufgehalten hatte, erkannte sie in der Hauptverhandlung nicht wieder - was das Gericht nicht davon abhielt, ihre Aussage der Verurteilung zugrundezulegen. Wegen Mitgliedschaft in der RAF wurden die Angeklagten verknackt, da zwei von ihnen eine Gefangene aus der RAF besucht hatten und diese sie während der Besuche (unter den Augen der LKA-Überwacher!) für die RAF angeworben habe, und da sie allgemein zugängliches Material über NATO, RAF und antiimperialistischen Widerstand in ihrer Wohnung hatten und sie sich mit dem Bau von Zündvorrichtungen beschäftigt hätten.

All diese Konstruktionen sollen jetzt aber gar nicht Gegenstand des anstehenden Verfahrens sein. Der Bundesgerichtshof hat das 1989 ergangene Urteil lediglich in dem Punkt gerügt, mit dem der berüchtigte Richter Arend es abrunden und krönen wollte: er verknackte Bärbel, Norbert und Thomas als RAF-Mitglieder, weil ihre Verteidigungserklärungen eine "fortgesetzte mitgliedschaftliche Betätigung in Form des Werbens für die RAF" darstellen würden. Das ermöglichte ihm die Anwendung des erst 1987 (also lange nach der Verhaftung der Angeklagten) in Kraft getretenen verschärften §129 a mit einem Strafmaß von bis zu zehn Jahren.

Die Verurteilungen wegen der Prozeßerklärungen hat der BGH 1989 aufgehoben, da politische Erklärungen darin im Zusammenhang mit prozeßrelevanten Äußerungen stünden. Offenbar um die brisante Frage nicht weiter hochzukochen, hatte er zu diesem Punkt des Verfahrens eine Einstellung angeregt, worauf das OLG Düsseldorf auch eingehen wollte. Die Bundesanwaltschaft jedoch bestand auf ihrem Anklagevorwurf und der erneuten Führung eines Prozesses. Sie will abgesteckt wissen, was vor Gericht noch gesagt werden darf und was nicht. Über jedem Verfahren soll die Drohung einer "nachgeschobenen" §129a-Anklage wegen Prozeßäußerungen hängen. Den Gefangenen würde damit die letzte Möglichkeit genommen, ihre Positionen "legal" öffentlich darzulegen.

Bärbel Perau schreibt zu den Zielen des Verfahrens: "Möglich, daß sie bei uns sagen: O. k., in deren Erklärung ist ein Bezug zur Verteidigung (weil wir konkret was gesagt haben). Aber was heißt das? Genau das will die BAW durchsetzen: es muß einen ‚sachlichen Bezug' zum ‚Verfahrensgegenstand' geben, und den wollen SIE bestimmen. Da wollen sie jetzt klare Richtlinien schaffen. Im nächsten Prozeß wollen sie - wenn ihnen nicht paßt, was eine/r zu sagen hat - aufstehen, ihr/ihm das Wort verbieten, vom Prozeß ausschließen, mit Jahren mehr verknacken, wegen Mitgliedschaft im Knast - RAF im Knast. ... Es schwebt ständig über allen Prozessen, daß sie ‚RAF im Knast' juristisch durchsetzen wollen - jetzt über Prozeßerklärungen, über unser ‚Verhalten'."

Begonnen hat die jetzige Verhandlung mit einem Streit um die Haftbedingungen und die Verfahrensbedingungen für die Angeklagten. In Verhandlungspausen werden sie in enge, nur von Neonlicht erleuchtete Bunkerzellen im Keller gebracht, jede/r einzeln für sich. Sie fordern, die Pausen unter menschenwürdigen Bedingungen und vor allem gemeinsam verbringen zu können, die Möglichkeit, sich gemeinsam auf den Prozeß vorzubereiten, und generell Aufhebung der Isolationshaft.

"Stocksteif, ohne Protest, ohne Anteilnahme sollst du ihrer gewollten ‚Exekution' zuschauen", schreibt Bärbel Perau. Die nächsten Verhandlungstage, wo es auch auf die Besucher ankommen wird, um dieses Spiel zu durchkreuzen: 12.4., 22.4., 26.4., 29.4., 3.5., 6.5. und 17.5.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

3. Pyrrhussieg der albanischen Kommunisten?

Nach den Wahlen:

Rubrik: Albanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:26

Zwei Tage nach den ersten Wahlen seit 46 Jahren in Albanien, zu denen mehr Parteien antraten als die regierenden Kommunisten, kam es in der Stadt Shkodra zu blutigen Unruhen, in Tirana und anderen Städten zu schweren Zwischenfällen. In Kavaje südlich von Tirana traten Tausende von Arbeitern als Protest gegen das Wahlergebnis in Streik. Bei einer Demonstration gegen den Wahlsieg der Partei der Arbeit in Shodra (wo die Opposition eine Stimmenmehrheit erhielt), wurden vor der Zentrale der PdA drei Menschen erschossen und ein Jugendlicher schwer verletzt. Die Schüsse kamen vermutlich nicht von Polizeiseite, sondern wurden aus der Parteizentrale abgegeben. Unter den Toten ist nach Angaben der Demokratischen Partei deren Parteivorsitzende Broci. Er sei tödlich in den Rücken getroffen worden, als er versuchte, die Demonstration aufzulösen. Die Unruhen entwickelten sich, nachdem mehrere hundert Schüler vor der Parteizentrale einen Sitzstreik veranstalteten. Als hinzukommende Arbeiter "Raus, raus" und "Wir sind für die Demokraten" riefen, gab die Polizei Warnschüsse ab. Am Abend stürmten Demonstranten das Gebäude.

Der Wahlsieg der Partei der Arbeit (PdA), sie errang nach bisherigem Stand 66% der Stimmen, dürfte sich damit bereits jetzt als Pyrrhussieg erweisen, eine Verschärfung der innenpolitischen Lage ist absehbar.

Ihren Wahlsieg verdankt die PdA der Unterstützung auf dem Lande, wo die meisten der 3,3 Millionen Albaner leben. Hier verbreitete die von der Opposition geforderte Reprivatisierung und Marktwirtschaft die Furcht, Land und Boden könnten an einst enteignete oder westliche Großgrundbesitzer gehen und die Kolchosbauern wieder, wie einst, zu armen Landarbeitern machen. Die Demokraten als radikalste Verfechter der Privatisierung verlangen die Umwandlung der Staatsgüter in Aktiengesellschaften, während die nationalistischen Republikaner privatisierten Boden für unverkäuflich erklären lassen wollen. Die Partei der Arbeit ging auf dem Land mit der Parole hausieren, man werde die Kolchosen modernisieren und jeder Großfamilie eine eigene Parzelle zum privaten Anbau überlassen. Ministerpräsident Nano kündigte indessen im KP-Organ "Zeri i Popullit" an, die Regierung wolle im fruchtbaren Tiefland sowohl private wie genossenschaftliche Betriebe zulassen, die kleineren Betriebe im Gebirge hingegen sollten privatisiert werden.

Die Opposition trat mit der Demokratischen, der Republikanischen, der Bauern- und einer ökologischen Partei an, wobei außer den Demokraten alle chancenlos blieben.

Zweitstärkste Partei wurde die oppositionelle Demokratische Partei, die 27% auf sich vereinigen konnte. Sie hatte im Wahlkampf die rasche Einführung der Marktwirtschaft durch eine radikale Privatisierung propagiert und der Bevölkerung (ohne auf wirkliche Zusagen bauen zu können) schnelle Lebensmittelhilfe aus dem Ausland versprochen.

Die oppositionellen Demokraten hatten in Tirana, den anderen großen Städten des Landes sowie den Industriezentren ihre Hochburgen. Die dort angetretenen Spitzenpolitiker der PdA erhielten die Quittung ihrer Politik. Staats- und Parteichef Ramiz Alia mußte in seinem Wahlkreis in Tirana eine schwere Niederlage hinnehmen, mit nur 36% der Stimmen verfehlte er den Wiedereinzug ins Parlament. Sein Amt als Präsident wäre damit aber nicht gefährdet. Auch Außenminister Muhamet Kapllani verlor sein Mandat, Ministerpräsident Fatos Nano muß zur Stichwahl antreten.

Tirana "ist das Gehirn Albaniens", so der Spitzenkandidat der Demokraten Berisha, und hier liegt das Problem des Wahlsieges der PdA. Die Politik der vergangenen Monate bestimmten die Wähler der Opposition von der Straße aus. Die in der albanischen politischen Landschaft als konservativ zu bezeichnende Landbevölkerung spielte keine Rolle. Das Bündnis aus Studenten, städtischer Intelligenz und Arbeitern erkämpfte die politische Öffnung, die Wahl, die Zulassung mehrerer Parteien und nicht zuletzt die Ablösung der Regierung im Februar. Die Träger des Protestes vertreten genauer betrachtet ganz unterschiedliche Bedürfnisse. Während die Studenten die politische Öffnung einfordern, wollen die Arbeiter eine materielle Besserstellung, doch diesen massiv vorgetragenen Forderungen wird sich die PdA weiter stellen müssen. Sie hat jetzt rein formal ein Mandat zum Weiterregieren, doch ebenso klar ist, die Fluchtwelle wird anhalten und die Politik wird sich mehr auf der Straße als im Parlament abspielen. Ein mehr oder weniger gewalttätiges Abdanken der PdA oder ihre Spaltung in mehrere Flügel in einigen Monaten ist nicht auszuschließen.

Die PdA wird die innenpolitische Krise und die katastrophale wirtschaftliche Situation zunächst alleine weiter verwalten müssen, einer Koalition mit den Kommunisten erteilte die Demokratische Partei eine Absage. Die Bewohner eines Bergdorfes bei Elbasan boykottierten die Wahl, weil sie nichts mehr zu essen haben. Das Land steht am Rande einer Hungersnot. Vor zehn Jahren bewegte sich das Außenhandelsvolumen auf 900 Millionen Dollar zu, heute liegt der Außenhandelsumsatz bei knapp 500 Millionen, mit sinkender Tendenz. Der bislang meist in Verrechnungsrubeln abgewickelte Handel mit dem Comecon-Raum droht zu versiegen, wichtige Handelspartner wie die Tschechoslowakei haben seit dem Übergang zur freien Dollar-Zahlung kaum noch Interesse am Wirtschaftsverkehr mit Albanien. Ein zusätzliches Element des Zusammenbruchs liegt im teilweisen Verzicht auf Ausfuhr von Agrarprodukten als Folge einer Dürreperiode und der schlechten Versorgungslage. Noch vor einigen Jahren machten Agrarprodukte rund ein Drittel der albanischen Exporte aus.

Ende Mai will die PdA ihren Parteitag abhalten, dabei steht auch die Namensänderung in "Sozialistische Partei" zur Diskussion. Offiziell stellt sich Staats- und Parteichef Alia weiter hinter die Politik Enver Hodschas. Er schlug jedoch gleichzeitig für den Zeitraum nach der Wahl eine Volksabstimmung über den Umgang mit dem politischen Erbe Hodschas vor, ein Balanceakt, der die Opposition einerseits und die am Hodscha-Kurs festhaltende Armeespitze andererseits besänftigen soll.

Sab.

4. Spendenaufruf - Spendenergebnis

Was fehlt und was wir dennoch brauchen:

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/60.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:60

Trotz unserer schwierigen Lage und obwohl wir unsere LeserInnen über die AK-Zukunft etwas reichlich in Atem gehalten haben, sind auf unseren (Nicht)-Spendenaufruf immerhin bisher 10.000,- DM an Spenden von KB-Mitgliedern und AK-LeserInnen eingegangen. Wir danken allen SpenderInnen. In der nächsten AK-Ausgabe soll dann endlich Klarheit geschaffen sein, am 20.4. wird dazu der KB-Kongreß entscheiden.

Bis dahin wiederholen wir noch einmal unseren bisherigen Spendenaufruf.

HH

Jedes Jahr um diese Zeit bitten wir die AK-LeserInnen und die Mitglieder unserer Organisation um Spenden, weil wir ohne sie die Zeitung in dieser Form nicht aufrechterhalten können.

Im letzten Jahr sind dabei etwa 60.000 DM zusammengekommen. Über 20% unserer Ausgaben werden aus den alljährlichen Spendensammlungen finanziert.

Auch jetzt sind wir dringend auf Eure Spenden angewiesen, weil wir die laufenden Ausgaben nicht aus den Einnahmen decken können.

Wir haben aber die besondere Situation, daß derzeit um unsere Zukunft gestritten wird, ob der AK weiter gemeinsam herausgebracht wird oder ob sich auch hier die Flügel des KB trennen (s. Artikel in diesem AK dazu).

Wir gehen davon aus, daß unsere UnterstützerInnen in den nächsten Monaten Klarheit haben wollen, wie es weiter geht und deshalb mancher seinen Unterstützungsbeitrag zurückhalten wird.

Andererseits können wir allen, die uns jetzt mit Beiträgen und Spenden unterstützen, versichern, daß wir diese Einnahmen zur aktuellen Aufrechterhaltung des AK verwenden, bzw. selbst im Extremfalle der Trennung und trotz allen Streits für eine politische Zukunft verwenden wollen.

AK-Redaktion

Summe bis AK 327 6.960,-

R.M., Oldenburg 50,-

W.S., Hamburg 100,-

P.V., Heidelberg 20,-

M.S., München 100,-

E.A., Hamburg 44,-

W.P., Rickling 1.000,-

R.D., Rosdorf 50,-

P.B., Gilching 20,-

c.c., VS-Schwenningen 30,-

KB-Bremen 500,-

A.u.T., Kiel 250,-

K.H., Suhlendorf 100,-

KB-Nürnberg 200,-

S.H., Berlin 50,-

U.K., Hamburg 100,-

Kuba-Soli-Gruppe, Frankf. 50,-

AK-Leser, Aschaffenburg 200,-

U.S., Berlin 200,-

D.E., Berlin 23,-

B.K., Sprockhoevel 100,-

xy, Hamburg 35,-

H.B., Verden 300,-

R.K., Berlin 50,-

B.R., Wetzlar 50,-

Summe seit AK 327 3.622,-

Spendensumme bisher 10.582,-

Spendenkonto:

Heinrich Eckhoff

Postgiroamt Hamburg

Bankleitzahl: 200 100 20

Kontonummer: 4645 84-204

5. Dresden: Das Ende einer Partie

von Martin Kraus

Autor: Martin Kraus · Rubrik: Wiedervereinigung; Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:16

"Wenn das so weitergeht, gibt es keine Fußballspiele mehr." (Andreas Trautmann, Spieler des 1. FC Dynamo Dresden)

"Ran an die Rabauken!" (Fritz von Thurn und Taxis, ARD-Reporter in Dresden)

"We want the blood, we want to fuck the Nazis!" (Jugoslawischer Fan in Dresden)

"Hools wollen sich schlagen - untereinander. Da ham die Bullen sich nicht einzumischen." (Deutscher Fan in Dresden)

In Fußballstadien der Oberliga Nordost, wie die Ex-DDR-Liga sprachlich zurechtgestutzt wurde, nimmt - wir lesen, sehen, hören es allerorten - die Härte zu. Vorläufiger Höhepunkt ist der live vom deutschen Fernsehen übertragene Spielabbruch des Europapokal-Viertelfinalspiels zwischen Dynamo Dresden und Roter Stern Belgrad im Dresdner Rudolf-Harbig-Stadion in der 78. Minute beim Stand von 1:2, Hinspiel in Belgrad 3:0 für die Jugoslawen. Der Abbruch erfolgte - um zunächst mal weiter bei den Fakten zu bleiben: es scheint sich mittlerweile wieder mal die historische Tendenz zu bestätigen, daß Ereignisabläufe von Woche zu Woche der gewünschten Interpretation angepaßt werden - der Abbruch also erfolgte, nachdem neun Minuten zuvor der jugoslawische Spieler Pancev mit seinem 1:2 jegliche Europacup-Träume der Dresdner und ihres Anhangs platzen ließ. An dieses Tor schloß sich verstärkte Randale in der Kurven-Stehplatztribüne der Dresdner Fans an. Ein Eckball für Belgrad, der unmittelbar vor dieser Tribüne ausgeführt werden sollte, war Anlaß genug, den jugoslawischen Spieler, der sich den Ball zurecht legte, und den Linienrichter mit allerlei Gegenständen zu bewerfen, so daß - nach übereinstimmenden Aussagen aller Beteiligten - für diese eine Gefahr für ihre körperliche Unversehrtheit bestand. Daraufhin unterbrach der spanische Schiedsrichter zunächst die Partie, und Spieler, Trainer und Geschäftsführer von Dynamo Dresden liefen in die Kurve, um mit den Fans zu sprechen. Das gelang nicht, der Geschäftsführer holte sich gar eine leichte Kopfverletzung. Immerhin gab es zwischendurch - wenn auch nur für kurze Zeit, vielleicht ein, zwei Minuten - Ansätze einer Normalisierung: ein jugoslawischer Spieler legte sich den Ball zurecht, um die Ecke auszuführen. Kurz drauf beendete der Schiedsrichter das Spiel. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Polizei deutlich zurückgehalten. Sie war in voller Montur und in Sichtweite - geschätzte 50 Meter - entfernt gestanden und hatte sich von dort nicht wegbewegt. Mit dem Abbruch rückte dann das Polizeikommando mit einem Wasserwerfer vor. Die Fans flüchteten größtenteils. Auf die fast leere Tribüne wurde dann schubweise der Wasserstrahl gerichtet. Anschließend kam es in der Dresdner Innenstadt zu Sachbeschädigungen (Scheiben, Autos). Bilanzierend wurde von vier verletzten Polizisten und zwei verletzten Hooligans gesprochen. Vor dem Spiel sind - wie bei jedem Bundesligaspiel auch - grölende Fangruppen durch die Dresdner Innenstadt gezogen; die jugoslawischen Fans waren vom Bahnhof direkt ins Stadion gebracht worden und saßen dann schon drei Stunden zu früh da. Die grölenden deutschen Fans hatten "Rache für Belgrad" skandiert, d.h. ihre Niederlage beim Hool-Wettstreit wettmachen wollen, ein zwar nicht sympathisches, aber gleichwohl am Rande von Fußballspielen übliches Spektakel: "Hools wollen sich schlagen - untereinander", wie es ein Dresdner Fan ausdrückte. Eine Art Zusatzwettkampf bei dem in Belgrad die jugoslawischen Fans Oberwasser hatten und dies in Dresden von den deutschen Fans versucht wurde.

Über die Frage, wer die Hools waren, herrscht in der Berichterstattung Uneinigkeit: waren es Dresdner Fans, kamen sie aus dem Anhang von Sachsen Leipzig oder vom diesbezüglich sehr berüchtigten FC Berlin, oder kamen sie aus dem Westen, namentlich HSV-Fans? Wahr ist nämlich, daß Vertreter all dieser vier Gruppen in der Kurve standen und wer sich nun nach der beliebten Anstifter/Rädelsführer-Theorie nach dem Strafgesetzbuch strafbar gemacht hat, ist unklar. Alle 26 Verhafteten wurden wieder auf freien Fuß gesetzt. Ohne viel Prophetie: die Sache bleibt unklar. Die juristische Behandlung ist aber auch nur für Leute von Belang, die Randale mit mehr Staat in den Griff - in den Polizeigriff - bekommen wollen. (Immerhin, das sind nach einer im Auftrag der "Sport-Bild" erstellten repräsentativen Umfrage 90% der deutschen Wahlbevölkerung.)

Bleibt die Frage nach den Ursachen - und in Anbetracht des breiten Presseechos auch die Frage, wer denn alles am Hooliganismus sein Süppchen kocht und da gibt es viele Versuche, die Ursachen zu erklären.

Erklärungsmuster 1: das ist die Vermutung organisierte Neonazis und Skinheads suchten in Fußballstadien ein Betätigungsfeld und nutzten sie als Rekrutierungsfeld. Vereinzelt mag das stimmen, in jedem Fall versuchen Skinheadgruppen dies. Doch vom Versuch organisierter Neonazi-Kräfte in bereits bestehenden Fangruppen dominanten Einfluß zu bekommen auf deren totalen Erfolg zu schließen, ist zumindest vorschnell. Soweit es sich um relativ homogene und feste Hooligan-Gruppen handelt, die intern sehr ausgeprägte autoritäre Strukturen aufweisen, liegt meistens zwar ein sehr diffuser Rechtsradikalismus vor, doch ist der nicht das bestimmende Motiv. Das ist aus der Selbstsicht der Hools eine fußballbezogene eigenständige "Hool-Ideologie", die den militanten Wettstreit zwischen den verschiedenen Vereinsanhängern propagiert.

Erklärungsmuster 2: arbeitslose, um ihre Zukunft beschissene Jugendliche toben ihren Frust aus. Neben dem Umstand, daß dies empirisch nicht stimmt - Hools haben einen Arbeitsplatz oder haben ihn nicht, ganz genau so wie alle anderen in ihrer Altersgruppe; sie stammen auch keineswegs überwiegend aus den "unteren Schichten" - wird hier ein Bild von passiven Deppen gezeichnet: zu keinem eigenen Gedanken und keiner eigenen Tat fähig. Dieses Bild zerbröselt beim ersten Gespräch mit Hools. Da merkt man dann, daß sie zwar abstruses Zeug reden, aber - leider, liebe Linke - nicht blöd sind. Hools für blöd zu erklären, ist eine gigantische Unterschätzung.

Erklärungsmuster 3: vom Zusammenbruch des "realsozialistischen" Werte-Katalogs völlig desorientierte Ost-Jugendliche. Auch hier stimmts empirisch nicht. Zum einen - Beispiel Dresden - mischen stets auch West-Hools mit. Und dies passiert auch keineswegs - zumindest nicht überwiegend und nicht erfolgreich - westlich-anmaßend, sondern Hand-in-Hand. Zum zweiten sind es keineswegs die vom DDR-Kollaps am tiefsten in seelische und materielle Leere gestürzten Jugendlichen, die die Randale machen; vielmehr sind sie - was Wertvorstellungen angeht - oft seit Jahren westorientiert und "genießen die Freiheit" - auch gegen die nun ziemlich nackt dastehenden Ex-Vopos. Der Augenschein zeigt zunächst mal, daß - im Unterschied zu den in Fanclubs organisierten Jugendlichen - die militanten Hools ein nobles outfit haben: kommen die einen mit ihren Badges-übergesäten Jeansjacken, Sonnenkäppis und Schals in Vereinsfarben, laufen die Hools nicht "uniformiert" rum: Nike-Schuhe, Lacoste-Klamotten etc. sind üblich. Und zum dritten gab es Hooliganismus auch in der DDR. Wie in der BRD, Großbritannien, Italien und den Niederlanden kam auch in der DDR, der CSSR, der Sowjetunion und Ungarn in den 70er Jahren zu vermehrter Fußballgewalt und hat seitdem an Härte zugenommen. (Zuschauerausschreitungen gibt es seit es Fußball gibt und sie machen einen Teil des besonderen Faszinosums Fußball aus. Die besondere Härte und die staatlichen Eindämmungsmaßnahmen - Zäune, Videoüberwachung etc. - gibt es erst seit etwa Mitte der 70er Jahre.) Noch nicht mal totgeschwiegen wurde die Fußballgewalt in der DDR - wenngleich es auch keine "Bild" und "Sport-Bild" gab, die mit Hools Auflagensteigerung betreiben. Als "Exkremente", "Virus" und "Kröten" beschimpfte in den 70ern der damals populäre Reporter Heinz-Florian Oertel die randalierenden Fans im DDR-Fernsehen. Aber es wurden auch - über die FDJ laufende - Fangruppen organisiert: mit ähnlichem Erfolg wie im Westen, nämlich kaum.

Erklärungsmuster 4: Die zunehmende Härte auf dem Spielfeld heizt die Fans auf. Gerade in den unteren Ligen des bezahlten Fußballs - zweite Bundesliga und Oberliga Nordost - wird härter gespielt, weil der Konkurrenzkampf härter ist: wer hier absteigt, verliert seinen Job und kann in der Amateurliga weiterspielen. Die Situation ist in der Ex-DDR gegenwärtig sehr krass, weil sich die alle momentan in einer Liga und unter ähnlichen finanziellen Bedingungen spielenden Teams nach dieser Saison in drei verschiedene Ligen verteilen werden: Meister und Vize-Meister in die 1. BL, das Mittelfeld in die 2. BL und die Absteiger in die Amateurligen. Ein ähnlich harter Rasenkampf war früher bei der zweigeteilten 2. BL zu beobachten und wird - weil die Zweiteilung wiederkommt - wieder auftreten.

Nur: diese unterstellte Totalwirkung - "ich sehe, wie einer tritt, also trete ich" - wird dadurch nicht plausibler. Zunächst: Eishockey, Boxen, American Football - allesamt physisch härtere Sportarten - lösen keine vergleichbare Fan-Randale aus. Die Eishockey-Bundes- liga bspw. kommt bis heute ohne Absperrung der verschiedenen Fan-Blocks aus. Eine Korrelation zwischen hartem Spiel und folgender Randale ist auch Quatsch. Das Dresden-Belgrad-Spiel bspw. war kein hartes Spiel. Roter Stern Belgrad hat vielmehr mit einem eleganten und modernen Fußball geglänzt: technisch versiert, kluge Pässe in die Tiefe, geschickte Raumaufteilung, ein nach vorne orientiertes Mittelfeld. So sieht ein Spiel zum Staunen aus, aber nicht zur

Gewaltstimulierung (es ist, der Schlenker sei erlaubt, zu hoffen, daß Belgrad im EC-Halbfinale gegen Bayern wieder diesen schönen und erfolgreichen Fußball zelebriert).

Und "Aufwiegelung", wie dieses Erklärungsmuster oft ergänzt wird, gab es auch nicht. Als die Randale los ging, liefen die Dresdner Spieler in die Kurve, um die Fans zu beruhigen - und nicht, um sie anzustacheln.

Erklärungsmuster 5: die Stasi wars. Das ist eine ganz neue Variante der Ursachenforschung. Bei dem von der Polizei erschossenen Fußballfan in Leipzig im November letzten Jahres war es noch der "unreflektierte Haß auf die Stasi", so ist es jetzt die Stasi selbst, d.h. organisierte im Untergrund lebende Seilschaften, die das neue System destabilisieren wollen und sich zu diesem Zweck als Rädelsführer in den Stadien betätigen. Aufgetischt wurde dieser Versuch einer Erklärung von Alfred Gomolka, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern (CDU) und von der FAZ. Diese schrieb am 22.3.: "Wer beobachten kann, mit welcher Sicherheit und Autorität selbsternannte Sprecher dieser Hooligans, zumindest in Berlin, gegenüber ihren Kumpanen und gegenüber der Polizei agieren, verliert manchen Zweifel an diesem Verdacht (daß Stasi-Gruppen Rädelsführer sind, d.V.)." Bemerkenswert ist zunächst mal, mit welcher Sicherheit der FAZ-Autor juristische Klippen umschifft. Vor Monaten war das Zeitgeist-Blättlein PRINZ mit einer Story rausgekommen, wonach Jens-Uwe Vogt, eine der markantesten Persönlichkeiten der Ost-Berliner Hool-Szene, Stasi-Mitarbeiter gewesen sei (zumindest in der Berliner Ausgabe - die westdeutschen sind mir nicht bekannt). Die Story erwies sich als völliger Bluff, und Vogt gewann die Verleumdungsklage - ein Unterfangen, das de Maiziére gar nicht erst versucht, weil es ja, wir erinnern uns, so schwierig ist, die eigene Unschuld zu beweisen. Aber diese längst widerlegte Vogt-Mär wird zwischen den Zeilen aufrechtgehalten - nach dem Motto: ein zur freien Rede fähiger, nicht über den Tisch zu ziehender Ost-Hool, das kann nur Stasi sein (Hier lebt auch noch mal die alte Angst deutscher Bürger auf, von rhetorisch geschulten Kommunisten indoktriniert zu werden).

Erklärungsmuster 6 ist eigentlich nur in Tüttelchen zu genießen. Dieses - also - "Erklärungsmuster" spricht vom nicht-erklärbaren Phänomen: "Wahnsinnige, Mob, Rabauken, Irre, Geisteskranke". Das sollte Linken nicht ganz unbekannt vorkommen - und die Rede von Kranken schreit nach Therapie. Mehr Polizei, kurzer Prozeß, Gefängnis, Umbau der Stadien zu einer Art U-Haft. Vollständige Umzäunung der Stehplätze, Video-Kontrolle, Einlaß nur mit Fan-Ausweisen (fälschungssicher!), Einsetzen von polizeilich kontrollierten Sonderzügen der Eisenbahn, die die Fans von ihrer Heimatstadt zum Auswärtsspiel bringen und auch zurück eskortieren. Dieser Sicherheitswahn läßt sich mit Heroldscher Fantasie sicherlich noch weitertreiben, aber er bewegt sich immer am Rande einer Katastrophe. Die englischen Fußballstadien kommen seit der Sheffield-Katastrophe ohne Zäune aus; die deutschen Sicherheitskonzeptionen beschwören geradezu ein deutsches Sheffield herauf (zu Sheffield, siehe D. Schulze-Marmeling: "Der ‚Taylor-Report' oder: Über die Bewältigung einer Fußballkatastrophe mittels Klassenkampfes", in: AK 316, 5.3.90, S.3).

Vor dem Hintergrund dieser Erklärungsmuster werden auch die Gegenmaßnahmen - "Lösungsversuche" genannt - ausgetüftelt. Wie die aussehen, kann man wiederum am Beispiel Dresden studieren.

Dynamo Dresden hat als Verein - nach den auf allen Ebenen (Bundesregierung, Vereine, DFB, Presse) diskutierten Vorschlägen - alles richtig gemacht: großes Polizeiaufgebot, jugoslawische Fans wurden vom Bahnhof direkt ins Stadion gebracht und nach dem Spiel zurück zum Bahnhof, der Verein hatte schon Wochen vorher das Gespräch mit den Hools gesucht und die dort gewonnenen Informationen an das Bundesinnenministerium weitergereicht, als die Situation im Stadion eskalierte liefen Spieler, Trainer und Geschäftsführer deeskalierend, wie man wohl sagt, zu den Fans um mittels Gesprächen beruhigend einzuwirken. Dynamo hatte in der Tat - gewarnt durch den tödlichen Polizistenschuß im November 1990 in Leipzig auf einen Berliner Fan und gewarnt durch Randale am Wochenende zuvor beim Spiel Rostock gegen Berlin - alle Instrumentarien, die von einem Verein erwartet werden, genutzt. Und es ging schief. Mit der für den Verein ärgerlichen Folge, für zwei Jahre im Europa-Pokal gesperrt zu sein, d.h. auf jeden Fall ist der UEFA-Pokal-Platz - und damit auch die Einnahmen, die der die 1. Bundesliga anstrebende Verein dringend benötigt - futsch.

Sitzplatzstadien werden vorgeschlagen, weil: wer steht, randaliert, und wer sitzt, genießt. Die Stehplätze sind der Ort der Fans. Was sich im Fußball als - immer noch - proletarisches Massenzuschauerphänomen ausdrückt, spielt sich auf der Stehplatztribüne, zumeist in der Kurve, ab. Hierhin laufen die Spieler nach Toren und nach dem Spiel, hier freut und leidet man kollektiv. Wer nörgeln will, soll auf den Sitzplatz. Reine

Sitzplatzstadien, womöglich noch Logen (hinter Glas, wie bei PSV Eindhoven) machen den Fußball als Massenzuschauersport kaputt und lassen ihm eine Zukunft wie dem Tennis: gespielt vor kaviar-kauenden, sich in Logen rumlümmelnden Yuppies (erste Reihe, wie immer, Roberto Blanco).

Fan-Protest ist auch Protest gegen die schleichende Verbannung aus den Stadien, das Nicht-Mehr-Geduldet-Werden. Die Frage, wem der Fußball eigentlich gehört, wird neu beantwortet. Die Fußballfans werden enteignet, für sie ist - tragisch vorgeführt in Sheffield - kein Platz mehr in den Stadien.

Der organisierte Hooliganismus ist aber damit nicht unmittelbar zu erklären, wenngleich er auch nicht losgelöst davon zu sehen ist. Zunächst mal ist er eine interne Veranstaltung, eine Art Nebenwettkampf. Im allgemeinen Schmuddelkinder-Milieu der Stadien verselbständigten sich Fan-Gruppen, die ihren eigenen Fight mit den Fan-Gruppen anderer Vereine suchen, und dieses wird als eigener Sport verstanden.

Und hier findet sich auch eine Erklärung für die besonders harte Qualität der Ost-Hools (statt der sonst immer beschworenen Behauptungen von "nicht bundesliga-taugliche Stadien" und den oben bereits erörterten "Erklärungsmustern"). Der Ost-Hooliganismus ist eine Art Anschluß-Folge-Problem: die Hegemonie im Osten wird ausgefochten, und wenn die feststeht - sie steht bereits fest: die Hools des FC Berlin sind die härtesten in der Ex-DDR - wird der Kampf mit dem Westen aufgenommen. Nach Selbsteinschätzung der Berliner Hooligans sind es höchstens noch die Schalker, die ihnen als gleichwertige Gegner gegenüberstehen.

Vor dieser Verselbständigung der Fan-Szene wirken die jetzt gestarteten Maßnahmen lächerlich bis peinlich. Bundestrainer Berti Vogts will sich zusammen mit den Nationalspielern mit zwölf - wer auf diese Abendmahl-assoziierende Zahl kam, weiß ich nicht - ausgesuchten Hooligans treffen und ihre Motive erkunden. Besser als die Polizei auf sie zu hetzen ist die Maßnahme allemal, aber was sie bewirken soll, ist allen Beteiligten unklar. Vor dem Freundschaftsspiel BRD- UdSSR wurden 20.000 BRD-Mannschaftsfotos verteilt, auf deren Rückseite der Schriftzug "Begeisterung ja - Randale nein" zu lesen war. Weil es weder bei diesem Spiel, noch beim Liga-Knüller Kaiserslautern gegen Bayern (2:1 für K- town), wo gleichfalls solche Buttons verteilt wurden, zu Randale kam, gilt beim DFB die Aktion bereits als richtungweisender Schritt. Dieser Logik gemäß wird eine großangelegte Plakat- und TV-Spot- Kampagne geplant, die den Arbeitstitel "Fans feiern fair" trägt.

Dem Hooliganismus läßt sich so nicht begegnen - eher das Gegenteil ist zu erwarten. Wer von Hermann Neuberger und Lothar Matthäus aufgefordert wird, friedlich und fair zu sein, wird für sich einen Grund mehr finden, zu rebellieren.

6. "Wir sind völlig allein geblieben." Stimmen aus Kurdistan/Irak

Rubrik: Golfkrieg; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:34

Jelal Talebani (Patriotische Union Kurdistan): "Wir sind völlig allein geblieben"

Gespräch am 24.3.91 in Kamiseli:

Frage: Wie schätzen Sie die Haltung der Europäer ein?

J. Talebani: Europa ist kein einheitlicher Staat. Trotzdem gaben sich alle europäischen Staaten zumindest so, als wollten sie einen Machtwechsel in Bagdad, als würden sie Saddam Hussein nicht eben lieben. Aber auf der anderen Seite unterstützt Europa Saddam Hussein. Ich fürchte, daß die Europäer hier kein demokratisches Regime, keine arabisch/kurdische Föderation wollen. Saddam soll gehen, aber sein Regime soll bestehen bleiben.

Wie sind Ihre Beziehungen zu den Nachbarstaaten?

Alle drei Nachbarn, die Türkei, Syrien und der Iran sind gegen Saddam. Aber nur Syrien will uns unterstützen und auch die Unterstützung, die Syrien uns geben kann, ist nicht ausreichend. Die Türkei hat Angst, daß der Iran uns unterstützen wird. Die Türkei und der Iran unterstützen zwar Saddam nicht, uns aber auch nicht. Wir sind völlig allein geblieben. Sie haben ja Kurdistan selber gesehen, wir sind ganz allein dort. (...)

Ich glaube allerdings heute, daß die arabischen Staaten, also die Saudis und Kuwait wie auch die Türkei und Syrien, es bereuen werden, wenn sie uns nicht unterstützen. Saddam ist für alle gefährlich.

Die Saudis und Kuwait können uns unterstützen, sie können uns finanzielle Unterstützung geben. Sie könnten uns Lebensmittel und Medikamente schicken, aber das tun sich nicht. Ich weiß nicht, was die für Pläne haben. Die Türkei und der Iran können ihre Grenzen öffnen. Für uns sind Zugänge zu dem Land sehr wichtig. Die Europäer könnten uns Waffenhilfe geben. Zum Beispiel Panzer und Flugabwehrwaffen oder Gasmasken. Gegen die chemischen Waffen. Aber sie geben uns keine. Wir haben bei allen Nachbar-und europäischen Staaten vorgesprochen, aber nichts erreicht. Ich war persönlich in Ankara, Freunde waren im Iran, ich war in Saudi Arabien und Kuwait und in allen europäischen Staaten. Alle erklärten, sie würden uns recht geben und sich unsere Wünsche durch den Kopf gehen lassen. Aber wir haben nichts bekommen.

Von der Türkei wollte ich auch die Erlaubnis für unsere Peschmerge in den Lagern, in den Irak zurückzukommen. Wir haben 3-4000 erfahrene Kämpfer dort. Die brauchen wir jetzt sehr nötig. Die Türkei stimmt dem zwar zu, läßt sie aber doch nicht gehen. Sie besteht darauf, daß die Peschmerge zusammen mit ihren Familien zurückgehen. Dazu ist die Zeit aber noch nicht reif.

Was sagen Sie zur Haltung der Amerikaner nach dem Krieg?

Die Amerikaner heucheln. Die Aussage, sie werden irakischen Flugzeugen keine Starterlaubnis geben, ist eine Lüge. Unser Volk wird ununterbrochen bombardiert und die Amerikaner sagen nichts dazu.

Ich habe auch mit Kohl gesprochen und ihn noch einmal daran erinnert, daß der Irak die C-Waffen von seinem Land erhalten hat. Ich habe ihn gebeten, uns wenigsten mit Gasmasken zu versorgen. Doch auch von dort kam bis heute keine Antwort.

Als ich in der Türkei war, wurde von mir verlangt, daß wir die PKK nicht unterstützen. Daß wir dafür sorgen, daß sie nicht im Irak unterkommt. Wir sollten die PKK praktisch verurteilen. Wir sagten, daß wir das nicht tun werden, das ist nicht unsere Aufgabe. Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten der Türkei. Aber wir mischen uns auch nicht in die Arbeit kurdischer Gruppierungen in der Türkei. Wir können die PKK nicht unterstützen. Aber wir arbeiten auch nicht gegen sie. Der Iran und Syrien zählen zu unseren Freunden, aber auch die kurdischen Organisationen sind unsere Freunde. Wir wollen sowohl mit der türkischen Regierung als auch mit der PKK gute Beziehungen.

Wie haben Sie den Aufstand in Kurdistan vorbereitet?

Wir waren schon seit einigen Monaten mit der Vorbereitung beschäftigt. Wir wußten, daß Amerika den Irak angreifen wird. Wir hatten beschlossen, nicht in diesen Krieg einzugreifen. Dann mit diesem Krieg hatten wir nichts zu tun, das war der Krieg Amerikas gegen Saddam. Wir standen auf keiner Seite, deshalb hatten unsere Peschmerge alle Kampfhandlungen eingestellt. Es gab vier wichtige Punkte: 1. Wir verfügten über erhebliche Streitkräfte, die mußten alle an die iranische Grenze gebracht und gut vorbereitet werden. 2. Alle Mitgliedsorganisationen der Kurdischen Front Irak hatten auch ihre illegalen Verbände im Land, die mußten ebenfalls benachrichtigt und vorbereitet werden. 3. In den Städten gab es auch Peschmerge, die dort im Untergrund lebten. 4. die von Saddam bewaffneten Milizen (Cash) waren ebenfalls bereit, mit uns zu kämpfen. Wir haben auch dort unsere Überzeugungsarbeit geleistet. Daneben hat der Krieg den Tropfen geliefert, der das Faß zum Überlaufen brachte. Das war ein guter Anfang für unseren Kampf. So hat der Volksaufstand begonnen.

Nun steht es an, die 100.000 Peschmerge, die im Land kämpfen, weiterhin gut zu instruieren.

Wie ist Ihre politische Zielvorstellung?

Da gibt es verschiedene Pläne, nicht nur für unsere Region, sondern für den gesamten Irak. Wir kämpfen für den gesamten Irak. Wir wollen, daß Araber, Türkmenen, Kurden und Assyrer gemeinsam gegen die Regierung aufstehen. Wir wollen einen demokratischen Irak. Es gibt ja schon ein Autonomiegesetz im Irak, das wollen wir noch ausweiten, aber vor allem wollen wir, daß es endlich wirklich in Kraft tritt. Wir wollen Vertreter von Kurdistan im irakischen Parlament und langfristig ein föderatives System.

Wie wollen Sie das ökonomisch untermauern?

Im Irak gibt es überall Öl. Vom Öl in der kurdischen Region muß das kurdische Volk profitieren können. Das soll Nationaleigentum der Kurden sein. Wir fordern vom Irak den Anteil, der uns zusteht.

Was werden Sie machen, wenn Saddam in absehbarer Zeit nicht fällt?

Wenn er nicht fällt, dann wird der Irak, mit allen seinen oppositionellen Arabern, Türkmenen, Assyrern und Kurden zu einem zweiten Beirut werden. Saddam hat Blut all dieser Volksgruppen vergossen. Es gibt fast keinen irakischen Bürger mehr, der keinen Schaden vom Saddam-Regime erlitten hätte. Mit Saddam wird es nie eine Demokratie im Irak geben. Es hat ja eine angebliche Regierungsumbildung gegeben, mit welcher Saddam alle, die ihm immer noch nahestehen, in wichtige Positionen gebracht hat.

Mesut Barzani (KDP): "Die ganze Welt weiß, daß Deutschland Verantwortung für den Massenmord an den Kurden trägt"

26.3.91 in seinem Hauptquartier in Salahaddin:

Wir befürchten vor allem, daß der Irak wieder C-Waffen einsetzt. Das wird für uns sehr große Verluste bedeuten, wird uns aber nicht vom Kampf abhalten ...

Alle Länder, die uns Unterstützung zugesagt haben, haben sich bis jetzt noch nicht gemeldet. Waffenhilfe haben wir erst recht nicht erhalten. Die USA hatte verkündet, daß sie den irakischen Kampfflugzeugen keine Starterlaubnis geben würden, aber sie sehen ja mit eigenen Augen, wie die Helikopter die Zivilbevölkerung bombardieren. Ich rede hier nicht von dem Kampf an der Front, sondern von den Angriffen auf die Zivilbevölkerung.

Wir sprechen uns für eine möglichst schnelle Entsendung von UNO-Friedenstruppen in den Irak aus. Wir sind jedoch kein eigener Staat und können deshalb keinen offiziellen Antrag stellen.

Der Aufstand ist von unserem Volk angefangen und getragen worden. Wir haben zwar einige Vorbereitungen getroffen, aber ich muß sagen, daß das Volk weiter war als seine Funktionäre. Deutschland hat dem Irak die chemischen Kampfstoffe gesendet. Deshalb fordern wir Gasmasken von der deutschen Regierung. Es soll ja jetzt Prozesse gegen die Firmen, die die Waffen exportiert haben, geben, aber es ist noch zu keinem Urteil gekommen. Die ganze Welt weiß, daß Deutschland Verantwortung für den Massenmord an den Kurden trägt. Wir werden nicht aufhören Rechenschaft zu fordern.

Molla Hasam (Kurdistan Sektion der KP Irak): "Das ganze kurdische Volk hat sich erhoben"

Am 25.3.91 in Erbil:

Wir haben unseren Platz in der Kurdischen Front eingenommen und beteiligen uns an den Kämpfen hier. Allerdings nur als Kurdische Sektion. Unsere Partei ist aber als Gesamtpartei Mitglied der irakischen Widerstandsfront. (...) Unsere Partei befürwortet keine Abtrennung von Bagdad, sondern die Bildung einer demokratischen Regierung im Irak.

Wir sind nicht das Anhängsel von irgendjemand. Das Volk hier in Erbil hat die Stadt aus eigener Kraft befreit, noch bevor die Peschmerge kamen. Wir kämpfen schon seit Jahrzehnten, doch erst jetzt, als das ganze kurdische Volk sich erhoben hat, konnten wir Erfolg haben. Wenn es heute in Bagdad eine Regierung mit Genehmigung der USA gibt, dann wird das eine Marionettenregierung, wir sind aber keine Marionetten der Vereinigten Staaten. Wenn die USA ehrlich wären, müßten sie uns beim Aufbau einer wirklich demokratischen, vom Volk gewählten Regierung helfen.

Wir werden versuchen, unser Öl an alle zu verkaufen, die es uns zu angemessenen Preisen abnehmen, denn das wird die wirtschaftliche Grundlage unserer Autonomie bilden. Wir wollen nicht als Bettler zu der internationalen Gemeinschaft kommen, wir haben auch etwas anzubieten.

Die Interviews führte Milena Ergin (medico)

7. Ein paar Tage in Freiheit ... Berichte aus den umkämpften Gebieten in Kurdistan/Irak

Rubrik: Golfkrieg; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:52

Nach dem offiziellen Ende des Golfkrieges geht der Krieg gegen das kurdische Volk weiter. Die Lage in der Region Kurdistan/Irak ändert sich stündlich, die Meldungen sind widersprüchlich. Die folgenden Informationen sind nach Berichten von Milena Ergin, medico international, zusammengestellt und erstrecken sich zeitlich bis zum Aprilbeginn. Sie geben einen Einblick darin, daß die kurdischen Befreiungsorganisationen darauf vorbereitet waren, die entstandene Situation zu nutzen und daß sie die Bevölkerung auf ihrer Seite haben.

Dihoq, 22.3.91

Fast ganz Kurdistan/Irak befindet sich momentan unter kurdischer Kontrolle. Nur die Stadt Mossul ist noch umkämpft. So gut wie alle Provinzen sind schon vor der Ankunft der Peschmerge durch Volksaufstände in die Kontrolle der Kurden übergegangen.

Die Bevölkerung von Dihoq war auf den Aufstand vorbereitet. In der Nacht vom 13. auf den 14.3., um vier Uhr morgens, begannen ca. 4.000 Bewaffnete des Misuri Asirets (1) - keine Peschmerge - den Sturm auf das Polizeipräsidium und andere militärische Einrichtungen. Innerhalb einer halben Stunde war die Bevölkerung auf der Straße. Einschließlich Frauen und Kinder beteiligten sich alle am Aufstand und der Einnahme der verschiedenen staatlichen Einrichtungen. Neben dem erwähnten Asiret gab es sehr viele Bewaffnete unter den Kurden und auch die Jash (kurdische Söldner im Dienste Saddams) stellten sich auf die Seite der Aufständischen. Ebenso waren an den Aktionen eine Reihe bewaffneter Frauen beteiligt. Um 10 Uhr war die Stadt eingenommen und der Aufstand setzte sich in den einzelnen Kreisstädten fort. Nach der Eroberung der Stadt strömte das bewaffnete Volk zu den Militäreinrichtungen in der Umgebung. Die Soldaten dort leisteten keinen großen Widerstand.

Auf die Situation vorbereitet

Am Abend des 14. März war die ganze Provinz in der Hand der Kurden. Die ersten zwei Tage richteten die bis dahin illegalen Leute aus verschiedenen Einrichtungen der Kurdischen Front (2) eine provisorische Verwaltung ein. Dann kamen Peschmerge und Kader aus dem Iran und Syrien, die die Verwaltung und Verteidigung aller befreiten Städte übernahmen. In ehemals staatlichen Gebäuden sind nun die Parteibüros und - vor allen Dingen - das Büro der Front eingerichtet. Dort wird die Verteidigung und die innere Ordnung koordiniert, praktische Fragen, wie etwa die der Lebensmittelversorgung gelöst (3).

Das Krankenhaus von Dihoq hat sich auf die Seite der Aufständischen gestellt. Dort werden vor allem die 2 - 300 Verletzten vom Tag der Befreiung (außerdem 22 Todesopfer) und die Folteropfer, die aus den Gefängnissen befreit wurden, versorgt. Aber auch verletzte irakische Soldaten werden behandelt.

In einem anderen Gebäude ist die Radiostation eingerichtet. Alle Telefonleitungen im ganzen Irak sind tot. Die Front kann aber den Informationsfluß über Funkanlagen, die vom Irak erbeutet wurden, aufrechterhalten. Den ganzen Tag fährt ein Lautsprecherwagen durch die Stadt, der über Entwicklungen an der Front in der Provinz Ilossul berichtet, ebenso über Vorgänge in Bagdad, zu Blutspenden aufruft oder die Bevölkerung auffordert, Essen für die Peschmerge bereitzustellen. Alle diese Aktivitäten finden in einem toten Land statt, die Telefone funktionieren, wie gesagt, nicht, die Stromversorgung ist zusammengebrochen, Lebensmittel und Medikamente fehlen. Doch dies ist nicht allein Folge des Embargos.

Während des Kuwait-Krieges und in den Monaten seit dem Embargo hatten die irakischen Soldaten immer wieder Vorräte der Kurden geplündert, so daß die kurdische Region völlig ausgeraubt und ausgehungert den Aufstand begonnen hatte. Außer Reis, dicken Bohnen und Brot gibt es nichts mehr zu essen. Im Krankenhaus gehen nicht nur die Medikamente, sondern auch das Verbandszeug aus. Allein in Dihoq können sechs Verletzte mit Granatsplittern nicht behandelt werden, da es keine Blutkonserven und andere notwendige Medikamente gibt. Die Vertreter der Kurdistan Front in Dihoq fordern die sofortige Aufhebung des Embargos für die befreiten kurdischen Gebiete. Bislang ist keinerlei humanitäre Hilfe von außen für die Kurden eingetroffen.

Trotz allem bringt es die Bevölkerung von Dihoq fertig, ca. 10.000 Peschmerge zu beherbergen und zu versorgen. Es ist überwältigend zu erleben, wie die Bevölkerung und die Organisationen der Front es schaffen, die Verwaltung der Stadt und das öffentliche Leben zu regeln. Trotz der Angst vor Bombardierung durch Saddams Truppen (in Kirkuk wurden vor ein paar Tagen Brandbomben eingesetzt) herrscht Aufbruchstimmung. Viele Peschmerge sind seit zwei oder drei Jahren das erstemal wieder in Kurdistan. Manche sehen seit zehn Jahren ihre Heimatstadt wieder. Nicht nur die Peschmerge, auch eine ganze Reihe Kurden, vor allem Ingenieure und andere Fachleute, sind aus Bagdad oder anderen arabischen Städten wieder nach Kurdistan gekommen.

Die Kurdistan Front ist dabei, mit den Technikern, die ihr zur Verfügung stehen, die Erdölpipeline wieder instand zu setzen, sie will in der nächsten Zukunft Öl - vor allem an die Türkei - verkaufen. Ingenieure, die jahrelang für Saddam oder ausländische Gesellschaften gearbeitet haben, arbeiten jetzt für Kurdistan. Wie in jedem Bereich zeigt sich auch hier, daß die Bevölkerung auf diese Situation vorbereitet war. Das war nicht nur ein Kampf der Peschmerge, alle Kurden haben sich während des Krieges darauf eingestellt, bald für "sich selbst" zu arbeiten.

An eine Abtrennung vom Irak wird momentan nicht gedacht. Auf allen Gebäuden, auf allen Straßen ist die gelbe Fahne der Befreiung zu sehen, Flaggen mit den kurdischen Nationalfarben sind so gut wie gar nicht anzutreffen. Überall, "auf der Straße" und in den Parteibüros, wird mit einem baldigen Sturz Saddams gerechnet. Trotz der Freude über die Befreiung wissen die Leute sehr gut, daß die Gefahr noch nicht gebannt ist. Man hofft, daß die Weltöffentlichkeit einen erneuten C-Waffeneinsatz nicht zulassen würde, doch allen ist bewußt, daß diese Gefahr existiert.

Zehn Tage später

Am 1. April befindet sich nur noch eine der befreiten Provinzen, Säleymania, unter der Kontrolle der Peschmerge. Kirkuk war schon die ganze vergangene Woche über mit Napalm und Phosphorbomben bombardiert worden. Am Mittwoch vergangener Woche waren schon ca. 300.000 Leute aus der Stadt geflohen.

Da allerdings noch nicht über die Grenze, sondern in die befreiten Städte. Es war nur logisch, daß die irakischen Streitkräfte nun, nachdem sie es geschafft hatten, Mossul zu halten, ihre Angriffe auf die zweite Ölstadt Kirkuk konzentrierten. Es gelang ihnen, die Region um die Turkmenenstadt Kustepe zurückzuerobern (ca. 60 km von Kirkuk und 20 - 30 km von Erbil entfernt) und von dort aus Hubschrauber starten zu lassen, die die Stadt bombardierten.

So sind zwar, wie die USA behaupten, keine Kampfflugzeuge eingesetzt worden, aber für die breitflächigen Bombardements der umliegenden Städte waren die Hubschrauber mehr als ausreichend. In den direkten Gefechten, die meistens nachts stattfanden, waren die Peschmerge sichtlich überlegen, aber kaum wurde es hell, waren die Hubschrauber wieder im Einsatz. Hier muß noch einmal betont werden, daß die Front in diesem Kampf keine Hilfe erhielt, die Waffen, die ihr zur Verfügung standen, sind einzig und allein Waffen, die vom irakischen Heer erbeutet wurden, so gut wie jede Waffe trägt die Aufschrift "Made in Irak", Waffenhilfe haben sie von keiner Seite erhalten. Auch gab es keinerlei Versuche der Amerikaner, die Iraker von Luftangriffen abzuhalten. Im Gegenteil, an der Front bei Kustepe konnte ich persönlich zweimal eher gegenteilige Beobachtungen machen. Nachts wurde das Kampfgelände von einem Flugzeug überflogen, daß die Peschmerge als amerikanisch identifizierten; ca. 20 Minuten später wurden vorgezogene Stellungen der Peschmerge, die bis dahin noch nicht entdeckt waren, bombardiert. Das passierte nicht nur einmal, sondern mehrere Tage hintereinander. Das gibt zu denken.

Von Flüchtenden erfuhren wir, daß die irakischen Truppen auch Raketen (angeblich Scuds) gegen die Stadt Kirkuk eingesetzt hatten. Von der Bombardierung mit Napalm können wir uns selbst überzeugen, sie ist mit bloßem Auge zu erkennen. Nachdem die Straße abgeschnitten ist, gibt es auch keine Gelegenheit mehr, die Verletzten zu bergen und nach Erbil in ein Krankenhaus zu bringen.

Am 31.3., besser gesagt in der Nacht vom 30. auf den 31., begann dann das Bombardement auf die Stadt Erbil. Die ersten Bomben fielen in der Nacht. Morgens gegen 6 Uhr 30 wurden die Angriffe intensiviert. Mehrere Wohnviertel der Stadt wurden gleichzeitig unter Beschuß genommen. Mit dem Bombardement begann die Massenflucht aus der Stadt. Es herrschte völlige Panik. Laster, PKWs, Autobusse, alte

Militärfahrzeuge, Traktoren, alles, was vier Räder hatte, wurde mobilisiert. Überall balgten sich Menschen um das schon lange rationierte Benzin, Frauen liefen in Hausschuhen aus den Häusern und versuchten verzweifelt, noch auf einen der Laster oder der anderen Fahrzeuge zu kommen. Der Verkehr war völlig zusammengebrochen, die Straße nach Salahaddin (Richtung türkisch-irakische Grenze) war von den frühen Morgenstunden an dicht. Nun wurde auch diese Straße bombardiert.

Es wurden ganz bewußt Bomben auf den Flüchtlingsstrom geworfen. In wilder Panik suchten Menschen Schutz unter Lastern und Traktoren. Gegen 10 Uhr hatten die Bombardements die Stadt Salahaddin erreicht.

Schon am 27.3. gab es ebenfalls einen schweren Bombenangriff auf Dihoq, bei dem Hunderte verletzt wurden, zwei Tage später fiel die Stadt. Zaxo bietet ein Bild völliger Verwüstung. Als wir während der Befreiung dort gewesen waren, waren in der ganzen Stadt ungefähr zehn Gebäude zerbombt. Das war das letzte Werk der Iraker gewesen, bevor sie die Stadt verlassen hatten. Jetzt liegt alles in Schutt und Asche. Keine Strasse mehr, die nicht mindestens zur Hälfte zerstört worden ist.

Von der Welt verlassen

Es gibt aber auch Gegenverkehr auf dem Weg in Richtung Grenze. Immer wieder begegneten uns Konvois der bewaffneten Peschmerge, die aus dem Iran an die Front gebracht wurden. An dieser Front wird auch heute noch weitergekämpft, an Kapitulation denkt die Front bis jetzt noch nicht. Das ist einerseits sehr positiv, darin liegt aber auch eine große Gefahr. Denn momentan sind die gesamten kurdischen bewaffneten Kräfte im Land. Nicht nur aus dem Iran, auch aus dem Libanon, Syrien, Europa und Pakistan sind Kurden ins Land zurückgekommen, um zu kämpfen. Ein Schlag gegen diese kurdische "Armee" würde die gesamten bewaffneten Kräfte der kurdischen Bewegung vernichten. Momentan wird Sülemania mit allen Kräften verteidigt, die Nähe der Stadt zur iranischen Grenze ist mit Sicherheit ein Vorteil.

Der Iran und Syrien sind die einzigen Staaten, die der kurdischen Bewegung in den letzten zwei Wochen geholfen haben. Sie haben zumindest ihre Grenzen geöffnet und erlaubt, Ware in den Irak zu bringen, auch die Grenzüberschreitungen der Peschmerge waren kein Problem. Demgegenüber erhielt der Irak Unterstützung von den Volks-Mujaheddin aus dem Iran. Sie kämpften mit den irakischen Truppen, ich konnte einige von ihnen nach ihrer Gefangennahme durch die Kurden im Gefängnis von Erbil sehen.

Ein großer Teil der irakischen Soldaten, die die Kurden gefangennehmen konnten, war nach wenigen Tagen wieder freigelassen worden. Die meisten von ihnen sind jedoch nicht in die irakischen Gebiete zurückgegangen, da sie Angst vor Saddam hatten. Tausende zogen nach Syrien, um von dort aus weiter nach Ägypten zu gehen. Viele blieben auch in den kurdischen Städten, wo sie ohne jede Freiheitsbegrenzung leben konnten. Wie sich diese Soldaten während der Einnahme der Städte verhalten haben, kann ich nicht sagen, es drängt sich aber die Frage auf, ob sich die Kurden bei der Behandlung ihrer Gefangenen nicht zu vorbildlich verhalten haben. Nach einer kurzen Sicherheitsüberprüfung wurden außer hohen Baath-Funktionären, Mitgliedern der politischen Polizei und des Geheimdienstes alle wieder freigelassen.

Die Führer der kurdischen Widerstandsorganisationen sprechen sich gegen ein direktes militärisches Eingreifen der Alliierten, aber für die Entsendung von UNO-Friedenstruppen aus. Sie betonen ebenfalls, daß die Welt die Kurden allein gelassen hat und sie bisher nicht einmal ein Liter Milch an Unterstützung erreicht hat. Barzani fordert außerdem entschieden, diejenigen, die den Irak mit Massenvernichtungswaffen ausgestattet haben, endlich ernsthaft zur Rechenschaft zu ziehen. "Auch wenn Saddam uns wieder mit C-Waffen bombardiert", sagt er "werden genug übrigbleiben, um eine Bestrafung der Schuldigen durchzusetzen." Er verurteilt schärfstens, daß das noch nicht geschehen ist.

Talabani bezeichnet vor allem die Amerikaner, aber auch alle Staaten, die sonst Krieg gegen Saddam geführt haben, offen als Heuchler. "Die Kurden wurden immer beschuldigt, das Spielzeug von irgendjemand zu sein. Jetzt ist sehr bitter klar geworden, daß das nicht der Fall ist. Wir haben unsere Region aus eigener Kraft befreit und stehen nun mutterseelenallein da", sagt Talabani.

Anmerkungen

(1) Asiret: Bezeichnung für die kurdischen Stämme, die nach wie vor auch in der politischen Organisierung eine große Rolle spielen.

(2) Kurdistan Front: Zusammenschluß aller kurdischen Widerstandsorganisationen im Irak, sowie der kurdischen Sektion der KP und einer assyrischen Organisation.

(3) Innerhalb von wenigen Tagen wurden Lebensmittelkarten gedruckt und verteilt.

8. Solidarität mit dem Aufstand in Kurdistan

Rubrik: Golfkrieg; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:54

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit findet in Südkurdistan die Ermordung und Vertreibung des kurdischen Volkes statt. Mehrere Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht in Richtung Türkei und Iran, die Zahl der Toten geht in die Zehntausende. Kurdische Städte, vor einer Woche noch Hoffnung und Beginn eines freien Kurdistan, geben ein Bild der Zerstörung und Verwüstung ab; zahlreiche Dörfer wurden durch irakische Panzer und Bombardements dem Erdboden gleichgemacht.

Hubschrauber der irakischen Armee verfolgen die Flüchtenden und werfen Napalm-, Phosphor- und Brandbomben. Durch die Weigerung des NATO-Partners Türkei, die Grenze zu öffnen, an der Hunderttausende dem Tod durch Hunger und Erfrieren ausgesetzt sind, durch das Stillschweigen der internationalen Gremien - genau bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Niederlage der kurdischen Revolte besiegelt schien - und nicht zuletzt durch die unverhohlene Ermunterung Saddams durch die US-Führung, trägt die internationale Völkergemeinschaft die Mitverantwortung für diesen Völkermord.

Nicht einmal drei Wochen - von der Befreiung der Stadt Zaxo am 13.3. bis zu ihrer Rückeroberung und Zerstörung durch die irakische Armee in den ersten Apriltagen - dauerte die kurze Freiheit (Süd-) Kurdistans. In rund einer Woche waren durch die Kurden Stadt um Stadt befreit worden, bis sich mit der Einnahme der Erdölstadt Kirkuk fast das gesamte kurdische Gebiet in Händen der Aufständischen befand. Die meisten Städte hatten sich bereits vor der Ankunft der Einheiten der Peschmerga (kurdische Freiheitskämpfer) aus eigenen Kräften befreit (s. Augenzeugenbericht). Es scheint, daß die Kurdistan- Front (Zusammenschluß verschiedener kurdischer Widerstandsgruppen) selbst durch die Bereitschaft der Bevölkerung überrascht wurde. Unerwartet zudem das Verhalten der "Yash", der kurdischen Söldner im Dienste Saddams, die sich auf die Seite der Aufständischen stellten. Nur dadurch wurde die Einnahme von Kirkuk überhaupt möglich. Dies wiederum bedeutete für das irakische Regime wie auch für die Türkei und den Imperialismus den neuralgischen Punkt.

Nach der Befreiung begannen die kurdischen Organisationen mit der Organisierung des öffentlichen Lebens und dem Aufbau eigener Verwaltungsstrukturen. Nach seiner Ankunft in Zako am 23.3. erklärte der aus dem Exil zurückgekehrte Vorsitzende der PUK, Talabani, es sei nun die zentrale Frage, wie die Diktatur durch eine demokratische Koalition ersetzt werden könne. Der Kampf der Kurden galt der Errichtung einer autonomen kurdischen Provinz in einem demokratischen Irak. So ist es zu erklären, daß auch andere ethnische Gruppen die Aufständischen unterstützten und Teile der irakischen Truppen keinen nennenswerten Widerstand leisteten. Denn auch sie knüpften an die kurdische Revolte Hoffnungen auf einen baldigen Sturz des verhaßten Diktators Saddam.

Der Erfolg schien greifbar nahe. Die Front war bis auf 40 km an die zweitwichtigste Erdölstadt Mossul herangekommen; am Ostersamstag waren die kurdischen Kämpfer bis in die Außenbezirke der Stadt vorgedrungen. Doch am selben Tag forcierten die irakischen Truppen die Bombardierung und Zerstörung Kirkuks, womit die Niederlage begann.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Kurden absolut nichts an internationaler Unterstützung erhalten. Lediglich Iran und Syrien ermöglichten der Kurdischen Front durch die Öffnung der Grenze den Transport von Lebensmitteln und Nachschub. Die Türkei verweigerte selbst Lebensmittellieferungen und die Ausreise von Peschmerga aus den dortigen Flüchtlingslagern. Während verschiedene Menschenrechtsorganisationen mit Hilfsprogrammen für die arabische Bevölkerung des Nachkriegsiraks beschäftigt waren und die westlichen Alliierten eine Lockerung des Embargos gegen den Irak einleiteten, erreichte die Kurden nicht eine Tüte Milchpulver.

Fortsetzung auf Seite 5 Unterdessen hatte die US-Regierung "beeindruckt" von den Erfolgen der Kurden, die nach der Einnahme Kirkuks am 23.3. fast das gesamte irakische Kurdistan unter ihrer Kontrolle hatten und 40 km vor Mossul standen, ihre bis dahin eingehaltene Neutralität aufgegeben und Saddam signalisiert, daß sie ihn als Bluthund gegen die demokratische Volkserhebung akzeptiert.

Heuchlerisch erklärte Martin Fitzwater am 27.3. für die US-Führung: "Wir beabsichtigen nicht, uns in die inneren Konflikte des Irak einzumischen." Im Interesse der Stabilität der Region sei den USA daran gelegen, daß der Irak als ein Staat bestehen bleibe.

Der Schwenk in der amerikanischen Haltung dürfte nicht allein eine Reaktion auf die Erfolge der kurdischen Rebellen sein. Zum gleichen Zeitpunkt (23.-27.3.) befand sich der türkische Ministerpräsident Özal in den USA. Dieser war noch vor seinem Abflug in Ankara mit dem irakischen Botschafter zusammengekommen, der ihm einen Brief Saddams an Bush überreichte. Darin "erinnerte" Saddam seinen Kriegsgegner daran, daß das Interesse an der Niederschlagung der Kurden doch ein gemeinsames sei und daß die USA an einem instabilen Irak kein Interesse haben könnten.

Während Özal und Bush noch bei der Ankunft Özals auf einer gemeinsamen Pressekonferenz betonten, sie seien durch die Ereignisse im Nordirak "nicht beunruhigt", änderte sich diese Haltung während des Aufenthalts des türkischen Ministerpräsidenten bis hin zu der oben zitierten Äußerung von Martin Fitzwater, die das Startsignal für den Irak bedeutete. Sicherlich hat sich die amerikanische Führung dabei weniger von dem Brief Saddams überzeugen lassen als von ihrem Partner Özal. Der betrachtet die kurdischen Ölprovinzen Kirkuk und Mossul ohnehin als "urtürkisches" Gebiet und befürchtet von einer tatsächlichen Autonomie der Kurden im Irak einen weiteren Aufschwung der kurdischen Revolution auch auf dem Gebiet der Türkei.

Unverzüglich wurden nach dieser Wende durch die Verlegung alliierter Truppen Marschwege für Saddams Garden freigemacht und die Kontingente für die Freilassung irakischer Kriegsgefangener erhöht. Die Waffenstillstandsbedingungen, die ursprünglich den Einsatz der Luftwaffe generell untersagten und Hubschrauberflüge nur für zivile Transporte zuließen, erhielten eine neue Interpretation. Zugleich wurde ein Antrag der Kurdischen Front, die von der irakischen Armee erbeuteten Hubschrauber und Flugzeuge einsetzen zu dürfen, von den Alliierten abgelehnt.

Saddam verstand die Signale und handelte. Während sich die "Friedensbewegten" der westlichen Welt von den Strapazen der Antikriegsaktivitäten des Februar erholten, erfolgten stundenlange Bombardierungen Südkurdistans durch Hubschrauber der irakischen Verbände. Den Angriffen mit Napalm- und Phosphorbomben fielen Zehntausende Kurden zum Opfer.

Die Truppen der Kurdistan-Front - in den Bodenkämpfen und nachts der irakischen Armee überlegen - waren außerstande, dem Bombenkrieg standzuhalten.

Die USA und die internationale Staatengemeinschaft sind mitverantwortlich für den Völkermord an den irakischen Kurden. Selbst nach Beginn der Fluchtwelle und der Bombardierung der Flüchtenden brauchte der Sicherheitsrat der UNO noch eine Woche, bis er sich zu einer Verurteilung des irakischen Vorgehens durchringen konnte. Und selbst diese Resolution, deren genauer Wortlaut bei Redaktionsschluß noch nicht vorlag, scheint mehr als zweideutig: so betonen die imperialistischen Staaten den "Fortschritt", daß erstmalig eine UNO-Resolution zu den inneren Angelegenheiten eines Staates Stellung nimmt und damit Möglichkeiten der Einmischung schafft. Durch die Weigerung der im Sicherheitsrat vertretenen Staaten, die Frage Kurdistans als nationale Frage anzuerkennen, wird der Völkermord der irakischen Truppen zur "internen Angelegenheit". Es dürfte zynisches Kalkül gewesen sein, die Niederschlagung der kurdischen Revolte und den (vorläufigen) Sieg der Truppen Saddams abzuwarten: Die imperialistischen Staaten, die die Aufteilung und Kolonisierung Kurdistans in den 20er Jahren selbst betrieben haben, sind auch heute an der Beibehaltung dieses Status interessiert. Darüber hinaus stellt die kurdische Bewegung derzeit im Nahen und Mittleren Osten die wichtigste demokratische Kraft dar, deren Erfolg sicherlich Ausgangspunkt für weitere Umbrüche in diesem Raum wäre.

Versagt und unseren eigenen Bankrott in beschämender Weise offenbart haben wir Linken und die sog. Antikriegsbewegung in der BRD und international. Dies gilt für den "antiimperialistischen" wie für den pro-israelischen Flügel gleichermaßen. Während Abend für Abend die neuesten Zahlen und Farbbilder über Flüchtlinge, Bombenopfer und Hungertote über die Mattscheibe flimmern, ist es bisher in keiner einzigen Stadt zu nennenswerten Protestaktionen gegen den Irak oder zu Hilfsaktionen für die Kurden gekommen. (Die Mehrzahl der Demonstrationen und Kundgebungen der letzten Tage waren fast ausschließlich kurdische Aktionen.) Die "Friedensbewegung" ist in ihrer Mehrheit genauso verlogen wie der Imperialismus, mit dem einen Unterschied, daß dieser die Menschenrechtsdemagogie für seine machtpolitischen Interessen nutzt, und die Antiimperialisten die Friedensbewegung ...?

Dabei stellen die Kurden derzeit möglicherweise die wichtigste Kraft - nicht nur im Irak! - dar, die weitergehende demokratische Umwälzungen einleiten könnte. Es ist dringend geboten, endlich umfassende Solidaritätsaktionen einzuleiten, nicht nur für den Schutz der flüchtenden Zivilbevölkerung, sondern auch zur Unterstützung der Kämpfenden.

Nach Informationen der Kurdistan- Front befinden sich nach wie vor rund 70 Prozent der ländlichen Gebiete und Kreisstädte in den Händen der Kurden. Selbst größere Städte konnten in den letzten Tagen z.T. zurückerobert werden. In diesem Zusammenhang gilt es auch, der verbreiteten Stimmung entgegenzutreten, der Kampf in Kurdistan sei bereits entschieden und es gelte nur noch, den geflohenen Opfern zu helfen. So verständlich die Massenpanik der Zivilbevölkerung angesichts der C-Waffen Saddams ist, die Kämpfer der Kurdischen Front sind entschlossen weiterzukämpfen. Sie sind dabei auf internationale Solidarität angewiesen.

NM

9. Alles redet von Verhandlungen - Israel handelt

Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:50

Der Gedanke, daß nach Erledigung der "Befreiung Kuwaits" der Palästina-Konflikt an die erste Stelle der internationalen Tagesordnung gesetzt werden würde, war logisch, ehrenwert und unrealistisch. Freilich muß so getan werden, als gebe es irgendeine Art von Bewegung, und daher ist wieder einmal von Friedensplänen, Konferenzprojekten und Kompromißangeboten die Rede. Aber wer will überhaupt mit wem verhandeln?

Beginnen wir mit der PLO. Nicht weil ihre Haltung irgendeine praktische Bedeutung hat, sondern weil sie am wenigsten kompliziert und mehrdeutig ist: Die PLO würde, ohne Vorbedingungen, sofort an jedem beliebigen Ort, öffentlich oder geheim, bilateral oder im Beisein Dritter, mit jedem von der israelischen Regierung benannten Vertreter zu Gesprächen zusammentreffen, wenn ihr eine Gelegenheit dazu offeriert würde.

Nach ihrer offiziellen Beschlußlage müßte die PLO allerdings darauf bestehen, erstens ihre Vertreter an solchen Gesprächen selbst zu nominieren und zweitens als gleichberechtigter Partner akzeptiert zu werden. Beides ist bei Verhandlungen eigentlich normal und nicht gerade ein extravaganter Anspruch.

Andererseits kennt die PLO die bestehenden Vorbehalte auf der Gegenseite und würde, zumindest in der ersten Pha- se der Kontaktaufnahme, wahrscheinlich auch einen geringeren Status ihrer Vertreter in Kauf nehmen. Es könnte sich also beispielsweise um namhafte Palästinenser aus den besetzten Gebieten handeln, deren Affinität zur PLO kein Geheimnis ist, aber die nicht offiziell als PLO-Abgesandte firmieren. Alles, was hierzu von der Gegenseite an Vorschlägen käme und was nicht provokativ darauf hinauslaufen würde, daß die PLO öffentlich "ihr Gesicht verliert", ohne irgendeine Gegenleistung zu erhalten, würde von der PLO vermutlich mit großer Flexibilität erwogen werden.

Es ist tatsächlich ganz einfach: Die PLO möchte, daß Verhandlungen beginnen, weil das aus ihrer Sicht schon der halbe Weg zur Anerkennung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts wä- re. Diese Feststellung gilt nicht nur für den mainstream der PLO, sondern schließt die kritische Duldung durch die "radikalen" Teile der PLO ein.

Nun zur Gegenseite. In Israel herrscht, abgesehen von kleinen Randgruppen und mutigen "Exoten", die nicht einmal Linke sein müssen, ein ganz breiter Konsens, daß niemals, nirgendwo und keinesfalls mit der PLO verhandelt werden darf. Ein Gesetz verbietet sogar Einzelpersonen politische Begegnungen mit PLO-Vertretern. Dieser Konsens ist so alt wie die PLO und wurde niemals durchbrochen. Dennoch werden israelische Politiker aller Richtungen öffentlich immer so tun, als sei gerade ein ganz aktuelles Ereignis der Grund ihrer Ablehnung. Meist eignet sich dafür irgendein Attentat der letzten Zeit, wobei es überhaupt keine Rolle spielt, ob die PLO sich davon distanziert hat oder nicht. Derzeit ist natürlich die Unterstützung der PLO für den verrückten Despoten in Bagdad der vorgeschobene Grund, daß man "mit dieser Mörderbande" niemals sprechen kann, will und wird.

Andererseits besteht in den politischen Kreisen Israels eine fast ebenso breite Übereinstimmung, daß man selbstverständlich nicht das Gespräch mit den Palästinensern verweigert - nein, daß man den Dialog im Gegenteil sogar sucht, um einer Lösung des chronischen Konflikts näher zu kommen. Nur leider, leider gebe es dafür bisher auf palästinensischer Seite weit und breit keine Partner - wenn man von der PLO absieht, die aber als blutbefleckte Mörder- und Terroristenbande nicht in Betracht kommt.

Israel: Keine Gespräche mit der PLO

Wenn man mit Palästinensern verhandeln will, aber nicht mit der PLO, mit wem dann? Hier gehen die Vorschläge der rechtsgerichteten Regierungsparteien und der sozialdemokratischen Opposition auseinander. Beginnen wir bei den Rechten. Hier gilt immer noch der, nach dem Regierungschef benannte, Schamir-Plan vom April 1989. Er wird in den Medien oft unter dem propagandistisch geglückten, aber irreführenden Titel, "freie Wahlen in den besetzten Gebieten", gehandelt. Gemeint ist die Wahl von palästinensischen Personen, deren einzige Funktion und Kompetenz darin bestehen soll, Verhandlungspartner der israelischen Regierung zu sein. Niemand zweifelt daran, daß dabei eine Verhandlungsdelegation herauskäme, die eindeutig PLO-dominiert wäre. Oppositionschef Peres fürchtet sogar, daß bei derartigen Wahlen in den besetzten Gebieten die Fundamentalisten der Hamas rund 60% der Stimmen bekommen könnten.

Der Vorschlag Schamirs wäre also ein Eigentor, wenn er nicht eine ganz starke Sicherung eingebaut hätte: Wählbar sollen nur Kandidaten sein, die sich zuvor öffentlich von der PLO distanzieren und dem Ziel eines palästinensischen Staates abschwören. Außerdem müßte vorher die Intifada beendet sein. Durch diese Tür, soviel steht wohl fest, wird kein palästinensischer Politiker gehen, der von seinem Volk als Repräsentant akzeptiert werden könnte.

Dennoch könnte man an dieser Stelle argumentieren, daß es ein taktischer Fehler der PLO war, zum Schamir-Plan nicht ein "Ja - Aber" zu sagen. Das hätte bedeuten können, das Prinzip der Wahl einer Verhandlungsdelegation durch die Bevölkerung der besetzten Gebiete grundsätzlich zu akzeptieren oder sich sogar offensiv dafür einzusetzen, aber auf dem wirklich freien Charakter des Vorgangs zu bestehen, also insbesondere die Ausgrenzung von Kandidaten abzulehnen. In diesem Punkt, aber wohl nur in diesem einen Punkt, wäre kein Kompromiß möglich gewesen. In Einzelpunkten hätte die PLO kritische Einwände formulieren können - vor allem gegen die Festlegung Schamirs, daß die arabische Bevölkerung Ostjerusalems nicht an der Wahl der Delegierten teilnehmen darf, was als Präjudizierung des umstrittenen Status dieser Stadthälfte interpretiert werden könnte. Der weitere Einwand der PLO, daß von Freiheit der Wahl nicht gesprochen werden kann, solange die Gebiete unter der "eisernen Faust" der militärischen Besetzung stehen, war gewiß berechtigt. Andererseits würde dieser Umstand das eindeutige Votum für die Kandidaten der PLO kaum beeinträchtigen. Man hätte also überlegen können, zwar gegen die Präsenz des israelischen Militärs während des Wahlvorgangs zu protestieren, aber diese dennoch in Kauf zu nehmen. Im Endeffekt hätte man dann entweder eine demokratisch legitimierte palästinensische Verhandlungsdelegation bekommen, was angesichts der unnachgiebigen Haltung von Schamir & Co. allerdings unwahrscheinlich ist, oder man hätte die israelische Seite in erhebliche Argumentationsschwierigkeiten gebracht.

Nun die Position der sozialdemokratischen Opposition. Hier hat man die immanenten Fallen des Schamir-Vorschlags erkannt. Ein schwerwiegender "Fehler" dieser Idee besteht darin, daß sie im Prinzip den Palästinensern einen selbständigen Status zuerkennt und sich lediglich darauf verläßt, daß der Vorschlag aus anderen Gründen für die Gegenseite zuverlässig unannehmbar ist, also keine praktischen Konsequenzen haben wird. Wird aber - und sei es auch nur als hypothetisches Prinzip - die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete als autonome politische Einheit akzeptiert, sind eigentlich, denkt man die Sache konsequent weiter, wesentliche ideologische Schranken gegen einen palästinensischen Staat in Frage gestellt.

Die sozialdemokratische Position ist da von vornherein eindeutiger: kein palästinensischer Staat, also auch keine palästinensische Verhandlungsdelegation. Sondern Vertretung der Bevölkerung der besetzten Gebiete im Rahmen einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation. Das wäre für die PLO nicht leicht zu akzeptieren. Das Eingehen auf diese Idee führte 1985 zu einer dramatischen Spaltung der PLO, die erst 1987 überwunden werden konnte. Die meisten Organisationen der PLO gehen zwar davon aus, daß ein kommendes Palästina in irgendeiner föderativen Form mit Jordanien verbunden sein soll, aber sie wollen darüber autonom entscheiden und sich nicht von Außen eine Unterordnung als Vorbedingung für den Eintritt in einen Verhandlungsprozeß diktieren lassen.

Im Übrigen muß konstatiert werden, daß die Ideen und Vorschläge sozialdemokratischer Politiker Israels zum Palästina-Problem bisher ohne praktische Relevanz sind. Seit 1977 hat Israel rechte Regierungen oder Koalitionen, die von den Rechten dominiert werden. Die sozialdemokratische Arbeitspartei hat keinen einheitlichen Friedensplan produziert. Die Ideen von Parteiführer Peres finden bei den rechteren Exponenten seiner Partei mehr Widerspruch als Anklang. Die Lage ist tatsächlich so, daß Schamir & Co es noch nicht einmal nötig haben, auf die sozialdemokratischen Projekte taktisch zu reagieren. Sie werden einfach ignoriert.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu: Die Arbeitspartei hat Israel seit der Staatsgründung bis 1977 in ununterbrochener Folge regiert. In den zehn Jahren zwischen dem Juni-Krieg 1967, der zur Besetzung Westjordaniens und Gasas, wie auch der Sinai-Halbinsel und den syrischen Golan-Höhen führte, und der Wende von 1977 hat die Arbeitspartei zur Lösung des israelisch-palästinensischen und israelisch-arabischen Konflikts nichts zustande gebracht. Der Frieden mit Ägypten, einschließlich Rückgabe des Sinai, verbindet sich mit der Regierungszeit des extrem rechten Menachem Begin. Insofern hat dessen Nachfolger Schamir in Israel einen verständlichen Erfolgsbonus, wenn er behauptet, daß seine Partei besser als die Opposition wisse, wie man mit Arabern Frieden schließt.

USA: Über Verhandlungen verhandeln

Betrachten wir noch die Position der US-Regierung, die eine Rolle bei der Anbahnung eines israelisch-palästinensischen Dialogs spielen möchte. Die USA haben, Ende der 70er Jahre im Vorfeld des israelisch-ägyptischen Friedensvertrags, Israel verbindlich zugesichert, daß sie dem Partner keine Verhandlungen mit der PLO zumuten werden. Andererseits war die US-Regierung 1989/90 zu direkten Gesprächen mit der PLO bereit, wenn auch auf niedriger Ebene und letztlich ohne praktischen Inhalt. Die von der US- Regierung im Juni 1990 bekanntgegebene "Unterbrechung" dieser Kontakte war taktisch, nicht grundsätzlich begründet.

Zudem sind die USA seit längerem bereit, ihre Außenminister mit bekannten "gemäßigten" Palästinensern aus den besetzten Gebieten zusammentreffen zu lassen, die faktisch Delegierte der PLO sind und nur aus Gründen der diplomatischen Diskretion und der Rücksichtnahme auf Israel nicht als solche bezeichnet werden. So sprach kürzlich George Baker wieder mit einer derartigen Delegation, und es wäre der US-Regierung wahrscheinlich willkommen, wenn Israel ungefähr diesen Personenkreis als palästinensische Verhandlungspartner akzeptieren würde. Da weder die Rechten noch die Sozialdemokraten ein solches Modell akzeptieren, ist es von vornherein illusorisch, und die US-Regierung verzichtet lieber darauf, es offiziell zu empfehlen.

Aus der Verlegenheit, dennoch einen eigenen Weg zum Dialog anbieten zu wollen, ohne sich in offenen Gegensatz zur Regierung Schamir zu bringen, entstand in der zweiten Jahreshälfte 1989 der "Baker-Plan": Unter Vermittlung der USA und Ägyptens sollte eine für Israel annehmbare Namensliste für eine palästinensische Verhandlungsgruppe zusammengestellt werden. Gegen jede der Personen hätte Israel ein Vetorecht gehabt. Die so zu bildende palästinensische Gruppe hätte nur eine einzige Aufgabe haben sollen: mit Israel über die Modalitäten eines Wahlvorgangs in den besetzten Gebieten zu verhandeln, aus dem dann eine definitive Delegation für die nächste Stufe des Verhandlungsprozesses hervorgehen sollte. Also im Grunde eine groteske und überflüssige Ouverture zum "Schamir-Plan", aber vermutlich mit dem Hintergedanken, überhaupt erst einmal palästinensische und israelische Vertreter irgendwie und zu irgendeinem Thema an einen Tisch zu bringen, um damit eine politische Dynamik auszulösen.

Da dieser Denkansatz durchaus den Intentionen der PLO entspräche, könnte die PLO eventuell nicht völlig abgeneigt sein, sich auf ein solches Auswahlverfahren als Verhandlungseinstieg einzulassen. Allerdings unter einer unbedingten Voraussetzung: Diskretion und Wahrung des Gesichts. So, wie der Baker-Plan mit der Grazie des Elefanten im Porzellanladen öffentlich auf den Markt geworfen wurde, war die ablehnende Antwort der PLO voraussehbar: Die Mitglieder einer palästinensischen Verhandlungsdelegation müßten autonom von der PLO selbst bestimmt werden und von niemand sonst.

Aber auch die Regierung Schamir wies den Vorschlag der USA zurück. Daraufhin besserte Baker seinen "Plan" noch im Sinne der israelischen Einwände an mehreren Punkten nach - mit dem voraussehbaren Ergebnis, daß die ganze Idee für die PLO noch unakzeptabler wurde, als sie es ohnehin schon gewesen war.

Dennoch könnte der Grundgedanke des "Baker-Plans" - eine für Israel annehmbare palästinensische Verhandlungsgruppe im diplomatischen Einvernehmen zusammenzustellen - aktuell eine Auferstehung erleben. Vorausgesetzt allerdings, die USA und Israel würden diesmal die selbstverständliche, nicht einmal besonders große Empfindlichkeit der PLO und der Palästinenser berücksichtigen. Daß bei Verhandlungen die eine Seite mitentscheiden will, wen die andere als Vertreter nominieren darf, kommt schließlich nicht alle Tage vor. Ein bißchen Takt und Fingerspitzengefühl könnte da gewiß nicht schaden.

Schamir-Plan, Baker-Plan, dazu noch Peres-Plan, Shultz-Plan, Mubarak-Plan - sie alle beschäftigten sich in den letzten fünf Jahren nur mit der formalen und an sich noch nicht sehr ergiebigen Frage, wie ein israelisch-palästinensischer Verhandlungsprozeß beginnen könnte. Betrachten wir nun die unterschiedlichen inhaltlichen Vorstellungen, wie die Zukunft der besetzten Gebiete und der Palästinenser aussehen soll.

Am schlichtesten ist das Programm der regierenden israelischen Rechten: ob Westbank, Gasa oder Golan, kein Quadratkilometer der besetzten Gebiete darf preisgegeben werden. Verhandelt werden könnte über kommunalpolitische "Autonomie" der Bewohner; mehr steht nicht zur Diskussion. Andererseits lehnen Schamir & Co aber auch die logische Schlußfolgerung ab, daß die Palästinenser der besetzten Gebiete dann eben israelische Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten werden müßten. Die besetzten Gebiete sollen Teil des Staates Israel werden, während die dort lebende palästinensische Bevölkerung die jordanische

Staatsangehörigkeit haben soll. Also ohne Bürgerrechte in dem Staat, der sie beherrscht, aber dafür sinnloserweise ausgestattet mit dem Wahlrecht für das jordanische Parlament, das in den besetzten Gebieten nichts zu bestellen hat. Ein Widerspruch, der eigentlich nur aufzulösen ist, indem man sich den Vorstellungen der Rechtsextremen entsprechend die Palästinenser irgendwann bei günstiger Gelegenheit durch Vertreibung - das dezentere israelische Wort lautet "Transfer" - vom Halse schafft.

Verhandlungsspielraum gibt es im Modell der regierenden Rechten überhaupt nicht. Daß Schamir nur mit Palästinensern sprechen will, die sich im Voraus zur Annahme seiner Vorstellungen verpflichten, ist also logisch und ehrlich.

"Land gegen Frieden"

Die Sozialdemokraten hingegen bekennen sich zu dem auch von den USA favorisierten Prinzip "Land gegen Frieden". Die Bandbreite dessen, was sich unter dieser Parole verstehen läßt, ist jedoch sehr groß. Vorherrschend ist in der Arbeitspartei die Idee, einen großen Teil der besetzten Gebiete verwaltungsmäßig an Jordanien anzugliedern. Davon ausgenommen sein sollen erstens mehrere "Grenzkorrekturen": der Großraum Ostjerusalem und einige Randzonen, die als militärstrategisch wichtig gelten und relativ wenig palästinensische Bevölkerung haben, sollen dem Staat Israel angeschlossen werden. Insgesamt handelt es sich dabei immerhin um rund ein Drittel des besetzten Territoriums. Zweitens soll Israel in den unter jordanische Verwaltung zu übergebenden Gebieten zumindest für eine längere Übergangsphase "aus Sicherheitsgründen" eine starke militärische Präsenz behalten. Das schließt eine "Sicherheitszone" entlang des Jordan ein, der die Grenze zwischen Jordanien und den besetzten Gebieten bildet. Es läuft also, jedenfalls für eine zeitlich nicht begrenzte Übergangsphase, auf ein israelisch-jordanisches "Kondominium" in den besetzten Gebieten hinaus, wobei Jordanien Polizeifunktionen übernehmen müßte, während die militärische Macht und damit die jederzeitige Interventionsmöglichkeit bei Israel bleiben würde.

Oppositionsführer Peres, der jetzt wieder für dieses Modell wirbt, verweist darauf, daß sich die Bedingungen dafür inzwischen sehr verbessert hätten: König Hussein, der seit dem militärischen Vorgehen gegen die Palästinenser (September 1970) für diese ganz entschieden eine Negativfigur war, hat heute aufgrund seiner "antiimperialistischen" Politik während der Golfkrise bei den Palästinensern eine enorme Popularität. In den letzten Jahren hat eine relative Demokratisierung stattgefunden, die auch den Palästinensern mehr Freiheit gebracht hat. Insofern könnte die Bevölkerung der besetzten Gebiete tatsächlich geneigter sein, einen Anschluß an Jordanien zu akzeptieren, was früher überhaupt nicht in Frage gekommen wäre. Voraussetzung dafür wäre allerdings, daß man den Palästinensern die Wahrung des Anscheins erlaubt, sie vollzögen diesen Anschluß aus eigenem Willen und nicht unter dem Diktat der Besatzungsmacht Israel.

Verhandelbar wäre bei dem sozialdemokratischen Modell der genaue Umfang der von Israel zu annektierenden "Sicherheitszonen", sowie Umfang, Dauer und Modalitäten der israelischen Militärpräsenz in den unter jordanische Verwaltung zu übergebenden Gebieten. Nicht zur Disposition stünden die Zugehörigkeit des Großraums Ostjerusalem zu Israel, die jüdischen Siedlungen in den Gebieten, das Prinzip der fortgesetzten militärischen Präsenz zumindest für eine mehrjährige Übergangsphase, sowie die permanente "Entmilitarisierung" der Gebiete - d.h. das Verbot, dort arabische Streitkräfte zu stationieren.

Die USA unterstützen in allgemeiner Form den Grundsatz "Land gegen Frieden", ohne sich auf die Erörterung von Details einzulassen. Der Eindruck, eine US-Regierung ergreife im Widerspruch zwischen israelischen Rechten und Sozialdemokraten öffentlich Partei, wird traditionell lieber vermieden. Die USA haben darüber hinaus zur Zeit von Nixon und Kissinger eine auch deren Nachfolger bindende Zusage gegeben, keinen materiellen Druck auf Israel auszuüben. Der letzte US-Präsident, der dies versucht hatte, war Eisenhower nach dem Suez-Krieg von 1956, und schon damals war die Gegenreaktion aus beiden Häusern des amerikanischen Parlaments sehr explizit.

Außerdem haben die USA die "Drei Neins" der israelischen Politik akzeptiert: Keine vollständige Rückgabe der seit 1967 besetzten Gebiete, keine Verhandlungen mit der PLO, kein palästinensischer Staat. Zum jetzigen Zeitpunkt, solange Schamir regiert und solange die Meinungsumfragen in Israel keine Trendwende signalisieren, wird die US-Regierung vermutlich keinen eigenen Friedensplan zum Palästina-Problem vorlegen.

"Ein Staat an der Seite Israels

Betrachten wir abschließend die Verhandlungsposition und die Zielvorstellungen der PLO. Seit den Beschlüssen der 19. Tagung des Nationalrats im November 1988 ist klar, daß die PLO den Staat Israel anerkennt und einen eigenen Staat akzeptieren würde, der nur die seit 1967 besetzten Gebiete, Westjordanien und Gasa umfaßt.

PLO-Vertreter haben nach dem zweiten Golfkrieg bekräftigt, daß die "palästinensische Friedensinitiative und das politische Programm, wie sie vom 19. Nationalrat formuliert wurden", ihre Gültigkeit behalten. So steht es auch in dem von der PLO autorisierten 11-Punkte-Papier, das die palästinensischen Vertreter bei ihrem Treffen am 12. März in Jerusalem dem amerikanischen Außenminister übergaben.

Mehrere Fragen bleiben dennoch offen und wären - falls Israel sich jemals auf Verhandlungen einlassen würde - wahrscheinlich schwierige Problempunkte. Dazu gehört der Status von Ostjerusalem, das die PLO als Teil Palästinas beansprucht und das sie, abgesehen von der Tatsache, daß es sich schlichtweg um eine arabische Stadt handelt, auch aus Gründen der Ideologie und des Prestiges schwer aufgeben könnte. Dazu gehört zweitens das Problem der jüdischen Siedlungen, deren Auflösung die PLO bisher gefordert hat, im Einklang mit der Beschlußlage der Arabischen Liga. Problematisch ist drittens das von der PLO und der Arabischen Liga geforderte "Recht auf Rückkehr", also die Forderung, das sich Palästinenser in Israel ebenso frei niederlassen können wie die Juden aus aller Welt, denen dies durch das israelische "Heimkehrgesetz" garantiert ist. Auf diese Forderung könnte die PLO mit Rücksicht auf die Gefühle und Wünsche von Millionen Palästinensern im Exil wohl nur unter großen internen Schwierigkeiten verzichten, falls überhaupt.

In anderen Detailfragen startet die PLO gern einmal Testballons, um die Reaktionen sowohl im palästinensischen Spektrum wie auch in Israel und den USA kennenzulernen. So trat einen Tag nach dem Treffen Bakers mit Palästinenser-Vertretern Arafats wichtigster Berater, Bassam Abu Scharif, in einem Interview mit Ideen an die Öffentlichkeit, die in den Medien als sensationell neue Vorschläge hochgespielt und von anderen PLO-Vertretern umgehend als "verantwortungslose" und "schädliche" Privatansichten zurückgewiesen wurden.

Im Einzelnen hatte Abu Scharif folgende Punkte angesprochen:

1. Die PLO könnte ihre Forderung fallenlassen, in Verhandlungen mit Israel als gleichberechtigter und offizieller Partner zu fungieren und stattdessen Personen nominieren, die keine PLO-Vertreter sind.

2. Die PLO könnte einen "territorialen Kompromiß" akzeptieren; ein palästinensischer Staat müsse nicht unbedingt das gesamte besetzte Gebiet umfassen.

3. Für eine Übergangszeit könnte der Staat "entmilitarisiert" werden, d.h. nicht über eine eigene Armee verfügen. In dieser Zeit sollte seine Sicherheit von der UNO geschützt werden.

4. Der palästinensische Staat müsse nicht notwendigerweise von der PLO und Arafat regiert werden. Die Regierung werde nach freien Wahlen gebildet werden.

Abu Scharif behauptete nach Bekanntwerden der ersten Reaktionen auf sein Interview, er sei völlig falsch zitiert worden und habe überhaupt keine neuen Positionen vertreten. Letzteres ist jedenfalls weitgehend wahr. Betrachten wir die einzelnen Punkte:

1. Praktisch dürfte das tatsächlich die Position der PLO sein, zumindest was die erste Phase von Verhandlungen angeht. Öffentlich ausgesprochen und erörtert werden darf das allerdings nicht. Das sollte nicht als Überempfindlichkeit interpretiert werden, denn die Prozedur, die man den Palästinensern zumuten will, stellt wirklich eine erhebliche Demütigung dar. Das könnte man vielleicht zur Not schlucken, wenn dafür praktische Fortschritte in Aussicht sind, aber man bietet sich damit nicht öffentlich an, zumal wenn man sich doch nur Absagen einhandelt.

2. Das Angebot "territorialer Konzessionen" wäre neu. Bassam Scharif verband das allerdings mit dem natürlichen Interesse der PLO, auch über einen "Korridor", also eine Landverbindung zwischen der Westbank und dem Gasastreifen, zu verhandeln. In diesem Kontext hat er wohl die Bereitschaft zu einer Art territorialem Tauschgeschäft angedeutet.

3. Das ist eine Idee, die versuchsweise vor Monaten auch schon von Arafat und anderen PLO-Politikern geäußert wurde. Sie entspricht keiner Beschlußlage, wäre aber vermutlich konsensfähig, sofern das Wort "Übergangsregelung" berücksichtigt würde.

4. Nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit, der eigentlich kein PLO-Politiker widersprechen würde. Das Problem dabei ist wieder einmal "nur" eine Frage des Prestige: In einer Situation, wo die USA, Israel und die reaktionären arabischen Regimes die Palästinenser auffordern, sich von der PLO zu trennen und insbesondere Arafat fallenzulassen, könnte eine solche banale Äusserung als opportunistisches Zugeständnis interpretiert werden. Tatsächlich sind beispielsweise israelische Politiker und Medien mit Spekulationen über eine Distanzierung der Palästinenser von der PLO und Bruchlinien in der PLO immer wieder schnell bei der Hand, wobei jede Bereitschaft im palästinensischen Spektrum, sich auf das Prüfen neuer Ideen einzulassen, leider nur als Schwäche des Gegners gedeutet wird, also die eigene Sturheit bestätigt.

Vollendete Tatsachen statt Verhandlungen

Aus herrschender israelischer Sicht hat der Staat in Sachen Palästina-Problem und besetzte Gebiete das Schlimmste bereits überstanden. Erstens: Die Intifada ist weitgehend unter Kontrolle und sie ist, was noch wichtiger ist, aus den Medien verschwunden oder nimmt dort jedenfalls keinen wichtigen Platz mehr ein. - Zweitens: Die PLO hat international an Ansehen verloren, hat es sich auch mit etlichen arabischen Regimes verdorben, kommt vielleicht durch die Streichung oder Kürzung der Zuschüsse aus den Ölstaaten in finanzielle Bedrängnis. Auch auf interne Zerwürfnisse kann man hoffen. - Drittens: Der noch nie besonders starke europäische Druck auf Israel, Verhandlungen zuzustimmen, hat nachgelassen. Zur Zeit überwiegen auf diplomatischer Bühne die Versicherungen, daß man Israel weder eine Nahostkonferenz im Sinn bisheriger Projekte, noch Gespräche mit der PLO zumuten will. - Viertens: Die neue Einwanderungswelle aus der UdSSR löst Israels Hauptproblem, nämlich die sogenannte "demographische Zeitbombe". Gemeint ist die Befürchtung, angesichts des starken natürlichen Zuwachses der arabischen Einwohner in Israel und den besetzten Gebieten irgendwann - Prognosen nannten noch vor drei Jahren ungefähr den Zeitpunkt 2020 - Minderheit im eigenen Land zu sein. Mengen von Neueinwanderern in die besetzten Gebiete zu lenken, die sich bisher bei der eingesessenen israelischen Bevölkerung keiner großen Beliebtheit als Wohngebiet erfreuten, wird bald kein Problem mehr sein.

Nach Angaben des US-Außenministeriums leben in den besetzten Gebieten, Großraum Ostjerusalem eingeschlossen, heute schon 225.000 Israelis, was 13% der dortigen Gesamtbevölkerung entspricht. Der jährliche Zuwachs wird auf etwa zehn Prozent geschätzt. 90.000 Israelis leben demnach auf der Westbank, 120.000 im Großraum Ostjerusalem, 3.000 im Gasastreifen und 12.000 auf den Golan-Höhen.

Der Sorge, das Palästina-Problem könnte vielleicht demnächst auf die internationale Tagesordnung gesetzt werden, begegnen Israels regierende Rechte mit ihrer bewährtesten Methode: die Repression verschärfen, vollendete Tatsachen schaffen und ausbauen. Die Zahl der jüdischen Siedler auf den Golan-Höhen soll nach dem Willen des zuständigen Ministers Sharon innerhalb eines Jahres auf 20.000 gesteigert werden. Insgesamt sollen in diesem Jahr 10.000 neue Wohnungen für Israelis in den besetzten Gebieten errichtet werden. Bis Ende 1993 sollen allein auf der Westbank 24.000 neue Wohnungen gebaut werden, um 88.000 Israelis aufzunehmen. Die Zahl der Neueinwanderer aus der UdSSR in den nächsten drei Jahren wird auf eine Million geschätzt. Wozu also mit den Palästinensern verhandeln und worüber eigentlich?

Kt.

10. Krieg Jetzt ... Frieden später. Die israelische Protestbewegung und der Golfkrieg

Rubrik: Golfkrieg; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:38

Der größte Teil des sog. Friedenslagers in Israel hatte während des Golfkriegs den Dialog mit den Palästinensern eingestellt, einige Prominente aus diesem Kreis hatten spektakulär auch mit den moderaten Sprechern der PLO gebrochen. Den Anti-Kriegsdemonstranten in den USA und in Europa, hier insbesondere denen in Deutschland, wurde auch von der israelischen Opposition vorgeworfen, Saddam Hussein zu unterstützen und anti-israelische Positionen zu beziehen. Eine solche Haltung ist in jedem Falle kritikwürdig, darf aber der deutschen Linken und der Anti-Kriegsbewegung keinesfalls ein Anlaß zur Selbstgerechtigkeit sein, ist doch die Position, aus der heraus die deutsche bzw. die israelische Opposition Politik machen, völlig unvergleichbar. Gleich welches Maß an Mitverantwortung man der israelischen Regierung an den irakischen Raketenangriffen auf israelische Bevölkerungszentren beimißt: Die Scuds sind real in Israel eingeschlagen, sie haben real das Leben vieler Menschen bedroht. "Einen Dialog mit der Gasmaske zu führen, ist sehr schwierig", sagte Alisa Fuss, die mehrere Jahrzehnte in Israel gelebt hat und sich nun in Berlin für die israelisch-palästinensische Verständigung engagiert. "Auch gute und tapfere Kämpfer aus der israelischen Friedensbewegung setzen jetzt zum größten Teil auf den nationalen Konsens: Zusammenhalten, das Volk ist in Gefahr. Die Rechte der Palästinenser sind jetzt kein Thema mehr. Die einzige Frage lautet: Wie überlebt Israel den Krieg?"

Der Dialog, den die israelische Opposition mit den Palästinensern führt, habe sich in letzter Konsequenz als "Flucht vor den wirklichen Aufgaben" erwiesen, konstatierte vor gut anderthalb Jahren der palästinensische Publizist Azmy Bishara, der für eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts eintritt. "Es muß zur Zusammenarbeit und zum gemeinsamen Kampf kommen."

Mit dem Beginn der Golfkrise im August 1990 waren jedoch israelische Protestbewegung und Palästinenser weiter denn seit Jahren von diesem gemeinsamen Kampf entfernt. Während die PLO unmittelbar nach der irakischen Besetzung Kuwaits versucht hatte, eine Vermittlerrolle einzunehmen, dann aber aufgrund der US-amerikanischen Interventionsdrohung die - nicht immer in aller Klarheit vorgetragene - Position vertrat, sowohl die Besetzung Kuwaits als auch die Intervention zu verurteilen, nahm der allergrößte Teil des israelischen sog. Friedenslagers nur noch das Treffen Saddam Husseins mit Arafat und deren zum regionalen Ritual gehörende Umarmung wahr.

Terrorbündnis

Elasar Granot, der Vorsitzende der links-sozialdemokratischen Mapam, die für den Dialog mit der PLO eintritt und einen erheblichen Teil der israelischen Protestbewegung politisch-ideologisch prägt, war der erste linke Prominente, der öffentlich bekanntgab, der Beitritt der PLO zum "Terrorbündnis" der Herrscher Iraks und Libyens lasse den Status der PLO als Partner im Friedensprozeß zweifelhaft erscheinen. Ihm folgte weitere intellektuelle und politische Prominenz, die die PLO und die Palästinenser im Allgemeinen beschuldigte, die Rechte mit Argumenten versorgt und den Friedenschancen einen fatalen Schlag zugefügt zu haben. Jossi Sarid, Knesset-Abgeordneter für die Ratz (Bürgerrechtspartei), bis dato ein engagierter Vertreter der Menschenrechte auch der Palästinenser, machte Furore mit seiner Erklärung, wenn die PLO die Gespräche "wiederaufnehmen" wolle, müsse sie ihn schon "suchen". Und "Frieden Jetzt", der Dachverband zahlreicher Protestgruppen, ließ über die englischsprachige "Jerusalem Post" wissen, man sei "enttäuscht über die enthusiastische Unterstützung Saddam Husseins".

In diesem Stadium der Debatte, im August und September 1990, blieben die einseitigen Gesprächsaufkündigungen der Granot, Sarid etc. noch nicht unwidersprochen. Schewach Weiss, ein gewichtiger Vertreter der Arbeitspartei in der Knesset, äußerte direktes Verständnis für die Palästinenser: "Wer konnte sich einbilden, daß die Palästinenser nicht mitgerissen würden von einem starken, stolzen, anti-amerikanischen Führer, der Israel mit Gewalt droht? (...) Angesichts der Situation der Bewohner der Gebiete - wie konnte ein Palästinenser (...) uns nicht hassen?" Jossi Sarids Partei-Kollegin, die Ratz-Vorsitzende Schulamit Aloni reagierte mit offener Selbstkritik: "Warum solle ich von der Haltung der Palästinenser enttäuscht sein? Habe ich etwas für sie getan? Hat die israelische Linke etwas für sie getan?

Die israelische Linke ist ein loyaler Teil der Regierung von Israel." Dank u.a. dieses Widerspruchs wurde Ende September 1990 zumindest der Dialog zwischen israellischen und palästinensischen Friedenskräften wieder aufgenommen.

Nennenswerte Handlungsfähigkeit und Einflußmöglichkeiten gewann die Protestbewegung jedoch im weiteren Verlauf der Golfkrise nicht mehr. Während das Massaker in Rishon Lezion im Mai 90 - ein Israeli hatte sieben Palästinenser erschossen, nachdem er sich zuvor durch die Kontrolle ihrer Identitätskarten überzeugt hatte, auch tatsächlich Palästinenser vor sich zu haben - , während dieses Massaker noch zahlreiche Proteste und auch eine größere Demonstration veranlaßte, war von einem massenhafteren Protest nach der Schlächterei auf dem Tempelberg keine Rede mehr. Chaim- Bar, ein linker Aktivist und Journalist sah richtig voraus, die Devise "Ruhe, wir schießen!" werde beim Beginn des Krieges alles andere übertönen.

Unmittelbar vor Ablauf des Irak gesetzten Ultimatums gab es nur noch eine Reihe kleinerer Proteste zumeist radikalerer Gruppierungen vor der US-Botschaft in Tel Aviv, einen Aufruf aus dem universitären Bereich gegen den Krieg, eine Antikriegs-Versammlung in Tel Aviv, auf der u.a. Emile Habibi von der KP und Uri Avnery sprachen. Mit dem Beginn des Krieges stellten die "Frauen in Schwarz" ihre allfreitäglichen Mahnwachen unter dem Motto "Schluß mit der Besetzung" (vorläufig) ein. Innerhalb der am Spektrum der israelischen Protestbewegung gemessen sehr radikalen "Jesch Gwul", eine Bewegung von Soldaten und Reservisten, die den Einsatz in den besetzten Gebieten verweigern, war anfangs umstritten, ob eine öffentliche Erklärung gegen den Krieg abgegeben werden solle.

Antiamerikanismus

Die politische Artikulation des größten Teils der Protestbewegung wurde mehr und mehr und mit Beginn des Krieges fast ausschließlich von jenen Kräften bestimmt, die schon im August vergangenen Jahres so eilfertig die PLO als Teil eines "Terrorbündnisses" verurteilt hatten. Noch vergleichsweise moderat rief die RATZ in ihrer Erklärung, die am 21.1. in der Tageszeitung "Haaretz" veröffentlicht wurde, die Friedensbewegungen in Europa auf, "ihre Proteste gegen Saddam Hussein, den wahren Kriegstreiber im Nahen Osten, zu richten und ihre Proteste gegen die USA zu beenden, die im Moment die Rolle erfüllen, dem Aggressor Einhalt zu gebieten. (...) Als israelische Friedensbewegung sieht die RATZ in den anti-amerikanischen Demonstrationen bestenfalls einen Ausdruck von Naivität, schlimmstenfalls den von Verantwortungslosigkeit." Die Demonstrationen ließen die Zukunft des Nahen Ostens und im besonderen die Israels außer acht. Wer ernsthaft ein Interesse am Frieden in der Region habe und sich für Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern einsetze, sollte "ein Interesse an der totalen Niederlage des irakischen Diktators" haben. Ungeachtet der "unglücklichen Politik" der PLO seit Beginn der Golfkrise sei die RATZ auch weiterhin von der Notwendigkeit des Dialogs überzeugt.

Amnon Rubinstein, Fraktionsführer der Schinui, die eigentlich auch dem sog. Friedenslager zuzurechnen ist, ging mit seiner Kritik schon erheblich weiter: Der Protest der Demonstranten sei sicher nicht gegen den Krieg an sich gerichtet, da doch acht Jahre lang von ihnen kein Wort gegen das sinnlose Schlachten zwischen dem Irak und Iran zu hören gewesen sei. Und in jenem Krieg seien viel mehr Menschen gestorben als jetzt bei der US-Aktion gegen den "Tyrannen von Bagdad" sterben würden. Die Demonstranten in Berlin, Paris und Madrid würden auch nicht, wie manche vermuteten, nur dann auf die Straße gehen, wenn "Weiße" betroffen sind, denn in den Tagen des Golfkriegs seien Litauer von Russen erschossen worden, und es sei hiergegen nicht demonstriert worden. Auch gegen den Einsatz moderner Waffen demon- strierten sie nicht, denn ihr Protest sei ja ausgeblieben, als Saddam Hussein diese Waffen in Irak-Iran-Krieg einsetzte und als er Kurden mit Giftgas ermordete. Die einfache Wahrheit sei, daß die Demonstranten ihren Protest nicht gegen den Krieg oder gegen Ungerechtigkeit richteten "sondern gegen die USA". "Dieses antiamerikanische Gift ist Teil eines halb-erblichen politischen Instinkts geworden: sie (oder ihre Eltern) schrien: ‚Yankee, go home', als Amerika es unternahm, in den 50er Jahren ihre vom Krieg zerschlagene Wirtschaft wiederzubeleben; sie verbrannten Reagans Bild, als er darauf bestand, sie gegen die sowjetische nukleare Erpressung zu verteidigen, was schließlich zu einer teilweisen nuklearen Abrüstung führte; und jetzt verleumden sie Präsident Bush, weil er unter den Auspizien der UNO eine gerechte und ehrenwerte Mission ausführt, um Recht und Ordnung in Ländern (to lands), die Saddam mit Terror und brutaler Gewalt zu beherrschen versucht, wiederherzustellen." Rubinstein hält den Marschierern in den Städten Europas und Amerikas letztlich eine "vielleicht gute Absicht" zugute, "aber ihre Welt ist aller Vernunft verschlossen, und auf ihren Köpfen tragen sie Masken, durch die sie nichts sehen und nichts hören außer ihren eigenen leeren Slogans."

Am 26.1. stellte das "International Center for Peace in the Middle East", das sich noch im Dezember in einer öffentlichen Erklärung gegen die Fortführung der Besatzung ausgesprochen hatte, auf einer Pressekonferenz seinen Aufruf an die europäischen und amerikanischen Antikriegsdemonstranten vor: "Auch diejenigen, die wie wir für eine politische Lösung des Palästinenserproblems durch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts beider Völker eintreten, dürfen auf keinen Fall glauben, daß die Lösung im Rahmen der Zufriedenstellung des irakischen Tyrannen herbeigeführt werden kann (...) Wir sehen in dem Sturz des genozidischen irakischen Regimes einen unerläßlichen Schritt zu einem gesamten Frieden, insbesondere des palästinensisch-israelischen Konflikts. Wir rufen alle Friedensbewegungen der Welt auf, sich eindeutig auf die Seite derjenigen Kräfte zu stellen, die sich für den Sturz Saddam Husseins (...) einsetzen." Zu den Unterzeichnern gehören u.a. Amos Oz, A.B. Jehoschua, Jehuda Amichai, Joram Kaniuk, Prof. Saul Friedländer, Prof. Menachem Brinker, Prof. Avishai Margalit, Dr. Nissim Calderon, Amos Elon, Prof. Zeev Sternhal und auch Jael Dajan, die z.Zt. der Golfkrise noch der "patriotischen Welle" widerstanden hatte. Joram Kaniuk, dessen schriftstellerisches Werk zu guten Teilen der Förderung des israelisch-arabischen Verständnisses dient, warf den europäischen und amerikanischen Demonstranten vor, jetzt gegen die USA zu demonstrieren, früher aber zum irakisch-iranischen Krieg und auch zu den Giftgasmorden an Kurden geschwiegen zu haben. A.B. Jehoschua, ebenfalls in der Vergangenheit ein Förderer israelisch-palästinensischen Verständnisses, wollte, wo ein neues Auschwitz drohe, den Einsatz von Atomwaffen gerechtfertigt wissen. Bemerkenswert ist, daß zumindest ein Teil der Unterzeichner dieses Aufrufs sich fast zeitgleich für eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts aussprach. Amos Oz wollte das Selbstbestimmungsrecht ausdrücklich als eine Selbstverständlichkeit verstanden wissen, und nicht als "Lohn für gutes Betragen" - womit er auf die palästinensische Sympathie für Saddam Hussein anspielte. Und A.B. Jehoschua bekannte, Israel sei "gefangen zwischen Messer und Rakete" - zwischen den Dutzenden von palästinensischen Messerangriffen seit dem Massaker auf dem Tempelberg und den Scud-Angriffen -, woraus sich für ihn ebenfalls ein Votum gegen die Besetzung ableitet.

Gasmaske

Der Ratz-Parlamentarier Jossi Sarid, der schon im August mit seiner Erklärung, künftig müßten palästinensische Verhandlungspartner nach ihm suchen, Skandal gemacht und anschließend scheinbares Einsehen in seinen Fehler bekundet hatte, verschärfte nun noch seine damalige Absage an den Dialog mit Palästinensern: sie sollten erst gar nicht versuchen, ihn zu finden. Sarid, im Informationsbulletin des Alternative Information Center (West-Jerusalem), "The Other Front", als "die treibende Kraft in diesem Prozeß politischer und moralischer Degradation" qualifiziert, begann mit einem frontalen Angriff gegen den PLO-Vorsitzenden: Es gebe keinen Politiker auf der Welt gleich Arafat, der sich schon so vielen angebiedert habe und von so vielen zurückgestoßen worden sei. Da das palästinensische Problem nicht verschwinden werde, müsse Arafat verschwinden (eine bemerkenswerte Position nach der Ermordung von Abu Ijad), damit das palästinensische Problem gelöst werden kann. "Sie sollen mich doch suchen - so schrieb ich vor einem halben Jahr all diesen Schlafwandlern. Sie sollen mich gar nicht erst suchen, schreibe ich ihnen jetzt, weil sie mich nicht finden können: Im Bunker habe ich kein Telefon, und im abgedichteten Zimmer höre ich das Klingeln nicht. Auch der Lärm der Raketen vor einer Stunde hallt in meinen Ohren wider. Es ist schwer für mich zu sprechen, während ich meine Gasmaske trage, und meine Stimme ist atemlos und unklar. Nach dem Krieg, wenn Allah weniger akhbar sein wird, dann ruft mich auch nicht an, ich werde euch anrufen. Das verspreche ich, aber ich verspreche nicht, daß das genau um sechs Uhr sein wird. Wir werden leben und wir werden sehen."

Israelische Konservative und Rechte spotteten über die Protestbewegung, die sich auf ein "soul-searching" zurückgezogen habe und über die "Bekenntnisartikel" israelischer Linker, die "eine Art Genre" geworden seien, machten diesen Linken aber zugleich unverhohlene Avancen, ins rechte Lager überzuwechseln. Von dem - winzig kleinen - Lager der israelischen Antizionisten wurde die Haltung des sog. Friedenslagers in äußerster Schärfe kritisiert: "

(...) es war unmöglich, nicht der immensen Befriedigung gewahr zu werden, die die Linke fühlte, der, zum ersten Mal seit einer langen Zeit die Gelegenheit gegeben war, eine Meinung zu haben, die der der Regierung gleich ist", heißt es in einem Artikel in "The Other Front" Ende August 90. "Die zionistische Linke (...) identifiziert sich mit den Vereinigten Staaten und unterstützt deren strategisches Bündnis mit Israel im Mittleren Osten. Dies ist die Quelle ihres vollständigen Mangels an Verständnis, ihrer Abweisung und ihres Verdrehens der Position der Palästinenser, die sich mit den arabischen Völkern identifizieren, und die in Israel den Partner

der Imperialisten sehen." Tikwa Honig-Parnass qualifizierte in den "News from Within" im November das Vorgehen von Politikern wie Granot oder Sarid als "typische Reaktionen von Kolonialisten, die nur zu ihnen selbst gesetzten Bedingungen bereit sind, mit den von ihnen beherrschten in einen Dialog einzutreten."

Als ginge es darum, antizionistische Positionen dieser Art zu bestätigen, veröffentlichte die Bürgerrechtspartei (Ratz) am 3. März eine Nachkriegs-Erklärung in "Haaretz", in der es u.a. heißt: "Ratz gratuliert der von den Vereinigten Staaten geführten Koalition zu ihrem Sieg über Saddam Husseins Aggression (...) Wir hoffen, daß die Koalition der Kriegszeit bald eine Friedenskoalition wird, an der Israel, die arabischen Staaten und das palästinensische Volk teilnehmen werden. Eine solche Koalition muß der Region eine neue Ära politischer Lösungen bringen, die allen Völkern und Staaten im Mittleren Osten sichere Stabilität und blühenden Fortschritt bringt und von Israel die Kriegsdrohung und das Joch der Besatzung nimmt. Es ist eine historische Gelegenheit für Israel, sich vom Krieg zurückzuziehen, zum Frieden voranzuschreiten (...) Das Friedenslager wird seinen Kampf fortsetzen für ein sicheres, demokratisches und aufgeklärtes Israel, das die Menschen- und Bürgerrechte ehrt, die Masse von Immigranten aufnimmt und die wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung engagiert fördert."

Wenn die Waffen sprechen, so lautete schon während des Jom-Kippur-Kriegs 1973 und dann zu Beginn des Libanon-Kriegs die weithin befolgte Devise, dann schweigt das Friedenslager. Wir sehen nun: Auch nachdem die Waffen schweigen, hat dieses Friedenslager nichts mehr zu sagen.

K., Hamburg

Quellen: Diverse Ausgaben von August 90 bis März 91 von: Al Fajr (Ostjerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Jerusalem Post - international edition (Israel), Jewish Chronicle (Großbritannien), News from Within (Israel), Palästina Bulletin, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, The Other Front (Israel)

11. Dokumentation: Die andere israelische Linke

Rubrik: Golfkrieg; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:04

Wie in jeder Krisensituation, in der vermeintlich die Existenz des Staates bedroht ist, hat der größte Teil der israelischen Linken auch während der letzten Monate Positionen des nationalen Konsenses und der militanten Vaterlandsverteidigung bezogen. Die hier teils ganz, teils auszugsweise dokumentierten Stellungnahmen, die während des Krieges publiziert wurden, sind also "untypisch" nicht nur für das politische Spektrum Israels, sondern stellen auch innerhalb der israelischen Linken nur eine Randerscheinung dar. Gerade deshalb sollten sie nicht übersehen werden.

Die folgende Stellungnahme wurde auf einer Pressekonferenz am 6. Februar in Jerusalem vorgestellt. Sie trägt 150 Unterschriften, darunter die von Prof. Yeshayahu Leibowitz, Knesset-Abgeordnetem Hashem Mahamid und Reservegeneral Matti Peled.

Genug!

Zusammen mit der ganzen israelischen Nation -

Sind wir Raketenangriffen des Irak ausgesetzt, und wir verurteilen die, die sie abschießen.

Wir verurteilen die Besetzung Kuwaits und fordern dessen Unabhängigkeit.

Aber außerdem -

Lehnen wir den Golfkrieg ab.

Bush' Krieg ist nicht das Ergebnis von Bemühungen, die hohen Prinzipien zu verteidigen, die er im Munde führt - ebenso wie Saddams Aggression nichts mit der Verteidigung palästinensischer Rechte zu tun hat. Beide sind motiviert vom Durst nach Vorherrschaft und Öl. Und der schreckliche Preis wird gezahlt und wird weiterhin gezahlt werden von Menschen wie wir selbst: von den Irakis, Amerikanern, Kuwaitis, Briten, Palästinensern und natürlich Israelis. Wir Israelis haben schon unseren Beitrag geleistet. Die blutigen Kosten werden steigen, solange dieser Krieg weitergeht.

Wir glauben, daß es gleichermaßen möglich und notwendig ist, diesen Wahnsinn zu beenden:

+ Durch einen zwischen beiden Seiten vereinbarten und von der UNO überwachten Waffenstillstand;

+ Durch gesteigerten Druck der internationalen Gemeinschaft auf den Irak, sich aus Kuwait zurückzuziehen, mit den Zwangsmitteln wirtschaftlicher und politischer Sanktionen.

+ Durch Einberufung einer internationalen Konferenz nach dem Rückzug aus Kuwait. Diese hätte sich mit dem israelisch-arabischen und israelisch- palästinensischen Konflikt zu befassen, sowie mit der biologischen, chemischen und nuklearen Abrüstung des Mittleren Ostens.

Mit dem irakischen Rückzug aus Kuwait sollen die ausländischen Armeen die Golfstaaten verlassen.

Wir fordern die Regierung Israels auf, trotz der irakischen Provokation nicht am Krieg teilzunehmen.

Ein Eintritt Israels würde den Krieg nur verschlimmern und komplizierter machen; er würde es schwerer machen, anschließend eine Lösung des israelisch- arabischen Konflikts zu erreichen.

Wir Juden und Palästinenser teilen ein gemeinsames Schicksal!

Laßt uns nicht auf die Zerstörung des anderen hoffen. Nur eine gerechte Regelung zwischen uns wird beiden Völkern ein politisches Leben in Sicherheit und Frieden ermöglichen, Seite an Seite.

Michel Warschawski, Direktor des Alternativen Informationszentrums in Jerusalem (Al-Fajr, 11. Februar)

(...) Ein Teil der Friedensbewegung in Israel - und das gehört zu einer sehr langen Geschichte der zionistischen Linken - betrachtet Situationen, wo es in Israel eine politische Polarisierung gibt und wo es an nationalem Konsens mangelt, als eine Art Krankheit, als ein vorübergehendes Phänomen, auf dessen Ende sie warten. Jede Gelegenheit, zum Zustand nationaler Einheit, nationalen Konsenses zurückzukehren, ist

ihnen stets willkommen. Deshalb begrüßen diese Leute jedes Ereignis, das Gründe für eine solche Wende bieten könnte. Tatsächlich stellten die Vorgänge vom August (Besetzung Kuwaits - Anm. AK) für viele Führer der zionistischen Linken eine passende Gelegenheit dar, eine Wendung zu vollziehen und ihre Rückkehr zum nationalen Konsens zu demonstrieren.

(...) Der zweite Punkt, den man verstehen muß, ist eine Ghetto-Mentalität in der israelischen Gesellschaft im Allgemeinen und in der Linken im Besonderen. Alles wird nur vom Standpunkt Israels aus betrachtet und begriffen. Die globale Rolle der USA, die globalen Implikationen des Eingreifens der USA in diesem Gebiet werden niemals als Katastrophe begriffen, sondern mehr danach bewertet, ob es für uns in absehbarer Zukunft gut ist oder nicht. Aus diesem Grund kann die israelische Linke die Friedensdemonstrationen in den USA und in Europa nicht nur nicht akzeptieren, sondern kann sie nicht einmal verstehen.

(...) Es ist ihnen auch nicht möglich, nicht notwendigerweise zu akzeptieren, aber doch zu verstehen, warum Araber im Allgemeinen und Palästinenser im Besonderen sich in diesem Krieg mit der irakischen Seite identifizieren. Für sie ist es nur schlichter Unsinn oder moslemischer Fundamentalismus oder Antisemitismus oder das wahre Gesicht der Palästinenser, die niemals Frieden wünschten, sondern nur soviel Juden wie möglich töten wollen.

KP Israels ("Zu HaDerech", 23. Januar)

Stoppt den Krieg sofort!

(...) Der Krieg, den die USA gegen den Irak eröffnet haben und den die israelische Regierung unerstützt, sät Elend und Zerstörung. Dieser Krieg wird keine Probleme lösen, aber er gefährdet bereits Israel und seine Bevölkerung. (...)

Die irakischen Raketenangriffe gegen Israel und die Schädigung von Zivilisten, die wir verurteilen, zeigen bereits die zunehmende Gefahr, die aus diesem Krieg entsteht, auch für Israel. Das unterstreicht die dringende Notwendigkeit, den Krieg zu beenden und eine politische Lösung der Krise zu finden.

Aus Sorge vor einer Ausweitung des Krieges fordern wir die Regierung Israels auf, nicht zu reagieren, sondern auf ein Ende des Krieges hinzuarbeiten, statt sich zunehmend darin zu verwickeln.

Wir rufen erneut beide Seiten auf, sofort ihre Kriegshandlungen einzustellen, einen Waffenstillstand zu erklären und die internationalen und inter-arabischen Bemühungen wieder aufzunehmen, den Konflikt politisch zu lösen und Frieden zu schließen - aufbauend auf der Achtung der Unabhängigkeit Kuwaits und dem Abzug der irakischen Truppen von dort, dem Rückzug aller amerikanischen und anderen ausländischen Streitkräfte vom Golf, sowie auf einer Lösung des israelisch- arabischen Konflikts und des Palästinenser-Problems durch Verhandlungen.(...)

Israelische Sozialistische Linke, Shasi ("HaDashot, 18. Januar)

Stoppt den Krieg!

Dieser Krieg ist nicht Sache des Volks von Israel oder anderer Völker in der Region!

Der Krieg brach aus folgenden Gründen aus:

+ Ein verzweifelter amerikanischer Versuch, eine imperialistische Herrschaft wieder einzusetzen und, um den Preis von "Blut für Öl", ihre Finanzinteressen sowie ihre Rolle als "Polizist" der Region und der Welt zu schützen.

+ Der Größenwahn des grausamen und ehrgeizigen irakischen Tyrannen, der sein Volk und andere Völker in ein blutgetränktes Abenteuer hineinzog.

+ Die Sturheit, mit der die Regierung Israels an den besetzten Gebieten festhält, ungeachtet der Tatsache, daß dies zur endgültigen Zerstörung all unserer Hoffnung führen wird, in Frieden als freies Volk in dieser Region zu leben.

+ Wir, zusammen mit vielen anderen in Israel, sehen uns als Teil der weltweiten Bewegung für die Forderung: Beendet den Krieg, sofort!

Wir warnen vor dem beabsichtigten Versuch der Regierung, diese "günstige Stunde" auszunutzen, um die Unterdrückung des palästinensischen Volks zu steigern und vielleicht sogar ein Vertreibungsprogramm durchzuführen! (...)

Revolutionäre Kommunistische Liga, Matzpen ("The Other Front", 13. Februar)

(...) Mit dem Sieg der Alliierten würde die Errichtung einer neuen Ordnung eingeleitet, in der die großen und reichen Nationen mehr Kontrolle über die armen Nationen und ihre Ressourcen haben; in der jeder, der sein Schicksal selbst zu bestimmen versucht, mit einem Weltpolizisten konfrontiert ist, der die Grenzen setzt, wie weit man gehen darf und wovon man nicht einmal träumen darf; in der die USA zum ersten Mal zur alleinigen Supermacht gekrönt wären, ohne Kontrolle und Einschränkung. Die Aussicht auf diese neue Ordnung ruft unter den Nationen der Welt weit mehr Angst hervor als Saddams Expansionismus. (...)

Aus diesem Grund müssen auch wir, jüdische und arabische Bürger Israels, auf das Scheitern jedes Projekts hoffen, sei es nun politischer oder militärischer Art, dessen Ziel die Unterwerfung des Irak durch die Alliierten ist. (...)

Das israelische Establishment hat unseren Platz im Minderheitslager der Mächte gewählt, die heute stark sind. Dadurch hat es uns eine Zukunft gesichert, die geprägt sein wird von Konfrontationen mit den Völkern der Region, die sich nicht lange mit der Herrschaft der Marines und dem Diktat der Ölgesellschaften zufrieden geben werden. (...)

In einem Moment, wo das Friedenslager zum Krieg drängt und die Intellektuellen Kriegsgeschrei anstimmen, in einem Moment, wo Linke Rechte umarmen, und wo die Rechten den "verantwortungsbewußten Linken" Beifall klatschen - in diesem Moment fühlen wir uns verpflichtet (...), vor der Illusion zu warnen, daß der Krieg unsere Sicherheit und den Frieden in der Region fördern wird. Das Gegenteil ist der Fall: Nachdem der Krieg einen hohen Blutspreis gefordert hat, unter arabischen und jüdischen Zivilisten und unter Soldaten aller Seiten des Konflikts, wird aus dem Krieg eine neue Ordnung hervorgehen, die für kommende Generationen Leid und Weh bringen wird.

Deshalb fordern wir heute:

+ Ein sofortiges Ende des Bombardierung von Bevölkerungszentren in Irak, Saudi-Arabien, Israel und Libanon.

+ Einen sofortigen, bedingungslosen Waffenstillstand.

+ Die Durchführung einer internationalen Konferenz zur Vernichtung der ABC- Waffen in der Region und zur Lösung aller offener politischer Fragen, einschließlich Kuwait und Palästina.

Israelischer Rat für israelisch-palästinensischen Frieden ("HaAretz, 15. Februar)

Genau jetzt!

Wenn sich die Kriegswolken verzogen haben, wird es klar werden, daß sich die grundlegenden Realitäten des israelisch- palästinensischen Konflikts nicht geändert haben: In dem Land zwischen Mittelmeer und Jordan leben zwei Völker und werden weiter dort leben. Solange kein Frieden zwischen diesen beiden Völkern erreicht ist, wird das Leben in diesem Land für all seine Einwohner die Hölle sein.

Frieden ist unmöglich ohne Verhandlungen zwischen der von den israelischen Bürgern gewählten Regierung Israels und der Führung des palästinensischen Volkes - einer Führung, die von den Palästinensern selbst und niemandem sonst bestimmt werden muß. Solange das palästinensische Volk sein Vertrauen auf die PLO setzt - und das ist nach allen Anzeichen der Fall, selbst jetzt und gerade jetzt -, wird die PLO weiterhin die Vertreterin des palästinensischen Volks sein.

Alle Verhandlungen, jeder "Friedens- prozeß", der diese Realitäten mißachtet, ist zum Scheitern verurteilt, nach dem Golfkrieg genauso wie zuvor.

Bewegung Yesh Gvul (11. Februar)

Immer mehr Stimmen waren in letzter Zeit von beiden Seiten des politischen Spektrums zu hören, Stimmen des Schweigens und vor allem des Zum-Schweigen- Bringens: es ist nicht die Zeit für Gespräche, sondern für den Krieg. Aber hinter diesem Schweigen werden die schrecklichsten Taten begangen.

Wir sind sicher, daß dies die Zeit ist, um Dinge klar auszusprechen; zu sprechen und auch zu handeln.

Die Bewegung Yesh Gvul ruft die Regierung Israels auf, in keiner Weise in den Golfkrieg einzugreifen. Nicht durch Reagieren gegen den Irak einzugreifen, und nicht den Krieg als Vorwand zu benutzen, um in irgendeinen Staat der Region einzudringen und eine "neue Ordnung" zu errichten.

Yesh Gvul warnt die Regierung davor, den Krieg als Vorwand für die Intensivierung der Besetzung und der Unterdrükkung zu benutzen. Sie muß die Ausgangssperre aufheben, die nahezu zwei Millionen palästinensischen Bewohnern der Gebiete seit fast vier Wochen aufgezwungen wurde. Diese Ausgangssperre, die als Kollektivstrafe gegen eine ganze Nation eingesetzt wird, ruft sozio-ökonomischen und physischen Schaden hervor und stellt sich zunehmend als Kriegsverbrechen dar.

Wir Soldaten der israelischen Streitkräfte, Reservisten ebenso wie Soldaten der regulären Armee, müssen uns daran erinnern, daß wir selbst in Kriegszeiten und ganz besonders in Kriegszeiten verpflichtet sind, einen massiv widerrechtlichen Befehl zu verweigern und andere daran zu hindern, ihn zu befolgen. Und in diesem Kontext - Transfer (israelischer Ausdruck für Massenvertreibung - Anm. AK) hat viele Namen: zeitweilige Evakuierung der Bevölkerung, partielle Vertreibung, Umsiedlung von Bewohnern. Aber für all diese Dinge gibt es nur einen richtigen Namen: Transfer.

In diesen Tagen, nachdem die extrem rechte Regierung den widerlichsten Transfer-Befürworter in ihre Reihen aufgenommen hat, kann niemand garantieren, daß den Soldaten nicht befohlen werden wird, Transfer-Aktionen durchzuführen. (...)

Yesh Gvul wird weiter Versammlungen und Mahnwachen abhalten, um gegen die Besetzung zu protestieren und um denen öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen, die den Dienst in den (besetzten) Gebieten verweigern.

Gideon Spiro (HaAretz, 6. Februar)

Die Torheit der Intellektuellen

Wie traurig ist es, aufs Neue zu entdecken, daß der israelischen Gesellschaft ein kollektiv Gen angeboren ist, das jedes unabhängige Denken zum Schweigen bringt, sobald ein Krieg ausbricht, und daß Menschen, die gestern noch als Angehörige des Friedenslagers bekannt waren, heute mit den Kriegsbefürwortern marschieren. (...)

Ich weigere mich, das Urteil von Amos Oz und anderen zu akzeptieren, wonach jeder, der nicht Präsident Bush unterstützt, ein Unterstützer des Despoten Saddam ist. Es gibt auch einen dritten Weg: Saddams Regime als tyrannisch und abscheulich anzusehen, ohne die Bush- Assad-Allianz zu umarmen, als wäre sie eine Auswahlmannschaft aus den Allergerechtesten unter den Völkern der Welt. (...)

Der irakische Herrscher unterscheidet sich nicht von anderen Tyrannen und Despoten, mit denen Israel und die USA öffentliche Liebschaften eingegangen sind. (...)

Selbst Saddams Invasion Kuwaits unterscheidet sich nicht qualitativ von den Invasionen der USA in Grenada oder Panama. (...) Das ganze moralistische Geschwätz von Männern wie Bush und Shamir, die großartig von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie sprechen - als ihr angebliches Motiv für den Wunsch, Kuwait an die Familie von Sheikh Sabah zurückzugeben -, verdient nur höhnische Pfiffe. Ganz zu schweigen von ihrem neuen Verbündeten, Hafez al-Assad, der sein eigenes Volk nicht weniger mordete als sein irakischer Kollege. (...)

Die verachtenswerten Raketenangriffe gegen Israel waren vorauszusehen: Saddam versprach es und hielt sein Versprechen. Aber da ist kein Platz für israelische Selbstgerechtigkeit, als wären wir eine Art mittelöstliche Schweiz.

Es sind immer unschuldige Zivilisten, die den grausamen Preis des Krieges bezahlen. Was israelische Kinder fühlen, nachdem sie durch Raketenangriffe ihr Zuhause verloren haben, das fühlen irakische Kinder unter dem Bombardement der Alliierten. Ich hoffe, Amos Oz und seine Freunde werden mir verzeihen, daß ich auch an die Kinder in Bagdad denke. Leider widmen sie nicht einmal einen kleinen Gedanken der Frage, warum die Armen der Dritten Welt Saddam unterstützen, während die Gesättigten der westlichen Welt Bush unterstützen.

Und wie enttäuschend ist es, daß erst- klassige Autoren Pressekonferenzen einberufen, damit ihre Erklärungen zur Unterstützung des Krieges von einem Ende der Welt zum anderen dringen, aber still bleiben, wenn ihre Regierung zwei Millionen Palästinensern eine langdauernde Ausgangssperre aufzwingt.

12. Syrien und die Neuordnung des Nahen Ostens (Teil II)

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Syrien; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:29

Der erste Teil des Artikels beschäftigte sich mit Syriens Instrumentalisierung des Panarabismus für seine nationalstaatlichen Interessen, dem syrisch-irakischen Ringen um Hegemonie im arabischen Lager und dem Verhältnis Syriens zu Israel und zur palästinensischen Befreiungsbewegung. Im zweiten Teil soll es nun um die Rolle des Assad-Regimes im Libanon und in einem zukünftigen "Sicherheitssystem" am Golf gehen.

Der pro-westliche Wandel der syrischen Außenpolitik wird vielfach als "dramatisch" betrachtet, obwohl Syrien nie ein purer "Büttel" der sowjetischen Großmachtambitionen im Nahen Osten war, sondern in der Vergangenheit wiederholt gegen die Interessen seiner Geldgeber und Ausrüster verstieß, wenn nationalstaatliche und herrschaftspolitische Erwägungen dies als angebracht erscheinen ließen. Dies implizierte auch wiederholt - wie etwa 1976 im Libanon, als das syrische Regime mit den rechten christlichen Falangisten gegen die libanesische Linke und ihre palästinensischen Verbündeten vorging - die offene Kollaboration mit dem Imperialismus. Ein solches Verhalten ist auch für die Zukunft nicht auszuschließen, wenngleich der Wegfall der Sowjetunion als Supermachts-Alternative den außenpolitischen Spielraum Assads einschränkt und das Schicksal des Iraks eine deutliche Warnung sein dürfte.

Die engere (aber eben keineswegs völlig neue) Orientierung Syriens auf eine Zusammenarbeit mit dem Imperialismus und dessen engsten Verbündeten im arabischen Lager (Saudi-Arabien und Ägypten) hat vor allem zwei Gründe: eine äußerst marode, auf externe finanzielle Hilfeleistungen angewiesene Wirtschaft, die auf sowjetische Hilfe nur noch sehr beschränkt spekulieren kann, sowie die Neuformulierung der sowjetischen Außenpolitik, die bereits erhebliche Auswirkungen auf Syriens strategische Rüstungsplanung zeitigte. 1988 erklärte Gorbatschow Assad, daß die Sowjetunion in Zukunft die syrischen Rüstungsbestrebungen nur noch in ihren "defensiven" Teilen unterstützen würde, was Damaskus dazu nötigte, von seinem Ziel militärischer Parität gegenüber Israel vorerst Abstand zu nehmen.

Syrien im Libanon

Syrien zählt zu den unmittelbaren Gewinnern des Golf-Krieges. Der Krieg beendete nicht nur Syriens regionale und internationale Isolation, sondern festigte auch die Position des Assad-Regimes im benachbarten Libanon. Zu dieser - vom Imperialismus und letztlich auch von Israel akzeptierten - ordnungspolitischen Aufgabe dürfte sich nun noch eine weitere am Golf gesellen, womit Syrien seinem Traum von einer regionalen Ordnungsmacht und arabischen Führungsmacht ein erhebliches Stück näherrücken würde. Assad ist auf dem besten Wege, zum einzigen vormals "pro-sowjetisch" orientierten Staatsmann in der Dritten Welt zu avancieren, der vom Niedergang und globalen Rückzug der UdSSR nicht nur weitgehend unbehelligt bleibt, sondern gar noch profitiert. Die Neubewertung Syriens durch die imperialistische Strategie erfolgte allerdings nicht erst mit dem Eintritt des Landes in die alliierte Kriegskoalition, sondern zeichnete sich bereits 1988/1989 im Libanon-Konflikt ab.

Syriens Anspruch auf Hegemonie im Libanon wird historisch und ideologisch damit begründet, daß der größte Teil des Libanons, Palästina und das heutige Jordanien zur Zeit des Osmanischen Reiches der Wirtschafts- und Verwaltungseinheit des "natürlichen Syriens" angehörten. Seit den 30er Jahren spielt das Konzept des "natürlichen Syriens", das über das aktuelle, von den Kolonialmächten reduzierte syrische Staatsgebilde weit hinausreicht, eine bedeutende Rolle im Verhältnis der Nachbarn Syrien und Libanon.

Die syrische Praxis gegenüber dem Libanon ist - zumindest bislang - nicht die offizielle Annexion von Landesteilen, wenngleich die Präsenz syrischer Truppen, wie vor allem in der Bekaa-Ebene, faktisch darauf hinausläuft. Die syrische Praxis besteht mehr in politischer und militärischer Kontrolle, ausgeübt durch die eigene Armee oder durch von Damaskus mehr oder weniger ausgehaltene Milizen. Hier ist in erster Linie die schiitische Amal zu nennen, die von allen libanesischen Milizen über die engsten Verbindungen zu Syrien verfügt. Syrien kann kein Interesse daran haben, sich die Probleme des Libanons ins eigene Land zu holen, was bei einer Annexion der Fall wäre. Der syrische Interventionismus im Libanon ist nicht nur hegemonial motiviert, sondern soll auch ein Überspringen des innerlibanesischen Chaos und Zwistes auf die ebenfalls

stark fragmentierte syrische Gesellschaft verhindern. Er gilt desweiteren den ca. 300.000 Palästinensern, die als Folge des Juni-Krieges von 1967 und der Vertreibung der Palästinenser aus Jordanien (1970) im Libanon leben. Das syrische Regime will tunlichst vermeiden, von einer unabhängigen, sich syrischer Kontrolle entziehenden palästinensischen Führung in eine Auseinandersetzung mit Israel gezwungen zu werden. Bereits nach der vernichtenden Niederlage der arabischen Staaten im Krieg von 1967 vertrat Assad - seinerzeit Luftwaffen-General und Verteidigungsminister - die Auffassung, nur die regulären arabischen Streitkräfte, nicht aber eine kleine Guerillatruppe wie die PLO, seien in der Lage, Israel effektiv entgegenzutreten.

Syrien kontra Aoun und Hussein

Als Syrien im März 1989 eine militärische Offensive gegen das Regime des libanesischen Interims-Ministerpräsidenten General Michel Aoun begann, engagierten sich die USA nicht wie 1982 zugunsten der christlichen (bzw. maronitischen) Kräfte, sondern bezogen eine "neutrale" Position. In der konkreten Situation bedeutete die amerikanische Neutralität allerdings die Billigung des syrischen Vorgehens. Aoun hatte Syrien beschuldigt, die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität des Libanons zu sabotieren und deshalb einen "Befreiungskrieg bis zum Ende der syrischen Besatzung" proklamiert. Doch mangelte es ihm hierfür an internationalen Verbündeten. Die USA waren offensichtlich mehr denn je dazu bereit, den Libanon - die von Israel beanspruchte "Sicherheitszone" im Süden des Landes ausgenommen - als syrisches Einflußgebiet anzuerkennen. In Washington versprach man sich davon eine größere Kooperationsbereitschaft Assads bei der Suche nach einer proimperialistischen Befriedung des nahöstlichen Krisenherds. Auch Frankreich, ein traditioneller Verbündeter der Maroniten, hielt sich zurück, abgesehen von einigen eher symbolischen Hilfsgüterleistungen und einem größeren Flottenaufmarsch im August 1989, der Syrien von einer Entscheidungsschlacht mit Aoun abschrecken sollte. Israel, das 1982 noch das Blutbad christlicher Milizen in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila ermöglicht hatte, duldete Syriens massive Luftangriffe gegen Aouns Truppen, obwohl seit 1976 ein stillschweigendes Veto Israels gegen jeden Einsatz der syrischen Luftwaffe im Libanon existiert. Nach anfänglicher Kritik schlugen sich die arabischen Staaten ebenfalls mehr oder weniger offen auf die Seite Syriens - mit der einzigen Ausnahme des Iraks. Hussein unterstützte Aouns Kampagne für einen vollständigen Rückzug der syrischen Armee aus dem Libanon und versorgte Aouns Streitkräfte massiv mit Waffen. Die Auseinandersetzung zwischen Assad und Aoun wurde somit auch zu einer zwischen den um regionale Hegemonie rivalisierenden Staaten Syrien und Irak. Die von Aoun erhoffte Internationalisierung der Auseinandersetzung mit Syrien kam - ganz im Gegensatz zum späteren irakisch-kuwaitischen Konflikt! - nicht zustande. Stattdessen betrachteten der Westen und seine arabischen Verbündeten diese als rein "innerarabisch", wenn nicht gar "innersyrisch" und ließen Assad freie Hand. Auf der arabischen Gipfelkonferenz in Casablanca konnte sich Hussein mit seiner Forderung nach einem Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon nicht durchsetzen. Im Libanon waren die bewaffneten Kräfte der Christen gespalten: die Forces Libanaises, mit 10.000 Mann die stärkste Miliz, gaben sich eher reserviert. Nicht nur, weil Aouns Popularität und Macht im christlichen Lager auf ihre Kosten ging. Überdies schätzte man die Aussichten für eine offene Konfrontation mit Syrien eher pessimistisch ein, zumal die imperialistischen Staaten nun offensichtlich auf die syrische Karte setzten.

Das Abkommen von Taif (im November 1989 vom libanesischen Parlament ratifiziert) bedeutete in seinem außenpolitischen Teil eine schwere Niederlage für Aoun und seinen Verbündeten in Bagdad. Taif war ein weiterer Mosaikstein in der Isolierungsstrategie gegenüber dem Irak (siehe Teil I des Artikels) und in der regionalen und internationalen Rehabilitierung Syriens. Während der Vertrag in seinem innenpolitischen Teil eine bescheidene Reform des konfessionellen Proporzsystems zugunsten der muslimischen Kräfte vorsieht, die die Privilegienherrschaft der Maroniten zwar relativiert, ihnen aber immer noch eine - gemessen an ihrem Anteil an der libanesischen Gesamtbevölkerung von schätzungsweise 20% (gegenüber 20% Sunniten, 30% Schiiten und 7% Drusen - die verbleibenden 23% entfallen auf 13 weitere Religionsgemeinschaften) - Überrepräsentanz in den politischen Institutionen garantiert, schreibt er in seinem außenpolitischen Teil die besondere Rolle Syriens im Libanon fest. Syrien wird dazu autorisiert, einer neuzubildenden libanesischen Regierung der nationalen Einheit "bei der Ausdehnung ihrer Autorität auf alle Landesteile zur Seite zu stehen". Diese Regierung soll dann innerhalb von zwei Jahren im "Einvernehmen mit Syrien" über einen Teilrückzug der syrischen Truppen in die Bekaa-Ebene entscheiden. Von einem vollständigen Rückzug der z.Zt. ca. 40.000 syrischen Soldaten aus dem Nachbarland ist nicht mehr die Rede. Eine militärische Präsenz Syriens im Libanon, wenn auch gegenüber der heutigen in reduzierter Form, wird vielmehr als notwendig und dauerhaft

anerkannt. Faktisch bedeutet ein Teilrückzug in die Bekaa-Ebene, daß die syrischen Truppen wieder dort stehen, wo sie sich bereits 1982 nach der israelischen Invasion befanden. Damals hatte die israelische Armee die syrischen Streitkräfte bis zur Landstraße Damaskus-Beirut zurückgedrängt. Der Vertrag von Taif bestätigt also die seinerzeit im Libanon zwischen Israel und Syrien gezogene "rote Linie" und die Aufteilung des Landes in eine israelische und eine syrische Einflußzone. Der Vertrag spricht explizit von "privilegierten Beziehungen" zwischen dem Libanon und Syrien, die es durch eine Reihe bilateraler Verträge zu fundieren gelte. Außerdem sei sicherzustellen, daß der Libanon niemals zur "Basis für Kräfte, die die Sicherheit Syriens bedrohen", werden könne.

Der Vertrag besäße jedoch keine Überlebenschance, wenn er nicht auf breiter internationaler Unterstützung basieren würde. Seine eigentlichen Architekten sind ohnehin nicht in Damaskus, sondern in Riad - dem engsten arabischen Verbündeten der USA und fast schon traditionellen Sponsor proimperialistischer Projekte in der Region - zu orten. Der Vertrag hat die Unterstützung der Arabischen Liga, der führenden imperialistischen Mächte, des UNO-Sicherheitsrates, und stillschweigend auch Israels. Niemals zuvor haben syrische Kontrollansprüche in der Region eine derart breite Zustimmung erfahren.

Im Windschatten der Golf-Krise holte Assad im August 1990 schließlich zum entscheidenden Schlag gegen Aoun aus. Die Konzentration auf den amerikanischen und alliierten Truppenaufmarsch am Golf machte es Hussein unmöglich, seine massive Unterstützung für Aoun fortzusetzen, während sich Syrien - im Austausch für seine Beteiligung an der antiirakischen Koalition - von Washington die Erlaubnis für ein massiveres militärisches Engagement im Libanon ausstellen ließ. Desweiteren nötigten die USA Israel zur Duldung der syrischen Luftangriffe gegen Aouns Bunker in Baabda, obwohl es den Luftraum westlich des Libanonmassivs seit Jahren als israelisches Sanktuarium betrachtet.

Als Störfaktoren blieben nach Taif nur noch die PLO, und da der Iran den Vertrag ablehnte, die mit Teheran verbündete schiitische Hizbullah-Miliz. Innerlibanesisch erfolgten die bedeutendsten Auseinandersetzungen - von der Aoun-Episode abgesehen - in den letzten Jahren weniger zwischen christlichen und muslimischen Kräften als zwischen palästinensischen Verbänden und der Hizbullah einerseits und der von Syrien abhängigen (aber wie Hizbullah ebenfalls schiitischen) Amal andererseits.

Syriens Politik im Libanon wirkt oftmals widersprüchlich, was indessen nur Ausdruck des syrischen Dilemmas ist, das Nachbarland zwar kontrollieren zu wollen, ohne aber nach außen den Eindruck einer Besatzungsmacht zu erwecken oder gar den Verdacht der Annexion zu provozieren. An einer autonomen libanesischen Zentralgewalt ist Assad nicht interessiert, weshalb er das traditionelle Spiel vom "teile und herrsche" vorzieht. Eine autonome Zentralgewalt würde nämlich dem syrischen Interventionismus in innerlibanesische Belange die ordnungspolitische Legitimation entziehen. Chaos und Zwist dürfen im Libanon durchaus herrschen, aber nur zu einem Ausmaß, das die innere Sicherheit Syriens und den Bestand des syrischen Regimes nicht gefährdet. Gleichzeitig will Damaskus die Bedeutung der Milizen weiter verringern, was natürlich am wirkungsvollsten durch deren Entwaffnung zu bewerkstelligen wäre. Faktisch geht es Syrien dabei weniger um die Amal, die dem Regime wiederholt als verlängerter Arm im Libanon gedient hat und zudem von ihm extrem abhängig ist, die ebenfalls unter syrischem Einfluß stehende drusische Volksarmee und auch nicht die christlichen Forces Libanaises, die man eventuell noch einmal gegen die Palästinenser benötigen wird. Was die Hizbullah anbelangt, profiliert sie sich zwar immer wieder als Störfaktor, ist aber durch die syrisch-iranischen Beziehungen, die während des ersten Golf-Krieges geschmiedet wurden, partiell kontrollierbar. Als Haupthindernis für die syrische Hegemonie im Libanon wird nach wie vor der unabhängige Teil der palästinensischen Bewegung betrachtet, die auf die Einhaltung des Vertrages von Kairo aus dem Jahre 1969 pocht, der der PLO den Aufenthalt im Libanon und die Beteiligung am bewaffneten Kampf gegen Israel unter Wahrung der Grundsätze der Souveränität des Gastlandes gestattet. Diesen Vertrag hat das libanesische Parlament allerdings für ungültig erklärt, womit Syrien die Legitimation für ein härteres Vorgehen gegen die ca. 15.000 bewaffneten palästinensischen Freischärler erhielt.

Syriens zukünftige Rolle am Golf

Die USA beabsichtigen, einen Teil ihres Central Command in den Golf-Staat Bahrein auszulagern. US-Generalstabschef Powell: "Wir wollten seit geraumer Zeit gerne ein vorgeschobenes Hauptquartier in der Region und nun besteht eine gute Gelegenheit." Damit bestätigte Powell lediglich, was Insider bereits vor Monaten als eines der Hauptmotive des anti-irakischen Aufmarsches der USA behaupteten.

Das vorgeschobene Hauptquartier soll aus einigen hundert Stabsoffizieren bestehen. Der Standort Bahrein ist bewußt gewählt: Erst 1989 bauten die USA einen neuen Militärstützpunkt im Süden der Insel. Mit ca. 485.000 Einwohnern weist Bahrein nach Quatar die geringste Bevölkerung aller Golf-Staaten auf, womit auch die Zahl potentiell rebellischer Ausländer vergleichsweise gering ausfällt. Mit größeren oppositionellen Aktivitäten gegen die amerikanische Präsenz ist in Bahrein selbst kaum zu rechnen. Desweiteren ist das Land von finanziellen Zuwendungen aus dem Ausland (insbesondere Saudi-Arabien) abhängig. Bahrein ist somit vermutlich der sicherste Ort für ein US-Central Command auf arabischen Boden.

Außerdem soll die Infrastruktur für die Voreinlagerung von militärischem Material in der Region ausgebaut werden. In Saudi-Arabien sollen nach Plänen des US-Verteidigungsministeriums ca. 3.000 US-Soldaten stationiert werden, um die komplette Ausrüstung für eine US-Division bereitzuhalten. Dazu kommt noch die bereits existierende "schwimmende Präsenz" der US-Streitkräfte, gemäß bereits älteren Vorstellungen Saudi-Arabiens. Die USA sollen zwar als Schutzmacht am Horizont sichtbar und im "Ernstfall" binnen kürzester Zeit auf dem potentiellen lokalen Kriegsschauplatz einsatzbereit sein, aber keine größeren Kontingente an Bodentruppen in den Golf-Staaten unterhalten, da diese nur Wasser auf die Mühlen der antiwestlichen Oppositionsbewegungen wären.

Dem amerikanischen Pfeiler soll ein unmittelbar vor Ort stationierter arabischer Pfeiler zur Seite stehen, dessen Vorläufer und Kern der Gulf Cooperation Council (GCC) ist. Der GCC wurde im Februar 1981 in Riad gegründet. Mitgliedsstaaten sind Bahrein, Quatar, Oman, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate und Saudi-Arabien. Die Bevölkerung der GCC-Staaten beträgt ca. 19 Mio.: ca. 12 Mio. Einheimische und ca. 7 Mio. Ausländer. Mit 13,2 Mio. Einwohnern (davon 9,2 Mio. Einheimische) stellt Saudi-Arabien vor Kuwait das bei weitem größte Bevölkerungskontingent. Anlaß für die Gründung des GCC war seinerzeit die Islamische Revolution im Iran bzw. die Gefahr ihres Exports in die Nachbarstaaten, sowie der Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges. Der GCC war somit sowohl eine Antwort auf die angenommene Bedrohung der äußeren Sicherheit der konservativen Anrainerstaaten des Arabisch-Persischen Golfes als aber auch ihrer internen Herrschaftsstrukturen. Der GCC war und ist ein äußerst exklusiver Klub. Der Irak blieb auch nach dem Ende des irakisch-iranischen Krieges, in dem die GCC-Staaten die irakische Kriegsführung maßgeblich finanziert hatten, ausgeschlossen. Offensichtlich befürchtete man eine irakische Dominanz, da der Irak das größte Bevölkerungs- und Militärpotential eingebracht hätte. Deshalb gründete Hussein 1989 mit Ägypten, Jemen (Nord) und Jordanien den Arabischen Kooperationsrat (AKR). War die Beibehaltung der Exklusivität des GCC Teil der Isolierungs- und Eindämmungsstrategie gegenüber Hussein, so war der AKR der letztlich erfolglose Versuch, diese zu durchbrechen.

Der GCC soll nun durch die Militärpotentiale Ägyptens und Syriens verstärkt werden, die nach der teilweisen Zerschlagung und "Zwangsabrüstung" der irakischen Armee über die größten und schlagkräftigsten Streitkräfte in der arabischen Welt verfügen. Von bis zu 100.000 ägyptischen und syrischen Soldaten ist die Rede, die vor allem in Saudi-Arabien und Kuwait stationiert werden sollen. Als arabische Armeen dürften sie dort mittelfristig willkommener sein als US-Soldaten und nicht im gleichen Maße wie diese Motiv und Zielscheibe für antiimperialistische Proteste abgeben. Damit kommt es zur Wiederbelebung der saudisch-ägyptisch-syrischen Koalition aus dem Krieg gegen Israel von 1973 - allerdings unter modifizierten, nämlich im proimperialistischen Sinne ordnungspolitischen Vorzeichen.

Aus innenpolitischen Gründen muß das syrische Regime auf eine möglichst sichtbare Trennung des arabischen vom amerikanischen Pfeiler bedacht sein, auch wenn diese nur als Schein existiert. Zu welchen Verrenkungen das Regime diesbezüglich fähig ist, bewies es bereits im Vorfeld des letzten Golf-Krieges: "Syrische Truppen haben mit der amerikanischen Präsenz nichts zu tun ... Syrische Truppen würden jede US-Intervention in der kuwaitisch-irakischen Krise verhindern", war aus Damaskus zu vernehmen. Tatsächlich handelt es sich bei dem arabischen Pfeiler um ein zwangsläufig janusköpfiges Konstrukt. Einerseits soll es die arabischen Regime in die Lage versetzen, interne Rebellionen und zwischenstaatliche Kriege in eigener Regie abzuschrecken bzw. bei Versagen der Abschreckung erfolgreich auszufechten, und einen direkten westlichen Beistand, der stets die Gefahr einer ungewollten Eskalation in sich birgt und damit die Herrschaftsverhältnisse überhaupt erst ins Wanken bringen könnte, somit überflüssig machen. An einem weiteren Krieg mit massiver westlicher Beteiligung kann den Golfstaaten kaum gelegen sein, zumal die mittel- und längerfristigen Auswirkungen des gemeinsamen Waffenganges mit den USA für die Legitimation der konservativen Regime noch nicht klar erkennbar sind. Die USA aber werden vermutlich den arabischen Pfeiler weniger als regionalen

Gendarm und Ersatz für ein eigenes Eingreifen denn als legitimatorische Ergänzung für ein direktes amerikanisches Engagement begreifen, wie bereits im Falle der arabischen Koalition im Krieg mit dem Irak.

Auch Ägypten und Syrien werden vom GCC ausgeschlossen bleiben, der deren Armeen lediglich anheuern und finanzieren wird. Wie der GCC, so wird sich auch das neue und größere Bündnis nicht nur der äußeren Sicherheit, sondern auch - und in Zukunft vielleicht gerade - der Bewahrung der existierenden internen Machtverhältnisse in der Golf-Region widmen. Ägypten und Syrien werden sich ihre Rolle gut bezahlen lassen, nach dem Vorbild der USA im Krieg gegen den Irak. "Rent an army" ist also nicht nur für die USA, sondern auch für Syrien ein Modell mit Zukunft, das sowohl Syriens wirtschaftliche Probleme eindämmen wie dem Land zu seiner anvisierten regionalen Hegemonialstellung verhelfen könnte. Und natürlich kann Syrien seine neue Rolle nur wahrnehmen, wenn seine Armee entsprechend aufgerüstet und modernisiert wird.

Auf diesem Umwege wird es Assad, dessen berüchtigter Haß auf die Juden bei aller Konzilianz gegenüber und aller Kooperation mit dem Staate Israel kaum völlig verflogen sein dürfte, vielleicht doch noch gelingen, seinen Traum von militärischer Parität zu realisieren. Was Assad von seinem "Bruder" in Bagdad unterscheidet, das ist einzig und allein, daß es sich bei dem Syrer um den weitaus besseren Taktiker handelt, den überdies ein erheblich entwickelteres Verständnis von den Spielregeln der imperialistischen Weltordnung auszeichnet.

Dietrich Schulze-Marmeling

13. 10 Jahre nach der Zerstörung von Osirak. Der Reaktor brennt - Applaus!

Rubrik: Atomrüstung (und Raketen); Israel / Palästina; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:43

Ein wesentliches amerikanisches Golfkriegs-Motiv war die nukleare Proliferation. George Bush wollte die irakischen Potentiale zerstören, um Saddams Griff zur Bombe zu verhindern. Am vierten Kriegstag meldete General Schwarzkopf den Vollzug: Die Atomanlagen des Irak seien durch zielgerichtetes Bombardement vernichtet. Dies geschah im Namen der UN. Proteste der Weltöffentlichkeit blieben aus.

Als zehn Jahre zuvor der irakische Atomreaktor Osirak (irakisch: Tammuz 1) durch einen Angriff israelischer Jagdbomber zerstört wurde, war die Empörung allgemein: "Nicht eine einzige verantwortliche Stimme in der Welt hat sich bereit gefunden, Israels Angriff auf den irakischen Atomreaktor bei Tammuz zu rechtfertigen oder wenigstens mildernde Umstände zu erkennen." (FAZ, 10.6.81)

Eine Rückschau auf die Osirak-Zerstörung ist in zweifacher Hinsicht aufschlußreich. In der Unterschiedlichkeit der internationalen Reaktion wird die "neue Weltordnung" manifest: Der Verbreitung von Atomwaffen wird nicht länger auf der Basis vertraglicher Vereinbarungen (etwa dem Atomwaffensperrvertrag) entgegengetreten, sondern unter Anwendung kriegerischer Gewalt.

Am 7. Juni 1981 wurde in einem zehnminütigen Bombardement israelischer Jagdbomber erstmals und präventiv eine Atomanlage ausgeschaltet. Die nahezu fertiggestellte Anlage Osirak bei Bagdad wurde zerstört, ein französischer Techniker getötet. Der israelische Beschluß zum Angriff war im Oktober des Vorjahres gefallen. Damals hatten iranische Kampfflugzeuge vergebens versucht, den Atomkomplex zu zerstören. "Das iranische Volk", erklärte daraufhin das Bagdader Parteiblatt "El Thaura", "sollte den irakischen Kernreaktor nicht fürchten, der niemals gegen den Iran genutzt werden wird, sondern gegen den zionistischen Feind." Damit war der Fall für den damaligen israelischen Regierungschef Begin (sowie dessen Außenminister Schamir) klar: Der Reaktor war für Israel eine existenzielle Bedrohung und durfte nicht in Betrieb gehen.

Noch im selben Monat wurde ein maßstabgerechtes Reaktormodell in die Wüste gestellt und damit begonnen, den Einsatz zu erproben. Am 7. Juni war dann der Regierung Begin mit dem 1000 km von Israel entfernten Bombardement ein beinahe perfekter "chirurgischer" Schlag gelungen. Die irakische Luftabwehr konnte durch die sich auf arabisch unterhaltenden Piloten getäuscht und die USA durch eine sich der AWACS-Überwachung entziehende Flugroute überrascht werden. "Wir werden dem Feind", erklärte anschließend die Regierung, "unter keinen Umständen gestatten, Vernichtungswaffen gegen unsere Nation zu entwickeln. Wir werden die Bürger Israels gegebenenfalls mit allen uns verfügbaren Mitteln verteidigen." Jene Drohung wurde zur Doktrin.

Daß der Irak dem Atomwaffensperrvertrag zum frühestmöglichen Zeitpunkt beitreten war und seine Anlagen seither durch die IAEO hatte kontrollieren lassen, blieb unerwähnt. Daß sich der Osirak-Erbauer Frankreich in einem irakisch-französischem Geheimabkommen von 1979 eine bis 1989 währenden Oberaufsicht über den Reaktorbetrieb ausbedungen hatte (was die Gefahr der Bombenherstellung stark relativierte), ist ohnehin erst zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgeworden.

Die Reaktionen

Noch im selben Monat wurde Israel nach einwöchiger Debatte im UN-Sicherheitsrat einstimmig der "flagranten Verletzung der Charta der Vereinigten Nationen und der internationalen Verhaltensmaßregeln" geziehen, der Angriff als eine "ernstzunehmende Bedrohung des gesamten IAEO-Kontrollsystems einer Basis des NPT" verurteilt, und dem Irak ein Recht auf "angemessene Kompensation" für den erlittenen Schaden zuerkannt. Erstmals seit 1968 wurde die Verurteilung Israels auch von den USA unterstützt.

Auch von der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEO wurde Israel wegen seiner "vorsätzlichen und ungerechtfertigten Attacke auf das irakische Atomforschungszentrum" scharf verurteilt. Die IAEO-Generalkonferenz vom September 1981 erklärte, jegliche technische IAEO-Hilfe für Israel zu suspendieren.

Auch Washington verurteilte das "sehr schwerwiegende und besorgniserregende Ereignis" und suspendierte vorübergehend die Auslieferung weiterer Jagdbomber an Israel, eine Maßnahme, für die es in den israelisch-amerikanischen Beziehungen kein Vorbild gab.

London sprach von einem "schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts", Paris von einem "unannehmbaren" und "schwerwiegenden Schritt", während sich Bonn "betroffen und bestürzt" zeigte und Wien "das Gesetz des Dschungels" am Werke sah.

Zehn Jahre später wurde der Überfall auf Osirak, zumindest im Prinzip, wiederholt: Exekutiert durch die amerikanische Luftwaffe, flankiert durch den antiirakischen Krieg der Allianz und politisch getragen durch die UN. Angriffsziele waren zwei üblicherweise mit Nuklearmaterial beladene Reaktoren im Atomzentrum Tuwaitha bei Bagdad: Ein 1967 von der Sowjetunion errichteter und seit über 20 Jahren betriebener (d.h. hochverseuchter) 5-10 Megawatt-Forschungsreaktor sowie ein 0,5- Megawatt-Reaktor Tammuz 2, den die Franzosen als Ersatz für den von israelischen Bomben 1981 zerstörten Tammuz-1-Reaktor errichtet hatten. Weitere Angriffe sollen den im Nordirak gelegenen Uranminen, dem bei Mossul gelegenen Forschungszentrum Saad 16 sowie einer im Süden Bagdads gelegenen Anlage zur Entwicklung von Gaszentrifugen zur Urananreicherung gegolten haben.

Vieles war bei dieser Bombardierung anders als 1981, wesentliches jedoch gleich:

- Erneut war es um eine präventive Zerstörung des irakischen Nuklearpotentials gegangen. Denn es gab keinen Zweifel, daß im Krieg um Kuwait der Diktator nuklear nicht würde eingreifen können.

- Erneut wurde gegen Völkerrecht verstoßen: Zwar nicht im Hinblick auf die irakische Souveränität, von der kriegsbedingt ohnehin nicht mehr viel übrig war. Die USA hatten jedoch 1977 eine Zusatzprotokoll zur Genfer Konvention unterzeichnet, nach dessen Artikel 56 "Kernkraftwerke auch dann nicht angegriffen werden (dürfen), wenn sie militärische Ziele darstellen". Die USA haben darüberhinaus 1985 eine Entschließung der IAEO-Generalversammlung gebilligt, wonach jeder Angriff auf zivile Atomanlagen als Verstoß gegen die UN-Charta und das Völkerrecht geächtet wurde.

- Erneut wurde der Atomwaffensperrvertrag - diesmal jedoch von den USA - grundlegend in Frage gestellt: Wer darangeht, das Aufkommen neuer Atommächte mit Militärgewalt zu unterbinden, stellt jeden vertraglichen Ansatz in Frage.

Nun liegt es uns fern, die Wirksamkeit des Non-Proliferation Treaty (NPT) oder gar dessen Kontrollsystems zu beschönigen. Immerhin hatte mit Hussein erstmals der Führer eines NPT-Unterzeichnerlandes im Kontext des Golfkrieges den militärischen Einsatz auch nuklearer Mittel angekündigt und damit offengelegt, daß das irakische Atomprogramm nicht als Energie- sondern als Militärprogramm angelegt gewesen ist. Daß in den Jahren zuvor der Sperrvertrag die nuklearen Optionen eines Saddam Hussein nicht verhindert, sondern lediglich erfolgreich verdeckt hatte, ist der bisher deutlichste Ausdruck für das Scheitern jenes Vertrages, der die zivile Nutzung fördern und die militärische zugleich verhindern will.

Dennoch ist jener Vertrag das klassische Produkt einer Weltordnung gewesen, in der Washington und Moskau die weltpolitische Hegemonie noch auszuüben in der Lage waren. Mit dem Zerfall des sowjetischen Imperiums ist jene bipolare Epoche und damit auch der Zwang zu einem einigermaßen zivilen Reglement der internationalen Machtverteilung beendet. Das "Gangstertum", mit dem sich Israel vor zehn Jahren noch isolierte, ist heute die anerkannte Realpolitik der USA. Wer ihnen in die Quere kommt, dessen Waffen werden abgeräumt.

Nun könnte man mit Gremliza sagen: Um einem Faschisten wie Hussein das nukleare Drohpotential aus der Hand zu schlagen, sind alle Mittel recht. Und weiter: So wie heute der Krieg so lange richtig war, wie er die Israel bedrohenden Chemiearsenale aus dem Weg räumen half, so hatte auch Begin recht, als er den Osirak ausschalten ließ. Demnach lag die damals schimpfende Weltöffentlichkeit ebenso daneben wie diejenigen, die heute den Golfkrieg ohne Einschränkung bekämpften. Doch diese Überlegung geht nicht auf - weder regional, noch global.

Wie es in den Wald hineingerufen wird ...

Wenn nach der Osirak-Bombardierung die Lage Israels tatsächlich sicherer geworden wäre, hätte der Krieg gegen den Irak wohl kaum stattfinden dürfen. Richtig ist jedoch, daß durch die israelische Erstschlag-Politik die Sicherheit seiner Bewohner nur unterminiert wurde.

Noch vor der Aktion hatte Peres in einem Brief an Begin die Warnung ausgesprochen, daß ein Angriff auf das irakische Atomzentrum die nuklearen Bemühungen der arabischen Welt nur noch steigern werde. Im Sommer 1981 haben auch amerikanische Proliferationsexperten vor dem US-Kongress darauf verwiesen, daß sich die irakische Motivation zum Erwerb von Atomwaffen durch den Militärschlag Israels nur erhöht habe.

Ein Jahr darauf kam schließlich auch Shai Feldman, ein Mitarbeiter des Center for Strategic Studies an der Universität von Tel Aviv, zu dem Schluß, daß die "Operation des 7. Juni die arabischen Staaten wohl dazu veranlassen (wird), ihr Streben nach Nuklearpotentialen zu beschleunigen ... Dies gilt besonders für den Irak. ... Die Erklärung Israels, seinen Feinden die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen niemals zuzugestehen, ist aus arabischer Sicht der nicht akzeptable Versuch, die Spielregeln einseitig festzulegen. Sie betrachten die israelische Erklärung darüberhinaus als den Versuch, eine permanente arabische Zweitrangigkeit auf dem Nukleargebiet zu institutionalisieren ... Mit jener erneuten Zuspitzung des israelisch-arabischen Konflikts hat der Angriff auf den Osirak zugleich die Chancen der israelischen Integration in den Mittleren Osten verringert."

Der Angriff auf den Osirak hatte somit das Problem nicht gelöst. Solange Israel nicht auch die eigenen Atomwaffenarsenale in Frage stellt, werden sich auch seine Nachbarn jener Mittel zu bedienen suchen.

Ob die Bombardierung irakischer Atomanlagen im Golfkrieg eine andere Reaktion zur Folge haben wird, ist mehr als zweifelhaft. Wer die nukleare Abrüstung herbeizubomben sucht, kann bestenfalls einen Augenblickserfolg verbuchen. Daß dem Krieg als einem Mittel der Politik auf diese Weise eine neue Reputation verschafft wird, dürfte den Proliferationsanreiz nur potenzieren. Der Glaube, einen unterschiedlichen Maßstab unter Staaten anlegen zu können, perpetuiert einen Teufelskreis, bei welchem die Großmächte ihre nukleare Aufrüstung mit der südlichen Halbkugel legitimieren und umgekehrt. Ein Ende ist nicht absehbar: Noch während die Angehörigen der antiirakischen Allianz jene Anlagen in Trümmern legten, wurde in den amerikanischen Medien Teheran als der nächste potentielle und damit präventiv zu stoppende Atomwaffen-Kandidat ausgemacht.

Der Sicherheitsrat diktiert

Mit seiner 14. Irak-Resolution hat der UN-Sicherheitsrat Neuland betreten: Erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen wurde einem einzelnen Land eine umfassende und UN-kontrollierte ABC-Entwaffnung auferlegt. Als Voraussetzung für Waffenstillstand und Embargoaufhebung wird der Irak "bedingungslos die Zerstörung, Entfernung, oder die Unschädlichmachung" von allen chemischen und biologischen Waffen und allen Lagern von Wirkstoffen und allen dazugehörenden Untersystemen und Teilen sowie allen Forschungs-, Entwicklungs-, Unterhalts- und Herstellungseinrichtungen" akzeptieren müssen. Im Hinblick auf Atomwaffen und Raketen mit über 150 km Reichweite wurde ein ähnlicher Beschluß gefasst. Eine UN-Sonderkommission soll die Einhaltung jener Regeln vor Ort überwachen. Selbstverständlich ist im Prinzip die Vernichtung jener Waffenarsenale- und -Fabriken nur zu begrüßen, zumal falls eine derartige UN-Kommission eines Tages auch neue Enthüllungen über die Deutsch-Irakische Komplicenschaft ans Tageslicht befördern würde.

Dennoch ist auch diese UN-Resolution von dem Charakter der alliierten Kriegsführung gegen den Irak nicht zu trennen, sondern stellt vielmehr eine Fortsetzung jener Kriegsführung dar. Es war eben nicht das Massaker von Halabja, das die UN zu einer Embargopolitik und zu Rüstungskontrollmaßnehmen inspirierte. (Ganz im Gegenteil hatten die USA Saddams Giftgaspolitik im Kontext der Pariser Chemiewaffenkonferenz (Januar 1987) noch aktiv gedeckt. Wenn Hussein an der Konferenz teilnehme, so damals Baker, werde er schon dafür sorgen, daß über jenes Massaker niemand rede.)

Sondern es war der Wille der USA, mit dem Entwaffnungsbeschluß des Iraks ein Exempel zu statuieren und die mit dem Krieg begonnenen UN-Instrumentalisierung um eine weitere Dimension zu erweitern.

Wie wenig diese Politik mit tatsächlicher nuklearer Abrüstung zu tun hat, zeigt sich daran, daß es alleine der Irak ist, der in deutlicher Verschärfung der NPT-Bestimmungen auf jede weitere Herstellung von Uran oder Plutonium in Zukunft verzichten soll. Da ist es gar kein Widerspruch, wenn für den Kampf gegen

"expansionswillige, nuklearwaffenbesitzende Dritte Welt-Diktatoren" auch die Atomwaffe für Deutschland in einem FAZ-Leserbrief gefordert wird. Der Kampf gegen den Süden "erfordert deshalb die Fähigkeit zur nuklearen Gegenabschreckung." Die einen dürfen eben weniger, die anderen mehr; die einen gar nichts, und die anderen alles.

max.

Verwendete Quellen:

Archiv der Gegenwart 1981, S.24639ff; Spiegel 25/81; FAZ vom 9.6.1981 und 10.6.1981; 12.6.81; 19.2.91; New York Times, 17.7.81; 24.7.81; 27.9.81; International Herald Tribune, 28.1.91; NZZ, 12.6.81; 18.6.81; 20.6.81; 21.6.81; Welt, 31.2.91; Shai Feldman, The Bombing of Osiraq-Revisited, in: International Security, Vol.7, No.2, Herbst 1982, S.114ff; Spilker/Lindemann, Iraks Atomanlagen zerstört: Genfer Konvention mißachtet, Manuskript für RTL-"Explosiv".

14. Der Krieg ums Öl und die "Neue Weltordnung". Einige Nachbetrachtungen zum Krieg am Golf

Rubrik: Golfkrieg; Neue Weltordnung · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:12

Der jüngste Golfkrieg war selbstverständlich auch ein Krieg ums Öl. Saddam Hussein müsse vernichtend geschlagen werden, weil "wir sicherstellen müssen, daß die Kontrolle über die Ölreserven der Welt nicht in seine Hände fällt" - so US-Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation.

Das Wall Street Journal Europe hielt in einem Beitrag die öffentlich vorgegebenen Kriegsziele wie die Wiederherstellung des Völkerrechts, die Befreiung Kuwaits usw. als "Nebenprodukte der erfolgreichen Durchsetzung unserer grundlegenden Absichten ... Für den Westen bestand das wichtigste dieser Interessen in der überwältigenden Notwendigkeit, den Zugang zur Ölversorgung zu schützen und die Stabilität wiederherzustellen, auf der diese Versorgung beruht" (18./19.1.91).

Das westliche Produktions- und Konsumptionsmodell beruht zu einem großen Teil auf dem "schwarzen Gold", das in der Energieversorgung, dem Antrieb der PKWs und LKWs sowie der Flugzeuge und Schiffe, der gesamten chemischen und pharmazeutischen Industrie eine zentrale Rolle spielt. Und nahezu zwei Drittel der weltweit nachgewiesenen Ölreserven liegen im Nahen Osten, während derzeit 27,5% der weltweiten Ölförderung aus dieser Region stammen. Mit der Annexion Kuwaits besaß das irakische Regime ein Viertel der bekannten Welterdölreserven und verfügt somit langfristig über erhebliche Ölressourcen, die sich auch politisch einsetzen ließen.

Auch wenn es keine militärischen Auseinandersetzungen ums Öl gab, wurde Krieg ums Öl - genauer: um den Preis des Öls geführt. Dabei ging und geht es um die Verteilung der Grundrente zwischen den Ölerzeugern und -verbrauchern. Derzeit streicht der BRD-Staat von Öl im Werte von 100 DM allein 62 DM Steuern ein. Das sind immerhin 37,5 Mrd. DM pro Jahr (für 1989) und 6,1% der gesamten Steuereinnahmen.

Die Ölkonzerne reklamieren für sich 12,70 DM und die verbleibenden 18,20 DM verteilen sich auf die tatsächlichen Förder- und Transportkosten sowie die Rente für die Förderländer. Die Ressource Öl wird also zum ganz überwiegenden Teil von den westlichen Verbraucherländern angeeignet.

Mehr noch: mit dem Ölpreis läßt sich in den imperialistischen Zentren Politik machen. Liegt der Ölpreis sehr niedrig, dann dampfen die Schlote und rasen die Autos, so daß alternative Energieoptionen sich nicht mehr rentieren. Liegt der Ölpreis höher, dann ließen sich alternative Energiequellen rentabel nutzen, eigene Ölressourcen wie etwa in der Nordsee und den USA, erschließen usw.

Nach dem einsetzenden Ölpreisverfall ab Mitte der achtziger Jahre von damals 28 US-Dollar pro Barrel um die Hälfte - verursacht durch Energiesparmaßnahmen in den Industrieländern bei gleichzeitiger Ausweitung der Ölförderung seitens Saudi-Arabiens und Kuwaits, verfügen die imperialistischen Staaten über eine äußerst billige Ressource. Im letzten Jahrzehnt sanken die Rohstoffpreise ohne Öl im Verhältnis zu den Industriewaren um 22%, der Ölpreis gar um 61%. Wäre das Austauschverhältnis oder die terms of trade zwischen Industriewaren und Rohöl seit 1980 in etwa gleich geblieben, müßte der Ölpreis gegenwärtig bei 26 US-Dollar pro Barrel liegen.

Der Preiskrieg ums Öl wird auch innerhalb der ölexportierenden Staaten erbittert geführt, denn auch dort gibt es Arme und Reiche. Das Pro-Kopf-Einkommen der Vereinigten Arabischen Emirate ist eines der höchsten der Welt und liegt bei 15.710 US-Dollar, während es für Algerien gerade mal 2360 US-Dollar beträgt.

Die reichen OPEC-Regimes besorgen dabei das Geschäft der Ölverbraucherländer. Sie haben längst einen hohen Anteil ihrer Öleinnahmen in den westlichen Ländern, in Immobilien, Aktienpaketen und Schweizer Nummernkonten geparkt. Die Emire Kuwaits besitzen Guthaben von über 100 Mrd. US-Dollar im Westen und kassieren jährlich etwa 9 Mrd. US-Dollar an Zinsen und Dividenden. Das ist mehr als die jährlichen Exporterlöse aus dem Öl. Regimes wie die Saudi-Arabiens, Kuwaits und der Emirate haben also durchaus ein Interesse an hohen Fördermengen und daraus resultierenden niedrigen Ölpreisen, auch um zu verhindern, daß sich die imperialistischen Verbraucherländer angesichts eines höheren Ölpreises nach alternativen Energien und Sparmaßnahmen Ausschau halten.

Wer, wie Kuwait, höhere Einnahmen aus westlichen Kapitalanlagen kassiert, macht sich weniger Gedanken um die Höhe des Ölpreises als vielmehr um gute Konjunkturen und hohe Renditen in den imperialistischen Metropolen, von denen sie ja direkt profitieren. Von den Interessenlagen her zerfällt also die OPEC in pro-imperialistische Regimes, die aus dem Petro-Dollar-Recycling ebenso einen hohen Nutzen ziehen wie die imperialistischen Staaten selbst, die somit Kapital in ihre Wirtschaftskreisläufe eingespeist bekommen.

Mehrmals wurden die sogenannten OPEC-"Falken" wie der Iran, der Irak, Algerien und Libyen brüskiert, als zunächst die Saudis Ende 1986 ihre Förderungen erhöhten, um damit einen ersten Preisverfall auszulösen. Vor 3 Jahren setzte Kuwait noch eins drauf, in dem es ebenfalls die Quotenabsprachen durchbrach und zum Rutschen des Ölpreises von 14,6 auf 11,1 US-Dollar beitrug.

Der Krieg ums Öl in der OPEC

Die Annexion Kuwaits durch das irakische Regime hing wiederum eng mit dem Ölpreis und der insgesamt prekären Lage Iraks infolge des ersten Golfkrieges zusammen. Auf der OPEC-Konferenz am 27.7.90, genau eine Woche vor der Besetzung Kuwaits, forderte der Irak eine Ölpreiserhöhung von damals 18 auf 25 US-Dollar pro Barrel. Gleichzeitig sollte die gesamte Fördermenge auf 22 Mio. Barrel pro Tag (bpd) limitiert werden. Das mit 79 Mrd. US-Dollar im Ausland verschuldete irakische Regime, das immer noch mit der Beseitigung der kriegerischen "Altlasten" des ersten Golfkrieges gegen den Iran erheblich gebunden war, wollte der im Sommer letzten Jahres vorhandenen Ölschwemme ein Ende bereiten, denn zeitweilig sank der Ölpreis auf unter 14 US-Dollar pro Barrel.

Daß es dem Irak ernst war, machte Saddam Hussein bereits im Vorfeld der OPEC-Konferenz, am 17. Juli letzten Jahres, deutlich. Er hatte in einer öffentlichen Rede "einigen arabischen Staaten" mit dem Krieg gedroht, falls sie ihre Ölförderung nicht reduzierten. "Sie handeln für Amerika, um arabische Interessen und Sicherheitsbelange zu unterminieren ... Die Irakis werden die Maxime nicht vergessen, daß es schlimmer ist, einem die Lebensgrundlagen abzuschneiden als seinen Hals ... Gott der Allmächtige sei Zeuge, daß wir sie gewarnt haben" (nach "Die Zeit" Nr. 4-1991).

Tatsächlich kam es zu einem für den Irak nur unzureichenden Kompromiß; der Ölpreis wurde auf 21 US-Dollar pro Barrel festgelegt, die Fördermenge auf 22,5 Mio. bpd. Was dann folgte, ist bekannt.

Der Ölpreis und der Krieg

Nach dem heutigen Stand liegt der Ölpreis in etwa da, wo er schon vor der Annexion Kuwaits fixiert war: zwischen 17 und 18 US-Dollar pro Barrel. Dabei hatten westliche Ölpropheten einen Ölpreis von bis zu 100 US-Dollar pro Barrel vorhergesagt. Die Gründe für die relativ niedrigen Ölpreise sind vielschichtig.

Zunächst legte der Ölpreis langsam zu, um Ende Oktober letzten Jahres auf das Rekordniveau von über 40 US-Dollar pro Barrel zu steigen - eine Folge der bloßen Spekulation, denn zu etwa 40% wird der Ölpreis von den Spekulanten auf den internationalen Spotmärkten beeinflußt. Kurz vor dem Golfkrieg sank der Ölpreis von 30 auf 23 US-Dollar pro Barrel. Nachdem die US-Luftwaffe ihre gigantischen Bombardements gestartet hatten, fiel der Ölpreis auf 18 bis 19 US-Dollar pro Barrel.

Der relativ niedrige Ölpreis resultiert zum einen aus der Vorsorgepolitik der imperialistischen Staaten, die sich nach der ersten Ölpreiskrise 1973/74 eine "Internationale Energie-Agentur" (IEA) zulegten. Diese Agentur beschloß zunächst im August, dann Anfang Januar, daß sich die Verbraucherländer größere Ölreserven in einer Gesamthöhe von 3,5 Mrd. Barrel - ausreichend für mindestens 96 Tage - zulegen sollten. Die BRD baute vor und traf Vorsorge für 150 Tage.

Zweitens wurden die Förderausfälle Kuwaits und des Irak nach dem 2.8.90 in Höhe von 4,7 Mio. bpd durch Saudi-Arabien, Venezuela und den Iran mehr als wettgemacht. Allein die Saudis erhöhten ihre Förderung von 5,4 Mio. bpd (24,6% der gesamten Fördermenge der OPEC) auf über 8 Mio. bpd (37%). Das bescherte Saudi-Arabien Mehreinnahmen von ca. 15 Mrd. US-Dollar, einschließlich der kurzzeitigen und rein spekulativen Ölpreissteigerungen seit Herbst vergangenen Jahres, und sicherte den Saudis darüber hinaus eine dominante Stellung in der OPEC "dank" der Ausschaltung des Irak infolge des Golfkrieges.

Drittens parken mindestens ein Dutzend voll geladene Öltanker auf den Meeren, die jederzeit als eine Art Risikovorsorge zusätzliches Öl in die Märkte speisen können. Die Weltölversorgung war während des

Golfkrieges nicht nur gesichert, sondern der Markt war übersättigt. Noch heute schiffen einige dieser Tanker auf den Weltmeeren umher und entziehen dem Markt Rohöl, um einen weiteren Preisverfall zu verhindern.

Die USA als 14. OPEC-Land

Die OPEC hob ihre am 27.7.90 getroffenen Vereinbarungen infolge der Annexion Kuwaits am 29.8.90 wieder auf, so daß sich bis zum Ende des Krieges kein Staat mehr an Förderquoten und Preisabsprachen zu halten brauchte - siehe Saudi- Arabien, siehe Iran und Venezuela.

Der OPEC-Preisüberwachungsausschuß, der nicht befugt ist, neue Preise und Quoten festzulegen, kam am 11. März dieses Jahres in Genf ohne den Irak zusammen, um über ein neues Ölpreissystem nach dem Krieg zu beraten. Tatsächlich kam eine Verständigung über eine Förderreduzierung um 3% auf 22,298 Mio. bpd zustande, der Ölpreis wurde auf 21 US-Dollar pro Barrel fixiert. Eine Angebotsreduktion von gerade 0,7 Mio. bpd ist angesichts einer weltweiten Nachfrage nach 21 bis 21,5 Mio. bpd jedoch viel zu wenig, um die Ölschwemme einzudämmen. Wenn das nicht gelingt, läßt sich der anvisierte Ölpreis kaum halten.

Offenkundig wurde auf dieser OPEC- Tagung aber auch das neue Nachkriegs- Kräfteverhältnis; Saudi-Arabien weigerte sich strikt, weiterhin den "swinging-producer", die Pufferfunktion im Falle des Überschreitens der Quoten durch eigene Förderdrosselung zu spielen. Außerdem war Saudi-Arabien nicht bereit, ihre "dank" des Golfkriegs gesteigerte Förderquote von über 8 Mio. bpd wieder auf das ursprüngliche Niveau herunterzufahren. Dies gilt auch für den Fall, daß Kuwait und der Irak nach der Reparatur ihrer Ölanlagen, die durch den Krieg weitgehend zerstört wurden, als Anbieter auftreten werden und infolge der hohen Kriegsschäden sehr dringend an hohen Öleinnahmen interessiert sind.

Die Saudis hatten sich lediglich bereit erklärt, dem kuwaitischen Regime für ihre ausgefallenen Ölförderungen, die Saudi-Arabien übernahm, durch Geldüberweisungen zu kompensieren. Die OPEC-Preis- und Förderdisziplin, ohnehin schon immer sehr brüchig und durch notdürftige Kompromisse gezimmert, ist dahin. Angesichts der Weigerung Saudi-Arabiens, sich einem neuen Kompromiß zu öffnen, erklärten die afrikanischen OPEC-Staaten Gabun und Nigeria kurz nach der Tagung des Preisüberwachungsausschusses, sich von nun an nicht mehr an die Quotenabsprachen zu halten. Damit ist eine weitere Senkung des Ölpreises vorprogrammiert.

Die Dominanz Saudi-Arabiens innerhalb der OPEC ist jedoch nur ein Ergebnis des Golfkrieges. Zweifellos ist die "Achse USA - Saudi-Arabien" ("Der Spiegel" Nr. 12-1991) nun noch enger geworden, denn schließlich hätten die USA ihr Interesse an einem niedrigen Ölpreis zwischen 15 und 20 US-Dollar pro Barrel signalisiert.

Mehr noch: sowohl Saudi-Arabien als auch Venezuela halten eine neue Quotenregelung auf der nächsten OPEC-Ministertagung am 4. Juni dieses Jahres für überflüssig, die Frontstellung OPEC kontra Verbraucherländer, die ja in Wirklichkeit so nie bestand, soll einem neuen, "kooperativen" Ölpreisregime Platz machen.

Vor allem mit den Rentnerstaaten wie Kuwait, Saudi-Arabien und den Emiraten wollen die imperialistischen Staaten vertikale Beziehungen herstellen. Gedacht ist etwa an Joint Ventures saudischer Ölförderungsbetriebe mit Frankreichs Mineralölkonzern TOTAL-CFP oder der westdeutschen RWE, so das US-Fachblatt "Petroleum Intelligence Weekly". Vornehmlich winken den Mineralölkonzernen der USA glänzende Geschäfte bei der weiteren Erschließung von Ölförderkapazitäten, der Modernisierung der Ölanlagen und der Ölverarbeitung, die in den nächsten Jahren ein Investitionsvolumen von 50 Mrd. US-Dollar beinhalten.

Mit dieser neuen Nachkriegsentwicklung ist das endgültige Ende der OPEC vorprogrammiert: zum einen durch die hegemoniale Stellung Saudi-Arabiens und der übrigen Rentnerstaaten innerhalb der OPEC, zum anderen durch direkte Unternehmenskooperationen mit westlichen Industrieanlagen- und Mineralölkonzernen (Joint Ventures), die über diesen Weg auch den Ölpreis sowie die Fördermengen beeinflussen werden.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es kaum noch überraschend, daß der Iran zu einer breit angelegten Ölkonferenz eingeladen hat. Kommen sollen nicht nur die OPEC-Staaten, sondern auch die übrigen Ölförderländer wie die Sowjetunion, Norwegen und Großbritannien, ferner die imperialistischen Länder und die Vertreter der Ölkonzerne. Die iranische Führung hat die neuen Zeichen der Zeit erkannt und möchte Saudi-Arabien die dominante Rolle in dem "New Deal" ums Öl streitig machen, in dem es selbst einen gewichtigen Part einzunehmen gedenkt (1).

Das Kriegsdollar-Recycling

Im Zuge des Golfkriegs wurden Milliardenbeträge um den Erdball transferiert, die unter anderem Aufschluß über die zugrunde liegendenden wirtschaftlichen Determinanten geben. Nicht nur, daß die USA die UNO zu einer erweiterten Nato transformierten - sie ließ sich ihre Anti-Saddam-Allianz aus 28 Staaten auch etwas kosten, während wiederum andere dafür bezahlten.

Rechtzeitig vor dem Golfkrieg galt es, die Sowjetunion für die Kriegsallianz zu gewinnen. Die US-Administration hob die seit 1974 bestehende Kreditsperre gegenüber der Sowjetunion auf, räumte ihr die Meistbegünstigung im Warenhandel ein und drängte Saudi-Arabien, der einstigen Supermacht einen Milliardenkredit zu gewähren. Außerdem sicherten die USA der Sowjetunion einen assoziierten Status beim Internationalen Währungsfonds (IWF) zu, der jedoch nach den Auseinandersetzungen im Baltikum wieder zurückgenommen wurde.

Ferner galt es, die arabischen Staaten bei der Stange zu halten. Die Spaltung der arabischen Staaten in solche, die in die Allianz eintraten und jene, die sich abstinent bis pro-irakisch verhielten, zeigte sich am Auseinanderbrechen des "Arabischen Kooperationsrates" aus Ägypten, dem Irak, Jemen und Jordanien. Die betreffenden "Frontstaaten" der Allianz wurden finanziell reichlich bedacht:

- Ägypten erhielt allein 14 Mrd. US- Dollar aus den Rentnerstaaten der OPEC, vor allem von Saudi-Arabien, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Diese Golfstaaten erließen Ägypten Außenschulden in Höhe von 9 Mrd. US- Dollar. Die USA verzichteten auf noch nicht beglichene Waffenrechnungen in Höhe von 7,1 Mrd. US-Dollar.

- Syrien schlug sich nach dem Rückzug der Sowjetunion angesichts seiner prekären wirtschaftlichen Lage voll auf die Seite der USA. Die direkte militärische Beteiligung Syriens an den alliierten Verbänden wurden mit 1,25 Mrd. US-Dollar in bar honoriert; die USA lieferten billigen Weizen und Kuwait gewährte dem Assad-Regime einen 3-Mrd.-Dollar-Kredit.

- die Türkei erhielt von Kuwait einen 3,5 Mrd. US-Dollar-Kredit und insgesamt finanzielle Transfers in Höhe von 7 Mrd. US-Dollar.

- Saudi-Arabien und Kuwait erhielten keine finanziellen Zuwendungen, sondern gehörten zu den größten Zahlmeistern des Krieges. Allein Saudi-Arabien überwies in die US-amerikanische Kriegskasse, an Großbritannien, Frankreich und die arabischen Staaten insgesamt 48 Mrd. US-Dollar, gefolgt von Kuwait mit runden 24 Mrd. US-Dollar. Dafür spielt Saudi-Arabien in der Nachkriegsordnung des Nahen Ostens eine führende Rolle im noch enger gewordenen Zusammenspiel mit den USA.

Insgesamt überwiesen die Staaten der OECD etwa 13,4 Mrd. US-Dollar an die in der US-Allianz beteiligten arabischen Regimes einschließlich der Türkei. Verloren haben all jene Staaten, die sich aus innenpolitischen Gründen nicht an der US- Front beteiligten bzw. beteiligen konnten. Jordanien und Jemen mußten beispielsweise Milliardenverluste hinnehmen, die ihnen allein aus den fehlenden Deviseneinnahmen ihrer Arbeitsemigranten in Kuwait und dem Irak entgingen.

Der Krieg hat die wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend durcheinandergewirbelt. Die Ölmehreinnahmen Saudi-Arabiens konnten die hohen finanziellen Kosten des Krieges nicht decken, so daß Saudi-Arabien vom Kapitalexporteur zum Kreditnehmer avancierte: das Regime nahm einen ersten Großkredit in Höhe von 3,5 Mrd. US-Dollar bei einem internationalen Bankenkonsortium, darunter auch der Deutschen Bank, auf.

Noch dicker trifft es Kuwait, das über einen Kredit in Höhe von 20 Mrd. US- Dollar verhandelt. Zwar könnte Kuwait das Kapital aus ihrem ausländischen Anlagevermögen, etwa aus den Verkäufen ihrer Aktienpakete, bestreiten, wovon ihnen aber dringend abgeraten wurde. Die betreffenden imperialistischen Länder befürchten Dissonanzen an ihren Aktienmärkten, wenn ganze Aktienpakete auf einen Schlag auf die Märkte geworfen würden.

Der enorme Kapitalbedarf Kuwaits, des Irak, aber auch der übrigen Golfstaaten erhöht die Nachfrage nach anlagesuchendem Kapital insgesamt. Die Konkurrenz zwischen den osteuropäischen Staaten, der Sowjetunion, den Ländern der Dritten Welt, des Nahen Ostens und - nicht zu vergessen - der USA um Leihkapital wird den Preis, den Zins, in der Tendenz weiter erhöhen.

Nach dem Krieg und infolge der Zerstörung des Irak und Kuwaits blüht den westlichen Kapitalen "das größte Investitionsvorhaben seit dem Zweiten Weltkrieg" (FAZ, 5.3.91), denn der Wiederaufbau des Irak wird mit ca. 150 Mrd. US- Dollar, von Kuwait mit 100 Mrd. US-Dollar angegeben. Ein großer Teil des bisherigen Petrodollar-Recycling verläuft daher nicht ausschließlich in die eine Richtung, wo sich die Öldollars lukrative Anlagemöglichkeiten im Westen suchen, sondern die Petrodollars werden zum größten Teil für den Wiederaufbau der eigenen Ölförderanlagen, Industriestrukturen, den Wohnungsbau, der Stromversorgung, der gesamten Infrastruktur usw. verwendet.

Dabei sollen vor allem die Sieger des Krieges, die USA und Großbritannien, mit Aufträgen bedacht werden. Die US- Industrie rechnet mit Aufträgen in Höhe von 70 Mrd. US-Dollar allein aus Kuwait, die Rüstungsindustrie der USA konnte Waffenaufträge in Höhe von 18 Mrd. US-Dollar für Saudi-Arabien und Kuwait verbuchen.

Fürs erste wurde dem "U.S. Army Corps of Engineers" für die kommenden 3 Monate ein Betrag von 45 Mrd. US-Dollar überwiesen. Dieses US-Army-eigene Korps soll weitgehend das Übergangsregime in Kuwait stellen und die Aufräumarbeiten erledigen. Außerdem wurde diesem Korps die Generalvollmacht zur Erteilung von Investitionsaufträgen erteilt, so daß sich die US-Industrie über diesen Weg rund 70% aller Nachkriegsaufträge sichern konnte - gefolgt von Großbritannien mit einem 15%-Anteil. Und alle sind sie mit von der Partie: der Baukonzern Bechtel mit den Vorstandsmitgliedern Weinberger und Shultz (beide Minister unter Reagan), General Motors, Chrysler und Ford bei LKWs und PKWs, IBM, Motorola und AT&T im Bereich der Kommunikation, Catarpillar bei den Stromreparaturen, der Rüstungskonzern Raytheon bei der Instandsetzung des kuwaitischen Flughafens (2).

Ein historisches Novum ist, daß sich die USA ihren Waffengang im Nahen Osten finanzieren und wie sich jetzt herausstellt, überfinanzieren lassen haben. Nach Angaben des US-Senats beliefen sich die Gesamtkosten des Krieges auf 42,6 Mrd. US-Dollar, von denen die USA selbst einen Anteil von 15 Mrd. US-Dollar beisteuern.

Dem stehen finanzielle Zusagen in Höhe von 54,5 Mrd. US-Dollar gegenüber, die sich wie folgt zusammensetzen:

- Saudi-Arabien: 16,8 Mrd. US-Dollar

- Kuwait: 16,0 Mrd. US-Dollar

- Japan: 10,7 Mrd. US-Dollar

- BRD: 6,6 Mrd. US-Dollar

- Vereinigte Arabische Emirate: 4,0 Mrd. US-Dollar

- Südkorea: 0,4 Mrd. US-Dollar

Derzeit wird ein Streit zwischen den USA einerseits und den zahlenden Kostgängern andererseits über den Verbleib und die Verwendung der überschüssigen Kriegszahlungen ausgetragen; voraussichtlich werden die zusätzlichen Milliarden in Form von Transferleistungen in den Nahen Osten fließen, um die anstehende Nachkriegsordnung im Nahen Osten zu etablieren.

Golfkrieg und Weltwirtschaft

Anders als in den Zeiten des Korea-Krieges Anfang der fünfziger Jahre reagierten die internationalen Devisen- und Aktienmärkte relativ gelassen auf den Golfkrieg.

Die Couponschneider an den internationalen Aktienmärkten hielten sich vor Ausbruch des Krieges im Januar zurück und warteten zunächst ab. Erst nach den US-Bombardements in den ersten Tagen des Krieges wurden massive Aktienkäufe getätigt, und die Kurse an den Börsen von Tokio, Frankfurt und New York erreichten die höchsten Tages-Wachstumsraten seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Die "Friedensdividende" wurde gewissermaßen vorweg-spekuliert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Aktienkurse weltweit bis zum Sommer letzten Jahres um durchschnittlich 30% gesunken waren, so daß die jüngsten Kurssteigerungen nur die erlittenen Verluste wieder wettmachten.

Als der erwartete schnelle Blitzsieg der US-Army dennoch auf sich warten ließ, trat eine Flaute und Kaufzurückhaltung an den Aktienmärkten ein. Erst eine Woche nach dem Krieg erfolgte eine neue Aktienhausse infolge der Spekulationen um den Wiederaufbau Kuwaits, der insbesondere den US-Industrien lukrative Aufträge in Milliardenhöhe bescherte. Die Nachkriegs-Hausse erreichte jedoch nicht mehr die hohen Tageskurs-Sprünge wie am 17.1.91, als der US-Sieg im Krieg gegen den Irak bereits vorweggenommen wurde (3).

Der Dollarkurs nahm einen Verlauf, der mit den Ereignissen am Golf nur peripher etwas zu tun hatte. In der reinen Theorie hätte der Kurs des US-Dollar eigentlich steigen müssen - gewissermaßen als Risikovorsorge angesichts des Krieges.

Das genaue Gegenteil trat jedoch ein. Der Kurs der US-Währung sackte im Verhältnis zur D-Mark inmitten des Krieges auf das Rekordtief von 1,45 DM, so daß die Deutsche Bundesbank mit 2 Mrd., die japanische Nationalbank mit 1 Mrd. US- Dollar an den Devisenmärkten durch Dollarkäufe intervenierten. Erst am Ende des Krieges trat eine Wende ein, und der Kurs des US-Dollar erreichte mit Werten von 1,60 bis 1,63 DM wieder das Niveau des vergangenen Sommers.

Die internationalen Devisenmärkte scherten sich weniger um den Krieg am Golf als vielmehr um die konjunkturelle Befindlichkeit und die Zinsbeschlüsse in den USA, später um die Befindlichkeit der deutschen Ökonomie und ihrer Zinsen - also um die realwirtschaftlichen Entwicklungen in den imperialistischen Ländern.

Schon lange vor Ausbruch des Golfkrieges befanden sich die angelsächsischen Länder (USA, Großbritannien, Kanada, Australien) auf dem Weg in die Rezession. Seit November letzten Jahres sank die US-Industrieproduktion kontinuierlich. Im Februar zeigte sie ein Minus von 3,4%. Die industrielle Kapazitätsauslastung sank von 83% im letzten Jahr auf 79,1% im Februar. Seit Herbst letzten Jahres wurden rund 1 Million Arbeiter entlassen, die Arbeitslosenquote stieg von 5,5% (1990) auf 6,5%. Die drei Automobilkonzerne nahmen Massenentlassungen vor, die Aufträge in der Bauindustrie sanken um 8%.

Die übrigen, schon chronischen Krisensymptome der US-Wirtschaft verstärkten sich: das Haushaltsdefizit des US-Bundesetats stieg von 153,4 Mrd. US-Dollar (1989) auf 220,4 Mrd. US-Dollar (1990) auf rund 318 Mrd. US-Dollar für dieses Jahr. Größter Posten der hohen Verschuldung sind die Sozialisierungskosten der vielen Banken-und Sparkassenpleiten, die die Steuerzahler allein 1991 rund 100 Mrd. US-Dollar zusätzlich kosten. Das Handelsbilanzdefizit sank trotz des insgesamt niedrigeren Dollarkurses nur um ca. 10 Mrd. US-Dollar auf 101 Mrd. US- Dollar (alle Angaben aus: Handelsblatt, 20.3.91).

Hinzu kommt, daß das Netto-Vermögen der USA einen neuen Minusrekord von 640 Mrd. US-Dollar erreichte. Das heißt, daß das US-Vermögen der USA im Ausland (Direktinvestitionen, Kapitalanlagen usw.) um 640 Mrd. US-Dollar geringer ist als die ausländischen Vermögen in den USA.

Dazu kommen weitere Negativschlagzeilen wie eine verfallende industrielle Infrastruktur, ein völlig marodes Bildungs-und Ausbildungssystem, eine nachlassende Produktivität und eine weitere Steigerung der Armut, die in den letzten 10 Jahren von 24 auf über 32 Millionen Menschen anstieg. Ein Viertel aller US-amerikanischen Kinder leben in Armut, mehr als 1 Million US-Bürger sind obdachlos.

Darüber hinaus sind zahlreiche Betriebe wie auch Privatpersonen überschuldet, der Immobilienmarkt hoffnungslos übersättigt, viele Banken durch hohe, aber uneinbringbare Forderungen in der Klemme, so daß sie bei weiteren Ausleihungen sehr vorsichtig agieren. Allerorten besteht ein "credit crunch", eine Kreditklemme, die sich angesichts einer bereits eingetretenen Rezession negativ auf Investitionen auswirkt.

Die US-amerikanische Zentralbank, der Federal Reserve Board (FRB), reagierte mit Zinssenkungen. Der Diskontsatz wurde während des Krieges von 7 auf 6% gesenkt, um das Leihkapital zu verbilligen und der Rezession gegenzusteuern. Auch die Prime Rate, die Zinsrate der Großbanken, sank von 10 auf 9%. Die gesunkenen Zinsen führten denn auch dazu, daß sich die Spekulanten von kurzfristigen Anlagen in Bundesanleihen trennten und auf die Aktienmärkte umstiegen, wo sich höhere Profite erzielen ließen.

Insgesamt bewirkten die Daten über die Rezession in den USA ein Sinken des Dollarkurses gegenüber der D-Mark und dem Yen. Der Spieß drehte sich nach dem Ende des Krieges radikal um, weil nunmehr auf die Friedensdividende spekuliert wurde; nach Bekanntwerden der Kriegsfolgekosten für Kuwait und den lukrativen

Aufträgen für die USA aus diesem Emirat wurde die US-Rezession einfach wegspekuliert, und es machte sich eine Aufschwung-Euphorie breit, der bald wieder die Ernüchterung folgen dürfte.

Die größten Nutznießer des Krieges an den Aktienmärkten sind die US-Bauindustrie sowie die Rüstungskonzerne. Letztere konnten auf folgende Kurssteigerungen ihrer Aktien aufwarten:

- General Dynamics (Cruise Missiles; F-111-Bomber): + 37%

- McDonald Douglas (F-15/18-Bomber; Cruise Missiles): + 25%

- Lockheed (Stealth-Bomber): + 11%

- Alliant Techsystems Cluster-Bomben): + 10%

- Raytheon, Martin Marieta (Patriot-Raketen): + 24%

Umgekehrt verhält es sich mit der BRD nach ihrer DDR-Annexion; nach der Steigerung ihres Sozialprodukts um 4,5% im letzten Jahr dank des "Konsumhungers" der ex-DDR-Bürger flacht sich das Binnenwachstum ab. Die deutschen Exporte sind eher rückläufig, während die Importe von Waren hohe Steigerungsraten aufweisen. Beide Faktoren sind Folge der konjunkturellen Flauten bzw. Krisen der meisten westlichen Industrieländer.

Der neo-keynesianische Kurs der Bundesregierung, durch hohe Kreditaufnahmen den Crash und deren minimale soziale Abfederung in der ex-DDR zu finanzieren und dabei eine höhere Staatsverschuldung in Kauf zu nehmen, gleichzeitig aber mittels einer Hochzinspolitik der Deutschen Bundesbank den inflationären Gefahren entgegenzuwirken, setzte die D- Mark unter Druck.

An den internationalen Devisenmärkten hält man es obendrein für ausgemacht, daß ein Großteil der BRD-Kredite nach Osteuropa, insbesondere die Milliardenkredite in die Sowjetunion, kaum wieder hereinzuholen sind und irgendwann abgeschrieben und sozialisiert werden müssen. Das klassisch-sozialdemokratische "deficit-spending" der Bundesregierung zur Finanzierung des Anschlusses - im Ausland spricht man bereits von den "Reagonomics am Rhein" - führte zur Flucht aus der D-Mark und setzte den Wechselkurs zum US-Dollar unter Druck.

"Pax americana"?

In den Diskussionen um eine "Neue Weltordnung", die US-Präsident Bush höchst persönlich offerierte und auch in den Analysen der Linken diskutiert werden, verlaufen die Auseinandersetzungen an zwei extremen Polen. Die einen sehen die Welt nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und der Aufhebung der bipolaren Nachkriegsordnung in der Tat eine Renaissance der unbestrittenen US-Hegemonie in der Welt. Japan und die BRD, vor dem Golfkrieg als neue Weltmächte in den Rang gehoben, wird allerhöchstens eine Statistenrolle attestiert, ihre Rolle im Golfkrieg ging über die der zahlenden Kostgänger nicht hinaus.

Auf der anderen Seite tauchen die Positionen auf, wonach die USA sich im Niedergang befinden, der Sieg im Golfkrieg einem Pyrrhussieg gleichkomme und die US-Army - so etwa Chomsky - einem militärischen Dienstleistungsunternehmen ähnelt, die sich von den Japanern und Deutschen sowie einigen anderen Mäzenen für weltweite Operationen bezahlen ließe.

In den innerimperialistischen Auseinandersetzungen im Vorfeld des Golfkrieges zwischen den USA einerseits und Japan sowie der BRD andererseits haben letztere die USA in jeder Hinsicht politisch und auch militärisch-logistisch (das gilt für die BRD) unterstützt und fanden sich zur Finanzierung des Golfkriegs bereit.

Das hat tatsächlich sehr viel mit dem gemeinsamen Interesse der imperialistischen Staaten an der Kontrolle der Golfregion zu tun. Der CIA-Putsch gegen Mossadegh im Iran (1953), die massive militärische, finanzielle und politische Unterstützung des Irak im Krieg gegen den Iran im ersten Golfkrieg und auch der jüngste Krieg gegen den Irak folgte der imperialistischen Logik, die nahezu vollständige Kontrolle über den industriellen Lebenssaft ausüben zu können.

Umgekehrt bestanden die innenpolitischen Diskussionen in den USA zu einem großen Teil aus massiver Kritik an der angeblich mangelnden "Solidarität" vor allem Japans, aber auch der BRD, an dem kriegerischen Engagement der USA, Großbritanniens und der übrigen Staaten der Anti-Irak-Front.

Gegenüber der BRD wurde noch Verständnis entgegengebracht, da die USA im Rahmen des weltweiten "burden-sharing" sowohl die finanziellen Belastungen für die deutsche Einheit in Rechnung stellten, als auch die hohen finanziellen Transfers nach Osteuropa und in die Sowjetunion - über die Hälfte aller dorthin fließenden Kredite stammen aus der BRD - honorierten.

Mit den Japanern wurde dagegen anders verfahren. Kurzerhand sagte US-Präsident Bush einen lange verabredeten Japan-Besuch ab, der japanische Außenminister wurde, im Unterschied zu den Kollegen aus den EG-Ländern, nach dem Krieg nicht im Weißen Haus empfangen, und der Generalsekretär der Liberal-Demokratischen-Partei Japans, Ozawa, durfte auf Intervention der USA nicht nach Kuwait einreisen.

Daß zwischen den drei führenden imperialistischen Mächten Gewitterstimmung herrscht, wurde auch an den Nachkriegsreaktionen der BRD und Japans deutlich. Die Industriellen beider Länder verkniffen sich den Aufschrei darüber, daß die US-Industrie zu über 70% an dem Wiederaufbau Kuwaits teilhaben. Sie zogen es vor, äußerst zurückhaltend mit ihrem Engagement in Kuwait zu sein, um nicht als die eigentlichen Kriegsgewinnler zu erscheinen, die im Nachhinein groß absahnen.

Auf der anderen Seite dienen die Vorwürfe der USA an der mangelnden politischen und militärischen "Solidarität" in der deutschen und japanischen Innenpolitik dazu, die letzten auferlegten Schranken des Verbots ihres militärischen Engagements außerhalb ihrer Territoriums niederzureißen. In der BRD ist eine Grundgesetzänderung zum weltweiten Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen der UNO anvisiert, die japanische Regierung fordert die Streichung der sogenannten UN-Feindstaaten-Klausel, die die beiden Verlierer des Zweiten Weltkriegs noch immer als Feinde betrachtet.

Unbestritten in den Diskussionen dürfte die Aussage Bush`s in seiner Rede zur Lage der Nation sein, wonach die USA "die einzige Nation dieser Erde seien, die die Streitkräfte des Friedens zusammenbringen konnte".

Tatsache ist aber auch, daß die Golfkrise von 1990 "als entscheidende Wende in den internationalen Beziehungen der USA eingeht. In der politischen und ökonomischen Geschichte wird sie als der Präzedenzfall betrachtet werden, in dessen Folge das US-Militär zu einem international finanzierten Gut wurde". Die neue Weltordnung brauche nach wie vor eine internationale Polizei, und diese könne nicht von Japan und der BRD, sondern nur von den USA bereitgestellt werden. Das US-Militär fungiere aber nicht mehr nur als nationale Armee, sondern auch als eine "international finanzierte Polizei-Streitmacht", resümmierte die "Financial Times" bereits im November letzten Jahres.

In einem "Spiegel"-Interview drückte der republikanische US-Senator Richard Lugar, gleichzeitig außenpolitischer Sprecher im US-Senat, die neue Rolle der USA wie folgt aus: "Wir offerieren unsere Fähigkeiten, und andere Regionalmächte übernehmen dann die eigentlichen Polizeiaufgaben - mit amerikanischem Beistand und finanzieller Hilfe aus ganz anderen Weltgegenden. Das ist geschickter und beschreibt die künftige umfassende Rolle unseres Landes besser" ("Der Spiegel" Nr. 12-91).

Der Realität am nächsten kommt einmal wieder Henry Kissinger; "Amerikanische Vorherrschaft kann nicht andauern ... Die amerikanische Wirtschaft kann sich eine Politik des unilateralen globalen Interventionismus nicht leisten" und somit könne "die neue Weltordnung nicht nach amerikanischer Spezifizierung" gebaut werden, meinte er.

Da dürfte er Recht haben, denn eine "Neue Weltordnung" läßt sich mitnichten auf einer absteigenden ökonomischen Hegemonialmacht mit einer überlegenen Militärmacht gründen, die sich von ihren engsten Verbündeten bezahlen läßt. Der Golfkrieg hat gerade das Gegenteil dessen bewirkt, was Bush rhetorisch verkündet: eine "neue Weltordnung", die auf Gewalt basiert, unterminiert nicht nur die von den USA eingeklagte "moralische Führung", sondern bringt auf Dauer keine US-hegemoniale "Ordnung" hervor, die ganz materiell unterfüttert sein müßte. Dazu fehlen den USA jedoch die Fähigkeiten und sie sind deshalb darauf angewiesen, ihre "pax americana" mit Japan und der BRD zu teilen. Die Zeiten der alleinigen US-Vorherrschaft sind vorbei. Sie muß sich ihrerseits mit einer Nebenrolle am Schauplatz Osteuropa/Sowjetunion begnügen und den Japanern mehr und mehr die Geschäfte im Internationalen Währungsfonds in Richtung Dritte Welt überlassen.

Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die USA über bestimmte Weltregionen dominieren, wozu neben ihrem lateinamerikanischen Hinterhof auch einige arabische Regimes zählen dürften - so brüchig und wacklig

diese Beziehungen auch sein mögen. Aber eine hegemoniale Weltordnung unter der Domäne der USA, ähnlich der Ordnung nach 1945, ist seit ca. 15 Jahren passe.

Der Kampf des Nordens gegen den Süden

Der Golfkrieg war erstens ein Krieg ums Öl und bei weitem weder der erste noch der letzte. Die Gefahr des islamischen Fundamentalismus ist nicht gebannt, sondern eskaliert. Ägypten, Syrien, Libyen, Saudi-Arabien und der Irak - von Jordanien gar nicht zu reden - sind ebenso von innenpolitischen Revolten bedroht wie einige Maghreb-Staaten (Marokko). Israel scheint gegenüber den Palästinensern der große Nutznießer des Krieges geworden zu sein - aber gerade das beschwört die nächsten Konflikte herauf. Ein politisches Neuordnungskonzept seitens der Siegermacht USA ist nicht in Sicht. Sehr bald könnte sich der US-Sieg als ein Pyrrhus-Sieg erweisen. Den USA kommt es vor allem darauf an, die islamischen Regimes in ihrem Sinne zu stabilisieren und ein "Containment" gegenüber dem Ausbreiten des islamischen Fundamentalismus nach Asien und Afrika (von Pakistan bis nach Indonesien, von Ägypten bis zum gesamten Norden Afrikas) zu betreiben.

Zweitens haben die USA ihre in der Tat hegemonialen militärischen Fähigkeiten unter immensen ökonomischen Grenzen unter Beweis gestellt und ihre high-tech-Waffen in einem Land der Dritten Welt erfolgreich getestet. Sie haben erneut die Führbarkeit von Kriegen im US-imperialistischen Interesse unter Beweis gestellt - übrigens nicht am Golf, sondern zuvor schon in Grenada als "Vorspiel" und in Panama, wo ja auch ein böser Tyrann aus seinem Land herausgebombt und unter Anklage gestellt wurde.

Drittens ging und geht es den USA um eine Neustrukturierung des Nord-Süd- Verhältnisses mit begrenzten Möglichkeiten. Die anvisierte Erweiterung ihrer Freihandelszone mit Kanada um Mexiko ist der Gegenpart zur Europäischen Gemeinschaft, denn damit verfügen die USA als Hegemonialmacht über einen mindestens ebenso großen Wirtschaftsraum wie die EG. Ansonsten gilt ihr Hauptaugenmerk ihrem mittel-und lateinamerikanischen "Hinterhof" und dem Nahen Osten, während sie gegenüber Osteuropa und der Sowjetunion, aber auch im Fernen Osten gegen die BRD bzw. Japan weniger zu bestellen hat.

Die Länder der Dritten Welt, vor allem die sogenannten Schwellenländer, werden - viertens - ihre besonderen Schlüsse aus dem Waffengang im Nahen Osten ziehen. Denn ihnen wurde anschaulich vorgeführt, daß sie mit schrottreifen Waffen beliefert wurden, mit denen gegen die modernen high-tech-Waffen der USA, Großbritanniens und Frankreichs nichts zu bestellen ist. Das wird unweigerlich dazu führen, die indische Regierung hat dazu bereits erste Überlegungen angestellt, daß einige Regimes in der Dritten Welt, die über eine bereits beachtliche Rüstungsindustrie verfügen (Indien, Pakistan, Brasilien, Argentinien usw.) ihre eigenen Anstrengungen erhöhen werden. Statt der "Friedensdividende" also ein Weiterdrehen an der Rüstungsspirale dort.

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Auch die Normalisierung der Beziehungen zu Saudi-Arabien ist in die außenpolitische Strategie Irans einzuordnen, das gedenkt, eine führende Rolle im Nachkriegs-Kräfteverhältnis des Nahen Ostens zu spielen.

2) Japan und die BRD hielten sich auffallend, aber auch gelassen beim Poker um die lukrativen Nachkriegsaufträge zurück, um nicht als üble "Kriegsgewinnler" und Absahner zu erscheinen. Die Gelassenheit rührt vor allem daher, daß auch japanische und deutsche Firmen über Anschlußaufträge und aufgrund ihrer gegenüber den USA wohlfeileren Waren ohnehin noch profitieren werden. Insbesondere Frankreich und die BRD spekulieren im übrigen auf Großaufträge aus dem völlig zerbombten Irak, wenn sich die dortigen innenpolitischen Verhältnisse stabilisiert haben.

3) Mit zur Aktienhausse haben die Zinssenkungen in den USA beigetragen, die vor allem für die kurzfristigen Anleihen die Flucht aus dem Dollar und Staatspapieren in die Aktien begünstigten.

15. Über den C-Waffen-Krieg in Vietnam. "Völkermord verjährt nicht." Von Robert Gatermann

Rubrik: Chemische, Biologische Waffen; Vietnam · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:01

Unter dieser Überschrift berichtet "Die Leipziger Andere Zeitung" im Oktober 1990 von einem Eklat anläßlich eines Besuches des Bundespräsidenten in Sachsen. "Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, ist verwickelt in die Giftgasproduktion des Dioxin-haltigen Kampfstoffes "Agent Orange" für den Vietnamkrieg und in die Rüstungsexporte deutscher Firmen in den Irak. So lauten die öffentlichen Anklagen, die Jochen Läßig (...) anläßlich einer Rede des Bundespräsidenten in der Leipziger Nikolaikirche vortrug. Er konnte seine Rede nicht beenden, die Menschen in der übervollen Kirche erzwangen den Abbruch. Sie wollten den angesehenen Politiker hören, sie wollen nicht schon wieder ein demontiertes Staatsoberhaupt." (1)

Die propagandistische Nutzung des irakischen C-Waffenpotentials als nachgeschobene Kriegsbegründung, sowie die Behauptung, der Irak sei (allein) für die bisher schlimmsten ökologischen Folgen eines Krieges verantwortlich, bieten den Anlaß, auf den chemischen Krieg der USA und ihrer damaligen Alliierten gegen Vietnam zurückzublicken.

"Operation Ranch Hand"

"Das sanftgewellte Hügelland sah aus, als hätte ein Landschaftsgärtner es nach Bildern Rousseaus gestaltet: Dichter tropischer Wald mit 40 Meter hohen Bäumen, in dem Elefanten, Tiger, Bären und Rehwild lebten. Unter dem schweren Laub suchten Vögel in allen Größen und Farben bei Regen Schutz. Und Schwärme von Honigbienen fanden überreich Nektar in den Blüten der üppigen Pflanzenwelt, die in dem feuchtwarmen Klima - 2.185 Millimeter jährlicher Niederschlag bei einer Temperatur zwischen 23 und 27 Grad - prächtig gedieh.

Das war einmal. Der Ma-Da-Wald, der sich hundert Kilometer nordöstlich von Ho-Tschi-Minh-Stadt, vormals Saigon, über eine Fläche von etwa 30.000 Hektar erstreckte, ist heute eine trostlose Savannenlandschaft. Sie ist bewachsen mit meist wertlosem Gestrüpp und mickrigen Wäldchen aus degeneriertem Bambus. Die großen Tiere sind verschwunden, ebenso die Pythons und Panther und die vielen Pflanzen." (2)

Auch in anderen Gegenden Vietnams findet sich diese "tote Wüstenei, von Bombentrichtern durchzogen, die mit Wasser vollgelaufen sind. Und wer von diesem Wasser trinkt, Mensch oder Vieh, ist dem Tod geweiht." (3)

"Ranch Hand war die Offizielle Code-Bezeichnung der US Air Force für das (...) umfangreichste Umweltzerstörungsprogramm der modernen Kriegsgeschichte mittels giftiger Chemikalien: 72 Mio. Liter (...) herbizider Pflanzengifte wurden über Waldflächen und landwirtschaftlich genutzten Flächen versprüht." (4)

"Nach offiziellen Angaben der amerikanischen Armee wurden in Südvietnam 10,3% der Wälder ein- oder mehrmals besprüht, 36,1% der Mangroven-Wälder, 3% des Ackerlandes und 5% anderen Bodens. Vietnamesische Angaben liegen darüber: 42% der Waldgebiete und 13% der landwirtschaftlichen Nutzflächen." (5) Nach niedrigen Angaben wurde ein Areal, etwa so groß wie ganz Hessen entlaubt.

Bis Ende 1968 flogen amerikanische Piloten im Zuge von "Ranch Hand" 19.000 Einsätze. Ziel war es, den Einheiten der FNL durch die Entlaubungsaktionen die natürliche Deckung zu nehmen und ihr durch Vernichtung der Ernte die Ernährungsgrundlage zu zerstören. Die Einsätze wurden von 1961 bis 1971 geflogen, Höhepunkt waren die Jahre 1967 bis 1969.

Das Seveso-Gift ...

Es wurden vor allem drei Mischungen von Pflanzenschutzmitteln eingesetzt, die nach ihren Farbmarkierungen benannt waren: Agent Blue, Agent White und Agent Orange. Letzteres wurde am meisten verwendet und ist am bekanntesten. Es handelt sich um eine Mischung von Estern der 2,4 Dichlor- sowie der 2,4,5-Trichlorphenoxyessigsäure (kurz 2,4-D und 2,4,5-T). Beide Stoffe, insbesondere 2,4,5-T sind herstellungsbedingt durch das Seveso-Gift "Dioxin" (2,3,7,8- Tetrachlordibenzoparadioxin) verunreinigt. 2,4-D und 2,4,5-T fanden bis in die achtziger Jahre breite Anwendung als Herbizide. Beim Einsatz in Vietnam bestanden im wesentlichen nur zwei Unterschiede. Erstens wurden größere Mengen pro Fläche eingesetzt - in

Vietnam zwischen 32 kg und 90 kg pro Hektar. Zweitens wurde bei der Produktion weniger auf Verunreinigungen durch Dioxin Rücksicht genommen. Es mußten halt in kurzer Zeit große Mengen produziert werden. Bei einem jährlichen zivilen "Bedarf" von ca. 3.000 Tonnen 2,4,5-T in den USA wurden in den sechs Jahren 1965-70 in Vietnam 20.000 Tonnen versprüht. Als Folge waren 1968 entsprechende Herbizide auf dem amerikanischen Markt nicht erhältlich. (6)

In Vietnam wurde "Agent Orange mit einem bis zu 1.000 mal höheren Anteil, als für den Gebrauch als Unkrautvernichtungsmittel heute zulässig, verwendet." (7) Dadurch wurde in Vietnam die gewaltige Menge von 170 kg (andere Angaben sprechen gar von über 500 kg) Dioxin freigesetzt. Eingespeist ins öffentliche Wassersystem würde diese Menge reichen, um alle Einwohner Londons oder New Yorks zu töten. In Seveso wurden 0,2 kg Dioxin frei.

... eine Erfindung der Militärs

1984 wurde die Bundesregierung von den Grünen zu der Einsatzfähigkeit von 2,4,5-T und Dioxin als chemische Waffe befragt. Eindeutige Antwort: "Substanzen wie 2,4,5-T (...) sind als chemische Waffen ungeeignet." (8) Gleiches gelte für Dioxin (...)

Ohne Militärforscher muß die Welt zu den Herbiziden gekommen zu sein, wie Maria zum Kind. Denn in Fort Detrick im Bundesstaat Maryland wurden in den vierziger Jahren im Auftrag des amerikanischen Kriegsministeriums nach "kriegsentscheidenden Waffen" geforscht. Es war eine Art Konkurrenzprogramm zur Entwicklung der Atombombe. Einige der entdeckten Kampfstoffe wurden von General J.H. Rothschild, dem Chef des Projektes, so beschrieben: "Sie sind in ziemlich kleinen Mengen wirksam (...) können einfach hergestellt und gelagert werden, wirken sehr schnell auf die Pflanze und sind in ihrer Wirksamkeit nicht sehr vom Wetter abhängig." (Aus seinem Buch "Die Waffen von morgen", (9))

Die Stoffe mit dem Decknamen LN 8 und LN 14 sollten noch im Sommer 45 gegen Japan eingesetzt werden. Ein damit beladener Frachter war bereits ausgelaufen. Das chemische Korps der US-Armee hatte berechnet, daß mit der geladenen Menge 30% der japanischen Reisernte vernichtet werden könnte. Die Atombombenabwürfe kamen dem zuvor.

Der aufmerksame Leser wird es sich schon gedacht haben: Bei LN 8 und LN 14 handelte es sich um 2,4-D und 2,4,5-T. In jahrelangen Großversuchen Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre wurden dann die optimalen Mischungen für den Dschungeleinsatz getestet.

Schon 1956 wollte der Leiter der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Wilhelm Sandermann, Forschungsarbeiten veröffentlichen, bei denen die gewaltige Giftwirkung von Dioxin enthüllt wurde. Erst 28 Jahre später berichtete er, warum das nicht geschehen ist: "Da TCDD ungemein giftig ist, verbot uns damals unsere vorgesetzte Dienststelle (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) jegliche weitere Arbeit mit Halogenierten Dioxinen sowie Publikationen über die ungewöhnliche Giftwirkung mit der Begründung, daß das billig herzustellende TCDD von militärischer Seite als Kampfstoff eingesetzt werden könne." (10) Eine explizite Frage der Grünen zu diesem Sachverhalt wurde dennoch von der Bundesregierung wie gehabt beantwortet: "Wie bereits erwähnt, sind Substanzen wie 2,4,5-T, das Holzschutzmittel Pentachlorphenol oder auch Dioxin als chemische Waffe ungeeignet; eine Einstufung als chemische Waffe scheidet mithin aus." (8)

Von anderer Seite wird argumentiert, bei den Herbiziden handelt es sich doch nicht um Waffen oder Kampfstoffe, sondern um Stoffe, die vom Militär mißbraucht wurden. Ein Vergleich mit der Atombombe und der "friedlichen Nutzung der Kernenergie" stellt den Sachverhalt vielleicht wieder auf die Füße. In beiden Fällen handelt es sich um nichtmilitärische Nutzung von Kriegswaffenentwicklungen, wobei die Gefahren und Risiken erhalten blieben.

Die Folgen in Vietnam

Insgesamt sind 5 Mio ha, das heißt die Hälfte der Wälder im ehemaligen Südvietnam, schwer geschädigt. Davon sind 500.000 ha völlig zerstört worden. (Neben der chemischen Kriegsführung wurden auch noch andere Methoden der Waldrodung und -zerstörung in großen Ausmaß angewandt.) Dabei gingen ca. 75 Mio. Kubikmeter tropischen Edelholzes - der volkswirtschaftliche Bedarf Vietnams für ungefähr 30 Jahre - verloren.

Weitere 225 Mio. m3 Edelholz werden durch Pilzbefall zerstört. Für eine Regeneration wird ein Zeitraum von über hundert Jahren angenommen.

Nach Schätzungen des vietnamesischen Experten Prof. Ton That Tung ist der mit Dioxin belastete Boden noch 20 Jahre vergiftet. Schon während des Krieges machte die Befreiungsfront auf die zunehmenden Zahlen von Tod- und Fehlgeburten sowie mißgebildeten Kindern in den besprühten Gebieten aufmerksam.

3.500 Menschen wurden unmittelbar durch die chemische Kriegsführung getötet. (Hierzu gehört auch die große Zahl der durch den Einsatz von CS-Gas Getöteten. Um die Kämpfer der Befreiungsfront aus den bombensicheren Bunkern zu treiben, wurden von den US-Truppen tausende von Tonnen CS-Gas in Vietnam eingesetzt. Daß es in geschlossenen Räumen eingesetzt zum Tode durch Atemnot führen kann, war natürlich bekannt. (11))

Das ganze Ausmaß des Grauens wurde aber erst viele Jahre später annähernd deutlich: In Südvietnam kamen ca. 10% der Bevölkerung - ca. 2 Mio. Menschen - mit den Giften direkt in Kontakt.

Krankheit und Tod

"Im einzelnen sind heute folgende Schädigungen durch Dioxin bekannt:

- Chlorakne, eine chronisch entstellende, aber nicht lebensbedrohende Hautkrankheit, durch einmalige kurze Berührung mit dem Gift.

- Periphere Neuritis, eine Entzündung der peripheren Nerven mit den Symptomen: Gefühllosigkeit, Sehstörungen, Zittern von Händen und Füßen - ebenfalls vorwiegend nach einmaliger Vergiftung.

- Neurasthenie, eine allgemeine Nerven- und auch Zentralnervenschwäche mit allgemeiner Mattigkeit, Angeschlagenheit und Depressionen, die oft erst 20 (!) Jahre nach der Vergiftung auftritt.

Darüberhinaus bestätigen alle bisherigen Untersuchungen:

- Eine teratogene Wirkung, d.h. eine Schädigung des ungeborenen Kindes, eine erhöhte Zahl von Tot- und Fehlgeburten sowie Mißbildungen. (...) Eine signifikante Zunahme des primären Leberkrebses und Häufung anderer Tumore, z.B. Gebärmutterkrebs bei Schwangeren.

- Eine mutagene Wirkung, d.h. die Schädigung des Erbgutes der Männer und Frauen, die mit dem Gift in Kontakt kamen und kommen." (12)

"Nach bisherigen Untersuchungen in Vietnam stieg die Zahl der mißgebildeten Neugeborenen, deren Eltern mit Dioxin in Kontakt gekommen waren, auf 3,14% gegenüber der üblichen Rate von 0,21%. Auch bisher unbekannte Mißbildungen kamen vor: Säuglinge ohne Augen, ohne Nase, mit schwersten Hirnschädigungen wurden und werden geboren." (12)

Die Genauigkeit der Zahlen ist trügerisch. Vietnam hat überhaupt nicht die Möglichkeiten zu exakten flächendeckenden wissenschaftlichen Untersuchungen. Vietnam gehört zu den ärmsten Ländern der Erde. Nur im Ansatz wird das umfassende Ausmaß wahrnehmbar. Durch Einzelbeispiele wird etwas dieser Grausamkeit erfaßbar.

Das nackte Grauen

"Das Tu-Du-Hospital in Saigon gilt als größte Frauenklinik Asiens und hat den Spitznamen ‚Geburtsfabrik'. Hier werden im Jahr mehr als 12.000 Kinder geboren. Die stellvertretende Direktorin, Dr. Nguyen Thi Ngoc Phuong, führt mich zu einem großen Saal mit 24 Betten. Dort liegen Frauen aus allen Provinzen Südvietnams, die schwanger wurden, aber nie ein Kind bekamen, weil sich in ihrer Gebärmutter kein Fetus entwickelte. Statt dessen ein froscheierartiges Gewebe, eine Zyste, die sich wuchernd vermehrt und schwere Schmerzen, lebensgefährliche Blutungen verursacht, an denen die Frauen sterben, wenn sie nicht sofort vom Arzt behandelt werden können." (13) Vor dem Krieg kam das unter tausend Geburten achtmal vor. Dann stieg die Zahl der Fälle an, 1980 waren es 4,5%.

Zu Besuch im Waisenhaus Nr. 6 in Ho- Chi-Minh-Stadt: "Eine Halle mit offenen Fensterlöchern voller angerosteter Eisenbettgestelle ohne Bettzeug, Holzböden statt Matratzen - und darauf liegend, hockend, sich windend und sitzend vielleicht vierzig bis fünfzig Kinder, eingehüllt in einen Dunst aus feuchter Hitze und

Uringestank, ständig schwächlichem Geschrei und dem Wimmern des Schmerzens ausgesetzt. Viele Kinder reagieren gar nicht auf unser Eintreffen: Sie sind blind, taub, ihr Gehirn ist geschädigt, oder sie vermögen nicht, sich zu uns umzudrehen. Greisengesichter, vom Tode gezeichnete Gesichter, blödes Grinsen, aufgedunsene Wasserköpfe - und daneben Liebe und Anteilnahme heischende, gesunde Kindergesichter auf grausam gezeichneten Körpern: Nervenleiden, die aus Schockerlebnissen stammen, Rückgratverletzungen, die nicht behandelt werden können, Geisteskranke, die nicht ruhiggestellt werden können. Und ganz am Ende des Saales, in einem Bett zusammengekuschelt, drei Geschwister, zwei Jungen und ein Mädchen, vielleicht zehn, zwölf, vierzehn Jahre alt, die ganz ruhig, auf den Rahmen an das Fußgestell gelehnt, nebeneinander hocken und lächeln, als wir zu ihnen gehen - bis wir nahe genug sind und uns das Lächeln im Gesicht gefriert: Ihre Arme und Beine sind wie Gummischläuche verbogen, als ob sie keinerlei Knochen enthielten, weiche, nutzlose Anhängsel an ihren Körpern. ‚Man hat sie im Dschungel gefunden, verlassen von ihren Eltern, die wohl flüchteten und ihre Kinder zurücklassen mußten, weil sie nicht laufen können.' Ich frage, was die Fehlentwicklung in den Gliedern verursacht haben könnte. ‚Vielleicht Entlaubungsmittel. Der Dschungel, in dem die Familie lebte, war lange Jahre Entlaubungsangriffen ausgesetzt.'

Was kann man denn tun?

‚Tun? Oh, eine Menge könnte man tun, wenn man ein bißchen Geld, ein paar Medikamente, ein paar orthopädische Hilfsmittel hätte. Wenn ich das Geld hätte, das in diesem Krieg an einem Tag ausgegeben wurde (...)'" (14)

Entschädigung verweigert

Die Bundesregierung verweigert seit Jahren die Auszahlung von lumpigen 30 Mio. DM Hilfe. Nicht mal die werden gezahlt, solange vietnamesische Truppen in Kambodscha sind.

Auch die USA verweigern nach wie vor die zugesagte Wiederaufbauhilfe in Höhe von mehreren Mrd. Dollar mit ähnlich fadenscheinigen Begründungen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das Ergebnis eines der größten Schadensersatzprozesse in der USA: "Zehn Jahre mußten 33.000 US-Kriegsveteranen und 18.000 Familien von verstorbenen GIs vor Gericht kämpfen, ehe sie jetzt eine Entschädigung erhalten. Sie alle wurden Opfer des chemischen Entlaubungsmittels Agent Orange" (15). Die sieben US-Herstellerfirmen verpflichteten sich zur Zahlung von 180 Mio. Dollar, eines Almosens von 5.700 Dollar pro Person. Die Opfer der Mittäter, die selbst zu Opfern wurden, bekommen nichts (...)

BRD immer dabei

Aus vertraulichen Unterlagen des eben erwähnten Prozesses wurde ein interessantes Detail bekannt: Die US-Herstellerfirmen von Agent Orange wurden bereits 1957 von der Hamburg/Ingelheimer Chemiefirma Boehringer vor der giftigen Wirkung von Dioxin gewarnt. (Hier handelt es sich um die Ergebnisse der Arbeiten, die der Landwirtschaftsminister geheim halten wollte. Sie wurden anläßlich eines Unfalls bei Boehringer, gemeinsam mit dem Firmenarzt aufgenommen.) Im Prozeß spielte dies Detail eine Rolle, da die Firmen u.a. behaupteten, sie konnten anfangs nicht ahnen, was für eine Katastrophe durch Agent Orange ausgelöst würde. (16)

Um den, der hier eben noch gewarnt hat, geht es aber auch in der nächsten Meldung: "Aus internen, mit dem Stempel ‚Streng vertraulich' versehenen Unterlagen geht hervor, daß bundesdeutsche Unternehmen am chemischen Krieg der USA in Vietnam in den sechziger Jahren direkt oder indirekt mitverdient haben." (17)

Boehringer war ein Produzent von 2,4,5-T und der zur Herstellung benötigten Grundstoffe. "Solange der Vietnamkrieg andauert, sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten," erklärte ein Boehringer-Mann 1967. (18)

Direkt war die Firma mindestens auf dreierlei Art am "Vietnam-Geschäft" beteiligt:

- Am 7. und 8. Dezember 1964 wurde die "Übergabe unseres Verfahrens zur Herstellung von 2,4,5-T an Dow" vereinbart. Heute würde getitelt werden: Deutsches Know-How verantwortlich für Öko-Katastrophe durch Giftgas (...) Ein Dow-Produktionsleiter lobte damals den "großartigen Kooperationsgeist" bei der Zusammenarbeit mit Boehringer.

- Die USA ließen Agent Orange auch bei ihren Verbündeten in Australien und Neuseeland produzieren. (Auch dort gibt es Tausende von Agent Orange-Opfern unter den Kriegsveteranen!) Partner der Dow in Neuseeland war die Firma "Watkins". An diese Firma lieferte Boehringer Hunderte Tonnen Tetrachlorbenzol und Phenolatlauge, Ausgangsstoffe für 2,4,5-T.

- Ähnliche Lieferungen gingen an den australischen 2,4,5-T-Hersteller Nufarm.

- Es gab auch eine deutsch-französische Achse. Über die Firma Progil wurden Vietnam-Geschäfte abgewickelt. Auch Boehringer lieferte Hunderte Tonnen Ausgangsstoffe an Progil. Weitere Zusammenhänge erhellt ein Schreiben an den Hamburger Boehringer-Werksleiter Krum: "Bayer und Progil haben auf dem 2,4,5-T-Sektor seit Jahren (Vietnam) eng zusammengearbeitet." (18)

Krum zum Thema Vietnam: "Wir haben nichts zur Entlaubungsaktion in Vietnam beigetragen, wir sind nicht für die Entscheidungen der amerikanischen Armee verantwortlich." Und Bayer: "Ein Teil der Bayer-Produktion sei an die Firma Progil geliefert worden, es bestehe die Möglichkeit, daß Tochter-Unternehmen beziehungsweise Drittfirmen 2,4,5-T-haltige Pflanzenbehandlungsmittel auf den amerikanischen Markt brachten." (19)

Weizsäcker, der Chef

Kein bundesdeutscher Rüstungsexportskandal ist ohne prominente Beteiligung hochrangiger Politiker.

"Weizsäcker war von 1962 bis 1966 persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter der Chemiefirma Boehringer in Ingelheim." (20) "Am 1.5.1962 kam Weizsäcker zu Boehringer und wurde Mitglied der Geschäftsführung. Er zeichnete ‚C.H. Boehringer Sohn Weizsäcker' (vergl. Akten des Handelsregistergerichts Bingen HR A 327). Dem Unternehmer Boehringer bot Weizsäcker eine Art Korrektiv für unzählige neue Geschäftsideen. Weizsäcker relativierte, durchdachte auch den zweiten und dritten Schritt, war schließlich der Mann, der emotionslos realitätsorientiert Boehringers Projekte prüfte. Keine wichtige Unternehmensentscheidung fiel ohne Weizsäckers Einwilligung. (vgl. Fillmer/Schwan: R.v.W., 1984, S. 80)"

Und doch hat er bestimmt von allem nichts gewußt.

Robert Gatermann

Anmerkungen:

1) Die Leipziger Andere Zeitung Nr. 37 vom 10.10.90

2) Hans-Dieter Degler / Dieter Uentzelmann: Supergift Dioxin, Hamburg 1984, S. 99

3) Peter Krebs: Die Kinder von Vietnam, Taschenbuchausgabe München 1990, S. 141

4) Ralf Trapp / Werner Lange: Giftkrieg - Ein Warnbuch vor den Folgen chemischer Waffen, Leipzig 1987, S. 12

5) Krebs, S. 148 (3)

6) nach Hans-Joachim Dohmeier / Erich Janson: Zum Töten von Fliegen und Menschen, Hamburg 1983

7) Ausstellungskatalog: Ökologische Folgen eines Krieges, z.B. Vietnam; Übersee-Museum Bremen (1983), S. 22

8) Kleine Anfrage der Grünen vom 10.12.84, Bundestagsdrucksache 10/2596

9) Degler S. 11 (2)

10) ebenda S. 76 (2)

11) Robert Harris/Jeremy Paxman: Eine höhere Form des Tötens; Düsseldorf 1983, S. 221

12) Ausstellungskatalog S. 23 f (7)

13) Krebs S. 157 f (3)

14) ebenda S. 35 f (3)

15) Spiegel 2/89

16) FR vom 28.12.89 unter dem Titel "Dioxin-Warnungen mißachtet - Gefahren für US-Soldaten durch ‚Agent Orange' waren bekannt"

17) Degler S. 78 (2)

18) ebenda S. 80 (2)

19) ebenda S. 81 (2)

20) Amtsgerichtsdirektor a.D. Rudolf Deichner in "Die Leipziger Andere Zeitung" vom 10.10.91

16. Dokumentation: Offener Brief an die Abgeordneten des Bundestages

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:46

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

sehr geehrter Herr Abgeordneter,

mit großer Besorgnis verfolgen wir die Absicht der Bundesregierung, die Bedingungen für einen Einsatz deutscher Streitkräfte außerhalb des NATO-Vertragsgebietes zu schaffen. Ein solcher Einsatz ist gegenwärtig nach herrschender Auffassung (auch nach Auffassung der Bundesregierung) vom Grundgesetz verboten. Wir wollen, daß es dabei bleibt und lehnen deshalb auch jede entsprechende Änderung des Grundgesetzes ab.

Eine solche Entscheidung wäre mindestens ebenso weitreichend und grundlegend wie die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1955. Sie wäre der Eintritt der Bundesrepublik in eine neue Außenpolitik, zu der weltweit einsetzbare militärische Machtmittel gehören. Eine solche militärisch abgestützte Machtpolitik aber - und sei sie auch in einen multinationalen westeuropäischen Verbund, etwa im Rahmen der WEU, eingebunden - lehnen wir ab. Stattdessen müssen die bisherigen Beschränkungen und Selbstbeschränkungen, die deutscher Politik aufgrund der jüngeren deutschen Geschichte im militärischen Bereich auferlegt waren, beibehalten und weiter verstärkt werden. Für die Erhaltung und Entfaltung von Frieden in der Welt bedarf es keiner weltweit einsetzbaren Bundeswehr, sondern einer Politik nicht-militärischer, gewaltfreier Formen des Interessenausgleichs und der Konfliktbearbeitung.

Gerade die immer deutlicher zutage tretenden verheerenden Folgen des Golfkriegs zeigen, daß Krieg keine Probleme löst, sondern neue schafft. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die den Golfkrieg zum Anlaß nimmt, nun auch noch den weltweiten Einsatz der Bundeswehr vorzubereiten, ziehen wir aus den Erfahrungen des Golfkriegs die Schlußfolgerung: Deutsche Soldaten dürfen nicht im Ausland eingesetzt werden, weder im nationalen Alleingang, noch als Teil multinationaler Streitkräfte im Rahmen der NATO, der WEU, der UNO oder in anderer Form.

"Im Rahmen der UNO" sind vielfältige Formen des militärischen Einsatzes vorgesehen: Sie reichen von UN-Friedenstruppen, die nach einem Waffenstillstand und unter Zustimmung aller Beteiligten als Puffereinheiten zwischen den Fronten stehen (Blauhelme) über die Beteiligung an kollektiven militärischen Sanktionen unter dem Oberkommando der UNO bis zu durch UN-Resolutionen autorisierten militärischen Großaktionen (wie jüngst im Golfkrieg).

Auch unter Einschränkung eines Einsatzes als "Blauhelme" (friedenserhaltende Maßnahmen) wird eine Öffnung der Einsatzmöglichkeit der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes - unabhängig von jeder einschränkenden Formulierung - juristisch und politisch zum Türöffner für den Fronteinsatz der Bundeswehr bei künftigen Konflikten.

Traditionell werden die Einheiten der "Blauhelme" von kleineren Staaten gestellt, die keine dominierenden eigenen Interessen in der entsprechenden Region haben. Das ist politisch gut so und sollte auch so bleiben. Anders als Finnland und andere kleine Staaten wird Deutschland in riskanten Situationen seine "Blauhelme" (z.B. Terrorakte) eher zur Eskalation als zur Deeskalation tendieren und in die "Weltsheriffrolle" hineinschlittern.

Solidarität gegenüber anderen Völkern zeigt man nicht durch Militär sondern durch eine Politik, die Konfliktursachen beseitigt.

Unzumutbar und zutiefst undemokratisch ist die Änderung des Grundgesetzes im Galopp. Eine breite gesellschaftliche Diskussion und Risikoabwägung muß ermöglicht werden. Zumindest dies können und müssen Sie als Bundestagsabgeordnete(r) durch Ihr NEIN erzwingen.

Wir bitten Sie mit allem Nachdruck, jede Grundgesetzänderung und jede Erweiterung des Einsatzgebietes der Bundeswehr im Bundestag abzulehnen.

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgruppe "Keine Grundgesetzänderung" im Netzwerk Friedenskooperative

Unterzeichnende Gruppen und Organisationen:

Arbeitskreis Frieden am Golf Dortmund; Arbeitskreis Friedenswoche Oldenburg; Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden e.V.; Aktionskomitee "Kein Krieg am Golf" Tübingen; Aktion gegen Krieg, Gelsenkirchen; Antiimperialistisches Plenum Marburg; BAG Christen bei den Grünen; Bochumer Friedensplenum; Bonner Friedensplenum; Bürgerinitiative gegen Tiefffluglärm e.V. Biebelnheim; Bund für Soziale Verteidigung (BSV); Bundeskoordination der Bewegung gegen Militärflüge; Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Niedersachsen-Bremen; Diskurswerkstatt Bochum; Evangelische StudentInnengemeinde in der BRD (ESG); Evangelische StudentInnengemeinde Bonn; Frauen-Friedens-Initiative Dortmund; Friedensbewegung Wetter; Friedensinitiative Hagen; Friedensinitiative Nottuln; Friedens-Initiative Stolberg; Friedensgruppe Varel; Föderation der kurdischen Arbeitervereine in der BRD (KOMKAR); Förderkreis Friedenserziehung und Völkerverständigung e.V.; Fraueninitiative 6. Oktober; Gewaltfreie Aktionsgruppe "Düne", Bochum; Die Grünen Bundesverband/Bundesvorstand; Die Grünen NRW; Die Grünen Kreisverband und Friedens-AG Dortmund; Die Grünen Hünxe; Initiative Kirche von unten (IKvu); IKvu Regionalgruppe München; JungdemokratInnen NRW; JungdemokratInnen Bonn/Rhein-Sieg; Kölner Friedensforum; Komitee für Grundrechte und Demokratie; Medico International; Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden; Pax Christi; Partei des demokratischen Sozialismus (PDS); Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden; Schwabinger Friedensinitiative München; SIRENE e.V.; SJD Die Falken; Sozialistisches Forum; Terre des hommes; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA).

17. Aktivitäten gegen "out of area"- Einsätze der Bundeswehr

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien; Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:44

Der Golfkrieg hat die Diskussion um Einsätze der Bundeswehr in aller Welt wiederaufleben lassen. Sie ist nicht neu, sondern gerade seit Beginn der 80er Jahre in unregelmäßigen Abständen immer mal wieder zum Thema gemacht worden. Im Kern geht es aus herrschender Sicht darum, daß deutsche Streitkräfte nachkriegsbedingte Einschränkungen hinsichtlich ihrer globalen Einsatzmöglichkeit überwinden. Ganz besonders das wiedervereinigte Deutschland, so wird argumentiert, müsse sich nun endlich seinem weltpolitischen Gewicht entsprechend auch militärisch der gewachsenen Verantwortung für globale ordnungspolitische Einsätze im Interesse der entwickelten kapitalistischen Länder stellen.

Die konkreten Rahmen, in denen diese Erweiterung des machtpolitischen Handlungsspielraums erfolgen soll, sind vielfältig. Im Gespräch sind u.a. die WEU, die NATO und die UNO. Aktuell spitzten sich die Versuche auf UNO-Einsätze zu. Die Diskussion in der herrschenden politischen Klasse des neuen Gesamtdeutschland hat sich - zunächst - darauf festgelegt, daß solche Einsätze nur über eine entsprechende Verfassungsänderung legitimiert werden können. Zwar gibt es Stimmen nicht nur aus der CSU, die behaupten, jeglicher globale Einsatz der Bundeswehr sei schon verfassungsrechtlich erlaubt, und die RechtsexpertInnen streiten sich darum. Dieser unklaren Rechtslage ist es u.a. geschuldet, daß 1982 der Bundessicherheitsrat eine politische (!) Entscheidung fällte, der den Aktionsradius des BRD-Militärs auf das NATO-Gebiet begrenzte; an diesem Beschluß hängte sich dann die "out of area"-Begrifflichkeit und die Behauptung auf, das Grundgesetz in Verbindung mit dem NATO-Vertrag verböte "out of area"-Einsätze. Nichtsdestoweniger ist die Orientierung der Herrschenden auf eine Grundgesetzänderung aktuell eine politische Realität, an der aktive Teile der jüngst vielgescholtenen Friedensbewegung ihre Öffentlichkeitsarbeit und die Versuche zur Verhinderung einer Erweiterung des Handlungsspielraums der Bundeswehr festmachen.

Die Gefahr, sich auf die Verhinderung einer Grundgesetzänderung zu kaprizieren und parallele Entwicklungen wie das Schaffen von Fakten ohne viel juristischen Aufhebens (vgl. die Entsendung von Minensuchbooten in den Golf) zu übersehen, wird von der Arbeitsgruppe, die sich beim "Netzwerk Frieden" (die bundesweite Koordination, die aus dem ehemaligen KA der Friedensbewegung hervorging) gebildet hat, sehr wohl gesehen. Auch hier wird jedoch den aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen und das Hauptaugenmerk zunächst auf die angestrebte Grundgesetzänderung gelegt. Folgende konkrete Aktionen sind in der Diskussion:

- ein Brief an die Abgeordneten des Bundestages, weder einer entsprechenden GG-Änderung noch sonstigen Bestrebungen zur Ausweitung des Handlungsspielraums der Bundeswehr zuzustimmen;

- ein Unterschriftenlisten-Appell gegen UNO-Einsätze der Bundeswehr;

- ein sog. ExpertInnenhearing am 25. April im Bundestag, das naheliegenderweise die Abgeordneten als AdressatInnen hat;

- ein öffentlichkeitswirksamer Kongreß am 9. Mai (voraussichtlich in Hannover), der nicht nur die GG-, sondern die gesamte Thematik "deutsche Militär-Großmacht" behandeln soll;

- und als vorläufiger Abschluß eine Demo am 27. Mai in Bremen anläßlich des dortigen Auftakts des SPD-Parteitages.

Dem SPD-Parteitag wird vom Parteivorstand eine Resolution zur Zustimmung zu "Blauhelm"-Einsätzen vorliegen. Diese Position wird derzeit schon u.a. von Bahr und Matthäus-Maier als "Reduzierung der UNO-Einsatzmöglichkeiten" und "nicht weitgehend genug" kritisiert. Dadurch besteht die Gefahr, daß im besten Fall eben dieser PV-Resolutionsentwurf als "Auffangposition" durchkommt. Hierin zeigt sich bereits das Argumentationsdefizit in der Debatte: Bei dem derzeit stattfindenden Schacher um Positionen speziell in der SPD gerät immer mehr aus dem Blick, daß alle dort diskutierten Positionen, die nicht eine grundsätzliche Ablehnung militärischer Einsätze beinhalten, auf eine offizielle Sanktionierung einer Außenpolitik auch über den Einsatz militärischer Mittel hinausläuft. Die öffentlich bereits stattfindende Debatte, die derzeit

überwiegend von den Herrschenden geführt wird, zu konterkarieren, ist eine Hauptaufgabe der AG beim "Netzwerk Frieden".

Informationen über die Arbeit der AG über:

Netzwerk Frieden

Römerstr. 88

5300 Bonn 1

0228-692904

hp

18. Experten-Hearing "Deutsche an die Front?"

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:45

25. April 91 von 11-18 Uhr in Bonn Fraktionsraum der SPD, Bundeshaus Eingang IV

In atemberaubendem Tempo stellen Regierungsparteien und die SPD-Führung die Weichen für eine Grundgesetzänderung von richtungsweisender Bedeutung. Eine gesellschaftliche Diskussion zum Thema kann sich gar nicht entwickeln, ein Abwägen von Argumenten findet in der Öffentlichkeit nicht statt.

Wir bieten Gelegenheit, renommierte Experten zu den verschiedenen Aspekten der neuen deutschen Großmachtrolle, der internationalen Konfliktregelung seit dem Golfkrieg und den Risiken deutscher "Blauhelm-Missionen" zu befragen.

Eingeladen werden insbesondere MdBs und ParteienvertreterInnen, Presse und interessierte Öffentlichkeit. Unter wechselnder Moderation sollen die jeweiligen Experten zu einem Themenblock vom Podium und Auditorium befragt werden. Für das Frage-Podium werden Fachleute aus den Fraktionen und Redaktionen eingeladen.

Experten (angefragt) und Themenblöcke:

11 Uhr Einführung:

Konflikte der Zukunft

Chomsky (oder Jean Ziegler oder Norman Birnbaum oder Volkmar Deile)

11.45 Uhr I. Risikoabwägungen:

Wird der Golfkrieg Modellfall?

Hans Jürgen Link: Eskalationsspiralen, WEU

Elmar Schmähling (o. Schmidt-Enbohm o. Lutz Köllner):

Der Charakter von High-Tech-Eingreiftruppen, Auswirkungen auf die Bundeswehr

Horst-Eberhard Richter: Massenpsychologische Wirkungen der High-Tech-Kriegsführung

13.30 Uhr II. Als Blauhelme an die Front?

Rechtliche und politische Überlegungen zu Erweiterung versus Einschränkung der Einsatzmöglichkeiten für die Bundeswehr

Götz Frank (o. H. Simon): Blauhelme ja - Golfkriegseinsätze nein? Verfassungsrechtliche Überlegungen zum selektiven Einsatz militärischer Einheiten

Mary Caldor (o. Rosana Rossanda): Stellt sich Deutschland außerhalb der Völkergemeinschaft? Ermutigung zum "besonderen Weg"

15.15 Uhr III. Alternativen zu militärischen Konfliktregelungen

Herbert Wulf, SIPRI/Krell o. L. Brock, HSFK:

Internationale und nationale Aspekte

Der Veranstalterkreis wird sich aus Gruppen und Organisationen bilden, die im "Netzwerk Friedenskooperative" und im "Bund für Soziale Verteidigung" an dem Thema arbeiten.

(Stand dieses Konzeptes ist der 4. April 91, Änderungen sind möglich. - Anm. d. Red.)

19. Warum Berufsheere tödlich sind

von Carl Chung

Autor: Carl Chung · Rubrik: Militarismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:22

Im folgenden dokumentieren wir eine Debatte aus der "Jungen Welt", ehemals Organ der FdJ, heute eine der kritischen, linken Zeitungen in der Ex- DDR, über die Frage "Abschaffung der Wehrpflicht". Diese Diskussion wird in der ehemaligen DDR heftiger geführt als in den alten Ländern, weil mit der Abschaffung der NVA auch die Abschaffung der gesamten Armee, mindestens aber der Wehrpflicht aufkam. In den alten Ländern hat sie insofern an Brisanz gewonnen, weil mit der scheinbaren Unfähigkeit, die Bundeswehr in den Krieg zu schicken, die Forderung nach einer Berufsarmee an Boden gewann.

"Mit uns gegen die Wehrpflicht" heißt eine Kampagne engagierter Kriegsdienstverweigerer und Pazifisten. Vielleicht könnte so auch bald das Motto einer "großen Koalition" lauten, die von Teilen der CDU/CSU, der FDP und SPD bis in die PDS und zu den Grünen reichte.

Das Problem ist klar: Die Bundeswehr muß bis 1994 auf 370.000 Mann abgerüstet werden. Mehr Wehrplichtigen im vereinigten Deutschland steht ein geringerer Bedarf gegenüber. Die militärische und personelle Struktur der Bundeswehr als gegeben vorausgesetzt, könnte entweder nur etwa ein Drittel der Tauglichen zum zwölfmonatigen Wehrdienst gezogen werden oder die Dienstzeit müßte auf etwa vier Monate verkürzt werden. Eine weitere Verringerung der Präsenzstärke der Armee im Zuge weiterer Abrüstungserfolge triebe das Problem auf die Spitze.

Nun ist "Wehrgerechtigkeit" aber nicht das zentrale Motiv der pazifistischen Anti-Wehrpflicht-Kampagne. Sie lehnt auch eine allgemeine Dienstpflicht, wie sie zuletzt in der DDR eingeführt wurde, um die Wahlfreiheit zwischen Wehr- und Zivildienst herzustellen, ab. Und es gibt gute Gründe, möglichen Sozial-Dumping durch den Mißbrauch des Zivildienstes zu fürchten. Ziel der Kampagne ist die "Entmilitarisierung Deutschlands" - eine Bundesrepublik ohne Armee und Zwangsdienste. In der Abschaffung der Wehrpflicht sieht sie den ersten Schritt in diese Richtung.

Die erste Folge dieses Schrittes wäre allerdings nicht das Verschwinden der Armee, sondern die Schaffung einer Berufsarmee. Die real existierende Bundeswehr besteht zu mehr al 50% aus Zeit- und Berufssoldaten. Ohne die Wehrpflicht hörte nur die fortlaufende Durchmischung des Profikaders mit Amateuren auf, die, aus der zivilen Gesellschaft kommend, mit einer ganz zivilen Lebensperspektive ihr ganz ziviles Durchschnittsbewußtsein in den staatsbürgerlichen Waffendienst einbringen. Der Verzicht auf den permanenten Kontakt zwischen militärischem und zivilem Leben und Bewußtsein ist seitens der Pazifisten auch ausdrücklich gewünscht: Erstens soll eine militärische Mobilisierbarkeit der Gesellschaft verhindert werden, um dem Militär das Potential zur Führung von Massenangriffskriegen zu nehmen. Zweitens soll die Militarisierung der Gesellschaft, d.h. die Disziplinierung und patriarchalische Ausrichtung der männlichen Bevölkerung unterbunden werden.

Volksheer statt Berufsheer

Die erste Begründung konfrontiert die Darstellung der Wehrpflicht als Errungenschaft der französischen Revolution mit der Feststellung, daß die allgemeine Wehrpflicht die Millionen Toten von den napoleonischen Angriffskriegen bis zu den beiden Weltkriegen "ermöglichte". Richtig ist daran natürlich, daß die Anzahl der gefallenen Soldaten von der Zahl der mobilisierten nicht unabhängig ist. Richtig ist aber auch, daß die Wehrpflichtarmee in Frankreich wie in Deutschland im Zuge nationaler Selbstverteidigung entstand. Wenn eine historische Argumentation angeführt wird, so sollte sie nicht verschweigen, daß Wehr- und Wahlbürgerschaft seit der antiken Polis und der römischen Republik in einem unmittelbaren Zusammenhang standen, der noch heute in der "basisdemokratischen" Schweiz lebendig ist. Erst als die Eroberungsfeldzüge für das römische Bürgerheer zu langwierig und Söldnerheere als private Beschäftigungsprogramme der Feldherren und Imperatoren für die römische Plebs als innenpolitische Machtbasis relevant wurden, verschwand die Wehrpflicht der freien Bürger - und mit ihr das Recht auf politische Teilhabe. Die Macht blieb bei den Waffen, den Feldherren und dem Adel, der sich auch im Mittelalter mit dem Waffendienst die politische Entscheidungsgewalt vorbehielt. Das Volksheer der französischen Revolution verteidigte dagegen in den fünf "Koalitionskriegen" die Souveränität des französischen Volkes und die Idee von "Freiheit, Gleichheit,

Brüderlichkeit" gegen die konterrevolutionäre Aggression der europäischen Monarchien. Das Vorbild der 1793 in Frankreich eingeführten allgemeinen Wehrpflicht funktionierte in Preußen dann auch erst, als dem zu den Waffen gerufenen Volk durch die Stein-Hardenbergschen Reformen etwas gegeben wurde, was zu verteidigen wert war. Natürlich war die - in Deutschland von der preußisch-militaristischen Restauration umgeformte - Wehrpflicht eine Bedingung des Massenkrieges von 1914-18. Aber war sie - im Zusammenhang mit massenhafter realer Kriegserfahrung - nicht auch eine Bedingung der Ereignisse von 1917 in Rußland und 1918 in Deutschland? Ging es damals nicht um Arbeiter- und Soldatenräte, die den sofortigen Frieden verlangten? Und wenn die Wiedereinführung der Wehrpflicht 1935 in Nazi- Deutschland in die Debatte geworfen wird, muß dann nicht auch die Rolle der weitgehend abgerüsteten Berufsarmee der Weimarer Republik von 1919/20 bis 1935 thematisiert werden? Und schließlich: Wer hätte Hitler gestoppt, wenn es die Massenheere der Allierten - vor allem die Sowjetarmee - nicht gegeben hätte? Auch der Vietnam-Krieg, in dessen Verlauf in den USA zeitweilig die Wehrpflicht eingeführt wurde, ist kein so eindeutiges Beispiel für den aggressiven Charakter der Wehrpflichtarmee. Zunächst belegt dieses Beispiel (ähnlich dem der Reichswehr) nur, wie schnell eine Berufsarmee zu einer Wehrpflichtarmee vergrößert werden kann. Zum Zweiten zeigt das Beispiel aber auch, wie durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eine allgemeine Betroffenheit gegenüber einem Krieg hergestellt wurde, der erst vom Fernseher in die Lebenswirklichkeit der Allgemeinheit drang, als es nicht mehr "nur" um die Berufssoldaten ging, mit denen die USA in den Krieg eintraten. Die Massenbewegung gegen den Krieg hatte eben diese massenhafte Betroffenheit zur Voraussetzung. Die Gesellschaft nahm Einfluß auf die Entscheidung ihres Staates über Krieg und Frieden, als sie in ihrem konkreten alltäglichen Leben an der politischen Frage von Krieg und Frieden erfahrbar teilhatte. Demgegenüber hielt die Zustimmung der Massen zum Kampf der britischen und US-Berufssoldaten in den Interventionskriegen gegen Grenada, auf den Falklands, in Panama und jetzt am Golf an, solange die Profi-GIs an Stelle des kriegsbegeisterten Durchschnittsbürgers und auf eigenes Berufsrisiko starben. Solange der Krieg hinter dem Bildschirm bleibt, bietet er Gelegenheit, an der "Stärke der Nation" teilzuhaben wie bei einem Fußballspiel. Für die Nation stehen dabei "unsere Jungs", die persönlich niemand kennt und die zuhause meist vom Zivilleben in die Gosse gespien wurden, bis das Militär die soziale Entsorgung übernahm. Hier stellt sich die Frage, ob nicht eher die Berufs- als die Wehrpflichtarmee die modernen Interventionskriege ermöglicht hat - zumal auch die Franzosen bei ihren Afrika-Expeditionen eher die Söldner der Fremdenlegion als die Söhne des Vaterlandes in den Tod für dasselbe schicken.

Was die Millionen Toten angeht, die Kriege unter der Zivilbevölkerung fordern, so werden die tonnenschweren Bombenlasten von Flugzeugen und Raketen in ihre Ziele getragen, die heute von gut ausgebildeten Profis noch effektiver bedient werden als 1939-45. Gerade die Luftwaffe, die Raketentruppe und die Artillerie sind Musterbeispiele für die Rationalisierung beim Militär: Wenige Spezialisten können heute in kürzester Zeit eine Zerstörungskraft entfalten, für die noch vor 70 Jahren ganze Armeen Jahre gebraucht hätten. Für diese hochmechanisierten und hochmobilen Streitkräfte, die in der verbundenen Gefechtsführung mit Panzern, Artillerie, Luftwaffe und Marine offensive "Vorneverteidigung" und Interventionskriege ermöglichen, reichen tatsächlich vier Monate Grundwehrdienst nicht aus. Im Sinne dieses technischen Fortschritts ist eher die Professionalität und Verfügbarkeit einer Berufsarmee als die Wehrpflicht gefragt. Andererseits kommen defensiv orientierte Streitkräfte, die mehr auf "Shoot-and-forget"-Abwehrsysteme der Infanterie als auf hochmobile Offensivsysteme setzen, z.B. in Österreich, in der Schweiz, in Finnland und in Schweden, mit Grundwehrdienstzeiten zwischen 17 Wochen und acht Monaten aus. Bei ihnen liegt der Anteil der Wehrpflichtigen an der Gesamttruppenstärke bei 60-90% (bei den NATO-Wehrpflichtarmeen i.d.R. unter 50%). Es sind also echte Wehrpflichtarmeen, die im Gegensatz z.B. zur britischen Berufsarmee in den letzten 40 Jahren keinen Interventionskrieg geführt haben.

Militarisierung der Gesellschaft

Das zweite Anti-Wehrpflicht-Argument, das gegen die Militarisierung der Gesellschaft durch die Wehrpflicht zielt, ist auf die konkrete Wirkung der Streitkräfte in der Gesellschaft hin zu untersuchen. Richtig ist, daß durch die Wehrpflicht ein Teil der Gesellschaft mit dem Militär in Berührung kommt. Umgekehrt ist aber auch richtig, daß dadurch das Militär mit gesellschaftlichem Durchschnittsbewußtsein in Berührung kommt. Richtig ist, daß Militär ohne das Prinzip von Befehl und Gehorsam nicht funktioniert. Aber Dienstanweisungen, Vorgesetzte und Untergebene gibt es auch in anderen sozialen und ökonomischen Organisationen. Daß Betriebe und Verwaltungen durch Mitbestimmungsgesetze und moderne Management-Methoden gerade im Verhältnis zu früher üblichen militärischen Umgangsformen demokratisiert wurden, spricht nicht grundsätzlich für die

Demokratieuntauglichkeit des Militärs, sondern für den Reformbedarf bei der "inneren Führung". Hierfür ist der Kontakt zur Gesellschaft ein Ansatz, der eher verstärkt als abgeschnitten werden sollte. Natürlich hat die "Schule der Nation" gerade in Deutschland eine entgegengesetzte Tradition. Zu dieser Tradition gehören gegen die Menschenwürde der Soldaten gerichtete Übergriffe durch Vorgesetzte. Ein Mittel dagegen ist die Verdichtung der militärischen Ausbildung in einer möglichst kurzen Dienstzeit, die keinen Raum für solcherart militärische "Erziehung" läßt. Der schlimmste Feind der Bundeswehrsoldaten ist ohnehin nicht der "Spieß", sondern die Langeweile. Die Übergriffe, die in der Bundeswehr immer noch vorkommen, sind aber in den Berufsarmeen der NATO-Partner oft ganz normale Erziehungsmaßnahmen. Gemessen z.B. an den USA ist auch der Grad der Militarisierung der (west-)deutschen Gesellschaft im Bildungswesen, in der Justiz, in der Ausrichtung der Wirtschaft und auch im Militär selbst nach 45 Jahren Wehrpflicht noch sehr niedrig. Die Lektion aus dem Faschismus hat gerade das Verhältnis der Gesellschaft zum Militär und Militärischen spürbar zivilisiert. Das Problem ist aber - da haben die Pazifisten recht - vollständig und endgültig durch keine Reform und keine Relativierung aus der Welt. Andererseits muß es in der Wechselwirkung der beiden entgegengesetzten Tendenzen betrachtet werden. Gerade wenn es um die Rolle der Armee in der Gesellschaft geht, kann bei uns die Erfahrung mit der Reichswehr und ihrem elitären Korpsgeist einer sozial isolierten Kriegerkaste nicht ausgeblendet werden. Auch die Erfahrungen mit paramilitärischen Polizeikorps, etwa mit dem Putschversuch aus den Reihen der Guardia Civil in Spanien, sollten vor Tendenzen zur sozialen Abschottung bewaffneter Staatsorgane in sozial unruhigen Zeiten warnen.

Demokratisierung der Staatsgewalt?

Es ist schon verwunderlich, wie leichtfertig in der nunmehr gesamtdeutschen politischen Landschaft auch die, die sich am heftigsten auf die Traditionen und Klassiker des Sozialismus berufen, im Vertrauen auf den repräsentativ-demokratischen Staat mit der Entsozialisierung staatlicher Institutionen umgehen - gerade wenn es sich um bewaffnete Organe der Staatsgewalt handelt. Marx und Engels jedenfalls - um die Denkmäler etwas abzustauben - wären wohl mit größerer Vorsicht an die Entfremdungstendenzen zwischen Staat und Gesellschaft herangegangen. In ihrer Schule war es üblich, Einzelforderungen aus einer umfassenden Analyse abzuleiten, deren Ausgangspunkt die Desintegration und Atomisierung der bürgerlichen Gesellschaft war. In der Umkehrung der Hegelschen Thesen ging es Marx gerade darum, die soziale Zerrissenheit nicht in der abstrakten Idee staatlicher Allgemeinheit, sondern in der materiellen Vergesellschaftung des Staates zu überwinden. Sein zentrales Mittel war dafür die Demokratie, verstanden als konkrete Identität von gesellschaftlichem und politischem Leben. Es ging ihm um soziale Demokratie im Gegensatz zur politischen Repräsentation einer abstrakten Allgemeinheit im Staat. Es ging ihm darum, daß der konkrete Einzelmensch die Funktionen des Staates in sein gesellschaftliches Leben zurückholt. Und das ist das genaue Gegenteil der Abschiebung, z.B. des bewaffneten Schutzes der Gesellschaft, auf eine sich ihr mehr und mehr entfremdende Institution im Auftrag der Allgemeinheit. Das stehende Berufsheer als Ausdruck gesellschaftlicher Arbeitsteilung ist ein Vorschlag von Adam Smith, dem Klassiker der bürgerlich-liberalen Volkswirtschaftslehre. Und Smith hatte keine Bedenken gegen das Berufskriegertum, da er die Freiheit der Bourgeoisie durch die Homogenität der herrschenden Klasse im Heer wie in der Gesellschaft, sowie durch die Unterordnung der Streitkräfte unter den bürgerlichen Staat gewährleistet wußte. Aus eben demselben Grunde lehnten Marx und Engels das stehende Heer ab. Daher war "das erste Dekret der Kommune (von Paris 1871) ... die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk" (Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 338). Und deshalb forderte die Sozialdemokratie die "Errichtung der Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres" 1869 in Eisenach, 1875 in Gotha und 1891 in Erfurt. Und bevor die Einsicht, daß das Volk unmittelbar an den bewaffneten Machtorganen des Staates beteiligt sein muß, weil es die Frage von Krieg und Frieden nach außen und erst recht nach innen nicht dem bürgerlichen Staat überlassen darf, einfach aus den Grundsätzen des Sozialismus getilgt wird, muß die Frage wenigstens im Zusammenhang "Gesellschaft-Staat-Militär" diskutiert werden.

Angekommen beim Grundsätzlichen ist auch zu thematisieren, was eigentlich "Entmilitarisierung" bedeuten soll. Wenn der Begriff das Verschwinden der Armee meint, dann stellen sich zwei Fragen: 1. Wie und mit welchen Instrumenten soll Stabilität in den internationalen Kräfteverhältnissen hergestellt und mit welchen Konflikten und Konfliktaustragungsformen kann voraussichtlich wie umgegangen werden? 2. Was wird aus den Aufgaben des Grenz- und Terroritalschutzes, der Terrorismusbekämpfung und dem Umgang mit bewaffneten innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen - kurz: aus paramilitärischen Polizeieinheiten, die in ihrer Organisation und Ausrüstung der alten Reichswehr sehr ähnlich sind?

Wenn es um Friedenspolitik und nicht um die Ableitung einzelner Forderungen aus abstrakten Utopien geht, dann sollten Mittel zur Bewältigung von Konflikten aus der konkreten Analyse der Konflikte, ihrer Ursachen und möglichen Austragungsformen abgeleitet und den Möglichkeiten und Erfordernissen einer friedenspolitischen Gesamtkonzeption entsprechend entwickelt werden. Auch wenn eine solche Gesamtkonzeption auf die Abschaffung nationaler Streitkräfte im Zuge der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems mit vollintegrierten übernationalen Friedenstruppen hinausliefe (die sich wohl aus Freiwilligen rekrutieren müßten), wäre damit die Frage nach den Mitteln zum Umgang mit Konflikten unterhalb der Schwelle raumgreifender Aggressionen nicht beantwortet. Und damit bliebe auch nach einer Abschaffung der nationalen Landesverteidigung die Frage nach der Form und Struktur bewaffneter Staatsorgane offen.

Hier und jetzt denken allerdings andere über die Vorzüge der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht nach. Sie haben eine Antwort auf die Frage nach einer realistischen und ihren Vorstellungen von internationaler Konfliktaustragung angemessenen Alternative: Die Berufsarmee - modern, mobil und frei verfügbar. Welch erfreuliche Aussicht für den gebeutelten Arbeitsmarkt.

20. Warum Wehrpflicht tödlich ist. Eine Antwort auf Carl Chung von André Brie

Rubrik: Militarismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:23

Carl Chung lehnt die Abschaffung der Wehrpflicht ab, da seiner Meinung nach die Alternative, das Berufsheer, die weitere Entfremdung zwischen Staat und Gesellschaft sowie die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens wäre. Es ist richtig, daß Carl diese Frage problematisiert. Seine Argumentation halte ich jedoch in jeder Hinsicht für überaus fragwürdig und letztlich für falsch. Das beginnt bereits damit, daß er die Haltung von Marx und Engels aus ihren historischen Zusammenhängen reißt und verschweigt, daß beide in der "Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres" eine entscheidende Bedingung für die bewaffnete Revolution sahen. Meine Argumente gegen die Wehrpflicht in aller Kürze:

1. Wehrpflicht bedeutet in jedem Fall die Möglichkeit, innerhalb kürzester Zeit riesige, angriffsfähige Armeen zu mobilisieren. Im speziellen Fall der Bundeswehr mit ihrer "Friedensstärke" von 370.000 Mann ab 1994 wäre die Mobilisierung von mindestens anderthalb Millionen Soldaten innerhalb weniger Tage jederzeit möglich. Die Wehrpflicht - gerade in einem Land mit so sensibler geostrategischer Lage wie der deutschen - steht daher im Gegensatz zu den Erfordernissen strikter und garantierter Angriffsunfähigkeit und zu den Sicherheitsbedürfnissen der Nachbarn auf einem Kontinent, auf dem es keine umfassende militärische Bedrohung mehr gibt bzw. lediglich Bedrohungspotentiale, die mit militärischen Mitteln nicht abwendbar sein werden.

2. Wehrpflicht verhindert Abrüstung. Carl hat recht, "Wehrgerechtigkeit" kann kein zentrales Motiv der pazifistischen Antiwehrpflichtkampagne sein. Trotzdem wird schon eine Bundeswehrgröße von 370.000 Mann der Willkür von Behörden Tür und Tor öffnen. Wer jedoch eine schnelle weitere Verringerung der Bundeswehr befürwortet - und ich denke, daß die europäische Situation keinerlei Rechtfertigung für eine so große Armee bietet -, der wird sich schon heute auf die Abschaffung der Wehrpflicht konsequent einstellen müssen, denn mit 250.000 oder weniger Soldaten wird eine Wehrpflichtigenarmee auf keinen Fall mehr aufrechtzuerhalten sein. Die Erfahrungen mit der Abschaffung der NVA bzw. der drastischen Reduzierung der ostdeutschen Streitkräfte zeigen eindeutig, daß eine solche Situation langfristig geplant und vorbereitet werden muß. Anderenfalls käme es, wie gegenwärtig im Fall Zehntausender Berufssoldaten und -offiziere der NVA, zu katastrophalen sozialen und anderen Konsequenzen. Gerade weil die Alternative zur Wehrpflichtigen- armee kompliziert ist, muß diese Perspektive schrittweise realisiert werden. Sich gegen die Abschaffung der Wehrpflicht zu wenden, würde diesen schwierigen Übergang unmöglich oder eben unvorbereitet und damit für die Betroffenen chaotisch machen, oder aber dazu zwingen, am Prinzip der Massenarmee festzuhalten.

3. Wehrpflicht ist ein Ausgangspunkt für die Militarisierung der Gesellschaft. Das gilt hinsichtlich der abnehmenden "Wehrgerechtigkeit" und damit verbundener Rechtsunsicherheit, vor allem aber der gezielten ideologischen Einflußnahme in einem politischen Umfeld, das längst radikale Abrüstung erfordert und ermöglicht (wir kennen das aus der DDR, und wir erleben es in der Rolle der Bundeswehr bei der Umerziehung von Jugendlichen aus den neuen Bundesländern). Mit der Massenarmee, die in den USA auch ohne Wehrpflicht aufrechterhalten wird, ist zugleich eine wesentliche Grundlage für anhaltende Massenrüstung und deren ständige propagandistische Legitimierung durch Regierungen, Medien, offizielle Bildungsangebote und militärunterstützende Organisationen gegeben. Wie weit diese Einflüsse gehen, zeigt die ambivalente Haltung von Gewerkschaften in Rüstungsbetrieben, wenn es um konkrete Abrüstung in ihren Bereichen geht. Carl hat allerdings recht, daß es auch andere Ursachen gibt und vor allem, daß die Berufsarmee US-amerikanischer oder britischer Art und Weise sowie die mit ihr verflochtenen Rüstungsindustriekomplexe in noch stärkerem Maße eine derartige Militarisierung befördern. Daß die Wehrpflicht aber eine Bedingung für die Beendigung des ersten Weltkrieges gewesen sei, wie Carl behauptet, scheint mir eine absolut unseriöse Auffassung zu sein, denn zum einen wurde er erst durch die Massenarmeen möglich, zum anderen sind die Ursachen der Kriegsmüdigkeit 1917/18 viel umfassender gewesen. Schließlich hat sich ein ähnlich erfolgreicher Widerstand gegen den Krieg auch im Falle des mit einer Berufsarmee geführten Vietnam-Krieges der USA entwickelt. Für fragwürdig oder zumindest völlig unbewiesen halte ich auch die Behauptung, daß die Berufsarmee eher als die Wehrpflichtarmee die modernen Interventionskriege ermöglicht hat. Gegenbeispiele wären möglich, vor allem

aber möchte ich darauf verweisen, daß diese Interventionskriege immer von Politik und Politikern, nicht primär vom Charakter einer Armee ausgingen.

4. Die Alternative zur Wehrpflicht ist nicht "die Berufsarmee - modern, mobil und frei verfügbar", sondern die schrittweise Abschaffung der Armee auf einem langfristig und realistisch geplanten, sozial, ökonomisch und ökologisch orientierten Weg. Die Übergangsphase - etwa ab einer Stärke von 300.000 Soldaten - könnte in einer Freiwilligenarmee bestehen. Ob am Ende dieses Prozesses eine strikt defensive Territorialverteidigung mit Milizcharakter, ein kleiner professioneller Territorialschutz oder wünschenswerterweise ein qualitativ neues, entmilitarisiertes europäisches und globales Sicherheitssystem stehen werden, ist gegenwärtig noch nicht absehbar. Wirklich radikale Abrüstungsschritte weit über die gegenwärtigen hinaus sind jedoch unter jedem Gesichtspunkt längst möglich und dringend notwendig. Sie werden die Abschaffung der Wehrpflicht einschließen müssen. Die Alternative wären die weitere technologische Hochrüstung, neue Feindbilder, konfrontative Sicherheitsphilosophien, also: die Destabilisierung von Sicherheit und Frieden. Hier stimme ich Carl entschieden zu, denn das trifft auf jede Großarmee zu, egal, ob mit Wehrpflichtigen- oder Berufscharakter.

21. Israel, die deutsche Linke und der KB

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:39

"Soviel ich aus den hiesigen und französischen Zeitungen sehe, ist Deutschland tief in den Dreck hineingeritten und wird es noch immer mehr. Ich versichere Sie, wenn man auch nichts weniger als Nationalstolz fühlt, so fühlt man doch Nationalscham, sogar in Holland. Der kleinste Holländer ist noch ein Staatsbürger gegen den größten Deutschen ... Sie sehen mich lächelnd an und fragen: Was ist damit gewonnen? Aus Scham macht man keine Revolution. Ich antworte: Die Scham ist schon eine Revolution; sie ist wirklich der Sieg der französischen Revolution über den deutschen Patriotismus, durch den sie 1813 besiegt wurde. Scham ist eine Art Zorn, der in sich gekehrte. Und wenn eine ganze Nation sich wirklich schämte, so wäre sie der Löwe, der sich zum Sprunge in sich zurückzieht. Ich gebe zu, sogar die Scham ist in Deutschland noch nicht vorhanden; im Gegenteil, diese Elenden sind noch Patrioten."

(Karl Marx, Briefe aus den "Deutsch-Französischen Jahrbüchern", MEW I, S.337)

Die Verbrechen des deutschen Faschismus waren und bleiben der Hintergrund, vor dem die hiesige Linke ihre Willensbekundungen entwickeln mußte und an welchem ihre Aktivitäten auch in Zukunft gemessen werden. Dies gilt in besonderer Weise für das Verhältnis zu Israel, dem Zionismus und der Solidarität mit den vertriebenen PalästinenserInnen: Der Nahostkonflikt und die Gründung des Staates Israel sind mit dem nazistischen Judenmord so untrennbar verkoppelt, daß auch jede Bewertung der palästinensischen Tragödie deren europäische und deutsche Wurzeln miteinzubeziehen hat.

Dennoch wurden die nationalsozialistischen Verursacher in der wechselhaften Geschichte der westdeutschen Linken (wie auch insbesondere in der 20-jährigen Geschichte des KB) gerade im Hinblick auf Israel überwiegend ignoriert und in vordergründiger Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand nicht selten sogar die Regierung Israels mit ihnen auf eine Stufe gestellt - ein Vorgang, durch den bewußt oder unbewußt die Schuld der Deutschen auf die Juden abgewälzt bzw. relativiert worden ist.

Der folgende Versuch einer (selbst-)kritischen Darstellung erfolgt in Anlehnung an einer Studie von Martin W. Kloke, die 1990 unter dem Titel "Israel und die deutsche Linke - Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses" vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V. (DIAK) veröffentlicht wurde.

Im Folgenden wird zunächst auf linke Israelpositionen vor 1967 eingegangen. Es folgen eine Darstellung der Zäsur von 1967 (6-Tagekrieg), durch die die ideologischen Prämissen einer strikt antizionistischen Palästina-Solidarität geprägt wurden. Abschließend werden Reaktionen der deutschen Linken auf den Libanon-Krieg von 1982 sowie die KB-Debatte mit autonomen Israelpositionen von 1988 kritisch beleuchtet.

Zunächst einige Worte zur Arbeit Klokes, die an dieser Stelle nicht rezensiert wird. Seine Dissertation wird in einem Nachwort als der erste umfassende Versuch bezeichnet, die Positionen, die bundesdeutsche Gruppen mit linkem Selbstverständnis seit den fünfziger Jahren Israel gegenüber eingenommen haben, einer kritischen Bestandsaufnahme zu unterziehen. Für eine einigermaßen verläßliche Bewertung der KB-Positionen ist ein derartiger Kontext unerläßlich: Die Skizze linker Israel-Positionen vor 1967 etwa wirft ein Schlaglicht auf die Begrenztheit des Blickfeldes eines KB, der sich - 1971 gegründet - nahezu ausschließlich auf die in den späteren APO-Jahren dominanten politischen Prämissen glaubte stützen zu können.

Kloke selbst bezieht gegenüber Israel einen Standpunkt kritischer Solidarität. Er sieht im Kontext der Intifada deutlich die Gefahr, daß "die heute im jüdischen Staat dominierenden Kräfte im Zuge ihrer verzweifelten Aufstandsbekämpfung noch mehr als bisher einen Standort, außerhalb der von Vernunft und Diesseitigkeit gebotenen Maßstäbe in der politischen Wüste' einnehmen" könnten. (1) Er lehnt es zugleich jedoch ab, eine Bewertung "der palästinensischen Tragödie unter Ausblendung der spezifischen europäischen und deutschen Wurzeln des nahöstlichen Konflikts vorzunehmen", denn - so Kloke, "von der kollektiven Haftung für die Folgen des größten Menschheitsverbrechens kann sich auch die Linke in Deutschland nicht dispensieren." (S.9) Sein Buch ist ein Beispiel für eine Auseinandersetzung mit Israel, bei der sich das Bewußtsein von der unvermeidlichen Befangenheit und unabdingbaren Grundsolidarität gegenüber den jüdischen Interessen die

Balance hält mit einem grimmigen Spott über die nur scheinbar solidarischen Anwallungen eines vordergründigen Philosemitismus

Vor 1967: Linke Israelbegeisterung

In den 50er und frühen 60er Jahren war die Pro-Israelhaltung linker Organisationen (mit Ausnahme der antizionistischen KPD) ein Reflex auf die Weigerung der Bundesregierung, eine besondere historische Verpflichtung gegenüber dem Judenstaat ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen. Das deutsch-israelische Abkommen zur "Wiedergutmachung" war erst 1953 und nur mit Hilfe der oppositionellen SPD verabschiedet worden - die skeptischen bis ablehnenden Voten von Abgeordneten der CSU und der FDP widerspiegelten die Unzufriedenheit eines Großteils der Öffentlichkeit - aber auch die KPD votierte dagegen. (2) Der zweite große Konfliktpunkt betraf die Frage der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv, die - nach US-amerikanischem Drängen - erst 1965 aufgenommen wurden. (3)

Der nichtkonservative Teil der Gesellschaft (SDS-Gruppen/Aktion Sühnezeichen/SPD/DGB) hatte sich vor diesem Hintergrund in der Überzeugung, daß aus der faschistischen Vergangenheit eine besondere deutsche Verpflichtung für die völkerrechtliche Bejahung der Existenz Israels erwachse, als eine Avantgarde der "Wiedergutmachung" verstanden und die Forderung nach sofortiger Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf seine Fahnen geschrieben. So hatte der DGB 1964 eine diesbezügliche Unterschriftenkampagne für eine Petition an die Bundesregierung initiiert und hierfür binnen dreier Monate 70.000 Unterschriften gesammelt. (S.59) Zugleich hatte damals auch die Heroisierung jüdischer Pioniere und ihres fortschrittlichen gesellschaftlichen Aufbauwerks im "antikolonialistischen Pionierstaat" Israel eine linke Israelbegeisterung erzeugt. So konnte die SDS-beeinflußte, 1957 in Westberlin gegründete Deutsch-Israelische Studiengruppe zwei Jahre später 300 Mitglieder und zahlreiche Ableger an westdeutschen Universitäten verzeichnen. Aufgerüttelt durch eine Renaissance antisemitischer Ausbrüche im Winter 1959/60 hatten jene Studentengruppen mehr als 3.000 Studenten und Professoren für eine Erklärung "gegen die antisemitischen Vorfälle" und für "Freundschaft und Verständigung mit Juden und dem Staat Israel" gewinnen können. (S.53ff) Ab 1965 begann sich jene vielfach pathetische und vollkommen unkritische Glorifizierung des jüdischen Staates (4) in dem Maße abzuflachen, wie in den bilateralen Beziehungen "Normalität" einkehrte und sich das Interesse an Israel von fortschrittlichen Gruppen auf die Ebene der Regierungspolitik zu verlagern begann. Doch erst der Junikrieg von 1967 sollte hinsichtlich der Frage linker Israel-Solidarität eine in der Geschichte der BRD bis dahin beispiellose innerlinke Kontroverse zur Folge haben.

Der Junikrieg von 1967

Noch zu Beginn des Sechstage-Krieges wurden von Aktion Sühnezeichen, SDS-Gruppen, ESG und anderen Gruppen und Einzelpersonen (Bloch, Fetscher etc.) Schweigemärsche, Informationsveranstaltungen und Spendenaktionen zugunsten des Judenstaats initiiert.(5) Doch bald schon begann sich das Blatt zu wenden. Eine wesentliche Rolle spielte hierbei der Springerkonzern, der sich mit Hetzkampagnen gegen die Studentenbewegung gründlich diskreditiert hatte. Denn Springer begann sich nunmehr an die Spitze der plötzlich als hundertprozentige Philosemiten in Erscheinung tretenden rechtskonservativen Kräfte zu stellen, die in nostalgischer Ergriffenheit die glänzenden militärischen Erfolge Israels zur Legitimierung antikommunistischer Ressentiments und revanchistischer Ambitionen mißbrauchten. (S.70) Dies und die wachsende Kritik an der israelischen Realpolitik veranlaßte schon bald einen Teil des linken Spektrums (Andreas Buro, "Blätter...", VVN) zu der Forderung nach "striktester Neutralität" (S.68), während in den Reihen des SDS die Stimmung zunehmend gegen Israel umzuschlagen begann. Man habe es im Gegensatz zur Elterngeneration nicht nötig, so ein SDS-Aktivist im Juni 1967, "philosemitisch aufzutreten, ... weil wir keine rassistischen Probleme haben und weil wir keinen Antisemitismus zu bewältigen haben." (S.72)

In der Tat begann sich nun der innerlinke israelpolitische Dissens in der Form eines Konflikts zwischen den Generationen zu manifestieren. Während schon im September 1967 der SDS auf einen antizionistischen Kurs umzuschwenken und den Staat Israel nur noch als Brückenkopf des Imperialismus in Arabien zu begreifen begann (S.77), kritisierte Helmut Gollwitzer den "leichtfertigen Ausstieg dieser Linken aus ihrer geschichtlichen Verantwortung" als einen "Verrat an allen wesentlichen Prinzipien des sozialistischen Humanismus" und begannen linke Interlektuelle wie Bloch, Fetscher, Grass, Mitscherlich und Jens vor einem ahistorischen und abstrakt-doktrinären "Antiimperialismus" zu warnen, da dieser in seiner israelfeindlichen Konsequenz "zum Ventil des uneingestandenen Antijudaismus" zu verkommen drohe. (S.74)

Als maßgeblicher Katalysator einer raschen antizionistischen Wende im SDS hatte sich von Anfang an dessen Heidelberger Verband profiliert, aus dem sich später der Gründungskern des KBW rekrutieren sollte. So wurden nicht nur 1969 universitäre Veranstaltungen mit dem israelischen Botschafter in Frankfurt und Hamburg unter Tumulten und Parolen wie "Zionisten raus aus Palästina" gesprengt. Auf Einladung von Al Fatah und der von der Heidelberger Gruppe unterstützten DFLP (6) brachen Ende Juli 1969 ein knappes Dutzend führender SDS-Mitglieder zu einer mehrwöchigen Informationsreise nach Jordanien auf. Verfestigt wurde hierdurch die antizionistische und revolutionsromantische Grundeinstellung der SDS'ler, die schon bald die Fatah-Bewegung zum avantgardistischen Subjekt sozialrevolutionärer Umwälzungsprozesse in der Dritten Welt hochzustilisieren begann. Weder mochte sich der SDS mit den historisch Ausgangsbedingungen des Zionismus noch mit den besonderen deutschen Anteilen an seiner Etablierung auseinandersetzen. Bis zu seiner Selbstauflösung 1970 hatte der Verband stattdessen gegenüber Israel eine Politik der "revolutionären Unschuld" propagiert. Die zwingend erforderliche Abgrenzung von dem Springerschen Philosemitismus war in einen aggressiven Antizionismus umgeschlagen, der im Rahmen der Palästina-Solidarität der 70er Jahre durchaus auch Züge eines untergründigen Antisemitismus an den Tag zu legen begann.

Zur antizionistische Palästina-Solidarität

Mit dem Niedergang der Studentenbewegung formierten sich im Laufe des Jahres 1969 in vielen Städten der BRD "Palästina-Solidaritätskomitees", für deren Zulauf u.a. das 1972 von Innenminister Genscher ausgesprochenen Verbot der Palästinensischen Auslandsorganisationen GUPS und GUPA nicht unerheblich beigetragen hatte. (7) Während die Parole "Nieder mit Imperialismus, Zionismus und der arabischen Reaktion" für diese Bewegung einen gemeinsamen Nenner abgegeben hatte (S.84), unterschiedet Kloke doch zwischen der damals "gemäßigten" Version antizionistischen Engagements im Spektrum der DKP, welche - bei aller Kritik am Zionismus - an der Existenzberechtigung eines jüdischen Staates keine Zweifel gelassen hatte (S.88), und der Orientierung der maoistische geprägten Gruppen, zu denen nicht zuletzt der KB zu rechnen war:

"Eine Lösung des (Nahost-)Konflikts", so die Stellungnahme der KB-Leitung von Oktober 1973 zum israelisch-arabischen Krieg "ist nur möglich, wenn der zionistische Staat Israel zerschlagen wird, wobei jedoch die Existenz des hebräischen Volkes in dieser Region respektiert werden muß." (8) Diese doppelte Linie hatte der KB über ein Jahrzehnt hinweg verfolgt:

Erstens sollte - in Abgrenzung zur politischen Zwei-Staatenlösung - "Israel ... als aggressiver Staat mit einem imperialistischen Eroberungs-Programm, vom Euphrat bis zum Nil' verschwinden und das Recht des palästinensischen Volkes auf ein menschenwürdiges Leben in seiner Heimat ... verwirklicht werden." (AK 22/Oktober 1972) Zweitens wurde auf die Schaffung eines Staates von Arabern und Juden und die Notwendigkeit der Verbindung von palästinensischem Widerstand und jüdischen Massen orientiert. (AK 23/November 1972) Das im Rückblick auffälligste israelpolitische Moment der KB-Politik war jedoch die beinahe komplette Leugnung des Zusammenhangs von Zionismus und deutschem Faschismus.

Daß der Zionismus in erster Linie als eine Antwort auf den europäischen Antisemitismus entstanden war; daß allein zwischen 1933 und 1939 mindestens 50.000 deutsche Juden aus Hitlerdeutschland (mit Unterstützung der Nazis) nach Palästina befördert worden waren (9); daß erst der Faschismus und die Vernichtung der europäischen Juden der Idee des jüdischen Nationalstaats (innerhalb der zionistischen Bewegung wie auch international) zum Durchbruch verhalf - all dies war dem aus der APO hervorgegangenen KB nicht der Erwähnung wert. Man ging stattdessen entweder davon aus, daß die jüdische Einwanderung in Palästina "vom britischen Imperialismus ... in der Absicht gefördert (wurde), nationale Gegensätze in ihrem Mandatsgebiet zu schaffen und die unterdrückte Bevölkerung in sich bekämpfende Teile auszuspalten (also ähnlich wie in Nordirland). (!!- max.) Der Anteil der Juden an der Bevölkerung Palästinas wuchs rasch von 12% im Jahre 1922 auf 31% im Jahre 1944" - dazwischen war scheinbar nichts. (10) Oder aber es wurde die den europäischen Antisemitismus nach der bürgerlichen Revolution ignorierende These der weitgehenden jüdischen Integration bemüht, die gerade aufzuhalten das eigentliche Ziel der zionistischen Bewegung gewesen sei. (AK 27/April 1973) Wenn sich auch in beiden Feststellungen bei wohlwollender Prüfung ein Körnchen Wahrheit wird finden lassen, so waren sie doch als einseitig in den Raum gestellte Erklärungsversuche für den Zionismus und die Gründung Israels grundfalsch. Und es entsprach nur jener die deutschen Verbrechen verdrängenden Logik, wenn nicht nur "das Geschäft mit dem Schuldgefühl" sondern überhaupt jedes Schuldgefühl in diversen redaktionellen Beiträgen attackiert wurde:

Die Nazi-Verbrechen seien "ein spezieller Trumpf des Zionismus bei der Beeinflussung der westdeutschen Massen", denn sie ermöglichten die "Einimpfung des Schuldkomplexes gegenüber den Juden (‚die Verbrechen des deutschen Volkes an den Juden')", so daß skandalöserweise schon bei Antritt einer Israelreise "jeder mit einem ... schlechten Gewissen ausgerüstet" werde. (11) Auch in dem bedauernden Verweis, daß der Zionismus "die Ermordeten für seine proisraelische Kampagne nutzbar machen" könne, kommt eine Sichtweise zum Ausdruck, welche in den Juden weniger die Leidtragenden einer auch nach 30 Jahren noch traumatisch wirkenden Erfahrung, als vielmehr deren Nutznießer und Profiteure auszumachen sucht.

Daß diese Ignoranz im ML-Bereich noch steigerungsfähig war, kann die KB-Positionen der 70er Jahre nicht entschuldigen. Kloke belegt an einer Fülle beklemmender Beispiele, wie im Spektrum maoistischer Gruppen mit dem Ausblenden des Faschismus zugleich die Tätergeneration dadurch entschuldigt wurde, daß ausgerechnet ein Teil der deutschen Linken den Zionismus partout mit dem Faschismus ins Eins zu setzen suchte: "Nieder mit dem faschistischen Aggressorstaat Israel" hieß es etwa in einem Flugblatt diverser Westberliner Gruppen von November 1973, "Die Politik Israels: Faschismus und Expansion", schrieb die KPD/AO-orientierte "Liga gegen den Imperialismus" (S.91) während im selben Monat das ZK der KPD/ML in einer Grußadresse zu einem Palästina-Kongreß betonte, daß "nicht nur die Parolen denen des Hitlerfaschismus (gleichen), sondern auch die Methoden: Eroberung, Vertreibung, Ausbeutung, KZs und Ausrottung ganzer arabischer Dörfer. Tatsache ist es deshalb, daß es die Pflicht aller Antifaschisten ist, sich gegen den US-Imperialismus und dem faschistischen Zionismus auf die Seite des arabisch-palästinensischen Befreiungskampf zu stellen". (12)

Dieter Kunzelmann und der "Judenknax"

Für die bewaffnete Linke hatte der Antizionismus eine richtungweisende Etappe ihrer Entwicklung markiert: Ein Teil derer, aus denen bald darauf - so Kloke - die "Bewegung 2. Juni" hervorgehen sollte, hatte bereits im Sommer 1969 in palästinensischen Lagern Jordaniens eine militärische Grundausbildung durchlaufen.

In seinen sogenannten "Briefen aus Amman" (veröffentlicht im legendären "Agit 883") hatte Dieter Kunzelmann im November 1969 den "Judenknax ... und die Vorherrschaft des Judenkomplexes" für das Verpassen der "Bombenchance" in der Palästina-Solidarität verantwortlich gemacht: "Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie ‚Zionismus' zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit AL FATAH, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich aufgenommen hat." (S.105) In zwei Schüben sollen im Juni 1970 darüberhinaus zwanzig Mitglieder der RAF - darunter Andreas Baader, Ulrike Meinhof und Horst Mahler - von Ost-Berlin via Beirut nach Amman eingesickert sein, um in einem militärischen Ausbildungslager der Al Fatah in der Guerilla-Taktik unterwiesen zu werden.

"Im Sinne eines sich auch praktisch internationalistisch gerierenden Terrorismus' agierte" - so Kloke - "auch jene siebenköpfige deutsch-palästinensische Gruppe von Mitgliedern der ‚Revolutionären Zellen' (RZ), der ‚Bewegung 2. Juni' und der PFLP, die im Sommer 1976 eine zivile Verkehrsmaschine der Air France mit 257 Fluggästen - darunter 83 Israelis - auf der Route Paris-Tel Aviv in ihre Gewalt brachte und nach Entebbe (Uganda) umdirigierte. Der Deutsche Wilfried Böse organisierte in dieser Situation die räumliche Trennung der jüdischen (nicht nur israelischen) Passagiere von den nichtjüdischen Insassen." (S. 106)

Es bedurfte nach Kloke jenes an nazistische Selektionspraktiken erinnernden Vorgangs, um in der bundesdeutschen Linken einen Diskussionsprozess auszulösen, innerhalb dessen erstmals auch ein Antisemitismus' von links zur Sprache kam. Für einige Wochen soll damals in Zeitschriften wie "Langer Marsch" oder "Pflasterstrand" der linke Antisemitismus ein Schwerpunktthema gewesen sein. Für die in der BRD lebenden linken Juden markierte der "Schock von Entebbe" zugleich der Beginn der Bewußtwerdung einer wie auch immer gearteten jüdisch-zionistischen Identität. (S.109)

Der KB war in jenem Jahr der ersten Brokdorf-Aktionen ideologisch noch weit davon entfernt, die Antisemitismus-Debatte auch nur wahrzunehmen. Entebbe war für den AK einzig und allein unter dem Aspekt des israelischen Kommandounternehmens zur Befreiung der Geiseln ein Thema gewesen. "Israel - eine Mörderzentrale in ständiger ‚Notwehr'" lautete in AK 84 (Juli 1976) eine Überschrift auf Seite Eins. Israel sei - so die besonders "gelungene" Zusammenfassung seiner Entstehungsgeschichte durch die AK-Redaktion - "in der Situation eines Gangsters, der in ein fremdes Haus eingedrungen ist, die Bewohner vertrieben hat, und der

nun frech behauptet, er befinde sich in ‚Notwehr', wenn er auf die Bewohner und ihre Kinder ballert, die in ihr Haus zurück wollen." Israel, jener "Gangster-Staat", jene "Avantgarde des Imperialismus", sei "in besonderer Weise ‚spezialisiert' auf alle Arten von Aggressionen, Massenmord und Rechtsbrüchen ... wobei es sich zusätzlich einer weitestgehenden ‚Narrenfreiheit' erfreut, die es der zynischen Berufung auf sechs Millionen ermordete Juden verdankt." (ebd.) Von einer KB-Kritik an der Flugzeugentführung, mit der 53 "Freiheitskämpfer", die "für die palästinensische Sache kämpfen" (darunter lt. "Archiv der Gegenwart" 40 in Israel Inhaftierte sowie aus der BRD Ingrid Schubert, Werner Hoppe, Inge Viett, Ralf Reinders, Jan-Carl Raspe und Fritz Teufel) ist mir nichts bekannt. (13)

Linke Reaktionen auf den israelischen Libanon-Krieg von 1982

Der im Sommer 1982 gegen die im Libanon befindlichen PLO-Basen gerichtete israelische Feldzug hatte weltweit - auch in Israel! - einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Belagerung und nahezu pausenlose Bombardierung des moslemischen Westteils von Beirut erhärtete die Befürchtung, Israels strategisches Ziel sei die totale militärische Liquidierung des palästinensischen Widerstands im Libanon. Doch wieder einmal mochte sich ein Großteil der westdeutschen Linken mit der Darstellung und Kritik der israelischen Kriegsführung nicht begnügen. Stattdessen wurden "mit obsessiver Beharrlichkeit" (Kloke) Bezüge und Analogien zur Judenvernichtungspolitik hergestellt. Vom "Holocaust an den Palästinensern" ("blätter des iz3w") und der "Endlösung der Palästinenserfrage" (so die Schlagzeile in AK 225) war die Rede, sowie von israelischen "Abschlachtungsmaschinen der faschistischen Konzentrationslager" (GAL). Die israelische Regierung greife, so die Westberliner AL "in vielen Dingen zu den gleichen Mitteln, mit denen 1933-1945 die europäischen Juden verfolgt und vernichtet wurden." Wie Hitler die Juden verfolgte, erklärte die SPD-Politikern Lenelotte von Bothmer, "so werden jetzt die Palästinenser von den Israelis verfolgt und ermordet ... Jetzt ist Wiedergutmachung statt an Israel an die Palästinenser erforderlich." (S.140/145)

Diese Äußerungen verdeutlichen, daß dem realen Krieg im Libanon ein imaginärer Krieg an die Seite getreten war: ein Krieg der "Geister und Gespenster", in dem Auschwitz mit West-Beirut gleichgesetzt und der Krieg gegen die Palästinenser mit der Massenvernichtung gegen die Juden über einen Leisten geschlagen wurde. "Aus zugespitzter antifaschistischer Sensibilität oder zur Entlastung der Verbrecher von gestern? Zumindest aus Nichtbefassung oder Unkenntnis eines Geschichtsabschnitts (ohne Auschwitz kein Zionismus, ohne Zionismus keine Vertreibung der Palästinenser), der eigentlich gerade der westdeutschen Linken von Begriff sein sollte ... Die westdeutsche Linke lebt eben in Westdeutschland und nicht in Australien", so der Vorspann zu einem Interview von E., KB/Gruppe Frankfurt mit Dany Diner und Micha Brumlik, mit der eine Diskussion über linke Argumentationsmuster zur Entlastung der Kinder der Nazi-Täter auch im AK ihren Anfang nahm. (14) Im Mittelpunkt jener KB-Diskussion stand nicht der jüdisch-palästinensische Konflikt - in diesem Punkt wurde schon bald nach dem Libanon-Krieg die ursprüngliche Unterstützung der Positionen der PFLP ersetzt durch eine Befürwortung des palästinensisch-israelischen Dialogs, (vgl. AK232/ Mai 1983) oder die Bewertung der israelischen Regierungspolitik. Im Mittelpunkt stand das deutsch-jüdische Verhältnis und die gegenüber dem Faschismus einzunehmende Position der deutschen Linken.

Die Widerspruchslinien jener bis heute virulenten KB-Auseinandersetzung (15) lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Ist der erste industriell durchgeführte Völkermord an den europäischen Juden eine Erscheinung, die aus den sonstigen Mustern imperialistischer Vernichtungspolitik herausfällt, oder war das Völkermordprogramm Nazideutschlands im Prinzip eine typische imperialistische Erscheinung in der Krise des zweiten Weltkriegs, die Vorläufer hatte und Fortsetzer haben wird?

- Ist es zulässig, die Massenverbrechen des deutschen Faschismus auch als Verbrechen von Massen zu kennzeichnen oder impliziert diese Position bereits einen Freispruch für das Monopolkapital?

- Ist die Hervorhebung der nazistischen Verbrechen gegen das jüdische Volk ein Bestandteil der bundesdeutschen Staatsdoktrin (da dieser Teil des Nazismus am Irrationalsten erscheint und sich somit einer materialistischen Zurückführung auf die Ziele der herrschenden Klassen am sprödesten widersetzt) oder für die kommunistische Linke ebenso ein Kernelement antifaschistischer Politik, wie die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus (etwa im Hinblick auf die Reaktionen der Arbeiterbewegung auf ihn)?

- Ist es zulässig, die israelische Vertreibungspolitik gegenüber den Palästinensern mit Faschismus-Analogien zu belegen oder sollten wir vor dem Hintergrund unserer Geschichte und in Anerkennung eines besonderen Verhältnisses zum zionistischen Staat gegenüber derartigen Analogien wachsam und um ein differenzierteres Verständnis des Zionismus sowie der jüdischen Kultur und Geschichte bemüht sein? - und:

- Gibt es einen sich hinter Antizionismen versteckenden Antisemitismus von links?

Wenn auch der Streit um das Verhältnis der deutschen Linken zum Faschismus und damit auch zu Israel und den Juden bei verschiedenen Gelegenheiten im AK erneut aufblitzte - etwa in einer Debatte um das Fassbinder-Stück "Der Müll, die Stadt und der Tod" (AK 251), im Streit um die "Lappalie" Bitburg (AK 275/276), oder in konträren Besprechungen von Broders "Der ewige Antisemit" (AK 272/AK 277) - und schließlich auch auf dem letzten KB-Kongress im Januar 1989 seinen Niederschlag fand, so blieb er doch unvollendet und ungeklärt: Beide Auffassungen blieben im KB in einem Nebeneinander existent, das nur dem äußeren Anschein nach eine friedliches war - die Mitglieder im KB und LeserInnen des AK zeigten sich weitgehend desinteressiert. Daß im Verhältnis zu Israel und Palästina dennoch - wenigstens partiell - eine den Gesamt-KB betreffende positionelle Weiterentwicklung stattgefunden hatte, wurde erst im Streit mit um eine Hamburger Palästina-Demonstration im Januar 1988 offenkundig. (16)

Deutsche Schuld - unwesentlich?

Eine Begründung zur Nichtunterstützung der Demonstration eines Hamburger "Aktionsbündnis Palästina 1988" provozierte Anfang 1988 eine innerlinke Debatte im AK (vgl. AK 291-293), die im Sommer desselben Jahres von der AK-Redaktion auch als Broschüre ("Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina") Verbreitung fand. Diese durchaus spektakuläre Verweigerung der Demo-Unterstützung war in mehrerer Hinsicht verdienstvoll: Zum einen wurde sich von jenen abgegrenzt, die die Existenz Israels (als Verkörperung des Selbstbestimmungsrechts von 3.3 Millionen jüdischen Israelis) durch Umschreibung ("zionistisches Gebilde") oder Gänsefüßchen-Politik ("Israel") in Frage stellten oder als eine Hauptparole den allseitigen Boykott von Waren aus Israel forderten. Zum anderen hatte dieser Schritt eine notwendige Debatte über den Charakter und die Ausrichtung einer bundesdeutsche Palästina-Solidarität angestoßen. Dennoch hatte auch jene Intervention erhebliche Schwächen:

- die Gefahr oder auch nur Möglichkeit linker Antisemitismen blieb in jener Erklärung unerwähnt. Stattdessen wurde sich darauf beschränkt, die Parole "Boykottiert Israel!" als in der BRD "unangemessen" und für die Palästina-Solidarität eher schädlich zu kritisieren, da sie zu Mißdeutungen führen könne.

- Eine Exhumierung und Bewältigung der im KB-Keller angesammelten Leichen war mit jener Intervention nicht verbunden. Stattdessen wurde nicht nur in Auseinandersetzung mit der Hamburger Autonomen Nahostgruppe die alte KB-Version über die Entstehung Israels indirekt wiederholt. (17) Zugleich wurde von Kt., Hamburg explizit und unter Verweis auf AK 34/Oktober 73 die These oder Hoffnung, "der KB habe diesbezüglich seine Position völlig geändert, ins Reich der Irrtümer und Legenden" verwiesen.

- Deutlich, wenn auch weitgehend unbemerkt, ist dieser Tatbestand auch im Vorwort der Broschüre "Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina" zum Ausdruck gekommen. Die Tatsachen, heißt es dort, würden Broders These vom "linken Antisemitismus" eindeutig widerlegen. Denn: "Bei keinem anderen Konflikt scheuen sich so viele Linke, einen eindeutigen, parteilichen Standpunkt zugunsten der Entrechteten und Unterdrückten wenigstens verbal zu bekunden. Es dominiert eine auf Kosten der Opfer gehende ‚Objektivität', die den Konflikt nicht von seinem eigenen Wesen her, sondern aus der besonderen Optik der deutschen Schuld am jüdischen Volk betrachtet und interpretiert."

Jene Aussage läßt sich kaum treffender kritisieren, als dies später in einem Leserbrief von Klaus-Peter Lehmann (AK 297/August 1988) geschehen ist: "Wer die Beurteilung des Staates Israel von der konkreten Geschichte des jüdischen Volkes trennt, der muß auch Auschwitz von der Staatsgründung Israels trennen. So kommt man automatisch zu einer Sicht des Konfliktes, die sich ausschließlich beschränkt auf das Unrecht, das dem palästinensischen Volk schon mit der zionistischen Besiedlung und heute durch die Militärpolitik Israels angetan wurde und wird.

Wer so selektiv Geschichte betrachtet, wird kaum für sich in Anspruch nehmen können, ‚den Konflikt von seinem eigenen Wesen her' zu interpretieren. Was soll das für ein reines Wesen sein, das da herauskommt,

wo Ihr (!) zuvor das deutsche Unwesen (den deutschen Nationalsozialismus als Vernichtungsmacht) als irrelevant herausdestilliert habt ... Als könnte sich die Erkenntnis des Wesens einer Sache einstellen, gerade nur in Absehung der eigenen (schuldhaften = Verantwortung beinhaltenden) geschichtlichen Verflochtenheit in sie hinein! Ist so eine von eigener Geschichte gesäuberte Theoriegewinnung marxistisch? Ist theoretische Erkenntnis unmoralisch, hat sie nichts mit geschichtlich entstandenen Verantwortungszusammenhängen zu tun? So deutlich habe ich von linken Theoretikern noch nie den Wunsch nach geschichtsloser und verantwortungsfreier Theorie formuliert gefunden. Ich gratuliere!"

Und weiter:

"Ist die Parteinahme für das Existenzrecht eines jüdischen Staates nach 2.000 Jahren Antisemitismus kein Standpunkt zugunsten der Unterdrückten - in diesem Fall der Juden? ... Es waren immer allein die Juden, die unter dem geschichtlichen Zwang standen, auf den Antisemitismus reagieren zu müssen. Diesen Zwang nicht zu sehen und in der Geschichtsbetrachtung nicht nachzuvollziehen, halte ich für einen Akt der Desolidarisierung.

Kann sich wirklich jemand von Antisemitismus freisprechen, der dieses Verfolgungs-Syndrom und die politische Geschichte der Juden bis heute fein säuberlich voneinander trennt?" (ebd.)

Resümee

"Es bleibt die ernüchternde Bilanz" , so das Resümee Klokes, "daß für einen Großteil der neuen deutschen Linken weltpolitische Konfliktherde der Nachkriegszeit ungleich mehr als der deutsche Faschismus und seine Massenverbrechen als Triebfeder engagierter Politisierung fungierten." Diese Feststellung ist auch für den KB zutreffend. Die Aussage, derzufolge "in den KB-Anfängen wie auch im Rahmen der Faschisierungsthese dem Antisemitismus wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde, vielleicht weil man sein Wiederaufflackern damals für völlig ausgeschlossen hielt" (18) greift entschieden zu kurz. Tatsächlich tauchten in der dreiteiligen Artikel-Serie, die kurz nach KB-Gründung in AK 16-18 die Faschisierungsthese in ersten Ansätzen umrissen hatte, Begriffe wie "Juden" oder auch nur "KZ" nicht einmal auf, während eben dort in getreuer Nachahmung einer falschen KPD-Politik im "Kampf des Kleinhandels gegen die Kaufhäuser (verbunden mit dem Motiv des Antisemitismus, da viele Kaufhäuser im Besitz jüdischer Kapitalisten waren)" ein "revolutionäres" Moment innerhalb der faschistischen Bewegung ausgemacht wurde. Daß in jenen Anfängen des KB die Hetze gegen Ölscheichs als "der neue Antisemitismus" firmieren und das KPD-Verbot von 1956 als "genau wie in der Nazi-Zeit" empfunden werden konnte, macht nicht nur deutlich, daß man sich jenseits der polit-ökonomischen Standardableitungen vom deutschen Faschismus keinen Begriff gemacht und auch den Antisemitismus bestenfalls als Spielart von Rassismus wahrgenommen hat. Die realen Opfer des deutschen Faschismus, die Überlebenden und ihre Leiden bzw. Erfahrungen hatten den damaligen KB infolgedessen weitaus weniger interessiert, als die fiktiven der Faschisierung von 1972ff: Sich selber war man am Nächsten.

Den objektiven Verhältnissen kann dies nur zum Teil zugeschrieben werden: Zwar war der KB ein Kind seiner Zeit, einer Zeit, in der sich die linke "Unfähigkeit zu trauern" in einer Verdrängung der deutschen, reale Katastrophe mittels abstrakter Verallgemeinerungen über die Unterscheidung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie eine Bahn gebrochen und im Diskurs über die vorgebliche Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus allein schon der Gedanke an einen persönlichen Schuld- und Verantwortungsanteil der Lächerlichkeit preisgegeben war. Die Frage, warum sich die Wandlungsfähigkeit des KB gerade in diesem Punkt in so engen Grenzen hielt, ist damit freilich noch nicht erklärt.

Die Trauerarbeit, ein mit Erinnerungen verbundener Lernprozeß des Abschiednehmens ist aber eine Vorbedingung dafür, daß Neues gedacht und wahrgenommen werden kann. Im KB wie auch nach dem KB.

max.

P.S.: Und wo wird die Verbindung zum Golfkrieg hergestellt...?

Es gibt sie nicht! Eine über die Praxis der letzten Jahre hinausgehende linke Ignoranz gegenüber der besonderen Stellung Israels sowie des linken Antisemitismus hat es im Kontext dieses Krieges nicht gegeben - wohl aber eine Welle "schamloser" linker Kriegsakzeptanz, unter Inkaufnahme deutscher Kriegsbeteiligung und zugleich: "für" Israel.

Es wäre schlimm, wenn derartige Scud-Angriffe und Giftgasdrohungen gegen Israel in der hiesigen Linken nicht als entsetzlich empfunden würden. Aber es war grundlegend falsch, daß man sie vielfach nicht als Folge sondern als Legitimation der amerikanischen Kriegsführung angesehen hat. Nicht nur dem Antifaschismus wurde hierdurch ein Tort angetan - auch der Aufarbeitung linker Fehleinschätzungen über Israel wird durch den Pendelschlag kritikloser Parteinahme für dessen Regierung nur Schaden zugefügt. Ob sich bei Deutschen eine aggressiv-antisemitische oder eine idealisierend-philosemitische Tendenz durchsetzt: "Beide Haltungen haben mit der eigenen Person, dem eigenen Abwehrsystem weit mehr zu tun, als mit den jüdischen Mitmenschen. Die Idealisierung wie Verteufelung von Juden und Israelis verhindern es, sie in ihrer seelischen und historischen Wirklichkeit wahrzunehmen." (M. Mitscherlich, a.a.O., S.105)

Anmerkungen:

1) S. 194; zitiert wird D. Diner aus: Babylon Heft 4 (1988), S.23. Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich fortan auf die Seitenzahl der bei Haag & Heerchen publizierten Kloke-Schrift.

2) vgl. Protokoll des Deutschen Bundestages vom 18.3.1953, S.12278ff; die KPD hatte das Abkommen wegen seines Charakters (Zahlung von 3,45 Mrd. DM in Form von Warenlieferungen) wie auch aus grundsätzlichen Erwägungen ("Mit Hilfe der Industrieausrüstungen aus Westdeutschland wollen die Amerikaner den in ihren Händen befindlichen Staat Israel zur rüstungsmäßigen und operativen Basis für ihre aggressive Politik ausbauen..."; a.a.O., S.12281) abgelehnt. Wesentlich vernichtender und unter Zuhilfenahme der These von der Kollektiv-Unschuld der deutschen Werktätigen wurde jene deutsch-jüdische "Wiedergutmachung" später freilich vom KB kritisiert: "Seit 1945 hat man uns glauben machen wollen", so ein redaktioneller Beitrag in AK 30/Juli 1973, "daß das deutsche Volk am Naziregime und seinen Judenmassakern schuld sei und daß wir diese Schuld bis ins dritte und vierte Glied abtragen müßten. Aber nicht die deutschen Werktätigen, sondern die Kapitalistenklasse trägt die Verantwortung für den Faschismus und seine Verbrechen. Der Schwindel von ‚Schuld' und ‚Wiedergutmachung' war nur dazu bestimmt, der westdeutschen Arbeiterklasse die Kosten der aggressiven zionistischen Politik Israels aufzuladen. In direkter Fortsetzung der faschistischen Verbrechen finanzieren die BRD-Kapitalisten nun die Ermordung, Vertreibung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes. So zahlte die BRD im Rahmen der ‚Wiedergutmachung' 16 Mrd. DM nach Israel...".

3) Von Bonn war zur Begründung der Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen die Hallstein-Doktrin vorgeschoben worden: Die Bundesregierung befürchtete, daß die arabischen Staaten aus Verärgerung über den Botschafteraustausch ihrerseits eine Anerkennung der DDR vornehmen könnten. Die Ende 1957 eingeleiteten deutsch-israelische Geheimverhandlungen über eine militärische Kooperation dienten u.a. dem Ziel, jenes Dilemma zu entschärfen. (S.51ff)

4) hierzu Ulrike Meinhof: "Eine Revision des Antisemitismus kann sich nicht in Studienfahrten nach Israel erschöpfen, ist als Philosemitismus nur eine halbe Antwort...", in: konkret, 20.5.61; für den DGB war Israel, etwa im Wohnungsbau, zugleich ein lukrativer Geschäftspartner. (S.52)

5) eine Darstellung und Bewertung des 6-Tagekrieges muß an anderer Stelle erfolgen. Wichtig ist jedoch, zu wissen, daß sich das von Nasser geführte Ägypten im Vorfeld dieses Krieges nicht auf den Beistand des von Israel bedrängten Syriens beschränkt, sondern in mehreren Erklärungen den "totalen Kampf" zur vollständigen "Zerstörung Israels" angekündigt hatte.

6) DFLP = Demokratische Front zur Befreiung Palästinas. Diese Organisation hatte sich kurz zuvor von der marxistisch-leninistisch orientierten "Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PFLP) abgespalten.

7) Nach dem Überfall der palästinensischen Organisation "Schwarzer September" auf die israelische Olympiamannschaft am 4. September 1972 wurden in der BRD lebende PalästinenserInnen massenweise ausgewiesen und die "Generalunion Palästinensischer Studenten" (GUPS) und die "Generalunion Palästinensischer Arbeiter" (GUPA) am 3. Oktober 1972 verboten.

8) vgl. AK 35; im gesamten Text ist der Begriff "jüdisch" durch das Wort "hebräisch" ersetzt.

9) vgl. A. Schölch, Das Dritte Reich, die Zionistische Bewegung und der Palästina-Konflikt, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 4/82, S.648

10) vgl. AK 22. In dem Artikel "Wie entstand Israel?" (AK-Extra Nov. 1973, Nachdruck in: KB-Hamburg, Zum Nahost-Problem, S.1) blieb der europäische und deutsche Antisemitismus unerwähnt. In der Artikelserie "Was ist Zionismus" - vgl. AK 27 - wurde jener "typische" Erklärungsansatz als die Rolle der Großbourgeoisie verkennend explizit zurückgewiesen und der Faschismus in dem insgesamt 13 DIN-A4 umfassenden Artikel ansonsten mit fünf Zeilen bedacht.

11) vgl. etwa AK 35/November 1973: "Zionismus in der BRD" oder AK 38/Januar 1974:"So werden Jugendliche für den Zionismus gewonnen".

12) vgl. S.107; daß die Faschismus/Zionismus-Analogie auch im KB eine Basis hatte, zeigt nicht nur die Behauptung, daß "nach dem Vorbild von Hitlers Überfall auf die Sowjetunion ... die Israelis 1967 ihren ‚Blitzkrieg' geführt" hätten. (AK 30/März 1973) Zugleich war sich die KB-Antifa-Kommission darin gewiß, daß die Gleichung Antizionismus-Antisemitismus nur "von der tatsächlich Verbindung Zionismus-Faschismus ablenken" sollte (AK 70/Dezember 1975) und verkündete die KB-Nahostkommission unter der Überschrift "Zionismus und Hitler-Faschismus", "daß der Rassismus in der Politik des Zionismus einen ähnlich hohen Stellenwert besitzt wie der Antisemitismus ehemals in der Politik des Hitler-Faschismus". Für diese doch recht gewagte These reichte als "Beleg", daß in der Broschüre eines israelischen Informationszentrums eine antiarabische Hetzkarikatur des deutschen (!) Karikaturisten Hicks nachgedruckt worden war. (vgl. AK 85/Juli 1976)

13) als "beste" Stellungnahme zu Entebbe zitierte die "Afrika-Kommission" des KB eine Erklärung Libyens, in der die arabischen Fedajin nur darin kritisiert wurde, barmherziger und humaner sein zu wollen, als ihre Feinde: "Die Fida'ijin vergossen nicht das Blut der zionistischen Staatsangehörigen, obwohl sie das Recht dazu gehabt hätten." (AK 86)

14) vgl. AK 224/August 1982; schärfer noch Margarethe Mitscherlich: Als sich die Linke auf die Seite der Palästinenser schlugen, "war wieder einmal eine Schuldverschiebung möglich. Nicht mehr die Juden waren die Verfolgten, Erniedrigten, Vertriebenen, sondern die Palästinenser. Mit deren Schicksal aber hatten die Deutschen nichts zu tun. Die Deutschen waren jetzt die Guten, die sich für die Verfolgten einsetzten, die Israelis hingegen die Bösen, die Mörder ... Immer wieder werden Auswege gesucht, um die Vergangenheit nicht ertragen zu müssen und Schuld erneut zu verschieben oder die historischen Einmaligkeit des NS-Völkermords zu verleugnen..." (M. Mitscherlich, Erinnerungsarbeit, S.102f)

15) vgl. AK 227;228;230;321 sowie die diesbezüglich Broschüre des KB Frankfurt:"Tiefpunkte und Höhepunkte - Dokumentation einer Auseinandersetzung im KB". Obwohl der KB-interne Streit erst 1989/90 an der Frage der Wiedervereinigung offen eskalierte, wurde doch mit jener Auseinandersetzung 1982 bereits eine Kerbe geschlagen, die sich von nun an und über die Jahre zu einem immer tieferen Riß ausweitete.

16) Daß sich der KB, wie Kloke schreibt, als unmittelbare Folge des mit AK 224 einsetzenden Reflexionsprozesses vom traditionell antizionistischen Verband "fast übergangslos in eine Organisation (verwandelte), die sich inzwischen erstaunlich weit linkszionistischen Positionen angenähert hat" (S.161) trifft allerdings nicht zu.

17) "Wir brauchen uns um die Entstehungsgeschichte Israels nicht zu streiten", so Kt./Hamburg in Auseinandersetzung mit der Position einer Autonomen Nahostgruppe ("Ein Streit der klärt"), die zuvor in ihren Aussagen über die Entstehung Israels den europäischen und insbesondere deutschen Antisemitismus erneut vollständig ignoriert hatte. (AK 291/292).

18) de. in: Eine notwendige Korrektur, AK 276/November 1986

22. Moral und Pragmatismus - Anmerkungen zur Frage deutscher Waffenlieferungen an Israel

Rubrik: Rüstungsexport; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:30

Patriot Ja oder Nein? Eine Frage, die kürzlich in der Konkursmasse der BRD-Linken für Stimmung sorgte und heute schon kein Schwein mehr interessiert, wurde von Jürgen, Stuttgart, im letzten AK mit einer Leichtigkeit und Eleganz gelöst, wie sie seit Alexander dem Großen nicht mehr erreicht worden war. Nicht um einen für verantwortungsbewußte deutsche Linke nur durch den kleinen Umweg über Israel zu realisierenden erhabenen Zustand geht es dabei, sondern um die gleichnamige Abwehrwaffe, mit der die Auslöschung der israelischen Nation durch den wahnsinnigen Despoten in Bagdad vereitelt werden sollte.

Umsonst zerbrachen sich deutsche Linke und andere Grüne den Kopf, ob die BRD Patriot-Raketen an Israel liefern soll, darf oder muß - meint Jürgen. Denn nicht von Israel, sondern von der BRD-Regierung sei diese Debatte überhaupt ausgegangen. Nicht etwa Israel habe um die Lieferung militärischen Materials aus der BRD gebeten, sondern vielmehr seien es Kohl, Genscher & Co. gewesen, die Israel geradezu bedrängten, doch bitteschön ein paar deutsche Rüstungsgüter als Geschenk zu akzeptieren. Anscheinend ohne Erfolg. Jürgen hat sogar ein Zitat gefunden, wonach ein israelischer Militärsprecher "ausgeplaudert" habe, Israel werde keine deutschen Waffen annehmen. Na bravo, eine prinzipienfeste Haltung, wie sie von Israel natürlich erwartet werden durfte, und "eine schöne Blamage" für die BRD, wie Jürgen zufrieden konstatiert.

Indessen, wenn Jürgen sich und uns mit der Frage quält, "Weshalb nur hat sich die deutsche Linke diese Debatte aufzwingen lassen, ohne jemals den genauen Sachverhalt zu untersuchen?", dann muß er sich diese Frage auch selbst stellen lassen. Zugegeben, die Meldungen der deutschen Medien zu dieser Sache waren wirr und widersprüchlich, lassen aber insgesamt doch klar und eindeutig genug erkennen, daß Israel im Kontext des zweiten Golfkriegs von der BRD mehr als eine Milliarde DM Militärhilfe erhalten hat, davon mehrere Hundert nicht in Material, sondern als praktisch frei verfügbaren Zuschuß zum israelischen Rüstungshaushalt. Sie lassen außerdem erkennen, daß der Staat Israel keine grundsätzlichen Einwände hat, Rüstungsgüter aus deutscher Produktion anzunehmen.

Die Bundesregierung hatte Israel als erste Reaktion auf die Scud-Angriffe sofort 250 Millionen DM für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt und Außenminister Genscher dann mit dieser Vorgabe auf Solidaritätsmission nach Tel Aviv geschickt. Noch im Vorfeld dieses Besuches meldeten sowohl deutsche wie israelische Medien, daß auch über die Lieferung von Patriot-Raketen aus Bundeswehr-Beständen gesprochen werden solle. Im Anschluß an seinen Besuch gebrauchte Genscher die skurrile Formulierung, es habe in dieser Sache weder ein deutsches Angebot noch eine "direkte Anforderung" von israelischer Seite gegeben. (FR, 26.1.) Daß aber dennoch über die Raketen, die die einen nicht angeboten und die anderen nicht "direkt" erbeten hatten, gesprochen worden war, bestätigte Genscher ebenso wie sein israelischer Kollege Levy.

Indessen war schon zur gleichen Zeit zu lesen, daß die in deutscher Verfügung befindliche Version der Patriot für den vorgeblichen Zweck, nämlich die Abwehr

von Raketen, total ungeeignet sei. "Sie verfügen nicht über die dazu erforderlichen Sprengköpfe und Zünder ... Die 'Patriot'-Rakete wurde als ein Abwehrsystem gegen Flugzeuge entwickelt. Ihre Weiterentwicklung zum Einsatz gegen Raketen war Gegenstand eines Programms, das erst im vergangenen Jahr abgeschlossen wurde. Ursprünglich sollten die ersten neuen 'Patriot'-Raketen in diesem Monat ausgeliefert werden. Wegen des bevorstehenden Golf-Krieges wurde das Versuchsprogramm jedoch abgekürzt, so daß die amerikanische Armee in Saudi-Arabien schon über die ersten Flugkörperfähigen 'Patriot'-Raketen verfügt." (FAZ, 26.1.)

Am 30. Januar war in der gesamten Presse mehr oder weniger detailliert und in unterschiedlichen Versionen ein "Wunschzettel" aufgelistet, den die israelische Regierung angeblich der BRD übergeben hatte. Es erschienen dort neben Medikamenten, Alarmsirenen und Gasmaskenfiltern auch folgende Posten (nach SZ, 30.1.): 1. Das gepanzerte Fahrzeug Fuchs, das zur Feststellung einer Verseuchung durch ABC-Waffen dienen soll. - 2. Die Flugabwehrrakete Hawk, die Flugzeuge in niedriger und mittlerer Höhe bekämpfen kann. - 3. Der Flakpanzer Gepard. - 4. Das in deutsch-französischer Kooperation entwickelte hochmobile Flugabwehrsystem Roland. - 5. Die Patriot, und zwar sollte angeblich (übereinstimmend nach diversen Tageszeitungen vom 31.1.) eine Batterie geliefert werden, bestehend aus acht Startrampen mit insgesamt 32 Raketen.

Die Meldungen, daß die Patriot tatsächlich geliefert werden sollte, waren sehr definitiv. Unter anderem wurde dies vom deutschen Regierungssprecher Dieter Vogel explizit so mitgeteilt. Der zu dieser Zeit bereits bekannte und öffentlich erörterte Umstand, daß die deutsche Version für den suggerierten Zweck Scud-Abwehr nicht geeignet war, stellte per se kein ernsthaftes Hindernis dar. Im Gegenteil: Israels Bedarf an Anti-Scud-Patriots war von den USA ohnehin ausreichend abgedeckt. Hingegen weist der publizierte "Wunschzettel" auf ein starkes israelisches Interesse sowohl an stationären wie an mobilen Abwehrsystemen gegen Kampfflugzeuge hin. Hier hätte die in der BRD verfügbare Patriot-Version gut hineingepaßt. Aus legitimatorischen Gründen hieß es dazu von BRD-Seite, die deutschen Patriots sollten von Israel mit amerikanischer Hilfe zur Scud-Abwehr umgerüstet werden, was angeblich rasch und problemlos möglich sei.

Ebenfalls unter Berufung auf Regierungssprecher Vogel meldete die FAZ am 31. Januar: "Die deutsche Regierung wird den größten Teil der von Israel gewünschten Unterstützung mit Waffen, Geräten und Medikamenten gewähren." Über die meisten der rund 50 Einzelposten der "Wunschliste" sei bereits Einvernehmen erzielt worden. U.a. werde Israel acht Fuchs-Panzer erhalten, 100.000 Schutzanzüge gegen chemische Kampfstoffe, sowie eine Million Ersatzfilter für Gasmasken. Außerdem könnten sich israelische Fachleute vom 5. Februar an in den Beständen der ehemaligen NVA der DDR nach geeigneten Abwehrmitteln gegen chemische Kriegführung umsehen.

Nicht erhalten werde Israel die angeblich ebenfalls gewünschten zehn Großhubschrauber vom Typ CH-53, 200 tragbare Stinger-Flugabwehrraketen sowie 200 Hawk-Raketen. Und eine weitere Einschränkung: Israel könne zwar eine Patriot-Batterie erhalten, nicht aber das zugehörige "integrierte Kommando- und Kontrollsystem", das es sich angeblich ebenfalls gewünscht hatte. "Dieses System ermöglicht den koordinierten gleichzeitigen Einsatz mehrerer Batterien auf eine Vielzahl fliegender Ziele und hat eine hochentwickelte Elektronik, die Israel besonders interessieren dürfte." (FAZ, 31.1.)

Am 4. Februar wurde gemeldet, daß die "Luftbrücke", mit der militärische Hilfsgüter aus der BRD nach Israel geflogen wurden, am 1. Februar begonnen habe und am 3. Februar abgeschlossen worden sei. Unter den angeblich gelieferten Gütern wurde die Patriot ausdrücklich erwähnt. Ja, mehr noch: "Genscher verteidigte die Lieferung von Patriot-Raketen der Bundeswehr an Israel." (SZ, 4.2.)

Hat Genscher etwa einen Vorgang verteidigt, der überhaupt nie stattgefunden hat? Jedenfalls war später zu lesen, daß Israel "entgegen ursprünglichen Erwartungen" keine Patriots der Bundeswehr erhalten habe, sondern die BRD stattdessen 150 Millionen DM an Israel "für den Kauf amerikanischer Patriot-Raketen" bezahlen werde. (FAZ, 14.2.) In der Version der "Jerusalem Post" ist von 100 Millionen Dollar die Rede. Eine Patriot-Batterie koste 200 Millionen Dollar. Von der US-Regierung sei zugesagt worden, daß Israel "mindestens" vier der sechs während des Krieges im Land stationierten amerikanischen Batterien als Geschenk behalten kann. (JP, 23.2.)

Diese Version hat allerdings einen evidenten Haken: Israel wird schwerlich daran interessiert sein, zusätzlich zu den vier geschenkten Batterien von den USA noch weitere Patriots käuflich zu erwerben, für die es in absehbarer Zeit ohnehin keine praktische Verwendung haben dürfte. Israel ist nämlich seit längerem dabei, ein eigenes, angeblich sehr viel besseres Raketenabwehr-System zu entwickeln, und wird die von der BRD geschenkten 100 Millionen Dollar wahrscheinlich lieber in dieses Projekt investieren.

Nach einer Meldung der "Süddeutschen" vom 15. März hat die BRD seit Beginn des zweiten Golfkriegs Israel für 1,4 Milliarden DM "Waffen und militärische Ausrüstung geliefert oder in Aussicht gestellt". Die FAZ gleichen Tages sprach von 1,5 Milliarden DM. Zu diesem Paket gehört auch ein großer Posten, über den bezeichnenderweise am wenigsten in der Öffentlichkeit gesprochen wurde: finanzielle Beteiligung der BRD an zwei U-Booten, die bei Howaldt-Deutsche Werft und Thyssen für Israel gebaut werden sollen und die zur Abwehr irakischer oder syrischer Scuds als wenig geeignet gelten.

Die Geschichte dieser beiden U-Boote ist bemerkenswert: Sie sollen dazu dienen, "die für Israel lebensnotwendigen Seeverbindungen durch das Mittelmeer offenzuhalten". Israel hatte den Wunsch, die Schiffe in der BRD bauen zu lassen, schon vor mehreren Jahren an die BRD herangetragen. Vor gut einem Jahr hatte die BRD zugestimmt. Die Gesamtkosten des Auftrags werden unterschiedlich zwischen 800 und 900 Millionen DM angegeben. Finanziert werden sollte der Bau "im wesentlichen" aus der Militärhilfe, die Israel regelmäßig von den USA erhält. Während aber amerikanische Militärhilfe "normalerweise" nur für Bestellungen

in den USA ausgegeben werden darf, hat Israel das Privileg, einen erheblichen Teil anderweitig anzulegen. Ihn also entweder in eigene Rüstungsprojekte zu stecken oder, wie in diesem Fall, Rüstungsunternehmen außerhalb der USA zu beauftragen.

Völlig überraschend trat Israel jedoch am 30. November 1990 von dem Auftrag zurück, obwohl inzwischen schon 80 Millionen DM als Vorfinanzierung gezahlt worden waren. Dieser Rücktritt kostete Israel eine Konventionalstrafe von 20 Millionen DM. (alle Angaben nach Welt, 2.2.)

Es scheint ganz so, als hätte die israelische Regierung mit ihrem vorübergehenden Rücktritt vom Bauvertrag, die Wahrscheinlichkeit des Krieges vor Augen, einen hübschen Extragewinn erzielt. Angeblich will die BRD nun die Kosten für die Bewaffnung der Boote, rund 200 Millionen Mark, übernehmen. So gesehen wäre die "kleine" Konventionalstrafe durchaus zweckmäßig angelegt. Anerkennung verdient auch der Einfall, sich ein sowieso schon vorwiegend aus US-Militärhilfe finanziertes Projekt noch ein zweites Mal von der BRD mitfinanzieren zu lassen.

Insgesamt ist festzustellen, daß Israel von der BRD eine Sonder-Militärhilfe von mehr als einer Milliarde DM erhalten oder zugesagt bekommen hat, wovon wohl nur die Gasmasken-Filter in einen glaubwürdigen Zusammenhang mit den Scud-Angriffen gebracht werden können. Die Gewissensbefragung deutscher Linker, ob man für oder gegen Patriot-Lieferung nach Israel sein soll, war in der Tat, und nur soweit hat Jürgen recht, eine inszenierte Scheindebatte, auf die sich von Anfang an kein vernünftiger Mensch hätte einlassen dürfen. Denn hier ging es real um Militärhilfe, die Vieles umfaßt, nur eben keine Patriots, und die einen nicht zu unterschätzenden Präzedenzfall darstellt. Das Argument, jüdische Menschen seien bedroht, das in grandioser Maßlosigkeit zur Existenzbedrohung für die israelische Nation hochgesteigert wurde, diente dabei nur als Türöffner. Die reale Dimension der Bedrohung veranschaulicht eine Meldung der "Jerusalem Post": ein Mensch starb während des Krieges durch direkte Scud-Einwirkung, (12 weitere durch indirekte Folgen wie Herzattacken), aber 40 Israelis wurden im gleichen Zeitraum das Opfer tödlicher Verkehrsunfälle. (JP, 16.3.) - Daß israelische Militärexperten die Wirkungsmöglichkeiten der Scud vor dem Krieg genau richtig eingeschätzt hatten und daß sie von den nur propagandistisch interessanten Horrorszenarien, mit denen sich deutsche Linke herumquälten, meilenweit entfernt waren, wurde im letzten AK von mehreren Autoren nachgewiesen.

Jürgen hat aus einem komplizierten Problem einen bequemen Fluchtweg gewählt, indem er das Problem wegphantasiert: Israel lehnt deutsche Militärhilfe ab, also braucht man sich den Kopf nicht weiter zu zerbrechen und kann sich peinliche Selbstoffenbarungen wie die des KONKRET-Herausgebers und namhafter Grüner ersparen.

Daß Jürgen diese Version sich selbst geglaubt hat, obwohl sie durch Presse-Lektüre eindeutig zu widerlegen ist, könnte daran liegen, daß eine solche kategorische Position Israels gut in ein vorgefaßtes Weltbild passen würde, in dem dieser Staat die Qualität einer hochgradigen moralischen Autorität angenommen hat.

Israel kann aber als Staat, der zudem unter extremen Bedingungen existiert, diese herbeigesehnte moralische Autorität unmöglich sein. Israel, wie andere Staaten, beurteilt Fragen der praktischen Politik pragmatisch, nicht moralisch. Das wurde, um beim engeren Thema zu bleiben, schon am Waffendeal BRD-Israel Anfang der 60er Jahre deutlich, der damals noch von F.J. Strauß als Verteidigungsminister arrangiert wurde. Das offizielle Israel hat dem bayerischen CSU-Politiker diese Rolle nie vergessen und ihn immer in Ehren gehalten. Ein deutschnationaler Reaktionär, der praktisch etwas für Israel getan hat - warum auch immer -, wird dort aus nachvollziehbaren Gründen mehr geschätzt als die gutgemeinten literarischen Bemühungen deutscher "Linksradikaler", die anstelle Israels definieren möchten, wer dessen wahre und wer dessen falsche Freunde sind. - Am Beispiel Axel C. Springer ließe sich das noch deutlicher zeigen.

Das offizielle Israel, und das gilt nicht weniger für die überwiegende Mehrheit der israelischen Öffentlichkeit, bewertet Sachverhalte im Wesentlichen nach dem realen oder unterstellten Nutzen für das Land. Deutsche Waffenlieferungen beispielsweise werden für Israel nur insoweit zum Ärgernis, wie sie arabischen Staaten zukommen, sich also eventuell irgendwann gegen Israel richten könnten. Alles übrige ist aus israelischer Sicht nicht interessant. Kann es auch gar nicht sein, weil Israel durchaus keine moralische Grundsatzposition gegen Rüstungsexport vertritt. Schließlich rangiert Israel unter den zehn wichtigsten rüstungsexportierenden Ländern, hat wahrscheinlich sogar weltweit den größten Anteil des Waffenexports am Bruttosozialprodukt. Zweifellos ist die Rüstung Israels wichtigste Exportindustrie, und die israelische Politik auf diesem Sektor ist von der

gleichen "über Leichen gehenden" Skrupellosigkeit und kriminellen Energie gekennzeichnet, die allgemein das internationale Waffengeschäft prägt. Daß ein finanzschwaches, aber militärisch weit "über seine Verhältnisse" ambitioniertes Land wie Israel auf einen maximalen Rüstungsexport dringend angewiesen ist und dabei nicht wählerisch sein kann, bedarf keiner Erklärung. Man braucht sich nicht einmal um die Bewertung dieser Tatsachen zu streiten, um festzustellen, daß der "linksradikale" Versuch, das real existierende Israel auf den verwaisten Thron zu plazieren, den früher die russische Oktoberrevolution, dann die chinesische Kulturrevolution, dann die Perestroika einnahmen, zu einem neuerlichen Fiasko führen muß.

Kt.

23. In Sachen Deutschland gegen Israel: Linker Selbstfreispruch ?

Rubrik: Golfkrieg; Grüne (und Vorläufer); KB und AK; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:33

Alle Beteiligten gehen davon aus, daß sich der Kommunistische Bund (KB) im zwanzigsten Jahr seines Bestehens auflösen wird. Es ist möglich, daß auch seine Zeitschrift, der ak, nicht weiter erscheinen kann. Am Ende zerbricht dieses erfahrene linke Kollektiv ausgerechnet im Streit um die deutsche Wiedervereinigung (1990) und zuletzt um die linke Haltung zu Israel (Anfang 91).

Das ist weder ein Zufall, noch eine Ironie der Geschichte - es ist die Konsequenz von zwanzig Jahren kommunistischer Theorie und Praxis, die sich der zentralen Herausforderung für Linke in Deutschland, alles zu tun, Auschwitz zu begreifen und zu verhindern, daß sich etwas vergleichbares jemals wiederholt, nie wirklich gestellt hat (siehe dazu auch max. Artikel "Israel, die deutsche Linke und der KB" in diesem ak). Nicht daß wir daran gescheitert sind, sondern daß das Kollektiv KB sich der Erkenntnis dieses Scheiterns verweigert und die Anstrengung einer linken Selbstbefragung vermeidet, macht das Ende des gemeinsamen Projektes KB unvermeidlich.

Damit aus dem unvermeidlichen Ende der Anfang einer sinnvollen Arbeit wird, müssen wir uns zuallererst mit den in unseren Reihen entwickelten Positionen beschäftigen: Hier soll es um den ak 328 vom 11. März, der wenige Tage nach Einstellung des Krieges zwischen dem Irak und den USA erschienen ist, gehen. Über etliche Seiten ist dort das mal hilflose, mal geschulte Bemühen dokumentiert, irgendwie mit der Bedrohung Israels "fertig zu werden". Die linken Autoren mögen leider weder vor sich selbst noch vor ihrer LeserInnenschaft eingestehen, daß dieses Anliegen ihnen eine Herzenssache ist, sie selber, als deutsche Linke, engagiert sind. Stattdessen suggerieren sie mit einem Schwall von Detailinformationen und großspurigen Überschriften, die Logik, Konsequenz und materialistische Analyse versprechen, hier entwickelten kühl überlegende, an der Auseinandersetzung unbeteiligte Schreiber eine objektive Position. Wenn wir versuchen, das den Argumenten zugrundeliegende Ressentiment herauszuarbeiten, ist unser Ziel nicht die Autoren bloßzustellen oder sie als Antisemiten zu etikettieren - wir wollen die schlechte Tradition unserer linken (Nicht-)Auseinandersetzung über Antisemitismus und die daraus resultierenden Fehler in der aktuellen Praxis zum gemeinsamen Problem machen.

"Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels." - Wenige Tage, nachdem er diesen Satz formuliert hat, in dem er den Angreifer zum Opfer und die Angegriffenen zu Tätern machte, ist Hans-Christian Ströbele als Bundesvorstandssprecher der Grünen zurückgetreten. Nicht dieser Satz und das ihm zugrundeliegende Denken beunruhigt im ak 328 aber die Gemüter, sondern die Kritik daran und Ströbeles Rücktritt. "Wenn dem Esel zu wohl ist, geht er aufs Eis" versucht K. im ak Ströbeles Motivation zu entschlüsseln und rügt ihn scharf - nicht wegen seiner Äußerungen, sondern wegen seines Gesprächspartners: "Broder in der gegebenen Situation (wenn es um Antisemitismus geht, Anm.d.A) ein Interview zu geben, ist also zumindest grob fahrlässig - wenn nicht einfach saublöd" (ak 328, S.22). Henryk M. Broder nämlich ist zwar ein "außerordentlich gute(r) Journalist, der häufig eine begnadete Feder führt", "geht es jedoch um Themen wie 'deutsche Linke' ... 'Antizionismus', 'Antisemitismus' wandelt er sich vom Journalisten zum Politiker (das müssen Kommunisten ja verdächtig finden, Anm.d.A.), der unbedingt zur israelischen Kriegspolitik steht."

Zur Erinnerung und zum bitteren Vergleich: Im SPIEGEL 3/1990 wird der Anwalt Gregor Gysi, der in der DDR die Menschenrechte verteidigte, über alle Maßen gelobt, um dann den sozialistischen Politiker Gregor Gysi unter Verwendung zahlreicher antisemitischer Klischees ("Drahtzieher", "Trickser", der mit der "Tarnkappe" und der "intellektuellen Kälte", der "Advokat" mit den "Winkelzügen") als Feind der Deutschen zu enttarnen. Eine Woche zuvor hatte SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein den Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel als "eine der angesehensten Stimmen der Judenheit in der Welt" gepriesen, um dann den Elie Wiesel, der vor der Wiedervereinigung warnte, mit scharfen Worten zu attackieren: Er habe kein Recht zur Einmischung in die deutsche Politik. Das ist die deutsche Neufassung von "Logik, Konsequenz und Antisemitismus" (erst nach mehrmaligem Bedenken drängt sich die furchtbare Wahrheit dieser ak-Überschrift auf), Juden als begnadete

Journalisten, begabte Anwälte und Nobelpreisträger zu loben, um sie dann um so deutlicher aus linker (so K.) oder liberaler (so Augstein) deutscher Politik ausgrenzen zu können.

Das zu erreichen engagiert sich, bezogen auf Broder, im ak gleich noch ein weiterer Autor: Dietrich Schulze-Marmeling mit seinem "Versuch, die Israel-Debatte auf die Füße zu stellen". Broder ist seiner Meinung nach "intellektuell und rhetorisch ungleich begabter" als z.B. Otto Schily, aber geht es um die deutsche Linke im allgemeinen und um die Nahost-Politik der grünen Bundestagsabgeordneten Ellen Olms (deren Mitarbeiter Dietrich 1987 war) (1) im besonderen, zeigt sich sofort "die für Broder typische Mischung aus Halbwahrheiten, Verdrehungen und abstrusen Unterstellungen", die Kritiker "mundtot" macht, ihnen "die öffentliche politische Hinrichtung" androhte und offenbart, wie "niedrig die Schwelle zum Vertreibungsdenken" bei Broder ist. Wie bei K. ist auch bei Dietrich Schulze-Marmeling Broder Beteiligter an einem gegen die Linke gerichteten Komplott: K. stellt fest, daß das Interview "lanciert" worden sei, "Zweck der Operation war es, die Grünen-Delegation effektiv daran zu hindern, in Gesprächen mit israelischen Friedenskräften und Politikern auf die gegen die deutsche Friedensbewegung erhobenen Vorwürfe ... zu antworten", in dem "Versuch, die Israel-Debatte auf die Füße zu stellen" erinnert sich Dietrich, "ein weiterer, allerdings mehr hinter den Kulissen agierender Akteur dieser komplizierten Operation hieß Max Thomas Mehr". Folgerichtig solidarisiert sich Dietrich ausdrücklich mit Christian Ströbele, dem vorerst letzten Opfer des Juden Broder und innergrüner Intrigen.

Ebensowenig wie K. in seinem Artikel unternimmt Dietrich den Versuch, sich mit Ströbeles fatalem, aber eindeutigen Satz auseinanderzusetzen. Die vagen Hinweise auf "Fälschung" geben nichts her und haben sich mittlerweile ja wohl auch erledigt (Ströbele hat trotz großer Ankündigung eben keinen Prozeß angestrengt und behauptet auch nicht, er habe den Satz nicht gesagt). Dafür geben sich beide beleidigt: Dietrich, weil ausgerechnet die Grünen als die "am wenigsten antisemitische" deutsche Partei und überhaupt die Linke stärker als die Rechte attackiert werden, und K. ist beleidigt, daß der "deutsche Grüne Ströbele" nicht so reden darf wie der "strengreligiöse" jüdische Gelehrte Leibowitz. K. wünscht sich offensichtlich "Normalität" zwischen Deutschen und Juden, Dietrich möchte zumindest einen Bonus für AntifaschistInnen: "In dem Moment, wo sich jemand wie Ströbele kritisch zur Nahost-Politik des Staates Israel äußert, wird sein Antifaschismus für null und nichtig ... erklärt. Ungekehrt erregt die tatsächlich antisemitische Äußerung eines CDU-Politikers weit weniger Aufmerksamkeit." Nun hat sich Ströbele aber eben nicht nur "kritisch" zur "Nahost-Politik des Staates Israel" geäußert, sondern er hat die Ursache des irakischen Raketen-Angriffs auf Israel in der israelischen Politik gesucht und damit indirekt gerechtfertigt, auf jeden Fall den Irak entschuldigt. Außerdem sollte uns als Linken linker Antisemitismus doch tatsächlich erheblich mehr zu denken geben, als die antisemitischen Äußerungen rechter Politiker. "Natürlich", bestätigt Dietrich, gebe es "linken Antisemitismus" mit einer "langen, unheilvollen Tradition in der deutschen Linken". Er fährt dann jedoch mit einem "Aber" fort und wehrt jegliche Auseinandersetzung mit diesem Thema entschieden ab.

Dabei wäre gerade angesichts der Selbstsicherheit, mit der von deutschen kommunistischen Israel-Kritikern im ak (und in anderen linksradikalen Publikationen) festgestellt wird, daß Israel nicht wirklich bedroht war, die Raketenangriffe auf Tel Aviv nicht "Ausdruck einer Kampfoffensive" waren, die Scud-Raketen nur halb so gefährlich wären, wie behauptet würde, und mit der israelischen PolitikerInnen Ratschläge gegeben werden, wie sie am besten die Sicherheit für Israelis gewährleisten könnten, eine Auseinandersetzung mit linken antisemitischen Positionen und mit dem Zusammenhang von Israel-Kritik und Antisemitismus (2) dringend notwendig.

Wären nämlich die damals genauso selbstsicher vorgetragenen Parolen unserer (das gilt für alle linke Gruppen) Flugblätter aus den 70er Jahren tatsächlich umgesetzt worden, gäbe es heute Israel und viele seiner Bewohnerinnen nicht mehr: Der "zionistische Staat" wäre längst vom palästinensischen Volk "zerschlagen".

Schon darum hatte Broder recht, als er Ströbele und den Grünen ihre Israel-Tournee vermasselte. Was hatten diese denn den aus dem Irak u.a. mit deutscher Hilfe angegriffenen Menschen zu sagen? "... gerade aus der Friedensbewegung und den Grünen haben viele dagegen protestiert ... und Unterschriften gesammelt. Erreicht hatten wir leider nichts" - so Ströbele vor der Reise am 12.2. an die "lieben Freundinnen und Freunde der israelischen Friedensbewegung". Auch wenn man also daheim im grün begrüßten Großdeutschland "leider" nichts habe ausrichten können, sollten die BewohnerInnen Israels doch bitteschön unsere guten Absichten würdigen und tapfer den irakischen Raketenangriffen ins Auge sehen und vor allem damit aufhören, den Irak zum Einsatz seiner Raketen zu zwingen! Broders Interview mit Ströbele war eine der wenigen sinn- und

wirkungsvollen politischen Initiativen in den Golfkriegswochen. Sie hat offengelegt, was die grünen und linksradikalen Verteidiger der Friedensbewegung und eben auch die ak-Autoren Dietrich und K. gerne weiterhin nicht gesehen hätten, daß es nach wie vor eine weitgehende, wenn auch heimliche und eher verdrängt-unbewußte Zusammenarbeit zwischen Bourgeoisie und großen Teilen unserer linken Opposition in Deutschland gegen Israel gibt. Die einen rüsten den klar antijüdischen Diktator mit grauen- und wirkungsvoller Mordtechnologie aus. Die andern, die das entgegen nachträglichen Beteuerungen, von Ausnahmen abgesehen, nicht gekümmert hat, machen die Juden selbst dafür verantwortlich, wenn diese deutsche Mordtechnologie gegen sie eingesetzt wird.

Tatsächlich reicht der Skandal allerdings noch weiter: K. bemüht, weil er sich seiner Argumente gegen Broder zu recht nicht ganz sicher ist, noch einen Kronzeugen gegen Broder: Der Westberliner Philosoph Ernst Tugendhat, der in einem Essay für die "Zeit" während des Golfkrieges den Israelis vorgeworfen hat, sie spielten "auf dem irrationalen Schuldgefühl eines anderen (gemeint sind die Deutschen, Anm.d.A.) virtuos wie auf einem Klavier", hat im übrigen "die Deutschen" (auch so pauschal) ermuntert, nur "die wirklichen Interessen" Israels zu berücksichtigen und nicht die von der israelischen Friedensbewegung oder der israelischen Regierung behaupteten. Er ist glücklicherweise Jude und eignet sich deswegen ausgezeichnet dafür, jede deutsche Israel-Kritik zu legitimieren. Dafür wird er so nötig gebraucht, daß man sich um die zugrundeliegende Philosophie keine Gedanken macht. Ernst Tugendhat, der nicht nur im ak, sondern z.B. auch in der "Flugschrift" der Radikalen Linken und in der April-Ausgabe der "Emma" zustimmend und als "jüdischer Humanist und Universalist" (Emma) zitiert wird, ist nicht nur ein scharfer Kritiker deutscher Schuldgefühle und israelischer Politik, er fordert die Deutschen auch auf, wieder unbefangen über die Tötung "lebensunwerten Lebens" nachzudenken: "Die Euthanasie-Diskussion ... ist zwar ... im negativen Interesse der Behinderten, sie ist aber zugleich im positiven Interesse aller," schrieb Tugendhat, der sich auch schon für Peter Singer und andere "Euthanasie"-Theoretiker stark gemacht hat, am 6. Juni 1990 in der "taz" und formiert damit zumindest sprachlich die Volksgemeinschaft, aus der bestimmte Gruppen eben ausgegrenzt werden müssen. (3)

Das von Tugendhat im Rahmen eines deutschen Diskurses und angesichts eines aktiven Ressentiments gegen zwei Gruppen, die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik geworden sind, heute so massiv Stellung bezogen wird, ist schlimm - daß er das in einer "liberalen" Zeitung wie der "Zeit" tun kann und er in einer kommunistischen Zeitung wie dem ak stillschweigend als Vordenker akzeptiert wird, sagt viel über das Scheitern des Antifaschismus in Deutschland.

Ulli K. und Fassanbass

1) Um Mißverständnisse zu vermeiden: Unserer Erinnerung nach wurde Broders Intervention gegen die nahostpolitischen Initiative von Ellen Olms und Dietrich Schulze-Marmeling 1987 ihr tatsächlich nicht gerecht und zweifellos haben grüne Realos wie Otto Schily damals ihr politisches Süppchen darauf gekocht: Indem Dietrich selber aber seine Initiative von 1987 mit Ströbeles Interview 1991 in einen Zusammenhang bringt und aus dem einen Schlüsse über das andere zieht, desavouiert er seine Kritik an dem konkreten Vorgehen von Broder damals. Sein generalisierendes, mit klischeehaften Bildern vollgestopftes Resumee über den Journalisten Broder ist Gegenstand unserer Kritik, nicht die damalige Auseinandersetzung.

2) Das es die gibt, hat auch Christian Ströbele, damals noch Bundestagsabgeordneter, in einer Großen Anfrage an die Bundesregierung 1986 festgestellt.

3) Tugendhats Eintreten für die Tötung der Menschen, deren Leben ihm "lebensunwert" erscheint, und sein Engagement gegen Israel haben eine gemeinsame Basis, die hier nur kurz angerissen werden kann: In Tugendhats im wesentlichen positivistisch begründeten Positionen werden Konsequenzen aus dem Nationalsozialismus nicht gedacht, er geht weiterhin davon aus, es lasse sich etwas "Bestes" für "Alle" erreichen, wenn man die "objektiven Interessen" berücksichtige. Die terroristische Dimension, die die Realisierung dieser "objektiven Interessen" haben kann, beschäftigt ihn genausowenig, wie eine Kritik der realen Verhältnisse oder auch nur ihre ernsthafte Berücksichtigung (Behindertenfeindlichkeit, Antisemitismus).

24. Henryk reitet wieder

Rubrik: Golfkrieg; Grüne (und Vorläufer); Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:53

"Bei meinen nächsten Veröffentlichungen werde ich," informierte Henryk Broder den Rechtsanwalt von Christian Ströbele, Eisenberg, "ergänzend auf Äußerungen von Herrn Ströbele hinweisen, die bisher nicht in die Öffentlichkeit gedrungen sind und seine Position hinsichtlich Israel entscheidend präzisieren. Sollte Herr Ströbele der Meinung sein, daß er die Talsohle seiner politischen Karriere noch nicht erreicht hat, bin ich gern bereit ihn auf diesem Weg zu begleiten. Es wird mir ein Vergnügen sein." Der Brief ist mit dem Datum 8.3.91 und der Ortsangabe Berlin versehen.

Jerusalem

Broder wußte, wovon er schrieb. Denn am selben Tag, dem 8.3.91, erschien in der als Tageszeitung publizierten Israel-Ausgabe der "Jerusalem Post" auf Seite 1 eine mit "Henryk Broder, Jerusalem Post Correspondent" gezeichnete Meldung unter der Schlagzeile: "Party member alleges: Greens man felt Gulf peace was worth a million Jews" (Parteimitglied behauptet: Grüner meint, daß Golffrieden eine Million Juden wert wäre). Ströbele habe einige Tage vor der Veröffentlichung des Interviews, das Broder mit ihm für die Israel-Ausgabe der "Jerusalem Post" geführt hatte (s. ak 328, S. 22), einem pro-israelischen Grünen nach dessen Darstellung gesagt:

"Wenn eine Million Juden sterben müßten, um eine Eskalation des Golfkriegs zu vermeiden, würde ich das in Kauf nehmen."

Ströbele hatte diese Äußerung in einem Telefongespräch mit dem Grünen-Mitglied Christian Vogt-Moykopf getan, den er wegen der Initiierung eines "nicht offiziellen" Briefes von Mitgliedern der Partei, in dem Solidarität mit Israel und Unterstützung für die Lieferung von Patriots dorthin ausgedrückt wurde, kritisierte.

"Nach unserem Brief an den israelischen Botschafter in Bonn und den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, bekam ich einen Anruf von Herrn Ströbele", erinnerte sich Vogt-Moykopf. "Er sagte mir, er kenne mich als eine vernünftige Person, und deshalb könne er nicht verstehen, wie ich die Lieferung von Patriot-Raketen und sogar den Einsatz deutscher Soldaten zum Schutz ‚dieses Staates` unterstützen könne. Alle Waffenlieferungen an Israel würden eine weitere Eskalation der (...) (Auslassung in der Quelle; Anm. K.) Konflikte im Mittleren Osten zur Folge haben. Ich fragte ihn, warum er sich nicht um das Leben Tausender von Menschen kümmere, und er antwortete: ‚Wenn eine Million Juden sterben müßten, (...) (Auslassung in der Quelle; Anm. K.) würde ich das in Kauf nehmen.` (...)"

Jeder auch nur halbwegs seriöse Redakteur hätte bei einem solchen Korrespondenten-Bericht, dessen darin enthaltene ungeheuerliche Anschuldigung sich allein darauf stützt, daß eine Person (ein Christian Vogt-Moykopf) behauptet, eine zweite Person (Christian Ströbele) habe am Telefon dies und das gesagt - wenn er schon diesen Bericht nicht gleich in der Personalakte des betreffenden Korrespondenten ablegt - zumindest bei dem Beschuldigten rückfragen (lassen) müssen. Bundesdeutsche Redakteure, deren Zeitungen Meldungen dieser Richtung, wenn sie nur den Anschein der Wahrscheinlichkeit haben, in großer Aufmachung zu bringen pflegen, müssen hingegen den Käse gerochen haben, denn nur zwei kleine Blätter in München und Bonn, beide vom selben Israel-Korrespondenten, Ulrich Sahm, noch am 8.3. per Fax beliefert, haben die Meldung übernommen. Ohnehin stellt sich die Frage, ob Broder von vornherein darauf verzichtet hat, seine "Enthüllung" deutschsprachigen Zeitungen, zu denen er ja gute Verbindungen hat, anzudienen bzw. was ihn veranlaßte, diese Story über die "Jerusalem Post" zu lancieren.

Dem bei der Münchner "Abendzeitung" mit der Bearbeitung der (branchenüblich aus der englischsprachigen "Jerusalem Post" abgeschriebenen) Korrespondenz befaßten Redakteur Wulf Petzold war es jedenfalls "derart schaurig geworden", daß er vor der Veröffentlichung erst bei Broders Informanten nachfragte. Mit dem Ergebnis, daß Christian Vogt-Moykopf "diese Meldung der ‚Jerusalem Post` gegenüber der AZ (bestätigte). Der furchtbare Satz sei während des Golfkriegs am Telefon gefallen, als er sich um eine Solidaritätserklärung der Grünen mit dem von Saddam bedrohten Israel bemühte." (Abendzeitung, 9.3.91)

Dem Bonner "General-Anzeiger", der die Meldung - als "Exklusivbericht der Jerusalem Post" - ebenfalls am 9.3.91 brachte, waren die Skrupel, die der Münchner Redakteur noch spürte, offensichtlich fremd; ohne Rückfrage bei Ströbele und Vogt-Moykopf wurde die Meldung ins Blatt gehoben. Ströbele reagierte mit einer Gegendarstellung: "(...) Der Bericht der Jerusalem Post ist falsch. Ich habe einen solchen Satz nie gesagt." Die Redaktion setzte mit der Anmerkung nach: "Dem General-Anzeiger liegt eine Eidesstattliche Versicherung des Herrn Vogt-Moykopf vor, daß alle in dem Artikel vom 9./10. März 1991 gemachten Angaben, die sich auf Zitate von Herrn Ströbele gegenüber Herrn Vogt-Moykopf beziehen, der Wahrheit entsprechen." (General-Anzeiger, 4.4.91)

Christian Ströbele bekräftigte auf unsere Nachfrage hin, die behauptete Äußerung weder so oder auch nur annähernd ähnlich getan zu haben. Da er gegen die Beteiligten an diesem Rufmordversuch rechtliche Schritte eingeleitet habe, wolle er sich vorläufig nicht (öffentlich) weiter zu der Angelegenheit äußern.

Tübingen

Broders Informant Christian Vogt-Moykopf bekleidet in Tübingen den Posten eines Grünen-Kreisrats. Diesen auf Dauer doch recht engen Wirkungskreis versuchte er im September 1990 zu verlassen, als er pünktlich einige Tage vor dem ersten gesamtdeutschen Wahlkongreß der Linken Liste/PDS (15./16.9.90) mit der Behauptung vor die Welt trat, er sei "telefonisch von einem PDS-Präsidiumsmitglied gefragt worden, ob er statt für die Grünen nicht für die Linke Liste/PDS (bei den Bundestagswahlen; Anm. K.) kandidieren möchte. Falls er in finanzieller Hinsicht Bedenken hätte, habe man vorab klar gemacht, ließe sich schon etwas regeln." (taz, 14.9.90) Konkret sei ihm "ein mit der Bezahlung nach BAT III/II A dotierter Posten beim PDS-Landesvorstand Mark Brandenburg angeboten worden" (FAZ, 13.90).

Der Parteivorstand der PDS erklärte zu der Unterstellung einiger Grüner, darunter Vogt-Moykopf, die PDS würde unzulässige Abwerbungen oder sogar finanzielle Angebote zu Übertritten praktizieren: "Herr Vogt-Moykopf könnte nur jener Herr gewesen sein, der Herrn Gysi in Tübingen nach einer Diskussionsveranstaltung ‚verfolgte` und dessen persönlichen Mitarbeiter, Herrn Folde, ständig bedrängte, weil er unbedingt Herrn Gysi sprechen müßte. In einer Gaststätte war ihm der Kreis zu groß, dennoch suchte er dann in aufdringlicher Weise den Kontakt zu Herrn Gysi, in dem er sich zu ihm an den Tisch setzte und ihm erklärte, für die PDS in der DDR arbeiten zu wollen. Herr Gysi erwiderte zum damaligen Zeitpunkt - nicht vor vier Wochen, sondern am 3.7.1990 -, daß es diesbezüglich noch keine Überlegungen gebe." (ND, 15.9.90)

Bemerkenswert ist in Vogt-Moykopfs Erzählungen auch der Umstand, daß ihm ein PDS-Präsidiumsmitglied, also ein DDR-Bürger, eine "Bezahlung nach BAT III/II A" angeboten haben soll. Zum einen war diese Art der Bezahlung in der DDR völlig unbekannt; zum anderen spiegelt diese "konkrete Angabe" vor allem die Mentalität eines Beamten wider, der - selbst im Falle behaupteter Bestechung - nicht in Mark, sondern nur in Kategorien des Bundesangestelltentarifs zu denken vermag. Vogt-Moykopf machte dann auch, was diesen Punkt angeht, alsbald einen Rückzieher. "Von ‚Abwerbung mit dem Scheckbuch` zu sprechen, sei allerdings überspitzt gewesen, sagte der Tübinger Grüne. Man habe nur versucht, ‚Entscheidungshilfe zu leisten`, indem finanzielle Verbindungen zu den Grünen als problemlos bezeichnet worden seien." (taz, 17.9.90) Da Vogt-Moykopf jedoch im Übrigen bei seinen Behauptungen geblieben ist, hat die PDS ein Unterlassungsklage-Verfahren gegen ihn angestrengt, das bisher noch nicht abgeschlossen ist.

Jerusalem und Tübingen

Während der Grünen-Bundesvorstand Ende Januar 91 eine Erklärung abgab, in der die vom Bundestag mehrheitlich gebilligte Lieferung von Patriot-Raketen und militärischen Hilfsgütern an Israel abgelehnt wird, schrieben fünf der insgesamt acht Tübinger Kreisrätinnen und Kreisräte einen Brief an den Zentralrat der Juden in Deutschland, die israelische Botschaft und die jüdischen Gemeinden in Baden-Württemberg, in dem sie das Angebot der Bundesregierung als Hilfe zur israelischen Verteidigung ausdrücklich begrüßen. Christian Vogt-Moykopf, der zu den Unterzeichnern dieses Briefes gehört, forderte ergänzend - da Saddam Hussein den Juden in Israel die Vernichtung angedroht habe: "und ich zweifle nicht, daß er dies tun würde, wenn er die Macht dazu hätte" -, die Entsendung von Bundeswehreinheiten zur Verteidigung Israels dürfe nicht ausgeschlossen werden. Vogt-Moykopf wollte nach eigenem Bekunden mit dieser Erklärung, die eine Änderung des Grundgesetzes für den Truppeneinsatz impliziert, "bewußt einen Tabubruch herbeiführen", um

die Grünen in dieser Frage zu einer Auseinandersetzung zu zwingen. (Süd-West- Presse/Tübinger Tagblatt, 2.2.91)

Der Tabu-Brecher - oder eher: Agent provocateur (im eigenen Auftrag) - Vogt-Moykopf, aufgrund dieses "Alleingang(s)", der "weder mit der Kreistagsfraktion, noch mit dem Kreisvorstand, geschweige denn mit der Basis abgestimmt" war (Leserbrief, SWP/Tübinger Tagblatt, 9.2.91), unter Beschuß geraten, bediente sich daraufhin des in Tübingen u.a. als rühriger Leserbriefschreiber bekannten israelischen Staatsbürgers Yossi Ben-Akiva, um Punkte im innerparteilichen Stellungskrieg zu sammeln.

Ben-Akiva unterstützte per Leserbrief Vogt-Moykopfs Votum für den Einsatz der Bundeswehr in Israel und nahm diese Gelegenheit wahr, eine Tübinger Grünen-Landtagsabgeordnete, die das oben erwähnte Schreiben an u.a. den Zentralrat der Juden in Deutschland öffentlich kritisiert hatte, zu diskreditieren. Einerseits, ließ Ben-Akiva wissen, beteiligten sich Grünen-Verbände an Kampagnen wie "Waffen für El Salvador", andererseits aber treffe "der deutsche links-grüne ‚Pazifismus` (...) alle Juden in allen Zeiten und allen Lebenslagen. Just in diesen Tagen sprach die Tübinger MdL der Grünen, Frau Muscheler-Frohne, eine ‚konsequente Pazifistin`, bei einer Diskussion selbst den Juden im Warschauer Ghetto das Recht ab, sich gegen die deutsche SS mit der Waffe in der Hand zur Wehr zu setzen." (SWP/Tübinger Tagblatt) Die Angegriffene stellte ihrerseits klar, daß sie diese Worte "weder so, noch so ähnlich, sondern überhaupt nicht gesagt" habe. (SWP/Tübinger Tagblatt, 20.2.91)

Wie aber kam Yossi Ben-Akiva zu dieser Story, die - von ihrer Konstruktion her - nicht weniger fantastisch ist, als die Äußerung, die laut Vogt-Moykopf Ströbele getan haben soll? Christine Muscheler-Frohne: Bei einem Abendessen in privatem Rahmen mit einigen Abgeordneten, das nach der Absendung des Briefes an den Zentralrat und dem Votum Vogt-Moykopfs für den Bundeswehrseinsatz in Israel stattgefunden hatte, sei es zu einer heftigen Diskussion gekommen. Den prinzipiell pazifistischen Argumenten habe der ebenfalls anwesende Vogt-Moykopf entgegengehalten: Dann müßt ihr auch dagegen sein, daß sich die Juden im Warschauer Getto bewaffnet zur Wehr gesetzt haben. - Kurz darauf erschien, in einem Leserbrief Ben-Akivas, der bei dieser Diskussion gar nicht zugegen war, eine Auffassung die Vogt-Moykopf den Teilnehmern dieser Debatte unterstellt hatte als tatsächliche Äußerung von Christine Muscheler-Frohne.

Es ist zumindest einen Gedanken wert, ob Vogt-Moykopf, wenn er die Ströbele angelastete Äußerung nicht gänzlich aus der Luft gegriffen hat, wohl Ströbele selbst gefragt hat, ob er etwa zur Vermeidung einer weiteren Eskalation des Golfkriegs den Tod von einer Million Juden in Kauf nehmen wolle.

K., Hamburg

P.S.: Christian Vogt-Moykopf war für Rückfragen bis zum Redaktionsschluß nicht erreichbar.

25. Antisemitismus in der Sowjetunion. Auswirkungen der Auswanderungswelle auf Israel

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:24

Seit einigen Wochen, ja Monaten sorgt die Einwanderung sowjetischer JüdInnen in die BRD für Aufregung. Bis zum Redaktionsschluß war immer noch ungeklärt, ob rund dreihundert sowjetische Jüdinnen, die nach einer Zwischenstation in Israel hier eingetroffen waren, als "israelische Touristen" nicht doch noch abgeschoben werden.

Die Angelegenheit ist deshalb so brisant, weil verschiedenste Interessensgruppen gegeneinander stehen: die Betroffenen selbst wollen eine gesicherte Zukunft in der BRD, die Bundesregierung versucht, ihr Image in Bezug auf die deutsche Vergangenheit aufzupolieren, will aber gleichzeitig kurz nach dem Golfkrieg auf keinen Fall die Beziehungen zu Israel belasten. Die israelische Regierung ist der Auffassung, daß nur Israel die "natürliche Heimat aller Juden" sei, und Verbände von Holocaust-Überlebenden sind reichlich befremdet darüber, daß die sowjetischen Emigranten ausgerechnet in Deutschland leben wollen.

Im folgenden Beitrag sollen zwei Hintergrundaspekte dieser Debatte genauer beleuchtet werden: Die Ursachen der Emigration aus der Sowjetunion sowie die massive Einwanderung nach Israel und ihre Folgen für die israelische Gesellschaft. Im nächsten AK soll ein zweiter Teil schwerpunktmäßig die inner-israelische und israelisch-palästinensische Auseinandersetzung behandeln.

Allein eine grobe Übersicht über die bereits erfolgten und noch abzusehenden zahlenmäßigen Veränderungen ergibt ein Bild, das ungläubiges Augenreiben verursacht: im Jahr 1990 wanderten etwa 200.000 Menschen nach Israel ein, davon 95% aus der Sowjetunion.

Der Einwanderungsrekord - in der letzten Dezemberwoche mit 12.000 - war so hoch wie die gesamte Einwanderung im Jahr 1988. Die Alija (1) 1990 war damit die größte seit 1951, so daß die jüdische Bevölkerung Israels die Viermillionengrenze überschritt. (2)

Diese Immigrationszahlen erscheinen in einem völlig anderen Bild, wenn bedacht wird, daß die Bevölkerung Israels nur einen Bruchteil dessen beträgt, was beispielsweise die BRD ausmacht.

Pro Tag stiegen mehrere 100 Menschen mit Sack und Pack (bzw. ohne) am Flughafen Ben Gurion aus. In demographischer Hinsicht bedeutet das entsprechende Beispiel, angewendet auf die BRD, daß auf dem Frankfurter Flughafen täglich 20.000 ImmigrantInnen einreisen würden. Israelische Behörden rechnen damit, daß innerhalb der nächsten zwei Jahre eine Million Neueinwanderer dazukommen.

Wurde und wird die Alija von zionistischen Organisationen innerhalb und außerhalb Israels begrüßt ("Seit der Alija aus Deutschland in den 30ern hatten wir noch nie so eine erfolgreiche wie jetzt") und gefördert ("Wir brauchen die sowjetischen Juden mehr als sie uns"), feierte die zionistische Ideologie ("Juden gehören nach Israel") angesichts eher magerer Einwanderungszahlen in den 80er Jahren nunmehr fröhliche Urständ', so wird allmählich folgendes deutlich: die Veränderung der demographischen Verhältnisse in diesem Ausmaß wird unkalkulierbare Prozesse hervorrufen. Die massive Einwanderung rührt an die Fundamente der israelischen Gesellschaft. Es gibt keinen einzigen Aspekt, der davon nicht beeinflußt werden wird, sei es ökonomisch, sozial, politisch, religiös, kulturell, ethnisch und - territorial.

Die Diskussion über Zahlen, wie sie in Israel geführt wird, steht in einem ganz bestimmten historischen Kontext: Seit der Entstehung des Zionismus spielten demographische Momente besonders dort eine bedeutende Rolle, wo es um das Verhältnis zwischen JüdInnen und - so treten sie in israelischen Statistiken auf - Nicht-Juden, also AraberInnen, geht. Ein ideologisches Standbein aller zionistischen Parteien und Gruppierungen war und ist die Herbeiführung, Aufrechterhaltung und Vertiefung der demographischen Balance zugunsten des jüdischen Bevölkerungssektors. Da von Anfang an klar war, daß die Geburtenrate der jüdischen Bevölkerung kaum ebenso hoch, auf keinen Fall aber höher als die der arabischen Bevölkerung sein würde, mußten substantielle Einwanderungszahlen die höheren arabischen Geburtenraten ausgleichen. Insgesamt sollte aus dieser Perspektive der jüdische Bevölkerungsteil ein demographisches Übergewicht bekommen. Angesichts der Kräfteverhältnisse in der zionistischen Bewegung war eine Voraussetzung der

israelischen Staatsgründung, die Erzeugung von palästinensischen Fluchtbewegungen, durchaus erwünscht und wurde rigoros durchgesetzt. D. h. die kriegerische, schubweise Transformation der Mehrheitsverhältnisse stand für den größten Teil nicht im Widerspruch zum notwendigen Offenhalten der Grenzen für Juden aus aller Welt. So ist es nicht erstaunlich, daß die hohen Einwanderungszahlen vor allem im rechten Likud-Lager zu Zahlenspielen führen, wonach das anvisierte "Groß-Israel" (= Staat Israel plus besetzte Gebiete) aus einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit und einer arabischen Minderheit bestehen würde.

Die in den 80er Jahren befürchtete "demographische Zeitbombe", wonach das Zahlenverhältnis zwischen JüdInnen und Nicht-JüdInnen in "Eretz Israel" immer ungünstiger ausfallen würde - im Jahr 2010 nur 52% JüdInnen und 2020 nur noch 48% - scheint nunmehr um einige Jahre verschoben. Sicher ist den Berechnungen zufolge jedoch, daß die palästinensische Minderheit, die im Kernstaat Israel selbst lebt und 1989 mit einem Anteil von fast 20% der Gesamtbevölkerung eine der weltweit höchsten Geburtenrate aufweist, auch in 50 Jahren keine "demographische Gefahr" darstellen wird: "Innerhalb der 67er Grenzen Israels wird jüdische Einwanderung zu einer Stabilisierung im Verhältnis von Juden (zu Arabern) führen. Gegenwärtig sind es 82%. Je nach dem, wieviele Einwanderer ankommen, wird der Prozentsatz sich zwischen 78% und 81% einpendeln". (3)

Wer sich darüber bewußt ist, daß die Aufrechterhaltung des "jüdischen Charakters Israels", in welchen Grenzen auch immer, das Non-Plus-Ultra zionistischer Politik ist, wird verstehen, daß die Kanalisierung der Einwanderung nach Israel, das Offenhalten der Frage, wo Israels Grenzen verlaufen, und der Wunsch, so wenige AraberInnen wie möglich im Land zu haben, sich gegenseitig bedingen, zumindest beim augenblicklichen Stand der Dinge.

Das "Gesetz der Rückkehr"

Die rechtliche Grundlage israelischer Einwanderungspolitik ist das 1950 verabschiedete und 1970 ergänzend beschlossene "Gesetz der Rückkehr", wonach alle JüdInnen das Recht haben, nach Israel einzuwandern. Zwischen der in sowjetischen Volkszählungen angegebenen Zahl, wer dem jüdischen Volk angehört, und der Zahl potentieller sowjetischer ImmigrantInnen, die unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen, besteht eine große Lücke. In der SU galt und gilt heute verstärkt das Bekenntnis zur "jüdischen Nationalität" (4) als nicht gerade ungefährliche Angelegenheit.

Die begründete Angst vor Diskriminierung und Schlimmerem ist die Voraussetzung dafür, daß viele ihr Judentum verstecken. Michael Tschlenow sprach in einem taz-Interview (9.5.9O) anläßlich des Jüdischen Weltkongresses von etwa drei Millionen JüdInnen in der SU: "Offiziell sind es weniger, denn es war immer schwierig, sich als Jude zu bekennen. Und nach wie vor ist ungeklärt, wer eigentlich als Jude gilt - die, die glauben, oder auch die, die ein jüdisches Elternteil haben".

Er wies damit auch auf das Problem hin, das mit dem "Gesetz der Rückkehr" verknüpft ist. Die Auseinandersetzung um die angebliche Identität von Religion und Nation führt in Israel immer wieder zu Rechtsstreitigkeiten zwischen orthodox-religiösen und säkularen Gruppen. Nach religiösem Gesetz gelten nur Kinder einer jüdischen Mutter als JüdInnen, nicht aber Kinder eines jüdischen Vaters, wenn er mit einer nicht-jüdischen Frau verheiratet ist. Das "Gesetz der Rückkehr" gestattet darüber hinaus "dem Kind und Enkel eines Juden, der Ehefrau eines Juden und der Ehefrau des Kindes oder Enkels eines Juden (die Einwanderung), mit Ausnahme einer Person, die Jude war und willentlich ihre Religion gewechselt hat." (5) Diese Definition erklärt, weshalb mehr als ein Drittel sowjetischer EinwanderInnen "keine JüdInnen" sind (der für ihre Eingliederung zuständige Minister Yitzak Peretz gab 35% an) und ihr "Jüdisch-sein" in Israel umstritten ist, was zu ihrer Ausweisung führen könnte. Peretz löste in Moskau bei den VertreterInnen von Ausreisewilligen heftige Bestürzung aus, als er für eine Straffung des Rückkehrgesetzes eintrat. Man müsse JüdInnen den Vorrang vor Nicht-JüdInnen geben. Das Gesetz in seiner derzeitigen Form schließe auch Personen mit ein, die nur seitens eines ihrer vier Großeltern jüdischer Abstammung sind. Deshalb müsse JüdInnen und ihren direkten Abkömmlingen das automatische Wohnrecht in Israel eingeräumt werden.

Unter Berücksichtigung des hohen Anteils an "gemischten" Familien unter den Einwanderern wird klar, daß die Anzahl potentieller sowjetischer ImmigrantInnen nach Israel im Grunde sogar mehrere Millionen beträgt.

Antisemitismus in der SU: das Beispiel Pamjat

70 Jahre lang wurde in der SU die Phrase wiedergekäut, "ein für alle mal (seien) die nationale Unterdrückung und die nationale Ungleichheit in all ihren Formen und Erscheinungen abgeschafft worden ... Das Sowjetvolk erscheint als eine qualitativ neue soziale und internationale Gemeinschaft, vereint durch die Gemeinsamkeit der ökonomischen Interessen, der Ideologie und politischen Ziele." (Gorbatschow auf dem 27. Parteitag der KPdSU im März 1986) (6). Schön wär's gewesen!

Daß von Internationalismus, gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Interessen und Schutz von Minderheiten in der SU nicht die Rede sein kann, ist wohl allen jüdischen Menschen in der SU klar. Der Wunsch, das Land zu verlassen, basiert je nach Region und Republik auf unterschiedlichen Motiven.

JüdInnen leben in der SU über die Union verstreut und streben deshalb, anders als andere nationale Bewegungen, nicht territoriale Souveränität an. Ist der Antisemitismus in der Ukraine beispielsweise ein eher untergeordneter Faktor, so dürfte er für die in der russischen Republik lebenden JüdInnen der Hauptgrund sein.

Antisemitismus in der SU ist ein Phänomen, das nicht erst seit einigen Jahren existiert, sondern von den Bolschewiki und ihren Nachfolgern nicht nur nicht adäquat bekämpft, sondern zum Teil auch ein innenpolitisches Instrument zur Herrschaftssicherung wurde. Die Mobilisierung des russischen Nationalismus während des "Großen Vaterländischen Krieges" bedeutete auch die Rehabilitierung der vorrevolutionären russischen Geschichte und Literatur sowie die positive Bezugnahme auf alte russische "Helden". 1944 wurde der Zugang von JüdInnen zu leitenden Funktionen auf Initiative Stalins beschränkt und über Jahrzehnte hinweg verunmöglicht. Die "Kampagne gegen Kosmopolitismus" 1948-1953 führte zu einer erheblichen Einschränkung jüdischer Tradition und Kultur bis zur Ermorderung ihrer SprecherInnen. Joseph Brodsky schrieb, daß das einzige russische Wort "Jewrej" (= Hebräer) seither tabuisiert und im Volksmund einen ähnlichen Stellenwert wie die "Vulgärbezeichnung einer Geschlechtskrankheit" (7) erhielt. Wurde eine Jüdin, die sich für einen Beruf in der Verwaltung oder ein Studium bewarb, wieder einmal abgelehnt - z.T. aus absurden Gründen -, so war klar, daß dies "wegen des fünften Punktes" erfolgt war. Dieser "fünfte Punkt" ist der in sowjetischen Inlandspässen obligatorische Vermerk der Nationalität und steht in der fünften Zeile dieser Pässe. "Wegen des fünften Punktes" galt als stehende Wendung bei den Betroffenen und beschrieb die alltägliche Diskriminierung. Die "Kampagne gegen den Zionismus" seit 1967 war nicht nur Ausdruck sowjetischer Nahostpolitik (die SU brach die diplomatischen Beziehungen nach dem Juni-Krieg zu Israel ab), sondern richtete sich auch gegen den innenpolitischen Feind.

Die Agitation gegen "Angehörige der jüdischen Hochfinanz", "zionistische Konzerne" und der nun nicht mehr "jüdisch-freimaurerische", sondern "zionistisch-freimaurerische" Verschwörungsmythos wurde offiziell verbreitet und ließ jeden sich zum Judentum bekennenden Menschen als Teil der Konspiration von "Imperialisten, Kriminellen, subversiven Elementen und Zionisten" erscheinen.

Der Rückgang der staatlichen "antizionistischen" Phraseologie während der 80er Jahre ging und geht jedoch nicht einher mit der Bekämpfung des Antisemitismus "von unten", der in den vor-Gorbatschow'schen Perioden konserviert worden war. Vielmehr konnten sich mit der Propagierung "demokratischer Meinungsvielfalt" neue Träger der entsprechenden Ideologie nun offen entfalten. Faschistische und antisemitische Gruppen dürfen ohne Strafandrohung für ihre Ziele werben. Die "Patriotische Bewegung Rußlands" Pamjat steht dabei nicht allein (siehe Kasten).

Auch russische Intellektuelle und SchriftstellerInnen aus dem Bereich der sog. Dorfprosa, die z.T. internationalen Ruf genießen, vertreten eine auf den ersten Blick unpolitische, zwischen den Zeilen aber eindeutig nationalistische und antisemitische Haltung. Die Romantisierung bäuerlichen Lebens, die Bindung der Bauern an "Boden und Scholle" und die Betonung von "Blut" und "Gesundheit der Nation" stehen im Gegensatz zu den die Idylle störenden "Juden". Bücher antisemitischen Inhalts erreichen oftmals Millionenauflagen und finden großen Anklang.

Die "Protokolle der Weisen von Zion" sind in Intellektuellenzirkeln mittlerweile wieder Diskussionsgrundlage, wenn es um die "jüdische Frage" geht. Das Pamphlet ist angeblich das wörtliche Protokoll von 24 Geheimsitzungen, in denen Juden die Weltverschwörung planten. Es wurde im 19. Jahrhundert von der zaristischen Geheimpolizei Ochrana aus verschiedenen Vorlagen zusammengeschustert und 1905 in Umlauf gebracht, mit dem erklärten Ziel, Judenpogrome anzuheizen. 1917 diente es als Beweis dafür, daß die

Oktoberrevolution eine "jüdische Revolution" und das Vorspiel zur Errichtung der "jüdischen Weltherrschaft" sei. (8) Das Schriftstück stellt für Pamjat das zentrale ideologische Bindemittel dar. In einem Interview umriß ein führender Funktionär Pamjats die Ziele der Bewegung: "Das Erwecken des geistigen Selbstbewußtseins der Russen, die Befreiung der Heimat der judo-satanistischen Bewegung, Wiedergeburt Rußlands auf der Grundlage seiner nationalen und religiösen Tradition". (9) Schuld an der Situation in der SU seien "nicht die eigentlichen Kommunisten. Uns ist klar, wer an den Ursprüngen des Kommunismus steht, sowohl der kommunistischen Theorie als auch des tatsächlichen Umbruchs. Es war immer ein und dieselbe Nation: manche nenne sie 'Eingewanderte', manche 'Juden', 'Hebräer' oder einfach nur 'Jidden'. Dies sind alle Synonyme zur Bezeichnung ein und derselben politischen Erscheinung."

Bei öffentlichen Auftritten nimmt der antisemitische Wahn materielle Gewalt an. Transparente mit der Aufschrift "Nieder mit den Juden" und der Verkauf der "Protokolle" auf der Straße gehen einher mit direkten Angriffen, Schlägereien und Steinwürfen gegen alles, was als feindlich empfunden wird.

Zwei Beispiele seien genannt, wie sich der Irrsinn in Gewalt und Demagogie ausdrückt: In der Verkleidung eines typisch jüdisch aussehenden alten Mannes trat der Führer Pamjats, Dmitrij Wassiliew, bei einer Literatenkonferenz in Leningrad auf. Während er aus den "Protokollen" zitierte, nahm er Perücke und falschen Bart ab und erklärte dann, ein Russe müsse sich heutzutage als Jude verkleiden, um gehört zu werden. Er erhielt stürmischen Beifall, als er betonte, die russische Literatur sei "jüdisch überfremdet". Ein auch in hiesigen Medien erwähnter Vorfall ereignete sich im Januar 1990: Eine Pamjat-Gruppe zerlegte die Gründungsversammlung einer reformorientierten russischen Schriftstellergruppe förmlich zu Kleinholz und kündigte Judenpogrome an: "Sie, die Abtrünnigen der russischen Schriftsteller, Sie Freimaurerjuden, Sie können sich aus dem Saal hinausbegeben. Genossen Juden, verlassen Sie den Saal, Sie sind keine Schriftsteller". (10)

Weg aus der SU - und wohin?

Daß Hunderttausende sowjetische JüdInnen Ausreiseanträge stellen und sich um Visa bemühen, beruht im Endeffekt darauf, daß die Hoffnung auf Perestroika und die Wiedererlangung einer jüdischen Identität im Lande selbst geschwunden ist. Waren die USA jahrzehntelang das Aufnahmeland (dort existiert die weltweit größte jüdische Gemeinde, größer als die in Israel), so findet die Tendenz, nach Israel auszuwandern, mehr Anklang als in früheren Zeiten. Die Einreise nach Israel ist nur bei einer verschwindend geringen Minderheit religiös oder ideologisch begründet. Vielmehr spielen ganz pragmatische Motive eine Rolle, nämlich dorthin auszureisen, wo es, ohne auf große Widerstände zu stoßen, am leichtesten machbar ist.

In dieser Situation werden die unterschiedlichen Aus- und Einreisebestimmungen und die knallharten Interessensunterschiede potentieller Aufnahmeländer deutlich, die - ohne auf die subjektiven Wünsche der Betroffenen Rücksicht zu nehmen - auf der zwischenstaatlichen Ebene Kontingentierungen, Einreisestopps und die Kanalisierung der Fluchtbewegung vornehmen. Israel "braucht" JüdInnen, die anderen nicht.

Die USA haben, dem Wunsch Israels entsprechend und gegen den Widerstand von jüdischen Organisationen, seit einigen Jahren die Einreise für JüdInnen auf Angehörige und solche mit Arbeitsnachweis begrenzt. Andere jüdische Organisationen entsprachen dem Druck Israels und lancierten eine politische und diplomatische Kampagne, um die Administration zur Schließung der Grenzen zu veranlassen.

Sochnut, die Jewish Agency zur Organisation der Auswanderung von JüdInnen aus der SU - zunächst illegal, da es Befürchtungen gab, als Abwerbeorganisation für sowjetische Arbeitskräfte Repressionen ausgesetzt zu sein -, eröffnete im Frühjahr 1990 Büros in Moskau, Leningrad und Kiew. In Zusammenarbeit mit der Konsularischen Vertretung Israels in der UdSSR versucht sie, den Ausreisestrom in das "zionistische Paradies" zu lenken. Alle jüdischen Organisationen in der SU, religiöse und säkulare, zionistische und nicht-zionistische, sind im Zentralverband WA'AD zusammengefaßt. Er steckt einen Großteil seiner Energien in die Immigration nach Israel. Es ist zu vermuten, daß er - ähnlich wie die meisten Verwaltungen Jüdischer Gemeinden - der Politik der israelischen Regierung entsprechen wird, da er sich schon jetzt weitgehend in materieller und politischer Abhängigkeit von ihr befindet. Der Vorsitzende von WA'AD, der von der Regierung bisweilen unter Druck gesetzt wird (er läßt es sich nicht nehmen, sich mit Palästinenserführern aus den besetzten Gebieten zu treffen) beklagte zudem, daß die israelische Linke sich zu wenig um die Probleme

sowjetischer JüdInnen kümmere und damit Vereinnahmungstendenzen seitens der Regierungsbehörden Vorschub leiste.

Auf einen Punkt gebracht: Menschen, die die Sowjetunion verlassen, um "endlich an einem Ort ihrer Wahl leben zu können, wo ihre Kinder eine sichere Zukunft haben" (11) werden zur Manövriermasse verschiedenster staatlicher und bevölkerungsplanerischer Interessen. Die israelische Regierung hingegen scheint Antisemitismus in der SU und in anderen Ländern nicht für ein so großes Problem zu halten, als daß sie sich mit allen verfügbaren Mitteln dagegen wendet. Eher scheinen nationalstaatliche Interessen im Vordergrund, denen sich Jüdische Gemeinden und Verbände unterordnen sollen. Und zuletzt: andere Staaten können es begrüßen, wenn Israel den Zuzug sowjetischer JüdInnen in ihr Territorium begrenzt oder gar gestoppt sehen will, kann doch auf diese Weise die jeweils eigene gesellschaftliche Auseinandersetzung um Antisemitismus bequem verdrängt und abgeschoben werden.

mö., Westberlin

Anmerkungen:

1) Alija = Einwanderungswelle nach Palästina/Israel (hebr.)

2) die jüdische Bevölkerung Israels betrug im Jahr 1948 650.000, 1951 1.404.000, 1961 1.932.000, 1967 2.384.000, 1973 2.845.000, 1981 3.320.000 und 1986 3.550.000.

3) vgl. "New Outlook" Dezember 90/Januar 91

4) Nationale Kulturen in der SU wurden als Teil des "Sowjetvolkes" anerkannt. Dementsprechend haben JüdInnen einen sowjetischen Paß, in dem unter der Rubrik, die die Nationalität angibt, "Jude".

5) zit. in: M. Morgenstern (Hg.): Kampf um den Staat, DIAK Band 18, Ffm 1990, S.245

6) zit. in: D. Gerns: Nationalitätenpolitik der Bolschewiki, Düsseldorf 1988, S. 11

7) J. Brodsky: Erinnerungen an Leningrad, München/Wien 1987

8) vgl. A. Pfahl-Traughber: Die "Protokolle der Weisen von Zion" - Der Nachweis der Fälschung und die tatsächliche Entstehungsgeschichte in: Judaica, Basel, H. 1/90; N. Cohn: Die Protokolle ... Köln/Berlin 1969

9) Interviews mit Pamjat-Faschisten siehe "Osteuropa"- Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens (Monatszeitschrift) Ausgabe März '90 u.a.

10) ebenda

11) so eine Immigrantin aus Moskau, die sich derzeit in Berlin befindet

Weitere Quellen:

Diverse Ausgaben von 1989 bis 1991 von: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Jerusalem Post, israel & palestine, new outlook, Osteuropa, return, Süddeutsche Zeitung, tageszeitung

Die "Patriotische Bewegung Rußlands" PAMJAT ist der am besten organisierte Teil der rechten Szene in der SU, gleichzeitig aber viel eher Bewegung als Organisation. Pamjat wurde eine Art Erkennungswort für die (Neu-)Formierung des russischen Nationalismus und stellte zunächst eine intellektuelle Erscheinung dar, bevor sie zum politischen Faktor wurde. Die Entstehung Pamjats wird je nach politischem Standort wahlweise auf die 50er Jahre (nach der Lesart russophiler Nationalisten) oder die 70er Jahre (so die genauen Beobachter des russischen Antisemitismus) zurückdatiert. Letztere nennen die Anfang der 70er Jahre in Novosibirsk gegründete "Freiwillige Gesellschaft für Nüchternheit", die unter der Schirmherrschaft Ligatschows umgehend zu antisemitischer Agitation überging: Juden hätten die Russen mit der Seuche des Alkoholismus infiziert, um sie unschädlich zu machen und auszurotten. Eine dritte Version besagt, Pamjat sei Anfang der 80er Jahre aus der "Literarischen historisch-patriotischen Vereinigung" hervorgegangen, die wiederum im Ministerium für Luftfahrt der UdSSR entstanden sei. Auch in jenem Zirkel seien Antisemitismus und russischer Nationalismus gepflegt worden.

Sicher ist, daß Pamjat aus mehreren, v.a. literarischen Zirkeln hervorging, nicht unter 10.000 aktive Mitglieder hat und in den meisten Großstädten der SU aktive Gruppen unterhält. Pfahl-Traughber beschreibt Pamjat als Sammelbewegung und unterscheidet fünf ideologische Richtungen:

- Alt-Stalinisten, denen Stalin als Vorkämpfer gegen "

Faschismus, Trotzkismus und Zionismus" gilt.

- Neo-Stalinisten, die sich gegen die Reformen Gorbatschows wenden und in der Tradition des National-Bolschewismus stehen.

- Neo-Russophile, u.a. Vertreter der "Dorfprosa".

- Schwarzhunderter, die sich am Vorbild des Zarismus und der Monarchie orientieren.

- Russische Faschisten mit italienischem oder deutschem Vorbild.

Am 6. Mai '88 blies die Bewegung zu einer Demonstration in Moskau, um ihre Registrierung als politische Vereinigung durchzusetzen und sich international Gehör zu verschaffen. Die Militanz auf Demonstrationen und Kundgebungen nimmt zu. "Milizen" in Uniformen (schwarze Hemden und Stiefel, Koppel, Querriemen und Emblem) sorgen "für Ordnung", während potentielle Gegner - "Juden" - direkt angegriffen werden. Im Verlauf des Jahres '89 zog sich Pamjat eigenen Aussagen zufolge in die "Halblegalität" zurück und verzichtete darauf, bei den Wahlen zum Volkskongreß im März '89 eigene Kandidaten aufzustellen.

26. Doppelherrschaft vor dem Zerfall?

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:05

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht die aktuelle Situation in der UdSSR in den Medien an zentraler Stelle steht. War es bis Mitte März das Referendum über den weiteren Status der Union, so sind es jetzt der anhaltende Streik der Bergleute, die Preisreform vom 2. April und der sich zuspitzende Kampf zwischen Jelzin und Gorbatschow. Dabei sollte das Referendum über die Einheit der Union die Gemüter besänftigen und ein vorsichtiges Signal für die Zukunft der UdSSR sein. Tatsächlich war es Bestandteil des Kampfes um den richtigen Weg aus der Krise des Landes. Jelzin versucht an den Ansprüchen und Reformansätzen festzuhalten, die Gorbatschow 1985 formuliert hatte. Gorbatschow selber will im Verbund mit den Konservativen der KPdSU das Land modernisieren, ohne daß die Partei große Teile ihres Einflusses verliert. Der Ausgang des Kampfes ist derzeit ungewiß, doch die Lage der Menschen verschlechtert sich täglich und die sozialen Spannungen im Land werden immer unkalkulierbarer.

Derzeit streiken wieder einmal die Bergleute. In rund 170 Gruben im gesamten Land wird zwar Kohle gefördert, aber nicht in die Städte und Rayons ausgeliefert. Es fehlen ca. 100.000 Tonnen Kohle täglich. Einige Industriebetriebe, wie etwa Eisen- und Stahlwerke, stehen bereits still, da die gewohnten Lieferungen von Kohle und Koks ausbleiben. Auslöser des jetzigen Streiks sind zum einen die anhaltende wirtschaftliche Misere und die materielle Not der ArbeiterInnen und ihrer Familien. Hinzu kommt die politische Ungewißheit und das Ausbleiben ökonomischer und sozialer Verbesserungen. Auch die nach dem letzten großen Streik der Bergleute im Sommer 1989 nicht eingelösten Versprechen tragen zum Unmut der Menschen bei. Erst jetzt gab der sowjetische Regierungschef Pawlow zu, daß die damaligen Zusagen nicht eingelöst werden können, da dafür keine Mittel vorhanden sind. Aus gleichem Grund sei es unmöglich, den Forderungen nach erneuter Erhöhung der Löhne und nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen nachzugeben. Wissend, daß ihre Forderungen derzeit materiell nicht zu erfüllen sind, stellen die Bergleute auch politische Forderungen: Die Regierung Pawlow und Präsident Gorbatschow sollen zurücktreten, da ihre Politik keine Aussicht auf Erfolg mehr habe und sie das Vertrauen der Menschen verloren hätten. Dabei war es gerade Gorbatschow, der beim letzten Streik der BergarbeiterInnen ihre Forderungen unterstützte. Damals hieß es aus seinem Munde: "Die Arbeiterklasse stellt die Frage richtig." Denn es ging gegen das Management der Betriebe. Doch jetzt argumentiert er mit dem Management und verurteilt die Streiks, da sie die politische und wirtschaftliche Erneuerung des Landes verhinderten und das bisher Erreichte aufs Spiel setzten. Doch worin dies bestehen soll, kann im Moment niemand so recht sagen.

Das Referendum

"Halten Sie es für notwendig, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als erneuerte Föderation von gleichberechtigten souveränen Republiken zu erhalten, in der die Rechte und Freiheiten der Menschen aller Nationalitäten voll garantiert werden?" So lautete am 17. März die Frage, die die Wahlberechtigten in der UdSSR beantworten sollten. Sie war so konstruiert, daß auch die Gegner der Union hätten zustimmen können, denn wer ist nicht für die Garantie von Recht und Freiheit für alle Menschen, egal welcher Hautfarbe und Nationalität? Doch die Sache hat mindestens einen Haken. Denn im Gegensatz zur ursprünglichen Absicht Gorbatschows steht in der Frage die Formulierung: "Union der sozialistischen Sowjetrepubliken", also der Titel, den die SU heute offiziell führt. Nach dem Willen des Präsidenten hätte es "souveränen Sowjetrepubliken" heißen sollen. Doch er konnte oder wollte sich nicht gegen die konservativen Kräfte in seiner Regierung und der Partei durchsetzen.

Gleichzeitig wurde bei diesem Referendum klar, in welchem Zustand sich die Union befindet: Sechs Republiken boykottierten die Abstimmung total - Estland, Lettland, Litauen betrachten sich schon als souveräne Staaten; Armenien und Moldova hatten ebensowenig Interesse, diese Abstimmung zu unterstützen wie Georgien, das am 31. März eine eigene Befragung über die Souveränität des Landes durchführte. Aber auch viele autonome Gebiete und Rayons beteiligten sich nicht an der Abstimmung. In anderen Republiken, wie etwa in der Russischen Föderation oder der Ukraine, wurde die Abstimmung noch um weitere Fragen ergänzt. So ließ Jelzin in der Russischen Föderation fragen, ob dort demnächst der Präsident direkt vom Volk gewählt werden soll. In der Ukraine wurde die Frage nach dem Fortbestand der Union mit der der eigenen Souveränität verknüpft. In vielen autonomen Gebieten wurde nach Anerkennung als eigene Republik gefragt,

während einige Gebiete Sibiriens mittels der Befragung die Wiedereinführung gerade abgeschaffter Zugangsbeschränkungen verlangten; sie wollen sich dadurch vor Wohnungs- und Arbeitssuchenden aus den großen Städten schützen. Und bei dieser Kombination von Fragen, die so viele Schattierungen hatte wie in der Union Nationalitäten und Volksgruppen leben, erwartete Gorbatschow ein klares Votum für seine Vorstellungen von einer erneuerten Union.

Nach dem offiziellen Ergebnis können sich entweder alle oder keiner als Sieger dieses Referendums feiern. 76 Prozent stimmten demnach für den Erhalt der Union nach Maßgabe der Fragestellung. Für Gorbatschow war dies ein überzeugender Beweis für die Richtigkeit seines Kurses. Das Ergebnis sei ein Beleg für den "Wunsch der Völker des Landes, zusammen in einem einzigen Staat zu leben". 80 Prozent der Wahlberechtigten nahmen an dem Referendum teil, in der Russischen Föderation rund 75 Prozent. Hier votierten 71 Prozent für den Fortbestand der Union, wobei allerdings in den großen Städten die Unterstützung für Gorbatschow wesentlich geringer ausfiel. Zugleich stimmten in der RSFSR 72 Prozent für die Direktwahl des russischen Präsidenten.

Bemerkenswert bei dem Ergebnis des Unionsreferendums ist, daß in den asiatischen Republiken sowohl die Beteiligung als auch die Zustimmung bei über 90 Prozent gelegen hat. Erklärlich, da die Republiken Kirgisien, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenien in ihrem Lebensstandard direkt von den Zuwendungen Moskaus abhängig sind. Eine ökonomische und auch politische Eigenständigkeit, wie sie etwa die baltischen Republiken oder Georgien anstreben, ist für sie unter den jetzigen Bedingungen nicht durchführbar. Beim Wegfall des Geldes und des Einflusses der Zentralmacht stünde in den asiatischen Republiken der Rückfall in alte, vorrevolutionäre Strukturen zu befürchten.

In den sechs Republiken, die das Referendum boykottierten gab es zwar eine Beteiligung seitens der Armee, einiger Betriebe, die der Zentrale unterstehen, oder auch von nationalen Gruppen, die sich allein aus Gründen der Abgrenzung gegenüber der jeweiligen Staatsnation an dem Referendum beteiligten, aber in allen lag ihr Anteil weit unter 50 Prozent der Wahlberechtigten, so daß ihre Stimmen keinen Einfluß auf den Ausgang der Befragung hatten. So ist insgesamt zu sagen, daß das Ergebnis für Gorbatschow wenig schmeichelhaft ist. Denn bezieht man die Anzahl der "Ja"-Stimmen auf die gesamte Wählerschaft, so ergibt sich eine Zustimmung von rund 55 Prozent. Weder ist dies die massive Unterstützung, die sich Gorbatschow erhofft hatte, noch ist es die Niederlage desselben, wie es sich Jelzin ausgerechnet hatte. Das Referendum ist gewissermaßen eine Bestätigung des politischen Patts in der UdSSR.

Wer hat das Sagen?

Dieses Patt erstreckt sich auf die gesamte gesellschaftliche Lage in der UdSSR. Auf der einen Seite befindet sich Gorbatschow, der sich immer weiter von seinen eigenen Zielen entfernt hat und zu einem Verwalter der bestehenden Verhältnisse geworden ist. Statt den Weg der Öffnung der Gesellschaft weiter zu gehen, arrangierte er sich mit den konservativen Kräften in Partei und Apparat. Folglich wird die offizielle Politik bestimmt von Maximen und Menschen, die in den Anfangsjahren der Perestroika zu ihren Gegnern gehört hatten, die jetzt namens der Perestroika ihre alte Politik weitgehend unverändert fortsetzen. Hierzu gehören neben dem Apparat in Moskau Politiker und Funktionäre auf allen Ebenen der Gesellschaft. Ganz besonders zu erwähnen sind die Politiker, die derzeit das Innenministerium, den KGB, die Sondereinheiten und weite Teile der Armeeführung unter sich haben. Dieses Lager ist aber keineswegs politisch homogen; sein politisches Spektrum reicht von Gorbatschow und seinen "aufgeklärten Technokraten" bis zu harten Stalinisten, wie sie etwa in der "Front der Werktätigen" organisiert sind.

Die andere Seite wird zunächst einmal dadurch zusammengehalten, daß es gegen die Zentrale und die Partei geht. Und Boris Jelzin versteht es derzeit recht gut, die unterschiedlichen Stimmungen und Kritiken anzusprechen. Gleichzeitig bemüht er sich, vor Ort, an den Brennpunkten der Auseinandersetzungen in der UdSSR zugegen zu sein. Ob es ein Besuch bei streikenden Bergleuten, ein Treffen mit dem litauischen Präsidenten oder ein Gespräch mit dem georgischen Präsidenten zur Beilegung der Auseinandersetzungen mit den Südosseten ist: Im Gegensatz zu Gorbatschow ist Jelzin zur Stelle. Das macht Eindruck auf die Menschen, unabhängig davon, ob er mit seinen Besuchen etwas ausrichten kann. Für die Menschen hat es den Anschein, daß Jelzin sich um die Probleme des Landes kümmert, auch wenn er keine Lösungen parat hat. Ganz im Gegensatz zu Gorbatschow, der sich in den letzten 14 Monaten nur in Weißrußland hat blicken lassen, wo ihm breite Zustimmung sicher war. Auch die von Jelzin angestrebte Direktwahl des russischen

Präsidenten ist aus dieser Logik zu erklären. Einerseits ist eine solche Wahl ein deutliches Zeichen für den Willen, den Anspruch nach mehr Demokratie auch in die Tat umzusetzen, und andererseits hätte ein russsicher Präsident namens Jelzin als erster Politiker in der UdSSR das Prädikat "vom Volk gewählt". In der jetzigen Situation, in der Gorbatschow mit einem permanenten Vertrauensverlust in der Bevölkerung kämpfen muß, ein Plus für seinen ehemaligen Weggefährten.

Doch neben diesem Patt auf höchster Ebene existiert im ganzen Land ein Nebeneinander, das meistens ein Gegeneinander ist, von Machtstrukturen und Befugnissen. Unabhängig von ihrem Verhältnis zu einer erneuerten Union agieren die meisten Republiken derzeit weitgehend eigenständig. Gesetze und Erlasse aus Moskau wären in weiten Teilen des Landes nur noch mit Waffengewalt in politische Praxis umzusetzen. Davon nimmt die Zentrale im Moment noch Abstand, obwohl die Militarisierung des Landes weiter vorangetrieben wird. Aber auch in den größeren Republiken, insbesondere in der Russischen Föderation, gibt es mitunter bewaffnete Auseinandersetzungen über den Status von autonomen Gebieten und Rayons oder zwischen rivalisierenden Mafiabanden. Insgesamt hält die KPdSU als Staatspartei nach außen hin die UdSSR immer noch zusammen, doch wie lange dieser Zustand angesichts der inneren Verhältnisse des Landes noch zu halten ist, kann zur Zeit niemand sagen.

Social riots in der UdSSR?

Seit dem 2. April gelten in der UdSSR neue Verbraucherpreise. Gedacht ist dies als ein Teil der Wirtschaftsreform, mit der das Land in Richtung Marktwirtschaft gelenkt werden soll. Die Preiserhöhung soll sowohl die Produktion stimulieren als auch die bislang unbefriedigte Nachfrage drosseln. Um rund 60 Prozent sind die Preise für Lebensmittel und andere Dinge des täglichen Bedarfs gestiegen. Die Gehälter werden um eine Teuerungszulage von 60 Rubel erhöht, die Löhne steigen somit von durchschnittlich 270 Rubel auf 330. Für Sozialbedürftige stehen weitere Vergünstigungen und Unterstützungen in Aussicht. Beim letzten Versuch, die Preise zu erhöhen reichte allein schon die Ankündigung des Vorhabens, um in den größeren Städten des Landes Massenproteste auszulösen. Die jetzt schon streikenden Bergleute werden ihren Arbeitskampf fortsetzen, trotz der massiven Drohungen aus Moskau und des verhängten Streikverbotes. Wahrscheinlich werden sich weitere Betriebe aus den unterschiedlichsten Bereichen anschließen, denn die alltägliche Situation der Menschen hat vielerorts die Grenze des Erträglichen schon lange überschritten. Ob es tatsächlich zu Unruhen und riots kommen wird, ist angesichts der massiven militärischen Präsenz in fast allen größeren Städten des Landes ungewiß. Doch der Unmut der Menschen wird auch nicht mit Gewalt aufzuhalten sein. So wandelten sich in den letzten Tagen die Forderungen der Streikenden immer mehr ins Politische: Der Rücktritt der Regierung Pawlow und die Ablösung von Präsident Gorbatschow stehen auf den Fahnen ebenso wie die Selbständigkeit der jeweiligen Republiken.

Säbelrasseln

In diese aufgewühlte Situation paßt auch das Vorgehen der Zentrale gegen die Demonstration der "Demokratischen Plattform" am Donnerstag vor Ostern. Der zu diesem Zeitpunkt beginnende Sonderkongreß des russischen Parlaments sollte durch ein vierwöchentliches Demonstrationsverbot in Moskau geschützt werden. Formaler Hintergrund war ein Hilfeersuchen von 29 konservativen Abgeordneten, die angeblich befürchteten, von der Menge am Betreten des Sitzungsaales gehindert zu werden. Eigentliches Ziel war es, eine Manifestation von Hunderttausenden für Boris Jelzin zu unterbinden. Soldaten marschierten auf, ganze Straßenzüge wurden mit Panzern abgeriegelt, der gesamte Innenstadtbereich von Moskau glich einem Heerlager. Dennoch blieb die befürchtete - und von manchen Konservativen erhoffte - Konfrontation aus. Die Demonstration fand statt, Hunderttausende kamen auf den Manegeplatz unweit des Kremls, ohne daß das Militär eingriff. Zwar wurden einige Menschen wegen der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration festgenommen, aber es gab keine ernsthaften Versuche, die Versammlung zu verhindern. Allerdings hat durch diesen martialischen Aufmarsch Gorbatschow weiter an Vertrauen verloren.

Auch die von den Konservativen in der russischen KP angestrebte Abrechnung auf dem Sonderkongreß mit Jelzin fiel bislang aus. Diese Sitzung war ursprünglich anberaumt worden nach einer Rede Jelzins, in der er massive Kritik an Gorbatschow und seinem Kurs geäußert hatte. Seitens der Konservativen wurde er daraufhin mit dem Vorwurf belegt, er wolle eine Diktatur errichten und müsse daher abgesetzt werden. Nach ihrem Willen sollte die Sitzung noch vor dem Referendum stattfinden, da ein Votum für die Direktwahl des russischen Präsidenten verhindert werden sollte. Dies kam jedoch nicht zustande, und auch die angekündigte harte

Abrechnung mit Jelzin blieb bislang nur eine Ankündigung. Auch der Streit um die "pro-Jelzin-Demonstration" vom 27. März gehört in diesen Bereich von Einschüchterung des politischen Gegners und der Verunsicherung der Menschen. Denn bei all ihrem Getöse ist die konservative Fraktion des russischen Parlaments derzeit nicht in der Lage, eine wirksame Politik gegen Jelzin zu machen. Andererseits aber ist auch Jelzin nicht dazu in der Lage, entscheidend gegen diesen Gegner vorzugehen; es fehlen ihm die Bündnispartner im Bereich von Verwaltung, Militär, Polizei und KGB.

So stehen sich Jelzin und Gorbatschow scheinbar unversöhnlich gegenüber. Sie sind dennoch aufeinander angewiesen. Gorbatschow benötigt den radikalen Kritiker und Populisten Jelzin, um mit ihm als Drohung die Partei und den Apparat weiter in Richtung Reformen bewegen zu können; Jelzin gleichsam als personifizierte Bedrohung für den Fortbestand der UdSSR. Jelzin ist auf Gorbatschow angewiesen, denn dieser steht aus Sicht der "Demokratischen Plattform" für die Restauration konservativer Kräfte in der UdSSR und die Aufrechterhaltung der alten Ordnung. Nur in Abgrenzung zu Gorbatschow ist Jelzin Populist, nicht auf der Grundlage eines eigenen Programmes. Fiele Gorbatschow, dann wären auch die Tage von Jelzin gezählt.

as

27. Privatisierung in der CSFR - Alles unter den Hammer

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Tschechoslowakei · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:25

Der Tabakladen mißt ganze 39 qm. Tür und Schaufenster sind von innen mit Packpapier verklebt. Gegenüber dem Großkaufhaus "Prior" am Namesti Slobody liegt er im Zentrum von Bratislava, keine 30 Meter vom Hotel Kiew entfernt. Das kleine Geschäftslokal ist das erste in der Slowakei, das im Zuge der Privatisierung unter den Hammer kommt.

Samstag, 23. Februar 1991, 9.30 Uhr. Im großen Saal der Preßburger Hochschule für Ökonomie warten 300 Menschen auf den feierlichen Augenblick. Der Auktionsleiter, ein Angestellter des Privatisierungsministeriums, gibt den Ausrufungspreis bekannt: 6.000 Kronen für den kleinen Tabakladen.

Von den 25 bis 30 Bietern bleiben bald die meisten auf der Strecke. Eine wasserstoffblonde Mitvierzigerin hat den längsten finanziellen Atem. Bei 1,3 Millionen Kronen knallt der eiserne Hammer auf den Tisch.

Ob er die blonde Frau kenne, frage ich meinen Begleiter. "Ihr Mann arbeitet am Flughafen, sie ist Sekretärin. Niemals im Leben können die beiden über eine Million gespart haben." Im Nu wissen es alle: Die Blondine kann wohl nur Strohfrau für einen westlichen Geschäftsmann sein.

Nachdem sich die erste Aufregung gelegt hat, kommen noch drei weitere Geschäftslokale zur Versteigerung. Vergleichbare Preise werden nicht mehr erzielt.

Wie ein Fremdkörper in feindlicher Umwelt wirkt diese Auktion im nachhinein. Von den hier Wohnenden weiß sicherlich niemand etwas mit den im Westen so hochgelobten staatlichen Versteigerungen anzufangen. Mit 6.000 Kronen Monatseinkommen pro Wohneinheit haben die Familien aus Petrzalka andere Sorgen.

Mit der CSFR ist kein Staat zu machen

Privatisierung, so heißt das Zauberwort neoliberaler Ökonomen diesseits und jenseits der längst überschrittenen Demarkationslinie. Privatisierung soll, so die Propagandisten, dem eigentlichen Naturell des Menschen, seinem Konkurrenztrieb und seiner Gewinnsucht, entgegenkommen; die fast schon physischen, sicher jedoch psychischen Defekte der Menschen nach 40jähriger staatsgelenkter Wirtschaftsdiktatur beseitigen.

Die Tschechoslowakei ist jenes Land Osteuropas, in dem der Anteil privaten Wirtschaftens am Volkseinkommen der letzten 30 Jahre am niedrigsten gelegen war. Keine drei Prozent wurden - meist durch Künstler, kleinste Gewerbetreibende und Weinbauern - außerhalb staatswirtschaftlicher Betriebe erzeugt. In Ungarn, Bulgarien und Polen erwirtschafteten die Privaten fast zehn Prozent.

Die tschechoslowakischen Kommunisten waren also die radikalsten im gesamten Ostblock, ihre Nachfolger müssen diesbezüglich in die Fußstapfen der "Revolutionäre" des Jahres 1948 treten, diesmal mit liberalem Schuhwerk. Sie haben einen langen und beschwerlichen Weg vor sich. Zur Zeit ist von Privatisierung noch nicht viel zu sehen. Allenfalls in der Prager Innenstadt, in stare mesto, putzen Genossenschaften ihre Läden heraus, verkaufen westliche Foto-, Video- und Computerfirmen ihre vorletzten Entwicklungen und hat sich auch hier und dort schon ein richtiger Privater sein Geschäftsportal frisch gestrichen.

Reprivatisiert bzw. rückenteignet wird grundsätzlich nur Staatsbesitz. Genossenschaftliches Eigentum, das beispielsweise in der Landwirtschaft zwei Drittel des Bodens ausmacht oder auch im Handel mit den Firmen "Jednota", "Vzela" und anderen monopolartig vertreten ist, bleibt davon unberührt. Wenn auch die Genossenschaften durch staatliche Produktions- und Verteilungspläne eng an die Staatswirtschaft angeschlossen waren, so werden sie doch als eigenständige Eigentumsformen betrachtet und dementsprechend von den Privatisierungsgesetzen ausgenommen.

Im Klartext bedeutet dies, daß Direktoren von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften - den LPGs - oder Handelskooperativen mit ihren Produkten, Geschäftslokalen oder Dienstleistungen machen können, was sie wollen: insbesondere diese billig an Interessenten aus dem Westen verkaufen - dem in Ungarn

weitverbreiteten Prinzip folgend: Ich verkaufe dir billig, du sicherst mir weiterhin einen hochdotierten, wenn auch einflußlosen Posten.

Doch zurück zur Entstaatlichung. Der Wege gibt es viele, wie diese stattfinden kann. Mittels Versteigerungen der jeweiligen Objekte ebenso wie durch Rückgabe - tschechisch: Restitution - bzw. Entschädigung an die vormaligen Eigner und - für die "große Privatisierung" geplant - durch Verteilung von Aktienpaketen an das Volk, dem sogenannten Vouchersystem. Offiziell nichts mit dem Privatisierungsgesetz zu tun haben die ganz großen Coups, die Suche nach ausländischen Partnern für Joint-Ventures. Solche Geschäfte werden ausschließlich vom zuständigen Branchenministerium eingefädelt.

Das im August 1990 neu eingerichtete Privatisierungsministerium hat mit der Anlockung ausländischen Kapitals wenig zu tun. Dafür gibt es dieses Ministerium - wie alles in der CSFR - doppelt; in tschechischer und slowakischer Ausführung. Juraj Durovcik, Direktor für Rechtsfragen im slowakischen Privatisierungsministerium, sitzt in einem großen Büro. Zwei Schreibtische zeugen nicht gerade von übermäßiger Arbeit. Das slowakische Gesetz Nr. 357 hat im August 1990 sein Ministerium aus der Taufe gehoben, das Gesetz Nr. 427, die Restitution, also die Rückgabe von 1955 und später enteigneten Objekten, festgelegt. Für die große Privatisierung kann er noch keine Paragraphenzahl angeben. "Die kommt demnächst", versichert mir Direktor Durovcik.

Einen wesentlich eloquenteren Eindruck macht Durovciks österreichischer Gegenpart, der Länderbankabteilungsleiter Gustav Wurmböck. Die Länderbank ist vom slowakischen Privatisierungsministerium zum offiziellen Berater erkoren worden. Über konkrete Projekte kann es mir meine Auskunft geben. - "Sie verstehen das sicher." Aber zehn Exklusivmandate zur Privatisierung mittelgroßer bis großer slowakischer Firmen hat er schon an Land, also in die Länderbankzentrale, gezogen. Jetzt heißt es, österreichische oder andere westliche Investoren finden, die am einen oder anderen Projekt anbeißen.

Pharmaindustrie, Handelsunternehmungen und Tourismusfirmen stehen zur Auswahl, die größte hat immerhin ein Volumen von 10 Mrd. Kronen Jahresumsatz. Die Privatisierungsphilosophie des Länderbankexperten orientiert sich an langfristigen Zielen. "Wir wollen", so Wurmböck, "Privatfirmen in der Slowakei, um später Großkunden mit entsprechenden Kreditbeziehungen zu bekommen". Derzeit allerdings werden Kredite nur für Leasing-Transaktionen vergeben, damit sich Unternehmen mit einem besseren Maschinenpark ausstatten können. "Solange keine finanzielle Transparenz herrscht, bekommt kein Betrieb direkten Kredit von uns."

Die Eröffnung einer eigenen Filiale in Bratislava ist so gut wie sicher, schließlich will man den französischen und englischen Konkurrenzbankhäusern zuvorkommen. Die Länderbank ist nicht die einzige österreichische Ministerberaterin, auch der frühere Wirtschaftsprüfer der Verstaatlichten-Holding, Newald, steht den slowakischen Privatisierern hilfreich zur Seite. Und Ex-Finanzminister Androsch ist für einen anderen slowakischen Minister als Berater tätig.

Die ersten Schritte sind getan. Bis das ganze Dickicht der Widersprüchlichkeiten entwirrt und das Privatisierungschaos beseitigt ist, werden noch einige Jahrzehnte ins Land ziehen.

Der historische Diebstahl

Schon im Jahre 1919, also 29 Jahre vor der kommunistischen Machtübernahme, wurde durch die bürgerlich-nationalistische Regierung Masaryks aller Großgrundbesitz enteignet. Der Staat wurde zum neuen Eigner. Die Palffys, die Schwarzenbergs, die Czernins ..., sie alle verloren die Grundlage ihrer wirtschaftlichen und damit ihre politische Macht. Kaum jemand in der CSFR fordert Wiedergutmachung für die alten Adelsgeschlechter.

Den zweiten Enteignungsschlag führten die Nazis. Im Jahre 1939 wurden - wie im gesamten Deutschen Reich - jüdische Betriebe arisiert. Der nationalsozialistische Staat verdiente daran. Die ehemaligen Eigentümer wurden vertrieben oder ins Konzentrationslager verschleppt. Später, nach dem Krieg, gingen viele dieser Objekte in Staatsbesitz über, darunter das jüdische Museum in Prag sowie zahlreiche Synagogen. Wiedergutmachung für diese Enteignung steht ebenfalls nicht auf der Tagesordnung der Politiker vom Hradschin.

Nach dem 2. Weltkrieg waren es drei Etappen, in denen ehemals privates in staatliches Eigentum übergeführt wurde: 1945 unter der Koalitionsregierung Benes sowie 1948 und 1955 bis 1959 unter den Kommunisten. Die

Konfiskationen des deutschen Eigentums sowie die Vertreibung der Sudeten- und Karpatendeutschen in den Jahren 1945 und 1946 erfolgten noch vor dem Machtantritt der Kommunistischen Partei.

Mittels fünf Dekreten wurde unmittelbar nach Kriegsende, als sich in der CSR Sozialdemokraten, Christlichsoziale und Kommunisten zu einer Koalitionsregierung zusammenfanden, den ehemals großen kapitalistischen Monopolen der Garaus gemacht.

Unabhängig davon wurde, unter Berufung auf das von den Alliierten unterzeichnete Potsdamer Abkommen, deutsches Eigentum konfisziert. Eine eigene Verordnung besagte, daß "Deutsche und Hitler-Kollaborateure" jedes Besitzes verlustig gehen. Fast zwei Millionen Sudeten-und Karpatendeutsche mußten binnen Tagesfrist das Land verlassen. Auch manche Tschechen und Slowaken - großteils Mitglieder der prohitlerischen Organisation "Vlajka" (Fahne) - verloren als Kollaborateure der Nazis auf diese Weise ihren Besitz. Als berühmtestes Beispiel dafür gilt Jan Bata, Eigentümer der weltgrößten Schuhfabrik in Zlin. Obwohl es vereinzelt Diskussionen darüber gibt, auch das 1945 verstaatlichte oder konfiszierte Eigentum an seine vormaligen Besitzer zurückzugeben, ist die Mehrheit für dieses politische Abenteuer nicht zu haben.

Nach dem 25. Februar 1948 erließ die nun kommunistische Regierung weitere 15 Dekrete, die "die Nationalisierung erweitern" sollten. Jetzt wurden alle Unternehmen verstaatlicht, die mehr als 50 Beschäftigte aufwiesen. Teilweise rückwirkend, beschlossen die neuen Machthaber, aus den alten privaten, neue - sogenannte "volkseigene Betriebe" - zu machen. Diese waren formalrechtlich selbständige Wirtschaftseinheiten, die nur ihre Überschüsse an den Staat abzuliefern hatten. In der Realität waren für die meisten von ihnen staatliche Subventionen - schon aus Gründen des notwendigen Wiederaufbaus nach dem Krieg - unerläßlich, wodurch sie de facto unter die Fuchtel der zentralen Lenkungsorgane gerieten.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt fanden auch die letzten Enteignungen von Restbeständen größerer landwirtschaftlicher Besitzungen statt. Gerade dabei sowie bei den von der eigentlichen Verstaatlichung unabhängig forcierten genossenschaftlichen Kollektivierung der Bauern kam es immer wieder zu Ausschreitungen. "Bei uns gingen die Bauern mit Harken und Flinten gegen die Gendarmen vor", erzählt eine Slowakin, die aus dem Dorf Dechtice kommt.

Formal wurden die alten Eigentümer entschädigt. Die Verfahren darüber haben allerdings oft Jahre gedauert, bis schließlich die Währungsreform Anfang der 50er Jahre alle finanziellen Streitfragen elegant gelöst hat.

Die Verstaatlichung von 1948, die am 21.2.1991 im tschechoslowakischen Parlament rückgängig gemacht wurde, besaß noch genügend Rückhalt in der Bevölkerung - immerhin kam die Kommunistische Partei in freien parlamentarischen Wahlen auf fast 40 Prozent der Stimmen.

Unverständnis bis krasse Ablehnung rief die dritte und letzte Etappe der Verstaatlichung hervor. Spätestens 1959 wurden sämtliche noch verbliebene Gewerbetreibenden, private Kleinstfabrikanten und Händler enteignet. Auch Häuser, die mehr als 120 qm Wohnfläche aufwiesen, kamen in die Hand des Staates. Willkür griff um sich. Befand sich in einem Haus ein kommunistisches Parteilokal oder ein "volkseigener Betrieb", wurde es den privaten Eigentümern weggenommen, selbst wenn die bewohnte Quadratmeteranzahl unter der gesetzlichen Höchstgrenze lag. Und obwohl de jure Kleingewerbe ähnlich wie in Ungarn bestehen bleiben hätte können, fand sich die CSR Anfang der 60er Jahre de facto ohne private Wirtschaft. Ein Klima der Angst hat nicht nur den Kapitalismus, sondern auch jede gewerbliche Tradition zerstört.

Die Restitution

Anton Hrabovec ist Slowake. Im Jahre 1972 emigrierte er - auf legalem Wege - in den Westen. Seine Familie stammt aus Zilina. Sein Vater war Fleischhauer. "Ich habe gerade mein Studium beendet, als meinen Eltern das Geschäft enteignet wurde", erzählt der heute 60jährige. "Meine Schwester und mich traf das nicht besonders. Wir haben die Alten mit Bibelzitaten getröstet, wie z.B. ‚Gott hat es gegeben, Gott hat es genommen'". Auch für seinen Vater, meint Anton Hrabovec, stürzte die Welt wegen der Verstaatlichungsgesetze nicht ein. "Meine beiden Eltern sind dann in ihrem eigenen Laden vom Staat angestellt worden, mein Vater als Leiter, meine Mutter als Kassiererin. Für die tägliche Arbeit hat sich kaum etwas geändert. Wir litten keine Not." Das Haus, in dem die Hrabovec' wohnten, ging in die Verwaltung der Gemeinde über.

Die umstrittenste Form der Privatisierung betrifft die Rückgabe von verstaatlichtem Eigentum an den vormaligen privaten Besitzer, die sogenannte Restitution. Das "Gesetz über die Milderung von Folgen bestimmter das Eigentum betreffender Unrechtsmaßnahmen" vom 2. Oktober 1990 regelt diejenigen "Fälle", die während der dritten Nationalisierungsphase zwischen 1955 und 1959 verstaatlicht wurden - Mietshäuser, Villen, Gärten, kleine Gewerbetreibende. So geschwollen der Titel des Gesetzes klingt, so schwierig ist seine Umsetzung. Doch dazu später.

Am 22. Februar 1991 verabschiedete das föderative tschechoslowakische Parlament den weitaus größeren gesetzlichen Brocken zur Restitution privaten Eigentums. Demnach sind alle nach dem Februar 1948 enteigneten Besitztitel ihren vormaligen Eigentümern zurückzugeben; eine in ihren Auswirkungen unübersehbare politische Entscheidung. Denn abgesehen von der bereits 1945 verstaatlichten Großindustrie und den die Sudetendeutschen betreffenden Konfiskationen erklärt damit der neue Staat alle Nachkriegsverstaatlichungen für null und nichtig. Zwar hält das Gesetz den Kreis der Anspruchsberechtigten kleiner als er vom Parlament gefordert wurde - nur direkte Nachkommen werden als Erben akzeptiert -, eine Flut von Prozessen und Feststellungsklagen wird dennoch die Gerichte der CSFR überschwemmen.

Warum die Gerichte hoffnungslos überlastet sein werden? Weil vom Nachweis der alten Eigentümerschaft bis zur Restitution eine Vielzahl von Unklarheiten auftreten können. In 43 Jahren ist allerhand passiert. Die alten Besitzer leben meist nicht mehr, nur allzuoft haben sie ihr ehemaliges Eigentum nicht ins Testament geschrieben. Wem gehört jetzt das Haus, der Garten, die Fabrik, das Geschäftslokal? Gar nicht zu reden von den während der kommunistischen Jahrzehnte oftmals vergessenen Grundbucheintragungen.

Verwirrend liegt der Fall des Anton Hrabovec, jenes Nachfahren des Fleischhauers aus Zilina. Auf das Wohn- und Geschäftshaus seiner Familie will er aus persönlichen Gründen ohnedies keinen Anspruch erheben, betont er. Es wäre auch juristisch allzu kompliziert. Das Wohnhaus gehörte in jenen Jahren zu gleichen Teilen Vater und Onkel. Der Onkel war Priester in der Nordslowakei und verlas dort auf seiner Kanzel im Jahre 1949 einen bischöflichen Hirtenbrief - was er besser nicht hätte tun sollen. Die kommunistische Regierung nämlich hatte schon zuvor diesen Brief als "aufwieglerisch und konterrevolutionär" gebrandmarkt. Also kam der Onkel wegen "volksfeindlicher Einstellung" vor den Kadi und für sieben Jahre ins Gefängnis. Sein Eigentum, das halbe Haus in Zilina, wurde - wie bei politischen Fällen üblich - konfisziert. Konfiskation jedoch steht auf ganz anderer gesetzlicher Grundlage als Enteignung. Also müßte Anton Hrabovec, wollte er das Haus seiner Familie zurückbekommen, das Parterregeschoß mit der Fleischhauerei über die große Restitution (1948), die eine Hälfte des Hauses via kleine Restitution (1955-59) und die andere Hälfte als politische Wiedergutmachung beanspruchen. In einem solchen oder ähnlichen Privatisierungsdschungel werden sich noch viele verirren.

Völlig unklar ist auch, was mit den Benützern - sprich: Mietern - von Wohnräumen geschehen soll, die jetzt in private Hand zurückgegeben werden. Staatlich eingefrorene Mieten schrecken jeden privaten Eigner ab, die oft schwer sanierungsbedürftigen Häuser zu beanspruchen. Umgekehrt wird sich eine Liberalisierung der Mieten auf einem privaten Wohnungsmarkt verheerend für die nur durch subventionierte Mieten überlebensfähigen Menschen auswirken.

Die Auktion

Die spektakulärste Form der Privatisierung ist die Auktion. Eigens eingerichtete Kommissionen bestimmen über jedes einzelne staatliche Objekt, ob es zur Versteigerung ausgerufen wird oder nicht. Die Richtlinien dafür sind undurchschaubar. Es scheint, als ob für die Auktion nur die wirtschaftlichen Krümel blieben, die Restitution und ausländische Investoren übriglassen. Mietshäuser und Geschäftslokale sind es bisher überwiegend, die in den wenigen Versteigerungen unter den Hammer kommen, der Erlös soll für Entschädigungen in den Fällen genutzt werden, bei denen eine Rückgabe des Eigentums nicht möglich ist.

Der zuständige Minister Jezek will den Eigentumscoup in zwei bis drei Jahren über die Bühne bringen. Bürgerforum-Sprecher Vladimir Zelezny rechnet damit, daß es "hundert Jahre dauern" wird. 16 Objekte - meist Lebensmittelläden, Tabak-Trafiken oder Mietshäuser - wechselten bei der ersten Prager Versteigerung in Privatbesitz, vier waren es in Bratislava, drei in Usti. Es schleppt sich.

Was außer dem Tempo noch fehlt, ist das Geld. Die CSFR ist extrem kapitalarm. Wer kann es sich überhaupt leisten, ein paar Millionen Kronen für den Erwerb eines respektablen Geschäftslokals oder eines größeren

Hauses auf den Tisch zu legen? Niemand, so der einhellige Tenor, der sein Geld legal erarbeitet hat. Für Kronenmillionen reicht es nicht. Etwa 20.000 Millionäre weist die offizielle Prager Statistik aus, darunter viele Weinbauern, die als einzige legal mit kleinstem, gartenähnlichem Besitz rentabel Landwirtschaft betreiben und ein wenig Kapital akkumulieren konnten. Der Rest rekrutiert sich aus Künstlern, international angesehenen Sportlern und ähnlichen Berufsgruppen.

Im Gesetz steht, daß nur Privatpersonen - also beispielsweise keine Genossenschaften - an den Auktionen teilnehmen dürfen. Die erste Runde ist nur für Inländer vorgesehen, ein leicht umschiffbares Hindernis, wie die Praxis zeigt. "Die Mehrheit derjenigen, die bei den Prager Auktionen bisher den Zuschlag erhielten, waren Strohmänner, hinter denen westliches Kapital steht", gibt sich Zdenek Lucas vom Institut für Wirtschaftsvergleiche keiner Illusion hin. Ansonsten traut er hauptsächlich Leuten aus der Schattenwirtschaft den einen oder anderen Deal auf einer Auktion zu. Devisenspekulanten und Wechsler, die in den letzten Jahren - bei schrittweise liberalisiertem Fremdenverkehr - Millionengewinne gescheffelt haben. Auch Fleischhauer, Mediziner und Leiter von Autoreparaturwerkstätten haben Schwarzgeld auf der hohen Kante.

Prag, Marienbad, die Hohe Tatra, eventuell Bratislava ... das sind die attraktiven Plätze, um deren Auktionszuschlag Schattenwirtschafter und Strohmänner ausländischer Geldgeber feilschen werden. Der Rest bleibt unverkaufbare verstaatlichte Wüste, in die sich private Investoren nur in Ausnahmefällen verirren werden.

Das Voucher-System

Die bislang unüblichste Form der tschechoslowakischen Privatisierung ist die Vergabe von sogenannten Vouchers oder Investitionscoupons, mittels deren Aktien von Staatsbetrieben erworben werden können. Bis Februar 1991 gibt es zwar noch keine gesetzliche Grundlage dafür, dennoch spricht bereits jeder im Lande vom zukünftigen Volkskapitalismus. Die Idee ist folgende: Jede/r Bürger/in in der CSFR über 18 Jahre bekommt entweder gratis oder zu einem Betrag von 2.000 Kronen (700 ÖS, 100 DM) einen sogenannten Voucher zu kaufen, der eine gewisse Anzahl von Punkten aufweist, nehmen wir an: 1.000 Punkte. Dann werden die großen monopolartig agierenden Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften umgewandelt, wobei die einzelnen Aktien je nach Betrieb unterschiedliche Punktewerte aufweisen. Nun kann der Voucher in Aktien eingelöst werden. Am Ende dieser Aktion, so wünscht es sich Finanzminister Vaclav Klauhs, hält das Volk 40 bis 80 Prozent des ehemaligen Staatseigentums als 15 Millionen Kleinaktionäre. Soweit die Theorie. Die Praxis ist unerprobt und wird noch viele Hindernisse bringen - unüberwindliche, steht zu befürchten. Wer, so fragen Skeptiker, wird diese Vouchers entweder kostenlos nehmen oder gar kaufen? Werden Aktien an Geldes statt zum landesweiten Zahlungsmittel? Wird dann damit die Inflation angeheizt?

Die Schwierigkeiten der praktischen Umsetzung dieser Idee sind dabei noch gar nicht angesprochen. Wie etwa werden die Vouchers vergeben, an jeden, der will, oder an alle - zwangsweise? Welche Staatsbetriebe - Klauhs spricht von 40 bis 80 Prozent - sollen auf diese Weise privatisiert werden? Und, als ganz großes Fragezeichen: Wer oder was bestimmt den (Punkte-)Wert der einzelnen Aktie?

Als Methode der Wertfindung ist die sogenannte "Pro-Rata-Allocation-Method" im Gespräch, die in einem komplizierten Verfahren - nur der Computer weiß, wie - die Aktienausgabe selbst zur Wertevaluierung macht. Das heißt, je mehr Vouchers in Aktien der Firma A transferiert werden wollen, desto teurer wird die einzelne Aktie dieser Firma, desto mehr Punkte seines Vouchers muß man dafür "bezahlen". Die Nachfrage selbst bestimmt den Wert. Da es sich aber nicht um drei, sondern um Tausende zu privatisierende Staatsbetriebe handelt, die mit dieser Methode ihren Wert erst nach Einlösung der Vouchers zugesprochen erhalten, kann man sich vorstellen, daß die Sache nicht einfach zu bewerkstelligen ist.

Joint-Ventures

Die üblichste Form der Privatisierung, die in der CSFR gar nicht als solche wahrgenommen wird, ist die Suche nach ausländischen Partnern. Zuständig für solche Deals ist das jeweilige Branchenministerium. Warum ein Betrieb ausländisch verkauft, ein anderer inländisch an Aktionäre und dritter versteigert wird, hängt vom tagespolitischen Geschehen und von der internationalen Reputation des jeweiligen Unternehmens ab. Nach dem umgewandelten Motto: Die Guten ins Ausland, die Schlechten den Volksaktionären.

Der Bürgerforum-Sprecher Zelezny beurteilt die Joint-Ventures anders: "Wir brauchen", meint er fast flehentlich, "Inseln des wirtschaftlichen Erfolges. Und Joint-Ventures sollen diese Inseln sein."

Vorderhand kann man sie noch an den Fingern einer Hand abzählen, diese Erfolgsinseln. "Das ausländische Interesse ist äußerst gering", gibt auch der Ökonom Antonin Kostlan von der Prager Akademie der Wissenschaften zu. Neben den nationalistischen Unruhen in der Slowakei und den bürokratischen Hemmnissen nennt Kostlan noch einen weiteren Grund: "Seit die Perestroika in der Sowjetunion zum Stillstand gekommen ist, kühlt das ausländische Interesse an Joint-Ventures in der CSFR merklich ab. Die CSFR hätte nämlich vielen Investoren als Sprungbrett in den großen sowjetischen Markt gedient. Zur Zeit will davon niemand etwas wissen." Nichts wird es also mit der CSFR als Zentrum des Ost-Exports. Die Deutschen wenden sich ihren fünf neuen Bundesländern zu und die Amerikaner und Japaner warten ab, was in Moskau passiert.

Im Mai erscheint im Pro Media Verlag, Wien:

Hannes Hofbauer, Der wilde Osten.

Reportagen vom Rande Europas

28. Wo bleibt der Vertrag mit Polen?

Rubrik: Außenpolitik der BRD; Osteuropa, Osteuropapolitik; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:11

Widersprüchliches war in den letzten Wochen über die deutsch-polnischen Verhandlungen zu einem Vertrag über "Zusammenarbeit und gutnachbarschaftliche Beziehungen" zwischen den beiden Staaten zu lesen. Mal steht das Werk angeblich schon kurz vor der Unterschriftsreife, dann wieder wird ein Termin "noch vor der Sommerpause" des Bundestags anvisiert. Mal heißt es, daß eigentlich schon alle heiklen Fragen geklärt seien, dann wieder ist von anhaltenden Dissensen vor allem in der Frage der deutschen Minderheit in Polen die Rede.

Sicher scheint bei alledem erstens, daß beide Regierungen strikte Vertraulichkeit der Verhandlungen vereinbart haben und sich daran halten, denn es gibt tatsächlich keine offizielle Information über Gang und Stand der Dinge. Sicher scheint zweitens, daß es in den Verhandlungen erhebliche, immer noch nicht völlig ausgeräumte Probleme gibt. Denn anderenfalls ist nicht zu erklären, daß der ursprünglich für die Unterzeichnung einvernehmlich und definitiv genannte Termin, "spätestens" Februar 1991, kommentarlos fallengelassen wurde.

Mit der Verzögerung des Nachbarschaftsvertrags ist automatisch zugleich die parlamentarische Ratifizierung des im November 1990 unterzeichneten Grenzvertrags verschoben worden. Damit kommt die deutsch-polnische Grenze, wohl nicht völlig zufällig und ungeplant, doch noch einmal in den Bereich der politischen Spekulation und Erpressung.

Starke Kräfte in der CDU/CSU hatten anfänglich ein enges "Junktim" zwischen Grenzanerkennung und Nachbarschaftsvertrag gefordert. Das Hinauszögern der Grenzanerkennung, in der es eigentlich gar keinen Dissens mehr gab, sollte dazu dienen, die polnische Regierung in der noch umstrittenen und konfliktträchtigen Frage der deutschen Minderheit zu einseitigen Zugeständnissen zu drängen. Deshalb die Idee, entweder alle Probleme in einen gemeinsamen Vertrag zu stecken, oder zwar zwei getrennte Verträge auszuhandeln, aber diese nur gleichzeitig zu unterschreiben.

Heraus kam als "Kompromiß", daß der Grenzvertrag schon im November 1990 unterzeichnet wurde, aber erst zusammen mit dem Nachbarschaftsvertrag parlamentarisch ratifiziert werden soll, der - wie es damals jedenfalls ganz eindeutig verlautete - "spätestens" im Februar 1991 abgeschlossen sein sollte. Von der Bundesregierung wurde diese Regelung u.a. damit motiviert, daß gerade in beiden Ländern Wahlen kurz bevorstanden und daß dann gleich die neuen Parlamente die Verträge absegnen sollten. (Es wurde auch darauf verwiesen, daß das im November noch amtierende polnische Parlament nicht aus wirklich demokratischen Wahlen hervorgegangen sei, was zutrifft, aber bisher noch niemals als Hindernis für Vertragsabschlüsse angeführt wurde.)

Im Oktober, November und Dezember 1990 trafen sich die Verhandlungsgruppen beider Staaten abwechselnd in Warschau und Bonn zu zweitägigen Gesprächen, um den Nachbarschaftsvertrag auszuarbeiten. Außer diesem mageren Fakt wurde absolut keine Information veröffentlicht. Eine vierte Verhandlungsrunde, diesmal in Bonn, war auf den 10. und 11. Januar festgelegt worden. Am 28. Dezember aber wußte die FAZ bereits zu berichten, daß das Treffen "um einige Tage" verschoben würde. "Dies bedeute jedoch nicht, daß die für Ende Januar geplante Fertigstellung des Vertrags gefährdet sei." - So die FAZ unter Berufung auf das BRD-Außenministerium. Angeblich, so die halboffizielle deutsche Begründung, sollte vor dem Fortgang der Verhandlungen nur noch der Abschluß der Regierungsbildung in Bonn und Warschau abgewartet werden.

Aus "einigen Tagen" wurden Wochen. Ende Februar war immer noch kein neuer Termin für die verschobene vierte Verhandlungsrunde vereinbart worden, und in der polnischen Presse wurde erstmals deutliche Ungeduld und Kritik laut. Anfang März besuchte der polnische Ministerpräsident Bielecki die BRD und trug nun auch offiziell das Begehren vor, den Nachbarschaftsvertrag "möglichst bald" abzuschließen. "Meines Erachtens ist nicht Polen das Land, das die Sache verzögert", formulierte Bielecki mit diplomatischer Zurückhaltung. (FAZ, 4.3.)

Genau zur gleichen Zeit bereiste die Bundestagspräsidentin Süßmuth Polen. Sie brachte ihren Gastgebern die willkommene, aber wohl doch nicht ganz realistische Botschaft, daß der Vertrag "kurz vor der Fertigstellung"

stehe. Präziser die Auskunft Kohls gegenüber Bielecki: "noch vor der Sommerpause" in Bonn (22. Juni) solle der Vertrag den beiden Parlamenten zur Ratifizierung "zugeleitet" werden.

Am Rande gab Kohl wieder einmal ein schier unglaubliches Kabinettstückchen an Dummdreistigkeit zum Besten: "Der Bundeskanzler widersprach nach der Begegnung den Äußerungen Bieleckis, es seien bei dem Treffen Kohls mit seinem Vorgänger Mazowiecki(im November 1990 in Frankfurt/Oder - Anm. Kt.) für die Ausarbeitung der Verträge Terminabsprachen gemacht worden, die nicht eingehalten worden seien ... Er sehe keine Verzögerung." (FAZ, 6.3.)

Nach dem Treffen Kohl-Bielecki verlautete "in Bonner Regierungskreisen", daß sich nun beide Seiten bemühen wollten, die Verhandlungen über den Nachbarschaftsvertrag "mit einer weiteren Runde im März möglichst abzuschließen". Ein genauer Termin solle in den nächsten Tagen vereinbart werden. (FR, 7.3.)

Dieses Treffen fand inzwischen statt, am 19. März in Bonn. Es war dies, um es noch einmal deutlich zu sagen, die vierte Runde, die eigentlich schon am 10./11. Januar hätte stattfinden sollen und von der BRD einseitig gekippt worden war. Von der vagen Andeutung, daß dies vielleicht auch schon die letzte Runde sein würde, weil man kurz vor einer Einigung stehe, war nachher nichts mehr zu hören.

Das nächste, fünfte, Treffen der Verhandlungsgruppen soll Anfang oder Mitte April stattfinden. Das sei nun aber wirklich die "voraussichtlich letzte Verhandlungsrunde", gab sich die TAZ zuversichtlich und berief sich dabei auf "gut informierte Kreise in Warschau". (TAZ, 23.3.) - Selbstverständlich kann man nach soviel verfrühten Erfolgsmeldungen nicht ausschließen, daß diesmal die Voraussage endlich stimmt. Andererseits ist schwer einzusehen, warum die Bundesregierung explizit von einem Zeitraum bis zur Sommerpause ausgeht, wenn die Einigung tatsächlich schon ganz nahe wäre.

Wie der aktuelle Stand der Verhandlungen aussieht, wird beiderseits nach wie vor nicht offenbart, sondern allenfalls angedeutet. Wie der Leiter der polnischen Verhandlungsgruppe, Jerzy Sulek, vor der vierten Runde im März sagte, seien zwei Drittel des Vertragstextes bereits fertiggestellt. Lediglich die "schwierigste" Frage der Minderheiten stehe noch aus. Sulek bekräftigte dabei den bekannten polnischen Standpunkt: "Polen gehe von den europäischen Regeln für Minderheiten aus, die in der KSZE und im Europarat ausgearbeitet wurden. Polen sei gegen ‚spezielle Regelungen` für die deutsche Minderheit. Sie solle ‚nicht weniger, aber auch nicht mehr Rechte haben` als die anderen Minderheiten in Polen." (SZ, 18.3. - mit den anderen Minderheiten sind vor allem Ukrainer und Weißrussen gemeint)

Daß Sulek die polnische Position so betonte, läßt darauf schließen, daß diese eigentlich selbstverständliche Basis von der deutschen Seite noch nicht oder noch nicht vollständig akzeptiert worden ist. Daher sind Zweifel angebracht, wenn beispielsweise behauptet wird: "Im Hinblick auf die deutsche Minderheit in Polen besteht Übereinstimmung darüber, daß ein Sonderstatus nicht in Betracht komme. Bei der Sicherung der Rechte der deutschen Minderheit sollen ‚internationale Standards` angewandt werden: Dazu gehören die Grundsätze des KSZE-Menschenrechtstreffens in Kopenhagen im Juni 1990 und der Pakt der Vereinten Nationen über zivile und bürgerliche Rechte." (FAZ, 20.3.)

Wenn dies schon klar wäre, worüber wird dann in der Minderheitensache überhaupt noch verhandelt? Vielleicht weist in diesem Punkt die TAZ (23.3.) in die richtige Richtung, wenn sie zwar behauptet, Bonn sei inzwischen von der Forderung nach Sonderrechten abgegangen, aber gleich wieder einschränkt: "Voraussichtlich ausgeklammert wird in dem polnisch-deutschen Vertrag dagegen die Frage der Staatsangehörigkeit für die Deutschen in jenen Gebieten, die bis 1937 zum Deutschen Reich gehörten. So werden diese Menschen auch weiterhin die Möglichkeit haben, deutsche Pässe zu erhalten und damit - entgegen polnischer Rechtsauffassung - praktisch Doppelstaatsbürger sein." Allerdings gebe es in Bonn "Bestrebungen ..., die Kriterien bei der Feststellung der Staatsbürgerschaft zu verschärfen."

Die Minderheitenfrage ist aber keineswegs der einzige Problempunkt im Verhältnis der beiden Staaten zueinander. Deutliche Kritik aus Warschau kam vor allem an der Position der BRD in den internationalen Verhandlungen um Polens Altschulden. Bekanntlich hatten sich die "realsozialistischen" Regierungen des Landes in Höhe von zig Milliarden verschuldet, in erster Linie, um schlecht kalkulierte Großinvestitionen zu tätigen. In dieser hemmungslosen Kreditpolitik war die polnische Führung von etlichen westlichen Regierungen, an erster Stelle der damaligen BRD-Regierung Helmut Schmidts, großzügig unterstützt und vorangetrieben worden.

So drückte nun ein Schuldenberg von 46 bis 48 Milliarden Dollar auf den ohnehin schwer belasteten Weg eines wirtschaftlichen Neuanfangs in Polen. Allein an Zinsen hätte das Land jährlich 4,5 Milliarden Dollar aufbringen müssen. Mitte März einigte sich der "Pariser Club" der westlichen Großmächte darauf, in zwei Stufen die Hälfte der polnischen Schulden zu streichen. Dieses Ergebnis hatte Polen offenbar in erster Linie dem Einsatz der USA zu verdanken, die sich angeblich sogar für das polnische Begehren ausgesprochen hatten, 80% der Schulden zu streichen. Dem Beschluß, die Forderungen wenigstens zu halbieren, sollen sich insbesondere die BRD und Japan zunächst widersetzt haben. Die USA trafen zusätzlich eine separate Vereinbarung mit Polen, dem Land nicht nur 50, sondern 70% zu erlassen. Da man wohl annehmen muß, daß Polen in seiner desolaten Situation nicht einmal die halbierten Schulden wird zurückzahlen können, dürfte die deutsche Haltung vor allem als Versuch der politischen Druckausübung interpretiert werden.

Ein anderer Dissenspunkt steht mit dem Abzug der sowjetischen Truppen in Zusammenhang. Die polnische Regierung möchte erstens die noch im Lande stehenden 45.000 sowjetischen Soldaten möglichst schnell loswerden, auf jeden Fall aber einen verbindlichen Schlußtermin für das Ende des Abzugs festlegen, nämlich Ende 1991. Sie besteht zweitens darauf, daß sie bei dem hauptsächlich durch Polen geführten Abzug der sowjetischen Truppen aus der Ex-DDR ein Mitspracherecht hat und finanzielle Entschädigungen beanspruchen kann.

Die sich daraus ergebenden Widersprüche zwischen Polen und der UdSSR haben wiederholt dazu geführt, daß sowjetische Rücktransporte aus der Ex-DDR an der polnischen Grenze vorübergehend gestoppt wurden. In diesem Streit unterstützt die BRD-Regierung keineswegs die polnische Seite, sondern scheint eher inoffiziellen Druck auszuüben, um Polen zu einer mehr "kooperativen" Haltung zu veranlassen. Der Grund liegt auf der Hand: die Bundesregierung will jede Verzögerung des sowjetischen Abzugs aus Ostdeutschland vermeiden und akzeptiert nicht, daß Polen dabei stört, indem es eigene Interessen geltend macht. In der polnischen Öffentlichkeit fördert das die Befürchtungen, wieder einmal Objekt der beiden mächtigen Nachbarstaaten zu werden.

Kt.

29. Schuldenerlaß für Polen

Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:19

Mitte März dieses Jahres erließ der Pariser Club, ein informelles Gremium der wichtigsten westlichen Gläubigerländer, in dem die Vertreter der Regierungen und nicht der Privatbanken sitzen, Polen rund die Hälfte seiner Auslandsschulden.

Polen steht mit 35 Mrd. US-Dollar bei den westlichen Regierungen und mit 15,5 Mrd. US-Dollar bei westlichen Banken in der Kreide und verlangte zur Unterstützung seines marktwirtschaftlichen Austerity-Programms und der Anlockung westlicher Investoren einen Schuldenerlaß um 80%. Allein in den letzten beiden Jahren mußte die polnische Regierung über acht Mrd. US-Dollar Zinsen und Tilgungen an seine westlichen Gläubiger überweisen.

Hauptgläubiger ist dabei die BRD mit einem 20%en Anteil, gefolgt von Frankreich, Österreich und den USA. Nun kamen die westlichen Regierungen im Pariser Club überein, Polen 50% (die US-Regierung erließ sogar 70%) ihrer Auslandsverbindlichkeiten zu erlassen und darüber hinaus die Banken aufzufordern, es ihnen gleich zu tun.

Der Schuldenerlaß kam zustande, weil die polnische Regierung zugleich ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über drei Jahre unterzeichnete, verbunden mit der Fortsetzung des Austerity-Programms und einem zwei Mrd. US-Dollar-Kredit.

Der Pariser Club begründete ihren Schritt damit, die radikal-marktwirtschaftlichen Reformen in Polen unterstützen zu wollen. Ohnehin erhielten die westlichen Gläubigerregierungen, im Unterschied zu den Privatbanken, seit 1984 keine Zinsüberweisungen mehr - die Forderungen galten also als uneinbringbar. Nach dieser Vereinbarung reduziert sich der polnische Schuldendienst auf 600 Mio. US-Dollar pro Jahr.

Bemerkenswert an diesem Schuldenerlaß ist die Dimension. Der Schuldenerlaß geht selbst über die versprochenen, aber nicht in allen Fällen auch eingehaltenen, Zusagen gegenüber den ärmsten afrikanischen Staaten hinaus, denen etwa ein Drittel ihrer Schulden erlassen werden sollten.

Der Schuldenerlaß stieß von zwei Seiten her auf wenig Gegenliebe; zum einen klagten die Banken, damit werde ein Präzedenzfall für die gesamte Dritte Welt geschaffen und eine heilige Kuh geschlachtet. Zum anderen klopfte etwa Peru, das in etwa mit Polen zu vergleichen wäre, bereits an die Türen des IWF und des Pariser Clubs.

Maßgeblichen Anteil am Zustandekommen dieses Abkommens mit Polen hatten die BRD und die USA; die Zugeständnisse seitens der BRD sind im Zusammenhang der deutsch-polnischen Verhandlungen zu sehen, das Entgegenkommen der USA steht im Lichte ihrer neuen Nord- Süd-Politik, politisches Wohlverhalten entsprechend zu belohnen.

Ginge es nach den USA, soll auch Ägypten eine ähnlich großzügige Regelung - gemessen an der sonst harten Linie der imperialistischen Gläubiger - angeboten werden. Weitere Staaten, so betonten die US-Vertreter, kämen allerdings für einen Schuldenverzicht nicht in Betracht.

IWF und Osteuropa

Inzwischen schloß, über das spezielle Polen-Abkommen hinaus, der IWF mit allen osteuropäischen Staaten (nur das beitrittswillige Albanien fehlt noch) Vereinbarungen mit den berüchtigten Auflagen ab. Polen erhält, wie oben erwähnt, einen weiteren 2-Mrd.-Dollar-Kredit in den nächsten drei Jahren; Ungarn kann einen Kreditrahmen von 2,5 Mrd. US-Dollar in Anspruch nehmen, nachdem es die Auflagen des staatlichen Subventionsabbaus und der Freigabe der Preise zustimmte; die CSFR erhielt einen 1,8 Mrd.-Dollar-Kredit im Rahmen eines Stand-by-Abkommens, das im Gegenzug die Einhaltung eines vereinbarten IWF-Programms zur Haushaltssanierung und zum Übergang zur Marktwirtschaft beinhaltet; Bulgarien kann 400 Mio., Rumänien knapp 300 Mio. US-Dollar vom IWF in Anspruch nehmen. Die beiden letztgenannten Länder werden die Kredite in der Hauptsache für wichtige Importe verwenden.

Der Sowjetunion wird die IWF-Mitgliedschaft oder auch nur die bloße Assoziierung nach wie vor versperrt. Insbesondere die Konflikte im Baltikum bedeuteten für die Sowjetunion einen herben Rückschlag. Die große Mehrheit der imperialistischen Staaten - mit Ausnahme der BRD, die im Rahmen des 2-plus-4- Vertrages und des bilateralen Abkommens besondere Verpflichtungen zugunsten der deutschen Einheit eingegangen ist - hält daran fest, den Kredit als außenpolitische Waffe gegen die Sowjetunion scharf zu halten.

D./Westberlin

30. UdSSR: Die Auseinandersetzung um die Wolga-Republik

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:27

"Kongreß der Sowjetdeutschen für illegal erklärt", solche und ähnliche Meldungen gingen um den 11. März mehrfach durch die Presse. Der Oberste Sowjet wollte mit der Verhinderung des ursprünglich von ihm finanzierten und organisierten Kongresses einem Nationalitätenproblem besonderer Art die Spitze brechen. Denn in der Forderung der Sowjetdeutschen nach umgehender Wiederherstellung "ihrer" ehemaligen Republik an der Wolga steckt nicht nur innersowjetisch Brisanz, sondern sie berührt das Verhältnis zur BRD, auf deren wirtschaftliche Unterstützung die Sowjetunion setzt.

Von der TAZ über die Landsmannschaft der "Rußlanddeutschen" bis zum "Spiegel" wird beklagt, daß im Buch für "aussterbende Völker" bald ein neues Kreuz zu malen sei. Mit jedem Tag, an dem die Republik an der Wolga nicht komme, verschwänden Hunderte aus dem Land und die Assimilierung der übrigen Deutschen im Osten schreite unaufhaltsam voran.

Und, ginge es nach TAZ, Spiegel und den Funktionären der sowjetdeutschen "Wiedergeburt", assimiliert werden wollen und sollen sie auf keinen Fall, sind sie doch fleißiger, arbeitsamer, ordentlicher, fortschrittlicher, haben sie doch schönere Häuser und besser funktionierende Kolchosen als die "Russen" und jene asiatischen Völker, mit denen sie zusammenleben müssen, sind sie eben doch noch ein bißchen Deutsch und das kann doch nicht verloren gegeben werden.

"Kongreß der Sowjetdeutschen für illegal erklärt", solche und ähnliche Meldungen gingen um den 11. März mehrfach durch die Presse. Der Oberste Sowjet wollte mit der Verhinderung des ursprünglich von ihm finanzierten und organisierten Kongresses einem Nationalitätenproblem besonderer Art die Spitze brechen. Denn in der Forderung der Sowjetdeutschen nach umgehender Wiederherstellung "ihrer" ehemaligen Republik an der Wolga steckt nicht nur innersowjetisch Brisanz, sondern sie berührt das Verhältnis zur BRD, auf deren wirtschaftliche Unterstützung die Sowjetunion setzt.

Von der TAZ über die Landsmannschaft der "Rußlanddeutschen" bis zum "Spiegel" wird beklagt, daß im Buch für "aussterbende Völker" bald ein neues Kreuz zu malen sei. Mit jedem Tag, an dem die Republik an der Wolga nicht komme, verschwänden Hunderte aus dem Land und die Assimilierung der übrigen Deutschen im Osten schreite unaufhaltsam voran.

Und, ginge es nach TAZ, Spiegel und den Funktionären der sowjetdeutschen "Wiedergeburt", assimiliert werden wollen und sollen sie auf keinen Fall, sind sie doch fleißiger, arbeitsamer, ordentlicher, fortschrittlicher, haben sie doch schönere Häuser und besser funktionierende Kolchosen als die "Russen" und jene asiatischen Völker, mit denen sie zusammenleben müssen, sind sie eben doch noch ein bißchen Deutsch und das kann doch nicht verloren gegeben werden.

Im Unterschied zu anderen Völkern der Sowjetunion haben die Deutschen dort eine, geschichtlich gesehen, kurze Geschichte und sie berufen sich auf die Wiedergründung einer Republik, die nicht einmal 20 Jahre existiert hat. Der größte Teil der Sowjetdeutschen sind Nachfahren jener von Katharina II. im 18. Jahrhundert in das Land an der Wolga gerufenen Kolonisten. Eine zweite große Gruppe von Deutschen in der Sowjetunion, die sogenannten "Schwarzmeerdeutschen" wurden einst in einer zweiten Einwanderungswelle von Zar Alexander I. ins Land gerufen. Doch auch die Besiedlung Kasachstans und der mittelasiatischen Republiken durch Deutsche geht nicht nur auf die Deportationen 1941 zurück. Um 1890 und später gründeten Umsiedler aus dem Wolgagebiet und der Ukraine hier nach Konfessionen getrennte deutsche Dörfer. Der erste Sowjetkongreß der "Arbeitskommune der Wolgadeutschen" beschloß 1918 die Bildung eines autonomen Gebietes im Wolgagebiet. Dieser Beschluß wurde am 19.10.1918 durch ein von Lenin unterschriebenes Dekret des Rates der Volkskommissare bestätigt. Nach mehreren Veränderungen erhielt das Gebiet 1924 den Status einer "Autonomen sozialistischen Republik der Wolgadeutschen" (ASSRdWD), die ab 1936 in die Russische Föderation einging. Die Wolgadeutschen haben die Republik aber nie alleine bewohnt. Von den 610.000 Einwohnern, die 1929 gezählt wurden, waren 34% Russen und Ukrainer. Wenige Wochen nach dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion, als die deutschen Faschisten auf Moskau und

andere wichtige Städte vorrückten, wurde im August 1941 auf Betreiben Stalins die Auflösung der ASSRdWD angeordnet, ihre Bewohner nach Kasachstan und in andere asiatische Teile der Sowjetunion deportiert. Ein Erlaß des Obersten Sowjet bezeichnete sie als "Diversanten und Spione, die auf ein Signal aus Deutschland hin in den von den Deutschen bewohnten Gebieten an der Wolga Sprengsätze zünden sollen". (Neue Zeit 17.90) Die Deutschen der Ukraine kamen während des Zweiten Weltkrieges unter deutsche Besatzung. In den Jahren 1943/44 wurden sie "heim in's Reich", in den Warthegau und das "Reichsgebiet" gebracht, in dieser Zeit wurde ihnen die heute von der Bundesregierung anerkannte deutsche Staatsangehörigkeit verliehen. Bei Kriegsende befanden sich 200.000 von ihnen wieder in dem von der Roten Armee eroberten Gebiet, sie wurden in die Sowjetunion zurückgebracht.

Insgesamt wurden bis zum 25. Dezember 1941 894.000 Deutsche umgesiedelt. Nach Kriegsende wurde die Verbannung durch ein Dekret des Obersten Sowjet vom 26.11.1948 festgeschrieben, mit dem allen deportierten Völkern der Sowjetunion (u.a. Kalmyken, Tschetschenen, Finnen) für das Verlassen der Ansiedlungsgebiete bis zu 20jährige Haft angedroht wurde. Am 29.8.1964 wurden die Deutschen in der Sowjetunion rehabilitiert, das Verbot der Rückkehr blieb aber bis in die siebziger Jahre in Kraft.

Der Streit um die Wiedererrichtung der Wolga-Republik

Die im April 1987 von Initiativgruppen der deutschen Autonomiebewegung ins Leben gerufene "Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen Wiedergeburt" versteht sich (bei 50.000 Mitgliedern) als Interessenvertretung der zwei Millionen deutschen Sowjetbürger. Die Hälfte der "Sowjetdeutschen" lebt heute in Kasachstan, weitere 100.000 in Kirgisien, 800.000 verstreut in der Russischen Föderation (RSFSR), 30.000 in der Ukraine. Als Ergebnis der Deportation von 1941 lebt der große Teil der Sowjetdeutschen in großer räumlicher Streuung, vor allem in Kasachstan, das allein so groß ist wie Westeuropa. Seinerzeit wurden die Deutschen aus dem europäischen Teil der Sowjetunion, dem Wolgagebiet inbegriffen, in kleinen Gruppen weitflächig unter die Angehörigen anderer Nationalitäten verteilt. Ergebnis stalin'scher Nationalitätenpolitik, die den Internationalismus durch Unterdrückung der nationalen Kulturen durchzusetzen versuchte, ist der heute hervorbrechende scharfe Nationalismus.

Der deutschen Sprache sind in Folge dieser Politik und der Schließung sämtlicher deutscher Schulen heute nur noch etwa 30 Prozent mächtig, insbesondere in der mittleren Generation sind die Kenntnisse weitgehend verloren gegangen. Die zunehmende Assimilation verursachte in der mittleren und älteren Generation eine Art "Identitätskrise", die einerseits die Ausreisewelle seit Ende der 60er Jahre anschwellen ließ und andererseits die Autonomiebewegung hervorbrachte. Aktuell lassen die nationalen Spannungen in Mittelasien und Kasachstan, von denen die Deutschen ebenso wie Russen und andere nicht von dort stammende Völker getroffen werden, Alternativen attraktiver denn je erscheinen. Die Autonomiebewegung propagierte, die Deutschen in der Sowjetunion könnten ihre "kulturelle Identität" nur "wiedererlangen" und bewahren, wenn sie einherginge mit der "staatlichen Einigung", d.h. der Wiedererrichtung der Republik an der Wolga. Die in Aussicht gestellte "kulturelle Autonomie", d.h. deutsche Schulen, Studiengänge an der Universität und regionale Kulturzentren an den Orten, wo die Sowjetdeutschen heute leben, reichten den Funktionären der "Wiedergeburt" nicht aus.

Nicht die Demonstrationen vor dem Kreml, sondern die Abhängigkeit von wirtschaftlicher und politischer Unterstützung aus Deutschland sowie die durch die Abwanderung entstehenden Verluste (1989 allein 200 Millionen Rubel) dürften den Obersten Sowjet im November 1989 zu dem ungewöhnlichen Beschluß getrieben haben, die "Rechte der Sowjetdeutschen" wiederherzustellen. Die Nationalitätenkammer des Obersten Sowjets empfahl die "grundsätzliche Anerkennung der Notwendigkeit einer Wiederherstellung der Autonomie der Sowjetdeutschen". Dem vorangehen sollte eine Volksbefragung auf dem Territorium der ehemaligen Wolgarepublik sowie die Schaffung der "nötigen Bedingungen" einer Wiederansiedlung von Deutschen. Die Zeit bis zur Errichtung einer Republik wurde von der Nationalitätenkammer auf zehn Jahre veranschlagt. Den Vertretern der "Wiedergeburt" war dieser Zeitraum zu lang, der "Aderlaß" weiterer Ausreisen könne nicht hingenommen werden, "der Bestand als Volk" sei bedroht.

Doch im April 1990 wurde Moskau dieses Eisen zu heiß: Die Wiedererrichtung der von 1924 bis 1941 bestehenden Wolgarepublik scheitere am Widerstand der dort lebenden Bevölkerung. "Wir an der Wolga brauchen kein drittes Deutschland". "Wir lassen uns von unserem Boden nicht vertreiben", so lauteten Parolen auf Demonstrationen in den Städten Marx, Engels oder Kamyschin.

Nach offizieller Sprachregelung ist die Wolgarepublik nicht vom Tisch, sondern nur auf Eis gelegt. Die Stadtsowjets in der Region wurden angewiesen, die "Organisation des nationalkulturellen Lebens der Deutschen an der Wolga zu sichern". Kolchos- und Sowchosverwaltungen haben Sorge für Übersiedlungsmöglichkeiten von Deutschen zu treffen, die Universität soll bis spätestens 1995 mit der Ausbildung muttersprachlicher Lehrer beginnen, die Volksbildungsverwaltung die Errichtung deutscher Schulen zu gewährleisten. Doch der Schwarze Peter der Wiederherstellung der Republik wurde der Russischen Unionsrepublik zugeschoben. Das ZK orientierte jetzt auf autonome deutsche Dorf-, Kreis- und Rayonsowjets an jenen Orten, wo Deutsche heute in der Mehrheit sind und - ein völliges Novum - auf eine Regierung einer personellen Assoziation der Deutschen mit Sitz in Moskau. Die Variante "Autonomie ohne Territorium" wurde von der Mehrheit der Wiedergeburt im Chor mit dem Bund der Vertriebenen (BdV) entrüstet abgelehnt und die organisierte Auswanderung angedroht.

Doch schon seinerzeit war eine Minderheit der Wiedergeburt, vor allem jene, die der KP nahe stehen oder nicht aus dem Wolgagebiet stammten, bereit, den Moskauer Vorschlag in Erwägung zu ziehen.

Die Spaltung der "Wiedergeburt"

Auf dem für den 11.-15.3. vorgesehenen "Kongreß der Sowjetdeutschen" sollte es um die Frage gehen, ob die vom ZK in Aussicht gestellte "Personalautonomie" als "Etappe auf dem Weg zur vollen Territorialautonomie" zu sehen sei. Die "Wiedergeburt" war an dieser Frage gespalten. Die harten Verfechter der sofortigen Republiksneugründung, personalisiert in dem Vorsitzenden Groth (der allerdings die Mehrheit des Vereins hinter sich hat) verfolgten das Ziel, den zweiten Vorsitzenden und Vertreter der vom ZK präferierten Assoziationsidee, Wormsbächer, zu entmachten. Daraufhin sagte die Nationalitätenkammer die Versammlung in letzter Minute ab, als Begründung wurde u.a. das bevorstehende Referendum über die Zukunft der Sowjetunion angegeben. Der Vorsitzende Groth ließ den Kongreß trotz der von Regierungsseite verkündeten Verschiebung in anderen Räumlichkeiten stattfinden. Ca. 500 Delegierte, überwiegend Hardliner von Groths Linie, kamen in Moskau zusammen. Wie erwartet forderte eine Mehrheit der Delegierten in einer Deklaration die sofortige Wiederherstellung der Republik, da ihre Liquidierung antikonstitutionell und somit ungültig gewesen sei. Der Neugründung solle ein Moratorium von sechs Monaten vorrausgehen, während derer man eine gedeihliche Atmosphäre unter der russischen Bevölkerung der Region schaffen wolle. Zusätzlich wurden Garantien für den Besitz der dort später Angesiedelten und die Beibehaltung des Russischen neben dem Deutschen zugesichert.

Erreicht hat Moskau mit der Verschiebung des Kongresses die Spaltung der "Wiedergeburt". Nicht aufgegangen ist das eigentliche Ziel, auf dem Kongreß einen "Nationalrat der Deutschen der UdSSR" mit quasi staatlichen Attributen, aber ohne Territorium zu bilden.

Der Kongreß ging stattdessen mit der Wahl eines "Provisorischen Rates zur Wiederherstellung der Republik der Wolgadeutschen" zu Ende. Der Provisorische Rat ist gedacht als Vorparlament der Wolga-Republik. Zuvor hatte Groth zum "Zeichen, daß wir uns nicht länger hinhalten lassen", unter dem Beifall der Delegierten die "Deutsche Autonome Sozialistische Sowjetrepublik an der Wolga" ausgerufen.

Mit welchen Mitteln Groth und die Mehrheit der "Wiedergeburt" ihr Ziel verwirklichen will, ist derzeit offen. Klar ist jedoch, daß ihnen bei einem Aufruf zur organisierten Wiederbesiedlung der Wolga-Region von den jetzt dort Ansässigen kalter Wind ins Gesicht wehen wird. Hilfe kann Groth hingegen aus der BRD erwarten.

Tatkräftige finanzielle und politische Unterstützung erhält die Wiedergeburt von dem mit dem BdV in Verbindung stehenden "Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA), der die Büros der Gesellschaft mit modernsten Büro-und Kommunikationsmitteln ausstattete. In einem Bonner Büro der Wiedergeburt arbeitet u.a. der Ständige Sekretär des VDA in Deutschland, Kern. Doch auch der VDA muß für sein Wirken in der Sowjetunion nicht betteln gehen. Von der Bundesregierung über die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP sagten ihm alle Unterstützung und Mitfinanzierung zu. Noch in diesem Jahr kann der VDA in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt 600.000 DM für Maßnahmen "zur Pflege der Muttersprache" bereitstellen.

Die "Variante Kaliningrad"

Doch attraktiver als eine gigantische Finanzen verschlingende Wolgarepublik, aus der sich aber kaum Einfluß ergibt, dürfte entsprechenden Kreisen von BdV, Bundesregierung und Wirtschaft die die Variante "Kaliningrad"

(ehemals Königsberg) erscheinen. Gerhard Frey räsonierte in der "Nationalzeitung" (v.12.10.90) darüber, daß es besonders hilfreich wäre, "wenn in Nordostpreußen ein beträchtlicher Teil der Rußland-Deutschen angesiedelt würde und die deutsche Wirtschaft ihre Anstrengungen darauf konzentriert, (daraus) wieder ein blühendes Land zu machen." Mit der Kontrolle über die baltischen Staaten verlöre Moskau sie zwangsläufig auch über Nordostpreußen. "Es liegt im Interesse ... der Gerechtigkeit und Wahrheit, daß dieses Land wieder von Deutschen bewohnt ... wird und nicht an Warschau kommt." Frey steht mit dieser Präferenz nicht alleine da.

Vom Deutsche Bank-Aufsichtsratsvorsitzenden Christians wurde schon vor zwei Jahren anläßlich eines Besuches in Moskau die Idee einer "Sonderwirtschaftszone" in Kaliningrad ins Gespräch gebracht, die vor allem bei den Stadtoberen auf positive Resonanz stieß.

Auch eine Minderheit der "Wiedergeburt", u.a. Wormsbächer, macht sich für Kaliningrad als Republik der Deutschen stark. Für Kurt Wiedmaier, ehemals Funktionär der "Wiedergeburt", ist das Land an der Wolga durch "Mißwirtschaft und mangelhafte Pflege inzwischen völlig verhunzt". Um seine Verbannungsorte zu verlassen, brauche "der Sowjetdeutsche andere Anreize." Im ehemaligen Ostpreußen, in Kaliningrad, sei Platz für die Deutschen, dort solle "eine deutsch-russisch-baltische Republik entstehen." (Spiegel 19.2.90) Die dort geplante Sonderwirtschaftszone ließe sich mit dem Interesse der Deutschen "an wirtschaftlichem Aufstieg und besserem Leben verbinden".

Die Alternative: Aussiedlung

Neun von zehn ehemaligen Bewohnern der Wolga-Republik leben heute nicht mehr, viele Sowjetdeutsche haben Familien mit Russen, Kasachen o.a. gegründet, für sie bedeutet eine eigene Republik an der Wolga keine Alternative zum jetzigen Wohnort oder zum großen Konsummagneten BRD. An einem großen Teil gehen die Auseinandersetzungen zwischen der Wiedergeburt und Moskau vorbei, sie beantragen die Ausreise, mehr als 200.000 kamen in den letzten Jahren in die BRD, weitere 350.000 haben die Ausreise beantragt. Wieviele real gehen, wird sich weniger an der Frage, Autonomie ja oder nein, entscheiden als vielmehr an den drückenden wirtschaftlichen Verhältnissen und den drohenden sozialen Umbrüchen in der UdSSR, die den Sowjetdeutschen die vielen anderen unmögliche Flucht aus dem Land als Ausweg erscheinen läßt.

Eines ist sicher, die von vielen ersehnte "Heimat" werden die überwiegend konservativen und frommen Sowjetdeutschen, deren "Deutsch" weitgehend ein konserviertes Mundarten-Gemisch des 18. Jahrhunderts ist, in der BRD nicht finden. Auch mit der Ausreise werden sie "ihre Identität" als "Sowjetdeutsche" verlieren, sie kommen in ein Land, daß ihre Vorfahren vor über 200 Jahren verließen und in dem die Zeit nicht stehen blieb.

Wenn heute die "verlorene Chance" der Bewahrung der "sowjetdeutschen Kultur" und der "Verlust" dieses "Volkes" bejammert wird, so geht es um kaum anderes als eine museale rückwärtsgewandte Wiederbelebung und Bewahrung "deutscher Kultur" und "Brauchtum" von vor über 200 Jahren. Dieses erfuhr keine Erneuerung und ging, wie ungerecht die Geschichte auch immer war, zwangsläufig verloren und wurde durch neue Einflüsse ersetzt. Eine "Wiedergeburt" des "sowjetdeutschen Volkes" durch die Wiederbelebung einer 50 Jahre nicht mehr existenten Republik erweist sich somit als Chimäre - dieses "Volk" löst sich unaufhaltsam auf und assimiliert sich entweder in der BRD oder der Sowjetunion.

Sab.

31. "Wir haben lange auf diesen Tag gewartet." Englische Polizei erfolterte Geständnisse - sechs Iren nach 16 Jahren freigesprochen

Rubrik: Großbritannien; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:35

Am 14. März verließen sechs Männer das Londoner Berufungsgericht Old Bailey, die als Birmingham Six in die Geschichte der britischen Justiz eingehen werden. Verhaftet, angeklagt und verurteilt, weil sie angeblich 1974 in Birmingham zwei Bomben für die Irisch Republikanische Armee (IRA) gelegt haben sollen. Am 21. November 1974 explodierten in zwei Pubs in Birmingham Bomben, 21 Menschen starben, 162 wurde verletzt. Die IRA übernahm die politische Verantwortung für die Anschläge und bereits 72 Stunden danach präsentierte die Polizei die besagten sechs Männer als Attentäter von Birmingham. Die bis dahin im Kampf gegen die IRA recht erfolglose Polizei konnte damit einen beachtlichen Erfolg vorweisen - so schien es. Doch nach über 16 Jahren wurde auch dem letzten Lord Richter klar, was diese Männer - und die Polizei - von Anfang an wußten: sie sind unschuldig.

Die Geschichte dieser Menschen ist auf der einen Seite ungeheuerlich, skandalös, auf der anderen Normalität eines Rechts- und Gesellschaftssystems, das weltweit Anerkennung und Beachtung findet für seine Korrektheit, Unbestechlichkeit und seinen Sinn für Gerechtigkeit. Daß dies aber nicht für alle Menschen im United Kingdom gilt, kann am Fall der Birmingham Six nachgezeichnet werden.

Eine Mischung aus Vorurteilen - wer glaubt schon einem Iren? -, politischem Erfolgsdruck und Hysterie führte zu einem Gerichtsurteil, daß auch nach damaligen Erkenntnissen nie hätte gefällt werden dürfen.

Zur falschen Zeit am falschen Ort

Am 21. November detonierten in zwei Pubs in Birmingham Sprengsätze. Zahlreiche Tote und Verletzte waren zu beklagen. Es waren dies zwei von insgesamt 58 Attentaten, die alle der IRA zugeschrieben werden und die zwischen dem 29. August 1973 und dem 21. November 1974 Bevölkerung und Polizei der West Midlands - so heißt die Gegend um Birmingham - in Aufregung versetzten. Es herrschte das Klima einer Hexenjagd, dem teilweise alle und alles zum Opfer fiel, was nach britischen Vorurteilen irisch aussah, sprach oder vor Verschärfungen des Rechtssystems warnte. Die damalige Labour-Regierung peitschte Anti-Terror-Gesetze durchs Unterhaus, eines schärfer als das andere. Es war ein Klima in dem weder amnesty international noch das National Council for Civil Liberties, der britische Bürgerrechtsrat, diese Themen anpackte, aus Angst, als IRA-Sympathisanten öffentlich demontiert zu werden. Nacht- und Nebelaktionen der Polizei gegen irische Familien waren auf der Tagesordnung; viele Iren wagten es nicht den Mund aufzumachen, um nicht an ihrem Dialekt erkannt zu werden. Ein Klima der gnadenlosen Einschüchterung wurde gegenüber der recht großen Zahl irischer Familien in Großbritannien erzeugt.

Für die Bomben im "Mulberry Bush" und "Tavern in the Town" übernahm die IRA die politische Verantwortung. Die Polizei der West Midlands stand unter einem großen Erfolgsdruck, denn bislang hatte sie nur wenige Personen als Verdächtige für diese Anschlagserie präsentieren können. So war es für die britische Öffentlichkeit angenehm überraschend, daß bereits 72 Stunden nach den Anschläge sechs Verdächtige, ja sogar geständige Attentäter präsentiert wurden. Fünf der Männer wurden angeblich beim Versuch nach Irland zu flüchten verhaftet, der sechste in seinem Haus in Birmingham. Es waren dies: Patrick Hill, damals 29, John Walker, 39, Gerard Hunter, 28, Hugh Callaghan, 44, Richard McIlkenny, 40, und William Power, 31. Ihnen wurde der Versuch zum Verhängnis an der Beerdigung von James McDade teilnehmen zu wollen. Dieser war bei einem Attentatsversuch ums Leben gekommen und sollte am 21. November in Belfast beerdigt werden. Die Beisetzung fand unter Teilnahmen von über 100.000 Menschen statt, eine Manifestation gegen die britische Politik in Nordirland. Alle sechs kannten James McDade, zwei der sechs waren mit ihm zur Schule gegangen, einer entfernt mit ihm verwandt und der Rest kannte sich aufgrund des Zusammenhalts der irischen Szene in England. Aus Anlaß der bevorstehenden Beerdigung von McDade und der allgemeinen Hysterie beobachtete die Polizei alle "Übergänge" nach Irland auf der Suche nach möglichen Attentätern und IRA-Verdächtigen. Fünf von ihnen wurden verhaftet als sie die Fähre nach Irland betreten wollten, aus Sicht der Polizei verdächtig genug und die Begründung für die Fahrt, die Beerdigung, wenig glaubhaft. Die Männer

wurden auf die nächste Wache gebracht, ohne daß sie Widerstand leisteten. Tests ergaben, daß sie Stunden vorher mit Nitroglyzerin in Berührung gekommen waren und einige unterschrieben Geständnisse. Also ein klarer Fall für Polizei und Justiz. Ebenso beim sechsten Mann, der in seinem Haus am nächsten Abend verhaftet wurde. Logisch daher, daß alle sechs im nächsten Jahr zu lebenslanger Haft verurteilt wurden. Stand doch in den Geständnissen, wer von wem welche Bombe erhalten und wo in den Pubs postiert hatte. Daß die sechs immer wieder erklärten, sie seien unschuldig, wollte niemand hören bzw. wurde als perfides Täuschungsmanöver ausgebuffter irischer Terroristen angesehen. Niemand konnte und wollte sich damals vorstellen, daß die Männer unschuldig sind.

Uninteressante Details

Zehn Tage nach der Verhaftung der sechs erklärte David O'Connell, einer der damaligen bekannten IRA-Führer, daß diese Männer nichts mit der irisch-republikanischen Bewegung zu tun hätten. Ein vollkommen neues und ungewöhnliches Verhalten der IRA in den siebziger Jahren, doch niemand schenkte dieser Erklärung Beachtung - welcher Brite glaubt schon einem IRA-Menschen?

Auch die Geständnisse der Männer wiesen Mängel auf, die aber das Gericht nicht zur Kenntnis nahm. So wurden die Bomben angeblich in weißen Plastiktüten in die Pubs getragen. Dies war damals Usus bei der IRA. Doch das kriminaltechnische Gutachten ergab fünfzig Tage nach den Anschlägen, daß die Sprengsätze in Aktenkoffern versteckt gewesen waren. Dieser Widerspruch fand vor Gericht nie Beachtung. William Power hat nach diesen Aussagen zwei Bomben im "Mulberry Bush" deponiert, tatsächlich explodierte nur eine. Nach dem Geständnis von Hugh Callaghan habe er mit Gerard Hunter jeweils eine Bombe an der Hauswand des "Mulberry Bush" gelegt, nach dem von John Walker soll er zur gleichen Zeit zusammen mit Hunter die Bombe in der "Tavern in the Town" versteckt haben. Auch diese Widersprüche blieben unbeachtet. Ebenso der Umstand, daß die sechs vor Gericht immer wieder ihre Unschuld beteuerten, daß sie diese Geständnisse nie gemacht hätten, daß sie aus ihnen rausgeprügelt worden seien, spielte in der ganzen Urteilsfindung keine Rolle.

"Ich stelle mit Befriedigung fest, daß die gesamte Untersuchung mit honoriger Gewissenhaftigkeit von allen Beamten ausgeführt worden ist." So Richter Bridge bei seiner Urteilsbegründung. Die sechs erhielten 21mal lebenslänglich und die britische Öffentlichkeit sah sich befriedigt. Daß die sechs vor Gericht aussagten, sie seien geprügelt und zu den Aussagen gezwungen worden, wurde als gemeine Lüge bewertet und stimmungsmäßig gegen sie gewandt. "Er konnte kaum sprechen. Sein Gesicht war so rot, als wäre er in heißes Wasser getaucht worden. Er hatte blutunterlaufene Augen, Verletzungen an Stirn, Nase und Kinn. Seine Lippen waren aufgeplatzt und die Hände mit Blutergüssen übersät" So beschrieb Kate McIlkenny ihren Mann Richard drei Tage nach seinem Geständnis sehen konnte. Auch die übrigen Männer wiesen derartige Verletzungen auf, doch kein Arzt, kein Beamter brachte dies vor Gericht zur Sprache, die Verteidiger der sechs waren der Hysterie und der öffentlichen Meinung zusammen mit ihren Angeklagten gnadenlos ausgeliefert.

"Zieh dich aus, du Schwein"

Mit welchen Mitteln die West Midland Polizei die Aussagen der sechs erhielt, wobei nur vier von ihnen die schriftlichen Geständnisse auch unterschrieben, verdeutlichen folgende Aussagen über die Verhöre. Häftling Nummer 509 496, Paddy (Patrick) Hill über eine Fahrt im Polizeiwagen nach seiner Festnahme: "Meine linke Hand war mit einer Handschelle an das Wagendach gefesselt. Ein jüngerer Beamter saß am Steuer, Inspektor M. neben ihm auf dem Beifahrersitz. Ein älterer Beamter, B., war neben mir, hinten im Wagen. Er befahl mir, auf der Kante zu sitzen und die Beine zu spreizen. Dann rammte er mir seinen Polizeiknüppel zwischen die Beine und schrie, jetzt sei es vorbei mit dem Zeugen kleiner Irenschweine. Inspektor M. drehte sich um und schlug mir seine Pistole über den Kopf. Dann steckte er mir den Lauf der Waffe in den Mund und drückte zweimal ab. Woher sollte ich wissen, daß sie nicht geladen war? Er lachte und sagte zu dem Fahrer: `Halt kurz an, damit ich ihm den Kopf vom Hals blasen kann!' Alle drei lachten, er drückte mir die Pistole ans Auge und sagte, die ersten beiden Male hätte ich Glück gehabt. Mal sehen, was beim dritten Mal passiere..." Billie Power schilderte eines der Verhöre mit dem Sergeant Alan Watson und Detective Michael French, die zu den Geständnissen führten wie folgt: "Zweimal kam ein dritter Kriminalbeamter in den Raum und schlug mich im Vorbeigehen seitlich auf den Kopf. Beim zweiten Mal sagte er: `Schickt ihn zu uns rüber'. Dann ging er wieder hinaus. F. bemerkte: `Verglichen mit ihm sind wir die reinsten Engel'. Die beiden erklärten mir, vor meinem Haus hätte sich ein Mob versammelt. Der wollte meine Frau und Kinder zu fassen bekommen. Jetzt sei ein

Polizeiaufgebot vor Ort, sie zu beschützen. Wenn ich nicht bald ein Geständnis ablegte, würden sie das Aufgebot abziehen lassen. Ich sagte: `Das könnt ihr nicht tun!' Dann aber kam der andere Beamte wieder dazu und sagte: `Bleibt wohl nichts anderes übrig'. Er packte mich bei den Haaren und zog mich in ein anderes Zimmer. In dem Zimmer waren vier Mann. Es war dunkel, nur eine Tür stand ein Spalt offen. Ich wurde in den Raum geschubst und von allen vieren mit Fäusten und Fußtritten bearbeitet. Ich knickte zusammen und fiel zu Boden. Sie zerrten mich an den Haaren in die Höhe und begannen von neuem. Wieder und wieder rutschte ich, an eine Wand gelehnt, zu Boden. Jedesmal zerrten sie mich wieder hoch. Dann rief einer: `Das ist genug'. Ich mußte mich mit den Händen gegen die Wand stellen. Einer rief, `okay', und ein anderer schrie: `Streck ihm die Eier, streck ihm die Eier!' und er schrie mir ins Ohr: `Mit dem Kindermachen ist's von jetzt an vorbei - verstehst du mich?' Einer packte meine Hose und ich rief, `okay, okay', ich hielt es nicht mehr aus. Sie schleiften mich bei der Gurgel zurück ins Verhörzimmer. Noch länger und sie hätten mich tragen müssen. Sie hatten die Gedärme aus mir herausgeprügelt!" Auch den anderen erging es nicht besser, sie wurden teilweise bis zur Bewußtlosigkeit geprügelt. In diesem Zustand unterschrieben vier von ihnen Papiere, ohne überhaupt in der Lage zu sein, zu erkennen, um was es sich dabei handelte, nur unter dem Druck dieser Folterungen und Erniedrigungen, nur, damit diese Qual ein Ende habe.

Doch die Birmingham Six waren nicht die einzigen, die ein derartiges Martyrium durchliefen. "Ich wurde in einen langen Raum gestoßen, in dem sämtliche Polizisten der Stadt auf mich zu warten schienen. Sie standen in zwei Reihen, wie zum Spießrutenlaufen. Chief Inspektor Grundy schubste mich zwischen ihnen durch. Einer murmelte: `Irenschwein!' Ich spürte einen Fußtritt gegen mein Schienenbein ... Spucke landete auf meinem Hemd. Ich stolperte unter einem Hagel von Beschimpfungen und Tritten zum Empfangstisch. `Name?' Ich flüsterte meinen Namen. Der Sergeant hinter dem Schreibtisch lehnte sich vor, packte mich beim Hemd und zog mich vornüber. `Du Killersau', brüllte er mir ins Gesicht. `Du irisches Schwein! Du Vieh! Sag deinen Namen, Geburtsdatum und Adresse in einer mir verständlichen Sprache.' Ich gehorchte. `Okay', sagte er dann. `Zieh dich aus'. Ich blickte mich nach einer Umkleidekabine um. Der Sergeant schrie: `Was suchst du, du Schwein? Ausziehen habe ich gesagt. Hier, auf der Stelle.' Ich schlotterte vor Angst, als ich meine Kleider ablegte. War das Wirklichkeit oder ein böser Traum?"

Für Gerry Conlon, damals zwanzig Jahre alt, war es bittere Wirklichkeit. Er war zusammen mit den etwa gleichaltrigen Paul Hill, Paddy Armstrong und Carole Richardson verhaftet und zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Ihnen wurden zwei Anschläge in Guildford und Wollwich zur Last gelegt. Taten, für die die IRA die politische Verantwortung übernahm, und an denen diese vier nicht im entferntesten beteiligt waren. Auch die Guildford Four mußten nach 15 Jahren Haft als unschuldig entlassen werden.

Ein Stein kommt ins Rollen

In den siebziger Jahren war es fast unmöglich, Fragen der Rechtmäßigkeit dieser Urteile, der Glaubwürdigkeit der Polizeizeugen öffentlich zu thematisieren. Tat mensch dies dennoch, galt mensch als Propagandist einer terroristischen Vereinigung, als Sympathisant der IRA. Nur wenige Menschen interessierten sich für das Schicksal der Birmingham Six. Neben den direkten Angehörigen versuchten auch die Gefangenen selber immer wieder durch Eingaben, Anfrage an öffentliche Institutionen auf ihren Fall aufmerksam zu machen, um eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erreichen. "Die Entscheidung über die Wiederaufnahme Ihres Verfahrens liegt beim Innenministerium. In Ihrem Fall steht die Reputation so vieler Leute auf dem Spiel, daß die Chancen einer Revision nach meinem Dafürhalten gleich Null sind. Mit freundlichen Grüßen, Ihr Tom Sargant" Diesen Brief erhielt Paddy Hill noch 1982 vom Geschäftsführer von "Justice", der britischen Sektion der Internationalen Juristenkommission, ein hochgeachteter Verband namhafter Advokaten, Kronanwälten und Richtern.

Wenn die Reputation britischer Polizeibeamter, des Scotland Yard und einiger Lord Richter auf dem Spiel steht, dann ist das Leben einiger Unschuldiger nicht so wichtig. Doch die sechs gaben nicht auf. Und sie hatten neben ihren Verteidigern einen Bündnispartner, der sich im Laufe der achtziger Jahre durch seine unermüdlichen Recherchen einen Namen machte. Es ist der Labourabgeordnete Chris Mullin. Der Journalist war von Anfang an überzeugt, daß die sechs nicht die Täter waren und ging der Sache auf eigene Faust nach.

Durch seine Recherche und die Arbeit anderer Journalisten wurde bei der West Midlands Polizei, aber auch bei Einheiten, die speziell gegen die IRA eingesetzt waren, ein wahres Komplott aufgedeckt. Da sind über Jahre hinweg Geständnisse erpreßt, Gefangene mißhandelt, Aussagen gefälscht und vor Gericht gelogen

worden, was das Zeug hält. So wurden mittlerweile 13 Beamte, die u.a. die Birmingham Six verhörten, dieser Vergehen für schuldig befunden.

Doch damit noch nicht genug. In einer Sendung des Magazins "World in Action" wurde bereits 1985 nachgewiesen, daß der Test, mit dem an den Händen von Power und Hill Spuren von Nitroglyzerin nachgewiesen wurden, unbrauchbar ist. So reagierte der Test beispielsweise auch positiv auf Nitrozellulose, ein Stoff, der bei der Berührung von Spielkarten an einem haften bleibt. Die fünf, die an der Fähre verhaftet wurden, hatten immer wieder ausgesagt, daß sie auf der Fahrt zur Fähre Karten gespielt hätten. 1986 erschien ein Buch von Chris Mullin unter dem Titel "Error of Judgement" (Irrtümer eines Urteils), indem er Polizeizeugen präsentierte, die die Aussagen der sechs bestätigten. Obendrein zitierte er aus Interviews mit Leuten, die sich dazu bekannten, die Bomben gelegt zu haben. Die Namen der Leute sind seit Jahren der Polizei bekannt. Nach der Lektüre des Materials legte der damalige konservative Innenminister Douglas Hurd den Fall dem Berufsgericht vor.

Lord Lane, Vorsitzender des Gerichts, lehnte eine Freilassung ab. Nach seiner Ansicht gäbe es keinen neuen Beweise oder Umstände, die die Richtigkeit des damaligen Urteils in Zweifel zögen. Es ist die gleiche Selbstherrlichkeit, mit der Lord Dennings bereits 1976 ein Berufungsverfahren abgelehnt hatte: "Sollten die sechs den Fall gewinnen, dann würde das ja bedeuten, daß die Polizei des Meineids schuldig war, daß sie sich der Gewaltanwendung und der Bedrohung schuldig machte, daß die Geständnisse unfreiwillig und die Urteile ein Irrtum waren." Für den damaligen Lord Richter eine erschreckende Perspektive und die sechs wanderten wieder in den Knast. Aber unter dem wachsenden Druck der Öffentlichkeit - mittlerweile war in Großbritannien, aber auch in Irland eine Kampagne zur Freilassung der Birmingham Six angelaufen - und immer neuerer Enthüllungen über das Ausmaß von Falschaussagen, Gefangenenmißhandlungen und spektakulärer Freilassungen, wie die der Guildford Four, geriet die britische Justiz immer mehr ins Wanken. So mußte selbst der Generalstaatsanwalt Allan Green Ende Februar 1991 zugeben, daß auch im Fall der Birmingham Six Polizisten unter Eid die Unwahrheit gesagt hätten und daß das Urteil gegen die sechs nicht mehr zu halten sei. So kam es, daß am 14. März dieses Jahres die Birmingham Six freigelassen und von Tausenden vor Old Bailey emphatisch empfangen wurden. Dennoch bleibt ein fader Nachgeschmack und die Frage, wie es zu diesen eklatanten Fehlurteilen kommen konnte.

Justice for all - Gerechtigkeit für alle

Die britische Justiz nimmt für sich in Anspruch, eine der fairsten und korrektesten der bürgerlichen Gesellschaften zu sein. Jede/r Brite wird in dem Gedanken aufgezogen und ausgebildet, daß das britische Rechts- und Polizeisystem das Beste der Welt und daß daran auch kein Zweifel erlaubt sei. Insbesondere die makellose Arbeit, die "honorige Gewissenhaftigkeit" der britischen Polizei, wie Richter Nigel Bridge es bei seiner Urteilsbegründung nannte, steht nach wie vor hoch im Kurs. Das, was allein in den letzten zwei Jahren an unterschiedlichen Polizei- und Justizskandalen bekannt wurde, reichte aus, daß auch der letzte konservative Abgeordnete erkannte, daß mit dem britischen Rechts- und Polizeisystem etwas nicht in Ordnung sei. Folglich setzte man eine königliche Untersuchungskommission ein, die dies ändern soll. Doch sie wird nicht viel ändern, vielleicht noch weitere Fehlurteile, Folterungen und andere Willkürakte der britischen Polizei und Justiz aufdecken, aber eines der Grundübel wird auch diese Kommission nicht beseitigen können.

Es liegt in dieser schrecklichen antiirischen, antischwarzen, fremdenfeindlichen Einstellung des englischen Establishments," formulierte Sarah Clarke, eine irische Nonne, die sich seit Jahren für irische Gefangene in britischen Knästen einsetzt und auch in der Bewegung für die Freilassung der Birmingham Six zusammen mit Chris Mullin die vorantreibende Kraft war. Nach ihrer Ansicht glaubt ein britischer Richter einem englischen Polizisten halt mehr als einem Fremden. Bei der Zusammensetzung der britischen Richterschaft ist dies auch kein Wunder. Sie rekrutiert sich ausschließlich aus der Oberschicht des Landes, es gibt keine Quotierung an Hand des Querschnitts der Bevölkerung wie etwa in den USA; obendrein sind sie fast ausnahmslos weiß und in den höheren Etagen der Justiz ist nicht eine einzige Frau zu finden; von den 500 höchsten Richtern ist nur ein einziger schwarz. Sie alle haben das beschriebene Bild von der Unfehlbarkeit und Korrektheit der britischen Justiz vollständig verinnerlicht und für die Menschen ihrer Klasse mag es sicherlich auch zutreffen. Doch wehe man gehört nicht zu diesem illustren Kreis.

Es ist gängige Meinung in Großbritannien, daß derjenige, der sich zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort befunden hat, geliefert sei. Dies gilt besonders, wenn mensch nicht weiß und nicht britisch ist. Seien es nun die

69 Araber, die aufgrund von Panikreaktionen des MI5, dem britischen Geheimdienst, aufgrund rein spekulativer Anschuldigungen im Knast sitzen, sei es der dreizehnjährige Schwarze, der unter Einbruchsverdacht festgenommen wurde. In einer 52stündigen Haft, ohne Rechtsbeistand, bekleidet nur mit einer Turnhose und einer um die Schulter gelegten Decke, legte er ein Geständnis ab, das ihm ein Verfahren wegen Mord und Anstiftung zum Aufruhr einbrachte. Mittlerweile traut sich in Großbritannien auch amnesty international wieder, sich solcher Fälle anzunehmen. Denn auch diese Organisation konnte sich während der siebziger und Anfang der achtziger Jahre der öffentlichen Hysterie in Sachen IRA nicht entziehen.

Für Gerechtigkeit für jede/n, diesen Wahlspruch aller bürgerlichen Rechts- und Justizsysteme ist auch in der britischen Gesellschaft genausoviel bzw. genausowenig Platz wie in allen anderen bürgerlichen Staaten dieser Erde auch. Doch in Großbritannien erhält diese Tatsache aufgrund des anhaltenden Krieges in Nordirland eine besondere Brisanz. So war in diesen Tagen in der britischen Presse viel von einem Sieg der Gerechtigkeit die Rede. Rein formal betrachtet, mag dies zutreffen. Doch ist das Gerechtigkeit, wenn in mehreren Fällen, Gegenbeweise, Ungereimtheiten in den Aussagen, in einigen Fällen sogar die Täter namentlich der Polizei bekannt sind und dennoch mit einer an Dumpfheit grenzenden Sturheit an einmal gefällten Urteilen festgehalten wird? Hier werden Menschen, genauer gesagt Iren, zu den Opfern einer seit Jahren verfehlten Politik gegenüber einer anderen Nation, der irischen, gemacht. An ihnen, den einzelnen Menschen wird gerächt, was die britische Politik nicht bewerkstelligen kann und will: den Rückzug aus Nordirland.

Roy Hatterson, der Innenminister im Schatten-Kabinett von Labour, sprach davon, daß der Fall der Birmingham Six grundlegende Schwächen des britischen Rechtssystem aufgedeckt hätte. Wenn dem so wäre, müßte eine grundlegende Reform, Modernisierung ausreichen, diese Schwächen für die Zukunft zu beheben. Doch angesichts der Korruptheit, der Arroganz, der viktorianischen Scheu dieser Justiz vor der Öffentlichkeit wird eine echte Reformierung des Rechts- und Polizeisystems kaum möglich sein; das Zuschütten des Ärmelkanals wäre wahrscheinlich leichter zu bewerkstelligen.

as

32. DDR-"Altlast": VietnamesInnen

Rubrik: Wiedervereinigung; Vietnam · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:13

Ihre Grenzen zog schon die DDR unerbittlich. Aber die Ausgrenzung der hier lebenden Ausländer wurde durch die BRD nicht nur übernommen sondern noch verschärft. Vietnamesen, Mocambiquer und Angolaner - einst per Regierungsabkommen als Arbeitskräfte in die DDR geholt - werden abgesehen von der Arbeitslosigkeit durch Mietwucher, Beschimpfungen und rassistische Überfälle unter Druck gesetzt. Von der DDR-Regierung wurden sie ghettoisiert und ausgebeutet, seit der Wende hat sich ihre Situation jedoch so weit verschlechtert, daß die meisten trotz Übernahme der Regierungsabkommen durch den Einigungsvertrag "freiwillig" abgereist sind. Kuba und Nordkorea haben ihre Leute längst selber abgezogen.

Solidarität mit Bruderländern?

Die 60.000 Vietnamesen waren die mit Abstand größte Gruppe der ausländischen Werktätigen. Sie kamen in der Regel für fünf Jahre, durften nach drei Jahren einmal für zwei Monate nach Hause, lebten in betriebszugehörigen Wohnheimen, hatten Anspruch auf mindestens 5m2 große Wohnfläche pro Person und maximal vier Personen pro Zimmer. Den Arbeitsplatz bekamen sie zugewiesen, Arbeit im Zwei- oder Dreischichtsystem, 12% ihres Lohnes erhielt die vietnamesische Botschaft direkt, durch Näharbeiten verdienten viele schwarz hinzu. Schwangere Frauen wurden zur Abtreibung oder Heimreise gezwungen mit der Begründung, sie verletzten ihrerseits den Vertrag, wenn sie als Arbeitskräfte ausfielen. Daß Heirat zwischen Deutschen und Ausländern unerwünscht war, wurde durch bürokratische Quälerei demonstriert, bei DDR-Behörden und vietnamesischer Botschaft mußte eine Genehmigung beantragt werden. Übrigens ist Heirat nach wie vor die einzige Möglichkeit, langfristig hierzubleiben.

Weder Kultur noch Warenangebot waren auf die Vietnamesen eingestellt, Radio und Fernsehen gab es nur auf Deutsch (und Sorbisch), die wenigen Zeitungen kamen erheblich verspätet, politische Betätigung untersagte die Botschaft. Aufgrund der Isolation sprechen die meisten Vietnamesen kaum Deutsch, Unterricht erhielten sie nur zu Beginn des Aufenthaltes.

Trotzdem wollten alle in der DDR arbeiten, da dies ein Ausweg aus dem Elend war. So konnten sie ihre Familien zu Hause ernähren und sich anschließend eine bescheidene Existenz aufbauen. Weil sie ihre DDR-Mark nicht in die vietnamesische Währung Dong transferieren konnten, mußten Waren geschickt werden. Das Limit lag bei 20kg pro Jahr und bei Rückkehr insgesamt bei zwei Nähmaschinen, zwei Mopeds und fünf Fahrrädern, die allerdings in DDR-Kleinstädten oft schwierig zu beschaffen waren. Zum Rassismus der DDR kam der Erwartungsdruck von zu Hause. Vorzeitige Rückkehr wird als Versagen gewertet.

Die saubere Abschiebung

Vermutlich ist den meisten Vietnamesen nicht nur die DDR sondern auch ihr Ende reichlich unverständlich geblieben. Aus Angst, nach Hause geschickt zu werden, erduldeten sie es, rein funktional betrachtet zu werden, Beschwerden gegen Unmenschlichkeit waren riskant. Aber die Probleme im neuen Staat lassen sich oft gar nicht lösen. Seit Juni 1990 sind Entlassungen zulässig. Der Betrieb ist verpflichtet, 3.000 DM Entschädigung, drei Monate lang 70% des Nettolohns sowie Reisekosten zu zahlen. Doch wer setzt das bei all den Bankrotterklärungen durch - ohne Deutschkenntnisse und Rechtsanwalt?

In Vietnam wird die Ankunft mißverstanden, denn was weiß z.B. die Großfamilie in Hoa Binh von Deutschland. Wegen des DDR-Vertrages bekommen die Rückkehrer auch zu Hause keine Arbeit. Wer deutsche Arbeitslosigkeit vorzieht, kann bei Verzicht auf die Entschädigung bis zum Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer im Gebiet der ehemaligen DDR bleiben. Eigentlich gelten fast die gleichen Rechte wie für DDR-Arbeitslose, nur dürfen die Vietnamesen nicht im Westen arbeiten. Außerdem verlieren sie drei Monate nach der Kündigung ihren Wohnheimplatz, für den sie sowieso schon Wuchermieten zahlen: die Berliner ArWoGe verlangt für die 5m2

statt 30 M jetzt 230 DM, also mindestens das Zehnfache der Miete der deutschen Nachbarn. An den Heimeingängen hängen noch die alten Schilder: "Betriebsfremden Personen ist das Betreten des Wohnheims nicht gestattet ...". Wegen der Fascho-Überfälle in den vergangenen Monaten werden nach Einbruch der

Dunkelheit Türen und Fenster fest verschlossen. Diese Angst vor Besuchern wäre vor der Wende unvorstellbar gewesen.

In Ostberlin sind nur etwa 1.600 Vietnamesen geblieben, gut 300 wurden noch nicht entlassen. Da es fast ausgeschlossen ist, derzeit hier Arbeit und Wohnung zu finden, sind Zimmer-Mehrfachbelegung und Schwarzhandel oft die letzte Chance. Vor allen Bahnhöfen und Kaufhallen sieht man selbst bei eisiger Kälte die vietnamesischen Zigarettenverkäufer. Polen bringen die unverzollte Ware direkt in die Wohnheime. Die Vietnamesen tun die Drecksarbeit bei diesem Handel - für 50 bis 70 DM Tageseinnahmen; sie werden beschimpft, verprügelt und bestohlen. Die Frauen am Bahnhof Lichtenberg berichten, daß sie in einer Woche sogar drei Mal ausgeraubt wurden. Die Polizei sähe zu, oder besser gesagt weg. Schwarzhändler zusammenzuschlagen ist anscheinend keine Straftat.

Bei Razzien wurden bisher nur die Waren und z.T. große Geldbeträge abgenommen, weder Strafverfahren noch Abschiebungen sind bekannt geworden, denn noch ist Übergangszeit. Manchmal versuchen Passanten, die Händler vor den Bullen zu schützen. Dabei wurde kürzlich im Prenzlauer Berg ein Vietnamese, der nur zum Dolmetschen hinzutrat, gleich mit verhaftet und gezwungen, ein Protokoll, das er nicht verstanden hatte, zu unterschreiben. Sein gesamtes Geld wurde eingezogen.

Im Frühjahr und Sommer 1990 wurde eine drastische Zunahme rassistischer Angriffe durch mehr oder weniger organisierte Gruppen verzeichnet. Überfälle von Neonazis sind seit der Wiedervereinigung, d.h. seit Oktober 1990, zwar etwas weniger geworden und die Hools scheinen derzeit die Bullen als Hauptgegner zu betrachten. Allerdings sind sowohl Gelegenheitsüberfälle als auch organisierter Terror von faschisierten Jugendbanden so alltäglich, daß sie für die Medien kaum noch eine Meldung wert sind. Wenn Nazi-Skins in den öden Berliner Trabantenstädten "Fidschi-Jagen" zum Sport machen, zeigt die Polizei keinerlei Interesse, niemand mischt sich irgendwie ein.

Die Vietnamesen sprechen nicht gerne über die Überfälle und erst recht nicht über die Polizei, sie können ja erfahrungsgemäß in diesem Land sowieso keine Hilfe erwarten. Faschos seien nur in Gruppen gefährlich, man müsse eben aufpassen. P. sagt, es sei nur Zufall, daß ihm noch nichts passiert sei. Alle haben Angst, und im Ernstfall nützt ihnen die Reizgas- Sprühdose meist gar nichts. In der Regel werden auch schwere Vorfälle nicht angezeigt. Oder aber die Bullen verweigern die Aufnahme der Anzeigen, von Ermittlungen ganz zu schweigen. Daß bei Straftaten gegen Ausländer die Stasi zuständig war, nutzte die Volkspolizei nach der Wende als Argument, sich stur zu stellen. Mit der Einheitspolizei ist selbstverständlich keinerlei Verbesserung eingezogen.

Selbst brutalste Raubüberfälle werden schlicht ignoriert. Diese Situation nutzt seit etwa drei Monaten auch eine vietnamesische Bande, die gezielt die Schwarzhandel treibenden Landsleute ausnimmt. Es handle sich bisher um 12 bis 13 Personen, die DDR-weit agierten und auch Schußwaffen von den sowjetischen Soldaten hätten, sagen die Vietnamesen. Die Polizei habe selbst bei einem konkreten Hinweis keinen Versuch unternommen, einen wiedererkannten Täter festzunehmen. Weitere skrupellose Überfälle der Bande seien zu erwarten. Die Sache ist äußerst schwierig, da zur Angst der Opfer vor der Polizei noch die Angst aller vor den rassistischen Urteilen der Öffentlichkeit hinzukommt, weshalb Informationen nur untereinander weitergegeben werden. Mein Begleiter betont mehrfach, wie beschämend es sei, daß Vietnamesen so etwas machen. Zweimal hat er schon in solchen Fällen für die Polizei gedolmetscht. Doch die interessiert sich nicht für Auseinandersetzungen zwischen Ausländern, und auch sonst holt sie nur ausnahmsweise einen Dolmetscher.

Die Ereignisse der vergangenen Monate lassen durchaus vermuten, daß die Untätigkeit der Polizei nicht Unfähigkeit sondern volle Absicht ist; Perspektivlosigkeit und wachsende Angst dienen als subtiler Druck, unerwünschte Ausländer zur Heimreise zu zwingen. Die Berichte von Beratungsstellen und Ostberliner Ausländerbeauftragten sind haarsträubend; 21 Fälle von Raub und Körperverletzung innerhalb von zwei Monaten, die Dunkelziffer liegt weit darüber:

Vier Vietnamesen wurden spät abends in der S-Bahn von zehn bis zwölf Skins mit Stöcken schwer verletzt und mit einem Beil bedroht. Trotz Notruf wurden weder Eilfahndung noch Spurensicherung veranlaßt, angeblich sei eine Fahndung "in dieser Situation schwierig und kaum machbar", behaupten die Bullen.

Ein vietnamesisches Paar wurde im voll besetzten Bus über mehrere Stationen hinweg von drei Jugendlichen mit dem Messer bedroht, mißhandelt und ausgeraubt; niemand reagierte. Die beiden wollten keine Anzeige erstatten, sie hatten schon schlechte Erfahrungen gemacht.

Bei Wohnheim-Razzien wurden ganz ohne Durchsuchungsbefehl Schränke aufgebrochen und persönliche Sachen durchwühlt.

Frau D. wurden 2.000 DM geraubt, fünf Tage später wollte sie die Tat anzeigen, die zuständige Dienststelle wies sie ab, der Sachverhalt liege zu lange zurück. Und so weiter. Trotz allem kein einziges Disziplinarverfahren gegen Bullen.

Nach der Wende lernte ich von den DDR-Bürgern, daß die neuerworbene Rechtsstaatlichkeit für sie wirklich ein Fortschritt war. Was gilt für Asiaten und Afrikaner?

Täter und Opfer

Antonio Amadeu starb an den Folgen eines Überfalls. In Eberswalde, knapp 20 Kilometer von Berlin entfernt, hatten Ende November 50 Nazis acht Angolaner angegriffen. Erst am 25.1.91 berichtete die taz von diesem traurigen Höhepunkt rassistischer Gewalt. Ein paar Wochen lang gab es ein leichtes Presse-Echo bei Angriffen auf Unterkünfte für Asylbewerber. Im sächsischen Leisnig hatten sich Bürger mit Eisenstangen, Latten und Spaten bewaffnet und wild drauflos geschlagen. Die Opfer flohen nach Hessen, wo sie wegen der großen Öffentlichkeit dieses Vorfalls sogar bleiben durften. Normalerweise haben Asylbewerber keine freie Ortswahl, gnadenlose Rücküberweisung ist Teil der Abschreckung.

Seit dem 4.12.90 werden 20% der Flüchtlinge in die fünf neuen Länder geschickt. Sicherheit ist dort keineswegs gewährleistet, und es fehlt an allem, von genießbaren Nahrungsmitteln bis zu sachkundigen Rechtsanwälten. Parallel dazu wurden jedoch die Büros der Ausländerbeauftragten erstmal abgewickelt, egal wer da was arbeitete. Brandenburg ist das einzige Land mit einer Ausländerbeauftragten, und wie Ausländer auf den Arbeits- und Sozialämtern derzeit behandelt werden, kann man sich lebhaft vorstellen.

Weiterhin fehlen nicht nur Organisationen, die Behörden und Bullen auf die Finger gucken, sondern auch Strukturen für Selbsthilfe. Die Vietnamesen hatten keinen Verband, aus dem eine Interessenvertretung entwickelt werden könnte. Offizielle Vietnam-Solidarität bedeutete ja nur die Verehrung von Kriegshelden, was aber mit lebenden Menschen wenig zu tun hat. Die sind weiterhin staatlicher Willkür ausgeliefert. Für sie und ihre Familien zu Hause ist die existentielle Bedrohung weit größer als für die "Deutschen zweiter Klasse".

Scheinbar kann der neue Staat in der Ex- DDR keine Sicherheit gewährleisten für Asylbewerber und vietnamesische, mocambiquische und angolanische Arbeiter. Die früher offiziell verordnete internationale Solidarität hatte mit dem seinerzeitigen DDR-Alltag schon wenig zu tun, aber damals hätten DDRler sich selbst durch aggressive Akte in Gefahr gebracht. Bei der Polizei vor Ort die Verantwortung zu suchen, stimmt soweit, wie es sich hier eben auch nur um gewöhnliche Rassisten handelt, die somit ungeeignet zur Aufklärung von Verbrechen gegen Ausländer sind. Alle Erklärungen von Staatsorganen, mit dem Schutz für Ausländer zur Zeit überfordert zu sein, schreien Hohn angesichts des massiven Polizei-und BGS-Aufgebots zum "Schutz" leerstehender Häuser.

Auf dem Hintergrund der problematischen Vereinigungsfolgen sind die ungeliebten Asiaten und Afrikaner nur ein weiterer "Störfaktor" ohne Lobby und am letzten Ende der Verliererschlange. Die menschenverachtende Abwicklung der DDR trifft sie mit besonderer Härte. Aber die Schuld an allen Unmenschlichkeiten bekommen in den Medien wiedermal nur die Ossis, denen allseits mangelndes Unrechtsbewußtsein und größere Ausländerfeindlichkeit bescheinigt wird.

ma., Berlin

33. Sinti und Roma nicht erwünscht! Baden-Württemberg schiebt gnadenlos ab

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:08

Montag, 27. März: Am Morgen dieses Tages waren ungefähr 40 Roma aus der CSFR zusammen zur ZASt (Zentrale Anlaufstelle für AsylbewerberInnen, auch Abschiebestelle genannt) in Karlsruhe gefahren "in der Hoffnung auf ein faires Asylverfahren", so eine Presseerklärung. Stattdessen wurde an ihnen baden-württembergische Asylpolitik in Reinform vollzogen.

Spätnachmittags des selben Tages vor der ZASt: Als die Roma-Frauen hören, daß sie mit den Kindern in den Abschiebe-Bus steigen sollen, in dem ihre Männer bereits sitzen, weigern sie sich: "Dann sollen die Männer alleine fahren. Wir bleiben hier!" UnterstützerInnen der Roma versuchen immer noch, den Bürokraten Behnle, Chef der Karlsruher polizeilichen Ausländerbehörde, zum Einlenken zu bewegen, weisen ihn auf eine gerichtliche Anordnung gegen die Abschiebung hin, die am nächsten Tag da sein wird - nichts da. Die Frauen und Kinder weinen und rufen immer wieder "Abschiebung stop!", rund 30 Polizisten sind inzwischen da, die ihren Job sichtlich gerne tun. Sie zerren und stoßen die Frauen und Kinder aus dem Bus, mit dem sie gekommen waren, und verfrachten sie in den Abschiebe-Bus zu den Männern. Eine schwangere Frau geht dabei zu Boden und muß ins Krankenhaus gebracht werden. Eine Stunde später ist der Abschiebe-Bus auf der Autobahn Richtung tschechische Grenze.

Anhörungs-Farce

Sie waren nicht zum ersten Mal in der ZASt. Am 7. März waren sie nach ihrer Flucht aus der Tschechoslowakei in Karlsruhe angekommen, um Asylanträge zu stellen. Sie kamen aber gar nicht dazu, ihre Fluchtgründe darzulegen, über Skinhead-Überfälle, über Vergewaltigungen und Zwangssterilisationen, über Übergriffe auch seitens der Polizei oder einfach über "normale" Diskriminierungen und Schikanen zu berichten. Die sonst übliche Anhörung, so berichteten die Roma, beschränkte sich teilweise auf drei Fragen - Woher kommen Sie? Wie sind Sie eingereist? Wollen Sie hier leben? Wer die letzte Frage bejaht, hat schon verloren und ist Wirtschaftsflüchtling, denn AsylbewerberInnen dürfen hier nicht "leben wollen"; die Anhörungs-"Spezialisten" (so nennt Behnle seine Leute) scheinen sich mit Fangfragen in diese Richtung denn auch einige Mühe gegeben zu haben. Die Asylanträge wurden gar nicht erst angenommen, den Roma wurde ein Stempel in den Paß verpaßt: "... gemäß § 42 Ausländer-Gesetz aufgefordert, die Bundesrepublik bis 8. März, 24 Uhr, zu verlassen."

Gebrochene Zusagen

An Weihnachten 1990 hatten mehr als 200 Roma aus Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei die Tübinger Stiftskirche besetzt, um Bleiberecht für alle Roma durchzusetzen. Nach drei Wochen konnten sie und der Tübinger UnterstützerInnenkreis u.a. eine Zusage des baden-württembergischen Innenministeriums erreichen, daß Roma, die sich auf Verfolgung in ihrem Heimatgebiet berufen, Asylanträge wenigstens stellen dürfen, egal aus welchem Land sie stammen. (Entgegen einer weiteren Zusage, VertreterInnen der Kirche vorher noch einmal anzuhören, wurden übrigens am 19. März 92 Roma nach Jugoslawien abgeschoben; einer davon ist dort von der Polizei totgeprügelt worden - die jugoslawischen Behörden allerdings meinten, von einem "Unfall" sprechen zu müssen ... Der Petitionsausschuß des Landtags hat jetzt beschlossen, Petitionen von Roma aus Jugoslawien und Rumänien "vorläufig zurückzustellen".)

Nach ihrer ersten Erfahrung mit der ZASt hatten sich die tschechoslowakischen Roma zu Jasar Demirov, dem Vorsitzenden der Union Roma Baden-Württemberg, nach Nürtingen geflüchtet. Von dort aus schickte ein Anwalt Begründungen für die Asylanträge nach Karlsruhe. Einzige Antwort war schließlich die Aufforderung, sich wieder bei der ZASt einzufinden.

Kürzlich waren in der ZASt andere Roma aus der CSFR in einen Bus gestiegen, in der Meinung, man wolle sie in ein Lager nach Mannheim bringen; der Bus fuhr in die Tschechoslowakei. Deshalb entschlossen sich die Roma, gemeinsam und unter dem Schutz der Öffentlichkeit zur ZASt zu fahren; nach Einschätzung auch der Anwälte wäre es danach darum gegangen, dort eine Anhörung durchzusetzen, die diesen Namen auch verdient.

Solidaritätsentzug auf dem Rücken der Roma

Der öffentliche Schutz für die Fahrt nach Karlsruhe fiel ziemlich mager aus. In kirchlichen Kreisen, die sonst in Sachen Asyl recht engagiert sind, wird behauptet, Jasar Demirov, mit dem die Union Roma Baden-Württemberg steht und fällt, betätige sich als bezahlter Schlepper für Roma aus der Tschechoslowakei - Vorwürfe, die von den Medien begierig aufgegriffen wurden. Den UnterstützerInnen (die ebenfalls Schwierigkeiten mit Demirov haben, allerdings wegen des Demokratieverständnisses des Roma-Chefs) gelang es nicht, VertreterInnen der Kirche für die Fahrt zur ZASt zu gewinnen. Die "Hinweise und Gerüchte" über Demirov waren anscheinend Grund genug dafür, den Roma den Schutz zu versagen. In Karlsruhe waren nur eine Handvoll UnterstützerInnen aus Tübingen und VertreterInnen der Tübinger Lokalpresse und des Süddeutschen Rundfunks, Viertes Programm.

Der mangelnde öffentliche Druck machte es dem Abschiebe-Chef Behnle umso einfacher, sich hinter seiner Rechtsauffassung zu verschanzen. "Ein Asylantrag wurde nicht gestellt", interpretierte er die Anhörungs-Farce, eine erneute Anhörung gebe es nicht, die Roma seien abzuschieben. Nur einmal tauchte hinter der Bürokraten-Fratze sein wahres Gesicht auf: Er bescheinigte den tschechoslowakischen Roma wohlwollend, sie seien keine "typischen Roma", denn die seien wahrlich eine Belastung für die MitarbeiterInnen der ZASt.

Lafontaine-Vorschlag auf kaltem Weg praktiziert

"Im Land des Staatspräsidenten Havel findet politische Verfolgung nicht statt", behauptet der stellvertretende baden-württembergische Landespolizeipräsident. Über 700 Roma aus der Tschechoslowakei haben zwischen Januar und März in der ZASt versucht, Asyl zu erhalten. In der ZASt wird schon in der Warteschlange vor der ersten Stahltür gefragt, wer aus der Tschechoslowakei kommt. Diesen Menschen wird dann nahegelegt, gleich wieder zu verschwinden. SPD-Scharfmacher Lafontaine hat bekanntlich vorgeschlagen, eine Liste von Herkunftsländern festzulegen, für die das Asylrecht grundsätzlich nicht gilt. In Baden-Württemberg wird der Lafontaine-Vorstoß bei Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei bereits auf kaltem Weg in die Tat umgesetzt.

Am Tag nach der Abschiebung war die einstweilige Anordnung des Verwaltungsgerichts da, ein endgültiger, inhaltlicher Gerichtsentscheid steht noch aus. Neue Hoffnung bedeutet das allenfalls für drei der Roma-Familien: die der verletzten schwangeren Frau und die eines Mannes, der als Dolmetscher für sie gebraucht wird - beide Familien werden "aus humanitären Gründen" vorläufig nicht abgeschoben - und eine weitere Familie, die keine Pässe (folglich auch keinen Abschiebe-Stempel) dabei hatte. Alle drei Familien sind mittlerweile in das Sammellager nach Ludwigsburg verschubt worden. In der ZASt in Karlsruhe sind derzeit überhaupt keine Roma aus der Tschechoslowakei mehr. Zwei Familien, die einen Tag später kamen, sind inzwischen nicht mehr auffindbar, vermutlich abgeschoben.

Abschiebewillen kraß unterschätzt

Für die Tübinger UnterstützerInnen bleibt das bittere Gefühl, die Roma mit der Fahrt nach Karlruhe ans Messer geliefert zu haben. Sie zerbrechen sich die Köpfe, was alles hätte anders laufen müssen. Aber der größte Fehler ist ihnen klar: ihre eigene Gutgläubigkeit, das Vertrauen auf die Anwälte, die zu einer krassen Fehleinschätzung dessen führte, was die Roma in der ZASt erwartet. Fragt sich nur, ob die Fahrt nach Karlsruhe mit perfekt organisiertem öffentlichen Schutz anders geendet hätte oder ob es für Flüchtlinge andere Möglichkeiten geben muß, als sich bei der ZASt als AsylbewerberIn zu melden und sich damit in der Höhle des Löwen dem unbedingten Abschiebewillen bundesdeutscher Behörden auszuliefern.

piz

34. Kein § 218 in Ost und West! (Aufruf zum Frauenratschlag)

Tribunal, Frauenratschlag und Podiumsdiskussion am 8. und 9. Juni in Berlin (Ost)

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:48

Kein § 218 in Ost und West! Dies fordern die Frauen eines Frauenbündnisses, das zu einem Tribunal und einem Frauenkongreß am 8./9. Juni in Berlin aufruft.

Schon im letzten Jahr hatten Frauen aus der BRD und der ehemaligen DDR zu zwei großen Demonstrationen in Bonn und Berlin aufgerufen, "Für die ersatzlose Streichung des §218 StGB und für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Frau." War die Bonner Demo noch von den westdeutschen Erfahrungen von Memmingen bestimmt, so richtete sich die Demonstration im letzten Oktober in Berlin vor allem gegen die Einverleibung der DDR im Zuge der Wiedervereinigung.

Unter den brutalen Folgen der Übernahme der DDR durch das westdeutsche Kapital haben Frauen in doppeltem Maße zu leiden. Immer mehr Frauen aus der ehemaligen DDR reagieren auf die wachsende Verunsicherung und Verschlechterung der Lebensbedingungen mit steigenden Abbruchzahlen. Gleichzeitig wird es immer schwerer einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu können. Die noch für zwei Jahre geltende Fristenregelung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wird zunehmend unterlaufen. Und es ist zu befürchten, daß eine neue Regelung zum Schwangerschaftsabbruch nicht den DDR- sondern westdeutschen Verhältnissen angepaßt wird. So soll es nach Meinung von CDU/CSU-Politikern jedenfalls auf gar keinen Fall eine Fristenregelung über das Jahr 1992 hinaus mehr geben. Damit man den Frauen in Ost und West aber seine Schweinereien besser verkaufen kann, hat man diese geschickt verpackt. So präsentierte die Ex-Familienministerin Süßmuth schon im Sommer letzten Jahres einen sogenannten "Dritten Weg", einen Entwurf für ein "Lebensschutz ins Grundgesetz", der in der Öffentlichkeit als großer Fortschritt gepriesen wurde. (s. auch: ak 321, S. 13) Darin wird aber durch eine geschickt ausgetüftelte Beratungs- und Beweispflicht der Druck auf Frauen und Ärzte noch mehr verstärkt. Die Strafverfolgung wird generell beibehalten. Seit kurzem liegt ein überarbeiteter, ausgefeilter "Diskussionsentwurf" von Frau Süßmuth vor, der die Zielsetzung ihres ersten Entwurfs noch deutlicher macht (eine Auseinandersetzung folgt demnächst im AK).

Mit der Debatte um eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs für die alten und neuen Bundesländer sind aber auch die BefürworterInnen einer "Fristenregelung" aktiv geworden. Von der SPD und von der FDP liegen Gesetzentwürfe für eine Fristenregelung bis zur 12. Woche vor, die sich allerdings in der Frage der Zwangsberatung unterscheiden. Während der SPD-Entwurf die Beratungspflicht durch das Aushändigen einer Broschüre an alle Schwangeren als ausreichend ansieht, besteht die FDP auf ihrem Zwang zur obligatorischen Beratung. Schützenhilfe bekamen die BefürworterInnen einer Fristenregelung jetzt von zwölf großen Frauenzeitschriften, von "Emma" über "Brigitte" bis zu "Bild der Frau". In einem offenen Brief an das Parlament fordern die Redakteurinnen eine Fristenregelung ohne Zwangsberatung.

Die Situation ist also günstig, jetzt über den §218 nochmals Bilanz zu ziehen und sich mit der, die Frauen überrollenden moralischen Kampagne für den "Schutz des ungeborenen Lebens" auf einem Tribunal auseinanderzusetzen. Gleichzeitig ist es unbedingt wichtig, daß unter Frauen aus West und Ost ein Austausch und eine Debatte darüber stattfindet, welche Lösungen sich die Frauenbewegung in Sachen §218 vorstellt, und ob es bei unterschiedlichen Vorstellungen gemeinsame Strategien geben kann. Dafür bietet der von dem Frauenbündnis geplante Frauenratschlag auf dem Kongreß eine gute Gelegenheit.

Sy.

Frauenratschlag: Was wollen wir?

(Nur für Frauen)

Der Frauenratschlag ist als Projekt der Verständigung gedacht - der Verständigung über die unterschiedlichen Erfahrungen mit dem §218 und der DDR-Fristenregelung. Ein Erfahrungsaustausch über Regelungen und

deren Praxis anhand vieler Einzelfragen. Um aus der Unterschiedlichkeit Gemeinsamkeit - in Einschätzung und Strategie - zu entwickeln - oder mit Kenntnis der Unterschiedlichkeit weiterzudenken.

Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

- Abtreibungs(un)recht in Ost und West. Gemeinsamkeiten und Unterschiede

- Was heißt "Selbstbestimmungsrecht der Frau"?

- Warum treiben Frauen ab? Warum kriegen Frauen Kinder?

- Bevölkerungspolitik: Abtreibungsverbot in den Industriestaaten und Zwangs- sterilisation in der "3. Welt"

- Schwangerschaftsabbrüche eine soziale Frage?

- Lust ohne Last: Sexualität und Abtreibung

- "Lebensschutz" ins Grundgesetz? Recht auf Selbstbestimmung in die Ver- fassung?

- Ersatzlose Streichung des §218?

- Brauchen Frauen Fristen? Eine Auseinandersetzung mit der Fristenregelung

- Beratung: Recht oder Zwang?

- Das "perfekte" Kind - und eugenische Indikation

- Ist Abtreibung Tötung?

- Rechte Abtreibungsgegner: Ihre Ziele, Methoden und Verbindungen

- Mehrfachabbrüche - ein Tabu!?

- Der Mythos von den psychischen Spätfolgen bei der Abtreibung

- Alternative Abbruchmethoden

Podiumsdiskussion

Eine Diskussion, um Positionen zu künftigen Regelungen des Schwangerschaftsabbruchs zu formulieren. Und Nachdenken über Strategien zu ihrer Durchsetzung, vor allem über:

- Selbstbestimmungsrecht: Gibt es Grenzen? Selbstbestimmungsrecht in die Verfassung?

- Fristen: Lösung? Kompromiß? Oder Bevormundung?

- Beratung: Recht oder Zwang?

Anschrift Ost:

"§218-Kongreß"

Haus der Demokratie, Raum 302

Friedrichstr. 165

O-1080 Berlin

Telefon: 002/2291657 (Ost)

Telefon: 030/2113719 (West)

FAX: 030/3947192

Anschrift West (nur für Schriftverkehr):

"§218-Kongreß"

c/o Büro der Bundestagsfraktion

"Bündnis 90 - Die Grünen"

Reichstagsgebäude

Scheidemannstr. 2

W-1000 Berlin 21

Bürozeiten vorläufig Montag, Mittwoch, Freitag von 10 - 14 Uhr

© a.k.i Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg

www.akweb.de E-Mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

Weiterveröffentlichung in gedruckter oder elektronischer Form bedarf der schriftlichen Zustimmung von a.k.i.

35. Mit freier Liebe und Humanismus die Welt retten: Psychosekten und die Linken

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:28

Psychosekten scheinen für Linke kein Thema zu sein. Offenbar denken die meisten, daß ja eh nur naive Leute auf solche Gruppen hereinfallen können, und das alles ja eh nicht so gefährlich ist. Daß eine Sekte durchaus nicht immer so leicht zu erkennen ist, zeigte sich in letzter Zeit durch das Wirken von Gruppen wie der "Humanistischen Partei", der "Aktion Perestroika" oder des "Bund gegen Anpassung", die sich an vielen Orten weitgehend ungestört in der linken Szene breitmachen konnten.

Der folgende Artikel soll einen Überblick über die Hintergründe derartiger politisierender Psychosekten und ihre Relevanz für linke Politik geben.

Die Psychosekte neuen Typs

Bei dem Begriff "Sekte" werden wohl die meisten an Begriffe wie "Bagwahn", "Moon Sekte", "Hare Krishna", an geldgierige Gurus und verzückt meditierende Jünger in bunten Gewändern denken; andererseits benutzen viele Linke den Begriff auch ironisch für die eigene oder konkurrierende linke Gruppe. Daher soll zunächst einmal der Begriff geklärt werden: Der kürzlich verstorbene "Sektenpfarrer" Haack hat Kriterien entwickelt,um eine Psychosekte von einer normalen Religionsgemeinschaft oder auch von einer politischen Gruppierung zu unterscheiden, die durchaus brauchbar sind (1). Grundkennzeichen sind: Gerettete Familie, rettendes Rezept, heiliger Meister. Weitere Merkmale, die in Kombination miteinander an Bedeutung gewinnen: Kontrolle des Kommunikations-und Informationsverhaltens, gnostischer (2) Körper-Geist Dualismus, antidemokratisches und hierarchisches Führungsprinzip, aggressive Werbemethoden, Kritikunfähigkeit.

Während in den sechziger und siebziger Jahren Sekten dominierten, die einen radikalen Bruch mit der Gesellschaft auch bereits in Äußerlichkeiten wie Kleidung, Rituale usw. vertraten und deshalb als solche leicht zu erkennen waren (Hare Krishna, Kinder Gottes, Moon Sekte...), treten in letzter Zeit immer mehr Sekten in den Vordergrund, deren Mitglieder sich scheinbar ganz "normal" benehmen. Diese Sekten neuen Typs "zeichnen sich dadurch aus, daß sie keine Gurubewegungen mehr sind und ihre Heilswelt bereits vor der großen Apokalypse glauben aufbauen zu können. Sie gehen mit der Zeit und bedienen sich raffinierter Methoden, indem sie ihre Mitglieder viel näher in ihrem wirklichen Leben 'abholen'." (3)

Von diesen wiederum bejahen einige, wie etwa die "Scientology Church" (4), das Wertesystem der kapitalistischen Gesellschaft und versprechen lediglich besonders effektive Wege, sich gegen andere auf dem Weg nach oben durchzusetzen. So gehören zu ihrem Ehrenkodex Sätze wie:"Fürchte niemals, einem anderen in einer gerechten Sache wehzutun" (1). Unter ihren Anhängern finden sich deshalb nicht selten Manager und Großunternehmer wie der Münchner Neue-Heimat-Käufer Alfons Doblinger (5). Andere, auf die hier vor allem eingegangen werden soll, greifen "linke" Inhalte auf und geben vor, einen völlig neuen Weg zur Veränderung der Gesellschaft zu kennen. Die Ursprünge solcher Gruppen sind verschieden; einige entstanden als tatsächlich linke politische Zirkel, die sich später zur Sekte entwickelten, andere begannen als rein religiöse Gruppierungen und näherten sich erst später der Politik.

Kurzer Überblick

Die enorme Anzahl der Psychosekten macht es unmöglich, auf alle einzugehen. Es werden daher im folgenden nur diejenigen charakterisiert, die mit links klingenden politischen Parolen auftreten (sowie "politische" Gruppierungen, auf die oben genannte Kriterien zutreffen). Da es typisch für derartige Gruppen ist, daß sie ihre Namen ständig ändern, wurde der jeweils aktuellste gewählt:

"Die Bewegung" (6,7)

(Andere Bezeichnungen / Tarnorganisationen: "Humanistische Partei", "Grüne Zukunft", "ökopaz" (Schweiz), "Die Gemeinschaft", "Synthesis Foundation", zahlreiche Initiativen gegen Rassismus, Wohnungsnot etc.)

"Die Bewegung" entstand Ende der 60er Jahre in Argentinien aus der rechtsperonistischen Jugendbewegung "Junge Kraft". Als Guru fungiert der ehemalige katholische Pfarrer Mario Cobos, genannt "Silo" (daher auch

"siloistische Bewegung"). Im Gegensatz zu linken Gruppierungen kaum von der Repression betroffen, konnte sich die Sekte in der Epoche der Militärdiktaturen über ganz Südamerika ausbreiten. Anfang der 80er Jahre begann die inzwischen zur "Gemeinschaft" umfirmierte Organisation die Mission in den USA und Europa unter dem Motto:"Erbeutet die Energie der europäischen Grünen". Neben der Unterwanderung von grünen Parteien in zahlreichen Ländern wurde 1985 weltweit die "Humanistische Partei" gegründet, die zumindest in Chile eine gewisse Bedeutung erlangte. Obwohl die Sekte nur einige 10.000 feste Mitglieder hat, gelingt es ihr dennoch, über ihre Tarnorganisationen und ihre straffe und effektive internationale Organisation erheblichen Einfluß auszuüben (s. Kasten). Die Ideologie der Sekte mischt Elemente von verschiedenen Religionen und Philosophien eklektisch zu einer sehr dem Zeitgeist ent- sprechenden Mischung zusammen: Der Mensch "leidet" auf der Welt durch die Gewalt und die mangelnde Beherrschung der Materie durch die Seele. Durch "geleitete Erfahrungen" könne man die "Transzendenz" selbst erleben. Das "Projekt der Bewegung" beseitigt den Schmerz und das Leiden durch Kontrolle der "inneren Kraft" und gewaltfreie soziale Veränderung mit Hilfe von "Organismen" (von der Sekte gesteuerte Organisationen).

"Bund gegen Anpassung" (8)

(Andere Bezeichnungen: "Marxistisch- Reichistische Initiative (MRI)", "Inititative Neue Linke", "Internationale Gesellschaft zur Entwicklung der Lebensfreude (IGEL)", "Ahriman-Verlag", "Verein zur AIDS-Verhütung e.V.", "Arbeitskreis Antiklerikale" usw.). Die MRI wurde 1970 unter der Führung des Psychoanalytikers und ehemaligen SDS-Aktivisten Dr. Fritz Erik Hoevels in Freiburg gegründet. Sie beruft sich auf die Schriften Wilhelm Reichs, der in den dreißiger Jahren eine Synthese von Marx und Freud versuchte (9). Die politischen Analysen haben jedoch mit Marxismus kaum mehr zu tun, sondern stellen eine - einseitig heterosexuell und antifeministisch verstandene - sexuelle Freiheit in den Mittelpunkt. Daraus werden offen faschistoide Schlußfolgerungen gezogen, wie etwa die Forderung nach zwangsweiser Tätowierung aller AIDS-Infizierten. Die übrigen politischen Aussagen reichen von wüster Beschimpfung linker Gruppen bis zu Gesprächsangeboten an die Republikaner. Aufgrund der Berufung auf die auch bei anderen geschätzten Theorien Reichs wird die MRI oft nicht als Psychosekte eingeschätzt. Immer wieder gelingt es der Gruppe auch bei ihren antiklerikalen Kampagnen, Bündnisse mit linken Kirchenkritikern zu schließen. Aufgrund des Auftretens der Gruppe, auf das die Haack'schen Kriterien voll zutreffen, der Verbindung zu anderen Sekten wie der AAO (12) und der mit AIDS begründeten Vorschrift, daß Sexualität nur innerhalb der Gruppe stattfinden darf, halte ich die Bezeichnung "Psychosekte" jedoch für angebracht.

Meiga (10)

(Andere Bezeichnungen: "Sexpeace", ZEGG (Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung)", "Experiment für eine humane Erde", "Aktion Perestroika", "JETZT (Jugend entwickelt Zukunft)" usw.) Diese neue Sekte tauchte 1990 scheinbar plötzlich mit erheblichen Geldmitteln ausgestattet (bundesweite Plakataktionen, Grundstückskäufe) auf. Der Chefideologe Dieter Duhm, früher bekannt als "linker" Psychologe (eine marxistische Kritik der älteren Theorien Duhms findet sich bei Ottomeyer (11)), war schon vorher durch den Betrieb des als alternativen Puffs geltenden "Bauhütte e.V." aufgefallen. Als Vorläufer und Vorbilder können auch die nach Gomera ausgewanderte AAO (aktionsanalytische Organisation) von Otto Muehl (12) sowie teilweise die Bagwahn-Sekte gelten. Die Sekte vertritt die Befreiung des Menschen durch ungehemmte - männerorientierte - Sexualität. Gefordert wird die Errichtung von "transformatorischen Bordells" und eine "Perestroika" im Äußeren und Inneren. Die Gruppe zieht vor allem ehemalige Anhänger der Bagwahn-Sekte, aber auch frustrierte ehemalige Politaktivisten an. Stark wird um Jugendliche besonders in der ehemaligen DDR geworben. Von den Teilnehmern an Kursen, Camps usw. wird viel Geld verlangt.

Indianerkommune (13)

(Andere Bezeichnungen: "Punks gegen Alkohol", "Kinderbefreiungsfront") Die Indianerkommune wurde Anfang der 80er Jahre in Nürnberg von Ulrich (Ulli) Reschke unter dem Einfluß der damaligen Pädophilie-Debatte gegründet. Propagiert wurden "gewaltfreie", homosexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern; sämtliche Übel werden auf die Unterdrückung der kindlichen Sexualität zurückgeführt. Alkohol, Drogen und jede Art von "Konsum" werden strikt abgelehnt. Lange Zeit war die Indianerkommune die einzige Gruppe,die die Lage von Ausreißern und Heimkindern thematisierte und eine Zuflucht bot. Dadurch erlangte sie zeitweise große Anziehungskraft und breitete sich in der ganzen Bundesrepublik aus. Unter dem Druck von willkürlichen Polizei- und Justizmaßnahmen entwickelte die Gruppe aber immer mehr paranoide Züge und einen

Personenkult um die Person von Ulli. Kritiker wurden pauschal als "Faschisten" beschimpft, immer wieder Jugendtreffen der GRÜNEN und politischer Veranstaltungen gesprengt. Inzwischen scheint die Gruppe sich vor allem durch Gegenaktionen aus autonomen und feministischen Kreisen wieder weitgehend aufgelöst zu haben.

Schiller Institut (14)

(Andere Bezeichnungen: "Europäische Arbeiterpartei", "Patrioten für Deutschland") Es handelt sich um den europäischen Ableger der amerikanischen "Labour Party". Diese entstand ursprüng- lich als trotzkistische Gruppierung unter Führung des Multimillionärs Lyndon LaRouche. Schon bald wechselte die Gruppe jedoch zu einer extrem antikommunistischen und paranoiden Ideologie. Der britische Adel wurde als der Hauptverursacher aller Gefahren für die Freiheit ausgemacht und sei der Drahtzieher sowohl des Kommunismus als auch der Grünen. Trotz solcher ausgesprochen wirren Thesen besitzt die Gruppe unter anderem durch Unterwanderung der Demokratischen Partei in den USA erheblichen Einfluß. In Deutschland wurde vor allem Stimmung gegen Grüne und Kommunisten gemacht und durch Gründung der "Patrioten für Deutschland" versucht, im rechtsextremen Lager Anhänger zu gewinnen. In der Bewegung gegen den Golfkrieg tauchten die LaRouche-Anhänger mit antiamerikanischen Parolen auf und forderten die Freilassung des inzwischen in den USA verhafteten "Kriegsgegners" LaRouche. Auf keinen Fall kann man die "Arbeiterparteien" als normale politische Gruppierungen ansehen, zumal die meisten Mitglieder offenbar hauptamtlich für die Partei arbeiten. Vielmehr gelten sie als der größte private Geheimdienst der Welt mit Verbindungen zur CIA und zum BND. Die nach außen hin abgeschirmte Struktur der Gruppe, ihre wirre Ideologie, ihr Führerkult und ihr Wirken über Tarnorganisationen zeigen zumindest starke Gemeinsamkeiten mit einer Psychosekte.

Methoden

So absurd die Ideologie dieser Gruppen auch sein mag, in ihrem praktischen Auftreten gehen sie sehr überlegt und geschickt vor. Phantasievolle Infostände, Straßentheater, Umfragen, Workshops, Sommercamps - oft sind die Formen, wie man Politik interessant macht, wesentlich origineller und wirksamer als bei linken Gruppen. Gerade die Ideen und Vorstellungen von neuen Mitgliedern werden hier gern aufgegriffen, was einerseits die Tarnung verbessert, andererseits die Identifizierung der Neuen mit "ihrer" Gruppe fördert. Oft erfolgt zunächst eine "softe" Phase, während der das neue Mitglied ein wenig "spielen" darf, bevor der Griff enger wird. Von Anfang jedoch werden die zwischenmenschlichen Beziehungen in der Gruppe nicht dem Zufall überlassen, sondern Methoden wie

- "flirty fishing": Anwerben über Bettbeziehungen,

- geplantes Verkuppeln von Gruppenmitgliedern, um die Gruppe zusammenzuschweißen,

- Isolierung vom früheren Freundeskreis durch Dauerbeschäftigung und ausfüllende, organisierte Freizeitaktivitäten,

- Verächtlichmachung von Kritikern und Aussteigern; bei einigen Gruppen bis zur offenen Gewalt,

- Herbeiführen von psychischen Zusammenbrüchen bei Menschen mit persönlichen Problemen durch Psychotechniken (z.B. geleitete Erfahrungen) und "Neuprogrammierung" angewandt.

Diese Methoden allein freilich würden nicht ausreichen,eine größere Anzahl von Menschen in ihren Bann zu ziehen, wenn es nicht ein objektives Bedürfnis für so etwas gäbe. Die kirchliche und offizielle Sektenkritik (1) bietet hier Erklärungsmuster wie "Ersatzfamilie", "Jugendkult der Gesellschaft", Autoritätssehnsucht und Mißachtung der spirituellen Grundbedürfnisse durch "zuviel Materialismus" in der Gesellschaft. Eine solche "Gesellschaftskritik" ist jedoch im Grunde rückwärts gerichtet und trauert früheren, nicht mehr wiederherstellbaren gesellschaftlichen Zuständen hinterher. Eine fortschrittliche Kritik müßte dagegen gerade an dem Protestschrei ansetzen, der darin liegt, wenn sich ein Mensch einer solchen verfemten Gruppe anschließt und an ihr gegen alle Kritik seiner Umgebung festhält.

Nach meiner Erfahrung erfüllen etwa die autoritären Gruppenstrukturen nicht etwa ein Bedürfnis der Mitglieder, sondern werden eher als notwendiges Übel in Kauf genommen. Der sich selbst als schwach erlebende, herumgeschubste Mensch sucht sich mächtige Verbündete. Sie/er "versteht" jetzt die Welt, die ihr/ihm früher

immer nur als eine unbegreifliche Quelle von Gemeinheiten erschien. Rationalistische Kritik an dem Rettungsrezept ist diskreditiert, da sie mit der "Sprache des Unterdrückers" daherkommt. Leute, die in Sekten mitmachen, wollen im Grunde Selbstbestimmung und Anerkennung, die ihnen im "System" verwehrt bleibt, haben jedoch aus verschiedenen Gründen mit der reinen, "kalten" Politik nichts am Hut. Im Unterschied zu authentischen politischen Gruppen bieten die Sekten hier scheinbar zusätzlich zur Politik den "menschlichen Aspekt".

Sekten als potentiell faschistische Organisationen

Schon heute haben die Sekten die (möglicherweise auch beabsichtigte) Funktion als "Blitzableiter" für Unzufriedene. Darin und in ihren hierarchischen Strukturen ähneln sie den faschistischen Organisationen der 30er Jahre. Auch wenn die meisten Sekten nicht offen rassistische Inhalte vertreten, finden sich doch in ihrer Ideologie zahlreiche Elemente faschistischen Denkens, wie:

- die Propagierung eines Alt-Jung-Gegensatzes anstelle des Klassenkampfes,

- die beabsichtigte Verdoppelung des Staatsapparats durch die Sektenstruktur, um die Macht übernehmen zu können, "sobald das System zusammenbricht",

- die Entmündigung des Einzelnen, "der sein Leben lang ein Kind bleibt, das eine Führung braucht",

- der Irrationalismus und Mystizismus, der ja schon in der Entstehungsphase der Nazipartei eine herausragende Rolle spielte.

Ein weiteres typisches Merkmal, die Verbindung zu den reaktionärsten Teilen des Staatsapparats, speziell zu den Geheimdiensten, dürfte zumindest bei einem Teil schon heute gegeben sein. In Ländern der Dritten Welt tragen ja (christliche) Sekten schon lange zur Aufstandsbekämpfung bei. Es ist durchaus möglich, daß einige Sekten in Wirklichkeit Counterprojekte sind, die den Linken das Wasser abgraben sollen.

Bedeutung für die Linke

Vor allem, da zur Zeit praktisch alle linken Jugendverbände zugrundegegangen (SDAJ, Roter Maulwurf) oder durch Bürokratisierung unattraktiv geworden sind (Falken, Gewerkschaftsjugend), besteht eine erhebliche "Marktlücke" gerade bei Jugendlichen. Auch radikale Linke sollten nicht vergessen, daß ein erheblicher Teil des linken Nachwuchses über solche "Revi-Organisationen" den Einstieg in linke Politik fand. Schon jetzt gibt es Anzeichen, daß immer mehr Jugendliche ihre ersten "politischen" Erfahrungen ausgerechnet in Sekten machen: So konnte etwa die sektengesteuerte "Humanistische Partei" in München fast zwei Jahre lang ungestört wirken und zog Hunderte von politisch interessierten Jugendlichen an. Auch der Zusammenbruch der DDR, der ja von den Menschen dort eine radikale psychische Umorientierung erfordert, bietet den Sekten ein weites Betätigungsfeld. Dazu kommen noch die unzähligen Jugendlichen, die nun in den Westen strömen, um Arbeit zu finden, und dort natürlich zunächst keinen Kontakt finden. Die "Meiga"-Sekte und "Die Bewegung", aber auch das "Schiller-Institut" und andere sind schon seit Monaten mit ihren Werbetrupps unterwegs und sind anscheinend durchaus erfolgreich.

Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Aspekt ist die Diskreditierung linker Inhalte. Gerade in der Bewegung gegen den Golfkrieg hat man ja gesehen, wie die Stellungnahmen von Nazis gegen den Krieg geschickt benutzt wurden, um die gesamte Bewegung als antisemitisch hinzustellen. Das gleiche gilt natürlich auch, wenn Sekten gegen das "System" oder die Kirchen polemisieren. Die oft paranoiden Vorstellungen können benutzt werden, um jede Art von radikaler Gesellschaftskritik als irrational abzutun.

Abgesehen von diesen konkreten Gefahren stellen die Sekten aber auch außerhalb des Jugendbereichs in Zeiten, wo keine linke Gruppe ein schlüssiges Gegenmodell zum herrschenden Gesellschafts system besitzt, eine ideologische Herausforderung dar. "Der Kommunismus ist doch gerade deshalb gescheitert, weil er nicht auch die Menschen verändert hat", ist ein beliebtes Argument der sich selbst als "Die neue Linke" verstehenden "Bewegung". Schaut man sich die Schriften der Sekten genauer an, dann fällt auf, daß sie ihre Anhänger vor allem mit aus der Geschichte der Philosophie ohne Quellenangabe zusammengeklauten Weisheiten beeindrucken. Da finden sich dann Marx und Hegel friedlich vereinigt mit Nostradamus und Buddah. Das zeigt umgekehrt, daß es anscheinend bei vielen Menschen ein Interesse für Philosophie gibt, das weder von der Gesellschaft noch von politischen Gruppen befriedigt wird. Hier käme es für Marxisten vor allem

darauf an, herauszuarbeiten, daß Rationalismus nicht notwendigerweise zu der zerstückelten, oberflächlichen Sicht der Welt, die die offizielle Ideologie prägt, führt und umgekehrt Irrationalismus und Esoterik nur die Kehrseite der bürgerlichen Weltanschauung darstellen. Der relative Erfolg von Sekten ist auch gewissermaßen eine Warnung an die Linke, die Rolle des Individuums nicht länger den Vertretern von Religionen und Kulten zu überlassen (15).

Gegenaktionen

Aus den aufgeführten Gründen sollte eigentlich jede Antifagruppe und Jugendorganisation, in deren Ort sich Psychosekten breitmachen, die Bekämpfung zu ihrer Aufgabe machen (wer Infos braucht, kann sie u.a. beim AK Sekten Berlin (6) kriegen). In welcher Form man vorgeht, hängt natürlich von den Umständen ab. Bei einer Sekte wie der "Bewegung", die die Gewaltfreiheit zu ihrem Dogma gemacht hat, muß natürlich der Schwerpunkt auf einer inhaltlichen Auseinandersetzung liegen. Bei Gruppen wie dem "Bund gegen Anpassung" und dem "Schiller-Institut" dagegen, die offen faschistische Inhalte vertreten, sollte man ein öffentliches Auftreten möglichst verhindern. Inzwischen gibt es auch schon einige Erfolge durch unsere Gegenaktionen:

- die "siloistische Bewegung" hat sich fast überall aus der Politik wieder zurückgezogen und agiert fast nur noch in der Esoterik-Szene; die "Humanistische Partei" wurde anscheinend aufgelöst;

- die "Sexpeace/Meiga"-Sekte geriet durch Presseberichte und Gegenaktionen unter starken Druck und flog fast überall aus linken Läden und Institutionen raus;

- das Bewußtsein, daß nicht alle, die mit linken Sprüchen hausieren gehen, auch links sind, wächst in der linken Szene; auch andere Sekten und getarnte Neonazis stoßen auf stärkeren Widerstand, wenn sie öffentlich oder erst recht auf Demos auftauchen.

Als entscheidend erwies sich die gut fundierte inhaltliche Auseinandersetzung. Dazu war es notwendig, möglichst umfassend Materialien der Sekten zu studieren, Gegenargumente zu entwickeln und auf Allgemeinplätze und reine Polemik zu verzichten. Nur wenn die Anhänger einer Sekte sich in der Kritik wiedererkennen, kommen sie ins Nachdenken. Gelingt es dann, die Sektenkader zu einer öffentlichen Auseinandersetzung zu zwingen, hat man praktisch schon gewonnen. Die Wirksamkeit des rettenden Rezepts beruht ja gerade darauf, daß nur die Verschwörergemeinschaft und davon wiederum nur die Elite die ganze Wahrheit versteht. Strikt trennen muß man bei der Auseinandersetzung zwischen den Funktionären der Sekte und ihren Anhängern. Immer wieder zeigte sich, daß gerade Leute, die sehr kurz einer Sekte angehören, in ihren politischen und sonstigen Ansichten uns sehr nahestehen; jedenfalls sehr viel näher als der Sektenideologie, die sie oft nur sehr unvollständig kennen. Am wichtigsten dürfte es jedoch sein, daß unsere eigenen Strukturen und Politikformen menschlicher und offener werden: Stadtteilläden und Initiativen, linke Zirkel bestehen "allzu häufig aus Insider Klüngeln (...) Interessierte benötigen oft eine Menge Hornhaut, um dort reinzukommen" (6). Wir sollten uns bemühen, "eine lebendige Alternative gegenüber den gewaltig unterdrückenden Strukturen dieser Gesellschaft zu sein ... Im Hier und Jetzt dieser Welt präsent zu sein, statt religiös jenseitige Himmelsreisen zu transzendieren, heißt aber auch, offener auf neue Leute zuzugehen, auch wenn es stressig ist, und überhaupt mehr im öffentlichen Raum zu informieren und ansprechbar zu sein." (6)

anw

Quellenangabe

1) Haack, F.W.: "Die neuen Jugendreligionen", Evangelischer Presseverband für Bayern; München 1988

Haack verwendet die Bezeichnung "Jugendreligionen", gibt jedoch selbst zu, daß die Mehrheit der Mitglieder eher über 18 sind; ich ziehe daher den Begriff "Psychosekte" vor.

2) Eine Analyse des gnostischen Denkens findet sich bei Bloch, E.: "Das Prinzip Hoffnung", Ffm 1956, S. 1313

3) Rosenberg, R., Mennen, M.: Diplomarbeit, Jugendarbeiterausbildung, Luzern 1991

4) Haack, F.W.: "Scientology - Magie des 20. Jahrhunderts"

5) Abendzeitung München vom 10.05.1990

6) Weiland, F. und Wende, M.: "Führerkult als Parteiprogramm - "Grüne Zukunft" und "Humanistische Partei": Lockvögel des siloistischen Okkultismus", Dokumentation des AK Sekten beim AStA der FU Berlin, Kiebitzweg 23, 1000 Berlin 33

7) Waibel, A.: "Die Sektenpartei", Volkszeitung vom 12.10.1990

8) "Erste-Hilfe-Kasten", U-AStA Uni Freiburg, c/o AStA, Bertoldstraße 26, 7800 Freiburg

9) siehe dazu: Reich, W.: "Die sexuelle Revolution" und "Die Entdeckung des Orgons", beide Fischerverlag

Gente, H.P. (Hrsg.): "Marxismus Psychoanalyse Sexpol", Bd. 1 und 2, Fischerverlag

10) "Lügen ist unvermeidlich - Vorsicht Sektencamp", Flugblatt der AG Sekten beim AStA der FU Berlin, siehe (6). Demnächst erscheint dort auch eine ausführliche Dokumentation.

11) zur AAO siehe: "Sodom und Gomera - Das kaputte Paradies der Sex-Gurus", STERN 37/1988

12) Ottomeyer, K.: "Anthropologieproblem und marxistische Handlungstheorie", Gießen 1966

13) "Rattenfänger", Zeitschrift der Indianerkommune Nürnberg; mehrere Artikel über die "Indianer" erschienen im Plärrer (Nürnberger Stadtzeitung) und in der taz.

14) Lorscheid, H., Müller, L.A.: "Deckname Schiller - Die Patrioten des Lyndon LaRouche", 1986, rororo

15) Inzwischen gibt es Ansätze für eine "kritische Psychologie", die sich unter Insidern immer mehr durchsetzt, aber bis jetzt in der praktischen Politik noch keine Rolle spielt, siehe:

Holzkamp, K.: "Grundlegung der Psychologie", Campus Verlag und Ottomeyer, K.: "Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen", rororo 1977

16) Gasper u.a. (Hrsg.): "Lexikon der Sekten, Sondergruppen und Weltanschauungen", Herder Verlag 1990

Silos Anweisungen zur "Europäischen Unterschriften-Operative"

"Die Operative wird in Madrid koordiniert und jedes Land hat seinen Koordinator. Die Anordnungen erfolgen wöchentlich. Die Gründung von Parteien in Europa wird in Europa in Gang gebracht. Wir wollen 2 Millionen Leute erreichen, aber es kann auch ein kräftigeres Wunder 'detonieren', so daß wir 20 Millionen Leute erreichen. (...) Mit den operativen Ergebnissen werden wir zur UNO gehen und sie davon abbringen, uns zu verschweigen, und sich zu entschuldigen.

Zur Beachtung:

Diese Kampagne bringt uns in die Situation, mit Kraft in die Welt hinauszugehen, was Hand in Hand geht mit dem coming out der Partei ÜBERALL! Die 'Gemeinschaft' hat eine enge Beziehung mit der Partei, insoweit Parteiaktivitäten die Mitgliederwerbung fördern. Auf diese Weise muß uns die Partei sehr nahe sein mit der Order, eine Menge Interaktion herzustellen. Die Stufen der Parteibildung sind die folgenden:

1) Legalisierung der Gemeinschaft

2) Vollmachten und Behördenformulare zu besorgen.

3) Das Sekretariat für gesellschaftliche Angelegenheiten 'der Gemeinschaft' lanciert den leitenden Ausschuß der "HP".

4) Vorher wurde schon mit den Unterschriftensammlungen und Meinungsumfragen begonnen und schließlich wird die Gründung der "HP" und die Mitgliederaufnahme in Gang gebracht.

Strukturelle Empfehlungen:

Im Mittelpunkt steht die Kontaktierungs-und Integrationsphase. Gar nicht an die Bildung einer initiierenden STRUKTUR denken, sondern vielmehr an die Bildung einer Basis, INFORMELLE GRUPPE mit Anhängern und aktiven Mitgliedern, und erst später daran, die Struktur zu formalisieren. Behalte im Gedächtnis: WENN DIE BASIS (informelle Gruppen) NICHT WÄCHST ERREICHEN WIR GAR NICHTS (!).

1) Wer beabsichtigt, Orientierer zu werden, der konzentriert zunächst einmal seine Energien auf die Bildung einer informellen Gruppe.

2) Er organisiert Aktivitäten (Befragungen, Unterschriftensammlungen usw.) und die durch diese Aktivitäten kontaktierten Leute sind ohne Verzögerung zur Anhängerschulung am Wochenende zu schicken (veranstaltet von einem Schulungsspezialisten für neue Leute).

3) Die neue Person kommt von der Schulung zu den Aktivitäten zurück, koordiniert vom Orientierer, der Gesamtheit oder der Linie.

4) Dann schickt der Orientierer seine Mitglieder zur Aktivistenschulung, veranstaltet von einem Spezialisten (derselbe wie vorher oder ein anderer, aber nicht der Orientierer, der die Aktivitäten koordiniert).

5) Das Mitglied kommt als aktives Mitglied zurück und macht mit den Aktivitäten weiter.

6) Erst dann beginnt der Orientierer die Basis, informelle Gruppe, mit Hilfe einer kleinen Anzahl von Leuten zu organisieren, die er dazu einen nach dem anderen kontaktiert, und nicht alle gleichzeitig.

So gelangen wir in nicht weniger als einer Woche zu Anhängern und nicht weniger als zwei gelangen wir zu aktiven Mitgliedern. ..." (6)

36. Verteidiger wirft das Handtuch: Prozeß gegen Neo-Nazi Polacek ausgesetzt

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:32

Das Strafverfahren gegen den Neo-Nazi und niedersächsischen Landesvorsitzenden der faschistischen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), Karl Polacek, vor dem Amtsgericht in Duderstadt ist am 28. März mitten in der Beweisaufnahme vorläufig geplatzt. Überraschend für alle Prozeßbeteiligten und -beobachter warf der Verteidiger Polaceks, Klaus Kunze, das Handtuch. Weil er ein faires Verfahren nicht mehr gewährleiste sah, brach der Vorsitzende Richter Zoller nach knapp einstündiger Beratung mit den Schöffen daraufhin das Verfahren ab. Eine Fortsetzung der Hauptverhandlung ohne rechtlichen Beistand, meinte Zoller, sei dem Angeklagten aus rechtsstaatlichen Gesichtspunkten nicht zuzumuten. Der 56jährige Österreicher Polacek wird beschuldigt, am 14. Juli letzten Jahres eine Studentin mit einem Beil angegriffen und am Kopf verletzt zu haben.

In einem Telefax, das erst unmittelbar vor dem zweiten Verhandlungstag am 27.3. beim Gericht einging, hatte Kunze erklärt, "daß ich die Verteidigung des Angeklagten niederlege." Eine Begründung für seinen Schritt nannte Kunze auf den drei Seiten des diffusen Schreibens zunächst nicht. Mehr Aufschluß gaben da schon zwei Telefongespräche, die Richter Zoller anschließend mit dem Rechtsanwalt führte. Kunze habe ihm dabei, so erzählte der Richter, von in der "Autonomen Szene" zirkulierenden Flugblättern berichtet, in denen er, Kunze, verdächtigt werde, mit der Ideologie Polaceks zu sympathisieren. An dem wäre aber gar nicht so, schließlich sei er, Kunze, doch Demokrat. Zollers Nachfrage, ob er, Kunze, denn wenigstens als Pflichtverteidiger zur Verfügung stehe, beantwortete der Rechtsanwalt ebenfalls mit Nein. Er, Kunze, sehe die reale Gefahr, daß im Fall eines weiteren Engagements in dem Verfahren seine "körperliche Integrität beeinträchtigt" werde. "Keine zehn Pferde" brächten ihn, Kunze, "in den Hexenkessel Gerichtssaal zurück" (Zitiert nach einer stenografischen Mitschrift von Zollers Ausführungen).

Tatsächlich war der in Uslar wohnhafte Anwalt in einem vor Prozeßbeginn verteilten Flugblatt eher beiläufig als "bekannter Rep-Funktionär" bezeichnet worden. Zu Recht: Kunze hatte bei der letzten Landtagswahl auf der Landesliste der Republikaner kandidiert und war zumindest vorübergehend auch Schriftführer im Landesvorstand dieser Partei. Zu seinen Klienten gehören unter anderem die Neo-Nazis Thorsten Heise und Oliver Simon, die zur Zeit im Knast sitzen und sich wegen versuchten bzw. gemeinschaftlich begangenen Totschlags vor Gericht verantworten müssen. Irgendwelche Aufrufe, Kunze an die Wäsche zu gehen, sind dem Flugblattext auch bei böswilligster Interpretation nicht zu entnehmen. Ebenso absurd ist Kunzes Angst vor dem angeblichen "Hexenkessel" Gerichtssaal: Gemessen an dem dreisten Auftreten des Neo-Nazis Polacek (s.u.) war die Stimmung unter den Besuchern bis zum Abbruch des Verfahrens ruhig und gelassen.

Die tatsächlichen Gründe für Kunzes Entscheidung, die Verteidigung von Polacek niederzulegen, bleiben im dunkeln. Die Rechtsanwälte der Nebenklägerin - die von dem Axthieb getroffenen Petra P. - sehen in dem Schritt "keine Einzelaktion". Vielmehr habe Kunze in Absprache mit Polacek gehandelt, um den Prozeß "bewußt zum Platzen" zu bringen (RA Dieter Adler). Polacek selbst behauptete dagegen, von der Mandatsniederlegung seines Rechtsbeistandes ebenfalls erst am Vortag informiert worden zu sein und war sich "sicher, daß Kunze im letzten Augenblick von dritter Seite und von oben unter Druck gesetzt wurde." Denkbar ist schließlich auch, daß Kunze schlicht und einfach um seine berufliche Reputation fürchtete. In aller Regel ernähren sich Rechtsanwälte weniger durch medienwirksame Auftritte in politischen Verfahren als vielmehr durch sogenannten "juristischen Kleinkram". Auch in der bürgerlichen Presse war sein Mandant Polacek in der letzten Zeit so sehr in die Negativ-Schlagzeilen geraten, daß sich manche(r) Kleinbürger(in) aus Uslar überlegt haben mag, Kunze in Zukunft lieber nicht mehr mit kleinen Versicherungsstreitigkeiten oder nachbarschaftlichen Händeln zu betrauen.

Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen hatte der Polacek-Prozeß am 20. März begonnen. Nur 40 Leute, darunter fast die Hälfte Journalisten, fanden nach peniblen Leibesvisitationen und Taschenkontrollen im viel zu kleinen Duderstädter Amtsgerichtssaal Platz, über 100 interessierte Linke mußten draußen bleiben.

Am Anfang stand der Versuch, die Ereignisse des 14. Juli 1990 zu rekonstruieren. Für diesen Tag, so jedenfalls eine der antifaschistischen und linken Szene Göttingens zugespielte "Einladung", hatte die FAP ihre

Mitglieder zu einem Landesparteitag ins Südniedersächsische mobilisiert. Wie später bekannt wurde, hatten sich die Faschisten aber bereits am davorliegenden Wochenende zu ihrem Parteitag getroffen, die "Einladung" war eine Finte und von Polacek persönlich gefälscht worden. Zusammen mit drei anderen Frauen hielt sich Petra P. am 14.7. in Mackenrode auf, um an Polaceks Wohnort nach möglichen Teilnehmern des FAP-Parteitages Ausschau zu halten. Polacek selbst patrouillierte zum gleichen Zeitpunkt in seinem Auto durch den Ort, um, wie er in seiner Einlassung sagte, "das Dorf nach Linken und Punkern abzusuchen". Mit im Wagen: Der Skinhead Oliver Simon, Polaceks Zögling und politischer Schüler, ein stadt- und polizeibekannter Faschist, der an zahlreichen Überfällen auf Linke beteiligt war und in der vergangenen Neujahrsnacht zusammen mit einem anderen Neo-Nazi einen 21jährigen mit Messerstichen ermordete. Bei dieser Erkundungsfahrt jedenfalls sei er von den vier in der Nähe einer Bushaltestelle versammelten Frauen als "Faschist" beschimpft und von Frau P. sogar durchs offene Autofenster angespuckt worden, sagte Polacek. "Da habe ich gedacht, wir sind umstellt, und das ist ein Generalangriff." Um die Attacke zurückzuschlagen, drückte Polacek aus einem mitgeführten Waffensack - "In der Tüte waren zwei Pistolen und sonst noch Sachen, die meine Jungs mir zugesteckt hatten." - seinem Kumpanen Simon eine Gaspistole mit einer Rakete und Leuchtspurmunition in die Hand. "Der sollte damit rummachen und die Punkerinnen einschüchtern." Polacek selbst schnappte sich das "wie immer" unter dem Vordersitz liegende Beil. Während Simon - "Der hat ja `n ungeheures Temperament, wie man jetzt gesehen hat!" - die Frauen wie wild mit der Pistole ballernd verfolgte, postierte sich Polacek seinen eigenen Angaben zufolge neben dem Auto, "die Axt in Ruhestellung neben meinem Kopf" und stieß, "weil mir gerade nichts anderes einfiel", "Kehllaute" aus. "Wie hysterische Hühner" seien die Frauen vor dem schießenden Simon ums Auto geflüchtet, "das war 'ne ganz lustige Situation." Ein oder zwei "Punkerinnen" hätten sich noch an ihm vorbeidrängen können, aber "Frau P. lief genau gegen mich und ist mit dem Kopf gegen die Schneide des Beils geprallt." Zugeschlagen habe er nicht: "Ich war in meiner Jugend Holzfäller. Und wenn ich zuhaue, dann macht niemand mehr eine Anklage. Außerdem sei das Beil "Kampfwaffe" gar nicht geeignet gewesen. "Wenn ich ein Beil mitnehme zum Schädelspalten, dann ist das ganz anders geschliffen."

Petra P. sagte demgegenüber, daß Polacek im fraglichen Moment "den rechten Arm hochgehoben und mit dem Beil zugeschlagen" habe. In Panik vor dem sie verfolgenden Simon fliehend - "Ich wußte nicht, mit was für Munition er schießt" - , habe sie versucht, durch eine ca. zwei Meter breite Lücke zwischen "Auto und Polacek" zu entkommen. Als der Hieb schon herabsauste, "hob ich auch meinen Arm, um den Schlag abzuwehren und lief dann weiter." Die rasche Reaktion rettete der Frau möglicherweise das Leben, sie kam mit einer Wunde an der Stirn und einer Armverletzung davon.

Petra P.s Darstellung wurde durch die Ausagen des als Gutachter geladenen Arztes Heinrich Köhler bestätigt, der die "glattrandige, drei Zentimeter lange Schnittwunde" in der Göttinger Uni-Klinik versorgt hatte. Alles deute darauf hin, so Köhler, "daß zugeschlagen worden ist." Im übrigen habe er noch nie eine Wunde gesehen, "wo jemand in die Axt gelaufen ist."

Auch eine weitere Zeugin sagte, Polacek habe mit dem Beil zugeschlagen und "die Tatwaffe sichtbar geschwungen". Der in Handschellen in den Gerichtssaal geführte Oliver Simon verweigerte die Aussage.

Die Anwälte der Nebenklägerin fahren eine zweigleisige Strategie. Sie stellten am Ende des ersten Verhandlungstages den Antrag, Zeitungsartikel und Briefe zu verlesen, die Polaceks "Mentalität, Gewaltbereitschaft und seine Bereitschaft, mit Waffen umzugehen, dokumentieren sollen." Ziel dieses Antrags ist, Polaceks Rolle in der südniedersächsischen Nazi- Szene (siehe Kasten) transparenter zu machen und die Strukturen der FAP zumindest vor der Prozeßöffentlichkeit aufzurollen. Zweitens wollen die Rechtsanwälte Jürgen Ahrens und Dieter Adler erreichen, daß Polacek nicht mehr nur wegen gefährlicher Körperverletzung, sondern auch wegen versuchten Totschlags angeklagt wird. Falls diesem Antrag stattgegeben wird, so muß das Verfahren an die nächsthöhere Instanz, das Göttinger Landgericht, überwiesen werden.

rei., Göttingen

Dossier: Karl Polacek

Der heute 56jährige Polacek stammt aus Wien. Über Lappland und Norwegen, wo er u.a. als Schiffselektriker arbeitet, kommt er im Frühjahr 1981 nach Südniedersachsen. Seine politische Laufbahn führt vom rechts-extremistischen "Bund Heimattreuer Jugend" und der noch radikaleren "Bündischen Jugend" über die

NPD zur FAP. Im Herbst 1985 gründet Polacek einen Kreisverband der Partei und übernimmt nacheinander Funktionen als "Gau-Kassierer", Schriftleiter, Bezirks- und Landesvorsitzender.

Im Juni 1984, während des Europawahlkampfes für die NPD, wird Polacek das erste Mal "straffällig". Beim Plakatekleben schlägt er einen Passanten nieder; das Göttinger Amtsgericht verknackt ihn wegen Körperverletzung zu 1000,- Mark Geldstrafe.

Seit Beginn der 80er Jahre tauchen an Polaceks Wohnsitz in Mackenrode regelmäßig Gruppen der neo-nazistischen Wiking-Jugend und anderer faschistischer Vereinigungen auf, die in den nahe gelegenen Wäldern Wehrsportübungen veranstalten und Sonnenwendfeiern zelebrieren. Eine dieser Festlichkeiten steigt am Abend das 20. Dezember 1986. Ca. 40 Personen ziehen mit Fackeln und dem schwarz-weiß- roten Reichsbanner durchs Gehölz, brüllen "Sieg Heil" und schmettern NS-Lieder. Der Lärm, so berichten Einwohner gegenüber der Lokalpresse, sei "bis ins Dorf zu hören" gewesen. Später sperren schwarz-uniformierte Jugendliche eine Straße ab, halten Autos an und kontrollieren die Personalien der Insassen. Eine Resolution von Mackenroder BürgerInnen an die Behörden, "weiteren Treffen dieser Gruppe entgegenzuwirken", bleibt ohne Konsequenzen.

Ausgehend von einem überregionalen Skinhead-Treffen bei Polacek überfallen knapp 50 Neo-Nazis am Osterwochenende '87 einen Türken in Northeim. Im Verlauf der Nacht entwickelt sich eine erbitterte Straßenschlacht zwischen Neonazis und antifaschistischen ausländischen und deutschen Gegendemonstranten.

Im März des darauffolgenden Jahres startet die Bundesanwaltschaft eine großangelegte Razzia in mehr als 90 "Objekten" von mutmaßlichen Rechtsradikalen. Auch Polaceks Haus, inzwischen zu einem von vier bundesweiten FAP-Schulungszentren avanciert und zu einer Festung ausgebaut, wird durchsucht. Nach Angaben des niedersächsischen Landeskriminalamtes wird "Schriftgut sichergestellt".

3.000 Menschen beteiligen sich im Mai an einer Anti-FAP-Demonstration in Mackenrode, zu der ein breites Bündnis vom DGB bis zu den Autonomen aufgerufen hat. Polacek verschanzt sich mit 32 "KameradInnen" im Haus. "Dann werden die Waffen ausgegeben. Äxte, Speere, Macheten, Dreschflegel und Knüppel. Jeder eine Lang- und eine Kurzwaffe", schreibt er später in der FAP-Monatszeitung "Deutscher Standpunkt".

400.- DM Strafe muß Karl Polacek im Juli abdrücken, weil er Polizeibeamte in einem Brief an die Gemeinde als "Handlanger des westzonalen Besatzerregimes" und "Gamaschenaffen" bezeichnet.

Die nazistischen Computerspiele "Arier-Test" und "Anti-Türken-Test" werden 1988/89 über eine Mailbox in Mackenrode vertrieben, bis es Hackern gelingt, die Programme mit Viren zu killen. Auch für die an Schulen und Jugendtreffen verklebten FAP-"Spuckis" zeichnet Polacek presserechtlich verantwortlich.

Im November `89 marschieren rund 100 Neo-Nazis unter der Führung von Polacek und seinem "Stellvertreter" Torsten Heise durch die Göttinger City, um das "Jugendzentrum Innenstadt" (JUZI) anzugreifen. Kurz darauf brüstet sich Polacek damit, im Besitz einer umfangreichen Adressen- und Fotodatei "der Feinde des Deutschen Volkes" zu sein.

In einem Interview mit der Fernsehsendung "Kennzeichen D" sagte Karl Polacek: "Adolf Hitler hat gemeint, wenn er in Deutschland die Macht hat und Deutschland gesiegt hat, dann reicht das. Wir meinen, wir müssen auf der ganzen Welt siegen."

rei., Göttingen

37. Die "Neue Rechte" in der SPD

von Peter Kratz

Autor: Peter Kratz · Rubrik: SPD; Rechte, Neue · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:20

Im September 1990 veröffentlichte die "Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus" das Papier "Eine neue Sozialfaschismus-These? Polemik gegen einige Jusos und wiedergeborene SPD-‚Jungkonservative`" von Peter Kratz. In dem Papier setzt sich der Autor kritisch mit dem Vorwurf einiger Jusos gegen linke AntifaschistInnen auseinander, die Linke vertrete eine neue Sozialfaschismus-These. Kratz findet, daß der Vorwurf des Sozialfaschismus heute so falsch sei wie in den 20er und 30er Jahren, macht jedoch auch politische Parallelen zwischen Konzepten der "Neuen Rechten" und der heutigen Politik einiger Sozialdemokraten deutlich. Wir dokumentieren hier den überarbeiteten und gekürzten dritten Teil des Papiers. Das neueste Buch des SPD-Theoretikers Peter Glotz ("Der Irrweg des Nationalstaates. Europäische Reden an ein deutsches Publikum", Stuttgart 1990), in dem sich dieser noch mehr als vorher in die Richtung der "Neuen Rechten" bewegt, ist noch nicht berücksichtigt. In dem von Raimund Hethey und Peter Kratz herausgegebenen Buch "In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservativismus und Neofaschismus" (Göttingen, Mai 1991) wird sich Raimund Hethey mit dem neuesten Glotz- Buch befassen.

Red.

In der "Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte" (NG/FH), Chefredakteur Peter Glotz, wurden seit Beginn der 80er immer wieder die "nationale Identität" und ethnopluralistische Konzepte gepredigt. Nicht nur der Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel griff hier das demokratische Konzept eines von "Ethnie" freien "Verfassungspatriotismus" zugunsten nationaler Gemeinschafts- und Gefühlsduselei an, es wurde hier sogar offen die Frage "Demokratische oder nationalstaatliche Identität?" gestellt. Herbert Ammon und Peter Brandt durften hier nationalrevolutionäre Ideologie verbreiten; das auch als Redner bei rechtsextremen Gruppen bekannte SPD-Mitglied Theodor Schweisfurth konnte hier seine Deutschland-Vereinigungspläne publizieren; Tilman Fichter, der wie Schweisfurth, Ammon und P. Brandt in Aktionseinheiten mit Alten Nazis und nationalrevolutionären Neofaschisten aus den NSDAP-, NPD und REP- Ecken zugunsten eines vereinigten Deutschland eintrat, ist ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift - Teil einer "Berliner Seilschaft", die Glotz als SPD-Bundesgeschäftsführer protegierte. Schweisfurth landete 1990 da, wo ihn die AntifaschistInnen immer schon eingeordnet hatten: Er veröffentlicht nun gemeinsam mit dem Kopf des europäischen Neofaschismus Alain de Benoist, gemeinsam mit den Nationalrevolutionären Wolfgang Strauss und Marcus Bauer in dem Buch "Gedanken zu Großdeutschland" - man ist nicht einmal mehr um den Anschein von Distanz zum Neofaschismus bemüht. Daß etwa Fichter oder Schweisfurth wegen ihrer Aktionseinheiten mit FaschistInnen aus der SPD ausgeschlossen würden - (der in der Ost-SPD ja wieder zu Ehren gekommene) "Gott" bewahre !, Fichter kann sogar Bildungsreferent der Partei bleiben. Ausgeschlossen würden allenfalls - wie in den 20er Jahren - diejenigen, die etwa mit einer Unterstützerinitiative für die Linke Liste/PDS Aktionseinheiten eingehen.

Glotz oder Benoist?

In dem von ihm mitherausgegebenen Buch "Vorbilder für Deutsche" (München 1974) läßt Glotz Hermann Heller als eben solches präsentieren - das paßt. Hellers Anti-Versailles-Propaganda und Fichter/Schweisfurth/Brandt/Ammons Anti-Jalta-Propaganda haben dieselbe Quelle: deutscher Nationalismus gegen die Weltkriegssieger.

Bisweilen lassen sich kaum noch Unterschiede erkennen. Peter Glotz, der sich mit seinem Buch "Die deutsche Rechte" (1989) wieder einmal in passender Weise profilierte (er hat so wenig Ahnung von der Thematik, daß er eine zentrale Denkfabrik des deutschen Neofaschismus, das Kasseler "Thule-Seminar" um Pierre Krebs, Sigrid Hunke und Alain de Benoist, mit der "Nationalistischen Front" verwechselt und in Bielefeld ansiedelt; hat er überhaupt je eine Zeile aus dem "Thule-Seminar" gelesen?), fordert 1990 zeitgemäß fürs Kapital ein ethnopluralistisch organisiertes Großeuropa "von Brest bis Brest-Litowsk", das einen einheitlichen Markt darstellt, in dem die ökonomischen Opfer dieses Marktes aber mit Folklore statt Sozialpolitik abgespeist werden: "Kulturell müssen wir herunter zu den 'Stämmen', zu den kleinen sprachlichen, ethnischen, landsmannschaftlichen Einheiten" (NG/FH Nr.1/1990, S.42f). Hier kommt völkisches Denken in Form von "Ethnopluralismus" zum Tragen. Wir kennen es aus der Geschichte des Faschismus von Lagarde, der

"Konservativen Revolution", das entspricht voll den Thesen von Benoist oder Eichberg. Jedem das Seine, dieser ethnopluralistische Spruch von den KZ-Eingangstoren der Nazis, ist die dahinterstehende, anti-egalitäre Botschaft. Nicht soziale Gleichheit, sondern "nationale Identität", das "Recht auf Ungleichheit", als Rechtfertigung sozialer Verschiedenheiten in diesem Europa, in dem nicht mehr nur Portugal und Sizilien, sondern - näher und von deutschsprachigen Mehr- und Minderheiten bevölkert, die die Gebrauchsanweisungen deutscher Maschinen lesen können - jetzt auch die ehemalige DDR, Polen, CSFR, Rumänien usw. die Billiglohnländer sind. Agrarische Armut als Stammesidentität.

1990 nimmt der gebürtige Böhme Peter Glotz auch den Begriff "Zwischeneuropa" des Konservativen Revolutionärs und späteren SS-Sturmbannführers Giselher Wirsing (1932) als neuen Orientierungspunkt eines nun sozialdemokratischen Expansionismus nach Osten wieder auf. Für Glotz ist "Zwischeneuropa" die passende Bezeichnung für den "Großwirtschaftsraum" Deutschland und das von ihm kolonialisierte Ostmitteleuropa als deutsch beherrschtem Kern der dritten (und bald ersten?) Weltmacht Großeuropa (vgl. seinen Artikel in: Europa Archiv, 25.1.90, S.41-50. Im selben Artikel, S.43, präsentiert er Henning Eichberg, den er 1989 in seinem Buch "Die deutsche Rechte" zur Abwechslung mal als Rechten aufführte: "Eichberg... ist heute der Autor der Neuen Rechten, der am tiefsten in das Publikationsnetz der Linken eingedrungen ist", S.138, nun auch wieder als Linken: "eine linke oder grüne Variante, die sich Abkopplungs- oder Volksnationalismus nennt: Henning Eichberg, Abkopplung. Nachdenken über die neue deutsche Frage, Koblenz 1987"; das ist das Buch aus dem Verlag des REP-Funktionärs Bublies.) Wirsing, der als SS-Sturmbannführer 1942 die "Vertrauliche Denkschrift 'Die Zukunft der deutschen Herrschaft in Rußland'" verfaßte, hatte 1932 in seinem Buch "Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft" (Jena) - ungeachtet zeittypischer Irrtümer und Veralterungen - das jetzige deutsche / EG-90er-Jahre-Programm nationalrevolutionär und ethnopluralistisch bereits ausgearbeitet: "Die Erschütterung der Daseinsgrundlagen des deutschen Volkes und seiner östlichen Nachbarn zwingt zu einer neuen Durchdenkung ihrer Probleme" (Vorwort); "das deutsche Raumschicksal, Europas Mitte und Herz zu sein, ist der Angelpunkt der politischen Existenz unseres Volkes" (S.1). Wirsing bezog sich hier auf Moeller van den Bruck (einen Erzheiligen der "Neuen Rechten" und Liebling Alain de Benoists) in der Kritik am angeblichen "Schicksal Deutschlands, eine Kolonie des Westens zu werden" (S.4) und predigt den in Auschwitz gemündeten deutschen Sonderweg als "Ablösungsprozeß vom Abendlande" (S.6), so wie es heute Eichberg in seinem Buch "Abkopplung" tut. Wirsing sieht sich in der Tradition des als Liberalen mißverstandenen Industrieberaters Friedrich Naumann, den die Nazis hoch schätzten, der den Begriff des "Nationalsozialismus" erfand und der 1915 in seiner Kriegszielschrift "Mitteleuropa" das deutsche Ziel des Ersten Weltkriegs in der Schaffung der mittel-osteuropäischen Wirtschaftszone sah; 1986 druckte Glotz Auszüge aus diesem Buch Naumanns in der NG/FH als Einleitung zu einer Folge über die neue (!) "Mitte Europas" ab. Wirsing hatte bereits "die Scheidelinie zwischen dem agrarischen und industriellen Europa" (S.17 ff) reflektiert, das Verhältnis von "deutsche(r) Veredelungswirtschaft" und "Einfuhr von zwischeneuropäischen agrarischen Rohstoffen" aus dem Osten und das "Verhältnis zu den überseeischen Agrarexportstaaten" (S.284 ff) bedacht. Er machte sich auch Gedanken über die "Hebung der Kaufkraft" der agrarischen Länder Ostmitteleuropas und die Bedeutung des dann erst in den 70er Jahren unter der Kanzlerschaft des weitsichtigen Helmut Schmidt tatsächlich gebauten Rhein-Main-Donau-Kanals (S.299) für den Mitte-Ost-Handel sowie über die Rolle der inzwischen als deutschstämmige Aussiedler bekannten (von Lafontaine und anderen lieber in ihren osteuropäischen Siedlungsgebieten belassenen) "Auslandsdeutschen" als Brückenköpfe des deutschen Kapitals in einem föderalistischen, folkloristisch ethnopluralistischen, aber ökonomisch übernationalen "Zwischeneuropa" (S.314). Wirsing beklagt im Stile der neofaschistischen Reeducation-Kritiker schon vor dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition den angeblichen Kulturimperialismus (S.239): "Der Besiegte wird immer leicht zur Adoption der Gedankenwelt des Siegers gezwungen werden können, und wir haben das in Deutschland gründlich getan (nach 1918, d.V.) ... So stellen wir uns selbst auf die Basis von Versailles und glauben, sie könnte einmal zum Frieden werden. Nichts hat sich als trügerischer erwiesen" (vgl. auch S.311; diese Argumentation kennen wir heute von den Nationalrevolutionären in der Friedensbewegung gegenüber "Jalta"). Schließlich wirft er ethnopluralistisch "die Frage der Minderheiten" und ihrer "Kulturautonomie" in "Zwischeneuropa" auf (S.309). Glotz wird 1989/1990 bei Wirsing bis in die Formulierung hinein abkupfern und ihn auch ausdrücklich zitieren - in der vorfaschistischen "Konservativen Revolution" finden wir also tatsächlich Quellen des heutigen SPD-Ostdranges.

Und auch die Generalpläne sind schon wieder vorhanden. SPD-MdB und Ex- Bundesminister Andreas von Bülow, also keineswegs eine Randfigur der Partei, legte bereits am 20. September 1989 (!) seinen Wirtschaftsplan für Ostmitteleuropa vor, der in militärischem Stakkato alles das enthielt, unter dessen sozialen Auswirkungen die Menschen Ostmitteleuropas und der ehemaligen DDR jetzt leiden: "Was müßte in und an den östlichen Volkswirtschaften umgestellt und verändert werden? ... Dieser (Kaufkraft-) Überhang (der dortigen Menschen, d.V.) muß durch eine Währungsreform vermindert und/oder auf Zeit durch Sperrung der Konten unschädlich (!) gemacht werden ... Erlaubt ist alles, was nicht ausdrücklich verboten ist. Umfassende Übernahme von westlichen Regelwerken zur Festsetzung der Rahmenbedingungen privaten Wirtschaftens erforderlich ... Bestimmte Regionen mögen mehr unternehmerische Begabungen hervorbringen als andere (!; vgl. die Konzepte des Ethnopluralismus und Multikult, d.V.). Gezielte Zuwendung zu diesen Regionen wie möglicherweise Armenien, Baltikum, Ukraine etc. (das sind die deutschen Kriegsziel-Regionen aus zwei Weltkriegen!, d.V.) ... Schaffung von Kooperationen zwischen westlichen und östlichen Unternehmen. Troubleshooterorganisationen mit Vollmacht zum Freischießen (!) dieser Unternehmen von bürokratischen Hemmnissen ... Niedriges Lohnniveau Ost mit Know How West ... Primitivabsicherung (!) des Wohnungsbedarfs für sozial Schwache (!) durch öffentliche Hand. Steigerungen im Wohnungsstandard nur noch privat" usw. (Hvh. d.V.).

National fürs heimische Kapital - auf EG-Ebene

Kurt Sontheimer hat in seinem Buch "Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik" (München 1962, zit. n. d. Ausgabe 1968), das die Studentenbewegung in ihrem Kampf gegen ihre Nazi-Eltern beflügelte, über Glotz' Kronzeugen Wirsing geschrieben: "Die 'großräumliche Völkerordnung' fand einen einflußreichen Anwalt im Tatkreis (eine von Wirsing geführte konservativ-revolutionären Gruppe der späten Weimarer Republik, d.V.), der die Idee einer mitteleuropäischen Führungsstellung des Reiches immer wieder betonte und zu einem der Hauptpunkte seines Programms erhob. Der junge Giselher Wirsing sprach zwar weniger vom Reich als von Zwischeneuropa oder Mitteleuropa, aber was er vortrug, war nichts anderes als eine Variation der Reichsidee in praktischer Anwendung auf eine gegebene politische und geographische Situation ... Er fand fast durchgehend, daß die politische und ökonomische Lage dieser Staaten (Mittel-Ost- Europas, d.V.) sowie das beunruhigende Problem der völkischen Minderheiten eine Art mitteleuropäischer Integration nahelegten, wobei Deutschland selbstverständlich die führende Macht sein sollte. Das Wirsingsche Programm war ein konkreter Versuch, politisch vom Westen loszukommen und den außenpolitischen wie den wirtschaftlichen Wirkraum des Reiches nach Osten zu öffnen." (S.234).

Kenner der faschistischen Ideologie durch seine Parallelen verblüffend, beschwört Glotz 1990 im "Europa-Archiv" ganz unsozialdemokratisch ein angeblich drohendes "strukturloses Chaos" in "Zwischen-Europa" nach dem Zusammenbruch des Staatensystems des Realsozialismus, "ein raum- und systemloses Durch- und Nebeneinander von soundso viel angeblich gleich souveränen Staaten" (S.41). Der Elitetheoretiker Glotz hat eine Chaos-Phobie, die aus der gesamten historischen und aktuellen faschistischen Ideologie bekannt ist. Bereits im "Vorwärts" Nr. 8/1989 schrieb Glotz über die angebliche Unberechenbarkeit und Unregierbarkeit der bundesrepublikanischen Gesellschaft: "Die sozialen Milieus schmelzen ab. Volk? ... Das Volk wird immer unsicherer, immer verschiedener, immer sprunghafter." Herrje!, es könnte sich am Ende gar noch selbst regieren wollen! Dann wäre es für die Kapitalinteressen eines neuen "Reiches" verloren. Im "Europa-Archiv" läßt Glotz die imperialistische Katze aus dem Sack: das "strukturlose Chaos" soll jetzt deutsch geordnet werden, und zwar deutlich mit dem Segen einer konservativ-revolutionär gewendeten Sozialdemokratie, keinesfalls antikapitalistisch (das war der Chef der Siemens-Stiftung und Ober-Konservative Revolutionär Armin Mohler ja wohl auch nicht!), sondern fürs deutsche Kapital. Wirtschaftlicher Wirkraum des Reiches im Osten. Glotz: man brauche einen "neuen europäischen 'Zusammenhang' - in geopolitischen Zeiten (das sind die Zeiten des SS-Sturmbannführers Wirsing!, d.V.) hätte man gesagt: eine Raumstruktur, heute bevorzugt man den Begriff 'Friedensordnung' - ..., aber dieser 'Zusammenhang' muß erst einmal zustande gebracht werden - und derzeit ist ja, nicht ohne Grund, eher die 'Auflösung' von Blöcken angesagt" (S.42), vor allem in Deutschland, das jetzt seinen eigenen, neuen Block schmiedet. "Prag, Budapest und Warschau sind europäische Städte. Das ist nicht nur eine - banale - geographische Feststellung, sondern die Formulierung eines Kulturanspruches" (S.47; Hvh. d.V.). Streng nationalrevolutionär gegen die Eine-Welt-Kultur gerichtet: "Die Vermischung des alten mit einem der neuen Kontinente ist geistig, geographisch und politisch Unsinn" (ebd.). Politisch redend, aber Ökonomie meinend: "Nur eine starke Europäische Gemeinschaft wird in der Lage sein, die politische Entwicklung in Ostmitteleuropa so zu stützen, daß Gesamteuropa überhaupt eine

mögliche Perspektive wird. ... Der Bundesrepublik Deutschland und der DDR kommen bei der Entwicklung eines gesamteuropäischen Zusammenhangs entscheidende Bedeutung zu." Schon Willy Brandt habe "präzise formuliert, daß die deutsche Frage eine europäische ist" (alles S.47-49). Ziel sei "ein europäischer Föderalismus der Völker mit ausgebauten Minderheiten- und Volksgruppenrechten und darüber überwölbende, übernationale, überterritoriale Strukturen und Bindungen, die es Europa (gemeint ist das europäische Kapital, d.V.) ermöglichen, im politischen und ökonomischen Kräftespiel der Weltpolitik weiterhin eine Rolle zu spielen" (S.45).

Allein die völkische Begrifflichkeit, in der der neue Neurechte Glotz neuerdings denkt, ist aufschlußreich für das Ziel, zu dem er die SPD drängen will: Er wendet sich implizit gegen "ethnische Vermischung" (!), nicht aus den rassistischen Gründen, die nach Auschwitz führten, sondern scheinheilig: weil diese "Vermischung" angeblich "die Fremdenangst (verstärkt), den Fremdenhaß und damit rechtspopulistische Bewegungen und Parteien", die man allerdings doch gar nicht mehr braucht, wenn die SPD erst nach dem Eichberg-Benoist-Schema gewendet ist. Glotz ist auch "gegen den verstandeskalten kosmopolitischen Modernismus", hier hat er bei seinem Vorbild Heller und allen romantizistischen Vorläufern des Faschismus abgekupfert. "Das ethnisch durchmischte (!; "durchrasst und durchmischt" wollte CSU-Stoiber 1989 sein Deutschland nicht sehen, d.V.) Ost- und Ostmitteleuropa" sei "mit dem Westeuropa der großen, spätestens im neunzehnten Jahrhundert durchgesetzten Staatsnationen überhaupt nicht zu vergleichen", es sei eine "Völkermischzone" (alles S.42), in der die Deutschen offensichtlich mal schleunigst Ordnung schaffen müssen. Die historischen faschistischen Ideologen nannten so etwas "Völkerchaos"; SS-Wirsing half ab 1938 mit, dies zu ordnen. Heute kann man auf "eine linke oder grüne Variante" des konservativ-revolutionären Ethnopluralismus, der sozio-kulturellen Apartheid, zurückgreifen, in dieser 1990er Hegemonialpolitik braucht man (vorläufig) keine SS mehr, vielleicht reicht eine deutsch geführte WEU-Befriedungstruppe mit Bundeswehrsoldaten "out of area".

Im März 1989, als "drüben" die Welt noch mehr in Ordnung war, hatte Peter Glotz in der taz bereits, wie die neofaschistischen Reeducation-Kritiker nach 1945, "die Erhaltung der europäischen Ausdrucksfähigkeit" gefordert und gegen "die nivellierende Massenkultur auf Weltniveau, ... die überall verkaufbaren Produkte von NBC" gewettert, ganz im Stile des Antiamerikanismus seit der völkischen Bewegung des letzten Jahrhunderts, auch Hermann Hellers und des nationalistischen Hofgeismarer Kreises, für deren Vorarbeiten die Nazis dann dankbar waren. 1990 beklagt sich Benoist in der nationalrevolutionären Zeitschrift "Europa vorn" auch wieder über "die amerikanische wirtschaftliche, kulturelle und medienmäßige Kolonisierung" (und schreibt wenig später selbst in der taz - dort braucht man jetzt nicht mehr schamhaft einen Glotz als Multiplikator). Von der Europa und Deutschland "überfremdenden" "Wodka-Cola-Kultur" des "Jalta-Systems" (vgl. die konservativ-revolutionäre und faschistische Agitation gegen "Versailles"!) hatte der Funktionär und Vordenker neofaschistischer Organisationen der 60er, 70er und 80er Jahre Henning Eichberg schon in seinem Buch "Nationale Identität" (1978) gesprochen, bevor er von den "Neue Gesellschaft"-Autoren Peter Brandt und Herbert Ammon als "Linker" aufgebaut wurde.

Glotz ist erfreulich offen, im Gegensatz zu "linken" und "grünen" nationalrevolutionären Demagogen aus der Friedensbewegung; so ließ er auch in der taz gleich dankenswerterweise die Katze des Kapitals aus dem ethnopluralistischen Sack des "Nationale Identität"-Gedusels: "Die europäische Linke, die in ihrer weltumspannenden Menschenliebe zuweilen harte ökonomische Konkurrenzprozesse als schmutzig betrachtet, muß sich überwinden ... Ein Europa der Regionen, das handlungsfähige übernationale Strukturen aufbaut, wäre unschlagbar. ... Keine dritte Weltmacht, aber verteidigungsfähig. Kein imperialer Anspruch, aber eine gewisse Attraktivität für die osteuropäischen Schwestern und Brüder." Fast wortgleich hatte dies Wirsing bereits 1932 geschrieben (S.237 ff) und später, vom Anhänger der "Konservativen Revolution" zum Nazi geworden, weniger rücksichtsvoll in die SS-brutale, wirkliche Tat umgesetzt. (Wirsings politischer Zirkel vor 1933 hieß nach der rechtsextremen Zeitung "Die Tat": "Tat-Kreis"). Anti-egalitär wird von Glotz der universalistische Anspruch der Linken als "weltumspannende Menschenliebe" lächerlich gemacht; das hätte Benoist nicht anders geschrieben. In Wirklichkeit geht es aber nicht um Menschenliebe, sondern um harte D-Mark, zu deren Interessen die Linke sich endlich überwinden müsse. "Nationale Identität" ist jetzt nur noch das Vehikel, die neurechte Ideologie ist bis aufs Fleisch des Kapitalismus, bis aufs Materielle, entkleidet. Nun wird gegen die "überfremdenden" Produkte der amerikanischen und ostasiatischen Wirtschaftsräume das "unschlagbare" Europa der Regionen (oder Vaterländer?) gestellt.

Schon die historischen Ideologen des Faschismus, wie z.B. H. St. Chamberlain, hatten sich verbal und theoretisch gegen jeden imperialen Anspruch ausgesprochen, weil er "ungermanisch" sei; die Waffen-SS wollte das ethnopluralistische "Europa der Vaterländer" mit Nazi- Terror erreichen, Deutschland am Ende lediglich als primus inter pares sehen; das Kapital nutzte diese Ideologie und Praxis und machte in den 30er und 40er Jahren das Seine daraus: den Versuch der Errichtung eines Imperiums "von Brest bis Brest-Litowsk" (Glotz-Vision) mit Hilfe des Faschismus. Man muß sich eben nur "überwinden"! Auch Glotz geht das antiimperiale Bekenntnis leicht von den Lippen, Edzard Reuter (SPD und Daimler- Benz) wird schon das Seinige draus machen. Daß die deutschsprachige Chefideologin des 80er-Jahre-"Thule-Seminars", Sigrid Hunke, bereits 1965 den antiquierten und durch die ökonomische Entwicklung der regionalen Märkte und des Weltmarktes überholte und hemmende Vorstellung vom national verfaßten, imperial ausstrahlenden "Reich" aufgegeben hatte, sei nur am Rande vermerkt; die Ideologie- Produzentin fürs Kapital hatte damals ein Buch veröffentlicht "Das Reich ist tot - Es lebe Europa", in dem sie - vor 1945 der SS verbunden - sich von der gescheiterten Herrenmenschen-Ideologie des Nazi-Rassismus distanziert und den "Raumgriff des Reiches in den Osten" (S.124) mit dem Rückgriff auf ein gewissermaßen ethnopluralistisch interpretiertes Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation des Mittelalters zu rechtfertigen versucht - ein historischer Bezug, den nun auch Glotz ("Europa-Archiv", Nr.2, 1990, S.45) antiimperial ins Spiel bringt. (Hunke wird heute in der taz positiv rezensiert.)

Rassistischer Multikult gegen soziale Interessen

Das Konzept der multikulturellen Gesellschaft wurde von der Juso-Mitgründung "SOS Rassismus - Tisch der Farben" (!) zu einem rassistischen Konzept verfälscht, das nicht mehr das politische Prinzip der Gleichheit der Menschen als Forderung nach gleichen BürgerInnen- und sozialen Rechten im Titel trägt, sondern durch den Bezug auf ein klassisch rassisches Merkmal, die unterschiedlichen Hautfarben nämlich, das neofaschistische "Recht auf Ungleichheit" der angeblich biologisch verankerten Kulturen in den Vordergrund stellt. Der "Hofgeismarer" Hermann Heller ist hier auferstanden gegen die "blutlose" Gleichheit des alt- und neurechten Erzfeindes Liberalismus.

Auf einem 1989 in Bonn veranstalteten Juso-"Werkstattgespräch Multikulturelle Gesellschaft" trug der in Antifa-Kreisen wegen nationalrevolutionärer Affinitäten bekannte Thomas Schmid (heute vornehmlich Autor in taz und Freitag) seine bei den neurechten Chefideologen Alain de Benoist und Henning Eichberg abgekupferten Vorstellungen zur "pluriethnischen Gesellschaft" vor, ein - zu deutsch - völkisches Konzept, das schon gar nicht mehr versucht, vom "Ethnopluralismus" der Neofaschisten wenigstens verbal Abstand zu halten. Schmid, dessen Beitrag auch wieder in Glotz's "Neuer Gesellschaft" (NG/FH Nr. 6/1989) abgedruckt wurde, sang zur regionalistischen Melodie das alte völkische Loblied auf den muffigen Provinzialismus: "multikulturell" müßten auch die Deutschen selbst werden, und zwar in einem "Gewirr von Sonderwegen" auf Stammesebene, dem alten Konzept der völkischen Bewegung, jetzt ethnopluralistisch aufgemotzt: "'Provinzielle Lebensstile' gelten der Linken nicht viel", kritisiert er, "das ist selbstgerecht und dumm." Auch die AntifaschistInnen seien "selbstgerecht" und - das kennen wir auch schon von Alain de Benoist (vgl. seinen Beitrag in Krebs 1988) - die eigentlichen Rassisten wegen ihrer Mißachtung des Völkischen, das sich auch im "deutschen Beitrag" zur multikulturellen Gesellschaft zeige: der traditionsbewußte "Hinterwäldler", so Schmid, solle endlich wieder zu seinem Recht kommen, statt Opfer der "kulturellen Vernichtungskraft" der modernen, amerikanisierten Metropolen zu werden. Zwar wollen die Menschen in den Dörfern auch Gesamtschulen, damit ihre Kinder nicht zu Dorfdeppen werden, aber die "Berliner Seilschaft" hat sich ja bereits seit langem aus der konkreten Sozialpolitik (im weitesten Sinne) verabschiedet. Es geht ihr um den ideologischen Kleister, der die Dorfdeppen nicht merken läßt, daß sie sozial benachteiligt sein und wer an ihrer Benachteiligung die harte D- Mark verdient. Schmid, einer der eifrigsten Schüler der "Neuen Rechten" innerhalb der Neuen Sozialen Bewegungen, plappert Benoists "La droit de la différence", das Recht auf Ungleichheit, nach: "Wir lieben Unterscheidungen. Und weil wir Unterscheidungen, die der Motor der Vielfalt sind, lieben, brauchen wir Grenzen" - und zwar am besten mindestens die von 1937, ist man versucht, polemisch hinzuzufügen, denn im heutigen Schlesien leben ja tatsächlich noch viele Deutsche, die polonisiert werden. Die "ethnische Einheit" (Glotz) der Schlesier geht hier unter, "wir brauchen (aber) keinen europäischen Einheitsbrei", so Glotz schon in der taz (21.3.1989). Statt den auf der Gleichheit der Menschen basierenden allgemeingültigen Prinzipien, wie den auch von der "Neuen Rechten" abgelehnten Menschenrechten (vgl. Benoist in Krebs 1988), werden die Prinzipien der Verschiedenheit betont: rassistisch als "Tisch der (Haut-) Farben", kulturell bei Schmid: "Das

Fremde muß das Recht haben, fremd zu bleiben". Von sozialer Gleichheit ist hier nicht mehr die Rede, nur noch von kultureller Verschiedenheit.

Die Auswirkungen dessen liegen auf der Hand: Während Schmid in Berlin oder Glotz in München den sofortigen Zugang zu allen neuen Kinofilmen haben, Universitäten gleich mehrfach, Technische und Kunst-Hochschulen usw., Gesamtschulen, Ärztehäuser, Bibliotheken bis hin zur Deutschen Staatsbibliothek, Museen, Kneipen und auch viele Puffs ihnen potentiell offenstehen, soll der wieder zu Ehren gekommene "Hinterwäldler" auch noch stolz darauf sein, daß die Entbehrung all dessen seiner regionalen "Identität" entspreche. Nun mag man auf der Alm, wo es ja bekanntlich koa Sünd net gibt, auf die eine oder andere Metropolen-Attraktion freiwillig verzichten wollen. Wer aber keine weiterführende Schule im Ort hat, und der "Hinterwäldler" hat dies eben nicht, der ("die" schon mal sowieso) bekommt die schlechteren Jobs, das kleinere Einkommen usw. Die Linke wußte eben schon genau, aus welchen sozialen, materiellen Gründen sie bisher das Hinterwäldlertum bekämpft hat. (Und außerdem: Wir lieben Madonna mehr als Marschmusik!)

Im Mai 1990 schreibt Schmid dann in der NG/FH, die Konsequenz aus dem Lob der Ungleichheit und des Hinterweltlertums ziehend, es sei inzwischen "der schlüssige Beweis erbracht, daß sich Sozialismus - der nur ein anderes Wort für das Projekt der schleichenden und abrupten Verstaatlichung der Gesellschaft ist - mit Freiheit, Demokratie und auch Gerechtigkeit nicht verträgt" (S.403 f) - der Abschied der SPD-Theoriezeitschrift von ihren Wurzeln in der ArbeiterInnenbewegung beginnt, überdeutlich zu werden.

"Pluriethnische Gesellschaft" als soziale Benachteiligung - das gefällt allerdings auch dem Kapital: Reagonomics und Thatcherismus z.B. haben bereits die Schul- und Bildungspolitik ihrer Länder weitgehend ruiniert, weil Steuergelder in private Kapitaltaschen und High Tech- Konkurrenz-Entwicklungen umgeleitet wurden, statt sie im öffentlichen Bildungssektor auszugeben. Der Analphabetismus steigt in Großbritannien und den USA. Macht ja nichts, wenn die Zwei- Klassen-Bildung mit Stadt-Land-Gefälle (demnächst auch West-Ost, und zwar in europäischer Dimension) jeweils mit "nationaler" oder "regionaler Identität" gerechtfertigt werden kann.

Einer der Erfinder des Konzepts der "nationalen Identität", Henning Eichberg, scheint inzwischen innerhalb der SPD seinen größten Einfluß zu haben. Im "Lexikon des Sozialismus", u.a. von der SPD-Partei-Historikerin Susanne Miller, dem Leiter einer Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung Thomas Meyer und dem Leiter des Büros von Willy Brandt, Karl-Heinz Klär, herausgegeben und 1986 im DGB-eigenen Bund- Verlag erschienen, schreibt auch Eichberg. Osteuropa bietet demnächst ein breites Anwendungsfeld für diese neofaschistische Ideologie, nachdem das egalitäre Schulsystem des Kommunismus glücklich abgeschafft ist: dann gehört es eben wieder zur "nationalen Identität" der Kinder Galiziens (das wissen wir ja noch aus den 40er Jahren!), agrarisch, arm, verdreckt, sozial deklassiert zu sein. Zur Durchsetzung monetaristischer, "deregulierender" Politik des Sozialabbaus und des Profitaufbaus und zur Prophylaxe gegen soziale Unruhen braucht man - so die Idee dieses Multikult-Konzepts - keine SS oder ähnliches mehr, wie noch in Chile oder der Türkei; es soll die "nationale Identität" ausreichen, die ja auch weniger Aufhebens bei Amnesty International macht.

Der angestrebte Völker-Zoo des Ethnopluralismus mit seinen Reservaten für "ethnische Minderheiten" bedeutet für diese Menschen: Homogenisierung ihres Lebens nach innen, Isolierung nicht nur von den Errungenschaften moderner zivilisierter Gesellschaften. Dadurch erst, nicht durch die Teilhabe an den universellen Errungenschaften, tritt die Verarmung ein, geistig, kulturell, materiell. Das Multikult-Konzept, das sich gegen eine angebliche Verarmung durch "Gleichmacherei" wendet, bedeutet für die von ihm betroffenen Zoo-Bevölkerungen (nicht für Glotz in München oder Schmid in Berlin) geringere Lebenschancen in den real existierenden ökonomischen Großräumen.

Die Jusos beim "Werkstattgespräch" verstanden die Kritik an Schmids Kolonialismus nach innen nicht, der ehemalige stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Mathias Kollatz meinte sogar, die Jusos seien es doch selbst gewesen, die dafür eingetreten seien, daß man/frau im Schulunterricht Dialekt sprechen dürfe, was denn daran rechts sei - mit der von ihm nicht bedachten Konsequenz, daß ein niederbayrisches Kind dem Flensburger Schulunterricht nicht mehr folgen kann, wenn sein Vater überhaupt, aus der Arbeitslosigkeit des bayrischen Waldes kommend, dort eine Arbeit gefunden hätte. Für die SPD-Jungkonservativen muß dann eben als Ersatz für das unerreichbare bessere Einkommen das kulturelle Lob der "kleineren sprachlichen Einheiten" (Glotz in NG/FH 1/90, S.42) herhalten.

Die Armut der "Dritten Welt" als "kulturelle Identität"

Das kapitalfreundliche neurechte Konzept der "nationalen Identität" findet bereits vehemente Anwendung auf die "Dritte Welt", wo Menschen die selbstverständliche Teilhabe am Wohlstand einfordern (ausreichende Ernährung, Einwegspritzen, Bildung, Unterhaltung, Walkman, CD-Player, Kühlschrank - dachtet Ihr wirklich, das alles sei vom lieben Gott oder von wem auch immer nur für den Norden reserviert?). "Euer Brecht gehört mir genauso wie euch", forderte Kole Omotoso aus Nigeria bei den "Internationalen Literaturtagen 1988" in Nürnberg (die feder Nr.10/88, S. 35). Hier war der Drang der Drittwelt-Intellektuellen nach Kommunikation und Teilhabe statt nach kultureller Apartheid der vermeintlichen "nationalen Identitäten", und das bedeutet Armuts-Reservate, deutlich geworden. Der Wohlstand ist nur bei entsprechender Entwicklung möglich, das bedeutet größere Weltmarktkonkurrenz aus der "Dritten Welt" und Einbußen für das Kapital des Nordens. Schwatzt man Afrika und Asien eine agrarische "nationale Identität" in "glücklicher" Armut auf, zu der auch die großen Seuchen - auf Madagaskar ist kürzlich die Pest wieder aufgetreten - selbstverständlich gehören (die FAZ äußerte sich derart am 15.8.1990 in einem unverschämten Herrenrassen-Artikel, ökologisch verbrämt: die "Dritte Welt" müsse mit Rücksicht auf die Natur "Verzicht" üben), dann tritt die lästige Konkurrenz für den Norden erst mal nicht auf. Das rechte Konzept kommt zur rechten Zeit: in Afrika hat sich die Lage der Menschen im letzten Jahrzehnt dramatisch verschlechtert, 85% leben unter der Armutsgrenze, AIDS gehört dort zum Alltag der Sexualität, zur sozialen Wirklichkeit - die nun nur noch als "Identität" romantisiert zu werden braucht. Eine Besserung der Weltmarktkonditionen für die "Dritte Welt" ist nicht in Sicht, seit dem Ölpreis-Anstieg und Dollar-Verfall: im Gegenteil !, und der RgW als Silberstreif am Horizont der 70er und 80er Jahre ist nicht mehr.

Die neofaschistischen Ideologen wissen Rat: High Tech entspricht der europäischen Identität (Krebs 1988), die Neger können dafür besser tanzen. SPD- MdB Ingo Hauchler, ein entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und als BUND-Mitglied auch ökologisch engagiert, hatte in der SPD-Theoriezeitschrift "Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" Nr. 11/1988 dieselbe Lösung der "Neuen Rechten" parat, die die FAZ predigt: "Medien spannen über Grenzen hinweg ein Netz von Ansprüchen und Leitbildern", so Hauchler, und das sei schlecht. Es müßten zur Eindämmung der ökologisch angeblich unverantwortbaren Ansprüche der "Dritten Welt" "grenzübergreifende Strategien entwickelt werden, ... um nationale Entscheidungen im Blick auf übergeordnete gemeinsame Interessen zu disziplinieren", weil sich die Neger ansonsten nehmen, was sie haben möchten, so wie wir es ja auch von der ArbeiterInnenbewegung her kennen. Es sei jedoch nach dem Zerfall der "Pax Britannica" und der "Pax Americana" "kein neues internationales Ordnungszentrum sichtbar" - da kommt ja "Zwischeneuropa" gerade recht! Die "Multikooperativität geographischer Großräume" in "12 oder 15 Weltregionen" (auch ein Konzept, das bei den Nazis bereits als "Großwirtschaftsräume" zur Nazi-Neuordnung der Welt angestrebt wurde) könne "die ökonomischen Vorteile der internationalen Arbeitsteilung erhalten". Hauchlers "Vorteile" sind ethnopluralistische; sein Vorschlag: "Innerhalb sozial-kulturell relativ homogener Regionen könnte ein eigenständiger und umfassender Begriff des Fortschritts formuliert und die Inhalte und Zeithorizonte von Entwicklung differenzierter bestimmt werden, als dies global je möglich sein wird. Die Illusion global einheitlicher Entwicklung würde abgelöst durch die reale Chance, daß jede Region ihre spezifische Vorstellung von Wohlstand, Arbeit und Leben verwirklichen und sich selbst behaupten kann." (Zit. n. d. Wiederabdruck in: Stiftung Entwicklung und Frieden, "Gemeinsam überleben", Bonn 1988; Hvh. d.V.). Dem Neger steht eben auf dieser Welt kein Walkman zu, weil er ja in seiner "sozial-kulturell relativ homogenen Region" Buschtrommeln hat, das wissen auch Eichberg oder Benoist. Den Kindern der Abgeordneten des Nordens stehen dagegen sogar CD-Player zusätzlich zum Walkman zu, denn High Tech gehört ja zu ihrer "nationalen Identität" - haben denn schließlich die Neger oder die Weißen die Technik erfunden?! Pierre Krebs vom "Thule-Seminar" empfiehlt in dem Buch "Mut zur Identität. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit" (1988), das die Techno-Wissenschaft zum Teil der europäischen "nationalen Identität" erklärt (s.o.), Henning Eichbergs Aufsatz "Ethnopluralismus. Eine Kritik des naiven Ethnozentrismus und der Entwicklungshilfe" von 1973. Diese Parallele erstaunt nun nicht mehr.

Wo der Neger trotzdem uneinsichtig bleibt, muß der Weiße eben "disziplinieren", wie Hauchler meint - ein einfaches, sehr bekanntes Konzept des Kolonialismus, diesmal jungkonservativ-sozialdemokratisch verbrämt. Mal abwarten, was sich diese Ideologen einfallen lassen, wenn sich die "Dritte Welt" nicht so einfach "disziplinieren" läßt, sondern ihren Anteil am Kuchen erkämpft, wie es die ArbeiterInnenbewegung des Nordens getan hat - bis sie mit dem historischen Faschismus "diszipliniert" wurde!

Keine jungkonservativen Einzelfälle

Glotz oder Hauchler, Fichter oder Schweisfurth sind keine Einzelfälle in der SPD mehr. Der Ethnopluralismus der "Neuen Rechten" ist in dieser Partei inzwischen weit verbreitet. Am 11.3.1989 druckte der "Vorwärts" einen ausländerfeindlichen, ethnopluralistischen Artikel der WDR-Journalistin Carmen Thomas: "Meine Fremdenangst". Statt rational, links und politisch zu den Ausländern bei uns Stellung zu nehmen, ließ sie ihrem Haß und ihrer Emotion freien Lauf: "Tatsächlich. Eine Kolonie sind wir. Motto: Cola war gut, Jeans waren gut". Dagegen stehe die leider "impotente EG-Politik". "So. Und nun - nach alledem - nach den Nazis (die offenbar als Außerirdische verstanden werden, d.V.), den Brüdern und Schwestern, den Europäern, der Amerikanisierung, nun auch noch mehr und mehr Ausländer und Ausländerinnen." Carmen Thomas will sich mal richtig national auskotzen, der "Vorwärts" druckt es. "Ich will nicht Menschen integrieren, die meine Vorstellung vom Frausein um tausend Jahre zurückwerfen". Man habe "die 'Shops' und 'Fastfood' und die 'Martinizings' und das Fremde dicke". Ausländer nähmen Arbeitsplätze weg ("Ist ja was dran"), "sie verderben die Preise"

, denn: "Es kann kein Zweifel bestehen, daß sie einen Teil der gewerkschaftlichen Arbeit - ohne böse Absicht und sozusagen unverschuldet - unterminiert haben und Errungenschaften von hundert Jahren Arbeitskampf in Frage stellen helfen". Carmen Thomas bekennt im "Vorwärts": Sie habe selbst schon Radiosendungen gemacht über ausländische "Kinder, über deren Zerrissenheit zwischen zwei Kulturen ... Ein Heer von seelisch Beschädigten" - die AusländerInnen müssen raus, schon um ihrer eigenen "Identität" willen. Das ist schon die Argumentation der Neofaschisten: die FAP hat einen Aufkleber "Deutscher, sei stolz, eine Deutscher zu sein; Türke, sei stolz, ein Türke zu sein. Deshalb gemeinsam gegen Rassenmischung und Kommunismus"; der NPD-Hochschulverband warb mit einem Schwarz-Weiß-Apartheid-Plakat "Nationalismus aus Liebe zur Vielfalt von Völkern und Kulturen". An dieser Vielfalt können sich dann die Reichen aus dem Norden während ihrer Urlaubsreise erfreuen, denn Armut (der Anderen!) hat ja was Romantisches! Auch im Antisemitismus gab es Strömungen, die die europäischen Juden um ihrer jüdischen Identität willen aus einem "nichtjüdischen" Europa vertreiben wollten.

Die SPD ging in den letzten Europawahlkampf mit dem Argument des amerikanischen Kulturimperialismus, gegen den sich die EG wehren müsse. Ihr Spitzenkandidat Gerd Walter, jetzt auserkoren als "europapolitischer Berater" des designierten SPD-Vorsitzenden Björn Engholm, schrieb am 28.3.1989 im SPD-Pressedienst: "In den nächsten Jahren fällt die Entscheidung über das künftige Gesicht der Europäer in der Welt: Werden wir selbst bestimmen? (!; Hvh. d.V.) Oder werden in Zukunft die Japaner alle Fernseher bauen, die Amerikaner alle Programme dafür liefern und die Europäer nur noch als Zuschauer vor den Geräten sitzen?" (Hvh. d. V.). Da hätte man gleich Alain de Benoist, oder seinen Populisten Le Pen, wählen können oder Eichberg und seinen Populisten Schönhuber, für beide setzte sich die nationalrevolutionäre Zeitschrift "wir selbst" ein. Daß aber Siemens-Kaske, VW-Hahn oder Daimler-Benz-MBB-Reuter nicht "wir selbst" sind, sondern die Deregulierer, die Sozialabbau-Gewinnler im europäischen Maßstab, das verschwieg Walter lieber, weil das nationale statt des sozialen "Wir" angesagt war. Das soziale "Wir" hätte deutlich gemacht, daß dazu Kaske, Hahn oder Reuter eben nicht zählen.

Statt klarer politischer Aussagen zugunsten der Deregulierungsopfer nutzten die Profi-PR-Strategen im SPD-Europawahlkampf 1989 für ihr "Wir sind Europa" dann aber doch die Video-Clip-Welle im doch sonst so verteufelten amerikanischen NBC- oder C&A-Werbestil - "nationale Identität" hin oder her, wenn es um die Wurst geht, geht man dann doch lieber auf die Nummer Sicher der bewährten "nivellierenden Massenkultur"! So zeigt sich, was die Ideologen von ihrem eigenen Kleister halten. (Auch die historische völkische Bewegung mit ihrem antiquierten Romantizismus zog schließlich gegenüber der Modernisierung der Gesellschaft durch die Nazis den Kürzeren.) In ihrem Werbematerial "Europapolitik: Kulturpolitik" wandte sich die SPD-Gruppe des EP dann gegen "den großen 'Ausverkauf' unserer eigenen, unverwechselbaren, in Jahrhunderten gewachsenen regionalen und nationalen kulturellen Eigen-Arten"; es gehe darum, "unsere kulturelle Vielfalt zu behaupten", um die "Förderung der europäischen audiovisuellen Industrie" von Siemens-Kaske und Siemens-Mohler bis Springer und Kirch und um eine neue Bestimmung der Aufgaben der Presse: nicht mehr Information, sondern Ideologie: "Rundfunk hat auf der europäischen Ebene die Aufgabe, die kulturelle Identität und Vielfalt Europas und seiner Staaten zu bewahren, zu fördern und für die Bürger und Bürgerinnen erfahrbar zu machen ... Ein Europa der kulturellen Vielfalt darf nicht Verschiedenheiten nivellieren ... (Dazu) müssen wir insgesamt die Kenntnisse des Kultur- Europas, über Eigenarten und Unterschiede der Regionen verbessern" -

Schlesien bleibt eben doch unser, und die Schlesische Landsmannschaft will schon eine Abstimmung über ihre "Heimat" als staatenloses, zukunftsweisendes "europäisches Gebiet". Von der groß angekündigten europäischen Sozialcharta, die zu Gunsten der Menschen die "Unterschiede" im Rechtlichen und Sozialen ja gerade beseitigen soll, ist weit und breit nichts Befriedigendes zu sehen. Wie auch, ein SPD-Reuter hat hieran kein gesteigertes Interesse, wohl aber daran, daß die PortugiesInnen und BulgarInnen ihre Unterentwicklung als "Identität" noch eine Zeitlang akzeptieren. Die Kultur der Massen, täglich hunderttausendfach in Kinos, auf Freien Bühnen, in Discos und in Probekellern von Amateur-Rock-Bands gepflegt, wurde aus einer elitär-antidemokratischen Haltung heraus diffamiert; für die eigenen Kinder der MdEP's und anderer, die es sich leisten können, forderte die SPD-EP-Gruppe aber "die Errichtung einer Jugendoper" auf europäischer Ebene (also vielleicht noch für die EG-Beamtenkinder in Brüssel oder Straßburg) - das war schon die einzige konkrete kulturpolitische Forderung in diesem SPD-Papier "Europapolitik: Kulturpolitik" -- abgesehen von der Forderung nach Errichtung eines "EG-Instituts für Osteuropa-Studien" (!).

38. Historikerstreit Teil II: Von der "Kulturnation" zur "alten Reichs-Figur"

Rubrik: Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:15

Parallel zum politischen Anschluß der DDR, der Zerschlagung der ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen der DDR, wurde auf der Ebene der Ideologieplanung das Konzept debattiert über das die nun wieder als Staat vereinigte Nation zur Räson gebracht werden soll. Der Artikel untersucht die Verlaufsform dieser Debatte im Prozeß der "Wiedervereinigung".

Seit Januar 1990 zeichnen sich drei Phasen ab:

* Den Einstieg in die Debatte lieferte die "Kulturnation".

* Ungefähr zeitgleich mit der Volkskammerwahl im März und dem Sieg der "Allianz für Deutschland" begann die ideologische Ausrichtung auf den Nationalstaat.

* Seit Juli, dem Abschluß der deutsch-sowjetischen Verhandlungen setzte die verstärkte, offensive Propagierung eines neuen Nationalismus ein. In allen Phasen wurde die Diskussion von einer massiven, fortgesetzten Entschuldung der deutschen Vergangenheit begleitet.

Die gesamte Auseinandersetzung kann als Fortsetzung des Historikerstreits von 1986/87 gelten. (siehe hierzu: AK 317, S.36/37) Wieder waren es insbesondere die Feuilletons von FAZ und ZEIT, die den Diskurs organisierten. Aber auch der MERKUR, "Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken" und, wie Peter Glotz anerkennend wirbt, "das hochintelligente Forum einer neuen nationalistischen Intelligenzia" war dabei. (SZ 6./7.10.90) Zu Wort gemeldet haben sich viele der Protagonisten, die sich schon 1986/87 im "Historikerstreit" gegenüberstanden: Stürmer, Nipperdey, Nolte, Christian Meier auf der einen, Habermas und Wehler auf der anderen Seite.

Angeknüpft wurde von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung diesmal dort, wo auch schon 1945 angeknüpft wurde, um den Kontinuitätsbruch nicht allzu tief gehen zu lassen; bei der Kulturnation der Deutschen als Dichter und Denker.

I. Die Kulturnation: Rassismus im Schafskostüm

Die "Kulturnation" hätte eigentlich den Ansatz für einen nationalen Konsens bis einschließlich Günter Grass liefern können. Grass fiel nur aus zwei Gründen heraus: weil er die Kulturnation strikt an die konföderative Zweistaatlichkeit band und kein "positive-thinking" verspürte, sondern eher in unguter Erinnerung an Auschwitz rührte. Beides, die Preisgabe jeder Eigenständigkeit der DDR und das deutsche Glücksempfinden, waren jedoch Voraussetzung für die Aufnahme in den nationalen Konsens.

Statt Grass holte sich die FAZ als einen der ersten Zeugen der Kulturnation den Ost-Berliner Schriftsteller Günter de Bruyn. Der erfüllte die Bedingungen ideal. "Nationalpark DDR?", spottete er. - Nein danke! Alles Positive in der DDR wurde zum "Mythos" erklärt. Ansonsten schreckte der von der DDR Verschreckte vor nichts zurück. Für ihn stand fest: "Wer von Kulturnation redet, braucht sich vom ersten deutschen Nationalstaat, dem Bismarck-Reich, das allen Einheitsgegnern der letzten Zeit als abschreckendes Beispiel diente, nicht schrecken lassen; denn das Reich (!), das er meint, reichte viel weiter, vielleicht bis zu Luther, ganz deutlich aber in die Zeiten der Aufklärung zurück." (FAZ, 3.2.90)

Als einer der Nächsten in der Debatte antwortete SPD-Vordenker Peter Glotz auf einen Beitrag von Karl-Heinz Bohrer, in dem dieser argumentiert hatte, warum "wir wieder eine Nation werden sollen". (FAZ, 13.1.90) Das reichte Glotz nicht und so begründete er, "warum wir eine Nation sind". Ihm bliebe unerfindlich, wie Bohrers' Argumentation sich "zu der These verdichten" könne, die Deutschen seien keine Nation. "Sie sind keine Staatsnation, sie haben es (fast) nie zu einem einheitlichen Nationalstaat gebracht. Aber eine Kulturnation sind sie selbstverständlich und werden es bleiben." (FAZ, 9.2.90) Das war der gemeinsame Nenner. Mehr wollte die FAZ damals gar nicht von Glotz. Das aber war, was auch er festgehalten haben wollte.

Daß auch historisch bewußt kritische, politische Menschen wie Günter Grass auf die Kulturnation rekurrieren, resultiert daraus, daß sie diese ideologisch in einen Widerspruch zum Nationalstaat setzen. Gegen den

Nationalstaat als Machtstaat, so ihre Argumentation, verkörpere die Kulturnation die zivile bürgerliche Tradition und den zivilgesellschaftlichen Fortschritt.

Historisch hatte gerade der Begriff Kulturnation niemals diesen Nimbus des Zivilen, sondern stand immer im Widerstreit mit einem zivilgesellschaftlichen, politisch bestimmten Nationenbegriff. Indem er die deutsche Nation als, durch die deutsche Sprache gestiftete, Kulturgemeinschaft definierte, stellte er immer die jeweils politisch gesetzten Grenzen in Frage. Kulturnation hatte immer einen latent annexionistischen, auf Anschluß tendierenden Gehalt.

Im 18. Jahrhundert galt der Begriff schlicht als Substitut für das "Reich", das politisch in selbständige Territorialstaaten zerfallen war. Auch im Kaiserreich behielt er diesen Deutungsgehalt. Zum Reich deutscher Kulturnation gehörten über das Kaiserreich hinaus auch Wien, Prag, Zürich und Basel. Als nach dem 1. Weltkrieg in Österreich mit dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie die bestehende Legitimationsbasis für eine eigenständige politische Nation zerfiel, wurde die Kulturnation zum Identifikationspol für Anschlußbestrebungen ans Deutsche Reich. Mit dem Zerfall des Kaiserreichs erfuhr der Begriff Kulturnation schließlich eine politische Aufladung in direkter Komplementarität zum völkischen Nationbegriff. (1) Die Einigung des Reichs der deutschen Kulturnation wurde mit Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Nazi-Großdeutschland zum völkisch zugespitzten Programm. Auch damals waren die Deutschen nur ganz einfach von Freude erfüllt, die glücklichste Nation der Welt. Diese historische Kontinuität einer Komplementarität der Begriffe "Kultur" und "Volk" in Abgrenzung zum politisch bestimmten Nationbegriff setzt sich im BRD-Rekurs auf die Kulturnation fort. Ob vor der Vereinigung, als Kategorie für die sogenannte fortbestehende Einheit einer Nation in zwei Staaten, oder jetzt als Bestimmungsgrund für die Vereinigung beider Staaten zu einer Nation - das so geprägte nationale Bewußtsein ist - wie zivilisiert es sich dem Anschein nach auch gibt - immer rassistisch.

In der internationalen Diskussion zu Nationalismus, Rassismus und Sexismus ist dieser rassistische Kern des Kulturnationalismus theoretisch herausgearbeitet worden. Als Bestimmungsgrund für die Nation ist Kultur, so Etienne Balibar in seiner Analyse zu "Rassismus und Nationalismus", letztlich nur ein Substitutionsbegriff für Rasse. Kultur ist im theoretischen Rassismus der Begriff, der die "Innerlichkeit der Rasse" fasse. Kultur als auch Rasse begründeten die Nation nicht politisch, sondern aus imaginierten "Wesenheiten". Diese Vorstellung einer sich aus gemeinsamer Kultur begründenden Nation fuße bildhaft auf der Vorstellung einer "Quelle, aus der Nation fortwährend hervorgeht". Daraus wachse die Vorstellung eines gemeinsamen "Konzentrat von Qualität, die den Staatsangehörigen ‚wesenseigen` sind". Das aber seien die gleichen Bausteine auf denen auch der biologistisch-rassistische Nationalismus sich gründe. Nach Balibar steht so auch hinter dem Begriff Kulturnation letztlich "die Rasse, die sie zu ihrem inneren Bezugspunkt machen muß". (2)

Der Einstieg in die Debatte für einen neuen deutschen Nationalismus über den Begriff der Kulturnation ermöglichte so einen geradezu atemberaubenden Spagat. Einerseits konnte über den Nimbus des Zivilen der nationale Konsens geschmiedet werden. Andererseits waren mit diesem Begriff die Weichen für die weitere Debatte klar gestellt. Die kulturrassistische Substanz führte logisch nur zum Nationalstaat, zum Reich und zum völkischen Nationbegriff.

II: Nationalstaat oder "Zivile Gesellschaft"?

Mit der Volkskammerwahl vom 18. März, die der "Allianz für Deutschland" mit 48 Prozent einen erdrutschartigen Sieg brachte, forcierte die FAZ die Debatte und ging von der konsensual verankerten Kulturnation zur offensiven Propagierung des Nationalstaates über. Damit eröffnete sie die Kontroverse des "Historikerstreits" von 1986/87 um die ideologische Ausrichtung der Nation auf "zivile Gesellschaft" oder Nationalstaat neu. Wieder standen sich als die zentralen Kontrahenten gegenüber: Michael Stürmer, Kanzlerberater in historischen Fragen und Stunden, sowie Direktor des "Forschungsinstituts für internationale Politik und Sicherheit" in Ebenhausen, dem "Think-Tank" der Bundesregierung. Und Jürgen Habermas, das philosophische Gewissen der bundesrepublikanischen Nachkriegsintellektuellen sozialdemokratischer Provenienz.

Stürmer, oder der Deutsche ohne Unterleib

Bereits am 14. März, als die "Allianz für Deutschland" in Meinungsumfragen erstmals an der SPD vorbeizog, öffnete die FAZ die Spalten ihres Leitkommentars für Michael Stürmer. Der nahm, wie schon 1986, Rekurs auf das Bismarck- Reich. Mit der Vereinigung Deutschlands werde "das Erbe Bismarks" erneut angetreten. Der Geschichtswissenschaft komme die Aufgabe zu, "aus Aufstieg und Fall des Bismarckreiches ein aneignungsfähiges Kapitel europäischer Geschichte" zu machen. Die Frage sei jetzt: "Was von Bismarcks Werk und Wirken hat die Krisen und Katastrophen des 20. Jahrhunderts überdauert?" In seiner Bilanzierung der außen- und innenpolitischen Situation am Ende der Bismarck-Ära skizziert er, wie er sich ein "aneignungsfähiges" Erschließen der Vergangenheit vorstellt.

Der sich ab 1890 neu steigernde Aggressionskurs des wilhelminischen Deutschland wäre nur eine Reaktion auf die außenpolitische Konstellation am Ende der Bismarck-Ära gewesen. Nicht Deutschland, sondern "Rußland verbündet mit Frankreich (waren) beide zusammen auf dem Weg zur militärischen Revision der europäischen Landkarte." Deutschland hatte demnach den 1. Weltkrieg nicht vom Zaun gebrochen, sondern war das Opfer seiner geopolitischen Lage in der Mitte Europas. Sein Fazit für heute: Da die geopolitische europäische Konstellation derzeit eine andere sei, bestehe keine Gefahr. Und in der Tat: der Griff zur Weltmacht ist heute ganz anders auf Erfolg angelegt, übersteigerte Aggressivität wäre nur kontraproduktiv; die Sowjetunion liegt diesmal ökonomisch und vertraglich an der Leine Deutschlands und dieses hat in Europa das Sagen.

Innenpolitisch war es für Stürmer nicht der Autoritarismus Bismarckscher Staatsführung, der "falsch angelegt" war, sondern das Scheitern dieses Autoritarismus. Nicht der Machtfülle, die sich in Deutschland über das feudalaristokratisch angepaßte Duckmäusertum des deutschen Bürgertums breit machen konnte, sondern der "Machtferne des Bürgertums" galt die Kritik. Nicht das Sozialistengesetz war falsch, sondern "das Scheitern des Sozialistengesetzes". (FAZ, 14.3.90)

Das Problem für Stürmer war und ist also nicht der Autoritarismus, sondern daß dieser Autoritarismus im Bismarck- Reich herrschaftstechnisch erst rudimentär ausgeprägt war. Auch hier sind die Startbedingungen für den neuen deutschen Nationalstaat in der Tat weit günstiger. Zwölf Jahre Faschismus hatten ein Klassenkampfpotential in Deutschland politisch fast vollständig ausgeschaltet. Die im Faschismus zur Mordmaschine neuer Qualität geformte Volksgemeinschaft wurde in der Bundesrepublik - über 40 Jahre unkritisiert - sozialpartnerschaftlich modernisiert. Und es steht ein technologisch hochgerüsteter und ideologisch ausgefeilter Repressions- und Manipulationsapparat zur Verfügung, der alles bisher dagewesene in der deutschen Geschichte in den Schatten stellt.

Viel direkter als über Stürmers sorgsam austariertes, geopolitisches Gedankenkonstrukt, stellte sich die Sache für den FAZ-Redakteur Eckhard Fuhr dar. Für ihn beantwortete sich "die Alternative Nationalstaat oder zivile Gesellschaft" einfach verklemmt sexistisch. Wer die Deutschen nicht, wie die anderen europäischen Völker auch, nationalstaatlich nach Europa gehen lassen wolle, ließe diese nur "als Europäer ohne Unterleib" gelten. (FAZ, 17.5.90) Michael Stürmer hatte bereits im Herbst letzten Jahres einen Verzicht auf den nationalen und forcierten Alleingang in der Wiedervereinigung als "Impotenz" charakterisiert. Das Empfinden von Potenz über nationale Bestätigung ist also nichts Neues. Und es ist auch theoretisch nur logisch. Nationalismus konstituiert sich über Rassismus und dieser setzt immer Sexismus voraus.

Habermas und der westliche Normaltyp

Am 30. März meldete sich Jürgen Habermas zu Wort. Mit dem Konzept der zivilen Gesellschaft hatte er als Alternative zum Nationalstaat die "Identifizierung mit den Grundsätzen und den Institutionen unserer Verfassung" gesetzt. Statt der Neukonstituierung des Nationalstaats sei erstmal zivilgesellschaftlich die "Konstituierung einer Staatsbürgernation zu vollziehen". (Zeit, 30.3.89)

Was Habermas damit anbietet ist keine Alternative, sondern im Kern nichts anderes als eine veränderte Vorrangigkeit. Verfassungspatriotismus soll nicht an die Stelle der von ihm als "vorpolitisch" definierten Bestimmungsgründe von Nation wie Sprache, Kultur oder Herkunft treten. Sondern nationale Identität soll sich "in erster Linie (!) auf ein republikanisches, verfassungspatriotisches Selbstverständnis stützen." Auch im zivilgesellschaftlich zum Vorbild ernannten westeuropäischen Nationalismus, der auf einem politischen Staatsbürgerbewußtsein fußt, bestimmen latent rassistische Komponenten wie Kultur, Sprache, Herkunft, das Bewußtsein der Nation mit. Nur - und das ist der Unterschied - während dort die staatsbürgerlichen Traditionen

viel stärker ausgeprägt sind, haben sich in Deutschland die "vorpolitischen" Komponenten nationaler Identität immer auf Kosten des bürgerlich demokratischen Staatsbürgerbewußtseins breitgemacht. Ein Anknüpfen an diese Komponenten - wenn auch nur "in zweiter Linie" - revitalisiert in Deutschland unweigerlich alle anti-demokratischen Affekte und Traditionen.

Von dem postnationalen Stadium, in das wir in der Bundesrepublik mittlerweile eingetreten sein sollten, bleibt somit wenig übrig. Was mit großem theoretischen Brimborium als neue postnationale Mentalität der Bundesbürger abgefeiert wurde (und wird), reduziert sich auch bei Habermas letztlich vage auf jüngste Ergebnisse von Meinungsumfragen. Erstmals 1987 (!) konnte so "nachgewiesen" werden, daß dem Wirtschaftsstolz, dem die Umfragen bis in die siebziger Jahre hinein eine ansteigende Tendenz bescheinigten, neuerdings im Wertebewußtsein der BundesbürgerInnen der Rang von einer Hochschätzung der Demokratie abgelaufen werde. (Zeit, 30.3.90)

Auf Basis dieser Ergebnisse konnte dann noch 1988 (!) stolz auf dem Soziologentag verkündet werden: "Ein wesentlicher Wandel in der politischen Kultur der Bundesrepublik liegt gerade in der Akzeptanz einer politischen Ordnung, die sich in verfassungsmäßig konkretisierten Formen durch individuelle Mitwirkungsrechte selbst bestimmt und selbst legitimiert. Demgegenüber ist die Vorstellung verblaßt, eine politische Ordnung sei an den kollektiven Eigenwert einer über ethnische, historische, kulturelle Eigenschaften abgrenzbaren Nation als ‚Schicksalsgemeinschaft` gebunden. Die Ausdifferenzierung eines ‚Verfassungspatriotismus`, die Zustimmung zu einer durch Selbstbestimmungsrechte konstituierten politischen Ordnung und deren Abgrenzung von der Ordnungsidee der ethnischen, kulturellen, kollektiven ‚Schicksalsgemeinschaft` sind das zentrale Ergebnis der Entlegitimierung des deutschen Nationalismus." (3)

Habermas' Bankrott

Das einzige Pfund, mit dem die Verfassungspatrioten gegenüber den neokonservativen Nationalisten wuchern konnten war, daß diese an dem wichtigsten Moment des deutschen Stolzes - dem Stolz auf die Aufbauleistung und die Wirtschaftskraft der BRD - für ein gesamtdeutsches nationales Bewußtsein nicht anknüpfen konnten, da dies ein spezifisch bundesrepublikanischer Stolz war, an dem die BürgerInnen der DDR nicht Teil hatten. Genau dieses Pfund ist mit der Vereinigung verspielt.

Habermas ist sich dessen bewußt. Er schreibt: "Aus der gesamtdeutschen Perspektive entfällt ... jene Schranke, die bisher den Einbau der zurückgedrängten Komponente des bundesrepublikanischen Wirtschaftsstolzes in die nationale Identität behindert hatte. Im Hinblick auf die deutsch-deutsche Währungsunion könnten sich nun alle Deutschen mit der Potenz eines erweiterten Imperiums der D- Mark identifizieren. Die "Allianz für Deutschland" scheint dieses brachliegende Gefühlsgelände, wo aus der Arroganz einer wirtschaftlichen Vormachtstellung nationalistische Blüten sprießen schon erschlossen zu haben." (Zeit, 30.3.90)

Angesichts dessen kam das, was Habermas politisch als Gegengewicht anzubieten hatte, einer Bankrotterklärung gleich. Nicht die konsequente Ablehnung der Vereinigung und die propagandistische Warnung vor den Gefahren die mit der Vereinigung - und sei es "nur" für die Entwicklung bürgerlicher Demokratie in der BRD - drohen, sondern die Forderung eines Vereinigungsprozesses nach Artikel 146 statt nach Artikel 23 war es, was er zum Ergötzen des Bundeskanzleramts politisch und ohne jede Chance dagegensetzte.

Die intellektuelle Gegenfront, die sich noch im "Historikerstreit" um Habermas gruppiert hatte, kam unter diesen Umständen nicht zustande. Dies kennzeichnet die massive, weitere Rechtsverschiebung des politischen Überbaus, die mit der "Wiedervereinigung" nochmals stattgefunden hat. Ein Großteil der liberalen und sozialdemokratischen Intellektuellen sind ins offen nationalistische Lager übergelaufen.

Z.B. Christian Meier, vormals Präsident des "Verbands der Historiker Deutschlands". Auch er stand im "Historikerstreit" - wenn auch vermittelnd - auf Seiten Habermas'. In der aktuellen Debatte drischt er geradezu auf Habermas ein. Dieser sage mit seinen Einwänden "zur Sache nichts", ignoriere, daß "die Voraussetzungen für die in vielem unglückliche, zuweilen schlimme, zuletzt in hohem Maße verbrecherische Politik dieses Reiches in allem Wesentlichen geschwunden" seien, und letztlich zeugten dessen Ausführungen "wohl nicht nur vom Mangel an ökonomischen Kenntnissen, sondern auch von einer Verkennung der Bedürfnisse und Wünsche vieler Millionen."

Meiers Schlußfolgerung und Selbstanalyse: "Wir sind also gar nicht postnational, sondern nur von latenter Nationalität." Diese "latente Nationalität" gelte es jetzt aufzumöbeln. Es gebe ein "Gefühl der Zusammengehörigkeit". "Man mag gegen Worte wie Schicksalsgemeinschaft aus sprachlichen Gründen einiges einwenden", meint Meier, "aber unleugbar handelt es sich doch um eine Gemeinsamkeit der Deutschen aus der Geschichte, und zwar nicht nur aufgrund gemeinsamer Erfahrungen, gemeinsamer Lebensformen, einer im wesentlichen gemeinsamen Sprache, sondern auch aufgrund der Gemeinsamkeit des Namens, der historischen Verantwortung, der Herkunft." Seine Quintessenz: Für die Deutschen liegt die Befreiung in der Nation. "Wie befreiend und erschließend ein deutscher Nationalstaat heute sein kann" das gelte es jetzt auf "eine erste Probe" zu stellen. (FAZ, 24.4.90)

Mit der Nation als "Schicksalsgemeinschaft" ist Meier bei Alfred Dregger angelangt. Der beschwor die "Schicksalsgemeinschaft" schon 1986 in seinem Beitrag zum "Historikerstreit", den er als Rede zum Volkstrauertag hielt. Bei Dregger ist die "Schicksalsgemeinschaft" die Schlußstrichgemeinde, die nach einem Schluß der Anklagen ruft, und den Opfern die bedingungslose Aussöhnung abverlangt. Dregger damals: "Wir müssen uns der Tragik unserer jüngsten deutschen Geschichte bewußt werden; im Bewußtsein dieser Tragik haben wir das Andenken der Toten zu schützen, das der Verfolgten ebenso wie das der Vertriebenen, das der Widerstandskämpfer ebenso wie das der Soldaten und der Zivilbevölkerung. Die Toten fordern uns. Bevor wir uns mit ihnen versöhnen und sie mit uns, müssen wir uns miteinander versöhnen, mit unserer Geschichte und mit dem Schicksal unserer Nation." (FAZ, 17.11.86) Das Verbrechen und der Terror wird zur Tragik; die Täter werden zu Opfern; die Geschichte zum Schicksal und über diese Kette von Mystifikationen entsteht aus der Versöhnung mit den Tätern der Nazidiktatur die neue Schicksalsgemeinschaft Nation.

Rowdytum in Auschwitz und gute Deutsche heute

Der "Historikerstreit" war nur die Probe, der 9. November 1989 nur der Auftakt. Über die Verniedlichung der Vergangenheit wird die Gegenwart verharmlost.

* Stürmer sagt heute nichts anderes als er im "Historikerstreit" an gleicher Stelle gesagt hat.

* Augstein setzt in seinem dümmlichen Geschichtsabriß "Deutschland und die Deutschen" vom Juli '89 den Abschnitt zum deutschen Faschismus, * heraustrennbar aus dem Rest deutscher Geschichte *, zwischen zwei Sternchen. Die Terrorherrschaft, die die halbe Welt in Brand steckte, und in einem speziellen systematischen Ausrottungsprogramm 6 Mio. jüdische Menschen ermordete, wird ihm zu einem "weltgeschichtlichen Unglücksfall". Auf dieser Grundlage wird dann entschuldet bis genau ein Schuldiger übrig bleibt und der ist tot: Der Holocaust wird zur "befohlenen (!) Juden-Ausrottung" ... "Im übrigen besteht das Unglück ja gerade darin, daß ein hasserfüllter und zu kurz gekommener Wiener Postkartenmaler nach 1918 die Juden für den verlorenen Weltkrieg verantwortlich machte und die ganz anders gesinnten preußisch-deutschen Generäle vor seinen Karren spannte." ... "Preußen-Deutschland war nicht antisemitischer als etwa Frankreich oder Polen, sogar in den Jahren von 1933 bis 1945 nicht." ... "Der eigentlich Schuldige aber war ein Mann, der laut Görings Regieanweisung von aller Schuld freigehalten werden sollte: Adolf Hitler." (Spiegel, 2.7.90)

* Meinhard Miegel, der Leiter des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft, einer Gründung des CDU-Politikers Kurt Biedenkopf, findet, das passende Wort für das, was in Auschwitz geschah, sei heute "Rowdytum" - eines "Halbstarken der zu Beginn des Jahrhunderts seine Nachbarn terrorisierte", der aber mittlerweile "ein tüchtiger, wohlhabender und zugleich gesetzter Mensch" geworden ist. (FAZ, 15.2.90)

* Für Patrick Bahners (FAZ-Feuilletonredakteur) ist die Entschuldung auch schon gelaufen. Ihm werden die Verbrechen der deutschen Geschichte zum "einschlägigen Vorstrafenregister". (FAZ, 13.3.90)

Immer neu wiederholend wird Auschwitz, die "Identifikationsbarriere" für ein positives Nationalbewußtsein, als überwunden herausgestellt: "Die Erinnerung an den Holocaust wird sich, so einzigartig sie auch ist, nicht auf Dauer stellen lassen um als Fundament einer neuen Religion der Menschlichkeit zu dienen." (Hölscher L. in: FAZ, 9.3.90) Und am 10. Oktober Eckhard Fuhr nochmal leitartikelnd in der FAZ: "Auschwitz wird nicht jene Bannformel bleiben, bei der die Deutschen augenblicklich in eine angestrengte Selbstbetrachtung verfallen". (FAZ, 10.10.90)

Das Wort von der "Bannformel" verrät erneut, daß nichts aufgearbeitet und durch helles Bewußtsein gebrochen, sondern alles nur hinter Beschwörungsformeln in Bann gehalten wurde. (4) Jetzt meint man, nach

45 Jahren Beschwörungsarbeit die Bestie wieder von der Leine lassen zu können, weil sie sich selbst zivilisiert hätte.

Jüngste Beispiele dieser Entsorgung auch im linksliberalen Lager sind: Enzensberger mit seinem Spiegel-Aufsatz "Hitlers Wiedergänger" (Spiegel 6/91); so explizit, wie dort die Singularität von Auschwitz verworfen wurde hatte das 1986 nichtmal Nolte gewagt. Oder der Münchener Zeitgeschichtler Michael Wolffsohn, der in der Sendung "Report" vom 12. März 91 jede besondere deutsche Verantwortung gegenüber den Juden und dem Staat Israel rundweg ablehnte, von der "Auschwitz-Keule" und dem "Weimar-Hammer" sprach, mit der "Profi-Moralisten" und "Profi-Historiker" ideologische Zweckpropaganda gegen die Wiedervereinigung zu machen suchten, um seinerseits zu einem "zeitgemäßen Patriotismus", und die "lebenswerte Gestaltung des Vaterlandes nach innen und außen" aufzurufen. (vgl. auch: FAZ, 4.3.91, die Rezension der neuen Aufsatzsammlung Wolffsohns)

Die zivilgesellschaftlich gesättigten Citoyens werfen den neokonservativen Entschuldern heute keine Knüppel mehr zwischen die Beine. Im Gegenteil. Auch indem sie unverdrossen die Mär von der postnationalen Läuterung der Bundesrepublik verkünden, tragen sie ihren Teil zur Entsorgung der Vergangenheit bei. Und sie liefern für den Durchmarsch der neokonservativen Nationalisten die willkommen beschönigende, verharmlosende Fassade des geläuterten guten Deutschen, der jetzt auch schon mal wieder ein bißchen nationalistisch sein darf. "PostnationalistInnen" und NationalistInnen, die sich 1986 im "Historikerstreit" noch kontrovers gegenüberstanden, ergänzen sich heute konstruktiv und arbeitsteilig. Indem die einen versuchen, das positive Bild von der BRD als zivilgesellschaftlich sich umformende Republik auf Gesamtdeutschland zu übertragen, schaffen sie für die anderen die dekorative Kulisse vor der der nationale Durchmarsch umso besser organisiert werden kann.

III: Neuer Nationalismus

Seitdem sich mit den abschließenden deutsch-sowjetischen Verhandlungen im Kaukasus die vollständige Souveränität des vereinigten Deutschlands mit dem Zeitpunkt der Vereinigung abzeichnete, wird in der FAZ offensiver zur Propagierung des Nationalismus übergegangen. "Der Nationalismus - Gift oder Medizin?", fragte die FAZ in ihrem Leitkommentar vom 23. Juli, und dreimal darf geraten werden, was die Antwort war. "Nun, da trotz unterschiedlicher Zeitvorstellungen, die mancher in seinem Innersten noch hegt, die Vereinigung Deutschlands als ein berechtigtes - nach welchem Maßstab denn, wenn nicht dem des Nationalen? - Anliegen der Menschen gilt, ... nun ist es an der Zeit auch die Idee zu akzeptieren, die dies alles mitbewirkt hat", meinte Paul Hefty. (FAZ, 23.7.90)

Grundlage für den neuen Nationalismus soll dabei weiterhin das alte rassistische Konzept eines an der Volksnation anknüpfenden Nationalismus sein. Auf dieser Grundlage sollen von den herrschenden Ideologiebildnern vorrangig zwei Aufgaben bewältigt werden. Der Nationalismus soll von jeder Assoziation zum Nationalsozialismus befreit und europabezogen geprägt werden. Es geht darum, einen "aufgeklärten Nationalismus in der europäischen Wende verstehbar, und dies wird nötig sein, handhabbar" zu machen. (FAZ, 23.7.90)

Den neuen Nationalismus vom Stallgeruch des Nationalsozialismus freizuhalten ist im abgelaufenen Prozeß der Vereinigung in einzigartiger Weise gelungen. Jede anti-nationale Kritik wurde erfolgreich bis in die Linke hinein mit dem Verweis auf die "Erscheinungsebene" - "die Menschen freuen sich einfach und sind glücklich" - erstickt; andererseits wurde in gezielten Andeutungen schon klargemacht, daß das Potential für eine faschistische Mobilisierung schon noch vorhanden wäre. "In jeder Dämonisierung liegt die Gefahr der sich selbst erfüllenden Prophezeiung, in jeder Diskriminierung Deutschlands die Gefahr des Sonderwegs." (Michael Stürmer, FAZ, 27.7.90) Eine Drohung, die - von Genscher "diplomatisch" auf internationalem Parkett gestreut - vom Kanzler durchaus auch mit derben Verweisen auf "Versailles" unterstrichen worden war.

Die neue nationale Mythenbildung der Deutschen - als die glücklichste Nation der Welt, als die erfolgreichste Nation der Welt, als die Weltmeister-Nation - war also bereits in vollem Gange als die FAZ es wagte, den Aufruf zur gemeinschaftsbildenden nationalen Ideologisierung und Mystifizierung auch offensiv in die Diskussion zu bringen.

"Nur die Nation kann das Ende des Kommunismus erträglich machen."

Für ihren bisher schärfsten Vorstoß holte sie sich pietätvoll wie schon im "Historikerstreit" keinen deutschen, sondern einen US-amerikanischen Wissenschaftler, den Geschichtsprofessor Harold James aus Princeton. Harold James ist spezialisiert auf deutsche Geschichte, insbesondere auf "deutsche Identitätsbildung" (5) und ist Mitglied einer von der Deutschen Bank beauftragten internationalen ForscherInnengruppe, die der historisch schwer ramponierten Identität dieser Bank einen auch international vorzeigbaren frischen Anstrich verpassen soll.

James geht in seiner Analyse davon aus, daß der mit dem Anschluß der DDR neu erworbene Machtzuwachs des deutschen Imperialismus sich zumindest mittelfristig nicht über eine Steigerung des Lebensstandards sozial befriedend umverteilen läßt. Angesichts dessen brauche es "nationale Mythen ... um mit der Tatsache der Veränderung zu Rande zu kommen." ... "Alles, was die Aufmerksamkeit von den engen ökonomischen Kalkulationen ablenkt, wird helfen, Stabilität zu erzeugen. Die Religion könnte das leisten, aber ebenso die Nation." ... "Nur die Nation kann das Ende des Kommunismus erträglich machen. Die Nation sollte uns sehen lassen, daß es im Leben um mehr geht als um Ökonomie und daß wirtschaftlicher Erfolg nicht der einzige Schlüssel zum Glück oder auch nur zur Stabilität ist. Die Nation kompensiert die Vergänglichkeit der menschlichen Dinge. Sie ist ein Refugium in einer Welt von Veränderlichkeit und Fluß." (FAZ, 17.9.90)

Das ist die eine Seite nationalistischer Identifikation.

Herbert Kremp: "Das Reich - ein Hoffnungsträger, ein Förderer, ein Bringer."

Für die andere, die europabezogene Identifikationslinie brachte Herbert Kremp, Chefredakteur der Welt, ein anderes Traditions-Leitbild der Deutschen in die Diskussion. Mehr noch als die Nation könne die "alte Reichs-Figur" den Deutschen nach der Vereinigung "Identität spenden". Denn, so Kremp, das eine deutsche Reich meine in seinem ursprünglichen Sinn "ein Hoffnungsträger, ein Förderer, ein Bringer". Genau das sei Deutschland in Zukunft für die Länder Osteuropas.

"Deutschland wird, was seine politische, wirtschaftliche und militärische Stabilität betrifft, ein westliches Standbein und ein östliches Spielbein haben. Sogkraft geht von der Europäischen Gemeinschaft und vom Atlantik aus, nicht von Osteuropa." ... "Das künftige Deutschland steht als Großmacht vor den Trümmern Osteuropas, und die Halde reicht bis in die Tiefen Rußlands. In dem Maße, in dem Großmacht vom Begriff des Militärischen und Territorialen zu dem des Wirtschaftlichen und Technologischen überwechselt, erscheint Deutschland für die Länder Osteuropas als ein Hoffnungsträger, ein Förderer, ein Bringer. Dies ist aber die alte Reichs-Figur." (Welt 8.9.90)

Was Kremp neu formuliert, ist der sich jetzt im 4. Anlauf auf Realitätskraft probende reaktionäre, großdeutsche Europatraum; zuletzt von Andreas Hillgruber im "Historikerstreit" neu aufgekocht und schon damals im April 1986 als Abdruck in der "Welt" von Kremp protegiert. (6)

Die Beiträge von Kremp und James wurden im Hinblick auf den Historikertag, Ende September in Bochum verfaßt. Dessen Generalthema lautete: "Identitäten in der Geschichte". Im Mittelpunkt stand natürlich die Frage nach der deutschen nationalen Identität.

Die Parallele zum "Historikerstreit" 1986 drängt sich auch hier auf. Auch damals wurden die schärfsten, provokantesten Vorstöße im Vorfeld einer Versammlung der Historikerschaft, damals der Tagung der bundesdeutschen Historiker auf dem Frankfurter Römerberg, lanciert. Das Neue ist allerdings: Diesmal blieb der Eklat aus. Es gab keinen Sturm der Entrüstung, nichteinmal eine nennenswerte kritische Auseinandersetzung. Der von Harold James in seinem Beitrag massiv persönlich angegriffene Wehler wies die Angriffe zwar zurück, aber er stellte den Vorstoß von James in keinen größeren Kontext, sondern beschwichtigte: "Die Furcht vieler Kritiker, die deutsche Vereinigung wecke einen neuen aggressiven Nationalismus, hat sich nicht erfüllt." (Zeit, 9.11.90)

Die FAZ betonte in ihrer Berichterstattung vom Historikertag anschließend die neue konstruktive Atmosphäre. "Eine Podiumsdiskussion über Nation und Nationalstaat in der deutschen Geschichte verlief erfreulich unkontrovers. Hans-Ulrich Wehler beschrieb den deutschen Nationalismus als ‚ausgebrannten Vulkan`. Berechtigtes (!) modernes Nationalgefühl beziehe sich auf Leistungen, die im Wettstreit gemessen werden. Am Ende des Kongresses reflektierte Thomas Nipperdey über Einheit und Vielheit in der neueren Geschichte ...

Am Schluß stand so die abstandnehmende Reflexion, die den Jubel und Jammer der Geschichte in Erkenntnis aufhebt. Selten wurde so spürbar, daß die Erkenntnis befreit und Trost bietet." (FAZ, 1.10.90)

Was Nipperdey in seinem Vortrag so Trost spendend entwickelte war das alte völkische an der Herkunft festgemachte Nationalismuskonzept, dargeboten als schöngeistige Verklärung: "Eine auf Einheit fixierte Zukunftsutopie ist zusammengebrochen, die Vielfalt der Herkunftswelten ist wieder aufgestiegen, zwischen der Einheit einer Weltkultur und der Vielfalt von lauter Individuen und Weltbürgern, gegen die herkunftslose Vorherrschaft von Idee und Realität der Gesellschaft, der Verfassung oder der Rationalität. Das gefällt vielen hierzulande nicht, aber es kommt darauf an, Tatbestände zu begreifen, und man darf den neuen Identitätsnationalismus nicht mit dem Aggressions- und Missionsnationalismus europäischer Vergangenheit verwechseln." (FAZ, 29.10.90)

Die Nation als "unverzichtbarer Haltepunkt"

Anfang dieses Jahres hat sich auch Ernst Nolte zu Wort gemeldet und behauptet, der "aggressive Nationalismus, der unter Umständen eine positive Rolle spielen konnte", besitze heute keine Kraft mehr. Heute könne "nur von einem ‚Nationalbewußtsein` gesprochen werden, welches einen Zustand jenseits der souveränen Nationalstaaten akzeptiert und einen defensiven Charakter hat, weil die Nation für es einen unverzichtbaren Haltepunkt in einer nur allzu beweglich gewordenen Welt, eine unerläßliche Reduzierung der Überwältigenden Komplexität des unleugbaren Gesamtzusammenhanges bedeutet." Als Schlußfolgerung daraus fordert er "die Linksintellektuellen" (womit er Habermas, Wehler und andere Widersacher aus dem "Historikerstreit" meint) zum "Eingeständnis des Irrtums" auf. "Die Abstandnahme von der Verwendung des obsoleten und daher irreführenden Begriffs ‚Nationalismus` sollte die dritte der intellektuellen Konsequenzen des Jahres 1989/90 sein."

Seine alten Thesen tischte er samt und sonders, zum Teil nur neu drapiert, wieder auf. Er fühlt sich durch den Zusammenbruch des realsozialistischen Machtbereichs und die "Wiedervereinigung" vollauf bestätigt: "Die große Umwälzung von 1989/90 bedeutet ... vor allem aber

das Ende des überschwenglichen Anspruchs, der 1917 von Petersburg und Moskau aus erhoben worden war. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts kann jetzt als das Ineinandergreifen zweier Staatenkriege und eines Weltbürgerkrieges beschrieben werden." (...) "Daher sollte das Jahr 1933 nicht mehr als ein autonomes Epochenjahr gelten, vielmehr muß es als feindselige Imitation des wichtigeren russischen Jahres 1917 verstanden werden." Was zuerst wie eine Abwendung von seinen Thesen anhebt, kippt dann zynisch in eine offen provokante Steigerung derselben um: "Dennoch darf (!) und muß weiterhin von einer Singularität der späteren nationalsozialistischen Vernichtungsmaßnahmen schon deshalb die Rede sein, weil die Ausrottung relativ kleiner und für fremd erklärter Gruppen einen abstoßenderen Charakter trägt als die quantitativ umfassendere sowjetische Klassenliquidierung." (FAZ, 24.1.91) Jetzt wissen wir also auch, was für Nolte eine relativ kleine Gruppe ist: 6 Mio. ermordete Jüdinnen und Juden.

Von einer "zivilgesellschaftlichen Normalisierung" des deutschen Imperialismus, einer Annäherung an einen "normaltypischen" Nationalismus westeuropäischer Prägung, kann jedenfalls keine Rede sein. Der deutsche Imperialismus kehrt vielmehr in seine Normallage zurück.

rh.

Anmerkungen:

1) vgl. Lepsius, M. Rainer, Nation und Nationalismus in Deutschland, S.12-27 in: Winkler, Heinrich A. (Hg.), Nationalismus in der Welt von heute, Göttingen 1982

2) Balibar, Etienne, Rassismus und Nationalismus, in: ders.: Rasse-Klasse-Nation : ambivalente Identitäten/ Etienne Balibar; Immanuel Wallerstein. Übers. v. Michael Haupt u. Ilse Utz, Hamburg/Berlin 1990

3) Lepsius, M. Rainer, Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des "Großdeutschen Reiches", in: M. Haller u.a. (Hg.), Kultur und Nation, Frankfurt/M. 1989, S. 254f

4) Adorno, Theodor W., Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit, S. 555-572 in: Schriften 10.2. Kulturkritik und Gesellschaft II, Frankfurt/M. 1977

5) Sein aktuellstes Werk ist diesem Thema gewidmet. Vgl. James, Harold, A German Identity 1770-1990, London 1989

6) Vgl. Hillgruber, Andreas, Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reichs und das Ende des europäischen Judentums, Siedler-Verlag, Westberlin 1986

39. PSI: Vom Staatssozialismus zur Staatspartei. Die restriktiven Qualitäten der italienischen Sozialisten

Rubrik: Golfkrieg; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:10

Wie die meisten Parteien der Sozialistischen Internationale hat auch der PSI (Partito socialista italiano) zu Beginn der 80er Jahre sein politisches outfit verändert. Orientierte sich die Partei 1975/76 noch an einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten, so wurde sie unter Craxi wieder auf eine Regierungskoalition mit den Christdemokraten festgelegt. Seit dem Regierungseintritt 1981 gebärden sich die Sozialisten als Protagonisten einer autoritären Neuordnung des italienischen Staates, wie ihre Verlautbarungen zum Golfkrieg aktuell verdeutlichen.

Der PSI zwischen links und rechts

Von folgenschwerer Bedeutung für den PSI war die Spaltung in Sozialisten und Sozialdemokraten (PSLI, ab 1949 PSDI) über die Fortsetzung der Volksfront mit dem PCI. Der PSDI ging eine Koalition mit der Christdemokratie (DC) ein. Der Rest-PSI setzte die Volksfront fort und verlor von 1946 bis 1953 fast die Hälfte seiner Wählerstimmen und seine führende Position innerhalb der Arbeiterbewegung an den PCI. Der PSI schien auf lange Sicht zu einem Anhängsel der Kommunisten zu werden. Diese Situation konnte die autonomistische Fraktion um Nenni und Pieraccini ausnutzen, um eine Trennung vom PCI und eine Annäherung an den PSDI (und damit an die Regierung) zu betreiben. Diese Strömung konnte ihre Position nach den Ereignissen von 1956 (20. Parteitag der KPdSU, Aufstand in Ungarn) innerparteilich ausbauen. Ein linker Flügel um Basso und Vecchietti vertrat zwar noch die traditionelle Politik des PSI, also ein generelles Nein zur NATO und eine sozialistische Transformation Italiens. Doch nach dem Parteitag 1957 hatte sich die Parteirechte durchgesetzt, die Aktionseinheit mit dem PCI aufgekündigt und begonnen, sich für eine Koalition mit der DC stark zu machen.

Die Umorientierung im PSI hatte zwei Gründe. Mit einem reformorientierten Programm hoffte die Partei, sich in der Regierung profilieren zu können, um auf diese Weise den PCI bei den Wahlen zu reduzieren und selbst zur "dritten Kraft" zwischen DC und PCI zu werden.

Der zweite Grund ist der Krisenhaftigkeit des zentristischen Regierungsmodells geschuldet (1). Nur eine Öffnung der DC zu den Monarchisten und Faschisten oder nach links zum PSI konnte ihrer Regierung eine breite parlamentarische Mehrheit sichern.

Die erste Variante scheiterte nach kurzer Dauer am massiven Widerstand der Arbeiter (bei Straßenkämpfen wurden zehn Arbeiter von der Polizei erschossen).

Nun mußte die zweite Variante her. 1963 trat der PSI einer Regierungskoalition der Mitte-Links (centro-sinistra) unter Moro bei.

Die unmittelbare Folge des Regierungseintritts war für den PSI der Austritt der gesamten Linken. Die Partei verlor 150.000 Mitglieder und bekam mit dem PSIUP (Partido socialista italiano di unità proletaria) zusätzlich Konkurrenz von links.

Das neue Bündnis

Der nun rechtslastige PSI ordnete sich bedingungslos der DC unter. Die Reformkonzepte hatten die Sozialisten bereits 1964 vertagt.

Fortan verwaltete der PSI gemeinsam mit den Christdemokraten die Umstrukturierung des norditalienischen Kapitals. Die von den PSI-Haushaltsministern Giolitti und Pieraccini in Gang gebrachte 5-Jahres-Planung gewährleistete diesen Prozeß. Als Belohnung erhielten die Sozialisten einige Pfründe im Staatsapparat zugeschanzt.

Die Revolte der Arbeiter 1969 gegen die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen war auch ein Kampf gegen die Regierung der centro-sinistra und ihre Reformverhinderungspolitik. Da auch PSI-Wähler zum offenen Angriff auf die Regierung aufriefen, entschloß sich die Partei zum Austritt aus der Regierung, unterstützte aber weiterhin eine DC-Minderheitsregierung.

Daraus resultierte die paradoxe Situation, daß einerseits die Mitte-Links-Frak- tion um De Martino und Lombardi die Regierungspolitik scharf kritisierten und auf eine Zusammenarbeit mit dem PCI drängte, andererseits die Fraktion des PSI im Parlament die deflationistische Politik der Regierungen Rumors und Colombos extern oder durch direkte Regierungsbeteiligung unterstützte.

Als der PSI im Januar 1976 der Minderheitsregierung Moro die Unterstützung entzog und sich offen für die Linksalternative mit den Kommunisten aussprach, hatte sich der PCI inzwischen mit dem Konzept des Historischen Kompromisses für eine Zusammenarbeit mit der DC entschieden. Die Absicht der Sozialisten, den PCI durch ihre taktische Wende zum Abrücken vom Historischen Kompromiß zu bewegen, mißlang, da der PCI die Sozialisten als Konkurrenz um eine Reformpolitik bei den Wahlen nicht ernst nehmen mußte.

Die Krise des PSI

Bei den vorgezogenen Neuwahlen von 1976 erreichte der PCI mit 34,4% der Stimmen einen Zugewinn von 7,2%, wohingegen die Sozialisten bei 9,6% stagnierten, so daß die Kommunisten den Linkstrend der Wähler fast vollständig absorbiert hatten (die Demoproletarier erhielten 1,5% der Stimmen). Ohne die Kommunisten war keine regierungsfähige Mehrheit möglich.

Daraus folgte die Bildung der "Regierung der nationalen Einheit", d.h. einer DC-Minderheitsregierung, die von allen Parteien des "Verfassungsbogens", also auch vom PCI, unterstützt wurde.

Formal übte der PSI weiterhin Einfluß auf die Regierung aus, faktisch spielte er aber keine Rolle mehr, da PCI und DC zusammen über eine gesicherte 2/3-Mehrheit im Parlament verfügten.

Die Krise des PSI hatte aber auch einen organisatorischen Aspekt. Der PSI konnte kaum noch als eine Partei definiert werden, sondern stellte eher einen Zusammenschluß unterschiedlicher Strömungen dar, die auch für die programmatische Unentschlossenheit der Partei verantwortlich waren.

Dieser Krise folgte eine völlige Neustrukturierung der Partei, sowohl programmatisch als auch organisatorisch. Dieser Prozeß erstreckte sich über fünf Jahre und fand seinen vorläufigen Abschluß auf dem Parteitag in Palermo 1981.

Den Auftakt bildete die sogenannte "Revolte der Vierzigjährigen". Dabei handelte es sich um ein Bündnis der linken (Signorile, Giolitti) und rechten (Craxi, Manca) Strömungen, die sich mit dem Ziel zusammengeschlossen hatten, die vergreiste Parteiführung der Mitte abzusetzen. Bereits am 16. Juli 1976 war der Parteisekretär De Martino von dem Führer der kleinsten Fraktion, dem Parteirechten Craxi, ersetzt.

Offiziell orientierte sich der PSI weiterhin in Richtung der Linksalternative. Als politische Absicht verfolgte dies aber lediglich eine Minderheit der Parteilinken um Lombardi. Für das Zweckbündnis Signorile-Craxi bedeutete diese Koalitionsaussage einen taktischen Winkelzug, der den PCI verunsichern und schwächen sollte, um so den Historischen Kompromiß zum Scheitern zu bringen.

Zugrunde lag der Koalitionsaussage ein innerparteilicher Handel, mit dem sich die Parteirechte die programmatische Wende auf dem Parteitag von Turin 1978 erkaufte. Dort vollzog der PSI die ersatzlose Streichung jeder staatssozialistischen Perspektive zugunsten der vorbehaltlosen Anerkennung der marktwirtschaftlichen Regulation. Mit dem Inaussichtstellen von Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler und regionaler Ebene war das Programm (mit dem Namen: "progetto per il socialismo") gleichzeitig ein Profilierungsversuch gegenüber der faktischen DC-PCI-Allianz, in der die Kommunisten den Aufbau des italienischen Polizeistaates absegneten und gegenüber der außerparlamentarischen Linken noch repressiver auftraten als die DC selbst.

Der PSI hatte sich mit dem Programm das Styling einer linksliberalen Bürgerrechtspartei zugelegt und versuchte sich damit bei den neuen sozialen Bewegungen anzubiedern, nachdem der prozentuale Stimmenanteil der Arbeiterschaft, die für die Sozialisten votierten, rückläufig war.

Die Opposition des PCI gegen die "Regierung der nationalen Einheit" im Januar 1979 (die DC hatte sich geweigert, dem PCI Ministerposten zu überlassen) besiegelte das Ende des Historischen Kompromisses. Damit war der PSI in die Lage versetzt worden, die Koalitionsfrage neu zu stellen.

Die vorgezogenen Neuwahlen im Juni 1979 brachten dem PSI zwar keinen Zugewinn, dem PCI aber einen Verlust von 4% der Wählerstimmen. Die DC war für eine breite parlamentarische Mehrheit wieder auf die Sozialisten angewiesen.

Nachdem es Craxi 1980 gelungen war, Teile des linken Flügels um De Michelis (den heutigen Außenminister und Kriegstreiber) mit der Aussicht auf Ministerposten zu ködern und das Mitte-Links-Bündnis, das sich gegen ihn gebildet hatte, ausgeschaltet war, hatte der PSI sich eine gänzlich andere Ausgangsbasis für eine Regierungskoalition mit den Christdemokraten geschaffen, als dies noch 1963 der Fall gewesen war. Inhaltlich war der PSI nicht mehr an ein ökonomisches Reformprogramm gebunden, das die Sozialisten dem Dilemma aussetzte, an einem Anspruch gemessen zu werden, den sie zusammen mit der DC nicht erfüllen konnten. Innerparteilich war der bis dahin mächtige linke Flügel ausgeschaltet und so die Notwendigkeit des Lavierens zwischen PCI und DC, verbunden mit einer Erpreßbarkeit durch den PCI, aufgehoben. Programmatisch wurde diese neue Konzeption mit dem Begriff der Regierbarkeit beschrieben. Der Anspruch des PSI reduzierte sich von nun an auf die Sicherstellung einer regierungsfähigen Mehrheit.

Auch nach seinem erneuten Eintritt in eine von der DC geführte Regierung gab der PSI die Koalitionen mit dem PCI auf regionaler Ebene nicht auf. Der DC und dem PCI konnte so gedroht werden, die Koalitionen mit einer dieser Parteien zugunsten der anderen zu verlassen. So schaffte es der PSI als 10%-Partei, rund 30% der Regierungsämter zu besetzen. (1).

Gegenüber "dem Wähler" konnte der PSI sich mit seiner Omnipräsenz in Koalitionsregierungen als eine Partei verkaufen, die eine Stabilität der Regierungen ermöglichte. Der PSI stellte sich in der Folge als Partei dar, die in der Lage wäre, das scheinbare Grunddilemma der italienischen Politik, die häufigen Regierungskrisen, in den Griff zu bekommen. (Hinter den Regierungskrisen verbirgt sich in Italien ein Höchstmaß an administrativer Stabilität. Außer der KPdSU befindet sich keine Partei solange an der Regierung wie die DC).

Daß die Sozialisten um Craxi mit diesem Konzept Erfolg hatten, lag zu einem erheblichen Teil an der Krise der beiden großen Parteien DC und PCI. Die Christdemokraten hatten sich durch die Zahl und die Größenordnung an politischen Skandalen, in die Politiker dieser Partei verwickelt waren (Affäre Moro, Lockheed, Finanzskandal Sindona und Ambrosiano, Geheimloge P2), bei einem Teil seiner Wähler in Mißkredit gebracht und sahen sich gezwungen, 1981 zum ersten Mal auf den Posten des Ministerpräsidenten zu verzichten.

Dem PCI gelang es nach dem Ende des Historischen Kompromisses nicht, sich als glaubwürdige Reformpartei darzustellen, die in der Lage wäre, über eine Regierungsbeteiligung Reformen durchzusetzen. Zu deutlich war die Partei noch durch ihre repressive Politik zur Zeit des Historischen Kompromisses diskreditiert. Der PSI nutzte die Situation aus, indem er sich den rechten PCI-Wählern als traditionelle Reformpartei präsentierte und sich gegenüber linken DC-Wählern als politisch sauber geblieben darstellte. Der PSI-Führung um Craxi gelang es, flexibel auf unterschiedlichste politische Themen einzugehen und sich eine Art Meinungsführerschaft zu sichern.

Zum ersten Mal seit 20 Jahren gelang es den Sozialisten 1983, mit 11,4% der Stimmen einen Zugewinn bei den Parlamentswahlen zu erlangen. Da die DC bei den Wahlen erhebliche Verluste einstecken mußte, konnte Craxi erfolgreich Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten erheben (in einer Koalition bestehend aus Christdemokraten, Sozialisten, Liberalen, Republikanern und Sozialdemokraten, genannt pentapartito).

Die Regierung Craxi

Craxis Regierungsprogramm forderte eine Präsidialherrschaft (ähnlich dem autoritären Modell De Gaulles) auf Kosten der parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten, das Aufgeben neokorporativer Verhandlungsmodelle, um den Gewerkschaften ihren Einfluß auf die Fiskal- und Haushaltspolitik zu entziehen, und übernahm kommentarlos die neoliberalen Wirtschaftskonzepte vorheriger DC-Regierungen. Der autoritäre Charakter dieses Programms weist deutliche Parallelen zu den Vorstellungen der Geheimloge P2 auf. Diese hatte beabsichtigt, mit einem ähnlichen Konzept einen "weißen Staatsstreich" in Italien auszuführen. Zwar ist ein direkter personeller Zusammenhang zwischen Craxi und der P2 nicht festzustellen gewesen. Doch waren Abgeordnete des PSI (u.a. die Craxi-Gefolgsleute Labriola und Manca) Mitglieder der P2. Der PSI erhielt einen Teil seiner finanziellen Aufwendungen direkt vom Logengründer Gelli, wobei dieser die Zahlungen von der politischen Unterwürfigkeit der Partei abhängig gemacht haben soll. Craxi selbst rief nach der Enttarnung der P2 zur Mäßigung bei weiteren Untersuchungen über den Geheimbund auf (2).

Ob mit oder ohne P2-Unterstützung - Craxis Regierungsprogramm zeigte schon bald seine Wirkung. Bereits nach einem Jahr Craxi hatte sich die Kaufkraft der abhängig Beschäftigten um 2,3% verringert, wogegen das Bruttosozialprodukt um 3,3% gestiegen war. Das Gesetz zur Kürzung der scala-mobile, der automatischen Inflationsanpassung der Löhne, um 3 Punkte 1984 (was einem monatlichen Kaufkraftverlust von 30-40 DM entspricht) diente vor allem der politischen Kampfansage an die Gewerkschaften.

Die Regierung stellte den Gewerkschaften zur Bedingung, sich entweder mit ihrer politischen Subalternität abzufinden (im Falle der kampflosen Hinnahme des Gesetzes) oder, im Falle einer politischen Auseinandersetzung, die Verdrängung aus den staatlichen Einflußzonen hinnehmen zu müssen. Die kommunistische CGIL entschied sich für die zweite Variante, die der DC und dem PSI nahestehenden Dachverbände CISL und UIL votierten für die erste. Folge davon war, daß die Föderation, die CGIL, CISL und UIL 1972 als gemeinsame Plattform gegründet hatten, zerbrach und so die CGIL politisch isoliert wurde.

Das von der CGIL anberaumte Referendum (das vom PCI und den Demoproletariern unterstützt wurde) brachte zwar keinen überaus deutlichen Sieg für die Regierung (55% stimmten für, 45% gegen das Gesetz). Die knappe Niederlage machte aber die politische Krise der italienischen Linken und besonders des PCI deutlich, denen es nicht entscheidend gelungen war, die politische Bedeutung, die sich hinter der ökonomischen Kürzung verbarg, deutlich zu machen. Zusammen mit dem schlechten Abschneiden bei den Kommunalwahlen 1985 zeigte sich die tiefe politische Krise des PCI, der nicht in der Lage war, auf den Rückgang der Industriearbeiterschaft und die veränderten Interessenlagen der neuen Angestelltenschichten und der Jungwähler zu reagieren. Politisch orientierten sich diese Gruppen nach rechts zur DC und zum PSI, und nach links zu den Grünen und den Radikalen. Der PSI nutzte die Situation des PCI und belegte diesen mit dem Stalinismus-Vorwurf, was zwar der Realität nicht entsprach, die Kommunisten aber bei den neuen sozialen Schichten diskreditierte. Heute rangiert der PCI bei den Jungwählern hinter der DC und dem PSI auf Platz drei. Darüberhinaus beabsichtigte der PSI mit diesem Vorwurf nicht nur den Regierungsausschluß des PCI zu begründen, sondern dessen Mobilisierungsbedeutung als Oppositionspartei zu zerstören. Damit machte der PSI die Widersprüchlichkeit des PCI deutlich, einerseits grundsätzlich zu einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien der Mitte bereit zu sein, andererseits in bedeutendem Maße vom Wahlverhalten der Industriearbeiterschaft abhängig zu sein, die großenteils immer noch skeptisch einer Regierungsbeteiligung des PCI gegenübersteht.

Dieses Dilemma ließ die Kalkulation des PSI voll aufgehen. Der PCI mäßigte sich als Oppositionspartei (wie zuletzt der verhaltene Protest gegen das repressive Einwanderergesetz deutlich macht) und verlor deshalb nach links, ohne an seinem rechten Rand zulegen zu können, da diese Interessen der PSI als Regierungspartei effektiver bedienen kann. Craxi war es gelungen, den PCI als Konkurrenten von links nahezu auszuschalten. Betrug der Abstand zwischen den beiden Parteien bei den Wahlen 1976 noch 25%, so war dieser bei den Kommunalwahlen 1990 auf knappe 5% zusammengeschmolzen. Die Umbenennung des PCI in PDS ist auch als Bereitschaft zu werten, sich dem Druck des PSI zu beugen, um sich die Option auf eine eventuelle Regierungsbeteilung nicht zu verbauen.

Die DC hatte eine widersprüchliche Position zu Craxi eingenommen. Die Mitte und die Parteirechte um Andreotti und Forlani waren bereit, sich mit einem sozialistischen Ministerpräsidenten abzufinden, solange ihre Staatspfründe nicht angetastet würden. Die Parteilinke um den damaligen DC-Sekretär De Mita wollte den PSI als Konkurrenten kleinarbeiten, notfalls auch in Kooperation mit dem PCI. So blies Craxi innerhalb der Koalition häufig ein rauher Wind entgegen, doch die Diskreditierungsversuche von Seiten De Mitas mißlangen. Verantwortlich dafür war die Achse Craxi-Andreotti.

Diese Achse existiert bis heute, bestimmt die politische Richtung der italienischen Regierung und garantierte, trotz aller politischen Querelen zwischen den Regierungsparteien, ein hohes Maß an politischer Stabilität. Als sich zeigte, daß eine Präsidialrepublik aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Parlament sich nicht durchsetzen lassen würde, kam dieser Achse immer mehr eine Ersatzfunktion zu, um die Exekutive vom Parlament unabhängiger zu machen.

Die Partei Craxi

Daß es Craxi gelang, sich länger als jeder vor ihm amtierende Ministerpräsident im Amt zu halten, war auch der innerparteilichen Kohärenz des PSI geschuldet. Zu Zeiten der centro-sinistra war die Macht des

Parteisekretärs durch die Leitungsgremien ZK und Direktorium erheblich eingeschränkt, da diese den politischen Kurs festlegten und das ZK den Parteisekretär wählte. Mit 70% der Delegiertenstimmen im Rücken schaltete Craxi 1981 beide Gremien aus (das ZK wurde aufgelöst und das Direktorium politisch entmachtet) und ist seitdem nur noch dem Parteitag verantwortlich.

Das aktuelle politische Verhalten bestimmte jetzt nicht mehr die Partei, sondern Craxi, sein Mitarbeiterstab und die Parlamentsfraktion. Auch hatte die Partei kaum noch Bedeutung für die Propagierung dieser Ziele gegenüber den Wählern. Stattdessen verlagerte sich der PSI darauf, bisher unbeachtete Politikfelder in die Öffentlichkeit zu lancieren, um in den Medien dauerhaft präsent zu sein (z.B. war der PSI die erste Regierungspartei, die nach Tschernobyl für die Abschaffung der Atomwirtschaft eintrat). Die vom PSI provozierten Auseinandersetzungen mit dem PCI und der DC dienten auch dazu, dem PSI Medienpräsenz zu sichern. Die guten Kontakte zu dem Medienmonopolisten Berlusconi (auch ein ehemaliges Mitglied der P2) sicherten dem PSI auch bei den Privaten eine angemessene Präsentation, nachdem die Sozialisten bereits zu Beginn der 80er Jahre das zweite staatliche Fernsehprogramm unter ihre Kontrolle gebracht hatten.

CAF

Als Craxi mit seiner Weigerung, sein Amt an einen Christdemokraten abzugeben, 1987 vorgezogene Wahlen provozierte, war der PSI der große Gewinner. Die Partei errang 14,3% der Stimmen, wogegen der PCI 3% verlor und bei 26,6% rangierte. Da die DC zulegen konnte, die laizistischen Koalitionsparteien auch verloren hatten, gingen DC und PSI gestärkt aus der Wahl hervor. Verantwortlich für die Zugewinne der Sozialisten war sicher auch die neoliberale Wirtschaftspolitik, die das Einkommen in den Dienstleistungssektoren in den urbanen Zentren Norditaliens erhöhte. (In diesen Gebieten hatte der PSI bei der Wahl 1987 die höchsten Zugewinne zu verzeichnen).

Obwohl Craxi in der neuen Regierung keinen Ministerposten mehr bekleidete, verlor die Achse Craxi-Andreotti nichts von ihrer bisherigen Bedeutung. Als schließlich der linke DC-Flügel um De Mita 1989 parteiintern entmachtet wurde und der Parteirechte Forlani das Amt des Parteisekretärs übernahm, erhielt die Achse auch in der DC eine breite Mehrheit. Seitdem wird in Italien nur noch vom CAF (Craxi-Andreotti-Forlani) gesprochen, wenn es darum geht, den autoritären Regierungskurs zu personifizieren. Die Homogenität und die Durchsetzungsfähigkeit des CAF zeigen Umfang und Inhalt der Gesetze, die von der Regierung Andreotti verabschiedet wurden. Daß es überhaupt gelang, in eineinhalb Jahren derartig viele Gesetze von dieser weitreichenden Bedeutung zu verabschieden (in früheren Jahren hätte dazu erheblich mehr Zeit aufgewendet werden müssen), zeigt die Homogenität des CAF. Die Gesetze weisen alle einen autoritären Impetus auf.

Das Einwanderungsdekret des PSI- Vizesekretärs Martelli glich Italien dem repressiven Standard anderer EG-Staaten wie der BRD bezüglich der Verfolgung und Abschiebung von Einwanderern und Flüchtlingen an. Das Universitätsgesetz des Ministers Rubberti (PSI) ermöglicht u.a. die Privatisierung von Universitäten, die sich dann verstärkt durch Auftragsarbeiten für die Industrie finanzieren müßten. Für eine kritische Sozialwissenschaft beispielsweise wäre da kaum noch eine Existenzmöglichkeit. Das Mediengesetz schanzte Berlusconi die Vorherrschaft über die Privatsender zu. Der Vizepräsident des italienischen Verlegerverbandes, Edilio Rusconi, erhob den Vorwurf, daß es sich bei dem Gesetz um den schwersten Anschlag auf die Informationsfreiheit seit Mussolini handele (3).

Der PSI und der Golfkrieg

Außenpolitisch zielen die Sozialisten seit Craxis Ministerpräsidentenschaft auf eine Vergrößerung der außenpolitischen Macht Italiens. Das außenpolitische Gewicht Italiens soll seiner Bedeutung als fünftgrößte Industrienation der Welt angepaßt werden.

Nach der Annexion Kuwaits durch den Irak drängten die Sozialisten auf eine militärische Beteiligung Italiens. Außenminister De Michelis forderte vehement die Entsendung von Kriegsschiffen ins östliche Mittelmeer und in die Golfregion. Der PSI unterstützte die Embargo-Politik der USA und schloß von vornherein Krieg in sein politisches Kalkül mit ein. Norberto Bobbio, sozialistischer Vordenker und einer der bekanntesten Wissenschaftler Italiens, stellte lakonisch fest: "Mir scheint, daß alle Bedingungen bestehen, daß dieser Krieg ... ein gerechter Krieg ist." (4)

Die Aktivitäten der Friedensbewegung und der Linken gegen die Kriegspolitik der Regierung (1.300 Marinesoldaten, Piloten und Techniker hatte die Regierung in den Krieg geschickt) veranlaßte die Sozialisten zu einem demagogischen Frontalangriff gegen Grüne und Kommunisten. Der "Avanti" betitelte die Grünen als "Zyniker, Lügner, extremistische Dogmatiker, Aufrührer" (4), und den Kommunisten wurde attestiert, daß die kritische Haltung von Teilen der Partei ihre ganze Regierungsunfähigkeit unter Beweis stellen würde. Die Demagogie des PSI gegen die Friedensbewegung hat selbst die Verleumdungen der DC-Rechten teilweise in den Schatten gestellt.

sk., Hamburg

Anmerkungen:

1) F. Cazzola, Struttura e potere del Partito socialista italiano, in: G. Pasquino (Hrsg.): Il sistema politico italiano, Roma/Bari, 1985, S. 195

2) P. Ciofi/F. Ottaviano: Un partito per il Leader, Roma 1990, S. 121

3) Süddeutsche Zeitung, 11./12.8.90, S. 11

4) La Repubblica, 29.1.91

40. Vom Winde verweht. In aller Stille tritt die SEW von der politischen Bühne ab

Rubrik: PDS; DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:17

Eingeläutet ist jetzt die endgültig letzte Runde für die Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW), die sich seit einem Jahr Sozialistische Initiative (SI) nennt. Auf einem ordentlichen Parteitag am 9./10.3. 1991 wurde beschlossen, unter den inzwischen nur noch 400 Mitgliedern eine Urabstimmung über die Auflösung der Partei zum 30. Juni durchzuführen.

Zugleich liegt die politische Bedeutung der PDS in Westberlin im Bereich des Nullpunktes.

Das Ende vom Lied ist rasch erzählt. Es begann auf dem Sonderparteitag der SEW im Februar 1990 (vgl. AK 316); dort fand zwar das Ansinnen nach ersatzloser Auflösung der Partei nicht die nötige Zweidrittelmehrheit, zugleich verfehlte aber auch ein Antrag, der auf die Überführung der Partei in eine umfassendere marxistische Organisation zielte, mit 62,7% der Stimmen knapp das notwendige Quorum. Von da an verließen die zu diesem Zeitpunkt noch knapp 3.000 Mitglieder in Scharen die Partei - und zwar nicht nur die "ErneuerInnen", sondern auch traditionell eingestellte Mitglieder, für die mit dem unrühmlichen Ende des DDR-Sozialismus eine Welt zusammengebrochen war.

An diesem Trend änderte auch die Fortsetzung des Sonderparteitages am 28. und 29.4. 1990 nichts mehr, auf dem erneut der Antrag auf sofortige Auflösung der Partei gestellt (und abgelehnt) wurde, zugleich aber einige undogmatische Traditionalisten einige für sich betrachtet bemerkenswerte Beschlüsse initiierten. Die Partei wurde in SI umbenannt und definierte sich selbst als eine "Übergangsorganisation", die sich mit ihren spezifischen Kampferfahrungen "organisiert in den Prozeß der Neuformierung der Linken einbringen", zugleich aber dies "nicht durch Erweiterung oder auf Basis ihrer Organisation erreichen" will. Auf der Grundlage des "humanistischen Denkens insgesamt, insbesondere (des) dialektisch-materialistischen Denkansatz(es)" bemühe sich die SI "um wissenschaftlich begründete Erkenntnis, was ein Wahrheitsmonopol ausschließt und um eine politische Praxis, der jeder selbsternannte Avantgardeanspruch fremd ist". Die SI orientiere sich weiterhin "am Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit als dem zentralen Strukturelement der bürgerlichen Gesellschaft"; zugleich jedoch trete für sie "neben die Lohnfrage ... gleichberechtigt die Frage der Arbeits-und Lebensbedingungen". Zudem müsse "eine Bewegung, die für die Befreiung der Menschen von Unterdrückung und Not kämpft, ... zugleich antipatriarchalisch sein".(1) Im Sinne des Letztgenannten verwies der Parteitag in einem Beschluß ausdrücklich auf den Entwurf für ein Frauenprogramm der SEW, der bereits im Juli 1989 veröffentlicht worden war. (2) Schließlich wurde statuarisch die umfassende innerparteiliche Demokratisierung festgehalten, einschließlich des Rechts der Bildung von "Plattformen, Fach- oder Arbeitsgruppen mit solchen organisatorischen Regelungen ..., die die programmatische und politische Arbeit der Partei und ihre Strukturen unterstützen. Sie sind berechtigt, alle Einrichtungen und Arbeitsmittel der Partei zu nutzen."

Doch der Gemeinspruch - das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber für die Praxis nichts - bewies auch im Falle der SI einmal mehr seinen Realitätsgehalt. Die Hoffnung, daß wir "durch mutiges Eingeständnis eigener Fehler ... neues Vertrauen zu uns selbst und bei den Menschen zu einer erneuerten sozialistischen Politik gewinnen" können (Leitgedanken...) erfüllte sich nicht. Nicht nur, daß die Partei durch den massiven Austritt fast aller kritischen Kräfte schon zuviel an Substanz verloren hatte (zum Zeitpunkt der Fortsetzung des Parteitages war die SEW/SI schon auf 1600 Mitglieder geschrumpft); die Austrittswelle hielt auch nach dem Parteitag an, zusätzlich begünstigt durch die Diskussion um die Gründung einer PDS bzw. einer Linken Liste in Westberlin.

Der kurze Sommer der Linken Liste/PDS

Wie der Elefant im Porzellanladen (und bei der westdeutschen bzw. Westberliner Linken handelt es sich nun mal um einen solchen) benahm sich dabei die "Initiative zur Gründung einer PDS in Westberlin", deren bekannteste Mitglieder Claus Croissant, Till Meyer und der TU-Ausländerpfarrer Ton Verkamp waren. Mit der Parole "Für eine starke sozialistische Linke in Westberlin" rief die Initiative für den 1.7.1990 kurzerhand zur Gründung der PDS in Westberlin auf, woraus am betreffenden Abend aber nichts wurde, weil dort zugleich eine "Initiative Linke Liste" auftrat, die, hauptsächlich bestehend aus ehemaligen linken SEW-ErneuerInnen sowie Mitgliedern aus KB und BWK, ein linkes unabhängiges Bündnis anvisierte, das sich konstruktiv-kritisch

auf die PDS beziehen wollte. Schließlich bildete sich in diesen Wochen als dritte interessierte Gruppe der "EinmischerInnen-Kreis", dem sich ehemalige oder Noch-AL-Mitglieder, v.a. aus der Gruppe der ÖkosozialistInnen, zurechneten.

Fehl schlug im August dann auch der Versuch der Gründung einer Linken Liste/PDS in Westberlin (dieses Konzept hatte sich damals - vor dem Wahlurteil des Bundesverfassungsgerichtes - bundesweit durchgesetzt) unter der gleichberechtigten Beteiligung der drei genannten Kreise: Die PDS-Initiative (die sich angesichts des bundesweiten Trends kurzerhand zur Initiative für eine Linke Liste/PDS umgetauft hatte) sprengte die Versammlung ausgerechnet bei der Quotierungsdiskussion ... Von da an ging es in Westberlin mit dem Projekt Linke Liste/PDS rapide bergab. Ein zweiter Gründungsversuch der Linken Liste/PDS und ihre Konstituierung als Partei für (West-)Berlin war zwar erfolgreich; der "EinmischerInnen-Kreis" verabschiedete sich allerdings und auch aus der Initiative Linke Liste beteiligte sich nur noch der kleinere Teil an der Gründung.

Nun wären diese Begebenheiten kaum eine AK-Zeile wert, müßte nicht zugleich festgehalten werden, daß der PDS-Landesvorstand von (Ost-)Berlin von Anbeginn an keinerlei Verständnis für die sicher nervende, aber nun einmal auch mit guten Gründen vorhandene Differenziertheit der Westlinken aufzubringen in der Lage war. Bis auf den heutigen Tag meint man dort offensichtlich, am besten zu fahren, wenn die PDS die Kräfte in Westberlin unterstütze, die ihr zu Munde reden bzw. ihr politisch tatsächlich am nächsten stehen. Die Folge: Die Linke Liste/PDS entwickelte in Westberlin weder Ausstrahlungskraft noch Aktivitäten, sie kam, obwohl sie als offenes Projekt angelegt war, auf kaum mehr als 100 Mitglieder, von denen die meisten passiv blieben und einige bereits vor den Wahlen am 2. Dezember schon wieder ausgetreten waren. Nach den Wahlen wurden auch die wenigen, die keinen PDS- oder SEW-Stallgeruch verbreiten, an den Rand gedrängt; so die letzten noch übriggebliebenen Ex-AL- Mitglieder. Diese hatten zuletzt für das vorläufige Weiterbestehen von möglichst PDS-unabhängigen Strukturen der Linken Liste/PDS votiert - auch das hat sich inzwischen erledigt, denn die Linke Liste/PDS wurde im Februar aufgelöst. Deren letzte Handlung war ein gemeinsamer Aufruf zusammen mit PDS und SI zur Gründung eines Gebietsverbandes West im Landesverband Berlin der PDS, die am 23.2. unter faktischer Abwesenheit des sonstigen linken Spektrums in Westberlin erfolgte.

Gibt es ein Leben nach dem Tod?

Womit wir wieder bei der SEW/SI angelangt wären. Ihre Auflösung begründet sie in einem entsprechenden Beschluß hauptsächlich damit, daß eine auf das Territorium Westberlins beschränkte Partei keine Existenzberechtigung mehr habe; daß sie des weiteren bei ihrem Bemühen, Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten und daraus Schlußfolgerungen für heute zu ziehen, allein nicht recht weitergekommen sei ("... ist es der SI in ihrer knapp einjährigen Wirkungszeit nicht gelungen, die mit ihrer Konstituierung verbundenen Aufgaben und Erwartungen in vollem Umfang zu befriedigen", wie zum Abschied noch mal in schönstem Parteideutsch formuliert wurde); und vor allem: daß zum Zeitpunkt des letzten Parteitages im April 1990 "in den Westberliner Bezirken für die Mitglieder der SI akzeptable organisierte politische Alternativen nicht vorhanden waren". Dies aber habe sich jetzt "nicht zuletzt durch die inzwischen vollzogene Gründung von PDS-Gliederungen in Westberliner Bezirken und durch die Gründung einer DKP-Gliederung in Berlin wesentlich verändert".

So erfährt die Konsequenz, mit der sich die SI von der Linken Liste/PDS ferngehalten hatte, eine wohlfundierte Begründung. Nun, nach deren völligem politischen und organisatorischen Versagen, wird die SI mit vielleicht noch dreihundert Mitgliedern (nicht mehr dabei sind die, die zur DKP wechseln und solche, die weder zur DKP noch zur PDS möchten) in die Westberliner PDS übertreten und dort das größte Kontingent stellen.

An der Tatsache, daß es sich hierbei um das letzte Aufgebot der SEW/SI handelt, ändert das freilich gar nichts. Nach dem monatelangen Auszehrungsprozeß ist die Partei kein Faktor mehr in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Auch ihre betrieblichen und gewerkschaftlichen Verbindungen sind weitgehend abgebrochen und die Partei besteht nur noch, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, aus alten und/oder politisch wirklich unbeweglichen Genossinnen und Genossen. Daß diese nun in die PDS streben, kann ihnen nicht verübelt werden. Schließlich waren viele von ihnen einstmals Mitglieder der SED, bevor sich die Westberliner Kreisverbände 1962 zur SED-Westberlin und 1969 in die SEW umwandelten. Sinnvollerweise ist deshalb zwischen Berliner PDS und der SI vereinbart worden, daß für Mitglieder der SI ein Eintritt in die PDS als Übertritt gilt und die Anerkennung der bisherigen Parteimitgliedschaft erfolgt.

Wiederum jedoch steht die Traurigkeit bzw. Tragikomik der Begebenheiten nicht für sich, sondern erhält politische Relevanz durch die auf Seiten der PDS verbreitete Einschätzung, mit dem Eintritt der SI-Mitglieder in die Westberliner PDS würden sich hier die Dinge endlich zum besseren wenden. So machten Wolfram Adolphi, PDS-Landesvorsitzender und Gesine Lötzsch, PDS-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus dem SI-Parteitag ihre Aufwartung. Am Rande der Westberliner Gründungsversammlung der PDS wiederum äußerten Ostberliner Mitglieder die irrige Vermutung, die Partei käme in Westberlin nur deshalb nicht vom Fleck, weil ehemalige AL-Mitglieder sich in den Vordergrund spielten und die SI ausgrenzten ...

Nach dem erreichten Stand der Dinge ist Westberlin zum Testgebiet des Ansatzes geworden, der meint, im Westen mit einer weitgehend nach dem Bilde der ostdeutschen PDS geformten PDS zur politischen Ausweitung zu kommen.

Daß allerdings die Westlinke weitgehend der Auffassung ist, mit diesen Vorgängen nichts am Hut zu haben, ist freilich nur die Kehrseite der östlichen Blickverengung. Denn erstens reißt der weitgehende Zusammenbruch der "alten" Linken in Westdeutschland in die Klassenauseinandersetzungen und politischen Kämpfe eine Lücke, die die "neue" Linke ganz offensichtlich nicht zu schließen vermag. Zweitens betrifft das längerfristige Schicksal der PDS die Linke hierzulande vermutlich ziemlich direkt: Ist erstmal der letzte und einzige Ansatz für eine organisierte linke Massenpolitik zerschlagen oder zusammengebrochen, dürfte es den linken Resten ziemlich rasch an den Kragen gehen. Auf ein konkurrierendes sozialistisches Lager braucht der Imperialismus nach dessen Zerfall nämlich auch in innenpolitischer Hinsicht keine Rücksicht mehr zu nehmen. Bestenfalls würden die Herrschenden dann dafür sorgen, daß die Linke in Deutschland das bleibt, was sie in der alten BRD schon ist: klein und einflußlos.

Nachtrag: Das "Rosa-Luxemburg-Zentrum", Ende 1989 gegründet und gedacht als organisierendes Rückgrat der SEW- Erneuerinnen und Erneuerer, hat für den 9.4.1991 zur Auflösungsversammlung eingeladen.

J./Westberlin

Anmerkungen

1) Alle Zitate aus: Leitgedanken für Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Initiative. Angenommen auf dem Außerordentlichen Parteitag am 29. April 1990

2) Das qualitativ und quantitativ bemerkenswerte Frauenprogramm der SEW (Entwurf Juli 89) sollte nicht dem Vergessen anheimfallen, sondern unbedingt Hilfsmittel bei der Suche nach dem verlorenen sozialistischen Ziel sein. Schnell bestellen, solange es die Bestelladresse noch gibt! Sozialistische Initiative, Schloßstr. 28, 1000 Berlin 41. Portokosten nicht vergessen.

41. Quo vadis, Minderheit?

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:14

Der Irak wird pausenlos bombardiert, die Verluste unter der Zivilbevölkerung sind unbekannt. Die irakische Luftabwehr ist hilflos. Der Irak versucht mit Scud-Angriffen auf Israel Sympathien bei den Arabern zu gewinnen. Israel bereitet sich auf einen Giftgasangriff vor, den Palästinensern werden aber die gleichen Schutzvorrichtungen verwehrt. Keine Schutzräume, zuwenig Gasmasken, schlechte medizinische Versorgung. In dieser Lage gibt der KB-Frankfurt ein Flugblatt "Schluß mit dem irakischen Raketenterror gegen Israel" heraus (vgl. AK 327). Deutsche Waffenlieferungen sind plötzlich "kriegsentscheidendes Geschäft". "Jetzt bezeugen ehemalige DDR-Offiziere, irakische Kollegen hätten von ihnen lernen wollen, wie man Giftgas gegen Juden anwendet". Bürgerliche Kriegspropaganda wird einfach nachgeplappert, nicht hinterfragt. Das Kriegsgeschrei israelischer Politiker lieber gar nicht erst erwähnt. Und dann kommt der moralische Hammer. "Kann man, darf man in Ruhe abwarten, ob Hussein seine Drohungen gegen Israel wahrmacht?" Eine Antwort gibt das Flugblatt nicht her. Wenn diese Gruppe sich so sicher wäre, daß Hussein seine Drohungen wahrmachen könnte, dann wäre es doch angebracht, auch für die Palästinenser optimalen Schutz zu fordern. Aber es geht nicht um Menschen, sondern um Selbstdarstellung und um die weiße Weste. "Mit unserer Kundgebung wollen wir auch zu einer Korrektur der linken ‚Nahostpolitik' beitragen." Haben die Linken jemals Waffenexporte unterstützt? Was soll korrigiert werden und in welche Richtung? Auf die deutsche Linke wird in diesem Flugblatt überhaupt nicht eingegangen! Weiter wird erklärt, daß man "gerade jetzt für das Asylrecht und die anderen demokratischen Rechte von Arabern in der EG eintreten" (sollte). Wieso nur in der EG? Und danach wird vor "finsteren arabischen Regimes wie Jordanien, Syrien, Libyen oder Irak" gewarnt. Soll Antisemitismus bekämpft werden, indem man Rassismus gegen Araber schürt? Diverse Konkret-Autoren haben die Antwort schon parat, auf die Frage, "kann man in Ruhe abwarten?" Sie wollen gleich das IV. Reich aktiver in das Kriegsgeschehen einbinden. Das geht von Verteidigungswaffen für Israel, bis zur Aufforderung präventiv A-Waffen einzusetzen.

H.L.G. untermauert in Konkret 3/91 das Ganze theoretisch. Das Verbrechen des Holocaust, und die verbrecherischen Waffenlieferungen an den Irak und dessen Politik, sollen jetzt mit der Unterstützung eines verbrecherischen Krieges gegen den Irak gesühnt werden. Nach der Devise: der Krieg ist furchtbar, man lehnt die Politik ab, die zum Krieg führt, aber jetzt wo der Krieg doch stattgefunden hat, haben die 100.000 toten Iraker den Vorteil, daß die israelische Bevölkerung angeblich wieder ruhig schlafen kann. Den jüdischen Opfern und der Bevölkerung Israels tut man damit keinen Gefallen; auch sie werden für die Rechtfertigung eines Krieges nur benutzt.

Oder wie schreibt H.L.G. in Konkret 3/91: "daß viele Menschen sterben müssen, damit andere leben können; daß daran mit Appellen zu Gewaltlosigkeit so wenig zu ändern ist wie mit klugscheißerischen Ratschlägen an die Insassen von Schutzräumen; daß also das Schreckliche, das jetzt geschieht, das jetzt Richtige ist, rechtfertigt nicht die Politik und die Politiker, die diese Lage geschaffen haben." Die Frage ist, ob wir die bürgerliche Propaganda übernehmen, oder sie in Frage stellen, ihre Verlogenheit bekämpfen.

Die Scud-Angriffe auf Israel waren wahrhaftig eine quantité négligeable im Vergleich zum Bombardement gegen den Irak. Und es ist offensichtlich, daß die bürgerliche Kriegspropaganda diese Angriffe aufbläht, um den eigenen Bombenterror zu legitimieren. Für einige ist diese Richtigstellung gleich verkappter Antisemitismus. Das hat den Vorteil, daß über die Bedrohung Israels und dessen Bevölkerung nicht zu diskutiert werden braucht.

Antisemitismus hat in Deutschland eine lange Tradition. Da die deutschen Linken in Deutschland geboren, aufgewachsen und sozialisiert worden sind, übernehmen sie auch in ihren Organisationen die deutsche Kultur und reproduzieren sie. Auch den Antisemitismus. Entsprechend hilflos ist der Umgang mit diesem Phänomen. Wie soll der KB oder dessen Minderheit das Übel des Antisemitismus bekämpfen, wenn der KB womöglich selbst ein Teil der Wurzel dieses Übels ist? Einige versuchen sich des Vorwurfes des Antisemitismus zu erwehren, indem sie andere als antisemitisch denunzieren. Andere Linke unterwerfen sich der israelischen Regierungspolitik und Meinung vollständig, auf Kosten der arabischen Nachbarn. "Wir haben uns sehr wohl etwas vorzuwerfen, wenn die Sache der Palästinenser zur Sache der PLO und diese wiederum zur Sache der finsteren arabischen Regimes erklärt wurde, sei es nun Syrien, Jordanien, Libyen oder jetzt der Irak."

Antisemitismus in der Friedensbewegung kann nicht bekämpft werden, indem man Antiarabismus produziert. Das hieße den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Es ist eine Tatsache, daß sich bei sehr vielen Arabern der Haß auf die USA im heftigsten Antisemitismus äußert. Jetzt fragen sich besorgte Linke, wie die jüdische Bevölkerung in Israel in Zukunft geschützt werden kann, da der Antisemitismus eher zunehmen als abnehmen wird. Und sie ziehen die falsche Schlußfolgerung, daß unter diesen Umständen Waffenexporte nach Israel toleriert werden müßten. Patriot-Raketen gegen Scud-Angriffe? Konnten Patriot-Raketen auch die fünf ermordeten jüdischen Frauen in Jerusalem schützen? Ein entschlossener Mensch mit einem Messer kann mehr Terror anrichten, als sämtliche Scud-Angriffe.

Doch zurück zu uns. Wie soll der KB oder dessen Minderheit das Übel des Antisemitismus in Deutschland bekämpfen, wenn der KB womöglich selbst ein Teil von diesem Übel ist? Ich weiß es nicht. Denunzieren, Selbstgeißelung, Scheinradikalität und Antiarabismus sind keine Lösungen. Eine Aufarbeitung der KB-Vergangenheit wäre sicherlich sinnvoller.

woffi ex-KB

Sympi der Minderheit

42. Minderheit - diskutierend

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:42

Am 16. und 17. März fand in Hamburg die bisher letzte Versammlung der KB-"Minderheit" statt. Den Diskussionen und Ergebnissen dieses Wochenendes vorweggenommen sei hier, daß am 6. April ein weiteres Treffen in Göttingen die Beratungen über die Frage "Dach-AK-Modell" weiterführen wird.

Im wesentlichen zwei Themenkomplexe standen für das März-Wochenende auf der Tagesordnung: einerseits die Frage nach unseren politischen Analysen und Strategien angesichts des Golfkrieges, andererseits das Problem, ob und wie wir uns eine weitere Arbeit am AK vorstellen, Stichwort: Dach-AK.

Golfkrieg/Israel

Angesichts etlicher Artikel sowohl im AK 327 (Ulli K., Frankfurter Flugblatt, max.), im AK 328 (cl., Jü.) als auch im vorliegenden AK (max. zu "Israel, die deutsche Linke und der KB", Ulli und Fassanbass) sowie der zentralen Artikel in der "Flugschrift Radikale Linke", angesichts aber auch der Parteilichkeit des Berichterstatters soll an dieser Stelle darauf verzichtet werden, die am 16. März stattgefundene Debatte hier wiederzugeben. Es erscheint mir unangemessen, unter dem Deckmantel des Berichts eine Interpretation der Diskussion zu liefern bzw. Stellung zu beziehen; dies bleibt den oben genannten Artikeln vorbehalten.

Festzuhalten bleibt allerdings, daß es entgegen manchen Befürchtungen möglich war, die zentralen Dissense wenigstens in Ansätzen herauszuarbeiten, eine Diskussion nicht mehr unmöglich erscheint.

Für und Gegen den "Dach-AK"

Nachdem sich im Januar beim Treffen in Westberlin innerhalb der "Minderheit" eine breite Zustimmung zu einem Zeitungsmodell gefunden hatte, das die beiden KB-Nachfolgegruppen gemeinsam und gleichberechtigt herausgeben würden (s.a. den Bericht im AK 327), war die Stimmung beim Folgetreffen längst nicht so eindeutig. Ein Meinungsbild ergab, daß die knappe Hälfte der anwesenden GenossInnen für die Aufhebung des Westberliner Beschlusses war - also letztlich dafür, das Projekt Dach-AK nicht weiter zu verfolgen. Die Begründungen für diese Vorentscheidung waren allerdings sehr unterschiedlich. Einige von uns vertreten den Standpunkt, daß eine Zeitung wie der AK grundsätzlich ein "auslaufendes Modell" sei, von seiner gesamten Struktur - bis hinein in die Sprache - nicht geeignet, den Anforderungen der Zeit zu genügen. Dementsprechend wären die sowieso eher schwachen Kräfte letztlich viel besser bei der Entwicklung radikal neuer Formen von Zeitungsarbeit aufgehoben, nicht zuletzt auch, um unseren Teil zur inhaltlichen und strukturellen Rekonstruktion einer radikalen Linken beizutragen.

Andere Argumente gegen ein Dach-AK-Modell waren eher pragmatisch. Es wurde vorgebracht, daß eine solche AK-Nachfolge-Zeitung eine fast gänzliche sowohl personelle als auch materielle Konzentration aller Kräfte der "Minderheit" verlangen würde. Das Ergebnis könnte eine politische Fixierung auf die Zeitung sein, die andere wichtige politische Aufgaben von der Tendenz her blockieren oder gar unmöglich machen könnte. Eine sicherlich unerläßliche theoretische Erneuerung, aber auch die Aufarbeitung linksradikaler/kommunistischer Geschichte wären dadurch in Gefahr, noch immer nicht angegangen zu werden. Damit zusammenhängend sei möglicherweise auch der organisatorische Neuansatz "Minderheit" bedroht, die Tendenz zu einem Zeitungsverein sei nicht zu unterschätzen.

Ein weiteres Moment der Skepsis war bei etlichen das Schweigen der KB-"Mehrheit" zum Thema. Tatsächlich muß konstatiert werden, daß es bis heute keine politische Äußerung zu unseren Vorschlägen gibt. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß es die "Mehrheit" darauf anlegt, den jetzigen, konzeptionslosen status-quo solange über die Runden zu retten, bis sich für ihre politischen Optionen neue (publizistische) Möglichkeiten ergeben. Das allerdings wäre nicht nur unseren politischen Interessen zuwiderlaufend, sondern einfach nur das Verlängern eines eigentlich unhaltbaren Zustands.

Dem gegenüber standen Argumente für das weitere Verfolgen der im Januar in Westberlin diskutierten Ideen, die vor allem auf folgende Punkte abhoben: da auch die "Mehrheit" nicht in der Lage ist, eigenständig den AK weiterzuführen, hat die "Minderheit" bei ihrer Entscheidung auch eine gewisse, nicht zu unterschätzende Verantwortung für ein - betrachtet mensch die gesamte radikale Linke - immerhin nicht unwesentliches Publikationsorgan. Weiterhin würde der Abschied vom Dach-AK auch für die "Minderheit" (und möglicherweise

darüber hinaus) die Marginalisierungs- und Zerfallstendenzen eher befördern als hemmen: alle Politikansätze unsererseits sind in den letzten Monaten vorrangig über den AK in die Linke getragen worden. Nicht zuletzt sei das Konzept eines "Dach-AK für verschiedene Strömungen der radikalen Linken" durchaus nicht nur aus der Not geboren, sondern dem derzeitigen Umbruchs- und Neuformierungsprozess strategisch durchaus angemessen.

Die Debatte wird fortgesetzt, der IV. KB-Kongreß eine Entscheidung bringen.

kla., 5.4.91

43. Verwunderlich. - Betr.: Keine Angst vor dem Abgrund (AK 328)

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:41

betr. ak 328: GAL-Spaltung "Keine Angst vorm Abgrund"

Es stimmt, was he schreibt: die GAL ist am Ende, der verbleibende Rest eine Ansammlung von Neorealos und Opportunisten, die sich dem Bundeskurs der Grünen liebend gerne anpassen werden. Die alte GAL gibt es nicht mehr. Was he jedoch nicht schreibt, bzw. falsch wiedergibt, ist der Rückgriff auf den Ablauf des Untergangs der GAL.

Die ersten GAL-Abspaltungen waren begrenzt und zu verkraften, hätten sich nicht Leute die Mühe gemacht, einer politischen Konsolidierung eines linken Zusammenhangs systematisch entgegenzuarbeiten. Es fing mit dem an, was he die "begrenzte Krise" nennt. Die heutigen Oberrealos Pollmann und Gierse zwangen der GAL zunächst die PDS-Debatte auf. Die GAL votierte mit großer Mehrheit gegen eine Listenverbindung und sonstige Absprachen mit der PDS, dies nicht, wie he schreibt, daß sie der Meinung sei, die PDS habe im Westen nichts verloren oder aus opportunistischen Gründen gegenüber den Realos, sondern aus folgenden Gründen: die GAL hielt die PDS nicht für ein vorwärtsweisendes linkes Projekt und wollte sich dies auch auf keinen Fall von hiesigen Linken aus KB und ex-DKP einreden lassen. Gegen eine Kandidatur der PDS zu den BT-Wahlen sprach nichts, wohl aber gegen den Quatsch, den die Linke Liste hier anstellte. Die Auflösung des KV-Harburgs "passierte" auch nicht irgendwie, sondern wurde durch die Sabotagepolitik des Herrn Grünwald - PDS - systematisch betrieben (Grünwald stimmt auf GAL- MVs mit den Realos!). Obwohl die GAL- MV mehrmals ihre Ablehnung gegenüber einer Kungelei mit der PDS beschlossen hatte, wurde jedoch von den ehemaligen Stamm-Jüngern aus dem sogenannten Linken Forum weitergefummelt. Der Antrag der Neorealos Wilde 13 galt zwar zunächst als "Basisinitiative" aus den Bezirken. Wie he richtig schreibt, waren hier mehrere ex-DFU-ler beteiligt. Die Oberrealos Pollmann und Gierse nahmen sich jedoch sehr schnell dieser Initiative zur "Realpolitik" an und wurden deren Wortführer. Das offene Zugehen auf das Grüne Forum entstammt ebenfalls ihrer Ideenwelt.

Es ist schon verwunderlich, daß he, der doch die näheren Umstände genau kennt, diesen Werdegang nicht erwähnt. Warum verschweigt er, daß es genau die Leute in der GAL waren, die zum Sympathisantenumfeld der PDS gehörten - und auch als Bundestagskandidaten gehandelt wurden für die PDS -, die die GAL systematisch auf Realokurs trimmten. Genau die PDS-Freunde in der GAL haben dafür gesorgt, daß die traditionelle GAL-Linke sich verabschiedet hat. Und genau die PDS-Freunde machen jetzt das Bündnis mit den zum Teil längst Konservativen aus dem Grünen Forum. Ist doch kein Geheimnis und auch sonst nicht verwunderlich. Hättest du ruhig schreiben können, lieber he.

Gaby Gottwald

Eine Erwiderung

betr.: Ulli K., Antiimperialismus als Feind des Internationalismus, ak 327

Manchmal ist es so, dann ist ist ein Punkt erreicht, an dem der geistige Unrat, der tagtäglich über die Medien Verbreitung findet, die Schmerzgrenze überschreitet - dann fühlt sich ein Mensch in seiner Verzweiflung sogar dazu getrieben, einen Leserbrief in die Maschine zu hacken. Ulli K.'s Irrungen und Wirrungen um die sog. Solidarität mit dem Staat Israel war ein solcher Auslöser.

Zumindest bis zum heutigen Tag verbinde ich meinen Glauben an die Selbstbefreiung des Menschen mit einer zutiefst areligiösen Einstellung und Haltung zum Leben. Deshalb entzieht es sich meiner Überzeugung, von einem sog. Existenzrecht eines jüdischen Staates reden zu können. Ganz abgesehen davon, daß ich das Existenzrecht eines jeden Staates und das Eigentumsrecht an Grund und Boden anzweifle, frage ich mich, wie aus dem zweifelhaften Vergnügen eines religiösen Glaubens eine sog. Volkszugehörigkeit konstruiert, und wie aus einer Sammlung uralter Märchen und Sagen mit streckenweise ungeklärter Autorenschaft separate Gebietsansprüche abgeleitet werden können. Dazu muß man wohl die Ebene wissenschaftlichen Denkens verlassen. Und wer genügend idiotisiert ist, in Kategorien von Religion, Volk und Staat zu denken und zu handeln, der ist auch empfänglich für irgendeinen anderen Wahnsinn. Meines Erachtens nach speist sich der

jüdische Nationalismus aus der gleichen perversen Haltung wie der christliche, der islamische oder sonst ein Nationalismus.

Ich bin mir wohl bewußt, daß man sich mit solchen Gedanken auf ein rutschiges Terrain begibt. Und es treiben in der schreibenden Zunft zahlreiche Leute ihr Unwesen, solche, die sich erblöden, Kritiker des israelischen Staates, des Zionismus usw. postwendend des Antisemitismus und Faschismus zu bezichtigen und mit wachsender Befriedigung verbal zu geißeln. Man kann das z.B. in den Beiträgen von Wolfgang Pohrt in der Zeitschrift "Konkret" studieren: eben gefiel er sich noch in der Pose eines (selbst-)kritischen Linken - im nächsten Moment tritt er als Freund religiöser Fanatiker auf. Der Pathos, der in solchen Haltungen mitschwingt, ist wohl ein Zeichen der Schwäche, auch wenn Stärke, Souveränität und Größe suggeriert werden sollen. Woher rührt diese Schwäche?

Ich meine, daß Ulli in seinem Beitrag einen wichtigen Sachverhalt streifte: die sog. Linke in der BRD leidet bis heute an einer Art kollektiver Verdrängung und Projektion. Man bedurfte bisher immer eines Symbols, auf das man die unerfüllten und teilweise unreflektierten Wünsche und Hoffnungen aufpfropfen konnten; die einen hatten die UdSSR, die anderen China, wieder andere schworen auf Albanien, Vietnam, Kuba usw. usf. Es war jeweils ein Kult, und jeder, der die liturgischen Gesänge störte, wurde zum Schweigen gebracht, ausgegrenzt und isoliert. In dem rigiden Umgangston bewies man die Fähigkeit zur Linientreue, zur Unterwerfung unter ein Dogma, das nur durch Realitätsabwehr aufrecht zu erhalten war. War die Wirklichkeit dann doch nicht mehr zu leugnen, dann fielen die aufgestellten Symbole wie ein Kartenhaus in sich zusammen, der große Jammer setzte ein - bis ein neues Symbol gefunden war.

Zur Zeit kann man gut Punkte sammeln, indem man mit bedeutungsschwangeren Blick über die Vorteile einer großdeutschen BRD sinniert. Andere vergeuden wertvolle Zeit damit, die Waffenexporte an den Irak aufzuzählen und anzuklagen. Welch katastrophale Perspektive für linke Kritik. Ist es denn eine rosige Zukunftsaussicht, wenn nur noch eine Handvoll kapitalistischer Hauptländer bis an die Zähne bewaffnet wäre? Und welche Illusion steht hinter der Klage über Waffenexporte kapitalistischer Staaten?

Plötzlich erscheinen Waffenexporte an den israelischen Staat als eine Art Wiedergutmachung. Die arabische Bevölkerung Israels und die PLO werden diesem neuen Dogma geopfert. Wo sind die wackeren Kämpfer gegen den Antisemitismus, die nun auch den israelischen Staat anklagen, weil dieser die Ausgabe von Gasmasken an die arabische Bevölkerung verzögert und hintertreibt? Gleichzeitig werden der Irak und Teile Kuwaits mit Flächenbombardements überzogen. Das ist die Realität, zu der auch die Diktatur im Irak zählt. Angesichts dessen erscheint es absurd und auch ziemlich pervers, von dem Existenzrecht irgend eines Staates zu grübeln oder die Greuel eines Staates hinter denen anderer Staaten zu verstecken. Und der Vorschlag Ulli K.'s, "zu unterscheiden zwischen den Interessen einer Großmacht an Weltherrschaft und den Interessen einer Regionalmacht an Vorherrschaft über ein genau abgegrenztes Gebiet" ruft in mir nur noch Brechreiz hervor. Wurde schon vergessen, daß der israelische Staat die UNO-Resolution von 1947 boykottiert und bei jeder sich bietenden Gelegenheit Menschen arabischer Herkunft über den Haufen schießen läßt? Palästina war einmal ein blühendes Land, in dem Moslems, Juden und Christen nebeneinander leben konnten - antiisraelische Stimmung der PLO anzulasten oder als Zeichen verborgenen Antisemitismusses darzustellen, ist einfach zynisch. (Ebenso realitätsfremd ist es, von der einen PLO und der einen palästinensischen Bevölkerung zu schwätzen; die Positionen reichen von extrem rechts bis extrem links wie überall auf der Welt.)

Seitenlang könnte man fortfahren und die Schwachstellen linker Ideologiebildung bloßlegen. Eines aber darf ich an dieser Stelle behaupten: die linke Theorie und Praxis steckt in einer Sackgasse. Aus Sackgassen gelangt man nicht, indem man ständig mit dem Kopf gegen die Wand anrennt, sondern indem man sich auf den Rückweg zum Ausgangspunkt besinnt. Auch auf die Gefahr hin, Banalitäten auszusprechen, sollten wir uns vielleicht zuallererst darüber verständigen, was eine kommunistische Haltung überhaupt ausmacht: eine bestimmte Einstellung zu Leben, Liebe und Arbeit. Konkret bezogen auf Internationalismus meine ich, daß es einem lebenden Wesen völlig gleichgültig ist, wo die Kugel, von der es getötet wird, gefüllt wurde. So gesehen gibt es nur eine glaubwürdige Haltung und Meinung zum Golfkrieg.

Friedhelm R., Hamburg

44. Radikale Linke - Wie weiter?

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:40

Die radikale Linke (RL) hatte zum Anti-Kriegsrat in Köln aufgerufen. Am 23./24. März sollte über den Golfkrieg und über die internen Strukturen der RL diskutiert werden. Nur etwa 60 bis 70 Leute fanden sich am ersten Tag ein, weniger, als selbst Pessimisten befürchtet hatten.

Die streckenweise etwas langatmige Diskussion wurde munterer, als es um die Rolle des BRD-Imperialismus im Golfkrieg ging. Und hier war ich doch überrascht, wie umstritten die aktive Rolle des BRD-Imperialismus im Krieg bei nicht wenigen Anwesenden war. Von einzelnen wurde der BRD-Imperialismus als Verlierer gegenüber den anderen imperialistischen Staaten betrachtet. Die Position, daß es Deutschland hervorragend gelungen sei, den Golfkrieg zu nutzen, um einen großen Schritt vorwärts in Richtung militärischer Großmacht zu kommen und beim nächsten Krieg eine noch aktivere Rolle wahrnehmen zu können, brach sich nur mühsam Bahn.

Kids - ihr seid großartig!

Ein zweite interessante Debatte kreiste um die Einschätzung der Friedens- oder Anti-Kriegsbewegung. Dabei erwies es sich als ein Problem in der Diskussion, daß anwesende AktivistInnen dieser Bewegung, darunter auch einige jüngere, eher praxisorientiert diskutieren, einige andere dagegen, eher aus dem "Stamm" der RL, sich den "Luxus" einer tiefergehenden Einschätzung leisten wollten. Inhaltlich entbrannte die Diskussion an der Kritik der deutschen Friedensbewegung in der Flugschrift der RL, die dort als vorwiegend nationalistisch und deren Motivation überwiegend aus Furcht vor Nachteilen durch diesen Krieg dargestellt wurde. Eine Reihe der Anwesenden hielt diese Einschätzung für überzogen und zu pauschal und betonte, daß sie und ihre MitstreiterInnen ganz andere Motive und Inhalte gehabt hätten, als die in der Flugschrift dargelegten. Die wesentliche Schwäche sei gewesen, daß die radikale Linke viel zu wenig in dieses Potential hineingearbeitet habe. Andere Anwesende, darunter der Hauptautor des umstrittenen Artikels, Thomas Ebermann, verteidigten dessen Einschätzung, denn ihrer Meinung nach stimme diese für den größten Teil der Bewegung und sei ihr bestimmender Faktor. Daß diese Bewegung nicht im mindesten antiimperialistisch sei, wäre schon daran zu sehen, daß sie kurz nach Kriegsbeginn nach der ersten ernsthaften Medienkampagne zusammengeklappt ist. Wenn all den Kids, wie früher den Proleten, unter Verweis auf ihre Masse nur Verständnis nach dem Motto: Ihr seid großartig! entgegengebracht werde und somit die Bewegung liebkost anstatt kritisiert werde, sei dies das direkte Gegenteil von "Kraft der Negation". Einig war mensch sich darin, daß die Intervention der RL mit der Flugschrift zu spät gekommen sei.

Eindeutigkeit kontra Pluralität

Der 2. Tag (30 TeilnehmerInnen) war der naheliegenden Frage gewidmet, ob und wie die RL weitermachen soll. Der Koordinationsausschuß hatte sich im Februar aufgelöst, das Spektrum der RL weiter verengt. Andererseits gibt es nach wie vor zahlreiche Gruppen und Zusammenhänge, die sich auf die RL beziehen; es gibt den RL-Rundbrief und dessen Redaktion, es gibt eine Art Büro, es gibt die aktuelle Flugschrift und es gibt eine große Adreßkartei interessierter Linker. Aber gibt es noch das Interesse der verschiedenen Beteiligten, sich aufeinander zu beziehen? Verschiedene Fragen und Probleme wurden andiskutiert, konnten allerdings wegen der geringen TeilnehmerInnenzahl kein Gesamtbild ergeben. Einige Aspekte der Debatte seien kurz angerissen: Wie geht die RL mit Minderheitenpositionen um? Voreilige Ausgrenzungen sind nicht sinnvoll, da die Linke noch sehr viele unausdiskutierte Probleme hat, sich an verschiedenen Fragen verschiedene Brüche ergeben, als zuverlässig geglaubte Verbündete wegfallen und sich anderen ergeben. Das Festhalten am Anspruch einer neuen politischen Kultur wurde eingefordert. Thomas Ebermann konstatierte für sich, daß die RL nur weiterexistieren könne, wenn sie so wird, wie er sie nicht will. Er wollte sie als deutlich ausgewiesene Strömung der Linken mit der Kraft der Negation als inhaltlichem Kern. Die RL sei jetzt aber eher ein pluraler Haufen, der innerlinke Diskussionsratschläge veranstaltet und eine gewisse Unverbindlichkeit pflegt. Damit müsse er sich übergangsweise wohl abfinden, wobei der Streit um die Grenzen eines Pluralismus auch in Zukunft Verwerfungen erzeugen werde. Andere, wie Jutta Ditfurth, erklärten, daß die RL auch in ihrer bestehenden Breite eine ausgewiesene politische Strömung sei, die Unterschiedlichkeiten müsse mensch akzeptieren und aushalten lernen, es gäbe trotzdem genügend gemeinsame Interventionsfähigkeit.

Angesichts der geringen Beteiligung wurden keine Beschlüsse außer dem einer neue Konferenz gefaßt.

Die geringe TeilnehmerInnenzahl ließ sich z.T. damit erklären, daß seit Kriegsende das Interesse an dem Thema erheblich gesunken ist. Zudem war der Zeitpunkt denkbar ungünstig (Osterferien) und der Termin weder gut angekündigt noch vorbereitet. Aber das ist eben nur ein Teil der Erklärung. Weist die geringe Beteiligung nicht auch auf eine abnehmende Attraktivität der RL hin, deren Stärke ja gerade darin lag, interessante Foren für Debatten zu organisieren? Sich darüber Klarheit zu verschaffen, halte ich für unbedingt erforderlich.

Nicht nur mir drängte sich der Eindruck auf, daß von der Anlage des Treffens her möglichst Kontroversen vermieden werden sollten. Wenn dies wirklich die Absicht gewesen ist, dann ist dies auf jeden Fall der falsche Weg, der RL eine längere Existenzberechtigung zu verleihen. Denn nur im Austragen der bestehenden Differenzen kann auf Dauer eine sinnvolle Zusammenarbeit entwickelt werden.

Erstaunlich war, wie auf dem Treffen mit der Problematik der Linken während des Golfkrieges umgegangen wurde: die linke Kriegsbefürwortung und die Verteidigung Israels angesichts der Raketenangriffe aus dem Irak. Diese sehr komplexe Problematik hatte auf dem Treffen praktisch keinen Raum. Einig waren sich alle Anwesenden in der entschiedenen Ablehnung jeglicher Kriegsbeteiligung. Menschen aus den Zusammenhängen und dem Umfeld der RL, die während des Golfkrieges ein stärkeres Gewicht auf die Frage der Verteidigung des Staates Israel und des Verhältnisses der deutschen Linken zu Israel gelegt hatten, waren bedauerlicherweise nicht anwesend. Niemand sollte so tun, als seien diese in den Kriegswochen aufgebrochenen Fragen nicht z.T. auch unsere Fragen. Daß nicht wenige Progressive in diesem Krieg die Seite gewechselt haben, verweist auch auf schwere Versäumnisse der Linken nicht erst seit gestern. Hier wurde eine Möglichkeit vertan, ein Zeichen zu geben, daß die RL bereit ist, genau diese Versäumnisse nicht weiterzuführen.

Auf tiefergehende politische Differenzen weist m.M.n. hin, daß ein Teilnehmer die Anti-Deutschland-Orientierung der RL als Ursache dafür benannte, daß seiner Meinung nach auch Menschen, die sich zur RL rechnen oder sich mal auf sie bezogen haben, ins Lager der Kriegsbefürworter abgedriftet seien. Nicht zu viel, sondern eher zu wenig und auch eine gelegentlich zu wenig ausgewiesene Anti-Deutschland-Orientierung dürfte jedoch eher die Ursache für die Einbrüche in der Linken sein.

RL-Konferenz am 4./5. Mai

Das Nachfolgetreffen der RL findet am 4./5. Mai statt. Eine Einladung der Vorbereitungsgruppe ist inzwischen verschickt worden. Der Ort steht noch nicht fest, wird aber in Anzeigen und im vorher noch erscheinenden RL-Rundbrief bekanntgegeben. Auf dem Treffen wird es um die Neubestimmung der RL-Struktur und die Finanzlage gehen. Desweiteren wird über verschiedene Projekte beraten werden müssen, u.a. wie weiter mit der Flugschrift? Es gibt den Vorschlag für eine RL-Initiative zu einer Konferenz zum Nahen und Mittleren Osten Ende September, desweiteren wurde schon mal die Idee einer Konferenz zu, Ein Jahr Großdeutschland - eine notwendige Bilanz um den 3.10. angedacht. Alle RL-Interessierten sollten die Möglichkeit nutzen, Anfang Mai ihre Vorstellungen zur Diskussion zu stellen.

Bernd Schulz

45. Gramsci über die Hegemonie des Proletariats

Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:07

Exemplarisch für Gramscis in den Gefängnisheften dokumentiertes politisches Denken sollen hier einige seiner Überlegungen zum Konzept der Hegemonie skizziert werden. Der Begriff der Hegemonie, mit Gramsci untrennbar verbunden, ist keineswegs dessen persönliche Erfindung. Lenin verwendete ihn, in der Komintern war er geradezu ein Modewort. Das "Gramsci-Lexikon" von Umberto Cerroni vermerkt unter dem Stichwort Hegemonie kurz und knapp: "Für eine Theorie der Hegemonie gibt es drei wesentliche Bezugspunkte:

1. Die Vorherrschaft einer gesellschaftlichen Gruppierung manifestiert sich auf zwei Arten, als ‚Herrschaft` oder Zwang und als ‚intellektuelle und moralische Führung` oder Konsens.

2. ‚Eine gesellschaftliche Gruppe herrscht über die gegnerischen Gruppen und führt die Gleichgesinnten und Verbündeten`.

3. ‚Eine soziale Gruppe kann und muß bereits vor der Machtergreifung führend sein`."

Diese Definition läßt - wie könnte es bei lexikalischen Eintragungen anders sein? - wesentliche Fragen offen. Um welche Hegemonie geht es Gramsci, dem Pragmatiker, der vor allem wissen will, "wie Ideen zu praktischen Kräften werden" (Annibale Pastore)? Um die Hegemonie des Proletariats in der Revolution: "Das Proletariat kann nur dann zur führenden und herrschenden Klasse werden, insoweit es ihm gelingt, ein System von Klassenbündnissen zu schaffen, das es ihm erlaubt, die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat zu mobilisieren".

In dieser allgemeinen Form war das Konzept der Hegemonie in der Komintern unstrittig, auch nach deren "linksradikaler" Wende von 1928 ("Sozialfaschismusthese"). So legt z.B. das Kominternprogramm von 1928 fest: "Die Erkämpfung der proletarischen Diktatur hat auch die Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats über die breiten Schichten der werktätigen Massen zur Voraussetzung". Massive Meinungsverschiedenheiten bestanden allerdings bei der praktischen Umsetzung dieser allgemeinen Richtlinie. Gramsci besteht auf dem Kompromißcharakter, den Klassenbündnisse notwendigerweise haben: "Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, daß man den Interessen und Tendenzen der Gruppen Rechnung getragen hat, über die Hegemonie ausgeübt wird, daß sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet, daß also die führende Gruppe Opfer ökonomisch-korporativer Art bringt ..." Dieser Gedanke liegt auch seiner Polemik gegen Trotzkis "Linksopposition" aus dem Jahre 1926 zugrunde. Wer wie Trotzki, Sinowjew und Kamenew demagogisch die schlechten Lebensbedingungen des sowjetischen Industrieproletariats gegen das Klassenbündnis mit den relativ bessergestellten Bauern ausspiele, denke "in den Begriffen des Korporativgeistes (...) und nicht in denen des Leninismus, das heißt der Lehre von der Hegemonie des Proletariats". (Mensch beachte das Synonympaar Leninismus gleich Lehre von der Hegemonie des Proletariats!)

Lenin ist überhaupt Gramscis zuweilen unerwarteter Zeuge gegen vermeintliche "Orthodoxie". Daß die Kampfbedingungen im kapitalistischen Westen grundlegend andere als im halbfeudalen Rußland seien, wollte noch 1910 z.B. Rosa Luxemburg nicht wahrhaben; während Lenin schon wenige Monate nach der Oktoberrevolution gegen einige "vom anfänglichen Triumphzug der Revolution hingerissene junge Genossen" zu Bedenken gab: "Die Revolution (in Westeuropa; Anm. AK) kommt nicht so rasch, wie wir erwartet haben ... Ohne Vorbereitung aber die Revolution zu beginnen, in einem Land, in dem der Kapitalismus hoch entwickelt ist und auch dem letzten Menschen demokratische Kultur und Organisiertheit beigebracht hat - wäre falsch, wäre Unsinn".

Bewegungskrieg und Stellungskrieg

Gramsci entwickelte aus der Analyse des historischen Unterschieds von Ost- und Westeuropa die Metaphern vom "Bewegungskrieg" im Osten und "Stellungskrieg" im Westen. Der schnelle Sieg im russischen Bewegungskrieg - Oktoberrevolution und Bürgerkrieg - war Gramsci zufolge nur möglich in einem Lande, "in dem die Kader des nationalen Lebens unorganisiert sind und sich noch in einem embryonalen Zustand befinden und nicht ‚Schützengraben oder Festung` werden können (...) Im Osten war der Staat alles, die bürgerliche Gesellschaft steckte in ihren Anfängen, und ihre Konturen waren fließend. Im Westen herrschte

zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft eine ausgewogenes Verhältnis, und, erzitterte der Staat, so entdeckte man sofort die kräftige Struktur der bürgerlichen Gesellschaft". Gramscis Begriff "società civile" wird heute allgemein nicht mehr mit "bürgerliche", sondern mit "zivile Gesellschaft" bzw. "Zivilgesellschaft" übersetzt. Darunter versteht Gramsci - in Abgrenzung zur "politischen Gesellschaft", dem staatlichen Zwangsapparat - die kulturellen, politischen und ökonomischen Hegemonieapparate, u.a. Gewerkschaften, Parteien, Vereine, Schulen, Presse, Literaturbetrieb, Kirche. "Die Schule als positive Erziehungsfunktion sind die bedeutendsten staatlichen Aktivitäten in dem Sinne, daß das Ziel in der Realität noch eine Vielzahl anderer, sogenannter privater Initiativen und Aktivitäten anstreben, die den Apparat der politischen und kulturellen Hegemonie der herrschenden Klassen formen". Sabine Kebir erinnert in diesem Zusammenhang an Gramscis Hinweis, daß "die theoretische Aufspaltung der Überbauten in ‚zivile` und ‚politische Gesellschaft` ... vor allem methodischen Erkenntnischarakter trügen". Gramsci: "Im konkreten Leben sind politische und Zivilgesellschaft ein und dieselbe Sache".

Die Herausbildung von Zivilgesellschaften ist zwar ein historischer Fortschritt, bedeutet aber gleichzeitig eine Zunahme staatlichen Zwangs und ein Hemmnis für die Revolution. Die staatlichen Zwangsorgane - die "vorgeschobenen Schützengräben" - erfahren durch die systemstabilisierenden Leistungen der Zivilgesellschaft - "eine robuste Kette von Befestigungswerken und Kasematten" - eine entscheidende Stärkung. Dieser "integrale Staat", dessen Wirkungsweise Gramsci mit der Formel "Hegemonie gepanzert mit Zwang" umschreibt, ist nur mit der Strategie des "Stellungskrieges" zu besiegen.

Kommunistische Bündnispolitik: Herausbildung eines neuen "historischen Blocks"

Dem in Italien an der Macht befindlichen "agrarischen Block", dem Bündnis des norditalienischen Großkapitals mit den Bauern des Südens, sollte ein neuer "historischer Block" entgegengesetzt werden: das Bündnis des norditalienischen Proletariats mit den Bauernmassen des Südens und der Inseln. Die führende Rolle des Proletariats versteht Gramsci dialektisch: "Jede ‚Hegemoniebeziehung` ist notwendigerweise eine pädagogische Beziehung". Soll heißen: "daß jeder Lehrer immer Schüler und jeder Schüler immer Lehrer ist". Das vom Proletariat aufzubauende "System von Klassenbündnissen" muß die konkrete italienische Situation berücksichtigen: "In Italien hat die Bauernfrage ... zwei typische und besondere Formen angenommen, die Frage des Südens und die Frage des Vatikans. Will also das italienische Proletariat die Mehrheit der Bauernmassen erobern, so muß es sich diese beiden Fragen vom sozialen Gesichtspunkt aus zu eigen machen, muß es die von ihnen vertretenen Klassenforderungen verstehen, muß es diese Forderungen seinem revolutionären Übergangsprogramm einverleiben und unter seine Kampfforderungen aufnehmen". Die Aufgabe des Proletariats, seiner revolutionären Partei und der mit ihm verbündeten Intellektuellen, die ideologische Loslösung der Bauern vom Vatikan und von den Großgrundbesitzern zu fördern, verbietet jeden Rückfall in den "primitiven Antiklerikalismus" der alten sozialistischen Partei, den Gramsci schon 1917 scharf bekämpft hatte. Die Bedeutung, die Gramsci dem Kampf um die Köpfe der süditalienischen Bauern beimißt, erklärt auch sein großes Interesse an Fragen wie Folklore, Trivialliteratur und "gesundem Menschenverstand".

Die Zersetzung des Blocks an der Macht muß auf allen Ebenen betrieben werden: der ökonomischen, politischen und kulturellen. Die Reduzierung Gramscis auf Kulturarbeit und Eroberung von Überbauten ist ebenso falsch wie weit verbreitet (So erschien z.B. der erste Teil des Artikels "Das Leben des Antonio Gramsci" im letzten AK seltsamerweise unter der Rubrik "Kultur"). Das gezielte, weil parteipolitisch motivierte Mißverständnis einiger linker Sozialdemokraten, Gramscis "Stellungskrieg" bedeute nichts anderes als bruchloses "Hineinwachsen" in den Sozialismus, also Reformismus, läßt sich an Hand von Gramscis Texten leicht widerlegen. Aus der Sicht revolutionärer Linker problematisch scheinen mir vor allem zwei Aspekte von Gramscis Hegemoniekonzept:

- seine Betonung der Rolle der Intellektuellen (Gramsci definiert den Begriff allerdings sehr viel weiter als allgemein üblich; er versteht darunter "die ganze soziale Masse, die organisatorische Aufgaben im weiten Sinn erfüllt, sei es im Bereich der Produktion, sei es im Bereich der Kultur, sei es im politisch-administrativen Bereich".)

- die Behauptung, das Proletariat könne und müsse bereits vor der Revolution die hegemoniale Klasse sein. Ist das Idealismus? Louis Althusser, einer der "Erben" Gramscis, scheint dieser Meinung zu sein: "Seiner (Gramscis) Ansicht nach kann und muß eine Klasse führende Klasse werden, bevor sie eine politisch

herrschende Klasse ist, sie kann die Hegemonie vor der Eroberung der politischen Macht erringen". Althusser sieht darin eine "illegitime Verwendung des Hegemonie-Begriffs".

Eine Frage, die - leider! - nicht von brennender tagespolitischer Aktualität ist, bei deren Diskussion die von einer Niederlage in die nächste stolpernde internationale Linke aber zumindest ihre geistige Frische beweisen könnte.

Js., Hamburg

Quellen:

1. Christine Buci-Glucksmann: Gramsci und der Staat. Köln (Pahl-Rugenstein) 1981.

2. Umberto Cerroni: Gramsci Lexikon. Hamburg (VSA) 1979.

3. Giuseppe Fiori: Das Leben des Antonio Gramsci. Westberlin (Rotbuch) 1979.

4. Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Leipzig (Reclam) 1980.

5. Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft. Hamburg (VSA) 1991.

46. Das Leben des Antonio Gramsci (Teil 2)

Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:06

Im letzten Ak wurde das Wirken des politischen Praktikers Gramsci nachgezeichnet. Der zweite Teil unserer kurzen Gramsci-Biographie behandelt die Jahre 1926 bis 1937: mehr als zehn Jahre Gefängnishaft, die Antonio Gramsci nur um wenige Tage überlebte.

Exemplarisch für Gramscis in den "Quaderni del carcere", den "Gefängnisheften", festgehaltenen strategischen Überlegungen werden einige seiner Gedanken zur Hegemonie des Proletariats wiedergegeben.

Antonio Gramsci wurde nach seiner Verhaftung zunächst auf die kleine, nördlich von Palermo gelegene Insel Ustica verbannt. Zu seiner aus sechs politischen Gefangenen bestehenden "Wohngemeinschaft" gehörte auch Amadeo Bordiga. Der Alltag der Verbannten bestand aus einer selbstorganisierten Schule, Vorbereitung der gemeinsamen Mahlzeiten und abendlichem Kartenspiel. Für Gramsci hatte das Idyll schon nach 44 Tagen ein Ende. Er wurde in das Gefängnis San Vittore in Mailand gebracht. In einem Brief an seine Mutter schrieb er: "Mein seelischer Zustand ist ausgezeichnet: manche sehen in mir einen Teufel, andere fast einen Heiligen. Ich will aber weder ein Märtyrer noch ein Held sein. Ich glaube, daß ich ein ganz normaler Mensch bin, der seine tiefen Überzeugungen um nichts in der Welt aufgeben würde".

Am 28. Mai 1928 begann in Rom der Prozeß gegen Gramsci und weitere 21 Angeklagte. Die Anschuldigungen lauteten u.a. auf Anstiftung zum Bürgerkrieg, Verherrlichung von Straftaten und Aufwiegelung zum Klassenhaß. Der Staatsanwalt sprach, zu Gramsci gewandt, das Ziel des Verfahrens offen aus: "Für die nächsten 20 Jahre müssen wir verhindern, daß dieses Gehirn funktioniert". Gramsci wurde zu 20 Jahren, neuen Monaten und fünf Tagen Haft verurteilt. Nach einer zwölf Tage dauernden strapaziösen Reise kam Gramsci schwer krank im Gefängnis von Turi (bei Bari) an. Hier entstand bis zum November 1933 der größte Teil der Gefängnishefte.

Im Februar 1929 wurden Gramsci endlich Bücher und Schreibmaterial gewährt. Die Bücher kamen allerdings unregelmäßig. Immer wieder mußte er aus dem Gedächtnis zitieren. In der Vorbemerkung zu seinen "Notizen und Anmerkungen zur Geschichte der italienischen Intellektuellen" betonte er den provisorischen Charakter seiner Aufzeichnungen: "Viele Behauptungen sind nicht nachgeprüft. Man könnte sie als erste Annäherung bezeichnen, und es kann sein, daß einige davon im Laufe der weiteren Untersuchung wieder aufgegeben werden müssen und daß sich sogar ihr Gegenteil als richtig erweist".

Schon vor seiner Verurteilung hatte sich Gramsci einen umfassenden Arbeitsplan aufgestellt. In einem Brief an seine Schwägerin Tatjana Schucht, Gramscis wichtigste Unterstützerin während der Gefängnisjahre, schrieb er: "Ich bin von der Idee besessen, daß man etwas vollbringen müsse, was ‚für ewig' (deutsch im Original; Anm. AK) ist - um es mit diesem komplexen Goetheschen Begriff zu sagen ..." In einem weiteren Brief an Tatjana Schucht präzisierte er sein Vorhaben: "Ich habe beschlossen,mich in erster Linie mit drei Themen zu befassen: 1. Geschichte Italiens im 19. Jahrhundert, wobei ich besonders auf die Heranbildung und Entwicklung der italienischen Intellektuellengruppen eingehen will; 2. Theorie der Geschichte und der Geschichtsschreibung; 3. Amerikanismus und Fordismus". Sein im Februar 1929 begonnenes Heft nennt insgesamt 16 "Hauptthemen", neben den schon genannten u.a. "die Volksliteratur der Trivialromane und die Gründe für ihre anhaltende Beliebtheit", "die süditalienische Frage und die Frage der Inseln", "der ‚gesunde Menschenverstand'". Diese Themen füllten 32 Hefte mit insgesamt 2.848 Seiten, entsprechend 4.000 Schreibmaschinenseiten.

Gramsci und die Sozialfaschismusthese der Komintern

Im August 1926, kurz vor seiner Verhaftung, hatte Gramsci die Taktik der Einheitsfront gegen den Faschismus bekräftigt. Nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie würde mit größter Wahrscheinlichkeit auf den Sturz des Faschismus folgen. Bei dieser Auffassung blieb Gramsci auch, als der VI. Kongreß der Komintern (Juli bis September 1928) den kommunistischen Parteien des Westens die aktuelle Aufgabe stellte, dem angeblich kurz vor dem Zusammenbruch stehenden Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen. Nicht Einheitsfront, sondern schonungsloser Kampf gegen die "sozialfaschistischen" sozialdemokratischen Parteien war die neue Linie, die auch im faschistischen Italien Gültigkeit haben sollte. An dieser Frage spaltete sich im März 1930 das Politbüro des PCI. "Eine

bürgerlich-demokratische Opposition gegen den Faschismus ... lenkt die Massen der Arbeiter nur vom revolutionären Kampf, von der Vorbereitung der Erhebung und des Bürgerkriegs ab", erklärte die Mehrheitsfraktion, zu der auch Togliatti und sein Nachfolger als PCI-Sekretär, Luigi Longo, gehörten. Der ehemalige "L'ordine nuovo"-Redakteur Angelo Tasca wurde als Opponent gegen die Linie der Komintern aus der Partei ausgeschlossen, ebenso der für seine antifaschistischen Romane international bekanntgewordene Schriftsteller Ignazio Silone. Über die angebliche Haltung Gramscis erstattete sein Bruder Gennaro nach einem Besuch im Gefängnis von Turi der PCI-Führung Bericht: "Ich suchte Togliatti auf und sagte ihm, daß Nino voll und ganz auf seiner Seite stünde. Hätte ich Togliatti eine andere Antwort gegeben, wäre auch Nino ausgeschlossen worden". Über Gramscis tatsächliche Position berichteten zwei kommunistische Mitgefangene, Athos Lisa und Giuseppe Ceresa, nach ihrer Freilassung der Parteiführung: "Gramsci war über die Oberflächlichkeit einiger Genossen empört, die im Jahre 1930 erklärten, der Faschismus stünde kurz vor dem Zusammenbruch und die Diktatur des Proletariats werde unmittelbar auf die Diktatur des Faschismus folgen". Der auf die fortschreitende Verelendung gesetzten revolutionären Hoffnungen habe Gramsci entgegengehalten: "Elend und Hunger mögen zu Aufruhr und Revolten führen, die das bestehende Gleichgewicht zerstören können, aber um das kapitalistische System zu vernichten, sind viele andere Voraussetzungen nötig".

Der "erste Dissident"?

Gramscis offenes Eintreten für seine abweichende Meinung setzte ihn starken Anfeindungen durch einige kommunistische Haftgenossen aus. Die viel späteren Versuche cleverer PSI-Strategen, den "doppelten (von Mussolini und von Stalin gepeinigten) Märtyrer" Gramsci für ihre Partei zu reklamieren, stützen sich makabrerweise auch auf Verleumdungen linksradikaler Gefangener, die Gramsci Verrat und Überlaufen zur Sozialdemokratie vorwarfen. Ebenso haltlos ist der Vorwurf der Sozialisten, die Komintern und namentlich Togliatti hätten Gramsci vorsätzlich im faschistischen Kerker sterben lassen, obwohl sie ihn hätten retten können. Tatsächlich kam es 1932 zu Verhandlungen zwischen dem Vatikan und der Sowjetunion, Gramsci im Austausch gegen in der SU inhaftierte Prälaten freizulassen. Nach Informationen, die Tatjana Schucht aus der sowjetischen Botschaft in Rom erhielt, hatte der sowjetische Außenminister Litwinow über den italienischen Botschafter in Moskau offiziell einen Austausch vorgeschlagen. Mussolini selbst hätte Gramscis Freilassung "schroff abgelehnt" (Giuseppe Fiori).

Diese Darstellung ist absolut glaubwürdig. Die 1988 in einer Art italienischen "Historikerstreits" von den italienischen Sozialisten konstruierte Version, Togliatti und sein "Auftraggeber" Stalin hätten das Scheitern der Verhandlungen absichtlich herbeigeführt, ist durch nichts zu beweisen. Auch das Motiv, das den beiden heimtückischen "Henkern" Gramscis unterstellt wird, ist bei näherer Betrachtung keineswegs plausibel. Gramsci war nicht der schonungslose Kritiker des Sowjetsystems, der "erste Dissident" (Taz, 21.1.91) und Todfeind Stalins, als den ihn einige mit dem Kapitalismus im Frieden lebende "Linke" immer wieder hinzustellen versuchen. Seine Polemik gegen Bucharin aus dem Jahre 1932, schreibt Sabine Kebir, "könnte den Eindruck erwecken, daß er Stalin geradezu in die Hände arbeiten wollte". Die hervorragende Gramsci-Kennerin und -Übersetzerin kommt allerdings zu der Einschätzung, daß er nach seiner Verhaftung nur mangelhaft über die Vorgänge in der SU informiert war und sich keineswegs direkt in die Fraktionskämpfe einmischen wollte. Selbst zu den Moskauer Prozessen habe er sich nicht äußern wollen.

Von den Faschisten ermordet

Durch die Haft und die unzureichende bis völlig fehlende medizinische Versorgung verschlechterte sich Gramscis Gesundheitszustand zusehends. Anfang 1933 litt er an Lungentuberkulose und einer Wirbelsäulenentzündung. Dazu kamen Schlaflosigkeit und Schwindelanfälle. Ein Vertrauensarzt, der ihn erst nach mo- natelangen Verzögerungen seitens der faschistischen Regierung untersuchen durfte, kam im März 1933 zu dem Schluß: "Unter den jetzigen Bedingungen wird Gramsci nicht mehr lange leben; ich halte es für nötig, ihn in ein ziviles Krankenhaus zu verlegen, wenn es schon nicht möglich ist,ihm bedingte Freiheit zu gewähren". Gramsci war sich über seine Lage im Klaren: "Bis vor einiger Zeit war ich sozusagen ein Pessimist der Erkenntnis und ein Optimist des Willens. (...) Heute denke ich nicht mehr so. Das bedeutet nicht, daß ich beschlossen habe, mich sozusagen zu ergeben. Ich sehe aber keinen konkreten Ausweg mehr und habe keine Kraftreserven mehr, die ich einsetzen könnte". Dennoch arbeitete er weiter.

Durch internationalen Druck gelang es schließlich, Gramsci aus der Todeszelle herauszuholen. Als ein von den französischen Kommunisten initiiertes Solidaritätskomitee in Paris die Weltöffentlichkeit auf das Schicksal Gramscis und anderer Opfer des Faschismus aufmerksam gemacht hatte, mußte sich Mussolini der internationalen öffentlichen Meinung beugen. Im November 1932 wurde Gramsci, weiterhin mit dem Status eines Gefangenen, nach Formia in eine Privatklinik gebracht. Auch in Formia schreib er weiter an seinen Heften. Erst im Sommer 1935 brach er die Arbeit ab. Er wurde in die Klinik Quisisana nach Rom verlegt. Zu spät - er war unheilbar krank. Giuseppe Fiori schreibt über Gramscis letztes Lebensjahr: "Er schien alle Kontakte aufgegeben zu haben. Es gibt keinerlei Hinweise darauf, daß er versucht hätte, mit Togliatti oder anderen Parteiführern oder Genossen Kontakt aufzunehmen. In der Klinik Quisisana, die nur von außen bewacht wurde, war er relativ frei. Wenn er gewollt hätte, wäre es ihm möglich gewesen, über seine Verwandten, die ihn regelmäßig besuchten, mit der Partei in Verbindung zu treten. (...) Nur die Aussicht auf eine baldige Freilassung hielt ihn noch aufrecht. Am 21. April 1937 sollte die Strafzeit abgelaufen sein. Er hatte vor, nach Sardinien zurückzukehren und dort in völliger Zurückgezogenheit zu leben".

Antonio Gramsci starb am 27. April 1937, sechs Tage nach Ablauf seiner Strafzeit im Alter von 46 Jahren.

Js., Hamburg

Quellen:

1. Giuseppe Fiori: Das Leben des Antonio Gramsci. Westberlin (Rotbuch) 1979

2. Umberto Cerroni: Gramsci-Lexikon. Hamburg (VSA) 1979

47. Ein verkannter Arbeiterschriftsteller. Veranstaltungsreihe des Willi-Bredel-Instituts

Vorstellung einer Veranstaltungsreihe des Willi-Bredel-Instituts

Rubrik: DKP - SEW; Aktionen / Veranstaltungen; Geschichte der Kommunisten; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:03

Den meisten LeserInnen dieser Zeitung, so fern sie nicht ihre politische Sozialisation in der DDR, der DKP oder im ML- Spektrum der 70er Jahre durchmachten, wird der Name Willi Bredel vermutlich unbekannt sein. Ein Autor, der sich nach 1933 nicht in die deutsche Volksgemeinschaft eingliederte und vor dem Faschismus flüchtete, um ihn im Exil literarisch und politisch zu bekämpfen, hat erfahrungsgemäß erheblich beschränkte Chancen, von der bundesdeutschen Literaturgeschichtsschreibung - und damit auch von einer literarisch interessierten Öffentlichkeit - beachtet zu werden; war solch ein Autor zudem noch Mitglied der KPD und übernahm er nach dem Exil kulturpolitische Aufgaben in der SBZ/DDR, so gilt er hierzulande nahezu endgültig als literarische Unperson.

Die wenigen obligatorischen Ausnahmen, die diese Regel bestätigen, wie etwa Bertolt Brecht und Anna Seghers, wiesen trotz aller politischen Mißliebigkeit ästhetische Qualitäten auf, die sich der BRD- Kulturbetrieb einverleiben konnte; der literarischen Produktion eines Arbeiter- Schriftstellers wie Willi Bredel, die zumindest zeitweilig in bewußter Frontstellung zum bürgerlichen Literaturbetrieb konzipiert war, wurde der ästhetische Charakter abgesprochen, sie wurde und wird zur Unkunst, zu "linker Trivialliteratur", "rotem Kitsch" etc. erklärt.

Doch was kümmert uns kritische Geister solch bourgeoises Gefasel? Werfen wir einen Blick auf das literarisch-politische Schaffen des Genossen W.:

1930, während seiner zweijährigen Festungshaft wegen "Vorbereitung zum Hoch- und Landesverrat" - Bredel hatte als Redakteur der kommunistischen "Hamburger Volkszeitung" eine Arbeiterkorrespondenz über geheime Rüstungsproduktion bei den Lübecker Drägerwerken und ein Extrablatt gegen den "Blutmai" des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel zu verantworten gehabt - schreibt Bredel, Mitglied im "Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller", in wenigen Wochen seinen ersten Roman, zugleich den ersten Betriebsroman eines Arbeiters in Deutschland: "Maschinenfabrik N&K" (1). Bei "Nagel und Kaemp" - später Kampnagel AG - war er 1928 als Dreher angestellt worden, hatte an der Betriebszeitung "Der Rote Greifer" (herausgegeben von Hein Bolschow, dem Erfinder des Bolschewismus, wie das Impressum verlauten läßt) mitgearbeitet und sich als Betriebsrat für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition betätigt (was ihm den Rausschmiß einbrachte). In "Maschinenfabrik N&K", im Grunde eine nur lose verknüpfte Aneinanderreihung von Kurzepisoden in der Rahmenhandlung eines RGO-Streiks, die in der kommunistischen Massenliteraturreihe "Der Rote- 1-Mark-Roman" mit einer Auflage von 25.000 erscheint, gehen diese Erfahrungen dokumentarisch ein und vermitteln so ein authentisches Bild des Fabrikalltags in der Phase forcierter Rationalisierung und der an der Sozialfaschismustheorie orientierten RGO-Politik. In dem folgenden, ebenfalls im Knast verfaßten und in der Eine-Marks-Reihe erschienenen Roman "Rosenhofstraße" (1931), einem mit Krimielementen versetzten "Roman einer Hamburger Arbeiterstraße" mit viel Lokalkolorit über das Schanzenviertel am Ende der Weimarer Republik, weitet Bredel die Thematik auf den Widerstand gegen Mietwucher, Exmittierung, §218 und den erstarkenden Faschismus aus. Sein dritter Roman, "Der Eigentumsparagraph", sucht die faschistische Ideologie des "schaffenden/raffenden Kapitals" am Beispiel des Streiks der Arbeiterinnen in einem Nazi-Betrieb, der Wäscherei "Frauenlob" im Hamburger Norden, zu entlarven, und arbeitet z.B. die Ermordung des KPD-Bürgerschaftsabgeordneten Ernst Henning durch Nationalsozialisten 1931 in das Erzählgefüge ein. Dieser Roman erscheint nicht mehr in Deutschland, die Faschisten vernichten 1933 den Druck; Bredel selbst wird am 1. März - noch von der sozialdemokratischen Polizei - in "Schutzhaft" genommen und verbringt 13 Monate im KZ Fuhlsbüttel. Über seinen dort im Kopf entworfenen und nach der Flucht in die Sowjetunion veröffentlichten dokumentarischen KZ-Roman "Die Prüfung" wie über seine weitere literarische und politische Arbeit im Exil (u.a. als Herausgeber der Zeitschrift "Das Wort" mit Brecht und Lion Feuchtwanger, als leitender Interbrigadist in Spanien und als Agitator für die Rote Armee an der Ostfront und unter deutschen Kriegsgefangenen) wird im Rahmen der von der Hamburger "Willi-Bredel-Gesellschaft" veranstalteten Bredel-Woche (s. nebenstehenden Kasten) informiert werden. Außerdem finden eine Stadtrundfahrt zu den Schauplätzen der Hamburg-Romane und zu den Orten des

vielgestaltigen Wirkens Bredels in Hamburg (Partner Carusos als Chorknabe am Stadttheater, Hamburger Aufstand 1923 in Barmbek, KoLaFu etc.) sowie anläßlich Bredels 90. Geburtstag am 2. Mai ein Abend mit Berichten von ZeitzeugInnen statt.

Hans Wend, Symp. der Minderheit

Weitere Informationen bei:

Willi-Bredel-Gesellschaft/

Geschichtswerkstatt e.V.

Friedhofsweg 42, 2000 Hamburg 63

Tel.: 040/591107

Anmerkung:

1) Bredels "Gesammelte Werke" sind in 14 Bänden im Aufbau-Verlag, Berlin/DDR, bzw. im Weltkreis-Verlag, Dortmund erschienen. Reprints der beiden ersten Romane - d.h. die originalen, nicht die "Sozialfaschismus-Passagen" glättenden Fassungen! - hat der Oberbaum-Verlag in seiner "Reihe Proletarisch-Revolutionärer Romane" 1971 und 1974 herausgebracht. Sie finden sich häufig in gutsortierten Antiquariaten.

Programm der Willi-Bredel-Woche in Hamburg:

Sonntag, 28.4.: Stadtrundfahrt: "Auf den Spuren eines Hamburger Arbeiterschriftstellers - Willi Bredel 1901-1934"

Treffpunkt: 10 Uhr, Gedenkstätte KZ Fuhlsbüttel, Suhrenkamp, Am Hasenberge; DM 8,-/erm. 5,-

Montag, 29.4.: "Prag - Moskau - Madrid - Stalingrad: Willi Bredels literarische Arbeit im Exil". Mit Dr. Jan Hans, Universität Hamburg

20 Uhr, Bücherhalle Ratsmühlendamm 23, 2000 Hamburg 63

Donnerstag, 2.5.: "Erinnerungen an Willi Bredel - ZeitzeugInnen berichten" U.a. mit Otto Gröllmann, Weggefährte Willi Bredels und Hamburger Widerstandskämpfer

19 Uhr Gedenkstätte KZ Fuhlsbüttel, Suhrenkamp/Am Hasenberge

48. Kirchenwende oder Wendekirche? (Buchbesprechung)

- eine Buchbesprechung -

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:02

In den Kirchen damals noch beider deutscher Staaten wurde der 9. November 1989 allgemein freudig aufgenommen. In vielen Predigten war in der Folge von einem Geschenk Gottes die Rede. Der Fall der Mauer, das Ende der DDR, der Wandel in Osteuropa überhaupt wurde vielfach als Zeichen für sein befreiendes Wirken in der Geschichte interpretiert. Am 3. Oktober 1990 fanden allerorten Dankgottesdienste für die Wiedervereinigung statt.

In diesem tönenden Jubelschrei ist Prolingheuers Buch ein schriller Mißton: er will ausgerechnet den Buß- und Bettag auf den 9. November legen.

Dieses Datum ist für ihn Anlaß, deutschen Kirchen und Christen ihre Mitverantwortung und -schuld an fast einem ganzen Jahrhundert schlimmster deutscher Politik vorzuhalten und ihren fehlenden Willen anzuklagen, "ihre politischen Irrwege zwischen dem 9. November 1918 und dem 9. November 1989 aufzudecken" (S. 17). Bitter beklagt er Wendigkeit und Geschick von Kirche und Christen, der politischen Windrichtung zu folgen und sich als Siegerin zu präsentieren.

Das allerdings war so schwer nicht, denn diese Windrichtung hieß bei allen Formwechseln Antikommunismus. Und in dieser wie in der anderen der "beiden verheerenden Todsünden dieses Jahrhunderts", dem Antisemitismus, stimmten die Kirchen mit dem "Nazi-Faschismus völlig ... überein" (S. 29f). "Ohne diese christlichen Todsünden des Antisemitismus und des Antisozialismus hätten ... weder Adolf Hitler, noch der 9. November 1938, noch die 6 Millionen Opfer des Holocaust, noch die 27 Millionen toten Sowjetmenschen, noch die Teilung Deutschlands, noch die Mauer und aller Stalinismus ostseits, noch das Ende der gesamtdeutschen EKD 1969 ... geschehen können" (S. 31).

Auch der 9. November 1938, der Brand der Synagogen, änderte nichts. Klagten sich Christen nach 1945 ihres damaligen Schweigens an, so beschuldigt Prolingheuer sie des Redens: der spätere erste Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (1945-1949), Bischof Wurm, z.B. bekräftigte am 6. Dezember 1938 (!) ausdrücklich "das Recht (des Staates), das Judentum als gefährliches Element zu bekämpfen" (S. 38). Ähnlich sein Amtsnachfolger (1949-1960) Bischof Dibelius. Der Verlag der Bekennenden Kirche (Christian-Kaiser-Verlag, München) veröffentlichte 1936, ein Jahr nach Verkündung der "Rassegesetze", Luthers Schrift gegen die Juden, in der dieser forderte, "daß man ihre Synagogen und Schulen mit Feuer anstecke und, was nicht verbrennen will, mit Erde überhäufe und beschütte, daß kein Mensch einen Stein oder Schlacke davon sehe ewiglich ... Zum anderen, daß man auch ihre Häuser desgleichen zerbreche und zerstöre ..." (S. 31)

So war es kein Wunder, daß auch 1945 keine Umkehr in der Kirche brachte, sondern nur eine Wende: "Zu Millionen kehrten die mit Wotan oder Freya fremdgegangenen ‚Kleinbürger' zurück unter die schützenden Fittiche der guten alten Mutter Kirche. Denn nur dort gab es wirklich Schutz vor der Entnazifizierung." (S. 84) Damit das funktionierte, mußte die Rolle der Kirche im Faschismus "verdrängt, weggelogen und vergessen" (S. 29) werden. "Seit Stalingrad 1943 haben die politisch mit allen Wassern gewaschenen Kirchenführer wie Theophil Wurm an der Legende gestrickt, ihre ‚Bekennende Kirche' sei nicht nur eine, sondern die antifaschistische Widerstandsbewegung in Deutschland gewesen." (S. 84)

Mensch erkennt unschwer das Modell für die "vierte politische Wende" in diesem Jahrhundert, die im Gefolge des 9. November 1989 entstandene "Pfarrerrepublik" in der DDR (S. 84f.)

Der das alles äußert, ist nicht etwa ein Kirchenfeind, sondern seit 1948 Funktionsträger der Evangelischen Kirche, aktuell Mitglied der Rheinischen Landessynode. In diesen Jahrzehnten angehäuftes Wissen und Erfahrungen verderben ihm ein wenig den Stil: Das Lesen wird durch eine Fülle an theologischen, historischen und persönlich-anekdotenhaften Andeutungen und Details manchmal eher erschwert als spannend gemacht.

Trotzdem: ein interessantes, wichtiges, böses Buch.

Werner Rätz, Bonn

Hans Prolingheuer: Kirchenwende oder Wendekirche? Die EKD nach dem 9. November 1989 und ihre Vergangenheit. Mit einem Nachwort von Prof. W. Kreck, Bonn. Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger, Bonn 1991, 160 Seiten, 14,80 DM

49. "Wenn die Mauern zu sprechen beginnen ..." Graffiti in Palästina

Irmgard Schrand:

Autor: Irmgard Schrand · Rubrik: Kultur; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak329/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:09

"Der Boden von '48 + dem Boden von '67 = Ganz Palästina" verkündet eine Häuserwand auf der besetzten Westbank. Auf der anderen wird die "Schule des palästinensischen Widerstandes", das israelische Gefängnis nämlich, "eine Blume" genannt, "an der jeder Palästinenser schon einmal gerochen hat". Immer wieder tauchen die Verse des palästinensischen Dichters und Literaten Ghassan Kanafani auf, dessen Gedichte wie die von Miguel Hernandez während des spanischen Bürgerkrieges der lyrische Ausdruck des Widerstandswillens eines Volkes geworden sind.

Auf über 3.000 Farbdias hat der für die palästinensische Bir-Zeit-Universität tätige Politologe Dr. Salah Abdel Gawad Wandmalereien und Parolen der Intifada dokumentiert, die zu einem der wichtigsten Ausdrucksmittel einer Gesellschaft geworden sind, der jedes Recht auf freie Meinungsäußerung untersagt und der der Zugang zu den Medien versagt wird.

Graffitis finden sich überall in den besetzten Gebieten, auf der Westbank und im Gazastreifen, nicht nur in bestimmten Vierteln oder Straßenzügen. Mit "Kill a soldier" hat sich typischerweise eine westliche Besuchergruppe verwirklicht, die palästinensischen Jugendlichen halten sich mit solchen martialischen Gebärden zurück. Anders als Flugblätter oder Plakate, auf die sich die verschiedenen politischen Kräfte in der gemeinsamen nationalen Führung des Aufstandes erst nach langen Diskussionen einigen können, geben die Graffitis Zeugnis von der spontanen Reaktion der Betroffenen auf politische Entwicklungen und auf die repressiven Maßnahmen der Besatzungsmacht. Sie reflektieren die täglichen Auseinandersetzungen mit der israelischen Armee. Entsprechend drakonisch sind die Strafandrohungen. Wer beim Malen erwischt wird, kann mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Ein Hausbesitzer, der einen Spruch nicht schon übertüncht hat, bevor ihn die israelischen Soldaten entdecken, muß mit bis zu 750 US- Dollar Geldstrafe rechnen. Häufig artet das Übermalen eines Graffitis zu einer kollektiven Strafaktion für die Bewohner eines ganzen Straßenzuges aus, die gewaltsam aus ihren Häusern geholt und gezwungen werden, vor den Augen der israelischen Soldaten die Wand neu zu weißen. So werden die Parolen selbst zum Grund für einen erbitterten Kleinkrieg mit den Besetzern.

Bei Nacht, unter dem Damoklesschwert der Ausgangssperre, ziehen die jungen Palästinenser (für Mädchen gilt in der traditionellen palästinensischen Gesellschaft außer der militärischen auch eine soziale nächtliche Ausgangssperre) mit Farbeimern und Pinseln aus, um ihren Anspruch auf einen selbstbestimmten palästinensischen Staat zu manifestieren.

Das kollektive palästinensische Gedächtnis reicht weit zurück bis in die ersten Jahre der islamischen futuh, der Eroberungen und ihrer historischen Schlachten, auf die in manchen Graffitis Bezug genommen wird. Koranverse mit ihrer schönen poetischen Sprache stehen an den Häuserwänden neben Gedichten aus der Zeit der gahiliya, der vorislamischen Zeit. Der schwarze September, Tel az- Za'tr, Sabra und Shatila - das Leiden des palästinensischen Volkes in der Diaspora, die zerstörten palästinensischen Dörfer, für die der Name "Deir Yassin" immer wieder stellvertretend genannt wird ..., die Mauern in Palästina sprechen eine beredte Sprache und vergessen nicht. Grund genug für die israelischen Militärs, die Dokumentation des palästinensischen Aufruhrs, der das historische und aktuelle Unrecht anklagt, und in den palästinensischen Nationalfarben, schwarz, grün, rot, weiß auf die Häuserwände malt, zu verbieten.

Graffitis zu fotografieren, bedeutet, auf der Hut zu sein vor den israelischen Soldaten und das Vertrauen der palästinensischen Frauen und Männer in den Dörfern und Städten zu erwerben, die befürchten müssen, daß die Zeugnisse der Rebellion auch gegen sie verwendet werden können. Die meisten Aufnahmen in Dr. Salahs Archiv sind daher in Ramallah, seinem Heimatort, und den umliegenden Dörfern entstanden. Zur Auswertung mußten sie auf abenteuerlichen Wegen außer Landes geschmuggelt werden. Im Gegensatz zu westlichen Ländern werden in den besetzten Gebieten keine kurzen griffigen Parolen gesprüht. Die Würde und der Stolz des palästinensischen Volkes, die Gefangenen und die Märtyrer der Intifada, aber auch die Erklärungen der

gemeinsamen nationalen Führung des Aufstandes, Stellungnahmen zu Positionen der PLO, Aufrufe zu zivilem Ungehorsam und zum Ausbau der Subsistenzwirtschaft sind einige der insgesamt 38 Themenkreise, die Dr. Salah Abdel Gawad aufgelistet hat. Was da gemalt und geschrieben wird, sind Botschaften und Auseinandersetzungen der Palästinenserinnen und Palästinenser untereinander. Der Dialog mit der Besatzungsmacht in ihrer Sprache wird nicht gesucht. Auf Hebräisch gibt es nur vereinzelte Graffitis, wie "der Name: das Volk - die Adresse: Palästina!"

Nur wenige jüdische Israelis bedienen sich des gleichen Ausdrucksmittels. Vor allem rechtsradikale zionistische Organisationen wie "Kach" geben an den Bushaltestellen für zionistische Siedler mit Graffitis ihre Lösungsvorschläge für die arabisch-jüdische Koexistenz kund: "Deportation oder Tod für die Palästinenser".

Zu den wichtigsten Symbolen, die immer wieder auf den Wänden auftauchen, gehören die palästinensische Nationalfahne und ihre Farben. Rot, weiß, grün, schwarz sind die Farben der Unabhängigkeit und der palästinensischen Identität, genau so wie die palästinensische Landkarte, die immer das Palästina von vor dem Krieg von '48 zeigt, weil für die jugendlichen Maler nur ein palästinensischer Staat auf dem Boden ganz Palästinas denkbar (und malbar) ist. Das vielfach wiederkehrende Palästinensertuch ist das Zeichen für Tradition, das Victory-Zeichen fordert ebenso wie die geballte Faust die Besatzungsmacht heraus. In einem Graffiti wird in der Regel mehr als nur ein Symbol verwendet, z.B. die Karte in den palästinensischen Nationalfarben, die sich in ein Boot verwandelt hat, das unter dem Segel der Kufeya, des sog. Palästinensertuchs, gegen den Strom schwimmt.

Seit dem Massaker von Rishon Le Zion im Mai vergangenen Jahres hat sich der Charakter der Graffitis gewandelt. Dort hatte der Israeli Ami Popper sieben Arbeiter aus dem Gazastreifen, die an einer Omnibushaltestelle warteten, um zur Arbeit zu fahren, erschossen und 15 weitere verwundet. Was Palästinenserinnen und Palästinenser besonders aufbrachte, war, daß keiner der Fahrer der vorbeirasenden Autos anhielt, um den offensichtlich verletzten Palästinensern zu helfen. Die steigende Militanz fand ihren symbolischen Ausdruck im Gewehr, dem Zeichen des bewaffneten Widerstandes, nachdem Steine und Schleudern mit oft tödlichen Schüssen beantwortet wurden.

Die Entwicklung der Intifada ist an den Graffitis nachzulesen. Die einfachen, schmucklosen Wandsprüche haben sich in ausdrucksstarke Gemälde gewandelt, weil sich immer mehr Menschen an immer mehr Orten an ihrer Entstehung beteiligt haben. In ihre Bilder sind die Elemente der traditionellen Volkskunst eingeflossen, die schon früher auf den Hauswänden der Mekka-Pilger mit Schiff, Flugzeug, Kamel und Ka'ba von der Pilgerfahrt erzählte, und sich in den Stickereien auf den Frauenkleidern entfaltete. Umgekehrt finden sich jetzt auf den Grabsteinen der Gefallenen der Intifada deren Symbole: Kufeya, Fahne und Landkarte Palästinas.

Neue Gruppen haben den Graffitis ihre Zeichen gegeben. Ein Beispiel dafür ist der rote Adler, der in der palästinensischen Volkskunst nicht vorkam. In der Intifada hatte sich eine Gruppe von Jugendlichen unter diesem Namen gegründet, die alle im Verlauf von Auseinandersetzungen mit dem israelischen Militär getötet wurden. In den Wandmalereien blieben die "roten Adler" lebendig.

Die Mitteilungen auf den Wänden der palästinensischen Häuser sind die Botschaften eines Kollektivs. Die Graffitis werden nie von Individuen, sondern immer von Gruppen, politischen Organisationen oder von der gemeinsamen Führung der Intifada unterzeichnet, die auf diese Weise ihre Positionen oder auch Streikaufrufe u.ä. öffentlich machen. Die gemeinsame Führung des Aufstandes entschloß sich z.B. als Zeichen der palästinensischen Eigenstaatlichkeit nicht die israelische Zeitverschiebung zu Beginn der Sommerzeit mitzumachen, sondern eine eigene Zeitrechnung einzuführen. Eine große gemalte Uhr und die entsprechenden Erläuterungen verkündeten den Beschluß. Dieser neuerliche Akt palästinensischer Insubordination wurde von den israelischen Militärs mit einer Überprüfung der palästinensischen Armbanduhren beantwortet, die sofern ihre Zeiger nicht die israelische Einstellung aufweisen konnten, auf der Stelle liquidiert wurden.

"Intifada bis zur Unabhängigkeit" ist eine Parole, die spontan von einer Gruppe von Jugendlichen auf die Wände geschrieben wurde und dann von der gemeinsamen nationalen Führung des Aufstandes übernommen und bis jetzt beibehalten wurde. Generell aber schöpft das Graffiti seine Kraft daraus, daß es immer wieder erneuert wird.

In der Westbank unterzeichnen die verschiedenen Organisationen alle ihre Graffitis mit ihren Namen und benutzen sie als Mittel der Auseinandersetzung über Themen wie die Friedenskonferenz zum Beispiel. Einzig die KP unterzeichnet nicht. Im Gazastreifen überwiegen die Graffitis, die von der gemeinsamen Führung der Intifada "in Auftrag" gegeben wurden. Auffällig ist, daß die Graffitis im Gazastreifen weniger farbenfroh sind als auf der Westbank und daß die Pinselstriche viel dünner sind - ein Zeichen für das ökonomische Gefälle zwischen den beiden Regionen. Die Aktivisten können sich einfach die teuere Ölfarbe nicht leisten. Sie verzichten auch auf Bilder. In den Parolen im Gazastreifen spiegelt sich außer der wirtschaftlichen auch die politische Differenz. In diesem traditionell konservativen Gebiet ist Hamas viel stärker vertreten als auf der Westbank, und deshalb unterzeichnen die anderen Gruppen häufig zusammen. Die Parolen von Hamas schöpfen ihre Inhalte aus der Religion im allgemeinen und dem Koran im besonderen und aus der islamischen Geschichte. Für sie ist der Kampf zwischen Arabern und Juden das beherrschende Thema, wobei der Zionismus nur als eine besondere Ausformung des Judentums begriffen wird. In ihrer Sprachregelung ähneln die Losungen den Koranversen, sie sind sehr poetisch und sehr einprägsam. "Filistin islamiya min an-Nahr hatta al- Bahr" - "Palästina ist islamisch vom Fluß bis zum Meer" - ist eine davon. Ihre 30-40 Parolen sind kurz und leicht zu merken und erfreuen sich daher eines hohen Verbreitungsgrades. Die zentralisierte Organisationsstruktur von Hamas wird auch in den Graffitis deutlich, die gleichen Slogans tauchen zum gleichen Zeitpunkt im Norden und im Süden Palästinas auf.

Mädchen sind wie gesagt nur wenige unter den Malern und Schreibern, und auf die Frauenfrage konzentrieren sich ganz traditionell die linken Gruppen. Die palästinensische Volksbefreiungsfront bekennt auf den Häuserwänden, daß die Intifada allein nicht genug ist und fordert streng marxistisch gleichen Lohn für gleiche Arbeit und mehr Gleichberechtigung, aber nicht die Abschaffung des Patriarchats. Fatah sieht die Frauen lieber in ihrer Rolle als Heroinnen und Hamas reduziert sie auf die übliche Mutterfigur.

Vergleiche mit anderen Staaten in Nah- und Mittelost fallen schwer. Es liegt zwar eine Untersuchung über Graffiti im Libanon vor, aber sie liefert eigentlich nur Bildmaterial. Im Libanon gab es neben den Parolen der politischen Gruppen auch individuelle Meinungsäußerungen auf den Häuserwänden. Ein wichtiger Unterschied zum Phänomen Graffiti in Palästina ist, daß es im Libanon zur Artikulation persönlicher Kränkungen diente, neben den bekannten politischen Slogans wurde über Familien hergezogen und es wurden Beschimpfungen und Anzüglichkeiten geäußert; die Religionszugehörigkeit war dafür häufig ein Aufhänger. Im Iran war das Phänomen Wandschriften nur vom September '78 bis zum Februar '79 verbreitet. Die bunte Vielfalt der iranischen Graffitis rührte daher, daß jede Organisation eine andere Farbe benutzte. Sie wurden gleich nach der islamischen Revolution alle unterschiedslos übergetüncht.

Zu den politischen Ereignissen, die in den palästinensischen Graffitis bewertet und kommentiert wurden, gehörte natürlich auch die irakisch-us-amerikanische Auseinandersetzung. Bis zum Beginn der irakischen Invasion in Kuwait waren der Irak und auch Saddam Husseins Äußerungen zu Israel kein Thema in den besetzten Gebieten. Erst nach der Stationierung der Truppen der sog. Staatenallianz in Saudiarabien Anfang August nahmen die Palästinenser in ihren Graffitis eindeutig Stellung zugunsten Iraks. Als einige KP-Mitglieder Mitte August gegen die us-amerikanische Intervention und für einen irakischen Rückzug auf einer Wand votierten, wurde ihr Graffiti nachdrücklich durchgestrichen. Der palästinensische Enthusiasmus für Irak hatte in dieser Phase keinerlei islamischen, sondern einen national-arabischen gegen den US-Imperialismus gerichteten Charakter. Die Frauen und Männer in Palästina sind enttäuscht, vor allem enttäuscht von der us-amerikanischen Regierung, die nach den zahlreichen Zugeständnissen der PLO, den Dialog mit ihr trotzdem abgebrochen hatte. Die Kritik an Saudiarabien war überdeutlich: "Der heiligste Flecken der Welt ist der dreckigste Flecken der Welt", stand auf einer palästinensischen Häuserwand. Die irakische Konfrontationspolitik war eine Hoffnung, wenn auch eine trügerische.

Irmgard Schrand, staatlich anerkannte Dolmetscherin für Arabisch, hat von 1983-88 in Ägypten gearbeitet.

Über die Wünsche

Sag mir nicht:

Ach, wäre ich doch Brotverkäufer in Algier,

um mit den Revolutionären zu singen.

Sag mir nicht:

Ach, wäre ich doch Hirte im Jemen,

um für die Umstürze, die die Zeit hervorbringt, zu singen.

Sag mir nicht:

Ach, wäre ich doch Ober in einem Café in Havanna,

um für die Siege der Trauernden zu singen.

Sag mir nicht:

Ach, wäre ich doch ein kleiner Lastenträger in Assuan,

um für die Steine zu singen.

Mein Freund!

Der Nil mündet nicht in die Wolga,

und der Kongo und der Jordan nicht in den Euphrat!

Jeder Fluß hat eine Quelle, einen Lauf

und ein Leben!

Mein Freund!

Unsere Erde ist nicht unfruchtbar,

jede Erde hat ihre Geburtsstunde,

jedes Morgenrot hat ein Rendezvous mit der Revolution!

Mahmoud Darwish (1964)

50. Kein §218 in Ost und West

Tribunal, Frauenratschlag und Podiumsdiskussion am 8. und 9. Juni 1991 in Berlin (Ost)

CD-Datei: daten/aksuche/ak329/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:21

Fristen und Indikationen - Was kommt danach?

"Für die ersatzlose Streichung des §218 StGB - Jetzt!" und "Für das uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung" demonstrierten letztes Jahr zehntausende Frauen aus Ost und West in Bonn und Berlin, aufgerufen von Frauen-Begehren-Selbstbestimmung, Frauen gegen den §218 - bundesweite Koordination und dem Unabhängigen Frauenverband (UFV). In den neuen Bundesländern wurden waschkörbeweise Unterschriften gegen den §218 gesammelt und bei Frau Bergmann-Pohl abgegeben.

Mit dem gesamtdeutschen Einigungsvertrag gilt für eine Übergangszeit die Fristenregelung in den fünf neuen Bundesländern und der §218 in den alten Bundesländern. Bis Ende 1992 ist eine einheitliche Regelung zum Schwangerschaftsabbruch geplant. Inzwischen liegen von Parteien, Juristinnenbund, Ärzteschaft und Frauenzeitschriften Gesetzentwürfe und Vorschläge vor. Die Befürworterinnen einer Fristenregelung sehen ihre Chance. Aber auch die selbsternannten "Lebensschützer" schlafen nicht. Das Land Bayern klagt beim Bundesverfassungsgericht gegen Notlagenindikation und Krankenkassenfinanzierung. Aus der Frauenbewegung wird die ersatzlose Streichung des §218 gefordert. Um dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen Rechnung zu tragen und dem ewigen Gezerre um den §218 ein Ende zu machen. Was also kommt nach dem §218 und der Fristenregelung auf uns zu?

Neue Pläne, die die frauenfeindliche Abtreibungsregelung fort- und festschreiben, müssen vom Tisch! Darum rufen wir Frauen und Männer in Ost und West zu einem Tribunal gegen den §218 auf. Auf einem anschließenden Frauenratschlag wollen wir über Erfahrungen, Vorstellungen und Forderungen diskutieren.

Der §218 verweigert Frauen das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Mit Strafandrohung und Strafverfolgung werden Frauen kriminalisiert und eingeschüchtert. Die Memminger "Hexenprozesse" vor zwei Jahren, die Praxis der gynäkologischen Zwangsuntersuchungen an der deutsch-holländischen Grenze sind Beweis für den Spielraum, den die herrschende Indikationsregelung zur Demütigung und Erniedrigung von Frauen bietet.

Indikationen und Wartefristen zögern einen frühzeitigen Abbruch hinaus. Zwang zur "Beratung" bevormundet Frauen und mißachtet ihre Interessen. Die in den letzten Jahren vom Familienministerium initiierte ideologische Kampagne "zum Schutz des ungeborenen Lebens" hat zudem den moralischen Druck auf Frauen enorm verstärkt. In einigen Bundesländern ist es noch weniger möglich, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Frauen müssen ins Ausland oder in andere Bundesländer fahren oder den Abbruch teuer bezahlen.

Die seit 1972 in der DDR geltende Fristenlösung ist demgegenüber progressiv. Mit ihr wird den Frauen zugetraut - aber auch zugemutet - innerhalb einer (willkürlich festgelegten) Frist von 12 Wochen über die Schwangerschaft und deren Beendigung selbst zu entscheiden.

Die Gesamtatmosphäre und die Rahmenbedingungen, unter denen der Schwangerschaftsabbruch erfolgte, waren jedoch widersprüchlich. Während die Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs als in der Bevölkerung in den letzten Jahren erkennbar zunahm, blieb das Thema in der Öffentlichkeit ein Tabu, fand keine öffentliche Diskussion statt. Das erweckte den Eindruck, daß der Schwangerschaftsabbruch zwar erlaubt, aber zugleich moralisch belastet sei.

Hinzu kam, daß die Verantwortung für Verhütung und damit auch indirekt für Verhütungspannen den Frauen zugeschrieben wurde. Schuldgefühle, das Gefühl von Versagen und Verantwortungslosigkeit sind notwendige Konsequenzen eines Abbruchs unter diesen Bedingungen. Es ist diese Situation, die Frauen die Einrichtung von Beratungsstellen so dringlich erscheinen läßt.

Die vorliegenden Richtlinien zur Schaffung eines flächendeckenden Netzes von Beratungsstellen definieren als Ziel der Beratung den "Schutz des ungeborenen Lebens" und eine "verfassungskonforme Bewältigung der Konfliktsituation" durch die Frau. Damit wird die Zweijahresfrist für die Fristenregelung unterlaufen, der Inhalt

der neuen Regelung präjudiziert und durch die Hintertür das in der BRD gescheiterte "Beratungsgesetz" in den neuen Ländern durchgedrückt.

Gleichzeitig wird es Frauen auch in der DDR zunehmend erschwert, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Kliniken beginnen, Frauen den Abbruch zu verweigern.

Frauen reagieren auf wachsende Verunsicherung und Verschlechterung der Lebensbedingungen mit steigenden Abbruchszahlen und einer drastisch gesunkenen Zahl von Geburten. Während zunehmend die Existenzbedingungen "

geborenen Lebens" infrage gestellt werden, sprechen "Lebensschützer

" mit ihrer Kampagne zum "Schutz des ungeborenen Lebens" den Frauen das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft ab.

Wir wehren uns daher auch gegen neue Pläne, die mit staatlichen Zwangsmaßnahmen oder moralischem Druck die Abtreibung für Frauen erschweren sollen. Strafe und moralischer Druck sind für uns zwei Seiten einer Medaille.

Wir wollen über unser zukünftiges Leben - ob mit oder ohne Kinder - selbst bestimmen!

Aus unseren Erfahrungen mit Regelung und Praxis des Schwangerschaftsabbruchs in beiden Teilen Deutschlands klagen wir an:

- Die Situation von Frauen in den alten und neuen Bundesländern beim Schwangerschaftsabbruch.

- Das herrschende Frauenbild.

- Den Mythos vom Lebensschutz.

- Die Doppelmoral.

- Entmündigung statt Selbstbestimmung.

Es rufen auf: Frauen-Begehren-Selbstbestimmung, Frauen gegen den §218 - Bundesweite Koordination, Unabhängiger Frauenverband (UFV)

Unterstützt von: Bundesvorstand DIE GRÜNEN, Frauenpolitischer Runder Tisch Berlin (AG für selbstbestimmte Schwangerschaft), DIE GRÜNEN Niedersachsen, DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, JungsozialistInnen in der SPD, VSP (Vereinigte Sozialistische Partei), Demokratischer Frauenbund e.V., §218 Gruppe Tübingen, Annette Schnoor (Betriebsrätin Siemens-Witten), Gabi Beyer (ÖTV-Vertrauensfrau, Bochum), GAB-Ratsfraktion Erkrath (Grün-Alternative-BürgerInnenliste), LISA, Petra Bläss (MdB, Fraktion PDS/Linke Liste)

51. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak329/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:55

Glücklich leben, schöner sterben - Gegen die Entwertung des Lebens durch die Angewandte Ethik

Gegen die Einrichtung einer Professur für Angewandte Ethik an der Uni Hamburg gibt es seit mittlerweile mehreren Monaten Widerstand verschiedener Gruppen aus der Uni, der Behinderten- und der Frauenbewegung. Er richtet sich nicht allein gegen einzelne Bewerber um die Professur, sondern prinzipiell gegen die Etablierung einer Wissenschaft, die das Lebensrecht behinderten Menschen in Frage stellt, zwischen "lebenswertem" und "lebensunwertem" Leben unterscheidet.

Aus diesem Anlaß finden am 13. April zwei Veranstaltungen statt:

13 Uhr Arbeitsgruppen

19.30 Podiumsdiskussion "Praktische Ethik und ihre praktischen Folgen", mit einer Vertreterin des Gen-Archivs Essen, H. Wittkofski (Hamburger Erwachsenenbildung), S. Jäger (DISS), O. Tolmein (konkret)

"Pferdestall", Uni Hamburg, Allendeplatz 1

Antifa-April im Cafe de Underduikers

Filme und Diskussion:

- 13. April, 18 Uhr: "Rotation". Film von W. Staudte, DDR 1949. Film über die Entwicklung eines kleinbürgerlichen Druckermeisters zum antifaschistischen Kämpfer im Berlin der Jahre 1932 bis 1946

- 20. April, 18 Uhr: Antifaschismus in der Krise ? Diskussion

- 27. April, 18 Uhr: "Nacht und Nebel"/"Die Rattenlinie". Zwei Filme über die Vernichtungslager der Nazis bzw. die Fluchtwege hoher Nazis nach 1945

Ort: Café de Underduikers, Thadenstraße 94, Hamburg 50

"Friede den Linken"

Unter diesem Obertitel finden von April bis Juli Jour-Fixe-Diskussionen der "Initiative Sozialistisches Forum" in Freiburg statt: "Es gibt keine Linke mehr" stellt die isf fest und lädt ein:

- 26. April, zu einem Referat der Islamwissenschaftlerin Cherifa Magdi (Frankfurt/Main) über "Mythen des Panarabismus"

- 30. April, zum Thema "Israel und die deutsche Linke. Über die linksdeutsche Ideologie und ihr liebstes Objekt."

Diese und weitere Veranstaltungen finden jeweils Dienstags im Café des Buchladens Jos Fritz statt. Das gesamte Programm ist erhältlich bei: isf, c/o Ca-ira-Verlag, Pf. 273, 78 Freiburg i.B.

"rhythm against fascism"

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Wahlkampfauftritte der Deutschen Volksunion (DVU) in Gelsenkirchen vor zwei Jahren ist es zu zahlreichen Ermittlungsverfahren, Anklagen und Prozessen gegen Antifas gekommen. Es sind hohe Geldstrafen und Prozeßkosten entstanden.

Am 27. April findet ein Soli-Konzert statt mit the zarths, the frits, secrets of cash'n carry, seein' red" (Punk und Ska aus Ruhrgebiet und Niederlanden)

Ort: KAUE, Wilhelminenstr. 174, Gelsenkirchen, 19 Uhr

52. Israel und die Linke

Seit 40 Jahren ein Problem

CD-Datei: daten/aksuche/ak329/isrtit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:isrtit

Eine Nahost-Lösung sei nur möglich, "wenn der zionistische Staat Israel zerschlagen wird" - so eine an autonome Positionen erinnernde Erklärung des KB von 1973 - "wobei die Existenz des hebräischen Volkes in dieser Region (zu) respektieren" sei. Zeitgleich wurde im AK gegen die "Einimpfung des Schuldkomplexes gegenüber den Juden" polemisiert. Auch dem 1971 gegründeten KB gilt der Vorwurf, daß sich die linke "Unfähigkeit zu trauern" in einer Verdrängung der Nazi-Katastrophe und einem geschichtslosen Antizionismus niedergeschlagen habe. Dies jedenfalls ist das Resümee einer Untersuchung zum Thema "Israel, die deutsche Linke und der KB". Weitere Beiträge über die deutsch-israelische Waffenkooperation, die Worte von Ströbele und die Tätigkeit von Henryk M. Broder ab Seite 8

53. Solidarität mit dem Aufstand in Kurdistan

CD-Datei: daten/aksuche/ak329/kurtit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:329:kurtit

Nicht einmal drei Wochen - von der Befreiung der Stadt Zaxo am 13.3. bis zu ihrer Rückeroberung und Zerstörung durch die irakische Armee in den ersten Apriltagen - dauerte die kurze Freiheit (Süd)Kurdistans. Binnen einer Woche hatte sich der Aufstand rapide ausgebreitet, bis sich am 23.3. mit der Einnahme der Erdölstadt Kirkuk fast das gesamte kurdische Gebiet in den Händen der Aufständischen befand. Die meisten Städte hatten sich schon vor der Ankunft der Peschmergaverbände aus eigenen Kräften befreit (siehe Augenzeugenbericht in diesem AK).

Nun begannen die USA ihre bis dahin eingehaltene Neutralität aufzugeben und Saddam zu signalisieren, daß sie ihn als Bluthund gegen die demokratische Volkserhebung noch allemal akzeptieren. Heuchlerisch erklärte Martin Fitzwater am 27.3. für das Weiße Haus: "Wir beabsichtigen nicht, uns in die inneren Konflikte des Irak einzumischen."

Die Neuorientierung der USA hatte zuvor nicht nur Özal, sondern auch Hussein eingeklagt. Während des US-Schwenks (23.-27.3.) befand sich der türkische Ministerpräsident in den USA. Özal hatte noch vor seinem Abflug einen Brief aus Bagdad an Bush zur Weitergabe erhalten. Darin "erinnerte" Saddam seinen Kriegsgegner Bush, daß das Interesse an der Niederschlagung der Kurden doch ein gemeinsames sei und die USA an einem instabilen Irak kein Interesse haben könnten. Aber auch Özal hätte von einer tatsächlichen Autonomie der Kurden im Irak nur einen weiteren Aufschwung der kurdischen Revolution in der Türkei zu befürchten.

Seit dem Startsignal Martin Fitzwaters wurden durch Verlegung alliierter Truppen Marschwege für Saddams Garde freigemacht und die Kontingente der zur Freilassung bestimmten irakischen Gefangenen erhöht. Seither hat Washington wiederholt erklärt, daß der irakische Diktator seine Hubschrauber uneingeschränkt gegen die aufständischen Kurden einsetzen kann. ("In dem Einigungstext (zur Feuerpause - AK) ist ein Verbot der Hubschrauber nicht enthalten, weil sie keine Bedrohung für die amerikanischen Truppen darstellten" - so General Schwarzkopf.) Seitdem werden Hubschrauber-Einsätze der Kurdischen Front von den Alliierten untersagt. Seitdem wird vor den Augen der Weltöffentlichkeit ein neuerliches Massaker und eine massenhafte Vertreibung der Kurden exekutiert.

Über eine Million Menschen befinden sich auf der Flucht in Richtung Türkei und Iran, die Zahl der Toten geht in die Zehntausende. Städte wurden durch irakische Panzer und Bombardements verwüstet, Dörfer dem Erdboden gleichgemacht.

Der Krieg zwischen zwei sich imperial gebenden Staaten ist abgelöst vom Pakt Hussein/Özal/Bush gegen ein sich emanzipierendes Volk. Jeder Aufruf an die USA, sich stärker einzumischen, wird vor diesem Hintergrund nur zum Votum für eine noch stärkere Unterdrückung der Kurden.

Nicht nur der Irak und die USA - auch die Internationale Völkergemeinschaft ist mitverantwortlich für den Völkermord an den Kurden. Er wird flankiert von der Weigerung der im UN-Sicherheitsrat vertretenen Staaten, die Frage Kurdistans als nationale Frage anzuerkennen, und dem Zynismus der Sowjetunion und der VR China, die erst den Golfkrieg und die alliierten Bombardements auf den kurdischen Irak billigten, um nunmehr den antikurdischen Krieg als "innere Angelegenheit des Irak" abzustempeln und wegzuschauen.

Noch geht es nicht nur um das Schicksal der Geflohenen. Rund 70% der ländlichen Gebiete und Kreisstädte sind in den Händen der kurdischen Befreiungsbewegung, der heute in der Region wohl wichtigsten Kraft, um demokratische Umwälzungen einzuleiten.

Wir rufen auf zum massenhaften Protest und zum Aufbau einer eigenständigen Solidaritätsarbeit - gegen den großen Imperialismus des Westens und den kleinen des Irak.

Augenzeugenberichte, Interviews mit Talebani, Barzani und Hasam (KP Irak) sowie weitere Darstellungen ab Seite 4